

Wladislaw Hedeler/Mario Keßler (Hrsg.)

Reformen und Reformer im Kommunismus



Für Theodor Bergmann
Eine Würdigung

Wladislaw Hedeler / Mario Keßler (Hrsg.)
Reformen und Reformer im Kommunismus

Wladislaw Hedeler / Mario Keßler (Hrsg.)

**Reformen und Reformer
im Kommunismus**

Für Theodor Bergmann.

Eine Würdigung

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Die Umschlagfotos zeigen (v.l.n.r.): obere Reihe: Robert Havemann, Liu Shaoqi, Rosa Luxemburg; untere Reihe: Fritz Behrens, Che Guevara, Nikolai Bucharin
Druck und Buchbinderarbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-635-0

Inhalt

Wladislaw Hedeler / Mario Keßler

Reformen und Reformer im Kommunismus – zur Einführung 9

SBZ und DDR: Reform und kommunistische Opposition

Günter Benser

»Reformer« in den Antifa-Ausschüssen des Jahres 1945 19

Thomas Kuczynski

Fritz Behrens und seine rätekommunistische Kritik sozialistischer Reform 36

Fritz Behrens

Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling 53

Henning Flaskamp

Reform als Rückzug 58

Fritz Behrens' gescheiterter Versuch, für die Selbstverwaltung zu streiten und das Regime zum Machtverzicht zu bewegen

Jörg Roesler

Das NÖS in der DDR – gescheiterter Ausbruch aus dem Staatssozialismus 80

Axel Fair-Schulz

Robert Havemann: Marxistischer Moralist und Kritiker des DDR-»Staatssozialismus« 96

Alexander Amberger

Ökologie und Kommunismus 115

Die schwierige Suche von Rudolf Bahro und Wolfgang Harich nach der passenden Partei

Alfred Kosing

Erinnerungen an Wolfgang Harich 135

Kritiker und Reformer in Ost und West

William A. Pelz

- Sind die Ideen einer marxistischen Ketzerin im 21. Jahrhundert noch von Belang?** 163
Über Rosa Luxemburg

Wladislaw Hedeler

- Was bleibt vom Bucharinismus?** 184

Annette Vogt

- Leonid W. Kantorowitsch und seine Vorschläge zur Reform der sowjetischen Ökonomie** 197

Alexander Vatlin

- Auf der Suche nach dem »wahren Sozialismus«** 222
Das Geschichtsbewusstsein der Perestroika-Generation

Stefan Bollinger

- Prager Frühling als letzte Chance des Sozialismus?** 241
Überlegungen zu gescheiterten Auswegen aus dem Staatssozialismus und Problemen eines künftigen sozialistischen Versuchs

Karl-Heinz Gräfe

- Reformkommunismus – Alternative zwischen Kapitalismus und Stalinismus** 260

Helga Schultz

- Der jugoslawische Weg** 275

Michael Löwy

- Che Guevara als kommunistischer Ketzer und Reformer** 291

Michael Zeuske

- Revolution und Reformen auf Kuba** 302
Oder: Es gibt Reformer im Kommunismus, sie nennen sich nur nicht so

Mario Keßler

- Kommunistische Reformen und frühe westdeutsche Kritiker** 330

Die VR China: Reformen mit offenem Ausgang

Theodor Bergmann

Reformen und Reformer in der chinesischen Revolution 363

Liu Shaoqi und Deng Xiaoping

Helmut Peters

Der »Sozialismus chinesischer Prägung« aus der Sicht der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas 385

Zhang Guangming / Ma Jiahong

Die Globalisierung und die Aussichten des Sozialismus in China 402

Wolfram Adolphi

Deng Xiaoping: Reformer? Revolutionär! 410

Autorinnen und Autoren 427

Wladislaw Hedeler/Mario Keßler

Reformen und Reformer im Kommunismus – zur Einführung

Nach dem Schauprozess gegen Lew Kamenew, Grigori Sinowjew und ihre Mitangeklagten schrieb Leo Trotzki im August 1936 sein Buch *Stalins Verbrechen*, das er ein Jahr später abschloss. »Stalin steht nah vor dem Abschluss seiner tragischen Mission«, heißt es darin. »Je mehr es ihm scheint, dass er keinen mehr braucht, umso näher rückt die Stunde, dass niemand ihn braucht. Gelingt es der Bürokratie, durch Umwandlung der Form des Eigentums aus sich heraus eine besitzende Klasse zu schaffen, dann wird diese ihre eigenen, mit keiner revolutionären Vergangenheit verbundenen und – gebildeteren Führer finden.«¹ Es sollte freilich Jahrzehnte dauern, bis Trotzki's Prognose durch die Wirklichkeit bestätigt wurde.

Trotzki war aber nicht nur der mutigste und hellstichtigste Kritiker Stalins zu dessen Lebzeiten. Er verkörperte auch ein unauflösbares Dilemma der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert. Auf dem 13. Parteitag der russischen KP im Mai 1924 erklärte er: »Die Partei hat letzten Endes immer recht, denn die Partei ist das einzige historische Instrument des Proletariats zur Lösung seiner wichtigsten Aufgaben. Ich sagte bereits, dass es nichts Leichteres gibt, als vor den Reihen der eigenen Partei einen Fehler einzugestehen, nichts Leichteres, als zu sagen: All meine Kritik, meine Erklärungen, meine Warnungen, meine Proteste, all das war ein einziger großer Irrtum. Ich aber, Genossen, ich kann das nicht aussprechen, weil ich nicht so gedacht habe. Ich weiß, man soll gegenüber der Partei nicht recht haben wollen. Man kann nur recht haben mit der Partei und durch die Partei, denn die Geschichte hat keinen andern Weg gewiesen zur Verwirklichung dessen, was recht ist. Die Engländer sagen: ›Recht oder Unrecht – mein Vaterland‹. Mit wieviel größerer historischer Berechtigung können wir sagen: ›Recht oder Unrecht in besonderen Einzelfragen – es ist meine Partei‹.«²

¹ Leo Trotzki, *Stalins Verbrechen* [1937], Berlin 1990, S. 327.

² Zit. nach Isaac Deutscher, *Stalin. Eine politische Biographie*, Berlin 1990, S. 362.

»Diese Worte«, kommentierte Trotzki's Biograph Isaac Deutscher, »ähneln weniger den Worten eines vaterlandsliebenden Engländers als denen eines mittelalterlichen Ketzers, der seine Ketzerei bekennt, reumütig und doch verstockt in seiner Überzeugung, ein Mensch, der außerhalb der Kirche keine Rettung sieht, aber auch nicht mehr innerhalb der Kirche.«³

Genau hier liegt wohl die Hauptursache für das Scheitern aller kommunistischen Oppositionellen gegenüber dem heraufziehenden und dann siegreichen Stalinismus: Die Treue der kommunistischen Ketzler zur Partei entsprach einem Glaubensbekenntnis, einer Hingabe an eine »historische« Mission. In der Unterstützung des ersten, vorgeblich sozialistischen Staates der Erde – der Sowjetunion – sah jeder Kommunist damals seine Hauptaufgabe. Hier zeigt sich, wie ein glaubensstarker Mythos entsteht und weiterwirkt. Angesichts des Selbstbehauptungskampfes des bolschewistischen Regimes inmitten einer feindlichen Umwelt war dies, vom kommunistischen Standpunkt aus, verständlich, nachvollziehbar und notwendig. Die kommunistische Utopie eines Reiches der Gerechtigkeit auf Erden war im Laufe der Jahrzehnte, trotz der zahlreichen Warnungen besonders des alten Friedrich Engels, zur Mythologie geworden; ein Prozess, der mit dem imperialistischen Weltkrieg und der siegreichen, so bezeichneten proletarischen Revolution unumkehrbar schien. Die alten russischen Vorstellungen von Moskau als dem Dritten Rom verbanden sich auf merkwürdige Weise mit den Hoffnungen von Millionen Anhängern des Kommunismus im Westen und in der kolonial unterdrückten Welt. Dabei blieb, ungeachtet der liturgischen Beschwörungen, der kritische, skeptische Geist des klassischen Marxismus zunehmend auf der Strecke.

Doch nichts wäre falscher und verfehlter, als die Geschichte der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ausschließlich durch das Prisma ihrer selbsterzeugten Mythen zu betrachten. Anders als der Stalinische »Kurze Lehrgang« der sowjetischen Parteigeschichte entwickelt sich die historische Wirklichkeit nicht unilinear, folgt nicht den Thesen ideologischer Konstrukte. Die Geschichtsauffassung des Stalinismus versprach den Menschen eine ständige, gesetzmäßige, widerspruchsfreie Aufwärtsentwicklung hin zum Sozialismus und zum Kommunismus. Katalysator dieser Entwicklung war die Partei, die bekanntlich immer recht hatte. »Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevolem Wege dahin. Wir sind von allen Seiten

³ Ebenda.

von Feinden umgeben und müssen stets unter ihrem Feuer marschieren«, hatte Lenin⁴ 1902 geschrieben und sein Nachfolger die Partei der Revolution mit einem »Schwertträgerorden«⁵ verglichen. Sie musste, um erfolgreich zu sein, monolithisch sein, einmütig, einstimmig handeln, sie musste eiserner, »bolschewistischer« Disziplin gehorchen, notfalls »bolschewisiert« werden. Abweichler, Ketzer, »Nörgler« und »Meckerer«⁶ sollten aus den Reihen dieser Avantgarde verstoßen, ihre Ideen totgeschwiegen und ihr Vermächtnis geächtet werden. Von Stalins willfährigen Propagandisten ihrer persönlichen Integrität beraubt, sollten sie dem Gedächtnis der Nachwelt nur als Volksfeinde, Verräter und Verbrecher, als Mörder und Spione, gelegentlich auch als kollektiver Popanz überliefert werden. Die selbsternannten Sieger der Geschichte versuchten mit einem immensen Aufwand, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, ihre Deutung der Parteigeschichte als die einzige Wahrheit auszugeben – eine Deutung, die nur allzu oft auf der Manipulation der Fakten beruhte. Sie versuchten, Alternativkonzeptionen als nicht existent oder bestenfalls für obsolet, meist aber als todeswürdiges Verbrechen zu erklären. Natürlich sollten damit auch unabhängige Forscher – Marxisten wie Nichtmarxisten –, die den realen historischen Sachverhalt darzustellen suchten, in die Defensive gedrängt werden. Die Historiographie der Sowjetunion und (mit Abstufungen) ihrer Satellitenstaaten wurde von den Bleigewichten des stalinistischen Dogmas niedergedrückt, die Forschungseinrichtungen wurden ständiger Verunsicherung, Kontrolle und dem Zwang zum Konformismus unterworfen, die Archive und die ausländische Fachliteratur standen nur wenigen Privilegierten zur Verfügung.

Dieses Buch kann und will aber nicht die Geschichte der kommunistischen Bewegung oder Ideologie erzählen. Ebenso wenig kann es auch nur die wichtigsten Protagonisten behandeln, die in der Zwischenkriegszeit um eine andere, humanere Bewegung kämpften und – vergeblich – die Grund-

⁴ W.I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Werke, Bd. 5, S. 364.

⁵ J. W. Stalin, Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, in: Werke, Bd. 5, S. 61.

⁶ In der Parteiinformation der SED 1988/4 hieß es: »Wer der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegt, von dem trennen wir uns. Er hat das Recht verwirkt, den Ehrennamen eines Kommunisten zu tragen. Das gleiche gilt auch für Meckerer und ewige Nörgler.« Zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED. Informationen 1988/4, Nr. 245, S. 4.

sätze der demokratischen Arbeiterbewegung und des frühen Kommunismus gegen Stalin und die Seinen anriefen. Der Beitrag von *William A. Pelz* über Rosa Luxemburg ruft, pars pro toto, jene Grundsätze in Erinnerung, die sich von Stalins Herrschaft wie Feuer von Wasser unterschieden. Stalin blieb über seine innerkommunistischen Gegner siegreich und vernichtete sie nur allzu oft. Doch blieb die monolithische Einheit der kommunistischen Bewegung, von Stalin mit brutaler Gewalt hergestellt, auf die Dauer eine Fiktion.

Die Frage, ob und bis zu welchem Grad eine kommunistische Partei zur Selbsterneuerung als Kern innerer Reformen fähig ist, liegt allen Beiträgen dieses Bandes zugrunde. Es trägt, wie wohl jeder Sammelband, Sondierungscharakter. Nicht um Vollständigkeit – bei diesem Thema ohnehin eine Illusion –, sondern um Problemarbeit am Fallbeispiel soll es gehen. Die zum Teil, aber keineswegs ausschließlich biographisch orientierten Beiträge wenden sich im ersten Teil den Reformen und der kommunistischen Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu. Indem *Günter Benser* neues Licht auf die kommunistisch dominierten wie auch plural konzipierten Antifa-Ausschüsse 1945 wirft, vermittelt er wichtige Grundlagen für die Debatte um Möglichkeiten eigenständiger kommunistischer Politikgestaltung jenseits bloßer Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht. *Thomas Kuczynski*, *Henning Flaskamp*, *Jörg Roesler*, *Axel Fair-Schulz*, *Alexander Amberger* und *Alfred Kosing* fördern neue Tatsachen über die Biographien der kommunistischen Ketzer Robert Havemann, Wolfgang Harich, Rudolf Bahro und Fritz Behrens bzw. die von ihnen – doch auch von Teilen der »Parteielite« – angestrebten Wirtschaftsreformen zutage. Besonders *Fritz Behrens*, der lange im Schatten der Geschichte stand, verdient als Analytiker kommunistischer Defizite weit mehr Aufmerksamkeit als bisher. Ein von Thomas Kuczynski für diesen Band zur Verfügung gestellter und bisher ungedruckter Text Behrens' zum »Prager Frühling« 1968 soll Neugier auf die Beschäftigung mit diesem Denker machen.

Der zweite Teil behandelt »Kritiker und Reformen in Ost und West«. Die Beiträge wenden sich, nach dem Aufsatz von William Pelz über Rosa Luxemburg, Reformen und Reformern in der Sowjetunion (*Wladislaw Hedeler*, *Annette Vogt*, *Alexander Vatlin*), in der ČSSR (*Stefan Bollinger*), dem sowjetisch geprägten Ostmitteleuropa (*Karl-Heinz Gräfe*), Jugoslawien (*Helga Schultz*) und Kuba (*Michael Löwy*, *Michael Zeuske*) zu. Ein Aufsatz kontrastiert kommunistische Reformversuche mit den Urteilen westlicher Kritiker (*Mario Keßler*).

Die innerkommunistischen Reformanstrengungen waren vielgestaltig und hatten viele Gesichter. Sie waren oft keine Aktionen von Einzelnen oder von kleinen Gruppen mehr, sondern stützten sich auf Mehrheiten in den Parteien und sogar der jeweiligen Bevölkerung. Die jugoslawischen Kommunisten waren die ersten, welche die – durch die törichte sowjetische Politik provozierte – Kritik am Stalinismus auf ein neues Niveau hoben. Aber die existierende innerparteiliche Demokratie stellte das Einparteiensystem nicht in Frage; von daher rührte ein wichtiger Teil der Kritik von Milovan Djilas am jugoslawischen Kommunismus.

»Die VR China: Reformen mit offenem Ausgang« ist der dritte Teil des Buches überschrieben, der Studien von *Theodor Bergmann*, *Helmut Peters*, *Zhang Guangming* und *Ma Jiahong* sowie *Wolfram Adolph* versammelt.

Es versteht sich von selbst und sollte – gerade mit Blick auf Meinungen zu China und seinen wichtigsten politischen Akteuren – immer wieder betont werden, dass alle Autorinnen und Autoren des Bandes ihre jeweiligen Beiträge selbst verantworten. Die Herausgeber gaben, obgleich es ihnen manchmal schwer fiel, an keiner Stelle dem Verlangen nach, ihr Urteil den Mitbeteiligten aufzunötigen. Unterschiedliche und mitunter auch gegensätzliche Sichtweisen auf den gleichen historischen Akteur oder Vorgang sind erwünscht und unvermeidlich. Wie könnte es anders sein in einem Band, dessen Beiträger aus China, Deutschland, Frankreich, Russland und den USA kommen, deren Erfahrungen voneinander verschiedener kaum sein könnten? Die jüngste Mitstreiterin, Ma Jiahong, wurde 1989 geboren, der älteste, Theodor Bergmann, ist Jahrgang 1916.

In einem sehr langen Leben auf der antistalinistischen Linken und einer Vielzahl von Büchern und Aufsätzen hat uns Theodor Bergmann auf die Kardinalfragen hingewiesen, denen sich jeder stellen muss, der sich den Reformen und Reformern der kommunistischen Bewegung zuwendet. Warum scheiterten alle Reformanstrengungen im 20. Jahrhundert? Waren die Reformer im Kommunismus an der Übermacht ihrer Gegner zugrunde gegangen, an deren Skrupellosigkeit bei der Wahl der Mittel, an »objektiven« äußeren Bedingungen?

Oder lagen einige der Gründe für das Scheitern auch in der Schwäche ihrer Konzeptionen, in mangelnder Koordination und der zeitweise relativ großen Isolation von der Bevölkerungsmehrheit? Vor allem aber stellte und stellt sich das Problem: Wie weit lähmte eine manchmal lange fortbestehende Parteitreu die Aktionen der kommunistischen Ketzer und Reformer gegen die selbstherrlichen Führer?

Doch bleibt festzuhalten: Über alle Brüche und Diskontinuitäten hinweg ist in der Geschichte der kommunistischen Reformen eine Entwicklung erkennbar, die vom Glauben an die Partei über den Widerstand gegen den Parteiapparat schließlich zu Anstrengungen führte, Staat und Partei als Instrumente der Reform zu nutzen und sie damit letztendlich – in einem dialektischen Sinn – »aufzuheben«. Zugleich aber verfeinerte der Staats- und Parteiapparat seine Herrschaftsmethoden: Der flächendeckende Stalin-Terror machte einer Mischung aus dosiertem Terror und dosierter Korruption Platz. Diese Korruption, als »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in der DDR beschönigt, versuchte, die westliche Konsumgesellschaft zu kopieren. Viele Menschen wünschten sich jedoch schließlich das Original herbei.

Die Zerschlagung der Reformen in der ČSSR erwies sich als der wohl entscheidende Wendepunkt in der Geschichte des Sowjetkommunismus. Die Entwicklung in Prag bewies, schrieb der jüngst verstorbene Historiker Hermann Weber, »dass eine kommunistische Herrschaft nicht zwangsläufig und unter allen Umständen eine diktatorische Form haben muss; seither sind die Realisierungschancen eines demokratischen Kommunismus mehr als bloße Utopie«.⁷

Die Liquidierung des Prager Sozialismus mit menschlichem Antlitz hatte allerdings auch einen radikalen Verlust an Reformwillen zur politischen Konsequenz. Sieht man die Option auf einen demokratischen Kommunismus als historische Möglichkeit, dann währte sie jedenfalls, wie jede historische Option, nicht ewig. Mag man den Reformen in der ČSSR ohne den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten eine Chance auf Erfolg zugebilligt haben, so kamen die wichtigen Reformen Gorbatschows historisch zu spät. Die Mehrheit der Menschen optierte nunmehr öffentlich für jene Bürgerfreiheiten, die der Kapitalismus (nicht preislos) bereithielt.

Es liegt eine tragische Ironie in der Tatsache, dass genau jene Bürgerfreiheiten zum Forderungskatalog der sozialistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts wie vieler kommunistischer Dissidenten des 20. Jahrhunderts gehört hatten.

Die Idee einer Demokratisierung des Kommunismus ist so alt wie die Herausbildung eines despotischen Zwangsstaates in der frühen Sowjetunion. Manche Gegner oder auch nur Kritiker der kommunistischen Ide-

⁷ Hermann Weber, *Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung*, Hannover 1969, S. VII.

ologie und Bewegung warfen den Reformkommunisten vor, ihnen ginge es nur um eine Liberalisierung innerhalb des Einparteiensystems. In der Tat reichten die Antworten auf die Frage, wie weit eine Demokratisierung des Kommunismus zulässig und möglich sei, von genau jener Position bis hin zu einem Plädoyer für einen echten Parteienpluralismus. Ein solches, bei dem die Kommunisten durch demokratische Wahlen auch die Macht verlieren könnten, fand seine Anhänger unter den »Eurokommunisten« Italiens und Spaniens der 1970er Jahre.

Diese Position, die eine sozialistische Gesellschaft durch permanente Reform anstrebt und im demokratischen Wettbewerb um Mehrheiten ringt, ist heute – und dies ist ein Sieg der Linken in ihrer Niederlage 1989 – Gemeingut fast aller Parteien, die aus der kommunistischen Bewegung hervorgegangen sind. Ist Lenins Modell der Avantgarde, der »Partei neuen Typus«, nunmehr in das Reich der Geschichte verwiesen? Die chinesische KP hält offiziell noch an ihm fest. Die wirtschaftlichen Erfolge ihrer Reformpolitik sind beeindruckend. Doch sind sie ohne politische Reformen unumkehrbar? Was schließlich bleibt vom Sozialismus und wie sind dessen Perspektiven, wenn im Land Hunderte von Dollar-Milliardären – mit dem Parteibuch in der Tasche? – die wirtschaftlichen Geschicke lenken? In diesem Buch sind sehr unterschiedliche Antworten auf solche und andere Fragen nachzulesen.

So gering aber die – allerdings immer wieder aufscheinenden – Chancen eines demokratischen Kommunismus von manchen Nachgeborenen beurteilt werden mögen, so wichtig ist es, jenen Tribut zu zollen, die versuchten, politische Demokratie und soziale Gerechtigkeit zusammenzufügen. In Anknüpfung an Marx nannten sie die ihnen vorschwebende Gesellschaft Kommunismus. Manche fügten das Adjektiv demokratisch hinzu, und dies war die denkbar schärfste Kritik am staatsmonopolistischen System. Es waren jene Kommunisten, die von ihren eigenen Parteien in Acht und Bann getan, verfolgt und oft ermordet wurden. Es führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass kommunistische Reformer einen nachweisbaren Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft leisteten; eine Aufgabe, die immer noch und weiterhin vor den Menschen steht.

Theodor Bergmann stieß 1929 zur KPD-Opposition und damit zu Stalins kommunistischen Kritikern. Er gab und gibt uns durch sein Leben als politischer Aktivist wie als Wissenschaftler und Gesellschaftsdenker ein ermutigendes Beispiel, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Dabei macht er nicht viel Worte um sich und wollte, dass der Band keine Festschrift

aus Anlass seines nahenden 100. Geburtstages wird. Diesem Wunsch trugen wir Rechnung. Er wollte auch nicht, dass der Band, an dem er selbst beteiligt ist, ihm gewidmet wird. Doch genau das tun alle anderen Autorinnen und Autoren dieses Buches – gegen Theo Bergmanns diesmal unwirksamen Protest.

SBZ und DDR: Reform und kommunistische Opposition

Günter Benser

»Reformer« in den Antifa-Ausschüssen des Jahres 1945

Drei Gründe sprechen dafür, einem Theodor Bergmann gewidmeten Band über »kommunistische Reformen und Reformer« einen Beitrag über die antifaschistischen Ausschüsse des Jahres 1945 beizusteuern: Zum *Ersten*, weil es sich um eine Bewegung handelt, die – bei aller Differenziertheit der Akteure, Motive und Ziele – auf einen politischen Neubeginn aus war, wie er auch dem Jubilar vorschwebte. Zum *Zweiten*, weil diese Initiativen vielfach von Personen getragen wurden, die sich zwischen den beiden großen Arbeiterparteien positioniert oder zwischen diesen gependelt hatten und somit Theodor Bergmann direkt oder indirekt nahe standen, wengleich sie sich wohl nicht als »Reformer« bezeichnet hätten. Zum *Dritten*, weil es zu dieser Bewegung noch immer kontroverse Ansichten und Wertungen gibt, womit sie zu jenen historischen Feldern gehört, die in besonderem Maße das Interesse unseres hier zu würdigenden streitbaren Analysten der kommunistischen und Arbeiterbewegung wecken.

Im Frühjahr 1945 sammelten sich in allen Teilen Deutschlands beherzte Antifaschisten und bildeten Ausschüsse oder Komitees, mit denen sie unmittelbar in das politische Geschehen einzugreifen suchten. Dies geschah teils in den letzten Tagen der Hitlerdiktatur, um deren Unwesen zumindest im lokalen Bereich zu beenden, teils beim unmittelbaren Anrücken der alliierten Truppen, um die kampflose Übergabe von Städten und Gemeinden zu erreichen sowie sinnlose Zerstörungen durch abziehende Verbände der SS und der Wehrmacht zu verhindern, teils in den ersten Wochen der Besatzungszeit, um die Abrechnung mit dem Faschismus auch in Deutschland in die Wege zu leiten und gegen ein die Bevölkerung bedrohendes Chaos anzugehen. Über die unmittelbaren Handlungsimpulse hinausgreifend, entwickelten die Initiatoren der Antifa-Ausschüsse Konzepte für die künftige Gestaltung Deutschlands. Das war so unter jeglichen Besatzungsbedingungen.

Als territoriale Schwerpunkte erwiesen sich Zentren der Arbeiterbewegung. Von Nord nach Süd aufgelistet, sind vor allem zu nennen Hamburg, Bremen, Hannover, Braunschweig, Berlin, Duisburg, Solingen, Ruhrgebiet, das Mansfelder Land, Leipzig, Dresden, Thüringen mit dem Zentrum im befreiten KZ Buchenwald, das anfangs besatzungsfreie Gebiet um Aue und

Schwarzenberg, Frankfurt a.M., Stuttgart, Dachau, München, das Bodenseegebiet. Analoge Aktivitäten jenseits von Oder und Neiße zählen noch zu den weißen Flecken der Geschichtsforschung.

Zuverlässig ermittelt wurden an die 500 solcher antifaschistischer Zusammenschlüsse. Ihre tatsächliche Zahl dürfte um Einiges größer sein, was aber das Gesamtbild nicht wesentlich ändert, denn die Knotenpunkte und die Charakteristika der Bewegung sind gut erforscht. Veröffentlichte Karten vermitteln einen anschaulichen Überblick.¹

Diese antifaschistischen Zusammenschlüsse gaben sich unterschiedliche Namen wie Anti-faschistisches Komitee, Antifaschistischer Ausschuss, Antifaschistische Liga, Antifaschistische Front oder Volksfront, Antifaschistischer Kampfbund, Antinazi-Komitee, Bund der Anti-Nazi-faschisten, Freiheitskomitee, Volkskomitee, Ordnungskomitee, Wiederaufbau-Ausschuss oder einfach Arbeitsausschuss. Zunehmend seltener wurde der Bezug auf das Nationalkomitee »Freies Deutschland«, denn nachdem ein internationaler Vergleich ein standhaltender eigener Beitrag zur Befreiung vom Faschismus ausgeblieben war und sich die realen Bedingungen im besiegten und besetzten Deutschland unverkennbar abzeichneten, erwies sich die Losung »Freies Deutschland« als anachronistisch. Gleichwohl trug eine der größten Organisationen jener Zeit den Namen »Bezirkskomitee ›Freies Deutschland‹, Leipzig«, bis sie sich Ende Mai 1945 in »Antifaschistischer Block« umbenannte.² Dominant war bei der Wahl der Bezeichnungen in der Regel die wichtigste Stoßrichtung dieser Zusammenschlüsse – die Liquidierung der Überreste des Faschismus und seiner Wurzeln. Mitunter entfaltete sich die Bewegung vorzugsweise in der Wiederbelebung und im Zusammenwirken von Betriebsräten, wie das vor allem im Ruhrgebiet der Fall war.

Zählten manche dieser Ausschüsse nur ein Dutzend Mitstreiter, so bildeten sich in den Zentren Strukturen mit bis zu mehreren tausend Mitgliedern und Sympathisanten, mit autorisierten Leitungen, beschlossenen Satzungen, Mitgliedsbeiträgen, Tagungen, Konferenzen und Publikationen heraus.

¹ Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976 (im Folgenden: Arbeiterinitiative); Günter Benser, Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 (= illustrierte historische hefte 19), Berlin [DDR] 1980.

² Vgl. Arbeiterinitiative, S. 244.

Aber nicht nur quantitativ und strukturell, auch qualitativ – insonderheit hinsichtlich der Breite des antifaschistischen Bündnisses – waren die Unterschiede beträchtlich. Auch sektiererische Tendenzen traten unübersehbar hervor, so wenn sich in Meißen ein »Rat der Volkskommissare« gebildet hatte³ oder in Pirna die Aufforderung an die Bevölkerung erging, im Umgang mit der neuen Verwaltung nur noch den Gruß »Rot Front«, die Anrede »Genosse« und »Du« zu benutzen.⁴ In Forst beschloss der Aktionsausschuss eigenmächtig die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der »Vereinigten Kommunistischen Partei von Forst, KPD«.⁵ Doch auch trotz solcher Entgleisungen wurde praktische Politik im Interesse der notleidenden Bevölkerung betrieben.

Ein Jahrzehnt lang war die Antifa-Bewegung des Jahres 1945 mehr oder weniger in Vergessenheit geraten oder bewusst aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt worden. In der BRD passte sie nicht in jenen Mainstream, der das hohe Lied der parlamentarischen repräsentativen Demokratie sang und auf die »Männer der ersten Stunde«, allen voran Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, abhob. In der DDR hatte Walter Ulbricht mit seinem detaillierten dokumentarischen Bericht über den gesellschaftspolitischen Umbruch der Jahre 1944-1946 seiner Sicht weithin Geltung verschafft, bei der die Führungsrolle der KPD, nicht aber die antifaschistische Eigeninitiative im Zentrum stand.⁶ Die von Stalin ausgelöste massive Kritik an Rosa Luxemburgs »Spontanitätstheorie«⁷ tat ein Übriges, um Politikansätze, die nicht zentralistisch gesteuert waren, zu missachten. In den 1960er Jahren aber zogen die antifaschistischen Ausschüsse wieder die Aufmerksamkeit auf sich.

³ Vgl. den Beitrag von Anton Ackermann, in: Von der Geburt einer neuen Staatsmacht. Dokumentarische Berichte von Aktivisten der ersten Stunde, in: Staat und Recht, (1965), Nr. 5, S. 674.

⁴ Vgl. Walter Löscher, Zur Geschichte des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD im heutigen Bezirk Dresden. Dokumentsammlung, Dresden 1976, S. 28.

⁵ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch), NL 182/853.

⁶ Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I. 1. Halbband, Berlin [DDR] 1955.

⁷ Vgl. hierzu Annelies Laschitzka, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 33 (1991), Nr. 4, S. 449-451.

In der DDR entstanden zu dieser Zeit bei Bezirks- und Kreisleitungen der SED Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, von denen die meisten ihre ersten Arbeitsergebnisse anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus beziehungsweise des 20. Jahrestages der Gründung der SED vorlegten. Erinnerungen wurden gesammelt und veröffentlicht, erste Dissertationen über die Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit wurden geschrieben. Somit stieß man unvermeidlich wieder auf die Existenz antifaschistischer Ausschüsse und Komitees im Frühjahr/Sommer 1945. Während die soziale Zusammensetzung dieser Bewegung in der Regel untersucht wurde, unterblieb meist eine Zuordnung der agierenden Personen zu den in den Jahren der Weimarer Republik neben und zwischen KPD und SPD hervorgetretenen politischen Strömungen.

In der BRD wandte sich im Gefolge der 68er-Bewegung und inspiriert von der damals Fuß fassenden »Geschichte von unten« eine Gruppe von Historikern der Antifa-Bewegung zu und veröffentlichte ihre Forschungsergebnisse in dem Buch »Arbeiterinitiative«. Es kam sogar zu Ansätzen eines deutsch-deutschen Diskurses.⁸

Was damals in West wie Ost höchstens randständig behandelt wurde, das war die Einordnung dieser Antifa-Bewegung in die basisdemokratischen Anläufe, wie sie sich in Deutschland in den Volkskomitees und Sicherheitsausschüssen der 48er-Revolution, in den Arbeiter- und Soldatenräten der Novemberrevolution, in manchen Aktivitäten der 68er-Bewegung manifestiert hatten und ein Jahrzehnt später in der Bürgerbewegung der DDR erneut in Erscheinung treten sollten.⁹

Ein wesentlicher Aspekt der Antifa-Bewegung, der in der DDR nicht zu interessieren hatte, dafür in der BRD umso mehr Aufmerksamkeit fand, war die Rolle jener Kräfte, die nicht die eine oder die andere der beiden großen Arbeiterparteien SPD beziehungsweise KPD als ihre politische Heimat betrachteten, also jene Akteure, die ausgeschert waren und sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPDO), dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder weiteren Verbänden angeschlossen hatten. Mitunter hatten sie sich im Widerstand, in Konzentrationslagern und Zucht-

⁸ Vgl. Günter Benser, Basisdemokratie gestern, heute und morgen, in: Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg.), Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Zum 80. Geburtstag von Günter Benser, Berlin 2012, S. 26.

⁹ Siehe ebenda, passim.

häusern oder im Exil ihren »Mutter«-Parteien wieder angenähert.¹⁰ Meist waren sie nicht darauf aus, ihre zwischen KPD und SPD angesiedelten Organisationen nach der Befreiung vom Faschismus neu zu beleben. Sie sahen in den antifaschistischen Ausschüssen vielmehr ein Feld, auf dem sich verschiedene Strömungen der Arbeiterbewegung zusammenfinden und den Grundstein für eine Einheitspartei der Arbeiterklasse jenseits des Opportunismus des SPD und des Dogmatismus der KPD legen konnten.¹¹ Das soll anhand einiger markanter Beispiele belegt werden.

In *Bremen*¹² wurde der antifaschistische Widerstand wesentlich von Mitgliedern der SAPD getragen. Leitend tätig waren hier Heinrich Busch¹³ und Adolf Ehlers.¹⁴ Auf ihre Initiative hin kam es seit Ende Mai 1944 zu regelmäßigen Zusammenkünften von Funktionären der SAPD, des ISK, der SPD, der KPD und der Deutschen Friedensgesellschaft,¹⁵ aus denen später der Zentralvorstand der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus hervorging. Zwischen Ehlers und dem ehemaligen KJVD-Funktionär Hermann Wolters¹⁶ kam es seit 1944 zur konstruktiven Zusammenarbeit. Peter Brandt schätzte ein: »Die enge persönliche und politische Verbindung,

¹⁰ Zur Rückwendung von Personen zur Sozialdemokratie siehe Helga Grebing (Hrsg.), *Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944-1948*, München 1984.

¹¹ Soweit biografische Angaben nicht belegt sind, wurden sie den einschlägigen Lexika und Handbüchern oder Wikipedia entnommen.

¹² Die im Folgenden angeführten Fakten finden sich in: Peter Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung in Bremen. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46*, Hamburg 1976.

¹³ Heinrich Busch, Jg. 1904, Hafenarbeiter, war 1919 der KPD beigetreten und später über die KPDO zur SAPD gelangt. Er gehörte 1945 dem Vorstand der KGF (Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus) an und trat später zur SPD über.

¹⁴ Adolf Ehlers, Jg. 1898, nach kaufmännischer Lehre Hilfsarbeiter auf der Weser-Werft, gehörte zu den führenden Kommunisten Bremens, nach Ausschluss aus der KPD war er Pol.-Leiter der KPDO in Nordwestdeutschland, trat 1932 der SAPD bei. 1945 gehörte er dem Vorstand der KGF und der Bezirksleitung der KPD an. Er wurde als Vertreter der KPD Mitglied des Bremer Senats, schloss sich aber schon bald der SPD an.

¹⁵ Eine 1892 gegründete linksbürgerlich-pazifistische Vereinigung, der sich später auch Vertreter der Arbeiterbewegung anschlossen und die in der Endphase der Weimarer Republik vorwiegend dem linken Flügel der SPD bzw. der SAPD zuzurechnen sind.

¹⁶ Hermann Wolters, Jg. 1911, Matrose, trat der KPD 1930 bei, Mitglied des Bezirksvorstandes Wasserkante des KJVD, in der NS-Zeit mehrjährige Zuchthausstrafe, seit 1944 enger Kontakt zu Adolf Ehlers. 1945 gehörte er dem Vorstand der

die sich zwischen dem ›Konzeptor‹ und Organisator Ehlers und dem Aktivistin Wolters entwickelte, bildete bei allen weiteren ... politischen Vorgängen einen wesentlichen dynamischen Faktor.«¹⁷ August Endete,¹⁸ der als einer der ersten Emigranten aus Schweden nach Bremen zurückkehrte, sorgte sich – wie auch seine Frau Irmgard Enderle¹⁹ – vor allem um den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Kontakte zum ISK waren wesentlich über Anne Kappus gelaufen, die mehrmals illegal aus Schweden nach Bremen einreiste. Als sich die KGF im Dezember 1945 auflöste, verabschiedete sie sich mit einem bewegenden Appell für die Einheitspartei der Arbeiterklasse: »Die Versammlung erinnert die Bremer Führer von SPD und KPD noch einmal eindringlich an ihre feierlich gegebenen Versprechen, diese Einheit zu verwirklichen. Die allgemeinen Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse stehen über den Sonder-Interessen der Parteiapparate. Die Versammlung verpflichtet sich der bremischen Arbeiterschaft gegenüber, diesen Kampf für die sozialistische Einheitspartei bis zum Entstehen einer solchen zu Ende zu führen, allen Widerständen zum Trotz.« Es hat allerdings nicht allzu lange gebraucht, bis auch die Aktivistin der KGF ihre Aktivitäten in die angestammten Arbeiterparteien beziehungsweise in die Gewerkschaften verlagerten.

Demgegenüber dominierten in der den Antifa-Ausschüssen vergleichbaren Sozialistischen Freien Gewerkschaft in *Hamburg* Sozialdemokraten, die in der Weimarer Zeit vorwiegend dem rechten Flügel der SPD zugeneigt waren. Von 36 Mitgliedern des Vollzugsausschusses kamen nur sieben von der KPD, zwei vom ISK und einer von der SAPD.²⁰ Ebenfalls in *Hannover*, im *Ruhrgebiet* und in *Frankfurt a.M.* wurden Vertreter der SAPD, des ISK und der KPDO aktiv, ohne jedoch gleichermaßen prägenden Einfluss zu erlangen.

KGF und der Bezirksleitung der KPD an. Er wurde als Vertreter der KPD Mitglied des Bremer Senats, schloss sich aber schon bald der SPD an.

¹⁷ Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung*, S. 56.

¹⁸ August Enderle (1887-1959), Mechanikerlehre, schloss sich 1919 der KPD an und stieg zu deren Vertreter in der Roten Gewerkschaftsinternationale auf, nach Parteiausschluss Mitglied der Zentraleitung der KPDO und 1932 Übertritt zur SAPD, schloss sich 1944 der SPD-Emigrantenorganisation an.

¹⁹ Irmgard Enderle, geb. Rasch, Jg. 1895, war 1919 bis 1929 im zentralen Apparat der KPD tätig, nach Ausschluss gelangte sie über die KPDO zur SAPD, seit 1944 SPD.

²⁰ Vgl. den Beitrag von Holger Christier, in: *Arbeiterinitiative*, S. 309/310.

In *Braunschweig* trat am 11. April 1945 die Antifaschistische Aktion an die Öffentlichkeit.²¹ Noch in den letzten Kriegsmonaten waren »zu den alten KP-Genossen vorwiegend die jüngeren, im Geiste beweglicheren Genossen der SPD, teils Angehörige des ISK, teils Elemente der SAP, Mitglieder der Friedensbewegung, Parteilose, ja sogar Demokraten« gestoßen.²² Schon im Mai 1945 war der frühere Braunschweiger ISK-Vorsitzende Otto Bünemann aus dem Exil zurückgekehrt, der sich vermutlich bereits der SO-PADE angenähert hatte, was seine frühe Heimkehr aus England begünstigt haben könnte.²³ Vorsitzender der Antifaschistischen Aktion wurde Walter Brinkmann, der 1929 von der KPD zur KPDO übergetreten war. Die in der Leitung der Antifaschistischen Aktion aktiven Sozialdemokraten waren überwiegend links eingestellt. Albrecht Lein schätzt die politische Konstellation im engeren Kreis wie folgt ein: »Die Anwesenden lassen sich in vier politische Richtungen aufgliedern: neun hatten sich vor 1933 an der KPD orientiert, sieben waren zur SPD zu zählen, drei gehörten der SAP oder der KPO an, und zwei waren Liberaldemokraten. Die Antifa war aber weder auf KPD- noch auf SPD-Kurs festgelegt, denn Walter Brinkmann, früher KPO, Hans Pfannschmidt, früher SPD, und Joseph Kopp,²⁴ der zeitweise in den zwanziger Jahren die KPD verlassen hatte, waren in jenen Tagen die führenden Kräfte der Antifa, sie steuerten, wenn auch un- deutlich, linkssozialistischen Kurs.«²⁵

So gehörte Braunschweig auch zu jenen Orten im Westen, in denen die Bemühungen um die Schaffung einer Einheitspartei besonders stark hervortraten. Hier kam es zu einer regelrechten Vereinbarung zwischen KPD und SPD, die sich direkt auf das zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuss der SPD am 19. Juni 1945 in Berlin abgeschlossene Aktionsabkommen bezog und dessen Aufgabenstellung wortwört-

²¹ Die im Folgenden angeführten Fakten sind dem Beitrag von Albrecht Lein in »Arbeiterinitiative 1945« (s. Anm. 1) entnommen.

²² Bericht von Walter Brinkmann, ebenda, S. 335.

²³ Vgl. Grebing, Entscheidung für die SPD, S. 18.

²⁴ Franz Joseph Kopp, Detailkonstrukteur, gehörte der KPD an, die er in den 1920er Jahren zeitweise verlassen hatte, und der er nach Auflösung der Braunschweiger Einheitspartei wieder beitrug. Schriftführer der Antifaschistischen Aktion. Er wurde im Juni 1945 Mitglied des siebenköpfigen Präsidiums des FDGB Braunschweig.

²⁵ Arbeiterinitiative, S. 337.

lich übernahm.²⁶ Auch in Braunschweig waren es insbesondere Vertreter der kleineren sozialistischen Gruppierungen, die dem Einheitsdrang Nachdruck verliehen. »In Braunschweig profilierten sich hier Kirchner (KPO), Ahlbrecht (SAP) und Kubel (ISK)...«, schreibt Albrecht Lein.²⁷

In *Thüringen* wurde frühzeitig der Einfluss der aus dem Konzentrationslager Buchenwald entsandten, vorwiegend der KPD zugehörigen Emissäre spürbar, die auf bündnispolitische Breite bedacht waren. Doch parallel erfolgte der Aufbau der Parteistrukturen.²⁸ Das Weimarer Antinazikomitee wurde von dem sozialdemokratischen ADGB-Funktionär Emil Friedrich und dem früheren Vorsitzenden der KPD in Weimar und langjährigen KPDO-Funktionär Hugo Günther²⁹ geleitet. Der Org-Leiter der KPDO Geras war in seinem Heimatort Mitglied des Antifa-Ausschusses. August Frölich, der 1923 als Ministerpräsident der von SPD und KPD in Thüringen gebildeten Arbeiterregierung vorstand, versagte sich der Mitarbeit im Antifa-Ausschuss. Da in Thüringen eine starke linke Strömung der SPD³⁰ und eine erhebliche oppositionelle Strömung in der KPD³¹ existierten, Traditionen der Zusammenarbeit auch nach der Arbeiterregierung des Jahres 1923 nachwirkten,³² bestanden hier weniger Berührungsängste zwischen verschiedenen Gruppierungen der Arbeiterbewegung. Doch wirkte hier einerseits die im befreiten KZ Buchenwald gebildete Bezirksleitung der KPD, und andererseits der ebenfalls dort ins Leben gerufene, wesentlich von Hermann Brill³³ und Benedikt Kautsky³⁴ geprägte

²⁶ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Mai 1945 – April 1946, Berlin [DDR] 1959, S. 41/42, 180/181.

²⁷ Arbeiterinitiative, S. 351.

²⁸ Vgl. Steffen Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln etc. 2011, S. 249-254.

²⁹ Hugo Günther, Jg. 1891, Heizungsmonteur, 1917 Eintritt in die SPD 1919 in die KPD. Er trat nach Ausschluss der KPO bei, 1945 Mitglied der Bezirksleitung der KPD.

³⁰ Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg*, S. 179-182.

³¹ Ebenda, S.197-200.

³² Ebenda, S. 509-511.

³³ Hermann Brill (1895-1959), Pädagoge, Rechts- und Staatswissenschaftler, nach USPD 1922 Rückkehr zur SPD, 1933 Austritt, im Widerstand Kontakt zur Gruppe »Neu Beginnen«.

³⁴ Benedikt Kautsky (1894-1960), Ökonom, 1921-1938 Sekretär der Wiener Arbeiterkammer, mehrfach inhaftiert, zuletzt im KZ Buchenwald.

Bund demokratischer Sozialisten, wodurch die Entwicklung frühzeitig in parteiorganisatorische Bahnen gelenkt wurde. Nach Abrücken der amerikanischen Streitkräfte und Besetzung Thüringens durch die Rote Armee fanden auch ehemalige Angehörige der KPDO und der SAPD ihr Betätigungsfeld in den neuen Verwaltungsorganen.

Ähnliches ließe sich von der *Provinz Sachsen* (später Sachsen-Anhalt) berichten, wo der aus Buchenwald nach Halle zurückkehrte frühere Angehörige der Reichsleitung der KPDO, Robert Siewert,³⁵ an der Sammlung der Antifaschisten beteiligt war. Er wurde indes schon am 16. Juli als 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung eingesetzt.³⁶ Auch unter den linientreuen Kommunisten gab es selbstbewusste Leute. So positionierte sich Robert Büchner³⁷ – Mitinitiator der sich als Keim der Einheitspartei verstehenden Mitteldeutschen Arbeitergruppe – noch nach Erscheinen des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD und nach Abschluss des Berliner Aktionsabkommens von KPD und SPD – in einem Brief an Walter Ulbricht wie folgt: »Jedenfalls wir führen den Kurs auf einheitliche Klassenpartei hier in unserem mitteldeutschen Gebiet weiter. Und gebt uns mal nähere Darlegungen Eures Kurses und der Generallinie.«³⁸ Aber es dauerte nicht lange, bis auch die Kommunisten im Mansfelder Land auf den Kurs des Zentralkomitees eingeschwenkt waren.

In *Leipzig* war im linken Lager noch die Erinnerung an die von SPD und KPD getragene sächsische Arbeiterregierung des Jahres 1923 lebendig, deren Ministerpräsident Erich Zeigner³⁹ nach KZ-Haft in Buchenwald

³⁵ Robert Siewert (1887-1973), Maurer und Fliesenleger, seit 1919 Mitglied der KPD, nach Parteiausschluss trat er 1929 der KPO bei, wurde dort Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen und Geschäftsführer des Verlages Arbeiterpolitik. Im KZ Buchenwald näherte er sich wieder der KPD an und gehörte zur illegalen KPD-Organisation des Lagers. Nach der Befreiung wurde er Mitglied der Bezirksleitung der KPD der Provinz Sachsen.

³⁶ Vgl. Robert Siewert, Ein neuer Weg wird beschritten, in: Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen, Berlin 1959, S. 359-361.

³⁷ Robert Büchner (1904-1985), Müller, trat 1924 in die KPD ein, wurde 1945 von Antifaschisten als Oberbürgermeister von Eisleben eingesetzt.

³⁸ Vgl. Günter Benser, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46), Berlin 2009, S. 41.

³⁹ Erich Zeigner (1886-1949), Jurist, trat 1919 der SPD bei, Ministerpräsident der sächsischen Arbeiterregierung. 1945 Mitglied des erweiterten Bezirksausschusses der SPD und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.

nach Leipzig zurückgekehrt war. Vor allem aber hatten hier in der Widerstandsbewegung Vertreter verschiedener Strömungen der Arbeiterbewegung zusammengefunden. Ihr bekanntester Repräsentant Georg Schumann⁴⁰ hatte sich wiederholt ultralinken Entgleisungen der KPD widersetzt, sich aber letztlich immer der Parteidisziplin gebeugt. Der reichsweit vernetzte Widerstand in Leipzig wurde personell repräsentiert durch Georg Schumann, Kurt Kresse,⁴¹ Arthur Hofmann⁴² und Wilhelm Zipperer⁴³ (alle KPD), Alfred Nothnagel⁴⁴ (SAPD), Otto Engert⁴⁵ (KPDO), Richard Lehmann (SPD),⁴⁶ Linksintellektuelle wie Wolfgang Heinze,⁴⁷ Georg Sacke.⁴⁸ Die meisten von ihnen wurden im Gefolge der nach dem 20. Juli 1944 einsetzenden Terrorwelle hingerichtet.⁴⁹

Der Nachhall dieser Bündnisbreite zeigte sich, als im zunächst amerikanisch besetzten Leipzig ein Bezirkskomitee »Freies Deutschland« mit erheblicher Ausstrahlung auch auf das Umland tätig wurde. Hier war auch Alfred Nothnagel aktiv, der überlebt hatte. Anders als August Frölich reihte sich Erich Zeigner in die Reihen der sich in Leipzig organisierenden Antifaschisten ein. Walter L. Dorn, der als Offizier der us-amerikanischen

⁴⁰ Georg Schuman, Jg. 1886, Werkzeugmacher, wurde 1905 Mitglied der SPD, ab 1919 in der KPD, gehörte er zeitweise ihrer Zentrale an, Mitglied des Deutschen Reichstages. 1945 hingerichtet.

⁴¹ Kurt Kresse, Jg. 1904, Buchdrucker, seit 1924 in der KPD, vor allem in der Sportbewegung aktiv. 1945 hingerichtet.

⁴² Arthur Hofmann, Jg. 1900, seit 1919 Mitglied der KPD, Leiter des RFB Westsachsen. 1945 hingerichtet.

⁴³ William Zipperer, Jg. 1906, Reliefgraveur, Mitbegründer der KPD, 1933 als Ultralinkler ausgeschlossen. 1945 hingerichtet.

⁴⁴ Alfred Nothnagel hatte sich nach seiner Mitgliedschaft in der SAPD 1935 der KPD angeschlossen. Obwohl auch er als Angehöriger der Gruppe um Schumann, Engert und Kresse zum Tode verurteilt wurde, überlebte er und trat für die sofortige Schaffung einer Einheitspartei ein.

⁴⁵ Otto Engert (eigtl. Otto Gentsch), Jg. 1895, Zimmermann, trat 1913 der SPD bei und kam 1920 über die USPD zur KPD, 1929 ausgeschlossen reihte er sich in die KPO ein und wurde als deren Kandidat Bürgermeister in Neuhaus am Rennstein. Im antifaschistischen Ausschuss kooperierte er mit der illegalen KPD. 1945 hingerichtet.

⁴⁶ Richard Lehmann, Jg. 1909, Ökonom und Journalist, trat 1923 der SPD bei.

⁴⁷ Wolfgang Heinze, Jg. 1911, Jurist, 1945 hingerichtet.

⁴⁸ Georg Friedrich Sacke (Zakke, Sakke), Jg. 1901, Historiker, hatte Kontakte zur SAPD, kam 1945 auf einem Todesmarsch ums Leben.

⁴⁹ Vgl. Arbeiterinitiative, S. 224.

Besatzmacht auf seinen Inspektionsreisen Leipzig besuchte, berichtete: »Nun gab es aber in Leipzig eine antifaschistische Organisation, die, wie ich später erfuhr, etwa 8.000-10.000 [Mann] stark war und z.T. von Kommunisten, z.T. von Sozialdemokraten, aber auch von Mitgliedern der Mittelstandsparteien gebildet worden war. Sie war auf keinen Fall kommunistisch beherrscht.«⁵⁰ Am 21. Mai 1945 traf der ehemaligen kommunistische Reichstagsabgeordnete Fritz Selbmann⁵¹ in Leipzig ein, dem während eines Evakuierungsmarsches des KZ Flossenbürg die Flucht gelungen war. Unter seinem Einfluss erfolgte eine stärkere Annäherung an die Linie der KPD-Zentrale, und das von den Amerikanern bereits verbotene Leipziger NKFD benannte sich um in Antifaschistischer Block.⁵²

Im Antifaschistischen Kampfbund in *Stuttgart* war der aus der KPD ausgeschlossene Hans (Johannes) Stetter⁵³ aktiv, der zeitweise dessen Leitung in Stuttgart-Untertürkheim übernommen hatte, ein auch gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht konfliktbereiter Mann. Er war ein Schwager des KPDO-Funktionärs Albert Schreiner und vermutlich auch mit dem Mitbegründer der KPDO, Jacob Walcher, bekannt.⁵⁴

Schließlich sei auf die Antifa-Bewegung im *Bodenseengebiet* hingewiesen, wo der langjährige Vorsitzende des Bundes religiöser Sozialisten, Erwin Eckert,⁵⁵ eine herausragende Rolle spielte. Auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehend, hatte er sich nicht der SAPD angeschlossen, son-

⁵⁰ Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S. 39.

⁵¹ Fritz Selbmann (1899-1975), Bergmann, kam über die USPD 1922 zur KPD, gehörte der Bundesführung des Roten Frontkämpferbunds (RFB) an, Mitglied des Deutschen Reichstages. Nach seinem Eintreffen in Leipzig Mitglied des Sekretariats der KPD, ab September 1945 Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen.

⁵² Vgl. Fritz Selbmann, Die sowjetischen Genossen waren Freunde und Helfer, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin [DDR] 1971, S. 329-335.

⁵³ Hans (Johannes) Stetter, Jg. 1885, Schreiner, trat 1903 der SPD bei und gelangte über die USPD zur KPD, deren ultralinke Führung er nach seinem Ausschluss heftig öffentlich kritisierte. Nach 1945 aktiv als Gewerkschaftsfunktionär, kurzzeitig sozialdemokratischer Arbeitsminister in Baden-Württemberg.

⁵⁴ Siehe Uwe Fuhrmann, Eine proletarische Geschichte Deutschlands: Hans (Johannes) Stetter (1885-1963), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2013), Nr. III.

⁵⁵ Erwin Eckert (1893-1972), Theologe und Pfarrer, 1945 Vorsitzender der KPD im französisch besetzten Südbaden.

dern war 1931 in die KPD eingetreten – ein Schritt, den der Stadtpfarrer von Mannheim in einer Schrift öffentlich machte, womit er weithin bekannt wurde. Erwin Eckert wurde geschäftsführender Vorsitzender des zentralen Präsidiums der parteiübergreifenden antifaschistischen Bewegung »Das Neue Deutschland«, die in zwölf Orten des Bodenseegebietes ihre Komitees hatte. »Neues Deutschland« war auch der Name der hier herausgegebenen antifaschistischen Zeitung, deren erste Nummer symbolhaft am 1. Mai 1945 als Blatt der Vereinigten Arbeiterpartei Singen erschien. Bereits Mitte Mai – nach Vorliegen der zweiten Nummer – wurde das Blatt von der französischen Besatzungsmacht verboten.⁵⁶

Am längsten trat die zwischen KPD und SPD angesiedelte Strömung in *Offenbach* in Erscheinung. Hier war Heinrich Galm⁵⁷ eine Wiederbelebung der relativ einflussreichen Verbindung von KPDO und SAPD gelungen. Die hier gebildete Sozialistische Einheitspartei Hessen bestand bis 1954. Erst dann wurde der Versuch aufgegeben, eine dritte Arbeiterpartei zu etablieren.⁵⁸

Damit mag es der angedeuteten Beispiele genug sein. Sind die Fakten kaum umstritten, so driften doch die Interpretation auseinander. Der bereits Ende der 1970er Jahre eröffnete Diskurs ist in der Folgezeit immer wieder aufgeflackert und hält bis heute an. Er kreist vor allem um drei Fragen:

1. Wo liegen die Ursachen für den Abbruch der Antifa-Bewegung, und wer trägt hierfür die Verantwortung?
2. In welchem Verhältnis standen antifaschistische Ausschüsse und neue Verwaltungsorgane?
3. War diese Antifa-Bewegung eine grundsätzliche Alternative, ein erfolgversprechendes Gegenmodell zu den in West wie in Ost etablierten politischen Herrschaftsstrukturen?

Was die erste Frage betrifft, so stimmen die Ansichten über die Rolle der Besatzungsmächte weitgehend überein. Belege für das Niederhalten und

⁵⁶ Vgl. Karl Bittel, Die Bewegung zur Aktionseinheit und Einheitspartei in Baden 1945, in: Unserer Zeit Berlin, (1961), Nr. 1, S. 307.

⁵⁷ Heinrich Galm (1895-1984), Sattler, trat 1917 der USPD und 1920 der KPD bei, nach Parteiausschluss wurde er Mitglied der Reichsleitung der KPDO und schloss sich 1932 der SAPD an. Initiator und anerkannter Führer der Sozialistischen Einheitspartei Hessen.

⁵⁸ Vgl. Bernd Klemm, Die Arbeiter-Partei/Sozialistische Einheitspartei Hessen 1945-1954. Entstehungsbedingungen, Geschichte und Programmatik einer dritten deutschen Arbeiterpartei nach dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1980.

für direkte Verbote der Antifa-Ausschüsse durch die westalliierten Besatzungsmächte sind reichlich zutage gefördert worden. Auch deren Motive liegen weitgehend offen. Da Kommunisten und Linksozialisten als erste aktionsfähig waren, sollte durch eine so genannte politische Quarantäne dem bürgerlichen Lager und den antikommunistischen Kräften in der Sozialdemokratie Zeit zur Sammlung und Reorganisation verschafft werden. Dieses Konzept geriet in Bedrängnis, als die sowjetische Militäradministration bereits am 10. Juni 1945 mit ihrem Befehl Nr. 2 antifaschistisch-demokratische Parteien und freie Gewerkschaften, und zwar zonenweit, zuließ. Dies geschah natürlich auch mit Vorbedacht, denn bereits Anfang Juni war in Beratungen bei Stalin in Moskau das Vorgehen der deutschen Kommunisten abgestimmt und der KPD ein Vorsprung beim Neustart gesichert worden.⁵⁹ Auch die sowjetische Besatzungsmacht war nicht darauf bedacht, den Antifa-Ausschüssen Freiräume zu verschaffen. Aber deren Personal wurde in der Regel zum Aufbau neuer, antifaschistisch-demokratischer Verwaltungsorgane herangezogen.⁶⁰ Das machte direkte Verbote überflüssig, zumal die KPD-Führung sofort auf den Verwaltungsaufbau und die Erneuerung der Parteistrukturen orientierte und entsprechend eingriff.

Vertreter der antistalinistischen Opposition haben aus ihrer Einschätzung der Situation geschlussfolgert, dass Parteien und Gewerkschaften, die der Duldung durch Besatzungsmächte bedurften, »keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung« sein können. Unter Besatzungsbedingungen sei bestenfalls eine »Scheindemokratie« möglich. So hatte zum Beispiel August Thalheimer im fernen Kuba geurteilt.⁶¹ Ähnlich positionierte sich auch Walter Fabian.⁶² Sie mögen im Kern recht gehabt haben. Nur – die Alternative wäre der Verzicht auf jegliche politische Aktivität gewesen, denn eine

⁵⁹ Vgl. Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin [DDR] 1985, S. 111-114.

⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 114-116.

⁶¹ Westblock-Ostblock. Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente, hrsg. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 58.

⁶² Vgl. Jörg Wollenberg, Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Aus Anlass der Festschrift für Günter Benser (Teil II), in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 93 (März 2013), S. 159.

Auflehnung gegen die völkerrechtlich verankerte und historisch berechtigte Besatzungsherrschaft ließ sich unter den realen Gegebenheiten nicht ernstlich in Betracht ziehen.

Die Rolle der KPD-Führung wird demgegenüber kontrovers eingeschätzt. Vor allem mit Berufung auf Wolfgang Leonhard⁶³ schreiben nicht wenige Autoren der KPD und vor allem Walter Ulbricht die Hauptverantwortung für das Abwürgen der basisdemokratischen Antifa-Bewegung in der sowjetischen Besatzungszone zu. In der Tat hat sich Ulbricht frühzeitig gegen eine Bewegung von Ausschüssen und Komitees gewandt und den unverzüglichen Aufbau von kommunistisch dominierten Verwaltungsorganen mit breiter Beteiligung anderer Kräfte angesteuert.⁶⁴

Es sollte indes nicht übersehen werden, dass die politischen Führer von West-CDU, Konrad Adenauer, und West-SPD, Kurt Schumacher, ebenfalls mit den Antifa-Ausschüssen nichts im Sinne hatten. Sie setzten auf die Rekonstituierung von Verwaltungen und Parteien sowie auf den Alleinvertretungsanspruch ihrer Klientel. Adenauer hatte schon 1918 in Köln den Soldatenrat ausgetrickst, weil er das Dahinschwinden der Autoritäten und den Zerfall staatlicher Macht befürchtete.⁶⁵ Das Büro Schumacher war verantwortlich für den frühen »Auszehrungsprozess« des Ausschusses für Wiederaufbau in Hannover.⁶⁶

Da dennoch die KPD-Führung im Zentrum der Kritik steht, ist es angebracht, deren Konzept etwas näher zu beleuchten. Die in Moskau tätigen Funktionäre waren zunächst davon ausgegangen, dass der antifaschistische Widerstand und ein deutscher Beitrag zur Selbstbefreiung vielfältige Formen von Kampfausschüssen und Volkskomitees hervorbringen werden.⁶⁷ Fortschreitend wurde jedoch immer deutlicher, dass ihr künftiges Operationsfeld ein von den Alliierten Streitkräften erobertes, besiegt und besetztes Land sein würde, in dem die Siegermächte die oberste Gewalt ausübten und deutscher Politik enge Grenzen gezogen waren. Die Übernahme

⁶³ Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*. Jubiläumsauflage, Köln 2005.

⁶⁴ Vgl. seinen Brief an Georgi Dimitroff vom 9. Mai 1945, in: Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, Berlin [DDR] 1953, S. 419.

⁶⁵ Annelies Poppinga, *Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer*, Stuttgart 1970, S. 140-143.

⁶⁶ *Arbeiterinitiative*, S. 497.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 267.

politischer Verantwortung war da nur in Anlehnung an die Besatzungspolitik vorstellbar, weshalb sich die KPD – ungeachtet der Orientierung auf die UdSSR – anfangs zur Kooperation mit allen Besatzungsmächten bereit erklärte und nicht auf deren Konfrontation setzte. Der Realist Ulbricht gab sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hin.

Damit sind wir beim Streitpunkt Nummer zwei. Waren die enormen Aufgaben, die sich auf dem Felde der Ernährung, der Abwehr von Seuchen, der Unterbringung von Ausgebombten und Flüchtlingen, der Entrümmung der Städte, der Wiederingangsetzung der Produktion, der Neuöffnung der Schulen und Kulturstätten usw. usf. von Ausschüssen und Komitees zu lösen, oder bedurfte es dazu eines von den Besatzungsmächten mit entsprechender Autorität ausgestatteten Verwaltungsapparates, der befugt war, Verordnungen zu erlassen und Auflagen zu erteilen, die von der gesamten Bevölkerung zu befolgen waren? Und war es abwegig, die Hauptaufmerksamkeit der Antifaschisten auf den Aufbau solcher Organe zu richten, mit denen doch Vorentscheidungen über den künftigen Charakter der Staatsmacht fielen? War die Prioritätensetzung der KPD-Führung tatsächlich so falsch oder eigensüchtig?

Ulbrichts Ausdrucksweise zeugte ohne Zweifel von Missachtung eines demokratischen Potenzials, das in sein Machtverständnis nicht hineinpasste.⁶⁸ Aber die Grenzen dieses basisdemokratischen Ansatzes des Jahres 1945, ihrer Möglichkeiten, der überbordenden Probleme der Bevölkerung Herr zu werden, sollten dennoch nicht übersehen werden. Im Übrigen wird nur selten wahrgenommen, dass in der sowjetischen Besatzungszone mit der starken Stellung der Betriebsräte, den Entnazifizierungsausschüssen, Bodenreformkommissionen, Sequesterkommissionen, Frauenausschüssen, Jugendausschüssen, Volkskontrollausschüssen wie auch mit der Volkssolidarität und anderen Hilfsaktionen Elemente von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung noch geraume Zeit fortbestanden.

Auch die unter starkem linkssozialistischem Einfluss stehende Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus in Bremen hat sich nicht mit Komiteetätigkeit und Mobilisierungen begnügt. Ihre führenden Vertreter sind in den Bremer Senat eingetreten und waren bestrebt, Polizei, Wohnungsamt und Arbeitsamt in ihre Hände zu bekommen. Und die letztgenannten

⁶⁸ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, Zusatzbd., Berlin [DDR] 1966, S. 232.

Ämter wurden von ihr als Institutionen sowohl im Allgemeininteresse der Bürger als auch zum Ausbau eigener Positionen genutzt.⁶⁹

So ist es wohl sinnvoller, zu fragen, warum nicht mehr über die Kombination von Verwaltungsaufbau und basisdemokratischer Bewegung nachgedacht wurde. Bei diesen unausgeloteten Möglichkeiten sollte die Kritik ansetzen.

Das Hauptproblem ist und bleibt jedoch, ob wir es bei der Antifa-Bewegung mit einem grundlegend anderen Politikansatz zu tun haben, der durch die Besatzungsmächte und die sich rekonstituierenden politischen Parteien – mit besonderer Schuldzuweisung an die KPD – kaputt gemacht worden ist. Da stellt sich die Frage, wie die damaligen Akteure selbst das Verhältnis zwischen Antifa-Ausschüssen und Partei(en) gesehen haben, ob sie die Antifa-Bewegung als eine Alternative zu den tradierten Parteien oder als die zeitbedingte Aktionsform einer Übergangsperiode, in der Parteien noch nicht zugelassen waren, verstanden haben. Sie würden diese Fragen wohl differenziert beantworten. Doch aus den Quellen lässt sich schließen, dass diese Leute in der Regel ihre parteipolitische Identität nicht zugunsten eines allgemeinen Antifaschismus aufgeben hatten. Meine Studien ergaben, dass in der Hälfte aller Fälle, bei denen das Faktenmaterial eine solche Bewertung gestattet, erst neubelebte kommunistische Parteiorganisationen und danach antifaschistische Ausschüsse – in der Regel auf deren Initiative hin – entstanden sind.⁷⁰ Solche Ausschüsse lassen sich nicht als Parteiersatz oder als Alternative zu den herkömmlichen Parteistrukturen interpretieren.

Wenn sich für zahlreiche Antifa-Ausschüsse Aussagen über deren parteipolitische Zusammensetzung treffen lassen, so eben auch deshalb, weil diese nicht zufällig überliefert wurde, sondern ein Charakteristikum der Bewegung darstellte. Solange Parteien offiziell verboten, oder zumindest nicht zugelassen, allenfalls deren internes Wirken geduldet wurde, war eine derartige Ausschuss-Bewegung ja überhaupt die einzige Möglichkeit, politisch aktiv zu werden, und zwar mit einer den Zielen der Besatzungspolitik nicht widersprechenden antifaschistischen Stoßrichtung und mit dem

⁶⁹ Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung, S. 133.

⁷⁰ Vgl. Günter Benser, Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisationen. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegung am Ende des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 26 (1978), Nr. 9, S. 794/795.

Vorzug, parteipolitische Schranken zu übersteigen und breite Bündnisse zu ermöglichen.

Peter Brandt hatte geschlussfolgert, es habe sich um eine Bewegung gehandelt, die auf eine »fundamentale Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung von unten«⁷¹ zielte, und manche Befürworter der Basisdemokratie haben die Zielsetzung als Realität oder doch als Einstieg in eine neue Realität interpretiert. In neueren Veröffentlichungen hat Brandt jedoch zurückhaltender formuliert und den »basisdemokratischen Ansatz der Antifa-Ausschüsse im Ganzen ein Minderheiten- und gewissermaßen ein Kaderphänomen«⁷² genannt, was der Wirklichkeit besser entspricht. Tatsache ist, dass die meisten Funktionäre der Antifa-Ausschüsse ihre Aktivitäten früher oder später in die tradierten Parteien verlagert haben, wo sie allerdings nicht immer heimisch geworden sind. Das trifft insbesondere für Leute zu, die in der SED nicht zurechtkamen, oder mit denen die SED nicht zurechtkam, vor allem, wenn sich diese der ihnen abverlangten Selbstkritik wegen früherer oppositioneller Haltung verweigerten. Aber auch in der SPD fanden manche Akteure nicht auf Dauer ihre politische Heimat.

Eine kaum gestellte Frage lautet: War eine aus den Antifa-Ausschüssen hervorgehende Bewegung geeignet, gegenüber den Besatzungsmächten so etwas wie einen deutschen Gesamtwillen zu artikulieren, die völkerrechtlich zugesicherte Behandlung Deutschlands einzufordern? Hätten sie eine parteiübergreifende, basisgestützte, zusätzliche politische Struktur entwickeln können, mit der sich das politische Eigengewicht der Deutschen gegenüber den Besatzungsmächten erhöhen ließ, mit der der Einlösung der Zusagen des Potsdamer Abkommens, vor allem Erhalt deutscher Einheit und Abschluss eines Friedensvertrages, größerer Nachdruck verliehen werden konnte?

Das wäre immerhin einen Versuch wert gewesen, wenngleich das Hervortreten politischer Gegensätze auch in der Antifa-Bewegung bedenklich stimmen mag. Hier liegen Schuld und Versäumnisse bei allen politischen Kräften jener Zeit. Aber das ist ein anderes Thema.

⁷¹ Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung, S. 10.

⁷² Peter Brandt, Die Antifa-Bewegung des Frühjahrs 1945 in Deutschland, in: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung, S. 129.

Thomas Kuczynski

Fritz Behrens und seine rätekommunistische Kritik sozialistischer Reform¹

Der 1909 geborene und 1980 verstorbene Fritz (Friedrich) Behrens war wohl der klügste und hellstichtigste unter den vielen in der DDR tätigen Wirtschaftswissenschaftlern. Einen der zahlreichen Entwürfe einer Vorbermerkung zu seiner unvollendet gebliebenen Kritik des staatlich etablierten Sozialismus begann er mit den Worten: »Für einen in der Arbeiterbewegung groß gewordenen Marxisten ist es schwer, *undogmatisch* zu sein. Das gilt nicht nur für die beiden Grundströmungen der sozialistischen Weltbewegung, den Sozialdemokratismus und den Marxismus-Leninismus, das gilt auch für die anderen Strömungen, den Trotzismus, den Maoismus, vielleicht am wenigsten für den Luxemburgismus – doch vielleicht ist auch diese These schon wieder ein Dogma.«²

Dieses wohl abgewogene Bekenntnis lässt aufhorchen, sein politischer Gehalt lässt fragen nach dem Lebensweg des Verfassers, der – so viel ist schon deutlich – kein einfacher gewesen sein kann. In der Tat, Behrens' Lebensweg als Wissenschaftler beginnt mit einer illegal-marxistischen Arbeitsetappe in den Jahren von 1933 bis 1945, und er endet mit einer weiteren illegal-marxistischen in den Jahren von 1968 bis 1980. Zwar konnte er, dies sei ausdrücklich vermerkt, in beiden Etappen wissenschaftliche Arbeiten publizieren, sie hatten jedoch wenig mit seinen ureigensten wissenschaftlichen Interessen zu tun.³

¹ Der Nachlass von Fritz Behrens (im Folgenden: NLB) liegt im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Seine Ausarbeitungen werden, wo immer möglich, nach den überlieferten und teilweise schwer lesbaren Manuskripten zitiert, da die nach 1992 erschienenen Publikationen, auf die im Nachfolgenden ergänzend verwiesen wird, leider bedeutende (sinnentstellende) Entzifferungsfehler enthalten.

² Vgl. NLB Nr. 216. Diese Mappe enthält verschiedene Bruchstücke, u.a.: Über den Gegenstand einer Kritik des noch existierenden Sozialismus. Ziemlich am Schluss der umfangreichen, noch nicht durchpaginierten Mappe findet sich eine kleinere Ausarbeitung, betitelt mit: Der Traum von einer Sache, darin die Seite 4.

³ Vgl. dessen Bibliographie in Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.), »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums, Leipzig 1999, S. 146-55.

Zwischen diesen beiden Etappen lagen zwei weitere, nahezu gleichlange, in denen er als Wissenschaftler auf jeweils sehr verschiedene Weise öffentlichkeitswirksam war: Zunächst 1946-55 als Professor für politische Ökonomie und Statistik sowie Gründungsdekan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (Gewifa) an der Universität Leipzig, 1954-57 als Mitbegründer des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1955-57 als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (und in dieser Funktion zugleich Stellvertretender Leiter der Staatlichen Plankommission und Mitglied des Ministerrats der DDR); sodann 1956-58 als »Hauptangeklagter« in der so genannten Revisionismusdebatte, 1957-68 als degradiertes Arbeitsgruppenleiter (wieder) im Akademieinstitut, 1965-68 als dezidiertes Kritiker des Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erneut mit dem Vorwurf des Revisionismus konfrontiert, vor dessen Konsequenzen den schon seit Längerem gesundheitlich schwer Angeschlagenen letztlich nur das Befolgen des Rates seiner Ärzte bewahrte – sich 1969 invalidisieren, mithin sich vorzeitig emeritieren zu lassen.

War Behrens also ein gescheiterter Reformers? Sicherlich, aber unter dem Gesichtspunkt, dass der in der Sowjetunion und in Osteuropa staatlich etablierte Sozialismus sich letztlich als nicht reformierbar erwies, sind nicht nur alle Reformen, sondern auch alle Reformer gescheitert. Dies ist also nicht etwas, was, auf die einzelne Person bezogen, besonders hervorhebenswert wäre. Was Behrens aber aus der Reihe der gescheiterten Reformer herausragen lässt, das ist die Konsequenz, die er aus seinem mehrfachen Scheitern letztlich gezogen hat, die ihn schrittweise zu den Anfängen seines wissenschaftlichen Lebens zurückkehren ließ, mit denen daher zu beginnen ist.

Behrens, ursprünglich gelernter Maschinenbauer, fuhr danach zur See – ein begeisterter Segler blieb er bis zu seinem Lebensende –, war, nach dem Ablegen des Begabtenabiturs, von 1931 bis 1935 Student der Wirtschaftswissenschaften und wurde 1936 zum Dr. rer. pol. promoviert. Politisch kam Behrens aus der Sozialistischen Arbeiterjugend, trat 1926 in die SPD ein, bei der Abspaltung von deren linkem Flügel in die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und schließlich 1932 in die KPD, für die er, nach eigener Auskunft, bis 1938/39 illegale Arbeit leistete, nach Auskünften anderer auch noch in seiner Prager Zeit während des Krieges. Zu seiner Dissertation vermerkte er in einem Ende 1945 verfassten Lebenslauf: »Meine Dissertation [...] ist eine theoretische und statistische Studie, die von den

Erkenntnissen der marxistischen Theorie ausgeht. Ich verdanke es meinen Lehrern, Prof. Wiedenfeld und Prof. Meerwarth, die beide nie Mitglied der NSDAP geworden sind, und der Unkenntnis der sonstigen Dozenten an der Universität Leipzig, wo ich promovierte, daß die Arbeit trotz ihres Inhaltes als Dissertation angenommen wurde.«⁴

Nach der Promotion arbeitete er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Statistischen Reichsamte, aus dem er im Frühjahr 1939 ausschied, da er dem Ansinnen, der Nazi-Partei beizutreten, nicht Folge leisten wollte. Als Statistiker arbeitete er sodann bis Kriegsausbruch in der Wirtschaft und danach, dienstverpflichtet, beim Oberkommando der Wehrmacht. Seinem Lehrer Rudolf Meerwarth (1883-1946) gelang es jedoch, ihn als Sozialstatistiker (Preis- und Lohnstatistik) über das Statistische Reichsamte in das Statistische Zentralamt in Prag zu vermitteln, wo er ab April 1941 (bis Kriegsende) als Referent, später als Sektionsrat, arbeitete und Ende 1941 außerdem einen Lehrauftrag für Statistik an der Deutschen Karls-Universität Prag erhielt, den er ebenfalls bis April 1945 wahrnahm.⁵

Die von Behrens sogleich (im November 1941) angestrebte Habilitation zum Thema »Die Arbeitsproduktivität« scheiterte allerdings nach zweijährigen Auseinandersetzungen insbesondere am Einspruch des aus Innsbruck »importierten« Erznazis Ferdinand Ulmer (1901-1974).⁶ Ulmer hatte Marx durchaus gelesen und, wie aus seinem Gutachten zu ersehen, den »Braten gerochen«, beließ es aber bei einem Negativgutachten, statt Behrens poli-

⁴ Zu seinem Lebenslauf vgl. die Personalakte im Universitätsarchiv Leipzig (PA 13) bzw. deren Fotokopie (Auszüge) in NLB Nr. 281 sowie Helmut Steiner, Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...«, S. 17.

⁵ Vgl. den Lebenslauf sowie die Akte zum Habilverfahren im Staatlichen Zentralarchiv Prag (Büro des Reichsprotectors, Polizeidirektion Prag) bzw. deren Fotokopie (Auszüge) in NLB Nr. 283.

⁶ Vgl. die 1942 in überarbeiteter Form erneut eingereichte Habilschrift (NLB Nr. 284) und das Gutachten Ulmers (in NLB Nr. 283). – Ulmer war nach eigenem Bekunden seit 1934 Mitglied der damals illegalen NSDAP und 1937/38 dem dortigen Gauleiter z.B.V. zugeteilt, avancierte 1944 zum Leiter des Volkswirtschaftlichen Instituts der Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag und kehrte nach 1945 nach Innsbruck zurück, wo er später Rektor der Universität wurde. Vgl. Peter Goller/Georg Tidl, Jubel ohne Ende. Die Universität Innsbruck im März 1938, Wien 2012, S. 128, sowie Andreas Wiedemann, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung als Beispiel nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik im Protektorat, in: Christiane Brenner (Hrsg.), Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse, München 2006, S. 162.

tisch zu denunzieren.⁷ Behrens' Habilitationsgesuch wurde einfach abgelehnt, und er konnte auch weiterhin seine Vorlesungen über »Allgemeine und besondere Methodenlehre der Statistik« halten.⁸ In der 1946 an der Universität Leipzig verteidigten Habilitationsschrift hat er dann Klartext geschrieben.⁹

Nach der Befreiung vom Faschismus arbeitete Behrens zunächst als Stadtrat für Volksbildung und Jugenderziehung in Zwickau und bewarb sich um eine Professur für Statistik und politische Ökonomie in Leipzig, wo er zum 1. März 1946 mit der Wahrnehmung des gleichnamigen Lehrstuhls beauftragt und nach erfolgter Habilitation zum 1. April 1947 als Professor mit Lehrstuhl berufen wurde. Er begann mit seiner weitgehend unverändert gehaltenen Methodenlehre der Statistik¹⁰ sowie Vorlesungen zur Geschichte der politischen Ökonomie und erweiterte sein Programm in den Folgejahren sukzessive um Lehrveranstaltungen über Grund- und Spezi-

⁷ In seinem Gutachten (S. 29) schrieb Ulmer: »Was ist kurz gesagt der nicht misszuverstehende Sinn dieser Sätze: Produktiv ist nur der Arbeiter. Je umfangreicher der grundsätzlich unproduktive Apparat der modernen Wirtschaft wird, desto größeren Mehrwert muss der Arbeiter schaffen. Wodurch unterscheidet sich dieser Gedankengang eigentlich vom wesentlichen Gehalt der Marx'schen Lehre? Wohl nur dadurch, dass die ganz unvermeidliche Marx'sche Schlussfolgerung hier nicht expressis verbis ausgesprochen ist, dem Arbeiter werde das, was er mehr erzeugt als er verbraucht, von der Gesellschaft abgenommen. Natürlich wird Behrens gegen einen Vorwurf, Marxist zu sein, empört und mit Recht sich wehren. Dieser Vorwurf wird aber hier gar nicht erhoben. Wohl aber der, dass Behrens in seiner Habilitationsschrift zwischen deutschem Sozialismus und dem marxistischer oder anderer Prägung nicht klar zu unterscheiden versteht.« Zu Ulmers Kenntnis Marx'scher Schriften vgl. seinen Aufsatz in: Feldpostbriefe für Studenten der Rechts-, Staats- u. Wirtschaftswissenschaften. Herausgegeben von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der deutschen Karls-Universität Prag in Gemeinschaft mit Hochschullehrern anderer deutscher Hochschulen. Prag [o. J.], Nr. 8, S. 2-6 mit Verweisen auf das »Kapital« (Bd. I, Hamburg 1922), vorh. in NLB Nr. 287.

⁸ Vgl. in den Anlagen zum Lebenslauf die beglaubigte Abschrift eines Schreibens des Dekans der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Deutschen Karls-Universität in Prag vom 2.12.1943 an Herrn Sektionsrat Dr. Friedrich Behrens.

⁹ Zum Verhältnis der 1941 bzw. 1946 eingereichten Habilschriften vgl. Friedrich Behrens, Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus, Berlin 1948, S. 8.

¹⁰ Vgl. NLB Nr. 82. – Die Mappe enthält, neben gedruckten Materialien und Sonderdrucken aus den Jahren 1935-1944, die Manuskripte der Statistikvorlesungen, die Behrens weitgehend unverändert von 1942 bis 1945 in Prag und von 1946 bis 1948 in Leipzig gehalten hat.

alprobleme der politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus sowie der Wirtschaftspolitik und -planung. Die Palette seiner Veröffentlichungen reichte von theoretischen Grundfragen (»Zur Methode der politischen Ökonomie«) bis zu tagesaktuellen Fragestellungen (»Wie die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann«). Auch die Palette seiner leitenden Funktionen reichte vom Gründungsdekan der Gewifa bis zum ersten Vorsitzenden der SED-Betriebsgruppe der Universität.¹¹ Kein Wunder, dass unter einem solchen »Funktionär« – und einer Vielzahl ähnlich geariteter – die Leipziger Universität zum »Stern unter den deutschen Nachkriegsuniversitäten« aufstieg.¹²

Daran ändert nichts, dass Behrens, wie manch anderer, in diesen Jahren auch schwere Nackenschläge, vor allem von den eigenen Genossen, einstecken musste, des Objektivismus und ähnlicher -ismen und Irrtümer geziehen wurde und »Selbstkritik« übte. Als er sich in seinem Buch über den Ökonomen Hermann Heinrich Gossen (1810-1858) – entgegen dem Rat seines damaligen Mitstreiters Albert Schreiner (1892-1979) – wissenschaftlich mit Nikolai Bucharins Kritik der Grenznutzentheorie auseinandergesetzt hatte und damit auf schärfste Kritik gestoßen war, schrieb er in einer undatierten Stellungnahme: »Sollten die russischen Genossen in meiner Arbeit die Gefahr einer ›Galvanisierung‹ Bucharins sehen, oder aus taktischen Erwägungen die Erwähnung Bucharins auch in Deutschland *überhaupt* für unzweckmässig halten, bzw. sogar eine Beleidigung der SU darin sehen, dass ich einen Verräter am Sozialismus wissenschaftlich ernst nehme, so werde ich meinen Standpunkt selbstverständlich revidieren!« Im gleichen, keineswegs kriecherisch-selbstkasteien Stile schrieb er wenig später, am 24.2.1949, dem SED-Landesvorsitzenden Ernst Lohagen (1897-1971): »Das Buch erschien vor drei Wochen. Vor 14 Tagen wurde mir mitgeteilt, dass die Auslieferung von Karlshorst aus« (d.h. von der Sowjetischen Militäradministration) »gesperrt wurde. Ich habe daraufhin Erkundigungen eingezogen und festgestellt, dass wahrscheinlich vom hiesigen Kreisvor-

¹¹ Vgl. Steiner, Notizen, S. 17-24, sowie Behrens, Zur Methode der politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie, Berlin 1952, und Behrens, Wie die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann, in: Tägliche Rundschau (Berlin) vom 26. 1. 1952, S. 7.

¹² Vgl. Thomas Kuczynski, Leipzig – Stern unter den deutschen Nachkriegsuniversitäten, in: Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hrsg.), Universität im Aufbruch. Leipzig 1945-1956. Beiträge des siebenten Walter-Markov-Kolloquiums, Leipzig 2002, S. 34-37.

stand« – dessen Vorsitzender war Horst Sindermann (1915-1990) – »die Angelegenheit aufgerollt worden ist. Die Meinungen gehen sehr weit auseinander. [...] Ich habe nun, lieber Ernst, nach gründlichen Diskussionen und Nachdenkens, mich zu der Erkenntnis durchgerungen, dass ich einen Fehler begangen habe. Wenn ich Bucharin zitiere, dann bedeutet das eine Aufforderung für die Studenten, sich mit ihm zu beschäftigen. Ich lese jetzt die Protokolle des Prozesses von 1938, und ich muss sagen, es ist eine schwere Unterlassungssünde von mir, dass ich die Protokolle nicht früher gelesen habe, aber es ist auch eine Unterlassungssünde der Partei, dass sie nicht dafür gesorgt hat, dass wir mit diesen Protokollen bekannt geworden sind. Ich habe inzwischen das Buch abgeändert und zwei Bogen werden umgedruckt.«¹³

Die Nackenschläge wiederum scheinen Behrens, nach Qualität wie Quantität seiner Publikationen zu urteilen, kaum in seiner wissenschaftlichen Produktivität behindert zu haben. Sie haben auch nicht seinen Aufstieg in die eingangs aufgelisteten hochrangigen Funktionen in Staat und Wissenschaft verhindert, der sich nun sogar besonders rasant vollzog. Dies geschah erstens infolge des nach dem 17. Juni 1953 von seiner Partei, der SED, eingeschlagenen »Neuen Kurses«, und zweitens auf Initiative seines Meisterschülers Wolfgang Berger (1921-1994), der von 1953 bis 1971 persönlicher Referent des damaligen Parteichefs Walter Ulbricht (1893-1973) war. Das nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch in der DDR einsetzende Tauwetter beflügelte seine ökonomisch-konzeptionelle Arbeit ganz ungemein, wurde jedoch sehr schnell von einer neuen Eiszeit abgelöst, die dieser Arbeit wie auch seinem glänzenden Aufstieg ein abruptes Ende setzte und nicht nur ihn auf untergeordnete Positionen in der Wissenschaft verwies. So wurde im Akademieinstitut für Wirtschaftswissenschaften zum Institutsdirektor das abgehalfterte Politbüromitglied Fred Oelßner (1903-1977), zum Leiter der Abteilung »Sozialismus« der abgehalfterte Institutsdirek-

¹³ Vgl. Fritz Behrens, Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen« Apologetik des Kapitalismus. Leipzig 1949 (ein Widmungsexemplar der Originalfassung in den Historischen Sammlungen der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Sammlung Jürgen Kuczynski; das ungedruckte Exemplar mit eingelekten Seiten nebst Anschreiben des Verlags in: NLB Nr. 327), sowie NLB Nr. 222 (die Mappe enthält u.a. den Brief von Albert Schreiner an Behrens vom 15.5.1948, die undatierte Stellungnahme von Behrens, den Brief an Ernst Lohagen sowie einen an Horst Sindermann vom 6. März 1949). – Zu Nikolai I. Bucharin (1888-1938) vgl. Wladislaw Hedeler, Nikolai Bucharin. Stalins tragischer Opponent, Berlin 2015.

tor Gunther Kohlmeier (1913-1999) und zum Leiter der Arbeitsgruppe »Arbeitsproduktivität« der abgehalfterte Minister Behrens. Von diesem Revirement sollte sich die Wirtschaftswissenschaft der DDR nie wieder erholen. Behrens selbst hatte insofern noch Glück, als er nicht, wie vom damaligen ZK-Mitarbeiter Günter Mittag (1926-1994) vorgesehen und an einem weiteren seiner Meisterschüler, Arne Benary (1929-1971), exekutiert, auf Lebenszeit aus der Wissenschaft in einen Produktionsbetrieb verbannt wurde. Auch dies hatte er vermutlich Wolfgang Berger zu verdanken.¹⁴

Behrens änderte nun seinen Arbeitsstil. Erstens widmete er sich nach außen hin vorrangig dem Thema »Arbeitsproduktivität«, insbesondere den Problemen ihrer exakten Messung, und versuchte auf diese Weise wieder als Methodiker zu »überwintern«. Zweitens begann er mit der Überarbeitung seiner 1953 fertiggestellten und 1956 als Manuskriptdruck erschienenen Geschichte der politischen Ökonomie. Drittens aber hatte er noch nicht die Hoffnung aufgegeben, theoretisch fundierte Beiträge zu einer sozialistischen Wirtschaftspolitik und -planung, also zu einer wissenschaftlichen politischen Ökonomie des Sozialismus leisten zu können. Dies, und nur dies, hatte ihn zu den wiederholten Selbstbezeichnungen hinsichtlich eines angeblichen Revisionismus veranlasst, deren Lektüre, insbesondere im Vergleich zu den Selbstkritiken der Leipziger Zeit, in der Tat schwer erträglich ist.¹⁵ Insbesondere die 1962 im Zentralorgan des ZK der KPdSU, der »Prawda«, veröffentlichten und damals viel diskutierten Reformvorschläge des Ökonomen Jewsej Grigorjewitsch Liberman (1897-1981) ermöglichten ihm ein erneutes Eingreifen in aktuelle Diskussionen, weshalb er später unter West-Linken den Titel eines DDR-Liberman bekam.¹⁶

¹⁴ Vgl. Steiner, Notizen, S. 23-25, sowie NLB Nr. 286 (eine von Steiner zusammengestellte Sammlung von Fotokopien von Dokumenten zu den Auseinandersetzungen mit Behrens aus dem Bestand der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin); Jörg Roesler, Behrens und Berger. Zur Rolle des Behrens-Schülers und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitik der SED, in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...«, S. 39-43.

¹⁵ Vgl. insbes. Behrens, Meine Konzeption war revisionistisch, in: Neues Deutschland vom 4. März 1958, S. 5, und Erklärung des Genossen Prof. Dr. Fritz Behrens, in: Neuer Weg (Berlin), 15 (1960), Nr. 9, S. 650f. Zum Zusammenhang der beiden Erklärungen vgl. den Brief von Arne Benary an Behrens vom 14. November 1959, in: NLB Nr. 247/1.

¹⁶ Vgl. Behrens, Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität, in: Einheit (Berlin), 17 (1962), H. 12, S. 65-67, sowie Behrens, Planung-Rentabilität-Initiative, in: Sonntag (Berlin), 17 (1962), Nr. 47, S. 14f.; zum

Dass Behrens nicht in die Vorbereitung des wenig später aus der Taufe gehobenen »Neuen Ökonomischen Systems« (NÖS) einbezogen wurde, kann nur auf den ersten Blick erstaunen. Wenn der Ulbricht-Berater Berger im Februar 1991 »sich noch nachträglich darüber Vorwürfe« machte, dass »er es unterlassen habe, Behrens für die Reformgruppe zu gewinnen«,¹⁷ so spricht zwar nichts gegen die subjektive Ehrlichkeit dieser Erinnerung, aber alles gegen die Fehlzuschreibung eigener Verantwortlichkeit: In den 1960er Jahren bekam von den im Zentrum der »Revisionismusdebatte« stehenden Genossen kein einziger Gelegenheit, an den von Ulbricht zur »Chefsache« erklärten und von ihm persönlich geleiteten Zentralvorhaben mitzuwirken – Behrens und Kohlmeier nicht am NÖS, Jürgen Kuczynski (1904-1997) nicht am Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und Hermann Klenner (geb. 1926) nicht an der neuen Verfassung der DDR.

Behrens' Haltung gegenüber dem NÖS kann nur eine sehr ambivalente gewesen sein. Gewiss, bei der Ausarbeitung der neuen Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft war, ohne ihn zu nennen, auch auf seine Reformvorstellungen von 1956 zurückgegriffen worden, aber der für ihn viel wesentlichere – und in den Augen der Parteioberen auch viel gefährlichere – Punkt in seiner damaligen Konzeption blieb außen vor: »[...] den Weg für die Entfaltung der schöpferischen Initiative der werktätigen Massen frei zu machen«.¹⁸

Im Vorgriff auf Späteres möchte ich schon an dieser Stelle aus seinen Ende 1976 geschriebenen Bemerkungen zum Prager Frühling zitieren: »Meine Kritik am Prager Frühling [...] besteht darin, dass der Kampf der Reformen nicht auf den Kern des Stalinismus gerichtet war, auf das bürgerlich-demokratische Prinzip des demokratischen Zentralismus. Der Kampf [...] ver-

»DDR-Liberman« vgl. die redaktionelle Vorbemerkung zu Fritz Behrens, Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (Köln), 17 (1966), Nr. 9, S. 531.

¹⁷ Zum Erstaunen wie zu Bergers Erinnerung vgl. Roesler, Behrens und Berger, S. 44.

¹⁸ Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Benary/Behrens, Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode, Berlin 1958, S. 102. – Daran ändert nichts, dass in den 1960er Jahren zeitweilig solche Organe wie Produktionskomitees oder gewerkschaftliche Räte eingerichtet wurden, die entweder von vornherein ein Schattendasein führten oder spätestens dann in der Versenkung verschwanden, wenn zentrale Organe meinten, deren Aktivitäten würden ihre eigene Arbeit »stören«.

langt den Selbstzentrismus der Massen, der mit der Bildung von Arbeiterräten beginnen und in die Errichtung einer Räterepublik münden muss. *Die Prager Reformer aber wollten in staatliche Betriebe fähige Manager.* Ihnen schwebte statt einer Produzentenselbstverwaltung, wie aus allen Dokumenten und aus Gesprächen hervorgeht, nur ein Mitbestimmungsrecht der Produzenten vor.«¹⁹

So oder ähnlich hätte er auch seine Kritik am NÖS abfassen können. Er unterließ das aber zunächst und beobachtete stattdessen, wie Helmut Steiner (1936-2009) formulierte, die Entwicklung »mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse«, arbeitete zwar weiter als Leiter des Arbeitskreises »Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit« bei der Staatlichen Plankommission, lehnte jedoch weitergehende Angebote einer Mitarbeit ab.²⁰

Wie skeptisch Behrens gegenüber dem neuen Planungssystem gewesen war, zeigte dann ein Vortrag über das NÖS, den er im September 1965 – also vor dem berüchtigten 11. ZK-Plenum – im Akademieplenum hielt. Schon der Titel, »Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«, ließ hinsichtlich der ungenannt gebliebenen Planung nichts Gutes ahnen, und so schloss er seinen Vortrag denn auch mit dem Bemerkten ab: »Deshalb glaube ich, dass man Robert Jungk zustimmen kann, wenn er kürzlich meinte: ›In der noch sehr kurzen Geschichte der Planung stehen wir vergleichsweise dort, wo sich die Astronomie befand, als das Fernrohr schon erfunden worden war.« (Immerhin also doch schon im Galilei'schen Zeitalter ...) Aber all seiner Kritik zum Trotz bemühte sich Behrens noch, die Fäden nicht abreißen zu lassen, überarbeitete den Vortrag zur Publikation und strich auch die Passage, in der er Jungk (1913-1994) zitiert hatte – vergeblich, die entschärfte Fassung wurde zwar gedruckt, erschien aber nicht im Buchhandel.²¹ Wohl nicht zu Unrecht hatte er schon im Januar 1961, in einem Brief an den ZK-Sekretär Kurt Hager (1912-1998), konstatiert, »dass Genossen ängstlich

¹⁹ Behrens, Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling, in: NLB Nr. 217, S. 4 (Hervorhebung – Th. K.); vgl. auch den Abdruck in Behrens, »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...« Günter Krause/Dieter Janke (Hrsg.), Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg 2010, S. 246.

²⁰ Vgl. Steiner, Notizen, S. 27.

²¹ Zum Vortrag vgl. NLB Nr. 314, dort auch die verschiedenen Fassungen sowie der Abdruck in: Gewerkschaftliche Monatshefte, S. 539 mit Verweis auf Robert Jungk (Hrsg.), Modelle für eine neue Welt. Wege ins neue Jahrtausend, München/Basel 1964, S. 507.

sind und die Hosen voll haben, wenn sie meinen Namen auf einem neuen Manuskript lesen ...«²²

Zum endgültigen Bruch kam es nach seiner Rede auf dem Kolloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital« in Frankfurt am Main, die er sozusagen als »Privatmann« hielt, denn die Konferenzteilnahme war ihm vonseiten der DDR zwar nicht verwehrt worden, aber er war nicht Mitglied der offiziellen Delegation.²³ In seinem Vortrag analysierte er nicht nur die historischen Bedingungen, die »die politische Ökonomie des Sozialismus zu einer Apologetik des bürokratischen Zentralismus degradierten«, sondern vermerkte überdies zu ihrem Stand – im Vergleich zur politischen Ökonomie des Kapitalismus –, dass sie »heute etwa an der Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus steht und dass es bis zur ›Klassik‹ – geschweige denn zur ›Kritik‹ – noch ein weiter Weg ist« – zur »Kritik«, das hieß hier natürlich zum »Kapital«, dessen Untertitel bekanntlich »Kritik der politischen Ökonomie« lautet. Zwar tauchten die eben zitierten Sätze in dem 1968 publizierten Konferenzband nicht mehr auf, aber selbst diese entschärfte Fassung fand keine Gnade mehr. Das Urteil war gesprochen, und dem anstehenden Parteiverfahren entging Behrens nur auf die eingangs bemerkte Art und Weise, die vorzeitige Emeritierung.²⁴

Behrens ging nun in die innere Emigration, arbeitete nach außen hin weiter an seiner »Geschichte der politischen Ökonomie«, aber insgeheim an einer Kritik des staatlich etablierten Sozialismus bzw. des staatsmonopolistischen Sozialismus (beide Termini hat er wohl gleichbedeutend verwendet). In seiner »Kritik« entwickelte er frühere, als »revisionistisch« ge-

²² Der Brief an Hager vom 7. Januar 1961 in NLB Nr. 120 (unpaginiert).

²³ Dieser Umstand entband den Berichterstatter des »Neuen Deutschland« wohl von der Notwendigkeit, Behrens' Konferenzteilnahme auch nur zu erwähnen. Vgl. Otto Schoth, Marx-Fälscher hatten keine Chance, in: Neues Deutschland, 20. September 1967 (Nachdruck in: Informationen und Berichte zum Colloquium Kritik der politischen Ökonomie heute. Hundert Jahre »Kapital«. Frankfurt am Main [1967], S. 17-22).

²⁴ Zu den beiden Fassungen seiner Rede vgl. NLB Nr. 208 (Erstfassung, abgedr. in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...«, S. 135-41) u. Nr. 315 (Abdruck in: Walter Euchner/Alfred Schmidt (Hrsg.), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«, Frankfurt a.M./Wien 1968, S. 288-99). Zu den Auseinandersetzungen in der SED-Grundorganisation seines Instituts vgl. NLB Nr. 285 (eine von Steiner zusammengestellte Sammlung von Fotokopien aus Unterlagen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv).

brandmarkte Auffassungen weiter, und zwar ohne zu einem Anhänger der so genannten Marktwirtschaft zu werden. Das unterschied ihn grundlegend von früheren Mitstreitern wie dem tschechischen Reformler Ota Šik (1919-2004) und dem polnischen Ökonomen Włodzimierz Brus (1921-2007), die die äußere Emigration vorzogen und bald auch die Marktwirtschaft.²⁵

An seiner »Kritik« arbeitete Behrens hochkonspirativ. Manuskripte wurden bei einigen wenigen alten Genossen versteckt, nicht aber bei solchen, die im Falle der Aufdeckung wohl als erste in den Kreis der Verdächtigen gerückt wären, wie etwa Kohlmey und Kuczynski, die von dem Vorhaben erst nach seinem Tode erfuhren.²⁶ So schrieb er letzterem im September 1973, im Zusammenhang mit dessen Gutachten zu Band II seiner »Geschichte der politischen Ökonomie«: »Das Manuskript meines 2. Bandes mache ich jetzt fertig [...] Vom Verlag hörte ich nichts über das 2. Gutachten, nur dass es bis Anfang September fertig sein soll. Mir liegt wenig an einer Publikation – die Arbeit bereitet mir auch als solche Befriedigung.«²⁷ Zum Glück war sein Desinteresse an einer Publikation nicht ganz so groß wie behauptet,²⁸ auch

²⁵ Vgl. u.a. Ota Šik, *Argumente für den Dritten Weg*, Hamburg 1973; Włodzimierz Brus, *The Market in a Socialist Economy*, London 1972.

²⁶ Soweit mir bekannt, lagen Manuskripte bei Nathan Steinberger (1910-2005), Wolfgang Heise (1925-1987) und Robert Dewey (1908-1991).

²⁷ NLB Nr. 173 (Behrens an J. Kuczynski am 14. September 1973). – Nachdem Kuczynski das Manuskript im Juli 1989 von Behrens' ältester Tochter, Hannamaria Loschinski, zu lesen bekommen hatte, sagte er ihr vier Wochen später: Ein sehr kluges Buch, aus dem ich viel gelernt habe, aber zur Zeit noch nicht zu veröffentlichen – lege das Manuskript wieder an den Ort, wo es bislang gelegen hat. (Diese Erinnerung hat sie dem Verfasser in einem am 30.10.2014 geführten Gespräch mitgeteilt.)

²⁸ Zu dem Band teilte er Ilse Spittmann-Rühle in einem Brief vom 26. Januar 1977 mit: »Das Manuskript ist etwa 10 Jahre alt und war doppelt so stark. [...] 2. wichtig ist mir das Sozialismusbild von M. u E. [Marx und Engels]. Darum habe ich gerungen – entweder es bleibt oder das Buch erscheint nicht. Allerdings musste ich einiges streichen. 3. wichtig ist mir bei Rosa [Luxemburg] einmal ihre Polemik mit Wladimir [Lenin] und zweitens die Zerstörung der Legende von der Spontaneität. Leider musste ich streichen die gesamte Diskussion um die Schemata [die Reproduktionsschemata] von Rosa, weiter die Wirtschaftsdemokratie Naphtali[s], Braunthal usw. Vielleicht kann ich das in einer neuen Auflage nachtragen [...]« (Dank an die Adressatin für die Überlassung einer Kopie des Briefs.)

wenn er mit dem Werk insgesamt »sehr unzufrieden« war.²⁹ Sein ureigenstes Interesse aber galt der »Kritik«.

Einen essentiellen Bestandteil seiner Kritik des staatlich etablierten Sozialismus bildete Behrens' Kritik an den Versuchen, dieses System zu reformieren. Ich nenne hier nur seine schneidende Kritik an den – wie er selbst formulierte – »sogenannten Dissidenten und Systemkritiker[n], die nur systemimmanente Revisionisten sind, die soziale Reformen statt soziale Revolutionen wollen«. ³⁰ Ebenso vermerkte er zu den Prager Reformern: »Die Ideale des Prager Frühlings, ein demokratischer Sozialismus, nicht eine sozialistische Demokratie, waren insofern reformistische, keine revolutionäre[n] Ideale, was natürlich nicht ausschließt, dass sie nur auf revolutionäre Art und Weise verwirklicht werden konnten, weil die Bürokratie, wie sich zeigte, freiwillig, ohne Gewaltanwendung, nicht abtritt. Sie waren eine Angelegenheit der Intelligenz und der Jugend und wurden erst, als es schon zu spät war, von den Massen aufgenommen. Deshalb muss die Hauptforderung einer auf den Sozialismus gerichteten Bewegung der Selbstzentralismus der Massen, die Bildung von Arbeiterräten und [die] Errichtung einer Rätedemokratie sein.«³¹

Den Terminus *Selbstzentralismus* hatte Behrens sicherlich der Kritik entnommen, die Rosa Luxemburg (1871-1919) an der von Wladimir I. Lenin (1870-1924) geführten »ultrazentralistischen Richtung der russischen Partei« geübt und 1903 dazu vermerkt hatte: »Der sozialdemokratische Zentralismus [...] kann nichts anderes als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber sein, es ist dies sozusagen ein ›Selbstzentralismus‹ der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb ihrer eigenen Parteiorganisation.«³² Acht Jahre später jedoch brachte sie diese ihre Überzeugung wesentlich schärfer und präziser zum Ausdruck: »Allein, es hieße gegen Übel des Büro-

²⁹ So in einem Selbstinterview von 1980, das jedoch im Manuskript keinen Titel trägt; zit. nach NLB Nr. 214, S. 6; vgl. Behrens, »Man kann nicht ...«, S. 198.

³⁰ Fritz Behrens, Kann ein Marxist heute noch Marxist sein? Erstdruck in: Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 252, Nachdruck in: Behrens, »Man kann nicht ...«, S. 242.

³¹ Behrens, Kurze Bemerkungen, NLB Nr. 217, S. 3. Vgl. Behrens, »Man kann nicht ...«, S. 245.

³² Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 1/2, Berlin [DDR] 1970, S. 425 u. 429.

kratismus mit rein bürokratischen Mitteln aufkommen zu wollen, wenn sich unsre Partei bei der Verstärkung des Parteivorstands beruhigen und wieder passiv von den ›neuen Männern‹ alles Heil erwarten würde [...]. [...] eine millionenköpfige Organisation, die [...] im Angesicht großer Aufgaben klagen wollte, dass sie nicht die richtigen Führer hat, würde sich selbst ein Armutszeugnis ausstellen, weil sie beweisen würde, dass sie das historische Wesen des proletarischen Klassenkampfes nicht begriffen hat, das darin besteht, dass die proletarische Masse keine ›Führer‹ im bürgerlichen Sinne braucht, dass sie sich selbst Führer ist.«³³

Diese Auffassung, dass das Proletariat »sich selbst Führer« sei, hatte auch – mehr oder minder offen ausgesprochen – Behrens' frühen Reformkonzepten zu Grunde gelegen, so etwa, als er 1956 feststellte, dass »die metaphysische Trennung von Spontaneität und Bewusstheit für die Planwirtschaft im Grunde nichts anderes [bedeute] als eine Verneinung der Rolle der Massen«. ³⁴ Diesen Grundgedanken hielt er auch in einem kurz vor seinem Tode, im Frühjahr 1980, niedergeschriebenen Selbstinterview für richtig und vermerkte: »Durch das staatliche Produktionsmitteleigentum wird die wichtigste schöpferische Kraft der werktätigen Klassen, ihre Spontaneität, gehemmt und anschließend erstickt, so dass an ihre Stelle Resignation, Korruption und Schlamperei tritt.« Dabei verwies er auf Marx' ersten Entwurf zum *Bürgerkrieg in Frankreich*, in dem dieser – etwas ausführlicher als von Behrens zitiert – meinte, »dass das gegenwärtige ›spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums‹ nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch ›das spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit‹ ersetzt werden kann [...]«³⁵

Ein Jahr zuvor hatte Behrens seine grundlegende Kritik an Rudolf Bahros Buch *Die Alternative* formuliert, übrigens nachdem er das Manuskript an den Kölner Bund-Verlag vermittelt hatte, was ihm – da Bahro (1935-1997) im Verhör nicht »dichthielt« – noch einigen Ärger einbrachte.³⁶ Im

³³ Rosa Luxemburg, Wieder Masse und Führer, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin [DDR] 1973, S. 41/42.

³⁴ Behrens, Zum Problem der Ausnutzung, S. 103.

³⁵ NLB Nr. 214, S. 1/2; vgl. Krause/Janke (Hrsg.), »Man kann nicht ...«, S. 196. Behrens zitiert aus den Marx-Engels-Werken, Bd. 17, S. 546.

³⁶ Vgl. Günter Krause/Dieter Janke, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), »Man kann nicht ...«, S. 14/15, mit Verweis auf Rudolf Bahro, Nachwort, in: Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Berlin 1990, S. 545-47.

Unterschied zu seinen klandestinen Manuskripten wollte er diese Kritik offenbar pseudonym publizieren, denn zu dem Aufsatz schrieb er, unter Hinweis auf den niederländischen Rätekommunisten Anton Pannekoek (1873-1960), an die befreundete DDR-Forscherin Ilse Spittmann (geb. 1930): »Wahrscheinlich hat ihn ein niederländischer Marxist geschrieben [...] denn der Artikel ist wohl in der Tradition von Pannekoek geschrieben – so scheint es doch?«³⁷

Mit seiner Kritik, so bemerkt er einleitend, wolle er »zur Überwindung einer Grundtorheit der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts beitragen, Länder als sozialistisch oder gar kommunistisch zu bezeichnen, nur weil sie von sich sozialistisch oder kommunistisch nennenden Parteien monopolistisch beherrscht und despotisch regiert werden. Davon ist leider auch das Buch von Rudolf Bahro [...] und die Diskussion über und um dieses Buch nicht frei.«³⁸

Zunächst setzt er sich mit Bahros Sicht auseinander, »in einem ›sozialistischen‹ Staatsmonopolismus eine ›protosozialistische‹ Gesellschaftsformation [zu] sehen«, und schreibt: »Das Staatseigentum ist noch kein gesellschaftliches Eigentum, sondern noch eine Form *privaten* Produktionsmitteleigentums, weil alle ökonomischen Entscheidungsbefugnisse – und daraus folgend auch die politischen – und Aneignungsrechte [...] nicht bei den Produzenten selbst [liegen], sondern bei einer über die staatlichen Machtmittel verfügenden Politbürokratie.«³⁹ Im Hinblick auf den – von Behrens an anderer Stelle ausführlich kritisierten – »Begriff einer historischen Notwendigkeit« stellt er fest, Bahro käme in »seiner Beurteilung der Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution« diesem Begriff »sehr nahe, wenn er von ihrer Zwangsläufigkeit spricht und die von

³⁷ NLB Nr. 207 (Briefentwurf). – Die Adressatin teilte dem Verfasser am 8. Dezember 2014 mit: »Der Artikel mit der Bahro-Kritik ist, soviel ich weiß, nicht in der alten Bundesrepublik erschienen. Fritz Behrens wollte das nicht, solange Bahro im Gefängnis saß.«

³⁸ Vgl. Behrens, Über Alternativen, in: NLB Nr. 207; Behrens, »Man kann nicht ...«, S. 147. – Dieselbe Kritik hatte er sechs Jahre zuvor an Ota Šik geübt; vgl. Behrens, Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg! Das im NLB Nr. 205 vorhandene und mit zahlreichen handschriftlichen Änderungen versehene Typoskript trägt die Seitenzahlen 95 bis [115], war also ursprünglich Teil einer größeren Ausarbeitung. Vgl. auch den Abdruck in Behrens, »Man kann nicht ...«, S. 172 u. 174.

³⁹ Ebenda, S. 151 u. 150.

der Opposition »repräsentierte hypothetische Alternative selbst zu den Sekundärererscheinungen der gegebenen Situation« rechnet«. ⁴⁰

Auf den von Bahro gebrauchten Terminus *Sekundärererscheinung* kommt Behrens mehrfach zurück, und zwar stets ironisch-sarkastisch, denn er bestreitet Bahros in einem späteren Interview formulierten Anspruch, er habe »tiefer als alle bisherigen Versuche das (politökonomische) Wesen des real existierenden Sozialismus aufgedeckt«, ⁴¹ und führt diesen Anspruch auf dessen Unkenntnis früherer Kritiken zurück: »[...] wie er überhaupt [glaubt, dass er] die Bühne der Kritik als erster betritt«. ⁴²

Sodann kritisiert Behrens Bahros Betrachtungen zur traditionellen Teilung der Arbeit zwischen Leitern und Geleiteten, die dieser im Grunde unverändert beibehalten will, weil »die Struktur der Regulation bei zusammengesetzter Produktion objektiv hierarchisch« sei. So wie Bahros Meinung nach die Informationsverarbeitung in biologischen Organismen auf »hierarchisch-elitäre« Weise« erfolge, seien technisch und informationell auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert. ⁴³ Dem entsprechend betont Bahro bei der Rolle des Staates dessen technisch-organisatorische Seite gegenüber der gesellschaftlichen und meint, dass man »in erster Linie die durch die Weltgeschichte bestätigte zivilisatorische Rolle des Staates verstehen« müsse. ⁴⁴ Aus dieser Argumentation zieht Behrens die von Bahro natürlich nicht beabsichtigte, aber logisch sich ergebende Konsequenz: »[...] die Herrschaftsverhältnisse sind technisch bedingt – die Knechtschaftsverhältnisse zivilisatorisch notwendig!« ⁴⁵

Nach Bahros Auffassung bilde »jedes komplexere lebendige System [...] ein Gehirn heraus, das über seine Gesamtfunktion wacht«. Diese Sicht überträgt er auf die Gesellschaft, auch auf eine zukünftige kommunistische, in der ein von ihm konzipierter »Bund der Kommunisten« sich »als der kollektive Intellektuelle« an der Spitze der Pyramide einer immer hierarchisch-

⁴⁰ Behrens, *Über Alternativen*, S. 152. – Zu seiner Kritik am »Begriff einer historischen Notwendigkeit« vgl. Behrens, *Abschied*, S. 183ff.

⁴¹ Rudolf Bahro, *Ich werde meinen Weg fortsetzen. Der DDR-Systemkritiker Rudolf Bahro meldet sich aus der Strafanstalt Bautzen*, in: *Der Spiegel*, Nr. 44 vom 30. Oktober 1978, S. 31.

⁴² Behrens, *Über Alternativen*, S. 166.

⁴³ Vgl. Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln/Frankfurt a.M. 1977, S. 521.

⁴⁴ Ebenda, S. 149.

⁴⁵ Behrens, *Über Alternativen*, S. 166.

elitär strukturierten Gesellschaft konstituiert. Aus dieser Betrachtungsweise ergibt sich dann als logische Konsequenz Bahros Ablehnung des Konzepts der Selbstverwaltung der Produzenten und der Rätedemokratie.⁴⁶

Ein von Behrens scharf kritisiertes Charakteristikum von »Bahros Partei« ist, dass in ihr das »leninistische Parteiprinzip des demokratischen Zentralismus« herrscht, zu dem er zwar nichts sage, über das er sich aber »von Rosa Luxemburg hätte beraten lassen können, wenn er ihre Schriften zur Kenntnis genommen hätte. Doch auch sie war wohl nur eine ›Sekundärererscheinung‹ für ihn. Für Bahro sind die Massen so wenig Subjekte der historischen Konflikte wie für den Leninismus; sie bleiben Objekte einer an der Spitze der Parteihierarchie stehenden Elite, die aufgrund ihres Informationsvorsprungs Einsicht in *das* hat, *was* angeblich zu tun notwendig ist.«⁴⁷

Gegen Bahros Sicht, die Frage »*Wie ist die ›Versammlung‹ der ganzen Gesellschaft, aller Individuen [...] möglich?*« sei »*die Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie*«, wendet Behrens ein: »Die Unsinnigkeit einer solchen Frage liegt auf der Hand, denn kein ernst zu nehmender Marxist, der eine sozialistische Demokratie und keine sozialistische Despotie [...] will, hat jemals eine solche Versammlung für eine Selbstverwaltungsgesellschaft gefordert«,⁴⁸ um sodann festzustellen: »Vielleicht aber hätte Bahro sich auch mit einer solchen ›Sekundärererscheinung‹ beraten können [wie] Karl Korsch, der bereits 1922 schrieb: In ihrem ureigensten Sinn erfasst, erscheine ›die Rätebewegung nicht mehr als eine bloße Vorbereitungsaktion für die kommende Hauptschlacht der sozialen Revolution, sondern als der wirkliche und endgültige Beginn dieser sozialen Entscheidungsschlacht selbst.«⁴⁹

⁴⁶ Vgl. Bahro, *Die Alternative*, S. 521, 180, 435 u. 224, sowie Behrens, *Über Alternativen*, S. 158 u. 157. – Hier sei, da von Behrens nicht kritisiert, angemerkt, dass es nicht das Gehirn ist, das über die Gesamtfunktion wacht, sondern das unabhängig vom Bewusstsein arbeitende vegetative Nervensystem, das nur im Falle von Störungen dem Gehirn signalisiert, wo etwas nicht in Ordnung ist. Wird nun das Konzept einer vom vegetativen Nervensystem gesteuerten Selbstregulation lebender Organismen auf die Gesellschaft übertragen, so liegt die Analogie zum Konzept der Selbstverwaltung klar auf der Hand – ohne dass es deshalb gleich mit diesem identifiziert werden muss.

⁴⁷ Behrens, *Über Alternativen*, S. 167.

⁴⁸ Vgl. Bahro, *Die Alternative*, S. 523, sowie Behrens, *Über Alternativen*, S. 156/57.

⁴⁹ Diese unmittelbar anschließende Passage ist bei der Edition von Behrens, *Über Alternativen*, S. 157, übersehen worden. – Behrens zitiert aus Karl Korsch:

Behrens zufolge ist der von Bahro konzipierte Bund der Kommunisten »auch wieder die Organisation einer Elite – diesmal vielleicht [nicht] der Bürokraten, sondern der Technokraten«. Damit korrespondiert sein Urteil über Bahro: »[...] in Wahrheit polemisiert in ihm doch nur der Technokrat gegen den Bürokraten, die beide, was die Ökonomie betrifft, sich nur zu einer Vulgärökonomie bekennen können!«⁵⁰

Dem Thema meines Beitrags entsprechend habe ich hier allein Behrens' Kritik sozialistischer Reform behandelt und bin nicht auf dessen Überlegungen zu einer künftigen – kommunistischen – Gesellschaft eingegangen, also seine eigene Utopie, deren Analyse keinesfalls ein passant erfolgen kann. Jedoch bleibt noch die hypothetische Frage zu beantworten, wie denn der dann achtzigjährige Behrens darauf reagiert hätte, dass dem Zusammenbruch des staatlich etablierten Sozialismus die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa gefolgt und auch in Jugoslawien das von ihm so gepriesene, tatsächlich aber nur sehr unvollkommen realisierte Modell der Selbstverwaltung gescheitert und Jugoslawien zerfallen war.

Wahrscheinlich hätte er ähnlich reagiert wie Friedrich Engels nach der Niederlage der Revolution von 1848: »Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen«⁵¹ – ein Wort übrigens, das auch der Behrens politisch in so vielem verwandte Theodor Bergmann immer wieder gern zitiert.⁵²

Arbeitsrecht für Betriebsräte. Hrsg. u. m. e. Vorwort v. Erich Gerlach, eingel. v. Dieter Schneider, Frankfurt a.M. 1968, S. 108.

⁵⁰ Behrens, Über Alternativen, S. 169 u. 166.

⁵¹ Friedrich Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 8, S. 5.

⁵² Theodor Bergmann, Befreit von den Irrtümern unserer großen Bewegung fangen wir mit neuer Kraft von vorne an. Rede anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus für die kommunistischen Opfer des Stalin-Terrors am 17.12.2013 (www.die-linke.de/partei/organe/karl-liebknecht-haus/gedenktafel/befreit-von-den-irrtuemern-fangen-wir-von-vorn-an, konsultiert am 7. 12. 2014). – Behrens und Bergmann sind sich persönlich wohl nur einmal, beim Colloquium »Hundert Jahre Kapital«, begegnet, wobei sie sich – als erfahrene Illegale – auf sympathisierenden Blickkontakt beschränkt haben.

Fritz Behrens

Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling¹

1. Der staatlich etablierte Sozialismus hat die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen. Er beruht auf einer bürokratischen Produktionsweise, in der alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse, einschließlich des Aneignungsrechtes² des Mehrproduktes, bei der sich auf das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln stützenden Bürokratie liegen. Er hat einen staatsmonopolistischen Überbau, der mit seinen Institutionen, vor allem Partei, Justiz, Militär und Polizei, die ökonomische Basis schützt, in der die Lohnarbeit nicht beseitigt ist. Die Struktur der Gesellschaft ist hierarchisch-elitär. Sie pflegt, wie [es] schon³ äußerlich in Kunst und Literatur, in Uniform und Ordenswesen zum Ausdruck kommt, diese Struktur stützenden Traditionen.

2. In der Gesellschaft dieses staatlich etablierten Sozialismus sind selbst die von der bürgerlichen Demokratie gewährten Rechte zurückgenommen.⁴ Aus diesem Grunde sind emanzipatorische Bestrebungen wieder auf Liberalisierung statt schon auf Demokratisierung gerichtet. Sie haben da-

¹ Das Manuskript dieses Textes (sechs handgeschriebene Seiten) befindet sich im Archiv von Fritz Behrens in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nr. 217, und ist undatiert. Es entstand wahrscheinlich Ende 1976, denn es ist z.T. auf die Rückseiten der Thesen zur Dissertation von Rita Kuczynski geschrieben, die im November 1976 verteidigt worden ist. – Die Veröffentlichung basiert auf einer Neuentzifferung des Manuskripts, deren Notwendigkeit sich daraus ergab, dass die Erstveröffentlichung in: Sozialismus, Hamburg, Jg. 2008, Nr. 7/8, wie der Nachdruck in Günter Krause/Dieter Jahnke (Hrsg.), »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein« Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg 2010, S. 244-47, gravierende Entzifferungsfehler enthält. Die den einzelnen Bemerkungen vorangestellten Ziffern wurden nicht gesondert hervorgehoben (auf diese Weise entstand in den bisherigen Veröffentlichungen der Eindruck eines ausgearbeiteten Thesenpapiers). Schreibversehen wurden stillschweigend korrigiert, Schreibbegehrenheiten des Verfassers stets belassen. Ein Verzeichnis der gegenüber früheren Veröffentlichungen korrigierten Passagen kann auf Anforderung zugeschickt werden.

² Abdruck: der Aneignung.

³ Abdruck: wie es schon.

⁴ MS: Rechte auf zurückgenommen [versehentlich nicht gestrichen; ursprünglich: Rechte auf Kommunikation, Information, Koalition usw. zurückgenommen].

her noch – oder wieder – einen progressiv-bürgerlichen, keinen demokratisch-sozialistischen Charakter.

3. Der Prager Frühling war bis zum 21. August 1968 eine fast ausschliesslich von der Intelligenz und der Jugend getragene Bewegung, die das Ziel hatte, die stalinistisch entarteten Verhältnisse zu liberalisieren. Der 21. August, der aussenpolitische 18. Brumaire⁵ der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes, die sich an der Invasion und Annektion der ČSSR beteiligten, war insofern ein Wendepunkt, als erst dann die Arbeiter sich an dem Widerstand zu beteiligen begannen. Die Bewegung in der ČSSR hatte bis dahin mehr⁶ die Form von Fraktionskämpfen in der Partei und mit der Partei und nahm erst jetzt die Form eines Klassenkampfes an, wie in Ungarn 1956 und in Polen 1970/71. Statt Räte wollten die Reformer Manager in den staatlichen Betrieben.

4. Die Losung »demokratischer Sozialismus« artikuliert Tendenzen[,] innerhalb der bestehenden reaktionär-deformierten⁷ Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus liberale Formen durchzusetzen, die das Leben angenehmer, aber noch nicht sozialistisch machen. Demokratischer⁸ Sozialismus ist mit⁹ staatlichem Produktionsmitteleigentum zu vereinbaren und ist insoweit auch progressiv,¹⁰ wie bürgerliche Demokratie und ihre Republik den Kampf um den Sozialismus erleichtert.¹¹ Aber demokratischer Sozialismus hebt weder die Klassen auf noch beseitigt er die Spaltung der Gesellschaft in Basis und Überbau. Er ist eine – natürlich dem Stalinismus in jeder Form vorzuziehende – Variante der bürgerlichen Gesellschaft, aber durchbricht diese¹² noch nicht.

5. Eine bürokratische¹³ Produktionsweise mit einem liberal-demokratischen Überbau enthält einen Widerspruch, der den Prager Reformern –

⁵ Abdruck: »18. Brumaire« [aber B. meint das historische Ereignis, nicht die Schrift von Marx].

⁶ Abdruck: noch.

⁷ Abdruck u. MS: bestehenden, reaktionär-deformierten [das Komma im MS versehentlich stehen gelassen; ursprünglich: bestehenden, aber noch reaktionär-deformierten].

⁸ Abdruck mit Absatz. Die vorherige Zeile endet zwar mit dem vorherigen Satz, aber keine einzige der Bemerkungen enthält mehr als einen Absatz.

⁹ Abdruck: ist nicht mit.

¹⁰ Abdruck: insoweit eine progressive.

¹¹ Abdruck: dem Kampf um den Sozialismus verpflichtet.

¹² Abdruck: aber demokratisch ist diese.

¹³ Abdruck: Eine bürgerliche.

mit wenigen Ausnahmen – noch nicht bewusst war. Die Ideale des Prager Frühlings, ein demokratischer Sozialismus, nicht eine sozialistische Demokratie, waren insofern reformistische, keine revolutionären¹⁴ Ideale, was natürlich nicht ausschliesst, dass sie nur auf revolutionäre Art und Weise verwirklicht werden konnten, weil die Bürokratie, wie sich zeigte, freiwillig, ohne Gewaltanwendung, nicht abtritt. Sie waren eine Angelegenheit der Intelligenz und der Jugend und wurden erst, als es schon zu spät war, von den Massen aufgenommen. Deshalb muss die Hauptforderung einer auf den Sozialismus gerichteten Bewegung der Selbstzentralismus der Massen, die¹⁵ Bildung von Arbeiterräten und [die] Errichtung einer Räte-demokratie sein. Soweit noch eine Repräsentation der Massen¹⁶ erforderlich ist, hat hierzu Marx alles Notwendige in seiner Analyse der Pariser Kommune gesagt.

6. Die Ideale des Prager Frühlings knüpfen¹⁷ an die Ideale der bürgerlich-demokratischen Vergangenheit der ČSSR an. Außerdem muss die erste Phase einer Befreiung vom Stalinismus noch mit den theoretischen und praktischen¹⁸ Muttermalen des Stalinismus behaftet sein. Daher wird die erste Phase einer Bewegung, die auf die Befreiung vom Stalinismus gerichtet ist, von Literaten und Künstlern, von der Intelligenz geführt und nur erst als Restauration republikanischer Freiheiten begriffen und nicht schon als Kampf um eine sozialistische Demokratie, die sich vom demokratischen Sozialismus unterscheidet wie eine genossenschaftlich-egalitäre sozialistische von der hierarchisch-elitären bürgerlichen Gesellschaft.

7.¹⁹ Da es einen linearen Weg zur sozialistischen Gesellschaft aus der Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus nicht geben kann, war die Forderung nach Liberalisierung der Prager Reformer natürlich eine *progressive*²⁰ Forderung. Ihre Verwirklichung hätte aber nur bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus gewährt, was natürlich nicht wenig ist. Die republikanischen Freiheiten hätten in *geschichtlich neuer Weise*²¹ organisatorische Voraussetzungen des revolutionären Kampfes für den Sozialismus in den Ländern des Warschauer Paktes geschaffen.

¹⁴ MS und Abdruck: revolutionäre.

¹⁵ Abdruck: Massen die.

¹⁶ MS: Masse.

¹⁷ Abdruck: knüpfen.

¹⁸ Abdruck: parteilichen.

¹⁹ MS: 6. [und dann so weitergezählt].

²⁰ im MS unterstrichen, im Abdruck nicht kursiv.

²¹ im MS unterstrichen, im Abdruck nicht kursiv.

8. Meine Kritik am Prager Frühling – sie deckt sich mit meiner Kritik an R. H. [Robert Havemann]²² – besteht darin, dass der Kampf der Reformen nicht auf den Kern des Stalinismus gerichtet war, auf das bürgerlich-demokratische Prinzip des demokratischen Zentralismus. Der Kampf um über – notwendige – republikanische Freiheiten hinaus[gehende Maßnahmen] verlangt²³ den Selbstzentrismus der Massen, der mit der Bildung von Arbeiterräten beginnen und in die Errichtung²⁴ einer Räterepublik münden muss. Die Prager Reformer aber wollten²⁵ in staatliche Betriebe²⁶ fähige Manager. Ihnen schwebte statt einer Produzentenselbstverwaltung, wie aus allen Dokumenten und aus Gesprächen hervorgeht, nur ein Mitbestimmungsrecht der Produzenten vor. Das erklärt, wie die Prager Reformer selbst erkannten, weshalb die Bewegung der Intelligenz und der Jugend die Arbeiter erst ergriff, als es schon zu spät war.

9. Eine rein emotionelle²⁷ Begeisterung für den Prager Frühling ist genauso unangebracht²⁸ wie eine moralisierende Kritik an ihm (warum haben sie nicht mit der Waffe gekämpft usw.). Notwendig ist indes zu begreifen, dass die Prager Reformer vorerst nur solche Losungen hatten, die auf den Kampf um den Sozialismus erleichternde republikanische Freiheiten²⁹ zielten. Die Verwirklichung der von den Prager Reformern aufgestellten Forderungen hätte bald zu einer Konfrontation mit den Forderungen der Arbeiterklasse geführt. Der Tag ihrer Verwirklichung hätte den demokratischen Sozialismus mit der sozialistischen Demokratie konfrontiert. Eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus mit bürokratischer Produktionsweise und liberalisiertem Überbau wäre bestenfalls eine Zwischenlösung, ein Übergang gewesen.

10. Es ist verständlich, dass nicht nur Intellektuelle, die unter der stalinistischen Bedrückung besonders leiden, sondern auch die Jugend, die für Freiheit schwärmt, für die Ideale des Prager Frühlings begeistert sind. Man

²² Abdruck: an Robert Havemann.

²³ Abdruck: um – notwendige – republikanische Freiheiten verlangt.

²⁴ MS und Abdruck: und in der Errichtung [die falsche Rektion resultierte aus der unvollständigen Korrektur der Formulierung; und mit der Errichtung].

²⁵ Abdruck: Reformer wollten.

²⁶ Abdruck: in staatlichen Betriebe.

²⁷ Abdruck: emotionale.

²⁸ Abdruck: genauso wenig angebracht.

²⁹ Abdruck: um die im Sozialismus zu erreichenden republikanischen Freiheiten.

sollte sie aber mit den harten Fakten³⁰ vertraut machen, dass eine wirkliche Überwindung des Stalinismus vor allem die Basis der Gesellschaft des staatlich etablierten Sozialismus verändern muss.

11. Die sowjetische Konterrevolution hat einer Möglichkeit, den revolutionären Befreiungskampf auf dem Boden eines staatlich etablierten Sozialismus zu führen[,] ein vorläufiges gewaltsames Ende gesetzt. Ihn wieder aufzunehmen, werden an die Stelle bürgerlich-demokratischer Forderungen sozialistische Forderungen gesetzt werden müssen,³¹ wie z.B.^{32/33}

³⁰ Abdruck: den besten Fakten.

³¹ Abdruck: aufzunehmen, müssen an die Stelle [...] gesetzt werden.

³² Im MS unterstrichen und mit einem Semikolon endend, im Abdruck nicht kursiv und mit einem Doppelpunkt endend. Darauf folgen im Abdruck von den im MS gestrichenen Forderungen lediglich und ohne Nummerierung 3. und 5., wogegen 1., 2. und 4. weggelassen sind.

³³ Im MS folgt noch die Formulierung von fünf sozialistischen Forderungen, die aber letztlich komplett gestrichen worden sind. Diese Streichung korrespondiert mit der im Frühjahr 1980 in einem Selbstinterview gegebenen Antwort auf die Frage »Sie haben von einigen erforderlichen ökonomischen und politischen Maßnahmen gesprochen. Können Sie hierüber etwas mehr sagen?«: »Nein, denn das würde bedeuten, ein ganzes wirtschaftspolitisches Programm zu entwerfen, wozu ich weder befugt bin, noch mich dessen für fähig halte.« (NLB Nr. 204, S. 6; vgl. auch Krause/Jahnke (Hrsg.), »Man kann nicht...«, S. 199) Wenn die Forderungen an dieser Stelle trotzdem wiedergegeben werden, so weil sie den für Behrens' Spätwerk einzigartigen Versuch der Konzipierung eines Katalogs sozialistischer Forderungen enthalten. Ihre Reihenfolge entspricht der zuletzt vorgenommenen Nummerierung, der die – durch das Zeichen < (geändert aus) voneinander unterschiedenen – vorherigen Nummerierungen folgen.

1 < 3 < 1 < 3. Abzug der Besatzungsmacht und Verurteilung der imperialistischen Annexionspolitik der UdSSR;

2 < 1 < 4 < 5. Umwandlung des staatlichen in gesellschaftliches Eigentum, das von den Produzenten selbst verwaltet wird;

3 < 1 < 3 < 2 < 1. Bildung von Arbeiterräten in den Betrieben, Gemeinden, Kreisen, Bezirken und im Republikmaßstab;

4 < 3 < 2. Gewährung des Streikrechtes und des Koalitionsrechtes;

[5] < 4 [gestrichen, eine neue Ordnungszahl fehlt]. Bildung einer neuen Partei, die den Leninismus ablehnt und sich auf die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung beruft (Spartakus-Bund und Spartakusprogramm).

Henning Flaskamp

Reform als Rückzug

Fritz Behrens' gescheiterter Versuch, für die Selbstverwaltung zu streiten und das Regime zum Machtverzicht zu bewegen

Fritz Behrens und Arne Benary

Je näher derjenige, der Kritik am herrschenden Regime äußert, dem Gegenstand seiner Kritik steht, desto bedrohlicher ist das für dieses Regime. Fritz Behrens war von 1955 bis 1957 Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Mitglied des Ministerrates. Bereits 1954 hatte er den Nationalpreis erhalten und stand bis zur Veröffentlichung seiner kritischen Artikel, die sich mit den wirtschaftspolitischen Problemen in der DDR befassten, keineswegs im Verdacht, ein Feind des Regimes zu sein.

Die Differenzen, die sich zwischen Fritz Behrens und seinem Schüler Arne Benary auf der einen und dem Regime der DDR auf der anderen Seite offenbarten, begründeten sich nicht mit einer Abkehr der beiden Wirtschaftswissenschaftler vom Sozialismus. Um seiner Willen sahen sie sich vielmehr gezwungen, dem Regime einen Kurswechsel nahezu legen. Denn ihre Analyse, die an der Wirtschaftspolitik ansetzte, aber letztlich den Zustand der gesamten Gesellschaft betraf, zeigte, dass die Politik der SED-Spitze für die weitere Entwicklung zum Sozialismus schädlich war. Der Adressat der Kritik reagierte, wie zu erwarten war, jedoch indem er die Kritiker als Revisionisten denunzierte und mit Sanktionen belegte.

Dass Teile von Behrens' Vorschlägen fünf Jahre später mit dem Neuen Ökonomischen System der Leitung und Planung (NÖSPL) tatsächlich umgesetzt wurden, wie Martin Jänicke konstatierte,¹ relativiert die Radikalität ihrer Reformkonzepte keineswegs. Zu Recht wies Helmut Steiner darauf hin, dass »die andere Seite seiner Vorschläge von 1956, die reale Einbeziehung der Werktätigen in die Planung – in heutigen Termini: eine basisdemokratisch angelegte Wirtschaftsdemokratie –, der Übergang von der Verstaat-

¹ Martin Jänicke, *Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Köln 1964, S. 110.

lichung zur tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach wie vor unberücksichtigt blieb.«² Man wird der philosophischen Tragweite der Kritik, die Behrens und Benary formulierten, nicht gerecht, wenn man ihnen lediglich attestiert, ihrer Zeit voraus gewesen zu sein.

Arne Benary war nicht nur Schüler Behrens', sondern stand ihm in der Debatte um die Reformvorschläge mit elaborierten Beiträgen zur Seite. Es ist der inhaltlichen Nähe der beiden Ökonomen geschuldet, dass Behrens' und Benarys Veröffentlichungen im Folgenden zusammengedacht werden. Es wird ebenfalls keine strenge Trennung zwischen den erst 1992 veröffentlichten³ »geheimen« Aufsätzen, die Behrens in den 1970er Jahren angefertigt hatte,⁴ und seinen kritischen Veröffentlichungen der 1950er Jahre unternommen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: In ihrer Grundüberzeugung unterscheiden sie sich voneinander nicht und letztlich sind Behrens' spätere Schriften nichts anderes als die konsequente gedankliche Fortführung seiner Thesen der 1950er Jahre. Die unzweifelhaft existierenden Unterschiede zwischen den Texten aus verschiedenen Jahrzehnten begründen sich nicht mit einer veränderten Haltung Behrens', sondern damit, dass sich die Realitäten geändert hatten und Behrens kein Illusionist war, sondern als Wissenschaftler und Materialist die Wirklichkeit, so wie sie ist, zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen machte. Der wirklich relevante Bruch, der im Folgenden auch berücksichtigt und kenntlich gemacht werden soll, war demnach bei Behrens nur die Frage nach dem angemessenen Vorgehen. Behrens setzte sich 1956 ebenso für die Rettung der Idee des Sozialismus ein, wie er das auch in den 1970er Jahren tat. Hatte er in den 1950er Jahren jedoch noch daran geglaubt, dass diese Idee durch eine Reform der DDR zu retten wäre, glaubte er später, sie als Utopie von ihrem Zerrbild des Realsozialismus lösen zu müssen, um sie für die Zukunft zu konservieren.

² Helmut Steiner, Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext, in: Günter Krause/Dieter Janke (Hrsg.), »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...« Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg 2010, S. 35.

³ Fritz Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, hrsg. v. Hannamaria Loschinski u.a., Berlin 1992.

⁴ Ernst Wurl, Die politische Utopie bei Fritz Behrens, in: Utopie kreativ, Nr. 77 (März 1997), S. 19.

Sozialismus oder Staatsmonopolismus

Zu den grundlegenden Einsichten der Kritik der politischen Ökonomie gehört, dass der Charakter der Wirtschaft, vorrangig die in ihr vorherrschenden Produktionsbedingungen, maßgeblichen Einfluss auf die Konstitution der Gesellschaft haben. Die Vertreter des Regimes hatten genügend Marx gelesen, um zu wissen, dass Herrschaft nach der revolutionären Überwindung des Feudalismus nur noch in geringem Maße als unvermittelte auftritt. Der Grad der Unmittelbarkeit der Herrschaft war in der DDR höher als in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten, aber es wäre nicht zu treffend, zu behaupten, das Gesellschaftsgefüge der DDR habe in erster Linie auf der direkten Gewaltausübung basiert. In der DDR wurden Freiheiten und Rechte eingeschränkt und die politische Führung war in Ausnahmesituationen bereit, ihre Macht mittels Gewalt zu sichern. Allerdings beschränkte sich dieser Sachverhalt in der Tat auf Ausnahmen und die Funktionsweise realsozialistischer Herrschaftsausübung war im Normalzustand eine andere. Hier spielte auch die Macht der SED als Massenarbeitgeber eine zentrale Rolle. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung war ökonomisch von den politischen Machthabern abhängig. Durch die zentrale Administration der Produktion hatte das Regime einen viel weiter reichenden Einflussbereich, als ihn Regierungen kapitalistischer Staaten, die über ökonomische Macht bekanntlich nur in sehr geringem Maße verfügen, haben. Christoph Lieber wies folgerichtig darauf hin, dass der »Kern der Kritik an Behrens letztlich nicht in seinen Zugeständnissen an Warenproduktion und Marktverhältnisse in einer postkapitalistischen, sozialistischen Ökonomie [bestand], sondern in der politischen Konsequenz, dass daraus auch eine Relativierung des Staates als dem entscheidenden Hebel beim Aufbau des Sozialismus resultierte«.⁵

Tatsächlich ging es Fritz Behrens niemals nur darum, die Effizienz der DDR-Wirtschaft zu verbessern. Im Vordergrund stand für ihn die Frage, wie durch eine Dezentralisierung der Wirtschaft perspektivisch die Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus verlassen und die Phase des Sozialismus als erste Entwicklungsstufe des Kommunismus erreicht werden könne. Die Einordnung spezifischer Gesellschaftsformationen in

⁵ Christoph Lieber, Zwischen jakobinischer Illusion und sozialer Utopie – Fritz Behrens' kritischer Marxismus, in: Krause/Janke (Hrsg.), »Man kann nicht Marxist sein«, S. 77.

ein Phasenmodell ist für die marxistische Debatte um den Weg zum Sozialismus bedeutsam. Vor seinem endgültigen Bruch mit dem Leninismus – es spielt letztlich keine Rolle, zu welchem Zeitpunkt dieser genau zu verorten ist – sind die verschiedenen Perioden und ihre Etappen wichtige Pfeiler seiner Argumentation. Später verändert sich sein Verhältnis zu diesem Thema grundlegend, als er schreibt: »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist antizipatorische Vorwegnahme des Zukünftigen, nicht des Notwendigen, sondern des Möglichen!«⁶

Die Anhänger der messianischen Lehre des Marxismus-Leninismus hatten sich immer als Vollstrecker eines teleologisch vorbestimmten Ablaufs der Menschheitsgeschichte verstanden und sich damit zugleich der Notwendigkeit entledigt, Rechenschaft über das eigene Handeln ablegen zu müssen. Den Gedanken zu äußern, dass der Kommunismus zwar eine Möglichkeit, aber keinesfalls eine Notwendigkeit der menschlichen Geschichte sei, war deshalb Ketzerei der schlimmsten Art. Behrens wusste das und schrieb diese Gedanken auf, ohne mit ihnen an die Öffentlichkeit zu gehen. Aber die Differenzen zwischen Behrens und den Dogmatikern des Regimes existierten auch schon vor der Anfertigung der geheimen Schriften in den 1970er Jahren. »Der Sieg des Sozialismus kann nicht im Selbstlauf eintreten«, schrieb Behrens bereits 1956, »die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus wird nicht von selbst zur Wirklichkeit«.⁷ Schon diese wie eine Selbstverständlichkeit anmutende Aussage war eine Herausforderung der Herrschenden. Es gehörte zum Selbstverständnis der Partei, dass mit der sozialistischen Revolution ein Prozess begonnen wurde, der zur Abschaffung der Klassen und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führen würde.⁸ Die Erläuterung, warum und wie sich dieser Prozess vollziehen würde, beschränkte sich im Großen und Ganzen auf den Verweis, dass ein von der Partei als Interessenvertreterin des Proletariats geführter Staat, der über die verstaatlichten Produktionsmittel verfügt, automatisch auf diesen gesellschaftlichen Zustand zusteure.

⁶ Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, S. 243.

⁷ Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S. 114.

⁸ Auch der Behrens entgegen gestellte Diskutant beruft sich in seinem Beitrag auf dieses Argument: Herbert Luck, Bemerkungen zum Artikel von Behrens, »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode«, ebenda, S. 98.

Behrens gehörte weder zu denen, die diese Widersinnigkeit glaubten, noch zu denjenigen, die dieser Erkenntnis mit Gleichgültigkeit begegneten. Behrens unterteilte die gesellschaftliche Entwicklung durchaus in Perioden, er glaubte nur nicht daran, dass diese ohne weiteres Zutun aufeinanderfolgen würden. Dass in der DDR ein erster Prozess, der für die erste Periode wesentlich war, abgeschlossen wurde, erkannte er an: »Nur wenn die Produktionsmittel dem Volke gehören, können auch die Ergebnisse der Produktion dem Volke gehören. Aber die Produktionsmittel können nur dann dem Volke gehören, wenn sie den Kapitalisten entrissen und in die Hände der als Staat organisierten Arbeiterklasse überführt werden [...].«⁹ Die Verstaatlichung der Produktionsmittel war also als notwendiger erster Schritt erfolgt, aber Behrens machte darauf aufmerksam, dass zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung ein gewichtiger Unterschied besteht.

Die »Etappe der Revolution, der Zerschlagung des alten und der Errichtung eines neuen Staatsapparats«,¹⁰ in der der Prozess tatsächlich von der Partei und ihrem Staatsapparat gelenkt werden und ihre führende Rolle zum Tragen kommen sollte, betrachtete Behrens als *Eröffnungsakt*, nach dem die Führer der Partei langsam ihren Rückzug von der Bühne vorzubereiten hätten. Denn auf die erste Etappe folge »die Etappe der Übergangsperiode, in der die staatliche Administration in der Wirtschaft allmählich abgebaut wird und an ihre Stelle in dem Maße die ökonomische Politik tritt, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen und entwickeln.«¹¹ Dies ist also eine Etappe, in der sich die Prozesse vollziehen und nicht mehr von der Partei und ihrem Staatsapparat gemacht werden. Die Anforderungen an Partei und Apparat, den Sieg des Sozialismus zu verwirklichen, sind andere geworden. Denn »die Etappe des Sozialismus« ist die, »in der der Prozess des Absterbens des Staates beginnt«.¹²

Behrens war – auch in Relation zu anderen dissidenten Sozialisten in der DDR – kein Träumer. In einem seiner geheimen Aufsätze findet sich folgender Absatz: »Ein Marxist, der Sozialist bleiben will, muss das Beil des Kampfes gegen den Anarchismus begraben, denn er kann nicht Sozialist sein, ohne Anarchist zu sein. Marx' Kampf gegen Bakunin war ein verhängnisvoller Irrtum

⁹ Behrens, Gesetze, S. 107.

¹⁰ Ebenda, S. 117.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

[...].¹³ Behrens bezieht sich hier auf das Ziel, das Kommunisten und Anarchisten gemeinsam haben. Ihre Einigkeit in Hinblick darauf, dass die revolutionäre Überwindung kapitalistischer Herrschaft einen gesellschaftlichen Zustand herbeiführt, in dem es weniger und nicht mehr Herrschaft, mehr und nicht weniger Freiheit des Individuums gibt, betrachtet er als gewichtiger denn die Differenzen, die es bei der Frage gibt, welche Strategie zu diesem Ziel führt. Denn von der Unmittelbarkeit der sozialen Revolution, wie sie die Anarchisten propagieren, war Behrens sicherlich nicht überzeugt. Er hatte Marx' Kritik des Gothaer Programms gelesen und verstanden und war überzeugt davon, dass die Überwindung der bürgerlichen Rechtsverhältnisse nicht von heute auf morgen vonstatten gehen würde. In der Übergangsperiode sollten die strukturellen Voraussetzungen für den Eintritt in die erste Phase des Kommunismus, also den Sozialismus geschaffen werden. Den Beginn des Sozialismus sah Behrens dort, wo nicht mehr direkte Administration zur Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen notwendig ist, sondern diese Aufgabe durch den Einsatz ökonomischer Gesetze vonstatten gehen kann, sich also neue Regulationsmechanismen abseits der Marktwirtschaft etablieren, die nicht auf der unmittelbaren Gewaltandrohung des Herrschaftsapparates basieren.

In den 1950er Jahren ging Behrens noch davon aus, dass die Führung der DDR nach Abschluss der einen schlichtweg den Übergang in die nächste Etappe versäumt oder verweigert hatte. Seine in der »Wirtschaftswissenschaft« veröffentlichten Aufsätze waren ja durchaus ein Appell an das Regime. Diese Formulierungen Benarys zeigen an, dass der Autor und sein Lehrer dem Regime nahelegten, im Sinne des Ziels – Sozialismus – die Macht teilweise abzugeben und zu dezentralisieren. So schreibt er: »Beispielsweise würde der illusorische Versuch, die spontanen Elemente im ökonomischen Verhalten der Menschen leugnen zu wollen, und die daraus entspringende Praxis der Überzentralisierung, des Reglementierens und Administrierens [...] das spontane Verhalten der Menschen in die falsche Richtung [>]lenken[<].« Der Konjunktiv ist hier wohl lediglich der rhetorische Versuch, die Kritik etwas weniger direkt zu formulieren. Weiter schreibt Benary: »Eine solche Praxis hat zwar mit sozialistischer Planwirtschaft nichts gemein, sie ist im Gegenteil geeignet, die Grundlagen der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise zu untergraben, jedoch ist die Wirtschaftspraxis fast aller sozialistischen Länder durchaus nicht frei von solchen fehlerhaften Methoden.«

¹³ Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, S. 246.

Doch Behrens und Benary liefern in ihren Aufsätzen nicht nur die Kritik, sondern zugleich Lösungen des Problems: »An die Stelle der unmittelbaren Anweisung tritt die Ausnutzung ökonomischer Hebel.«¹⁴ Auch 1956 ist die Kritik am Regime und den Zuständen der Gesellschaft in der DDR schon verhältnismäßig deutlich. Beim Lesen von Behrens' Feststellung, die »Auffassung, dass der Staat alles könne und dass jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse, ist nicht sozialistisch, sondern ›preußisch‹«,¹⁵ stockt einem fast der Atem. Doch Behrens lässt die Tür für das Regime noch weit offen, er attestiert, dass wesentliche Maßnahmen der Führung bis hierhin notwendig waren. Recht geschickt formuliert er die zentrale Botschaft seines Aufsatzes: Bisher wurden keine wesentlichen Fehler gemacht, es wäre nur ein Fehler, jetzt so weiterzumachen wie bisher.

Behrens war Sozialist im eigentlichen Sinne und wenn er vom Absterben des Staates schrieb, ging es ihm tatsächlich darum. Er fürchtete nicht den Verlust der Macht, denn politische Macht begriff er nicht als Selbstzweck, sondern als notwendiges Instrument zur Erreichung eines Ziels. Dass er tatsächlich glaubte, die obersten Führungsköpfe mit seinen Ausführungen zum Umdenken zu bewegen, ist schwer vorstellbar. Aber in irgendeiner Form sah er eine Chance, dass Veränderungen in der DDR möglich waren. Veränderungen, die dazu geführt hätten, dass der steckengebliebene Sozialismus wieder in Gang gekommen wäre oder der aus der Spur geratene in sie zurückgefunden hätte. Welche Metapher man auch immer wählt, entscheidend ist, dass Behrens die Grundvoraussetzungen für den Sozialismus als gegeben sah, jedoch die aktuelle politische Bewegung als eine weg vom Ziel des Sozialismus deutete.

Diese Auffassung, begründet wohl durch die ihm zugefügten Demütigungen und die Resignation über das Ausbleiben wirkungsvoller Reformen, revidierte er in seinen späteren, erst posthum veröffentlichten Texten. In diesen bezeichnete er den real existierenden Sozialismus als Staatsmonopolismus, der »auch als eine ›sozialistische‹ Variante keine Entartung oder Deformation des Sozialismus«¹⁶ sei und ebenso »keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus,

¹⁴ Alle Zitate aus: Arne Benary, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S. 84.

¹⁵ Behrens, Gesetze, S. 125.

¹⁶ Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, S. 34.

sondern eine selbstständige gesellschaftliche Formation«. ¹⁷ Auch Behrens' Alternative, die er dem Bestehenden entgegenhielt, musste sich notwendigerweise der veränderten Analyse des Bestehenden anpassen. Dem Determinismus des Marxismus-Leninismus hatte Behrens abgeschworen, er glaubte nicht mehr daran, dass gesellschaftliche Veränderungen sich als notwendige vollziehen würden. Die Kontingenz nahm in seinem Denken einen zentraleren Platz ein, und für ihn war der Sieg des Sozialismus zwar nach wie vor die wünschenswerte, aber nicht unbedingt einzige Möglichkeit. Auch ein Fortbestehen des Kapitalismus schien ihm möglich, ebenso wie die Herausbildung eines gänzlich anderen Gesellschaftssystems, das mit beiden vorgenannten nur bedingt in Zusammenhang steht.

Selbstverwaltung und Demokratie

Behrens hat viele seiner Vorstellungen über den Sozialismus verschriftlicht. Eine adäquate Wiedergabe muss – will sie mehr sein als eine Aneinanderreihung von Textzitaten – begreiflich machen, aus welchen Prinzipien Behrens seine zum Teil recht konkreten politischen Reformvorschläge ableitete. Das heißt, sie muss letztlich vom ganz Großen zum Detail kommen, von der Philosophie zur organisatorischen Umsetzung. Das bringt einen Vorteil mit sich. Große philosophische Überzeugungen sind leicht formuliert. Es ist sogar ohne Weiteres möglich, einem diktatorischen Staat das Attribut »demokratisch« in den Namen zu schreiben. Doch erst wenn es um die konkreten Umsetzungen der Theorie geht, zeigt sich, wie ernst ihre Vertreter es mit den eigenen Grundsätzen meinen.

Die Ansprüche, die Behrens an den Sozialismus formuliert, klingen in Anbetracht der Ungerechtigkeiten des Realsozialismus so hochtrabend, wie sie eigentlich selbstverständlich sein sollten: »Der Begriff eines demokratischen Sozialismus ist ein Pleonasmus und der Begriff eines menschlichen Sozialismus oder eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz ein Mißverständnis, weil es ohne Sozialismus keine – wirkliche – Demokratie geben kann und der Sozialismus die Verwirklichung des Humanismus ist.« ¹⁸ Im Wahlkampflogan »Freiheit statt Sozialismus« der CDU aus dem Jahre 1976 drückt sich ein weit verbreitetes Verständnis des Verhältnisses zwi-

¹⁷ Ebenda, S. 38.

¹⁸ Ebenda, S. 252.

schen Kapitalismus und Sozialismus aus, das erst durch die stalinistische Prägung des Realsozialismus wirkmächtig werden konnte. Demnach gibt es im Kapitalismus zwar Ungleichheit, aber dafür Freiheit und somit die Möglichkeit des Individuums, seine Lebenssituation zu verbessern. Der Sozialismus hingegen garantiere – so diese Auffassung – ein hohes Maß an Gleichheit zwischen den Menschen, allerdings für den »Preis« der Freiheit. Auf die Diskussion, ob Freiheit wichtiger als Gleichheit ist, oder in welchem System das ausgewogenere Verhältnis zwischen beiden Polen existiert lässt sich Behrens nicht ein. Der Sozialismus, wie er ihn denkt, kann nur eine positive Aufhebung der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft auf einer höheren Stufe sein. Für eine sozialistische Wirtschaft ist deshalb »die wichtigste Frage die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, nicht nur im Überbau, sondern auch in der Basis, einer Demokratie, die die Errungenschaften einer bürgerlichen Demokratie nicht nur erhält, sondern erweitert und vertieft, die nicht nur formale, sondern auch inhaltliche Demokratie ist.«¹⁹

Dieses Mehr an Demokratie meint nicht etwa Volksentscheide oder allein die Entscheidungsfindung über Räte von unten nach oben, sondern bezieht sich auf die reale Möglichkeit der Menschen, über die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums und seine Verteilung frei bestimmen zu können. Darin sieht Behrens auch die einzige Chance, die »Entfremdung der Produzenten von ihrer Arbeit und dem Produkt ihrer Arbeit« aufzuheben.²⁰ Anstelle der Vergesellschaftung der Produktion, also der zentralistischen Planung und Organisation der gesamtgesellschaftlichen Arbeit im Prototyp eines staatlich gelenkten »Riesenbetriebes«, will Behrens die wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel setzen. Dazu müssten die Produktionsmittel in die Hände frei assoziierter Produzenten übergeben werden, die letztlich das konstituierende Moment der gesamten Gesellschaft sein sollen. Behrens hat in seinen späteren Schriften den Glauben an eine komplett herrschaftsfreie Gesellschaft verworfen und setzt ihr in seinen Aufsätzen die pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft entgegen, die er als das, »was von der sozialistischen Utopie als optimaler Kompromiss zwischen Gleichheit und Freiheit zu verwirklichen ist«, betrachtet.

Das Problem der Abschaffung der Herrschaft behandelt Behrens keineswegs leichtfertig. Herrschaft bedeutet hier weniger An- bzw. Über-

¹⁹ Ebenda, S. 132.

²⁰ Ebenda, S. 37.

und Unterordnung auf Basis faktischer Macht oder eines Gewaltmonopols, sondern wird als Vermittlungsinstanz zwischen dem Gesamtinteresse und den individuellen Einzelinteressen begriffen. Damit rückt er von der von ihm referierten Auffassung von Marx ab, in einer klassenlosen Gesellschaft würde »jede Vermittlung zwischen Individuum und Gattung überflüssig«. ²¹ Er geht davon aus, dass auch in einer solchen Gesellschaft noch Konflikte existieren würden, die jedoch keinen antagonistischen Charakter mehr hätten. Deshalb muss Herrschaft als Instrument zur Vermittlung der Konflikte in der Gesellschaft begriffen werden und nicht als unterdrückerische Herrschaft einer Person, Gruppe oder Partei. In diesem Sinne bedarf sie natürlich einer demokratischen Legitimierung und muss mit Presse-, Meinungs- und Redefreiheit einhergehen, die den Interessengruppen erlaubt, auf den gesellschaftlichen Vermittlungsdiskurs einzuwirken. Was zunächst wie eine bedeutende Revision marxistischer Theorie anmutet, entpuppt sich bei näherer Betrachtung lediglich als Konzession an Erkenntnisse, die andere Philosophen überzeugender als Marx ausgemacht und formuliert hatten. »Macht bedarf keiner Rechtfertigung, da sie allen menschlichen Gemeinschaften immer schon inhärent ist«, schrieb Hannah Arendt. »Hingegen bedarf sie der Legitimität. Macht entsteht, wenn immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln, ihre Legitimität beruht nicht auf den Zielen und Zwecken, die eine Gruppe sich jeweils setzt; sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt.« ²² Herrschaft kann nicht abgeschafft werden, da Macht als ihre Grundlage nicht abgeschafft werden kann. Lediglich ihre demokratische Verteilung auf eine möglichst große Zahl an Individuen und die Minimierung ihrer Anwendung ist demnach ein realistisches Ziel. Daraus ergibt sich, dass das Absterben des Staates nicht bedeutet, dass sämtliche Ordnungsinstrumente wegfallen. Für Behrens war klar: »Auch eine Rätedemokratie wird nicht ohne eine Bürokratie auskommen. [...] Doch Bürokratie ist nicht dasselbe wie Bürokratisierung.« ²³

1956 hatte Behrens nur die Punkte vorgebracht, die ihm weitgehend unverfänglich erschienen. Wie sich später herausstellte, war das schon eine Fehleinschätzung seinerseits. In seinen für die Schublade geschriebenen

²¹ Ebenda, S. 54.

²² Hannah Arendt, *Zum politischen Denken*, in: *Denken ohne Geländer. Texte und Briefe*, München/Zürich 2005, S. 90.

²³ Behrens, *Abschied von der sozialen Utopie*, S. 85.

Texten gab es keinen Grund, sich zurückzuhalten, und Behrens formulierte z.B. Grundzüge eines Programms, für das eine Partei, die eine sozialistische Demokratie in Form einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft verwirklichen wolle, zu stehen hätte. Je konkreter Behrens politische Absichten anstelle von Analyse und Kritik formuliert, umso zurückhaltender schreibt er. Eine Begründung für diesen Befund wäre, dass Behrens seine Texte ähnlich wie Horkheimer und Adorno als »Flaschenpost« begriff. Für seine Vorstellung des demokratischen Sozialismus sah er keinen Ansatzpunkt in der Realität seiner Zeit.

Sicher hätte Behrens die hypothetische Partei, zu dem Zeitpunkt, als er Grundzüge ihres Programms verfasste, nicht mitgründen wollen, da er ihr Anliegen als zum Scheitern verurteilt betrachtet hätte. Ihm ging es vielmehr um die Konservierung einer Idee als Utopie. Eine Idee, die ihre Berechtigung nicht verloren, wohl aber vorerst ihre Chance auf Verwirklichung verloren hatte. Mit den skizzierten Grundzügen eines Programms wollte er Andeutungen machen, wie der Weg zum Sozialismus, wenn er sich wieder zeigen würde, zu beschreiten sein *könnte*. Als Demokrat widerstrebte es ihm jedoch, »ein Programm vorzuschlagen oder Rezepte auszuarbeiten«,²⁴ denn eine Partei mit demokratischem Anspruch müsste ihr Manifest selbstverständlich in einem demokratischen Prozess erarbeiten.

Ganz sicher wollte Behrens kein politischer Führer sein, der seine Jünger um sich und seine Pläne versammelt. Die zentrale Forderung »müsste die volle Verwirklichung der bürgerlichen und formalen Demokratie sein und ihre Festigung und Erweiterung zu einer nicht mehr nur formalen, sondern auch materialen – sozialistischen – Demokratie sein«.²⁵ Ganz konkret zählt er die Rechte auf, die in der DDR verwehrt wurden, die aber nach seinem Verständnis für einen Sozialismus, der diesen Namen verdient, unabdingbar sind. Dazu zählte er: »Gedanken- und Redefreiheit, Presse und Versammlungsfreiheit, Freiheit zur Bildung von Vereinigungen, Demonstrationsfreiheit, Bewegungsfreiheit der Menschen in ihren eigenen Ländern und im Ausland, gewerkschaftliche Freiheit, Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Staatsmacht, Unverletzlichkeit des Privatlebens, Respektierung des allgemeinen Wahlrechts und der Möglichkeit des Wechsels demokratischer Mehrheiten, religiöse Freiheit, kulturelle Freiheit und Freiheit für verschiedene Strömungen und Meinungen auf philosophischem, kul-

²⁴ Ebenda, S. 250.

²⁵ Ebenda, S. 251.

turellem und künstlerischen Gebiet«. ²⁶ Dieses hohe Maß an Freiheit muss mit dem Anspruch, die Menschen zu einem neuen Bewusstsein zu »erziehen«, in Einklang gebracht werden. Behrens stellt in seinem Aufsatz von 1956 fest, dass gewisse ökonomische Gesetze, wie die Warenform der Produktion und damit einhergehend das Wertgesetz, im Sozialismus notwendig beibehalten werden.

Mit Marx könnte man sagen, dass der bürgerliche Rechtshorizont nun einmal nicht direkt nach der Revolution überwunden werden kann. Dafür ist ein längerer Entwicklungsprozess notwendig und die entscheidende Frage ist, wie dieser in Gang gebracht werden kann. Das Regime setzte auf sozialistische Erziehung, Kaderschulung und politische Propaganda. Doch selbst, wenn Losungen wie »So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben« bei volkseigenen Produktionsmitteln grundsätzlich einen wahren Punkt treffen, geht der Materialist Behrens davon aus, dass die veränderten ökonomischen Bedingungen nicht unmittelbar die Interessen der Arbeiter verändern. Wenn Behrens schreibt, dass »die ökonomischen Impulse der Kapitalisten positiv, die der Arbeiter negativ auf die Durchsetzung des Mehrwertgesetzes [wirken]« ²⁷ und zugleich darauf verweist, dass diese ökonomischen Gesetze noch fortwirken, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass er einen Grundkonflikt zwischen dem Regime als »Unternehmer« und der Arbeiterklasse ausmachte, der durch kraftvolle Parolen allein nicht zu überwinden war. Denn auch in der DDR waren die Arbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, wenn auch auf einem staatlich stark regulierten Markt.

Es lag also im Interesse der Arbeiter, möglichst wenig Arbeit für einen möglichst hohen Lohn abzuleisten. Sie konnten sich die Früchte ihrer eigenen Arbeit trotz volkseigener Betriebe nicht aneignen, und so musste der Staat als Riesenunternehmer erscheinen, der sich den Mehrwert der geleisteten Arbeit einbehält. In dem Text »Elemente des Antisemitismus« von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno findet sich folgender Absatz: »Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können: der kleinste Magnat kann über ein Quantum von Diensten und Gütern verfügen wie kein Herrscher zuvor;

²⁶ Ebenda, S. 251f.

²⁷ Behrens, Gesetze, S. 108.

die Arbeiter jedoch erhalten das sogenannte kulturelle Minimum. Nicht genug daran, dass sie am Markt erfahren, wie wenig Güter auf sie entfallen, preist der Verkäufer noch an, was sie sich nicht leisten können. Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird.«²⁸

Auf die Situation in der DDR trifft diese Beschreibung nur in geringem Maße zu, aber sie weist auf das verschleiernde Moment hin, das dem Kapitalisten recht ist, weil es den Vorgang der Ausbeutung verdeckt, das in der DDR aber verhinderte, dass der direkte Zusammenhang zwischen gesamtgesellschaftlicher Arbeitsleistung und Konsumtionsniveau sich im allgemeinen Bewusstsein durchsetzen konnte. Zumal ja in der Tat ein erklärungsbedürftig großer Teil des gesellschaftlich produzierten Reichtums zum Selbsterhalt der Bürokratie, des Sicherheitsapparates und für immense Militärausgaben verwendet wurde und nicht über den Umweg der staatlichen Verteilung zurück in die Hände derer geleitet wurde, die diesen Reichtum erarbeitet hatten.

Arne Benary geht in seinem Aufsatz auf das Problem der »Bewusstheit« näher ein. Er betont, dass nicht allein die Ausnutzung und Lenkung der Spontaneität der Massen wichtig sei. »Im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die die Bewusstheit des Gesamtprozesses ausschließt, beruht die sozialistische Planwirtschaft gerade auf dieser Bewusstheit. Sie äußert sich im gesellschaftlichen Plan. Dieser ist aber keine Angelegenheit zentraler Planungsorgane allein (oder sollte es nicht sein!); *er ist Sache der gesamten Gesellschaft.*« Daraus zieht er die Konsequenz: »Die sozialistische Gesellschaft [...] muss – wie bereits gesagt – die Bewusstheit, den Prozess des Bewusstwerdens bei jedem Werktätigen fördern.«²⁹

Die sich gegenüberstehenden Auffassungen des Regimes und Behrens' bzw. Benarys lassen sich wie folgt zusammenfassen: Das Regime ging davon aus, dass mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel der Klassencharakter der Gesellschaft und die Ausbeutung sukzessive verschwinde.³⁰ Die Steuerung dieses Prozesses unterliege dem von der Partei der Arbeiterklasse geführten sozialistischen Staat. Behrens hingegen wollte gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, die aus sich selbst heraus und nicht erst

²⁸ Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, Elemente des Antisemitismus, in: Dies., Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente [1944], Frankfurt a.M. 1982, S. 156.

²⁹ Benary, Grundprobleme, S. 77f.

³⁰ Siehe z.B. Luck, Bemerkungen.

durch politische Propaganda aufzeigen, dass die Produzenten, also die Arbeiter, in kooperativer Assoziation die Güter erschaffen, die ihnen als gesamtgesellschaftlicher Reichtum wieder zugute kommen. Behrens schreibt: »Solange die Bedürfnisse noch größer sind als die Produktion, können die produzierten Konsumtionsmittel nicht nach den Bedürfnissen verteilt werden.« Daraus ergibt sich, dass dieser Zustand das Ziel ist. Um es zu erreichen, muss die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Nach Behrens kann das nicht ohne die schöpferische Kraft der Produzenten selbst passieren. Das Ziel, das Behrens und Benary verfolgten, war also eine Wirtschaftspolitik, die die gesamte Gesellschaft beeinflusst. Die Menschen sollten weder durch Zwang noch durch Propaganda zur Ausnutzung ihrer schöpferischen Fähigkeiten ermutigt werden, sondern durch eine Wirtschaft, die so eingerichtet ist, dass sie das Bewusstsein der Menschen erhöht. Vor allen Dingen dafür, dass in einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel tatsächlich vergesellschaftet sind, alle produzierten Güter den Bedürfnissen der Gesellschaft zugute kommen. Jede Produktivkraftsteigerung, die von den Arbeitern erreicht wird, wäre damit eine zu ihrem eigenen Wohl. Die Wirkung des Marktes, die Warenbeziehungen und das Wertgesetz betrachtete Behrens als Phänomene, die nicht per Beschluss aufgehoben werden können. Deshalb zielten seine Reformen auf eine bewusste Ausnutzung ihrer Mechanismen und Gesetze, was aber keineswegs bedeutete, dass er damit nicht letztlich ihr Verschwinden bewirken wollte.

Zwischen Reform und Utopie

Die von Behrens vorgeschlagenen Reformen sollten dem oben genannten Zwecke dienen. Die Dezentralisierung und höhere Selbstständigkeit der Betriebe bei gleichzeitiger Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen waren kein Selbstzweck. Behrens wollte sie denn auch als »Kampfmaßnahme gegen die zentralistische Staatsmacht mit ihren administrativen Methoden«³¹ verstanden wissen. Die Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen »an sich« bezeichnete er sogar als *reaktionäre* Forderung. Progressiv werde sie als Grundlage einer selbstverwalteten rätedemokratischen Gesellschaft. Die Situation ist vergleichbar mit einem Auto, das den Rückwärtsgang einlegen muss, weil es in eine Sackgasse gefahren ist. Für einen Moment ent-

³¹ Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, S. 89.

fernt es sich zwar vom Ziel, aber nur um in die Straße einbiegen zu können, die zum Ziel führt.

Seine wirtschaftswissenschaftlich fundierten Reformvorschläge sollen an dieser Stelle wenigstens in Grundzügen erläutert werden, um nachvollziehen zu können, welche unmittelbare Wirkung sich Behrens von den Maßnahmen erhoffte und welche langfristigen Auswirkungen er durch ihren Einsatz erwartete.

Als Besonderheit der ökonomischen Gesetze bezeichnet Behrens, dass sie »Ausdruck menschlicher Beziehungen in der materiellen Produktion« sind. In ihrer Nichtbeachtung sieht er »eine der Ursachen für den Versuch, an die Stelle der Durchsetzung objektiver ökonomischer Gesetze im Sozialismus die staatliche Administration zu setzen«. Durch die veränderten Eigentumsverhältnisse im Bereich der Produktionsmittel beginnen in der Übergangsperiode die ökonomischen Gesetze des Sozialismus anstelle der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus zu wirken. Damit ist gemeint, dass der dem vom Mehrwertgesetz bestimmten Kapitalismus inhärente Klassenantagonismus und Klassenkampf verschwindet und die Werktätigen gewissermaßen zur »Klasse für sich« werden und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität als mit ihren Interessen übereinstimmend erkennen. Dafür braucht es aber, so Behrens, »positive ökonomische Impulse«,³² während die Wirkung des Gesetzes der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität durch negative ökonomische Impulse gehemmt werden kann. Als Beispiel wird neben anderen »Gleichmacherei in der Entlohnung wie [...] ihre übermäßige Differenzierung«³³ genannt. Dem entgegenwirken will Behrens mit der Ausnutzung des Wertgesetzes. Das Wertgesetz fungiert in der warenproduzierenden Gesellschaft als Regulator der Produktion und gibt den Produzenten Aufschluss über ihre Produktivität und die Nachfrage nach bestimmten Gütern. Im Kapitalismus ist ein bestimmtes Quantum an verausgabter Arbeit nicht notwendigerweise, sondern vielmehr in den seltensten Fällen gleichermaßen wertbildend. Dafür gibt es drei wesentliche Gründe.

Erstens: Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit: Stellen zwei Tischler je acht Stunden lang Stühle her, der eine aber kann aufgrund seiner höheren Geschicklichkeit in dieser Zeit vier Stühle produzieren, der andere nur drei, dann haben zwar beide Tischler acht Stunden gearbeitet, doch im

³² Alle Zitate aus: Behrens, Gesetze, S. 108.

³³ Ebenda, S. 109.

Fall des ungeschickteren Tischlers waren nur sechs Stunden davon wertbildend. Denn am Markt wird er sie nur zu dem Preis anbieten können, den auch der (Durchschnitt) der andere(n) Tischler verlangt.

Zweitens Nachfrage: Zwei Tischler produzieren in acht Stunden je vier Stühle und versuchen sie danach am Markt zu verkaufen. Wenn insgesamt jedoch nur sechs Stühle benötigt werden, wird im Durchschnitt jeder Tischler nur drei der vier von ihm produzierten Stühle verkaufen können, und abermals waren nur sechs der acht verausgabten Arbeitsstunden wertbildend.

Drittens: Arbeitsqualifikation: Eine höher qualifizierte Arbeitskraft kann bei einem gleichen Quantum verausgabter Arbeit mehr Wert bilden als eine weniger qualifizierte Arbeitskraft. Auch hier zeigt sich die tatsächliche Differenz erst am Markt.³⁴

Versucht man das Wertgesetz von heute auf morgen durch staatliche Administration außer Kraft zu setzen, ist für die Produzenten kaum noch nachvollziehbar, wie es um ihre Produktivität im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt bestellt ist. Die Rentabilität der sozialistischen Betriebe betrachtet Behrens aber als »Hauptkennziffer zur Beurteilung ihrer Arbeit«.³⁵

Um zu erläutern, was sich Behrens konkret von der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze erhoffte, empfiehlt es sich, ein Beispiel heranzuziehen, an dem die einzelnen Vorstellungen Behrens' durchexerziert werden können. In einer Schrift, die zeigen sollte, »dass er seine Lektion gelernt hatte und den Gegenstand möglichst ohne eigenständige Gedanken und Formulierungen [...] darstellen konnte«, und die sich, laut Helmut Steiner, »streckenweise wie eine studentische Kursarbeit [liest]«,³⁶ erläutert Behrens, dass »das Gesetz der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus unbehindert [wirkt]«.³⁷

Eigentlich – und insofern hat Helmut Steiner Recht – hätte Behrens hier den Konjunktiv verwenden müssen. Dennoch steckt in dieser Arbeit etwas mehr als die von ihm abverlangte schriftliche Selbstkritik. Wozu führt nun das Gesetz der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus? Behrens erläutert es an einem Beispiel, das ich in leicht veränderter Form (die

³⁴ Vgl. Heinrich, Kritik, S. 48f.

³⁵ Behrens, Gesetze, S. 133.

³⁶ Steiner, Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext, S. 34.

³⁷ Fritz Behrens, Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus, Berlin, 1961, S. 80.

es mir später erlauben wird, dieses Beispiel weiter zu verwenden) übernehmen möchte.

In einer sozialistischen Gesellschaft – so zumindest die Theorie – sind die Werktätigen Eigentümer der Produktionsmittel und eignen sich die von ihnen produzierten Werte an. Und zwar in der Form, dass sie Gebrauchswerte produzieren, die sie durch die ihnen zugewiesenen Löhne erwerben können. Betrachtet man einen einzelnen Betrieb, so ist seine Zielstellung, Waren zu produzieren, die zu auf ihrem Wert basierenden Preisen verkauft werden können, die in der Summe wiederum den Produktionsverbrauch (also den Wert, der in Form von Produktionsmitteln und Rohstoffen im Produktionsprozess verbraucht wurde) übersteigen. Diesen Überschuss bezeichnet Behrens als *Nettoprodukt*, das sich wiederum in das *Lohneinkommen* und das *Reineinkommen*, also konkret das Geld, welches der Betrieb schließlich als Gewinn erwirtschaftet hat, unterteilt. Das *Lohneinkommen* ist zugleich Teil des *Konsumtionsfonds*. Die anderen beiden Teile sind das *abgeleitete Lohneinkommen*, z.B. für Beschäftigte, die keine materiell produktive Arbeit verrichten, und Mittel für gesellschaftliche Konsumtion, z.B. das Gesundheitswesen etc. Sowohl das *abgeleitete Lohneinkommen* als auch die Mittel für gesellschaftliche Konsumtion speisen sich aus dem *Reineinkommen*, das sich der Staat von den Betrieben aneignet. Der dritte Verwendungszweck des *Reineinkommens* ist der *Akkumulationsfonds*, aus dem wachstumsfördernde Investitionen bestritten werden sollen.

Nimmt man nun an, dass 100 Beschäftigte bei einem bestimmten Stand der Arbeitsproduktivität ein *Nettoprodukt* von 50 (die Zahlen sollen nur als Beispiel dienen und entsprechen keiner bestimmten Einheit) erzielen, dann erzielen 200 Beschäftigte folgerichtig ein *Nettoprodukt* von 100. Nimmt man an, dass das *Nettoprodukt* sich zu gleichen Teilen in *Lohneinkommen* und *Reineinkommen* aufteilt, würde sich das dem Staat für Versorgung und Wachstumsinvestitionen zur Verfügung stehende *Reineinkommen* von 25 auf 50 erhöhen, also proportional zur Zahl der Beschäftigten verdoppeln. Das nennt Behrens die wertmäßige Vermehrung des *Nettoprodukts*. Neben dem Bevölkerungszuwachs benennt er als weitere Quelle des Arbeiterkräftezuwachses »die Erhöhung des Anteils der in der materiellen Produktion beschäftigten Arbeitskräfte auf Kosten der unproduktiv beschäftigten Arbeitskräfte durch Rationalisierung der Zirkulation und Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung von Wirtschaft und Staat.«³⁸ Zu diesem Be-

³⁸ Ebenda, S. 105.

fund passen seine Empfehlungen wenige Jahre zuvor, den Bürokratismus drastisch abzubauen, natürlich gut. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität führt, wie Behrens erläutert, hingegen zu einer stofflichen Vergrößerung des Nettoprodukts, wenn diese auch die Wertgröße unberührt lässt. Basierend auf einem Zahlenbeispiel Behrens' möchte ich anhand eines beispielhaften Betriebs zeigen, was damit gemeint ist. Der Betrieb produziert nur eine Ware und hat zehn Beschäftigte. Diese Anzahl bleibt gleich, bei sich um 100% steigender Arbeitsproduktivität.

Menge der Ware	Produktionsverbrauch	Lohn-einkommen	Rein-einkommen	Wert der Waren
10	50	25	25	100
20	100	25	25	150

Die Summe des Lohn- und Reineinkommens ist gleichgeblieben, die Wertgröße des Nettoprodukts hat sich also nicht verändert. Im selben Produktionszeitraum wurde nun aber aufgrund der höheren Arbeitsproduktivität die doppelte Menge an Waren produziert. Dadurch stieg auch der Produktionsverbrauch um das Doppelte, weil Produktionsmittel stärker beansprucht oder wertvoller geworden sind und mehr Rohstoffe verbraucht wurden. Der Gesamtwert der Waren ist dadurch gestiegen, allerdings nur um 50%, während die Menge um 100% gestiegen ist. Dadurch verringert sich der Wert jeder einzelnen Ware um 25%, also von 10 auf 7,5. Das Lohn-einkommen ist zwar gleich geblieben, doch im Verhältnis zum Wert der Waren, die als Konsumtionsgüter erworben werden können, ist der Reallohn gestiegen. Die Tendenz der sozialistischen Produktivkraftsteigerung läuft demnach auf eine gewollte Deflation und dadurch einen Anstieg des Konsumtionsniveaus hinaus. Im Kapitalismus ist eine Deflation selbstverständlich problematisch, da sie Symptom einer wirtschaftlichen Depression ist und zur Verschärfung der Krise beiträgt. Allerdings gilt das nur deshalb, weil die Profitmaximierung das vorrangige Ziel ist. In einer sozialistischen Wirtschaft, in der die Betriebe das Resultat der Produktivkraftsteigerung an die Beschäftigten weitergeben und nicht für die Akkumulation neuen Kapitals nutzen, ist das anders. Hier läuft es letztlich darauf hinaus, dass »in der modernen kommunistischen Gesellschaft gesellschaftliche Teilung der Arbeit ohne Warenproduktion existieren« kann, wenn die »Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit so hoch ist, daß die produzierten Konsumtionsmittel durch die Gesellschaft direkt nach den Bedürfnissen verteilt

werden können«. ³⁹ Müssten also die Menschen nur noch einen Bruchteil ihres Lohnneinkommens für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse aufwenden und könnten sich ansonsten mit Geldscheinen Zigarren anzünden, würde das Geld seine Funktion und damit seinen Existenzgrund verlieren, was ein Verschwinden der Ware-Geld-Beziehungen zur Folge hätte.

In seiner Bußschrift hat Behrens selbstredend auf den Hinweis, dass das in der Theorie zwar alles korrekt, in der DDR aber de facto keine zutreffende Beschreibung der gesellschaftlichen Entwicklung ist, verzichtet. Doch dieser findet sich an anderer Stelle. Sein Verweis darauf, dass durch die personalintensive Zentralverwaltung der Wirtschaft zu viele Menschen an der Planung der Produktion beteiligt seien, anstatt an ihr mitzuwirken, wurde schon erwähnt. Auch das andere Mittel zur Steigerung der Wertgröße des Nettoprodukts, der Bevölkerungszuwachs, kam in Anbetracht einer stetig schrumpfenden Bevölkerung nicht zum Tragen. Aber wie erklärte Behrens, dass auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht wie erwünscht erzielt werden konnte?

Als großes Problem betrachtete er in diesem Zusammenhang die vom Staat festgelegten unveränderlichen Preise. Ausgehend von den Zahlen der oben stehenden Tabelle kann anhand eines Beispiels erläutert werden, warum feste Preise die Steigerung der Arbeitsproduktivität hemmen. Nehmen wir zunächst die Zahlen aus der ersten Zeile und gehen davon aus, dass zwei Betriebe zehn Wareneinheiten bei einem Gesamtwert von 100 produzieren. Davon sind abermals 50 Produktionsverbrauch und 50 Nettoprodukt, aufgeteilt in Lohn- und Reineinkommen. Gehen wir davon aus, dass die Nachfrage für die produzierte Ware bei dem momentan dadurch entstehenden Verkaufspreis von 10 pro Wareneinheit bei 25 steht. Die Nachfrage ist also höher als das Angebot.

Betrieb B gelingt es nun, die Arbeitsproduktivität zu verdoppeln. Es gelten nun die Zahlen aus der zweiten Zeile. Insgesamt wurden nun 30 Wareneinheiten produziert. Der Preis wurde gemäß dem Wert der Ware auf 10 festgelegt. Bleibt dieser Preis bestehen, ändert sich auch nicht die Nachfrage nach dieser Ware. Beide Betriebe müssen ihre Waren zum selben Preis anbieten, wodurch Betrieb B über dem eigentlichen Warenwert verkaufen muss. Da fünf Wareneinheiten über der Nachfrage produziert wurden, sind nur zwei Szenarien denkbar. Betrieb A kann nicht alle Waren am Markt loswerden, sondern verkauft nur acht der zehn produzierten Ein-

³⁹ Ebenda, S. 17.

heiten, erzielt also einen Umsatz von 80, der die Kosten um 20 unterschreitet. Dieser Betrieb produziert dann unrentabel. Betrieb B hingegen erzielt einen Umsatz von 170, bleibt also nur auf drei Wareneinheiten sitzen und erwirtschaftet einen Gewinn von 20, da die Produktionskosten bei 150 lagen. Dieser Gewinn von 20 würde in diesem Szenario als Reineinkommen dem Staat zugute kommen, der damit gezwungen wäre, den unrentablen Betrieb zu subventionieren.

Für Betrieb B und seine Beschäftigten hat also die Verdopplung der Arbeitsproduktivität keinen positiven Effekt mit sich gebracht. Deshalb fordert Behrens: »Die Preise der *Konsumtionsmittel* müssen auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten gebildete Höchstpreise sein, die von den Betrieben bei entsprechender Marktlage unterschritten werden können.«⁴⁰ Stünde diese Möglichkeit Betrieb B zur Verfügung, ergäbe sich daraus Folgendes: Betrieb B würde seine Waren über seinen eigenen, aber unter den Produktionskosten des Betriebes A anbieten, z.B. für acht anstatt für 10. Durch den geringeren Preis könnte die Nachfrage erhöht werden, sodass sowohl Betrieb A als auch Betrieb B alle Wareneinheiten am Markt loswerden können. Für Betrieb A bedeutet das keine Veränderung. Nach wie vor deckt der Umsatz die Produktionskosten und das Nettoprodukt ab. Bei Betrieb B stünden aber nun 160 Umsatz gegenüber 150 Produktionskosten und ursprünglichem Nettoprodukt. Dadurch steigt das Nettoprodukt um 10. Selbst wenn sich der Staat nun davon fünf als zusätzliches Reineinkommen einverleibt, z.B. um Investitionen in den weniger rentablen Betrieb A zu finanzieren, bliebe ein Plus von fünf, das dem Lohneinkommen zugeschlagen werden könnte. In diesem Fall wäre das eine Steigerung des Lohneinkommens von 20%. Das wäre in der Tat ein Impuls, der die Beschäftigten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ermuntert, von der sie bei festgelegten Preisen schlicht und ergreifend gar nicht profitieren. Insgesamt ergäben sich drei positive Effekte:

- Erstens: Alle Betriebe arbeiten (mindestens in der Summe) rentabel.
- Zweitens: Es gibt einen Impuls, der die Werk tätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität motiviert.
- Drittens: Das Konsumtionsniveau steigt, weil der Wert pro Wareneinheit und ebenfalls die Preise sinken. Lag vor der Produktivkraftsteigerung der durchschnittliche Preis bei 10, liegt er nun bei 8,67. Durch das im Durchschnitt steigende Lohneinkommen steigt der Reallohn noch

⁴⁰ Behrens, Gesetze, S. 139.

stärker und die Kaufkraft kann mit der größeren Warenmenge Schritt halten.

Flexible Preise würden auch dafür sorgen, dass Betriebe und ihre Beschäftigten im Zusammenhang mit der Produktivkraftsteigerung davon profitieren, gemäß der Nachfrage zu produzieren. Geht man davon aus, dass es eine begrenzte Kaufkraft gibt, müssen Betriebe die Möglichkeit haben, die Preise zu senken, um die Nachfrage nach ihren Produkten zu erhöhen, wenn ansonsten das Angebot die Nachfrage übersteigt. Schlussendlich arbeiten die Betriebe am rentabelsten, die sowohl ihre Arbeitsproduktivität steigern, als auch gemäß dem allgemeinen Bedarf produzieren.

Diese Anwendung des Wertgesetzes zieht im Kapitalismus ethisch problematische Folgen nach sich. Die Produktion wird gemäß der kaufkräftigen Nachfrage gesteuert und nicht im Hinblick auf die Dringlichkeit der Bedürfnisse. Behrens wusste das und schlägt deshalb vor: »Die Preise der *Produktionsmittel für die Abteilung I* müssen auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten gebildete Festpreise sein, die nur in längeren Zeitabständen verändert, d.h. nach gestiegener Arbeitsproduktivität gesenkt werden.« Und: »Die Preise der *Produktionsmittel für die Abteilung II* müssen [...] Mindestpreise sein, die von den Betrieben nach oben überschritten werden können, wenn sie infolge termin- und bedarfsgerechter Lieferung höhere Preise erlangen können.«⁴¹ Die Produktionsmittel für die Abteilung II (also Produktionsmittel für die Herstellung von Konsumtionsmitteln) erzielen dann einen höheren Preis, wenn Lieferpünktlichkeit und Qualität zu einer Steigerung der Rentabilität der Betriebe führen, die Käufer dieser Produktionsmittel sind. Vereinfacht ließe sich sagen, dass die Produktionsmittelproduzenten für ihren Anteil am Erfolg »belohnt« werden. Aber am Anfang der Kette, also bei der Produktion von Produktionsmitteln, die für die Produktion von Produktionsmitteln verwendet werden, behält der Staat die volle Kontrolle und kann somit regulieren, welche Bereiche der Wirtschaft in welchem Maße wachsen sollen. Dadurch kann beispielsweise sichergestellt werden, dass die Versorgung der Grundbedürfnisse Vorrang gegenüber der Produktion von Luxusgütern hat.

Behrens schreckte nicht davor zurück, als Ziel einen kontrollierten »Marktwettbewerb« für Konsumprodukte zu benennen.⁴² Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, aber der Schritt zurück zum Markt war ei-

⁴¹ Ebenda, S. 138f.

⁴² Ebenda, S. 139.

ner, der es ermöglichen sollte, sich perspektivisch vom Markt zu lösen. Aber nur mithilfe des Einsatzes ökonomischer Gesetze sah Behrens die Möglichkeit gegeben, auf demokratischer Grundlage zu einem erlernten Sozialismus zu kommen. Die Menschen sollten selbst erfahren, dass nun andere Produktionsverhältnisse realisiert wurden und an ihrer Gestaltung Anteil haben. Dass Wettbewerb einzig und allein mit dem kapitalistischen Konkurrenzkampf der Unternehmen auf Leben und Tod identifiziert ist, lässt sich nicht rational begründen. Auch im Sozialismus kann Wettbewerb durchaus ein anspornendes Moment sein, allerdings verfolgen alle ein gemeinsames Ziel und würden deshalb effizienzsteigernde Verfahren nicht durch Patente voreinander schützen, sondern eher versuchen, einen Ausgleich zwischen produktiveren und damit rentableren und weniger rentablen Betrieben zu realisieren. Die Verbindung von Wettbewerb und solidarischer Assoziation ist kein Widerspruch, sondern wird erst unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen zu einem solchen. In einem solchen Szenario kommt jeder Erfolg eines einzelnen Betriebes der gesamten Gesellschaft zugute: durch stoffliche Steigerung des Nettoproduktes, höhere Lohneinkommen, kürzere Arbeitszeiten, weil gesteigerte Arbeitsproduktivität niemals in Entlassungen mündet, etc.

Für Fritz Behrens ging es in den 1950er Jahren darum, den steckengebliebenen Sozialismus wieder in die Spur zu bringen. Er beließ es nicht bei der Formulierung allgemeiner Forderungen nach mehr Demokratie, Selbstverwaltung etc., sondern erarbeitete sehr konkrete und wissenschaftlich fundierte Reformkonzepte. Bereits zu diesem Zeitpunkt war ihm klar, dass all das, was er sich für die Entwicklung der Gesellschaft wünschte, nicht ohne die Zustimmung der Menschen zu realisieren wäre. An seinen Texten zeigt sich, dass der Sinn einer »Flaschenpost«, die eine Utopie aufbewahren soll, nicht davon abhängt, ob die in ihr gemachten Vorschläge zum Zeitpunkt ihrer Formulierung realistisch sind, sondern ob sie grundsätzlich wahr sind und eine Perspektive für die Menschheit aufzeigen. Später strebte Behrens nach dem Resetknopf und war darum bemüht, eine Idee von dem schlechten Versuch ihrer Umsetzung zu trennen und für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft aufzubewahren.

Jörg Roesler

Das NÖS in der DDR – gescheiterter Ausbruch aus dem Staatssozialismus

1. Das Zustandekommen des NÖS

Mit der Verkündung der Absicht, ein »Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft«, abgekürzt NÖS, zu schaffen, nahm die Parteiführung der SED Abschied von einer Entwicklungsstrategie für die DDR, die einseitig politisch geprägt war. Man hatte bis dahin darauf vertraut, dass die Sicherung der Existenz der ostdeutschen Republik und ihre fortschreitende Entwicklung allein davon abhängen würde, dass man die aus dem sowjetischen Vorbild abgeleiteten Entwicklungsaufgaben in der richtigen Reihenfolge verkünden, die Arbeitermassen für deren Verwirklichung mobilisieren, die Gegner des Fortschritts im Innern »unschädlich machen« und sich die äußeren Feinde, z.B. durch Abschottung der Grenze nach Westberlin und Westdeutschland, vom Leibe halten müsse. Letztlich lag dieser Strategie ein unhistorisches Geschichtsbild zugrunde, das von dem Endzustand einer vollendeten sozialistischen, – nach sowjetischen Vorstellungen – kommunistischen Gesellschaft ausging und daraus teleologisch die jeweils zu vollziehenden »richtigen« Schritte ableitete.

Das während der zweiten Hälfte der 1940er Jahre und während der gesamten 1950er Jahre in der SED vorherrschende Denken erlebte seinen letzten Höhepunkt nach der Grenzschließung vom 13. August 1961, als allein mit politischen Mitteln versucht wurde, das in den letzten Jahren der offenen Grenze in eine Krise geratene Wirtschaftswachstum wieder zu beschleunigen. Erstmals konnte sich die DDR-Wirtschaft ohne auf die Destabilisierung gerichtete Störmanöver des anderen deutschen Staates entwickeln. Erstmals konnte aber auch unzureichendes Gelingen der Planungen von Seiten der Veranstalter nicht mehr auf Manöver des Klassegegners geschoben, im Prinzip weiterhin aber für richtig gehalten werden.

Die Erwartungen an die klassisch mit einer DDR-weiten Wettbewerbsbewegung, dem »Produktionsaufgebot«, eingeleitete neue Entwicklungs- etappe konnten nicht erfüllt werden. Das zeigte sich schon innerhalb der nächsten Monate, als das rasche Wirtschaftswachstum der 1950er Jahre nicht – wie erwartet – zurückkehrte, und das Murren innerhalb der Arbei-

terschaft, von der das Produktionsaufgebot verlangte, »in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu produzieren«, so deutlich wurde, dass selbst die sonst brav als »Transmissionsriemen« des Willens der Partei agierenden Gewerkschaften eine Änderung des wirtschaftlichen Antriebssystems anmahnten. Für die Funktionäre in der SED-Führung, die schon längere Zeit über Reformen in der Wirtschaftsführung nachdachten, kam das Desaster der Anhänger der konservativen Wirtschaftspolitik gerade recht. Es räumte deren Selbstzweifel hinweg, waren doch auch sie – von dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, bis zum Chef der Plankommission, Erich Apel – lange Zeit, wenn auch mit zunehmenden Zweifeln, dem sowjetischen Vorbild der administrativen Zentralplanwirtschaft gefolgt.

Der Bruch mit der Vergangenheit wurde von der SED-Führung im November 1962 vollzogen, als sich Ulbricht entschied, den Vorschlägen Apels und anderer für eine Wirtschaftsreform Plädierender zu folgen, und auf einer viel beachteten Rede in Leipzig, die wenig später auch in der Tagespresse veröffentlicht wurde, unumwunden zugab: »Die These vom Vorrang der Politik hat zeitweise auch bei uns dazu geführt, dass die politische Zielstellung und bestimmte Wünsche bei der Festlegung ökonomischer Aufgaben vorherrschten, dass die Pläne nicht immer ausreichend technisch und ökonomisch begründet waren, dass sie nicht immer den materiellen Möglichkeiten entsprachen.« Ulbricht schloss mit der Versicherung: »Aber in der Tat haben jetzt ökonomische Aufgaben den Vorrang.«¹ Bereits einen Monat später verabschiedete das Politbüro der SED die (noch nicht zur Veröffentlichung bestimmten) »Grundsätze eines ökonomischen Systems der Leitung und Planung der Industrie«. Rückblickend schrieben 1966 zwei prominente Anhänger der Reform, Ulbrichts Wirtschaftsberater Wolfgang Berger und der Leiter des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts der SED, Otto Reinhold: In diesem Papier wurde niedergelegt, »dass ein richtiges System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ein *ökonomisches* (Hervorhebung im Original Jö. R.) System der Planung und Leitung sein musste.«² Im Januar 1963 wurde die in Ausarbeitung befindliche Wirtschaftsreform auch von den wegen ihres Misserfolgs 1961/62 frustrierten konservativen Parteifunktionären abgesegnet, von den Reformern in

¹ Walter Ulbricht, Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED in Leipzig, in: Neues Deutschland, 15. Dezember 1962.

² Wolfgang Berger/Otto Reinhold, Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems, Berlin [DDR] 1960, S. 24.

mehrwöchiger Klausur festgeschrieben und als »Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« im Juni 1963 auf einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären vorgestellt. Die im Titel gegenüber dem internen Verständigungspapier hinzugefügte Vokabel »neu« resultierte daraus, dass man festgestellt hatte, dass – worauf Apel auf der Wirtschaftskonferenz hinwies – es nach dem Parteitag im Januar noch genügend Wirtschaftsfunktionäre gegeben habe, die meinten, es handle sich um nicht mehr als »laufende Reparatur und Instandhaltung einer Wirtschaftsverwaltung«.³

In der Richtlinie wurde »das ökonomische System der Planung und sein Bestandteil, die Anwendung des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel« vorgestellt. Das NÖS, so hieß es in der Richtlinie, soll »bewirken, dass die vielfach noch anzutreffenden überlebten, bürokratischen Illusionen, etwa die Überschätzung zentraler Einzelentscheidungen, aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden«. Damit würden »vielfältige Quellen einer unökonomischen Administration verstopft«. Mit der »Richtlinie« wurde auch dem Subjektivismus der Kampf angesagt: »Ökonomische Hebel sind gesetzmäßige Beziehungen zwischen den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Menschen, die ... durch ihre jeweilige Gestaltung ... zu einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten anregen.« Allerdings werde es nicht einfach werden, diese Erkenntnis umzusetzen. »Das Problem der richtigen Anwendung besteht darin, die zum großen Teil (bereits) vorhandenen ökonomischen Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Formen der persönlichen materiellen Interessiertheit zu einem höchst wirkungsvollen Mechanismus zusammenzufügen.«⁴

Dies berücksichtigend und in Abgrenzung zur Art der Wirtschaftsführung der vorangegangenen anderthalb Jahrzehnte sollte das NÖS schrittweise eingeführt, den Aufgaben der Bewältigung sich ankündigender wissenschaftlich-technischer und weltwirtschaftlicher Herausforderungen immer wieder angepasst und alle Weiterentwicklungen zuvor möglichst in ökonomischen Experimenten erprobt werden. Zeit dafür müsse man sich

³ Walter Ulbricht, Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin [DDR] 1965, S. 263.

⁴ Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin [DDR] 1963, S. 49.

nehmen und werde man auch haben, verkündete Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED, da der Sozialismus nach Meinung der SED-Führung nicht im Verlaufe eines Jahrzehnts, wie es noch Nikita Chruschtschow Anfang der 1960er Jahre in der Sowjetunion verkündet hatte, durch den Kommunismus abgelöst werden könne, wenn man nur energisch voranschritt, sondern als (relativ) eigenständige Gesellschaftsformation betrachtet werden müsse, während der die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen sei. In seinen Ausführungen auf dem VII. Parteitag sprach Ulbricht von einer zeitlichen Dimension, die das Jahr 2000 mit einschließe.⁵ In der 1969 erschienenen »Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR« wurde für diese Aufgabenstellung die Formulierung »Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus« gefunden.⁶

In der Wirtschaftsgeschichtsschreibung wird das NÖS als real existierende Wirtschaftsreform üblicherweise in drei Etappen unterteilt, die die Jahre 1963-1965, 1966-1967 und 1968-1970 umfassten.⁷ Die Reform endete nicht mit der vollständigen Durchsetzung des in der Richtlinie von 1963 umrissenen Programms, sondern wurde im Mai 1971 abgebrochen, Parteichef Walter Ulbricht von Erich Honecker abgelöst.

2. Das NÖS als Gegenstand der Geschichtsbetrachtung

Der neue SED-Chef beeilte sich auf dem VIII. Parteitag der SED zu verkünden, »dass die von der KPdSU dargelegten Leitsätze des weiteren kommunistischen Aufbaus auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet von allgemeiner theoretischer und politischer Bedeutung ... für die Beantwortung der Grundfragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind.«⁸ Dementsprechend abgewertet wurde das NÖS. Die Wirtschaftsreform galt nur noch als in den 1960er Jahren unternommene, »weitere Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus«. Es wurde ebenso wie das die Ansichten der Refor-

⁵ Walter Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [DDR] 1969, S. 380-384.

⁶ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin [DDR] 1969, S. 479.

⁷ Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Berlin 1990, S. 33-44.

⁸ Erich Honecker, Reden und Aufsätze, Bd.1, Berlin [DDR] 1975, S. 64-65.

mer widerspiegelnde Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1969 in den 1970er und 1980er Jahren beschwigen. Von 1972 bis 1976 wurde es durch in kurzer Folge erscheinende Übersetzungen von sowjetischen Lehrbüchern ersetzt.⁹

Für die Aufarbeitung der Wirtschaftsreform eröffneten sich erst nach Honeckers Sturz im Oktober 1989 Möglichkeiten, die jedoch nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik bald schwanden. Die von der Bundesrepublik von 1992 bis 1994 und 1995 bis 1998 eingesetzten beiden »Enquetekommissionen« zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte waren nach Einschätzung des Historikers und Enquete-Teilnehmers Ludwig Elm geschichtspolitisch durch »rabiaten Antikommunismus« gekennzeichnet: »Ihr übergeordnetes Ziel« sei »die nachhaltige Diskriminierung antikapitalistischer, emanzipatorischer und alternativer Leitbilder und daran orientierter Bewegungen« gewesen.¹⁰ Zur Erfüllung dieser »Anforderungen« konnte eine ernsthafte Aufarbeitung des NÖS, das Aufdecken der Gründe für sein Zustandekommen und Scheitern, nicht beitragen – abgesehen davon, dass sich die hauptsächlich mit öffentlichen Geldern finanzierte »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« zunehmend auf einige wenige »Höhepunkte totalitärer Herrschaftsausübung« konzentrierte wie die Ereignisse um den 17. Juni 1953, den »Mauerbau« 1961, die Reaktion der DDR-Führung auf den »Prager Frühling« 1968, und auf die Ereignisse in Zusammenhang mit der Biermann-Affäre 1976. Stefan Wolle, wohl der prominenteste »Aufarbeiter«, konnte mit dem NÖS, für ihn ein Ereignis zwischen Mauerbau und Sturz Ulbrichts, offensichtlich nicht viel anfangen. Er vermerkt lediglich, dass es sich bei den 1960er Jahren um »eine merkwürdig widersprüchliche Zeit« gehandelt habe, die letztlich durch den »Aufbruch in die Stagnation« der 1970er und 1980er Jahre gekennzeichnet gewesen sei.¹¹

Die meisten der in der DDR ausgebildeten Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, in den 1990er Jahren oft aus ihren Positionen in Lehre und Forschung verdrängt, waren – soweit sie weiterhin publizieren konnten – bemüht, Einseitigkeiten in der Darstellung der DDR-Geschichte durch deren »Aufarbeiter« zu widerlegen, wodurch sie ihre Forschung und Publikationen zwangsläufig auch auf die genannten »Höhepunkte« fokussierten.

⁹ Günter Krause, *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S. 206-207.

¹⁰ Ludwig Elm, *Zwei Diktaturen – »Zwei totalitäre Regimes«?*, in: Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hrsg.), *Die selbstbewusste Nation*, Köln 1997, S. 19.

¹¹ Stefan Wolle, *Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den 60er Jahren*, Bonn 2005.

Was das NÖS betrifft, so erreichten sie immerhin, dass das Thema im Geschichtsdiskurs über die DDR erhalten blieb. Die erste Buchpublikation über das NÖS nach der Wende erschien noch 1990.¹² Gleichfalls trug dazu eine von der Berliner Niederlassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2000 organisierte Konferenz über die DDR-Wirtschaftsreform der 1960er Jahre wesentlich bei.¹³ Fast zur gleichen Zeit hatte der Wirtschaftshistoriker André Steiner eine Monografie zum Thema NÖS veröffentlicht, die bis heute den umfassendsten Analyseversuch darstellt.¹⁴ Die Wissenschaftler mit DDR-Hintergrund – Historiker, Wirtschaftshistoriker, Wirtschaftswissenschaftler, Politologen und während der Wirtschaftsreform aktiv gewesene Wirtschaftsfunktionäre und Betriebsleiter – haben sich, auch wenn der Schwerpunkt ihrer Untersuchungen nicht unbedingt auf dem NÖS lag, neben der Rekonstruktion der Funktionsweise des NÖS vor allem den Ursachen des Scheiterns der Wirtschaftsreform gewidmet.

Der Frage, warum die Wirtschaftsreform abgebrochen wurde, wird im Folgenden anhand dieser Untersuchungen nachgegangen. Wo sie von der Auffassung des Autors abweichen, wird dies kundgetan. Die Reihenfolge, in der die Auffassungen über die Ursachen des Scheiterns des NÖS vorgestellt werden, sollte der Leser nicht als Wertung betrachten. Eine Gewichtung wird im Schlussteil versucht. Kaum einer derjenigen, die sich über das Scheitern des NÖS den Kopf zerbrochen haben, hat den Versuch unternommen, Vergleiche mit Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern in seine Ursachenforschung mit einzubeziehen. Das soll hier ansatzweise vor allem mit Blick auf China nachgeholt werden. Auf den ersten Blick scheinen die Voraussetzungen dafür nicht besonders günstig: Hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik ist Honecker nicht mit Mao und Deng nicht unbedingt mit Ulbricht vergleichbar. Gemeinsam aber haben die DDR und China, dass sie zunächst dem sowjetischen Modell einer zentralistisch-administrativen Planwirtschaft folgten und dann, als sie dessen Beschränkungen erkannten, bestrebt waren, durch stärkere Nutzung marktwirtschaftlicher Elemente die Planwirtschaft effektiver und den Sozialismus ihres Landes wettbe-

¹² Roesler, Zwischen Plan und Markt.

¹³ »Eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR«. Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren. Beiträge eines Workshops, Teil I und II, Berlin 2000.

¹⁴ André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

werbsfähiger zu gestalten. Bezüglich Chinas stütze ich mich vor allem auf Theodor Bergmanns grundlegende Analyse von 2010.¹⁵

3. Auf der Suche nach den Ursachen des Scheiterns des NÖS

Diejenigen Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, die auf der Suche nach den Ursachen des Scheiterns des NÖS einen *systemischen Ansatz* vertreten, gehen von der Dichotomie von Plan- und Marktwirtschaft als den beiden Formen moderner Wirtschaftsordnung aus, die im 20. Jahrhundert real existierten. Das NÖS-Konzept wird von ihnen als Versuch gewertet, eine Mixtur aus beiden Ordnungen herzustellen. Plan und Markt als Lenkungsverfahren *einer* Volkswirtschaft vertrügen sich aber prinzipiell nicht. Die Unverträglichkeit trete bei Belastungen zutage und verlange nach einer Lösung in Richtung der einen oder anderen Ordnung. Als eine solche Belastung für die DDR-Wirtschaft beschreibt die Wirtschaftswissenschaftlerin Margrit Grabas die von ihr als Wirtschaftskrise bezeichneten Probleme bei der weiteren Ausgestaltung des NÖS in den Jahren 1969 und 1970. »Es gab nur eine Möglichkeit, die damalige Wirtschaftskrise zu überwinden: die Inkonsistenz der Wirtschaftsordnung musste beseitigt werden. ... Entweder konnte man versuchen, den Annäherungsprozess an die Marktwirtschaft ... zielstrebig und konsequent voranzutreiben ... oder aber man konnte versuchen, durch eine Rezentralisierung des Wirtschaftssystem zu den ordnungskonformen Prinzipien und Strukturen des Zentralverwaltungssystems zurückzukehren. ... Die Herrschaftseliten der DDR entschieden sich für die zweite Option.«¹⁶

Gegen diese Begründung des Scheiterns des NÖS sprechen die Erfahrungen einer »Mixed Economy« unter kapitalistischen Vorzeichen, die sich aus der Marktwirtschaft heraus zuerst in den USA während der ersten Hälfte der 1930er Jahre in Form des »New Deal« entwickelt hat und die nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1970er Jahre auch in Westeuropa, insbesondere in den Niederlanden und Frankreich (Planification)

¹⁵ Theodor Bergmann, Gedanken zur Politökonomie des sozialistischen Entwicklungslandes China – ein erster Versuch, in: Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, 24 (2010), Nr. 84, . 8-22.

¹⁶ Margrit Grabas, Die DDR zwischen Emanzipation und Systemzwang, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hrsg.), Wirtschaft im Umbruch, St. Katharinen 1997, S. 337.

Verbreitung fand.¹⁷ Auf der anderen Seite entwickelte sich aus der administrativen Planwirtschaft eine Mixed Economy unter sozialistischen Vorzeichen in einigen realsozialistischen Ländern Ostasiens, am ausgeprägtesten seit Ende der 1970er Jahre, im Ergebnis der von Deng eingeleiteten Wirtschaftsreformen, in China, weniger beachtet aber auch in Vietnam.¹⁸

Von den Wirtschaftswissenschaftlern, die bei der Suche nach den Ursachen des Scheiterns des NÖS einen *wirtschaftstheoretischen Ansatz* verfolgten, hat das am ausgeprägtesten Ulrich Busch getan. Er charakterisiert das NÖS einerseits als »Sofortprogramm zur ökonomischen Stabilisierung der DDR«. »Andererseits war es Ausdruck der Suche nach einer effizienteren Variante des Sozialismus und damit ... Alternative sowohl zur kapitalistischen Marktwirtschaft als auch zur bürokratisch-zentralistischen Form der Planwirtschaft«. Um dies zu sein, bedurfte es aber einer theoretischen Fundierung. Der theoretische Reformansatz habe jedoch weiterhin »in den Grundpositionen der Politischen Ökonomie des Sozialismus« gewurzelt, »welche durch die Lehren von Marx, Engels und Lenin, halbwegs befreit von Stalin'scher Vulgarisierung vorgegeben waren«. ¹⁹ Damit war das NÖS »im Grunde genommen ein Programm zur Reform des Wirtschaftsmechanismus, nicht aber der Wirtschaftsordnung«, und blieb so inkonsequent. Da der Reformversuch NÖS niemals einer administrativ-planwirtschaftlichen Grundlage entkam, mutmaßt Busch, war die – von Honecker dann ausgeführte – Rückkehr zum zentralverwaltungswirtschaftlichen System ohne größere Schwierigkeiten zu bewältigen.

Buschs Auffassung widerspricht, dass für eine der erfolgreichsten kapitalistischen Reformwirtschaften, für den »New Deal«, keine neue Wirtschaftstheorie entwickelt wurde, dass sich Präsident Roosevelt keineswegs für den Verwirklicher der Ideen von John Maynard Keynes hielt, sondern sich selbst als »Experimentator« bezeichnete und auch seine »New Dealer« dazu anhielt, sich pragmatisch dem Auffinden effizienterer Lenkungsmethoden zu widmen.²⁰ Pragmatisch blieb auch die chinesische Parteiführung unter Deng. Wirtschaftstheoretisch brach sie, als sie sich das Ziel ei-

¹⁷ Paul A. Samuelson, *Economics*, New York/St. Louis 1980, S. 17, 37.

¹⁸ Bergmann, *Gedanken zur Politökonomie*, S. 11-12; Nguyen Khac Vien, *Vietnam. Eine lange Geschichte*, Hanoi/Düsseldorf 1999, S. 394-427.

¹⁹ Ulrich Busch, *Theoriedefizite des NÖS*, in: »Eine spannende Periode«, S. 38.

²⁰ Arthur M. Schlesinger, Jr., *The Age of Roosevelt*, Bd. III, Boston/New York 2003, S. 400-404.

ner effizienteren Wirtschaft aus Plan- und Marktelementen stellte, keineswegs mit Marx.²¹

Andere Wirtschaftswissenschaftler und vor allem -funktionäre, die selbst bei der Verwirklichung der Reform aktiv waren, halten das NÖS-Konzept als ordnungspolitische Mischwirtschaft durchaus für tragfähig. Sie sehen die Ursache für das Scheitern der Wirtschaftsreform eher in den letztlich unüberwindlichen Schwierigkeiten ihrer konkreten Umsetzung, vertreten demzufolge bei der Suche nach den Ursachen des Scheiterns des NÖS einen *wirtschaftsorganisatorischen Ansatz*. Man dürfe nicht vergessen, argumentierte Ulbrichts Wirtschaftsberater Wolfgang Berger rückblickend, dass es schwierig gewesen sei, das geeignete Management für die Reform zu finden. »Handelte es sich doch gewissermaßen um einen Eingriff ... am lebenden, aktiv handelnden Organismus ›Volkswirtschaft‹ mit wenig erprobten Instrumenten.«²² Darauf weist auch der Wirtschaftsberater von Günter Mittag – des Nachfolgers des 1965 verstorbenen Erich Apel – hin. Claus Krömke erinnert daran, dass das NÖS schrittweise eingeführt wurde, und schreibt: »Die einzelnen Glieder dieser Konzeption hatten ihre eigenen Schicksale. Eines kam nur sehr zögerlich zum Zuge, anderes überhaupt nicht. Weitere Elemente hatten infolge ihrer noch unreifen Realisierungsformen nicht die erwarteten praktischen Wirkungen.« So sei die »Kernidee des NÖS, die Betriebe daran zu interessieren, durch ihr Engagement einen Überschuss zu erzielen und auf dieser Basis ihre eigene Reproduktion selbst zu organisieren, letztlich in keiner Phase des NÖS Wirklichkeit geworden«. Gescheitert, so urteilt Krömke, sei die Wirtschaftsreform jedoch nicht an diesen Unzulänglichkeiten, sondern daran, dass vor allem in der dritten Etappe des NÖS eine Maßnahme nach der anderen »mit derart überzogener Hast und so überdimensioniert durchgezogen wurde, dass sich negative statt positive Wirkungen breit machten«.²³

Die 1968 initiierten Zusatzprojekte, urteilt auch Herbert Wolf, Leiter der »Instituts für sozialistische Wirtschaftsführung« während der Reformperi-

²¹ Theodor Bergmann, Gedanken zur Politökonomie, S. 10, 18.

²² Wolfgang Berger, Zum Untergang der DDR, in: Weißenseer Blätter, 6 (1992), Nr. 4, Sp. 34.

²³ Jörg Rösler (Red.), Anatomie einer Pleite. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft seit 1971, Berlin 2000.

ode, seien »ruinös gewesen«, sowohl für einen halbwegs reibungslos funktionierenden Wirtschaftsmechanismus als auch für die Reform selbst.²⁴

Der auf die unzureichende Wirtschaftsorganisation zielende Ansatz bemängelt in seiner Kritik noch stärker als der wirtschaftstheoretische Unzulänglichkeiten bei der subjektiven Bewältigung der Wirtschaftsreform in der DDR. Explizit auf subjektive Ursachen für das Scheitern des NÖS hebt der *innenpolitische Ansatz* der Ursachenforschung zum Scheitern des NÖS ab. Folgt man den Vertretern dieses Ansatzes – vor allem handelt es sich um Historiker –, dann beeinflussten die Auseinandersetzungen zwischen »Konservativen« und »Reformern« nicht nur den Zeitpunkt und die Art und Weise des Zustandekommens des NÖS, sondern blieben auch während der drei Etappen der Durchführung der Wirtschaftsreform virulent und verschuldeten letztlich deren Abbruch. Das Konzept einer ökonomischen Wirtschaftslenkung war für den mit der Politischen Ökonomie des Sozialismus, wie ihn die sowjetischen Lehrbücher verbreiteten, Vertrauten wie eine Gedankenrevolution. Die Forderung nach ökonomischen Hebeln etwa wirkte auf die Konservativen in der SED-Führung und in der mittleren und unteren Funktionärsschicht, die das Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum Sozialismus/Kommunismus vor allem als Werk der von Partei und Regierung geweckten und gelenkten »Schöpferkraft der Massen« ansahen, wie ein Affront. Die Konservativen, die ihre Vorstellungen nach der Schließung der Grenze 1961 und 1962 mit Nachdruck zu verwirklichen dachten, waren vom Fehlfunktionieren ihrer Vorstellungen gelähmt, als die Reform 1963 startete. Sie begannen jedoch bald Widerstand gegen das NÖS zu leisten, das die bundesrepublikanische Presse mit Schlagzeilen wie »Pankow entdeckt den Kapitalismus« oder »Ulbricht wird liberal« begrüßt hatte.²⁵ Dieser Interpretation neigten auch die Konservativen zu. Sie nutzten deshalb jeden Fehler der Reformer, jede Negativabweichung der Reformrealität von den Reformversprechen, um gegen die Wirtschaftsreform zu agitieren und gegen sie zu intrigieren. Für die das NÖS unter Verfolgung des innenpolitischen Ansatzes analysierenden Historiker bildet das Ende des Jahres 1965 bereits den Wendepunkt im Verlauf der Wirtschaftsreform, als es den Konservativen gelang, Apel auszuschalten und auf

²⁴ Herbert Wolf, Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VI, Bonn/Berlin 1996, S. 63.

²⁵ Roesler, Zwischen Plan und Markt, S. 194.

dem folgenden »Kahlschlagplenum« den die Wirtschaftsreform von Anfang an begleitenden ideologischen Liberalisierungstendenzen durch Verbote von »nichtsozialistischen« Produkten der Kulturschaffenden – vor allem handelte es sich um Gesellschaftsprobleme der DDR offen ansprechende Filme – ein Ende zu bereiten.²⁶ Indem sie das Ende der Liberalisierung durchsetzten, machten sie die Wirtschaftsreform aus einer Angelegenheit aller zu einer für Wirtschaftsexperten. Für den Ende 1965/Anfang 1966 zwischen Konservativen und Reformern gefundenen Kompromiss haben die Reformer teuer bezahlt. Die zweite und dritte Etappe des NÖS trug gemäß der Einschätzung der Historikerin Monika Kaiser politisch bereits alle Zeichen einer Doppelherrschaft von Reformern und Konservativen.²⁷ Auch der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei als Antwort auf den »Prager Frühling« stärkte die Konservativen. Doch neigte sich erst im Februar 1971 die Waagschale endgültig zu Gunsten der Konservativen, als es ihnen gelang, im Politbüro eine Mehrheit zu organisieren, die in einem Brief an KPdSU-Generalsekretär Breshnew die Ablösung von Ulbricht und das Ende der Reformen forderte. Fast zeitgleich wurde das Ende der Reformen auch in anderen Staaten Osteuropas eingeleitet. Das seit Ende 1965 prekäre politische Kräfteverhältnis innerhalb der SED-Führung habe jedoch, urteilen mehrere Analysten, nicht erst 1970 dazu geführt, dass einige Wirtschaftsreformmaßnahmen, die auf die Konservativen besonders provozierend wirken konnten, von den Reformern nur sehr zögerlich und/oder extrem reduziert bzw. amputiert eingeführt worden waren.²⁸

Auseinandersetzungen zwischen Reformbefürwortern und -gegnern hat es auch in China in Vorbereitung und bei der Durchsetzung der Veränderungen in der Wirtschaftsordnung gegeben und wird es weiterhin geben.²⁹ Das Beispiel China zeigt aber auch, dass es keine »Gesetzmäßigkeit« des Sieges der Konservativen über die Reformer geben muss.

²⁶ Detlev Eckert, Die abgebrochene Demokratisierung. Das 11. ZK-Plenum vom Dezember 1965 – ein Kulturplenum? in: Jochen Czerny (Hrsg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig etc. 1990, S. 209-216.

²⁷ Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 171-172.

²⁸ Wolf, Verhältnis von Ökonomie und Politik, S. 63.

²⁹ Bergmann, Gedanken zur Politökonomie, S. 10-15.

Der Brief der Politbüromitglieder an Breshnew vom Februar 1971 gilt einer ganzen Reihe von Historikern und Politologen als überzeugendster Nachweis des von ihnen bei der Suche nach den Ursachen für das Scheitern des NÖS verfolgten *außenpolitischen Ansatzes*. Danach hatten Wirtschaftsreformen in der DDR ohne sowjetisches Plazet auf Dauer keine Chance. »Ohne Chruschtschow«, ist Krömke überzeugt, wäre die Wirtschaftsreform in der DDR »undenkbar gewesen«.³⁰ Allein Chruschtschows Anwesenheit auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963, als die Reformer ihre Vorstellungen erstmals, wenn auch noch nicht detailliert öffentlich machten, habe genügt, die Reformgegner innerhalb der SED-Führung zum Schweigen zu bringen und sehr geholfen, Bedenken bei den mittleren und kleinen Wirtschaftsfunktionären zu zerstreuen. Die Verfechter des außenpolitischen Ansatzes sind überzeugt, dass bereits mit dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 das Scheitern des NÖS voraussehbar gewesen sei. Das Ende der Reform sei nur noch eine Frage der Zeit bzw. der Geduld von Chruschtschows Nachfolger Breshnew gewesen.

Die Anhänger des außenpolitischen Ansatzes haben allerdings nicht zur Kenntnis genommen, dass Ulbricht stets darauf bedacht war, die sowjetische Führung nicht zu provozieren. Die DDR-Reformer vermieden zunächst selbst den Begriff »Wirtschaftsreform«, damit in Moskau nicht der Eindruck entstünde, sie wollten die sozialistische Wirtschaft der DDR in eine kapitalistische umwandeln. Bei der Proklamierung des NÖS berief sich Ulbricht auf den sowjetischen Ökonomen Jewsei Liberman, der in einem viel beachteten »Prawda«-Artikel im Herbst 1962 mehr Selbständigkeit für die Betriebe und ihre Lenkung durch die Zentrale mittels Plan *und* ökonomischer Hebel gefordert hatte.³¹ Die Verfechter des außenpolitischen Ansatzes berücksichtigen auch völlig unzureichend, dass die Machtposition von Chruschtschows konservativem Nachfolger Breshnew nicht von Anfang an unumstritten war. Er musste noch jahrelang in der KPdSU-Führung auch andere Vorstellungen dulden. So konnte Breshnew nicht verhindern, dass Ministerpräsident Alexej Kossygin 1966 in der Sowjetunion eine Reihe von Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus durchsetzte

³⁰ Claus Krömke, Das »neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag, Berlin 1996, S. 9 (aus dem Russischen übersetzt).

³¹ E. G. Liberman, Plan, Gewinn, Prämie. Einige Gedanken zur Verbesserung der Leitung und materiellen Interessiertheit in sozialistischen Industriebetrieben, in: Die Wirtschaft, 17 (1962), Nr. 38, S. 15.

und sie als »Ökonomischeskaja reforma« propagierte. Erst von da an benutzten auch die Verfechter des NÖS den Begriff in der DDR. Selbst als Breshnew seine Position Ende der 1960er Jahre gefestigt hatte, zögerte er trotz aller Sympathien für den konservativen Honecker damit, die Ablösung Ulbrichts zu befürworten, solange er sich nicht sicher war, dass eine eindeutige Mehrheit im SED-Politbüro hinter Honeckers Forderung, Ulbricht abzulösen, stand. Entscheidend für Ulbrichts Sturz war also die Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der SED-Führung. Primär lieferte die den Konservativen in die Hände spielende Unzufriedenheit vieler großer und mittlerer Wirtschaftsfunktionäre mit dem 1969/70 turbulenten und unübersichtlicher gewordenen Reformverlauf die Argumente für die sowjetische Unterstützung beim Sturz von Ulbricht.

Für die Wirtschaftsprobleme der dritten Phase des NÖS, als es Ulbricht um die Ausrichtung des Wirtschaftsmechanismus auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution ging, machen einige Wirtschaftswissenschaftler, die sich Gedanken über das Scheitern des NÖS gemacht haben, nicht übergroßen Reformeifer, sondern die schiere Größe, besser gesagt, die relative Kleinheit der DDR verantwortlich. Der DDR, sind die Vertreter des *ressourcenorientierten Erklärungsansatzes* überzeugt, habe es schlicht und einfach an Ressourcen gefehlt, um im Alleingang die Effizienzverbesserungen, für die die Wirtschaftsreform den Weg frei gemacht hatte, zu bewältigen. »Das Problem war«, urteilte Krömke auf einer Podiumsdiskussion zur DDR-Wirtschaft im November 1999, »und das sage ich hier ... nach langem Nachdenken, die mangelnde Substanz. ... Die (erforderlichen) Investitionen waren einfach nicht ausreichend, um eine durchgängige Modernisierung zu erreichen. ... Aber eine Wirtschaft kann nicht gesund sein, wenn sie nur selektiv modernisiert wird. Und ich glaube, dadurch ist es nicht gelungen, durchgängig das notwendige Produktivitätsniveau zu erreichen, das erforderlich war, damit weltmarktfähig produziert werden konnte.«³² Wie klein vergleichsweise die DDR-Wirtschaft war, lässt sich daran erkennen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der DDR 1970 nur ein Achtel desjenigen der Bundesrepublik ausmachte – ungeachtet der Tatsache, dass ihr BIP je Einwohner zur selben Zeit immerhin fast halb so groß war wie das der BRD (45%).³³

³² Anatomie einer Pleite, S. 15.

³³ Gerhard Heske, Wertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Investitionen in der Industrie: Ostdeutschland 1950-2000: Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2013.

Inwieweit die Verfechter dieses Ansatzes recht haben, lässt sich anhand von Vergleichen nicht eindeutig feststellen. Dafür spricht, dass es mit China als einem Land mit unermesslichen menschlichen Ressourcen und Bodenschätzen gelungen ist, jetzt schon vier Jahrzehnte ununterbrochen Reformschritte vorzunehmen. Dagegen spricht, dass die Sowjetunion ungeachtet ihrer großen Ressourcen nicht in der Lage war, ihre Wirtschaft über Reformen zu modernisieren.

Viele Wirtschaftsfunktionäre sind in der dritten Phase des NÖS, als sich Neu- und Umregelungen im Reformprogramm teilweise überschlugen, zur Wirtschaftsreform auf Distanz gegangen, ganz besonders die für die Bilanzierung von Aufwand und Ergebnis verantwortlichen Mitarbeiter der Plankommission. Aber auch in der Bevölkerung regte sich kein Widerstand, als Ulbricht zur Abdankung gezwungen wurde.³⁴ Dabei hatte dieser die Arbeiter und Angestellten während seiner Reformexperimente keineswegs vernachlässigt. Deren durchschnittliches Monatseinkommen hatte sich zwischen 1963 und 1970 um ein Viertel erhöht. Die Umsätze im Einzelhandel stiegen Jahr für Jahr an. Die Wochenarbeitszeit wurde 1966 von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt.³⁵ Ab 1967 gab es den arbeitsfreien Sonnabend. Gewiss war in den 1960er Jahren für die »Werkstätigen der DDR« kein goldenes Zeitalter angebrochen, aber es war doch ein »Abschnitt des Aufbruchs, des Neubeginns«, musste selbst der ambitionierte DDR-Kritiker Stefan Wolle eingestehen.³⁶

Eine Erklärung für das passive Verhalten der Bevölkerung angesichts von Ulbrichts Sturz und der auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1970 durch Honecker verkündeten Beendigung der Reformperiode bieten die Verfechter des *gesellschaftspolitischen Ansatzes* bei ihrer Suche nach den Ursachen des Scheiterns der Wirtschaftsreform der DDR. Danach musste das NÖS scheitern, weil nach hoffnungsvollen Anfängen, wie sie sich bei der Bereitschaft der SED-Führung zur öffentlichen Diskussion des nicht als Beschluss, sondern erst einmal als »Richtlinie« veröffentlichten Reformprogramms äußerten und wie sie sich u.a. im Jugendgesetz, in der Schaffung der Arbeiter- und Bauern-Inspektionen und in den Produktionskomitees der Betriebe manifestiert hatten,³⁷ mit dem 11. Plenum vom Dezember 1965

³⁴ Jörg Roesler, *Geschichte der DDR*, Köln 2012, S. 67-69.

³⁵ Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform*, S. 573.

³⁶ Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur*, Bonn 1998, S. 28.

³⁷ Kaiser, *Machtwechsel*, S. 133-166.

die Unterdrückung der gesellschaftspolitischen Vorstellungen anderer einsetzte. Die Reformmaßnahmen wurden von da ab mehr und mehr zu einer Angelegenheit der (Wirtschafts-)Elite. Als diese sich am Ende der 1960er Jahre überbeansprucht von der Reform abwandte und Ulbrichts Sturz abnickte, hielt sich die Bevölkerung zurück, »auch wenn für die meisten von ihnen auch 1970 eine DDR ohne Ulbricht schwer vorstellbar schien«.³⁸

4. Fazit

Die Durchsicht der Auffassungen der Wirtschaftswissenschaftler, Historiker und Politologen hat eine Vielzahl von (möglichen) Ursachen des Scheiterns des NÖS offenbart. Bei einem Teil der Erklärungen ließen sich durch Hinweis auf unterbewertete bzw. unterdrückte Fakten sowie mit Hilfe von Vergleichen Zweifel an der Stichhaltigkeit der von den Analysten genannten Gründe anmelden. Das betrifft vor allem den wirtschaftstheoretischen, den systemischen und außenpolitischen Ansatz. Andere Ansätze sind zweifellos stichhaltig. Kaum abzustreiten dürfte sein, dass es nicht ein Moment, sondern das Zusammenwirken mehrerer sich gegenseitig verstärkender negativer Faktoren war, das die Wirtschaftsreform scheitern ließ. Kompromisse, die gegenüber den Reformgegnern seitens der Reformbefürworter in der SED-Führung gemacht wurden (vor allem auf dem »Kahlschlagplenum«), erschwerten zweifellos die wirtschaftsorganisatorische Durchsetzung der Reform, wie sie auch die Bereitschaft weiter Kreise der Gesellschaft verringerte, sich für das NÖS als ökonomisches Unterpfand einer gesellschaftlichen Liberalisierung der DDR zu engagieren. Die zu geringe Abdeckung der Modernisierungsinvestitionen, die zum Gelingen der Reform führen sollten, durch eigene Ressourcen wirkte um so stärker, je größeres Misstrauen die sowjetische Führung gegenüber dem NÖS zeigte. Die Mehrzahl der zitierten Wissenschaftler, die sich zum Scheitern der Wirtschaftsreform geäußert haben, hat mehr als einen Grund für deren Misslingen angeführt.

Wenn man einmal über das NÖS hinausschaut und den Überlegungen linker Wissenschaftler folgt, die sich darüber Gedanken machen, wie die Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus sich in Zukunft unter Berücksichtigung der Lehren der Vergangenheit vollziehen könnte, dann

³⁸ Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 298.

lässt sich, gemessen an den aus der Geschichte des NÖS gewonnenen Erkenntnissen, m.E. eine Unterschätzung der subjektiven Faktoren ausmachen: Dem Mitmachen des Volkes (und der Schaffung der dafür notwendigen materiellen, sozialen und politischen Voraussetzungen), aber auch der Gegnerschaft in den eigenen Reihen, die sich historisch aus der unterschiedlichen Beurteilung der konkreten Züge der Transformation ergab, wurde von den Reformern zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Überbewertet bei Überlegungen, wie die Transformation zukünftig gelingen kann, scheint dagegen die (wirtschafts-)theoretische Seite zu sein. Die Betonung der Notwendigkeit, alle interessierten Bevölkerungsschichten an der Mitgestaltung der Reformpläne und -schritte zu beteiligen, ihr Interesse und Engagement zu nutzen, findet dagegen in der Forderung, die Transformation demokratisch zu gestalten, heute m.E. die gebührende Aufmerksamkeit. Die diesbezüglichen Schlussfolgerungen decken sich mit Theodor Bergmanns zentraler Feststellung in seinen »Gedanken zur Politökonomie des sozialistischen Entwicklungslandes China«: »Gute Planung muss die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Leidensfähigkeit der Produzenten richtig einschätzen, was ehrlichen Kontakt zu diesen erfordert.«³⁹

³⁹ Bergmann, Gedanken zur Politökonomie, S. 12.

Axel Fair-Schulz

Robert Havemann: Marxistischer Moralist und Kritiker des DDR-»Staatssozialismus«

Ein Heiliger war er gewiss nicht und wollte es auch nicht sein. Robert Havemann war aber ein außergewöhnlich mutiger Antifaschist im NS-Staat und später in der DDR ein marxistischer Dissident, der die »marxistisch-leninistische« Deutungshoheit der Parteioberen offen in Frage stellte. Dabei scheute Havemann keine persönlichen Risiken, was ihm ein Todesurteil der Nazis und Berufsverbot sowie Hausarrest seitens derer einbrachte, die den sozialistischen Gesellschaftsentwurf zu einer Parteidiktatur verkommen ließen. Als in der marxistischen Tradition verwurzelter Moralist kritisierte Havemann das im sowjetischen Machtbereich herrschende autoritär-bürokratische Sozialismus-Modell zunehmend seit den späten 1950er Jahren.

Heute, über dreißig Jahre nach seinem Tod und dem nun ebenfalls Jahrzehnte zurückliegenden Zusammenbruch des Sowjet-Systems, bleibt von Havemann in erster Linie seine normative Betonung einer pluralistischen und emanzipatorischen sozialistischen Gesellschafts-Utopie. Havemann war am Ende weniger ein systematisch denkender marxistischer Theoretiker, sondern vielmehr ein dem Marxismus verpflichteter Essayist und Moralist im besten Sinne des Wortes.

Indem er den unter der Selbstbezeichnung eines angeblich »real existierenden Sozialismus« firmierenden Etikettenschwindel als solchen anprangerte, verteidigte Havemann die Relevanz und Vitalität des sozialistischen Gesellschaftsprojekts – dies zu einem Zeitpunkt, wo die immer augenscheinlicheren Defizite des sowjetischen Systems die gesamte marxistisch-sozialistische Traditionslinie in den Augen vieler Menschen in Ost und West delegitimierten. Havemann verstand nur allzu gut, wie die »neuen« sozialen Bewegungen, fokussiert auf Themen wie Menschenrechte, Ökologie, und Feminismus, ihre Ziele entweder gar nicht oder nur verzerrt erreichen können, wenn sie nicht zugleich die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen bereit sind.

Für Havemann war daher eine humanistische und freiheitliche Zukunft nur unter öko-sozialistischen Kriterien denkbar. Als er am 9. April 1982 in Berlin-Grünheide starb, driftete der sowjetische Einflussbereich in seinen

endgültigen Verfallsprozess, während das kapitalistische Weltsystem mittels einer neoliberalen Wende zumindest temporär wieder an Dynamik gewann. Margaret Thatcher verkündete damals ihre berühmte TINA-These (»There is no alternative!«), die jegliche Alternativen zu Privatisierung und ausschließlicher Profit-Orientierung als hoffnungslos naiv abqualifizierte. Selbst viele Linke konnten sich eine post-kapitalistische Zukunft kaum noch vorstellen und akzeptierten daher eine sozialverträglichere Ausgestaltung des Kapitalismus als die unüberschreitbare Grenze des Machbaren. Francis Fukuyama deklarierte in seinem zehn Jahre nach Havemanns Tod veröffentlichten Buch »The End of History and the Last Man«, dass die politische sowie sozial-ökonomische Evolution der Menschheit mit dem liberal-kapitalistischen System des Westens ihr Endstadium erreicht habe. Ebenso notorisch wie Fukuyamas am Ende doch recht kühne These ist inzwischen auch Slavoj Žižeks Beobachtung, dass nicht wenige links-liberal sowie postmodernistisch orientierte Zeitgenossen zwar Fukuyamas Behauptung ein wenig herablassend belächeln, sein Fazit aber nicht selten unbewusst verinnerlichten.¹

Der Utopieverlust führt so zu einer Situation, in der man sich eher das Ende unserer Zivilisation in einer sozial-ökologischen Katastrophe vorstellen kann als das Überwinden des Kapitalismus. Für Robert Havemann wäre eine solche Kapitulation vor den bestehenden Verhältnissen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur emotional lähmend, sondern auch sachlich falsch gewesen. Besonders in unserer heutigen Situation, wo selbst überzeugte Parteigänger des real existierenden Kapitalismus wie Thomas Piketty die Zukunftsaussichten recht skeptisch sehen.

Doch trotz einer ausdrücklich pro-kapitalistischen Grundeinstellung belegt Piketty anhand seiner auf über zwanzig verschiedene Länder und einem Untersuchungszeitraum von dreihundert Jahren fokussierten Arbeit, wie der Kapitalismus systemimmanent willkürliche und leistungsunabhängige soziale Ungleichheit produziert. Historische Epochen, in denen der Kapitalismus zumindest relativ sozialstaatlich gezähmt und mit rechtsstaatlichen Mitteln demokratisiert worden wäre, seien zeitlich begrenzte Ausnahmen. Die zwischen den 1950er und den 1970er Jahren florierende

¹ Vgl. Bradley B. Golman/Tara Raghuveer, A Conversation with Slavoj Žižek, in: Harvard Crimson, 10. Februar 2012. Vgl. auch z.B. »Lasst doch die Reichen reich sein!«, Slavoj Žižek im Interview mit der Zürcher »Wochenzeitung« (Woz), 29. November 2012.

soziale Marktwirtschaft sei nur durch eine unwiederholbare Konstellation von spezifischen Faktoren möglich gewesen, einschließlich des Wiederaufbaubooms nach den schrecklichen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Langfristig treibe die kapitalistische Grundtendenz vielmehr durch die immer extremere Anhäufung von Besitz und Macht aufseiten einer kleinen Schicht der Superreichen zurück in eine autoritäre Gesellschaft, dominiert von einer Wirtschaftsaristokratie. In den kommenden Jahrzehnten würden die kapitalistischen Gesellschaften aller Wahrscheinlichkeit nach von immer tieferen sozialen Konflikten zerrissen, verbunden mit ökologischen Schäden, die weitere hunderte Millionen von Menschen weltweit obdachlos machen würden. Die dominierende Wirtschaftselite hebele zunehmend die letzten noch vorhandenen demokratischen Kontroll- und Korrekturmechanismen aus.²

Was bleibt von Havemann nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Systems und in unserer heutigen von Piketty und anderen Wissenschaftlern problematisierten dysfunktionalen turbo-kapitalistischen Welt? Sein Denken und Handeln war in erster Linie eine Reaktion auf die diktatorischen Verhältnisse in der DDR. Ist daher Havemann nun nur noch von ausschließlich historischem Interesse? Ist uns Heutigen Havemanns Lebenswerk schon so fern und fremd wie die theologischen Debatten des 16. Jahrhunderts?

² Vgl. zur inzwischen quantitativ umfangreichen Rezeption von Pikettys Werk Stephan Kaufmann/Ingo Stützle, *Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre*. Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« – Einführung, Debatte, Kritik, Berlin 2014. – Hier sei an eine Aussage von Aldous Huxley aus dem Jahre 1960 erinnert. Dieser befürchtete damals eine allmähliche Veränderung des Wesens der kapitalistischen Demokratie im Sinne einer strukturellen Gewalt: »die wunderlichen altmodischen Formen – Wahlen, Parlamente, Verfassungsgerichtshöfe und alle übrigen – werden bleiben, aber die ihnen zugrunde liegende Substanz wird eine neue Art von gewaltlosem Totalitarismus sein. Alle die traditionellen Namen, alle die geheiligten Schlagworte werden genau das bleiben, was sie in der guten alten Zeit waren. Demokratie und Freiheit werden das Thema jeder Rundfunksendung und jedes Leitartikels sein – aber Demokratie und Freiheit in dem Sinn, den ihnen der Sprecher oder der Schreiber geben wird. Mittlerweile werden die herrschende Oligarchie und ihre gutgedrillte Elite von Soldaten, Polizisten, Gedankenverfertignern und Gehirnmanipulatoren hübsch stille das ganze Werk so laufen lassen, wie es ihnen passt.« Aldous Huxley, *Dreißig Jahre danach oder Wiedersehen mit der »Wackeren Neuen Welt«*, München 1960, S. 144.

Bis vor ein paar Jahren schien es durchaus, als ob sich die marxistisch-sozialistische Gesellschaftskritik mit der Implosion des selbsternannten »Real-Sozialismus« und der augenscheinlichen wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Kapitalismus erledigt habe. Die dem Kapitalismus bei aller Dynamik innewohnenden sozialen Ungleichheiten schienen größtenteils überwunden oder zumindest mittels einer »Sozialen Marktwirtschaft« bezähmbar. Hat die »Wende« 1989-90 nicht gerade in deutschen Landen unmissverständlich demonstriert, dass selbst in puncto sozialer Gerechtigkeit jedwede Sozialismusvorstellungen hoffnungslos veraltet und längst durch die Soziale Marktwirtschaft ersetzt sind, bei der diese Ideale viel besser aufgehoben seien?

Die seit den 1980er Jahren immer intensiver über uns rollenden und von den herrschenden Schichten bewusst neoliberal ausgestalteten Globalisierungswellen haben nun auch die kapitalistischen Utopien ad absurdum geführt. Ein ständig expandierender Niedriglohnsektor, verbunden mit immer prekäreren Arbeitsverhältnissen, sowie die aggressive betriebene Privatisierung vormals öffentlicher Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Lebens, bringt uns nicht nur in den USA zurück in die vor-sozialstaatlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts. Imperiale Eroberungskriege wie in Irak und Afghanistan und eskalierende inner-imperialistische Konflikte, wie beispielsweise zwischen der von den USA dominierten NATO und einem zunehmend seine Muskeln spielen lassenden Russland führen zu mehr und mehr auch geopolitischer Instabilität. Die triumphalistisch deklarierte unipolare Weltordnung des Westens nach Ende des Kalten Krieges wird nun durch eine asymmetrische multipolare Ordnung ersetzt, die allerdings kein Gleichgewicht zur NATO und zu den USA zu finden scheint.

Während der letzten Jahrzehnte seines Lebens kreisten Havemanns Gedanken zunehmend um die normativen Grundlagen einer humanistischen sozialistischen Gesellschaft. Dabei wollte und konnte er natürlich keine detaillierten Baupläne anbieten, sondern bezog sich auf die Kernprinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit, partizipatorischer Demokratie und kultureller Vielfalt. Diese Zielsetzungen mit wirtschaftlicher Effizienz zu verbinden, war für Havemann die Essenz eines Sozialismus, der seinen Namen verdient. Ein sinnvolles Leben bestand für Havemann in mehr als nur der Anhäufung materieller Reichtümer. Wahrer Reichtum in einer sozialistischen Gesellschaft kann nicht in einem bloßen Kopieren kapitalistischen Konsumverhaltens gemessen werden. Eine

grundlegende Neuorientierung hin zu Selbstbestimmung, Toleranz, Kreativität und zwischenmenschliche Solidarität sind notwendige Bausteine. Kunst und Literatur sollen einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen als Kontostand und Aktien-Pakete.

Geboren am 11. März 1910 in München in einer bildungsbürgerlichen Familie, dort und in Bielefeld aufgewachsen, entschied sich Robert Havemann 1932 für die KPD, die er als die konsequenteste anti-nazistische deutsche Partei wahrnahm.³ Obgleich die KPD zu diesem Zeitpunkt bereits völlig stalinisiert war, legte er auf sein eigenes und unabhängiges Denken großen Wert. Havemann schloss sich nämlich zugleich der Widerstandsgruppe »Neu Beginnen« an, welche KPD- und SPD-Politiker zu gemeinsamem und koordiniertem Widerstand gegen den Nazismus und seine konservativen Helfershelfer zu motivieren suchte. Leider zerschellte dieses wichtige Unterfangen an der Engstirnigkeit und den ideologischen Scheuklappen beider miteinander rivalisierender Arbeiterparteien.

Neben seinen politischen Aktivitäten entwickelte sich Robert Havemann zu einem anerkannten Chemiker. Nach seinem Studium der Chemie promovierte er zum Dr. phil. und war seit 1937 wissenschaftlicher Assistent am Pharmakologischen Institut in Berlin. 1943 habilitierte sich Havemann an der Berliner Universität. Neben seinen zahlreichen Patenten produzierte Havemann bis zu seiner Entlassung durch das SED-Regime zahlreiche

³ Vgl. zur Jugend und den jungen Erwachsenenjahren Havemanns die leider unvollendet gebliebene Arbeit von Harold Hurwitz, Robert Havemann – eine persönlich-politische Biographie, Bd. 1: Die Anfänge, Berlin 2012. – Havemanns familiäre Biographie kann hier nur stichwortartig dargeboten werden. Er war der Sohn der Kunstmalerin Elisabeth Havemann (geb. von Schönfeldt) und des Lehrers, Redakteurs und Schriftstellers Hans Havemann (1887-1985). Robert Havemann war dreimal verheiratet: mit Antje Hasenclever von 1932 bis 1947, mit Karin von Trotha von 1949 bis 1966 und mit Katja (Annedore) Graefe. Von 1962 bis 1966 lebte er mit Brigitte Martin zusammen. Er hatte sieben Kinder: Ulrich, Frank, Florian, Sibylle und Franziska Havemann, Ulrike und Johanna Martin. Vgl. als biographische Einführung Hubert Laitko/Dieter Hoffmann, Robert Havemann – ein nichtkonformer Marxist in Deutschland, in: Theodor Bergmann/Mario Kessler (Hrsg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, Hamburg 2000 (Nachdruck 2003), S. 398-418. Vgl. auch die biographischen Hinweise der Internet-Präsenz der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.: www.havemann-gesellschaft.de/index.php?id=399. Vgl. weiterhin die im Anmerkungsapparat genannte folgende Literatur sowie vom Verfasser dieses Aufsatzes: A Peculiar Believer: Robert Havemann, a Twentieth-Century German Marxist Between Dogmatism and Dissent, M.A. Thesis, Brigham Young University, Provo (Utah) 1996.

akademische Publikationen. So waren es auch Havemanns wissenschaftliche Leistungen, die ihm zu NS-Zeiten das Leben retteten. Seine tiefe Verachtung des nazistischen Systems führte Havemann 1942 dazu, als Gründungsmitglied und schließlich Leiter der Widerstandsgruppe Europäische Union aktiv zu werden. Die Gruppe unterstützte ausländische Zwangsarbeiter und verfolgte Juden; dafür wurden ihre Mitglieder – die ermordeten wie die überlebenden – 2006 von der israelischen Gedenkstätte Yad va Shem als »Gerechte unter den Völkern« geehrt.⁴ Doch kam die Gestapo auf die Spur der Gruppe und verhaftete ihre Mitglieder. Die Todesurteile wegen Hochverrates folgten im September 1943. Allerdings gelang es Havemanns Freunden und Kollegen mit dem Hinweis auf Havemanns »kriegswichtige Forschungen« immer wieder, eine Aufschiebung der Hinrichtung zu erwirken. So überlebte er als einer der wenigen Gruppenmitglieder, bis ihn dann die Rote Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreite.⁵ Seitdem

⁴ Im Todesurteil gegen die Angeklagten hieß es: »Wie schamlos die Gesinnung der vier Angeklagten ist, ergibt sich auch daraus, dass sie geradezu systematisch illegal lebende Juden unterstützten, ja sogar mästeten; aber nicht nur das, sie verschafften ihnen sogar falsche Ausweise, die sie vor der Polizei tarnen sollten, als wären sie nicht Juden, sondern Deutsche.« Hier zit. nach dem Wikipedia-Artikel »Europäische Union«: http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union_%28Widerstandsgruppe%29. Dem für die Urteile verantwortlichen Gericht gehörten Roland Freisler als Präsident des »Volksgerichtshofes« sowie Kammergerichtsrat Hans-Joachim Rehse an, dessen Nicht-Verurteilung in der Bundesrepublik für die von ihm mitverfüigten Todesurteile zum Symbol des nicht gesühten Justizterrors des Naziregimes durch die westdeutsche Justiz wurde. Aus solchen Gründen hielt Havemann immer an der DDR als dem für ihn besseren deutschen Staat fest und schrieb an seinen Freund Heinz Brandt: »Ich wäre an Deiner Stelle lieber in der DDR ins Zuchthaus gegangen als in den Staat der klerikal-faschistischen Restauration.« Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 284.

⁵ Vgl. hierzu Manfred Wilke/Werner Theuer, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe Europäische Union, Berlin 1999; Simone Hannemann, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe »Europäische Union«. Eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945. Eine Studie, Berlin 2001. Wichtige Ergänzungen und auch Korrekturen finden sich bei Dieter Skiba, Ein »Gerechter unter den Völkern« – Fragen bleiben, in: Robert Allertz (Hrsg.), Sängers und Souffleur. Biermann, Havemann und die DDR, Berlin 2006, S. 47-71. Skiba zeigt, dass, anders als manche Publikationen nahelegen, in der DDR nicht versucht wurde, Havemann mit dem Verdacht einer Kollaboration mit den Nazis zu belasten.

empfand er sein weiteres Leben wie als eine »Zugabe«, wie er gegenüber einem seiner Söhne gesagt haben soll.⁶

Doch band die lebensrettende Befreiung durch die Rote Armee Havemann nach eigener Auskunft an das stalinistische System, und er entwickelte sich zunächst zu einem glühenden Vertreter der im Nachkriegsdeutschland entstandenen DDR.⁷ Auch als ihm die strukturellen Defizite der sowjetischen Gesellschaft immer bewusster wurden, warnte er vor nationalem Hochmut: Zwar hätten die Bolschewiki im rückständigen und von feindlichen Mächten eingekreisten Sowjetrußland ihre Sache »unsäglich schlechter« gemacht, als es möglich gewesen wäre. »Aber machten wir Deutschen unsere Geschichte nicht noch viel schlechter? Wir brachten 1919 keine Revolution zustande, wir brachten 1933 keine Einheitsfront gegen Hitler zustande, wir versanken in der entsetzlichen Barbarei des Faschismus.«⁸

Mit seiner Vita als Widerstandskämpfer und international anerkannter Wissenschaftler wurde Havemann zuerst Direktor der Restbestände der Kaiser-Wilhelm-Institute in West-Berlin. Auf Grund seiner offensiv vortragenen kommunistischen Überzeugungen drängten ihn jedoch konservative und restaurative Kräfte aus Amt und Würden.⁹ Havemann siedelte schließlich nach Ost-Berlin über und wurde Professor für Physikalische Chemie an der Humboldt-Universität sowie später auch Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie an der Akademie der Wissenschaften.¹⁰ Auch der Staatssicherheit stellte er sich – noch bis 1963 – als inoffizieller Mitar-

⁶ Dies nach Dieter Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist (1945-1955), in: Ders. (Hrsg.), Robert Havemann. Dokumente seines Lebens, Berlin 1991, S. 64. Vgl. auch ders., Der Physikochemiker Robert Havemann. Eine deutsche Biographie (1910-1982), in: Ders./Kristie Mackrakis (Hrsg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 319-337.

⁷ Vgl. Robert Havemann, Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Autobiographie eines deutschen Marxisten, München 1970, S. 71.

⁸ Ebenda, S. 62.

⁹ Zum Anlass wurde eine scharfe Kritik Havemanns an der US-amerikanischen militärischen Aufrüstung. Vgl. Robert Havemann, Mr. Trumans großer Theaterdonner. Was die Wissenschaft zur »Wasserstoff-Superbombe« sagt, in: Neues Deutschland, 5. Februar 1950. Wiederabdruck in: Robert Havemann. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, Hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 91-94.

¹⁰ Vgl. zu Havemanns Arbeit als Naturwissenschaftler die Einführung von W.D. Bilke/H. Pietsch, Robert Havemann, in: Zeitschrift für Physikalische Chemie, 271 (1990), Nr. 6, S. 1073-1082.

beiter zur Verfügung, worüber er auch später in seinen Aufzeichnungen nie schrieb.¹¹

In der DDR wurde er mit Ehren und akademischen Positionen honoriert – solange wie er sich der jeweils herrschenden Parteilinie anzupassen bereit war. Doch auch seine wissenschaftlichen Leistungen wurden 1961 durch die Wahl zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewürdigt. Doch schmerzlich lernte Prof. Dr. Robert Havemann, bisher Mitglied der DDR-Volkskammer, Dekan für Studentenangelegenheiten und Professor an der Humboldt-Universität alsbald, wie weit die humanistischen Ideale des Sozialismus und die Realität in einem von einer stalinistischen Kaderpartei beherrschten Land auseinanderklafften. 1959 noch mit einem DDR-Nationalpreis ausgezeichnet, fiel Havemann mit seinem Vortrag »Hat die Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?« – gehalten 1962 in Leipzig – bei der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten« endgültig in Ungnade.¹²

Da er nicht bereit war, zu Kreuzen zu kriechen, sondern seine Kritik der »marxistisch-leninistischen« Staatsideologie sogar noch ausbaute, flog Havemann wiederum aus Amt und Würden. 1965 hatte er sich im »Spiegel« für eine Neugründung der KPD in der Bundesrepublik ausgesprochen. Diese Partei müsse aber eine von Grund auf neue Partei sein, die sich vom Stalinismus und von den diktatorischen Zuständen im Sowjetblock klar abgrenze. Der freien Betätigung von Kommunisten in der Bundesrepublik müsse Meinungsfreiheit in der DDR folgen, womöglich in Perspektive auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems. Doch sollten alle Parteien den sozialistischen Charakter der DDR anerkennen. Daraufhin erhielt er Lehrverbot an der Humboldt-Universität, ein Jahr später wurde

¹¹ Vgl. Arno Polzin, *Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten*. 2. Aufl., Berlin 2006.

¹² So bezeichnete Havemann selbst die marxistisch-leninistische Philosophie, wie sie in der DDR vermittelt wurde. Vgl. Rückantworten an die Hauptverwaltung »Ewige Wahrheiten«, in: Sonntag, Berlin [DDR], 28. Oktober 1956. Darin schrieb er, der Dogmatismus habe »unsere Philosophie zu einem System allgemeinsten Sätze über die allgemeinste Struktur der Welt zu machen versucht, zu einer Hauptverwaltung ›Ewige Wahrheiten‹.« Hier zit. nach Robert Havemann, *Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten*, hrsg. von Rüdiger Rosenthal, Reinbek 1990, S. 37. Nach Havemann hatte Wolfgang Harich als damals maßgeblicher Mitarbeiter des »Sonntag« die Wendung im Text eigenmächtig zur Überschrift erhoben. Vgl. Havemann, *Fragen, Antworten, Fragen*, S. 113. Havemann selbst hatte als Überschrift »Rückantwort von Robert Havemann« gewählt.

er als Akademie-Mitglied gestrichen.¹³ Berufsverbote gab es im Zeichen des Kalten Krieges in beiden deutschen Staaten. Es folgten Prozesse, Verurteilungen zu Geldstrafen, Hausdurchsuchungen sowie Beschattungen seiner Freunde durch den Staatssicherheitsdienst. Sogar eine gewaltsame Abschiebung in die Bundesrepublik oder nach Westberlin war vom SED-Politbüro erwogen, dann aber verworfen worden. Die sich antifaschistisch nennende DDR-Führung verfügte, dass der einstige Todeskandidat und Widerstandskämpfer Robert Havemann von der Liste der antifaschistischen Widerstandskämpfer gestrichen und er sowie seine Frau Katja unter Hausarrest gestellt wurden. Doch erhielt Havemann weiter seine Rente als Verfolgter des Naziregimes.¹⁴

Versuche, Robert Havemann zu vereinnahmen und damit seine komplexen und oft zeitgebundenen Ansichten auf die eine oder andere Art zu reduzieren, gab und gibt es nicht wenige. Die einen meinten, in Robert Havemann hauptsächlich den pro-westlichen Gegner des »SED-Staates« und »Bürgerrechtler« zu sehen, und ignorierten oder relativierten dabei Havemanns marxistisches Selbstverständnis, während andere Havemann im ideologischen Dienst von CIA und BND wähten. Solche etwas infantilen Sichtweisen zirkulieren noch immer, wie die – in Teilen – schmähchriftartige Textsammlung »Sänger und Souffleur: Biermann, Havemann und

¹³ Vgl. Robert Havemann, Die Partei ist kein Gespenst, in: Der Spiegel, Nr. 52 (1965). Wiederabdruck in: Warum ich Stalinist war, S. 197-204. Havemann hatte zuvor Kurt Hager um ein Gespräch ersucht, um Fragen des Artikels mit ihm zu besprechen, doch keine Antwort erhalten. Der im Artikel enthaltene Satz »Das könnte in Konsequenz auch die Frage nach einer neuen SPD in der DDR aufwerfen« wurde, wie Havemann sofort erklärte, ohne sein Wissen dem Text hinzugefügt. Vgl. hierzu ausführlich Bernd Florath/Silvia Müller (Hrsg.), Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66, Berlin 1996. Besonders kränkend empfand es Havemann als Kommunist und Antifaschist, »dass nicht nur der Rektor der Universität, der meine fristlose Entlassung aus der Universität, und nicht nur der Staatssekretär, der diese Entlassung angeordnet habe, sondern nun auch der Präsident der Akademie, der meine politische Maßregelung betrieb, dass alle diese ehrenwerten Herren ehemals Mitglieder der Nazipartei gewesen seien«. Es handelte sich um die Professoren Kurt Schröder, Hans-Joachim Gießmann und Hermann Klare. Zit. nach Havemann, Die Stimme des Gewissens, S. 141.

¹⁴ Vgl. ausführlich Clemens Vollnhals, Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, Berlin 1998. Zur 1975/76 zeitweise erwogenen Ausbürgerung vgl. ebenda, S. 24-32.

die DDR« belegt.¹⁵ Aus einer entgegengesetzten Sichtweise suchen manche Feuilletons des Mainstream-Blätterwaldes Havemanns marxistisch-kommunistische Haltung zwar als ehrenwert, doch historisch obsolet zu zeichnen.¹⁶

Das zentrale geistige und philosophische Erlebnis im Leben Havemanns war in der Tat der Marxismus, manchmal mechanistisch verengt und zeitweise sogar stalinistisch entstellt. Aber Havemann befreite sich immer wieder selbst vom Dogmatismus und begriff, dass ein authentischer Marxismus nicht ein Sammelsurium ewiger Wahrheiten sein kann, sondern ein ständiges Befragen und Hinterfragen der eigenen Überzeugungen einschließen muss. Folgerichtig stand auch einer seiner Beiträge für »Die Zeit« unter der Überschrift »Ja, ich hatte Unrecht: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde«. Darin betonte er: »Was ich damals dachte und schrieb, kann nicht als Jugendsünde abgetan werden. Meine Irrtümer von damals waren ernster Natur. [...] Wenn man seine Meinung zu wichtigen Fragen ändert, so genügt es nicht, die neuen Ansichten zu vertreten und die alten zu kritisieren. Man muss danach forschen, warum man früher anders dachte, warum man heute anders denkt. Man muss den Wandel des eigenen Denkens in schonungsloser Offenheit darlegen. Wer den Eindruck zu erwecken versucht, er habe nie geirrt – oder wer es auch nur zulässt, dass dieser Eindruck entstehen kann, handelt unehrlich und verdient keinen Kredit.« Bis Nikita Chruschtschow die Stalinschen Verbrechen in seiner »Geheimrede« auf dem 20. Parteitag der KPdSU anprangerte, habe für Havemann der Grundsatz gegolten: »Die Wahrheit ist »parteilich« und: »Die Partei hat immer recht.«¹⁷

Da er unter den repressiven Umständen der DDR weitgehend von den Diskussionen und Debatten kritischer Marxisten jenseits des »Eisernen

¹⁵ Vgl. Robert Allertz (Hrsg.), Sänger und Souffleur, bes. die Beiträge von Kurt Gossweiler und Peter Hacks.

¹⁶ Vgl. z. B. Matthias Schlegel, Staatsfeind Nr. 1. Er war Wissenschaftler, Kommunist und eine Ikone des Widerstandes. Vor 100 Jahren wurde Robert Havemann geboren, in: Die Zeit, 11. März 2010; Hartmut Jäckel, Der Dissident, der aus der Kälte kam, in: Die Welt, 10. März 2010.

¹⁷ Robert Havemann, Ja, ich hatte unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde, in: Die Zeit, 7. Mai 1965. Die DDR-Studentenzeitschrift »Forum« hatte den Druck des Artikels, in dem er sich gegen eine in dem Blatt vorgebrachte Kritik an ihm zu wehren suchte, abgelehnt. Hier zit. nach dem Nachdruck in: Havemann, Warum ich Stalinist war, S. 192f.

Vorhangs« isoliert arbeiten musste, machte sich Havemann mehr als politisch-philosophischer Essayist einen Namen denn als systematisch denkender und schreibender Philosoph. Daher findet man bei Havemann kaum Dialoge mit anderen namhaften heterodoxen marxistischen Intellektuellen, auch wenn es zum Teil beträchtliche potentielle Schnittmengen gegeben hat. So ist Havemanns Kritik der SED-Parteibürokratie als von der Arbeiterklasse losgelöste neue Herrschaftsschicht in der trotzkistischen Tradition beispielsweise vorweggenommen. Leider finden sich in Havemanns Veröffentlichungen keine Hinweise auf entsprechende Gedanken von Leo Trotzki, Ernest Mandel oder aber Tony Cliff. Die diversen Denkansätze des so genannten westlichen Marxismus, von der Frankfurter Schule bis zur Neuen Linken und euro-kommunistischen Strömungen, sind ebenso weitgehend ausgeblendet, da Havemann vom Bezug dieser und weiterer Texte weitgehend abgeschnitten war.¹⁸

Selbst die Gedanken kritischer Marxisten innerhalb des sowjetischen Einflussbereiches in Osteuropa finden aus dem gleichen Grund keine nachhaltige Resonanz in Havemanns Schaffen, obgleich er sich mehrmals auf Leszek Kołakowskis Arbeit »Der Mensch ohne Alternative« bezog. Dies betrifft auch die von zumindest für eine gewisse Zeit in der DDR beheimateten Gelehrten wie Leo Kofler, Ernst Bloch und Hans Mayer entwickelten Konzepte und Analysen, die für Havemanns Projekt eines humanistischen Sozialismus eine methodische und inhaltliche Bereicherung gewesen wären. Dies trifft auch auf die Positionen des ungarischen Petäfi-Kreises und der jugoslawischen Praxis-Gruppe zu, auf die Havemann in seinen Wortmeldungen nicht direkt zurückgriff.

Dabei befand sich Havemann durchaus in größter Nähe zu ihnen, wenn er 1977 schrieb: »Um in Marxens Sinn Wissenschaftler zu sein, muss man also jederzeit zum Revisionismus bereit sein. Selbstverständlich gehören

¹⁸ Einige seiner Schriften wurden jedoch übersetzt, darunter ins Italienische, wofür sich besonders der Mathematiker Lucio Lombardo Radice, Mitglied des ZK der Italienischen Kommunistischen Partei, eingesetzt hatte. Vgl. auch dessen Brief an die »Unità«, abgedruckt in: Robert Havemann, *Dialektik ohne Dogma?* Aufsätze und Dokumente, hrsg. von Dieter Hoffmann, mit einem Essay von Hartmut Hecht, Berlin 1990, S. 245-248. Gegen die Unterstützung Havemanns durch Lombardo-Radice wandten sich sieben DDR-Philosophieprofessoren. Die »Unità« druckte diesen Brief mit einem kritischen Kommentar ihrerseits ab. Der Brief wie der Kommentar waren noch im Ton innerkommunistischer Kritik gehalten. Vgl. ebenda, S. 249-255.

auch alle Theorien und Ideen, die von Marx stammen, zu dem, woran nicht nur gezweifelt werden darf, sondern auch immer wieder gezweifelt werden soll, wenn der Marxismus lebendig bleiben und zur allgemein anerkannten Grundlage der Wissenschaft von der menschlichen Gesellschaft werden soll. Und dass er das werden wird und zwar gerade dank dem Wirken seiner Revisionisten, davon bin ich fest überzeugt.«¹⁹

Hans Heinz Holz gehört zu den Kritikern Havemanns, die diese Schwächen in Havemanns Denken problematisierten. Wie Havemann aus politischen Gründen von den Nazis inhaftiert, promovierte Holz unter Ernst Bloch in Leipzig (wobei im Westen die Promotionsschrift erst nach Schwierigkeiten anerkannt wurde), bevor er Philosophie-Professor in Marburg und schließlich im niederländischen Groningen wurde. Obgleich bis an sein Lebensende überzeugter Kommunist, betonte Holz immer wieder die methodische Vielfalt marxistischen Denkens und propagierte den Dialog beispielsweise zwischen marxistisch-leninistischen und eurokommunistischen Vorstellungen. Enttäuscht von Havemanns Werken, besonders dessen berühmtestem Buch »Dialektik ohne Dogma?«, diagnostizierte Holz in erster Linie »elegant vorgetragene philosophische Platitüden«, die besonders nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems »an keiner Reibungsfläche mehr Funken schlagen«.²⁰

Holz reflektierte über seine Reaktion, als er Havemanns »Bestseller« das erste Mal und mit vielleicht zu hohen Erwartungen in den 1960er Jahren zur Hand nahm. »Ich nehme keine naturwissenschaftliche Kompetenz in Anspruch und enthalte mich eines Urteils zu dem, was Havemann über Quantenmechanik oder kosmologische Modelle sagte. Aber seine Ausführungen über philosophische Kategorien wie Möglichkeit und Wirklichkeit, Zufall und Notwendigkeit, über Erkenntnistheorie, über Hegel waren zum einen so trivial, zum anderen so dilettantisch, dass ich damit nichts anfangen konnte«.²¹

Der »Zusammenhang zwischen Zufälligkeit und Notwendigkeit, wie er sich nun auch in der Quantenmechanik erweist«, hatte Havemann zu Überlegungen von »realen Vorstellungen von der menschlichen Freiheit« geführt. Nur solche von der Natur determinierten Ereignisse wie der Lauf

¹⁹ Robert Havemann, Bin ich Marxist?, in: Ders., Berliner Schriften, hrsg. von Andreas W. Mytze, München 1977, S. 193.

²⁰ Hans Heinz Holz, Philosophischer Dilettantismus und politische Schwärmerie, in: Allertz (Hrsg.), Sänger und Souffleur, S. 73f.

²¹ Ebenda, S. 73.

der Gestirne seien vom menschlichen Willen nicht zu beeinflussen. Anders sei es mit Entwicklungen in der Gesellschaft. Hier kann menschlicher Wille, so Havemann, »den Grad der Möglichkeit bestimmter Ereignisse vergrößern und anderer verringern. Der Mensch mit seiner aktiven Tätigkeit ist nicht etwas Spielball phantastischer blinder Zufälle, sondern umgekehrt: von der Zufälligkeit der Ereignisse macht er praktischen Gebrauch, um zu erreichen, was er erstrebt.«²²

Dies verleitete Havemann zur Frage: »Ist der Kommunismus das unausweichliche Schicksal der Menschheit, ist er die einzige Möglichkeit unserer Zeit? Genügt es, mit Geduld abzuwarten, bis eines Tages in der ganzen Welt Kommunismus sein wird? Kann man es dem Schicksal überlassen, dass er sich verwirklicht, oder kann es auch sein, dass er trotz aller Anstrengungen nie Wirklichkeit wird?«²³ Dass der Kommunist Havemann imstande war, die Möglichkeit des Kommunismus überhaupt zu bezweifeln, musste bei seinen dogmatischen Widersachern die Alarmglocken schrillen lassen.

Für Holz litt indes Havemann an einer unter Naturwissenschaftlern – seiner Meinung nach – recht verbreiteten Angewohnheit, ihr eigentliches Fachgebiet auch dann mit philosophischen Aussagen zu überschreiten, wenn sie über die dafür notwendige umfassende philosophische Bildung nicht oder kaum verfügten. »Aber um die Naturwissenschaften ging es eigentlich auch gar nicht. Das merkt man, sobald man zum letzten Drittel des Vorlesungszyklus kommt. Da handelte Havemann dann von Freiheit, Ideologie und Moral, und man erkennt auf Schritt und Tritt, dass er mit den Problemstellungen und Problemlösungsversuchen einiger Jahrtausende Denkgeschichte nicht oder vielmehr nur sehr feuilletonistisch vertraut war.«²⁴ Holz' vielleicht nicht unberechtigte diesbezügliche Kritik verliert indes an Überzeugungskraft, wenn er Havemann vorwirft, in erster Linie eine Privatfehde gegen die Institution der Partei und ihrer Funktionen zu initiieren. Sein Hauptvorwurf gegenüber Havemann richtet sich darauf, dass dieser sich, im Unterschied zu Ernst Bloch und anderen kritischen Marxisten, von den westlichen »Klassen- und Staatsfeinden« habe vereinnahmt lassen.²⁵

²² Havemann, *Dialektik ohne Dogma?*, S. 132.

²³ Ebenda, S. 133.

²⁴ Holz, *Philosophischer Dilettantismus [...]*, S. 75.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 78.

Allerdings hatten Bloch und auch Holz selbst nach ihrem Weggang aus der DDR Kommunikationsmöglichkeiten, über die Havemann in der DDR, dies sei noch einmal betont, nicht verfügte. Von der SED-Führung mit Berufs- und Publikationsverbot sowie durch Hausarrest isoliert, konnte er eben nur im Westen veröffentlichen, um überhaupt einen Leserkreis zu erreichen. Havemann bediente sich gezwungenermaßen der westlichen Konzern-Medien, wohl wissend, dass es diesen nicht um eine sozialistische Erneuerung der DDR, sondern zumeist um eine grundsätzliche Delegitimierung des dortigen Systems ging. Im Unterschied zu den in der Bundesrepublik lebenden Professoren Bloch und Holz musste Havemann mit seinen Kommunikationsmitteln weniger wählerisch sein.

Die vom SED-Parteiapparat vorangetriebene Isolierung Havemanns hat dazu beigetragen, dass die polemischen Aspekte seiner Veröffentlichungen die analytischen Komponenten derselben zurückdrängten. Dies belegen unter anderem die Reaktionen verschiedener osteuropäischer Wissenschaftler, denen Havemann das Manuskript seines im September 1962 in Leipzig gehaltenen Vortrages »Hat die Philosophie den Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?« zuschickte.²⁶ So erwiderte beispielsweise die polnische Philosophin Helena Eilstein, dass sie Havemanns Manuskript zumindest in der von ihm eingereichten Fassung nicht zur Publikation in den »Studia filozoficzne« empfehlen könne, da die polemischen Elemente die analytischen Aspekte zu sehr dominieren. Allerdings schlug sie Havemann vor, das an sich interessante Manuskript noch einmal kritisch zu überarbeiten und dann diese überarbeitete Fassung einzureichen. In diesem Zusammenhang bezog sich Eilstein spezifisch auf Havemanns Ausführungen über die philosophischen Schwächen des mechanistischen Materialismus. Sie empfahl, dass Havemann seine diesbezüglichen Argumente ausbaut und differenzierter weiterentwickelt, besonders in puncto seiner Interpretation des mechanistischen Materialismus als eine Form des »objektiven Idealismus«. Eilstein wollte Havemann motivieren, genauer zu begründen, wie und warum der mechanistische Materialismus auch als objektiver Idealismus seine materialistische Wirkung beibehält. Eilstein bezog sich positiv auf Havemanns Fragestellung, warum das klassische mar-

²⁶ Robert Havemanns Vortrag »Hat Philosophie den Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?« wurde erstmals in der Erstausgabe seiner Schrift »Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung« (Rowohlt-Taschenbuchausgabe, Reinbek 1964) veröffentlicht. Wiederabdruck in der Neuausgabe von 1990. Vgl. Havemann, Dialektik ohne Dogma?, S. 45-55.

xistische Gedankensystem keinen größeren Einfluss auf die Entwicklung der modernen Naturwissenschaften ausgeübt hat, und schlug ihm vor, diesen Themenkomplex systematischer zu untersuchen.²⁷

Neben Eilstein reagierte auch der tschechisch-sowjetische Philosoph und Mathematiker Arnošt Kolman mit einer Mischung aus Lob und Kritik auf Havemanns Manuskript. Ähnlich wie Helena Eilstein monierte Kolman, dass Havemann seine Argumente in vielerlei Hinsicht differenzierter ausbauen und begründen müsse. Kolman ging es bei seinen Anmerkungen unter anderem um wissenschaftsgeschichtliche Fragen nach der Wirkung des mechanistischen Materialismus auf die Naturwissenschaften von Isaac Newton bis zum 19. Jahrhundert. Zugleich warnte Kolman aber Havemann davor, dass die Stasi seinen Briefverkehr aller Wahrscheinlichkeit nach überwachen würde und er demzufolge vorsichtiger sein solle. Im Unterschied zur diesbezüglich optimistischeren Helene Eilstein meinte Kolman, dass Havemanns Aufsatz unter den damals gegenwärtigen Umständen selbst in überarbeiteter Form schwerlich in der ČSSR veröffentlicht werden könne.²⁸

Leszek Kołakowskis Antwort an Havemann unterstreicht den deutlichen Unterschied zwischen der relativ freieren Atmosphäre in Polen auf der einen Seite und der restriktiven Situation in der ČSSR und der DDR auf der anderen Seite. Kołakowski ließ Havemann wissen, mit welcher Freude er sein Manuskript las. Glücklicherweise sei die Lage in Polen weniger dogmatisch und die polnischen Philosophen mischten sich nicht mehr so selbstherrlich in die dortige naturwissenschaftliche Diskussionen ein.²⁹

Der Physiker Max Born wunderte sich in seiner Reaktion auf Havemanns Ausführungen, wie Havemann seine Kritik am dialektischen Materialismus mit seinem Selbstverständnis als Marxist vereinbaren könne. »Für einen Außenstehenden«, schrieb er, »ist es natürlich schwer verständlich, dass sie alle wesentlichen Züge des dialektischen Materialismus ablehnen

²⁷ Vgl. Christian Sachse, Die politische Sprengkraft der Physik. Robert Havemann zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Sozialismus 1956-1962, Berlin 2006, S. 100. Helene Eilsteins ausführlicher Besprechungsaufsatz zu Havemanns Buch »Dialektik ohne Dogma?« (Studia filozoficzne, 9 [1965], Nr. 4, S. 77-109) war die einzige im sowjetischen Machtbereich hierzu erschienene Wortmeldung, die Havemanns Anliegen ernstnahm.

²⁸ Vgl. Arnošt Kolman an Robert Havemann, Brief vom 23. November 1962, in: Havemann, Dialektik ohne Dogma?, S. 215-220; Sachse, Sprengkraft, S. 92.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 100.

und sich dennoch zu ihm bekennen.«³⁰ Die Bemerkung Borns lässt zumindest darauf schließen, dass Robert Havemanns marxistische Herangehensweise in den Augen mancher naturwissenschaftlicher Fachkollegen unzureichend begründet war.

Havemanns wohl bekanntestes Buch ist zweifellos »Dialektik ohne Dogma?«, welches auf seinen Vorlesungen über das Verhältnis zwischen marxistischer Philosophie und den Naturwissenschaften beruht. Dem folgten andere, teils autobiographische, teils essayistische Arbeiten, wie »Fragen – Antworten – Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten« (1970), »Ein deutscher Kommunist: Rückblick und Perspektiven aus der Isolation« (1978) sowie »Morgen: Die Industriegesellschaft am Scheideweg« (1980).

»Morgen«, das letzte Buch Havemanns, thematisiert ökologische Fragen innerhalb und außerhalb des marxistischen Rahmens. Die Arbeit an diesem Text, schrieb Hubert Laitko, »wurde durch die schwerwiegenden Schikanen, denen der Autor ausgesetzt war, mehrfach und dabei einmal sogar für Jahre unterbrochen und zog sich insgesamt über ein Jahrfünft hin.«³¹

In dem zunächst nur in der Bundesrepublik publizierten Buch schrieb Havemann, »dass die katastrophale ökologische Krise von der Menschheit nur abgewendet werden kann, wenn sich in den vor uns liegenden Jahrzehnten große revolutionäre Veränderungen in der politischen und ökonomischen Struktur der menschlichen Gesellschaft vollziehen.«³²

³⁰ Havemann zitierte diese Passage aus Max Borns Brief in seiner Vorlesung an der Humboldt-Universität am 18. Oktober 1963, in: Havemann, *Dialektik ohne Dogma?*, S. 67. Eine Liste der Zuschriften, die er zu seinem Leipziger Vortrag erhielt und die teilweise abgefangen wurden, befindet sich in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/9.04/164. Vgl. zur Rezeption (bzw. Nicht-Rezeption) Havemanns auch folgende ältere Arbeiten: Peter Christian Ludz, *Freiheitsphilosophie oder aufgeklärter Dogmatismus? Politische Elemente im Denken Robert Havemanns*, in: Leopold Labedz (Hrsg.), *Der Revisionismus*, Köln 1965, S. 380-438; Dieter Knoetzsch, *Innerkommunistische Opposition. Das Beispiel Robert Havemann*, Opladen 1968.

³¹ Hubert Laitko, Robert Havemann. Die Zeit der Isolation (1965-1982), in: Edition Luisenstadt. Berlinische Monatsschrift, Nr. 7 (2001), S. 64 (www.luise-berlin.de/bms/bmstxt01/0107proh.htm).

³² Robert Havemann, *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*, München 1980. Eine Neuauflage des Buches besorgte Marko Ferst (Berlin 2010). Hier und im Folgenden wird zit. nach der Taschenbuchausgabe (Frankfurt a.M. 1982), S. 27.

Die beiden damals real vorhandenen Gesellschaftssysteme seien auf ihre Fähigkeit zu prüfen, die unumgängliche Revolution zu vollziehen, mittels derer eine Zerstörung von Mensch wie von Umwelt abgewendet werden könne. Beiden existierenden Ordnungen sprach Havemann diese Fähigkeit ab: dem Kapitalismus, weil er als eine auf Profitstreben, Wachstums- und Konsumzwang beruhende Gesellschaft »dazu sich selbst aufgeben müsste, was er nicht kann«;³³ dem »realen Sozialismus«, weil nirgends Wachstum mit mehr Ergebnis angebetet werde als in den Staaten mit dieser Ordnung. So werde »gegenüber der herannahenden weltweiten ökonomischen und ökologischen Krise [...] der reale Sozialismus womöglich noch blinder sein als sein angebetetes ökonomisches Vorbild.«³⁴

Im Gegensatz zu manchen seiner Kritiker, die Havemann jedes Marxismus-Verständnis absprachen, zeigte sich Havemann in der für Marxisten wichtigsten Frage auf der Höhe der Zeit: Er warnte davor, dass seine Kritik von jenen ausgenutzt werden könne, die die Eigentumsverhältnisse in der DDR zugunsten des Kapitalismus ändern wollten. Vielmehr gehe es darum, dass »für den Fortgang und Erfolg der sozialistischen Revolution in den kapitalistischen Ländern« mit der politischen Demokratisierung im sowjetischen Machtbereich und besonders in der DDR »der längst fällige zweite Schritt der Revolution getan werden muss, durch den nach der im ersten Schritt erreichten Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nun der Übergang zur sozialistische Demokratie vollzogen wird«.³⁵ Denn die »Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln« bedeute allein noch nicht, »dass die Arbeiter, Ingenieure und Betriebsleitungen selbständig über die Produktion und den Preis ihrer Produkte entscheiden können«.³⁶ Hierzu sei eine sozialistische Selbstverwaltung in der Tradition der Arbeiterräte notwendig. Erst mit der Errichtung einer sozialistischen Demokratie sei eine kapitalistische Restauration ausgeschlossen. Die Entwicklung in der ČSSR habe 1968 – ungeachtet des gewaltsam erzwungenen Scheiterns – gezeigt, dass eine solche sozialistische Demokratie möglich sei.

Im Mittelpunkt einer neuen, von Havemann antizipierten Gesellschaft der Freien und Gleichen stand »das lernende und schöpferische Miteinan-

³³ Ebenda, S. 35.

³⁴ Ebenda, S. 58.

³⁵ Ebenda, S. 174.

³⁶ Ebenda, S. 51.

der der Generationen, nicht mehr die Erzeugung und der Besitz von Sachen.«³⁷ Somit blieb er nicht »bei der reinen Kritik stehen, sondern setzte den georteten Konfliktpotentialen vielmehr einen Ansatz gegenüber, der als utopischer Entwurf eine (dem Anspruch nach) in sich logische Alternative darstellt. Dabei begab sich Havemann in die Tradition des genossenschaftlichen Sozialismus, betonte die Chancen der Emanzipation und freien Entfaltung aller, suchte den Rekurs auf das Kommunedenken.«³⁸

Robert Havemann war ein Humanist und Bürgerrechtler, der die Diktatur des SED-Parteiapparates offen herausforderte. Diese fraglos richtige Feststellung beleuchtet aber nur eine Facette in seinem Denken und Handeln. Havemann kämpfte nicht nur um eine weltanschaulich offene und pluralistische Gesellschaft, sondern auch um ein sozial gerechtes und ökologisch ausgeglichenes Gemeinwesen – ebendarum eine humanistisch-sozialistische Gesellschaft. Er verstand, dass weder die SED-Diktatur noch neo-liberale »Sachzwänge« – vulgo der Großangriff der Unternehmerinteressen auf demokratische Institutionen und Prozesse, mitgetragen von den neuen »Blockparteien« CDU-SPD-FDP-Grüne – mit einer wirklichen Demokratie verträglich sind. Ohne in idealistische Spekulationen abzugleiten, ist davon auszugehen, dass Demokratie als wirkliche Volksherrschaft zuallererst eine Demokratie von unten sein muss – und damit eben nicht die Herrschaft einer Partei oder aber der Konzerne.

Mit dieser Erkenntnis steht Havemann in der noblen Tradition von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Robert Havemann würde sich an unserer heutigen Welt reiben. Neo-koloniale Kriege um Wirtschaftsinteressen – wie ein gewesener Bundespräsident unvorsichtigerweise ausgeplaudert hat – sowie die schamlose Ausbeutung von Menschen und Natur seitens der Herrschenden dieser Welt hätten Havemann sicher nicht nur angewidert, sondern zum aktiven Widerstand herausgefordert. Vielleicht wäre er sogar erstaunt, wie sich frühere Weggefährten und Freunde, genannt seien hier nur Wolf Biermann und auch Rainer Eppelmann, mit den jetzt herrschenden Verhältnissen arrangierten oder aber vor ihnen geistig und intel-

³⁷ Laitko, Robert Havemann, S. 64.

³⁸ Andreas Heyer, Robert Havemanns »Morgen« und der postmaterielle Utopiediskurs. Zum Ausgleich von Ökologie, Marxismus und genossenschaftlichen Strukturen, in: Klaus Kinner (Hrsg.), Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 74. Vgl. jetzt auch Alexander Amberger, Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Paderborn 2014, sowie Alexander Ambergers Beitrag in diesem Band.

lektuell kapitulierten. Gerade damit stehen auch wir in der Pflicht, Robert Havemann nicht als zahnloses und harmloses Denkmal verstauben zu lassen, sondern uns an ihm produktiv zu reiben und damit seinen Geist und seine Haltung auf uns wirken zu sehen.

Havemann war zu Lebzeiten den jeweils Herrschenden ein Dorn im Auge. Sand im Getriebe der die heutige Welt beherrschenden Gruppen und Klassen sollten in seinem Sinne auch all diejenigen sein, die sich dem Geiste Robert Havemanns verbunden fühlen.

Alexander Amberger

Ökologie und Kommunismus

Die schwierige Suche von Rudolf Bahro
und Wolfgang Harich nach der passenden Partei

Zu den bekanntesten unorthodoxen Marxisten der DDR zählten Rudolf Bahro (1935-1997) und Wolfgang Harich (1923-1995). Beide Philosophen waren SED-Mitglieder und standen Anfang der 1950er Jahre hinter der Partei und dem Aufbau der DDR. Sie versuchten sich nach ihrem jeweiligen Konflikt mit der SED-Führung in der Bundesrepublik bei den entstehenden Grünen und hegten für die (SED-)PDS während und nach der »Wende« noch Sympathien.

Rudolf Bahro

Es war 1977, als der bis dato unscheinbare Funktionär Rudolf Bahro über Nacht zu einem der bekanntesten SED-Kritiker aus der DDR wurde.¹ Er selbst verstand sich als Kommunist, übernahm mit seinem Buch »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« allerdings die Rolle des Ketzers und prangerte die Fehlentwicklung seit der Oktoberrevolution 1917 an. Für Bahro handelte es sich beim Realsozialismus um einen »Protozialismus«, eine Konservierung des »Larvenstadiums« der postrevolutionären Phase. Die bestehende SED hielt er als führendes Subjekt einer notwendigen Befreiung aus diesem Stadium für ungeeignet und setzte stattdessen auf einen avantgardistischen »Bund der Kommunisten«.

Doch Bahro war nicht immer so parteikritisch. Als er 1954 nach zweijähriger Kandidaturzeit in die SED eintrat, geschah dies aus tiefster Überzeugung.² Im Anschluss an ein Studium der Philosophie von 1954 bis 1959

¹ Vgl. zu Bahros »Alternative« und Harichs »Kommunismus ohne Wachstum?« als politischen Utopien die Dissertation des Autors: Alexander Amberger, Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Paderborn 2014.

² Die Angaben zu Bahros Leben basieren, wenn nicht anders vermerkt, auf der bisher einzigen größeren Biografie: Guntolf Herzberg/Kurt Seifert, Rudolf Bahro.

an der Berliner Humboldt-Universität fungierte er als Agitator für die Kollektivierung der Landwirtschaft im Oderbruch. Auch seine nachfolgende Beschäftigung als Redakteur der Greifswalder Universitätsparteizeitung und die kurzfristige Tätigkeit als IM der Staatssicherheit sprechen nicht für Subversivität. 1962 ging er zurück nach Berlin und wurde Mitarbeiter und persönlicher Referent des Vorsitzenden beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft.

Bahros schleichende Abkehr von der SED-Politik setzte erst hier ein. Er selbst sagte 1995 über seine Abnabelung, dass der 15. Jahrestag der DDR 1964 eine Zäsur darstellte: »Ich zog bei der Parade am 7. Oktober vormittags an der Tribüne vorbei und las die Losung. ›Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigen‹ stand da. Nachmittags machte es ›klick!‹. In dem Augenblick wußte ich, die wollen nicht weiter, die wollen nur Macht und die Rolle der Partei stärken, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.«³

Diese Einsicht führte jedoch nicht zu einem sofortigen Bruch, sondern dazu, dass er sich nach außen linientreu gab, nach innen jedoch immer mehr auf Distanz zur SED-Politik ging. Bahro wurde 1965 stellvertretender Chefredakteur der Studentenzeitung »Forum« und übernahm zudem das Kulturressort. Gerade diese Abteilung wurde von der großen Politik in Mitleidenschaft gezogen, nachdem Ende des gleichen Jahres beim 11. Plenum des ZK der SED eine neue Eiszeit in der Kulturpolitik einsetzte.

Bahro ließ sich davon wenig beeindrucken und lotete die Grenzen aus: Als der Chefredakteur nicht anwesend war, sorgte er für den Abdruck von »Kipper Paul Bauch«, einem kritischen Schauspiel Volker Brauns. Bahro wurde daraufhin entlassen und fand sich ab 1967 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für soziologische Fragen im Ingenieurbüro des »WB Gummi und Asbest« in Berlin-Weißensee wieder. Das ließ ihn jedoch noch nicht völlig mit der SED brechen: »Ich war nicht aus der Partei herausgefallen mit dieser Sache, ich wurde noch immer geleitet und behütet. Ich war damals schon innerlich geladen, aber den Ausschlag gab erst der Einmarsch in Prag 1968. Ich identifizierte mich mit dem, was sie dort machten, mit dem, was Dubček, Mlynář und andere damals vertraten. [...] Erst als sie das zerschlugen, bin ich feindlich geworden.«⁴

Glaube an das Veränderbare, Berlin 2005

³ Vgl. Rudolf Bahro, »Die wollen nur Macht«, SPIEGEL-Interview (Nr. 26/1995), in: Guntolf Herzberg (Hrsg.), Rudolf Bahro: Denker – Reformator – Homo politicus, Berlin 2007, S. 501.

⁴ Thomas Grimm, Linke Vaterlandsgesellen, Berlin 2003, S. 274.

Trotzdem blieb er SED-Mitglied, um beim heimlichen Verfassen der »Alternative« weniger Verdacht zu erwecken, die als »hasserfüllte Antwort auf die Panzer konzipiert«⁵ war. Er richtete sie jedoch nicht gegen die DDR und auch nicht gegen die aufrechten Kommunisten in der SED, sondern sein Augenmerk lag auf den Verkrustungen, die mit der Apparaturstruktur des realsozialistischen Modells verbunden waren: »Die herrschenden Parteiapparate haben so viel mit Kommunismus zu tun wie der Großinquisitor mit Jesus Christus.«⁶ Sie seien erstarrt und völlig unfähig, neue Wege einzuschlagen. »Es gibt auch keine kommunistische Führung. Der Schein trügt. Der Generalsekretär ist der oberste Subalterne der Gesellschaft, das abgeschliffene Produkt der bürokratischen Hierarchie. [...] Das ganze System der politischen Institutionen ist aufgrund seiner monolithischen Konstruktion und mechanistischen Arbeitsweise unfähig zu aktiver Selbstveränderung.«⁷ Um diese Erstarrung zu überwinden, plädierte Bahro für einen Zusammenschluss der kritischen Linken in einem »Bund der Kommunisten«. Dieser sollte Fraktionen und Flügel zulassen und der schlanke Parteiapparat allein der Verwaltung und Koordination des Bundes dienen.⁸

Parallel zur »Alternative« schrieb Bahro an seiner offiziell angemeldeten Dissertation, in der er sich soziologisch mit der Arbeitsmotivation und Möglichkeiten der besseren Ausnutzung von Potenzialen junger Kader in DDR-Betrieben auseinandersetzte. Somit geriet er durch lange Schreibbarkeit, das Ausleihen von Büchern oder das Thematisieren solcher Aspekte

⁵ Gemeint sind die sowjetischen Panzer in Prag, zitiert aus: Rudolf Bahro, Das Buch von der Befreiung aus dem Untergang der DDR (1995), in: Guntolf Herzberg (Hrsg.), Rudolf Bahro, S. 86.

⁶ Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, 3. Auflage, Köln/Frankfurt am Main 1977, S. 425.

⁷ Ebd., S. 427.

⁸ Vgl. Rudolf Bahro, Die Alternative, S. 436ff. Ihm wurde von westlichen Kritikern dennoch ein Mangel an (Parteien-)Pluralismus vorgeworfen, so. z.B. von Hans Kremendahl, der schrieb: »Bei näherem Hinsehen erweist sich Bahros Konzept der Neugründung einer anderen und besseren Einheitspartei als der untaugliche Versuch, mit dem Leninschen Parteimodell von vorn zu beginnen: gleichsam eine Avantgarde-Partei mit besseren, weniger eigensüchtigen und herrschaftsbeseffenen Menschen zu gründen.« Hans Kremendahl, Rudolf Bahros »Alternative« – menschliche Emanzipation und politische Strategie, in: Ders./Thomas Meyer (Hrsg.), Menschliche Emanzipation. Rudolf Bahro und der Demokratische Sozialismus, Frankfurt a.M. 1981, S. 157f. Vgl. zur Rezeption der »Alternative« im Westen Amberger, Bahro – Harich – Havemann, S. 190-200.

in Gesprächen nicht automatisch in Verdacht, eine systemkritische Schrift zu verfassen. Das MfS hatte ihn dennoch ab Anfang der 1970er Jahre auf dem Schirm und sorgte letztlich auch 1975 für die Ablehnung seiner eigentlich bereits von den Erstgutachtern als »cum laude« eingestuften Doktorarbeit.⁹ Verhindert werden konnte hingegen nicht das Erscheinen der »Alternative« im Westen.¹⁰

Aus Angst, dass seine Thesen die Parteimitglieder erreichen, wurde Bahro von der SED-Führung als Spion gebrandmarkt und seine Mitgliedschaft beendet. Das für Agitation zuständige Politbüromitglied Albert Norden schrieb am 6. Juli 1978 an Honecker, dass in Bezug auf Bahro »in der BRD die Hetze gegen die DDR neue Dimensionen erreicht« habe. »Die Verbrechen Bahros werden gefeiert als ›Pflicht eines kritischen linken Schriftstellers‹, der ›einer moralisch und politisch korrupten Bürokratenkaste die Loyalität aufgekündigt‹ hat. Als Aufgabe der demokratischen und sozialistischen Linken in der BRD wird formuliert: ›Kampf um eine aktivere Unterstützung der demokratischen und sozialistischen Opposition im Ostblock‹, erforderlich sei dabei vor allem ›eine fühlbare materielle Unterstützung für regelmäßige Kontakte‹, also Finanzierung der Agentenarbeit.«¹¹

Kurz nach der Verurteilung zu acht Jahren Haft wurde Bahro bereits im Oktober 1979 auf Grund einer Amnestie zum 30. Geburtstag der DDR aus dem Zuchthaus entlassen und ausgebürgert. Ebenso wie andere marxistische Dissidenten wollte er nicht in die Bundesrepublik ziehen, sondern lieber die DDR von innen verändern. Seine Zwangslage ließ ihm aber nur die Wahl zwischen Ausreise und Gefängnis.

Eben noch gefeierter Dissident, fand sich Bahro nun in einer politischen Umgebung wieder, die von einer zersplitterten Linken und der entstehenden grünen Bewegung und Partei geprägt war. Die Rolle des DDR-Oppositionellen wollte er nicht länger spielen, sondern sich in die politische Arbeit vor Ort einbringen. Das erwies sich jedoch aufgrund der Mentalitätsunterschiede als schwieriges Unterfangen. Zunächst sah er die Um-

⁹ Vgl. Peer Pasternak, Politik und Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz: Die Hallesche Bahro-Affäre 1977, in: Berliner Debatte Initial 25 (2014), Nr. 1, S. 106-118.

¹⁰ Zur Entstehungsgeschichte vgl. Amberger, Bahro – Harich – Havemann, S. 141-148.

¹¹ Zitiert aus: Henrik Eberle/Denise Wesenberg (Hrsg.), Einverstanden, E.H., Parteinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999, S. 155f.

weltbewegung als Anknüpfungspunkt. Auf dem Gründungskongress der Grünen im Januar 1980 sprach Bahro als neues Mitglied der Partei. Er begrüßte, dass diese ein Sammelbecken aller ökologischen Strömungen von konservativ bis sozialistisch sein solle. Zukünftig müsse alles dem Primat der Ökologie untergeordnet werden, auch der Klassenkampf. Mit Bezug auf den rechtskonservativen Herbert Gruhl forderte er, dass nicht links und nicht rechts, sondern »vorn« die Richtung zu sein habe.¹²

Die »klassische« politische Linke konnte bzw. wollte seine weitreichenden ökologischen Überlegungen nicht nachvollziehen oder gar übernehmen und schied für Bahro somit als Betätigungsfeld aus. Dies verwundert kaum, stand doch gerade sein Verlangen nach einer Abkehr vom Industrialismus konträr zum Wachstumsdenken der meisten Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten. Bei den Grünen fand er hingegen zunächst eine Heimstatt – auch weil die junge Partei anfangs offen für allerlei Unkonventionelles war. Selbst seine esoterisch-praxisphilosophischen Experimente passten hierzu. Bahro suchte nach Wegen aus der Industriegesellschaft und experimentierte dabei in vielen Bereichen. In der Folge kam es zwangsläufig zum Ausloten, manchmal auch zum Überschreiten von Grenzen, so z.B. innerhalb der Grünen. Mitte der 1980er Jahre waren diese – zumindest der politisch-pragmatische Flügel – auf bestem Weg, im Parteiensystem der Bundesrepublik anzukommen. Joschka Fischer, der Realpolitiker und innerparteiliche Gegner Bahros, setzte sich durch und der ehemalige DDR-Oppositionelle gab auf. Im Anschluss zog sich Bahro aus der Parteipolitik zurück und arbeitete an seinem Buch »Die Logik der Rettung«, in dem er einen radikalen Bruch mit der westlichen Lebensweise einforderte.

Joachim Radkau kommt zu dem Schluss, dass sich Bahro in der Bundesrepublik verirrt habe. Statt seine »Alternative« weiterzuentwickeln, die sein »politisches Kapital« auf Lebenszeit gewesen sei, habe er nach etwas anderem gesucht und dabei auch grüne Weggefährten verprellt: »Bahro verfiel selbst auf Parteiversammlungen in eine prophetische Sprache; auf der Hamburger Bundesversammlung der Grünen im Dezember 1984 verkündete er: ›Der Wettlauf mit der Apokalypse kann nur gewonnen werden, wenn dies eine große Glaubenszeit wird, eine Pfingstzeit mit dem leben-

¹² Vgl. Rudolf Bahro, *Elemente einer neuen Politik. Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus*, Berlin [West] 1980, S. 61ff., Grimm, Linke Vaterlandsge-sellen, S. 284.

digen Geist, möglichst gleichermaßen ausgegossen über alle.« Das wurde selbst der Ex-Pfarrerin Antje Vollmer zu viel; ganz treffend erwiderte sie aus theologischer Kompetenz, Bahro habe ›eines wirklich vergessen: Man macht sich nicht selbst zum Propheten, sondern dazu wird man gemacht, indem Leute einem folgen und Vertrauen haben in das, was man sagt‹. In der Tat, das war der Punkt: Zum Propheten gehört eine Zuverlässigkeit gegenüber den Jüngern, geistig wie menschlich: etwas, das dem bis zum Autismus selbstverliebten Bahro fehlte.«¹³

Erst im Herbst 1989, nach dem Fall der Mauer und seiner damit verbundenen sofortigen Übersiedlung in die DDR, eröffnete sich für Bahro eine neue Chance: Der 1979 Ausgewiesene kam schon im Dezember 1989 in seine alte Heimat zurück, um die Menschen hier vor den negativen Seiten des westlichen Konsums und Lebenswandels zu warnen. Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember wurde ihm eine halbe Stunde Redezeit zugestanden. Bahro wollte seine ehemaligen Genossen wieder erreichen, wollte sie nun endlich persönlich ansprechen und aufrütteln, was ihm 1977 verwehrt geblieben war. Allerdings waren seine Thesen für die meisten Delegierten kaum zugänglich. Abgesehen davon, dass seine Person auf so manchen SED-Kader provozierend wirken musste, postulierte er dort Ideen, die kaum deplatziierter sein konnten. Beispielsweise forderte er die Deindustrialisierung der Landwirtschaft und kritisierte das Wachstumsdenken der Regierung Modrow. Die Reaktionen auf seine auch viel zu schnell gesprochene Rede fielen erwartungsgemäß verhalten bis ablehnend aus.

Interessant war sein Umgang mit Erich Honecker. Schon auf dem Parteitag forderte Bahro die Delegierten auf, die Alleinschuld für das Scheitern der DDR nicht auf den abgesetzten Regierungs- und Staatschef bzw. sein Politbüro zu schieben. Diesen Lösungsansatz hielt er für verkürzt. Sein Plädoyer konnte jedoch die Strafverfolgung Honeckers nicht verhindern. Bahro fand das gesamte Vorgehen gegen ihn falsch und schäbig, weshalb er anbot, im Prozess als Entlastungszeuge auszusagen. Ein ehemals politisch Verfolgter, der Honecker verzieh, hätte dessen Verteidigung möglicherweise genützt. Allerdings knüpfte Bahro sein Angebot an eine Bedingung: Er verlangte im Gegenzug, dass Honecker eingestand, es habe sich 1977 um eine Auseinandersetzung zwischen Kommunisten über den rich-

¹³ Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 268f.

tigen Weg gehandelt.¹⁴ Bahro wollte also im Nachhinein Anerkennung und damit einhergehend eine Rücknahme der damaligen Verleumdungen gegen ihn als Systemfeind und Antikommunisten. Honecker ging nicht auf dieses Angebot ein, und Bahro sagte in der Folge nicht zu dessen Verteidigung aus.

Die SED-Führung sah, so zeigen es viele Einzelfälle, in kritischen Sozialisten, Sozialdemokraten oder Kommunisten eine meist größere Gefahr als in nichtlinken Systemkritikern. Ein beliebtes Mittel war, die Ketzler aus dem eigenen Lager zum Umzug in die Bundesrepublik zu drängen. Ende der 1970er Jahre wurde dieses Mittel in solchem Ausmaß angewandt, dass das intellektuelle und kulturelle Leben der DDR einen irreparablen Aderlass erlitt. Die wohl prominentesten Ausbürgerungen dieser Zeit sind die des Politbarden Wolf Biermann (1976) und die Bahros (1979). Im Gegensatz zu Biermann, der nach 1990 vom Sozialismus nichts mehr wissen wollte und stattdessen zum antikommunistisch motzenden Bänkelsänger der bundesdeutschen Konservativen mutierte, profilierte sich Bahro nach seiner Ausbürgerung und erst Recht nach 1990 nicht als DDR-Hasser. Wohl kaum ein anderer Intellektueller hatte eine so grundlegende Analyse und Kritik des Realsozialismus erarbeitet wie Bahro in seiner »Alternative«. Er hatte es also nicht nötig, diese Tiefenschichten der Systemkritik zu verlassen und am oberflächlichen, aber massenwirksamen Kritisieren der SED bzw. DDR teilzunehmen. Im Jahr 1995 sagte Bahro diesbezüglich dem »Spiegel«: »Ich meinte, es sei ein ungeheurer Unfug, die ganze DDR bloß unter Unrechtsstaat abzubuchen. Ich habe jahrzehntelang meine ganze positive Energie hier eingebracht, ich habe da nichts zu verleugnen. Ich habe auch nicht zu verleugnen, was ich hier selbst zur Repression beigetragen habe. Das war halt so damals, guten Glaubens, und das heißt ja noch nicht, daß es richtig war. *Spiegel*: Die DDR-Elite weigert sich bis heute hartnäckig, ihre eigene Rolle beim Scheitern des Sozialismus aufzuarbeiten. Die meisten flüchten sich in Schweigen. *Bahro*: Da gibt es in der Tat eine Verweigerung. Ich glaube, aus zu viel Schuldgefühl. Das ist falsch. *Spiegel*: Wie wär's denn richtig? *Bahro*: Ich meine, der Schlüssel ist die PDS, weil die halt das DDR-Gefühl doch irgendwie verwaltet. Aber wie die PDS das macht, das

¹⁴ Vgl. Rudolf Bahro, *Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit*, Berlin 1998, S. 81f. Honecker hatte 1977 zehn Jahre Haft für Bahro verlangt. Vgl. Grimm, *Linke Vaterlandsgesellen*, S. 278.

finde ich saublöd: eine kleinkarierte Klientelpolitik, die sich nur um Sonderinteressen von Underdogs kümmert.«¹⁵

Was er sich stattdessen von der Nachfolgepartei der SED wünschte, steht in dem Essay, den Bahro kurz vor seinem Tod adressiert an Sahra Wagenknecht von der »Kommunistischen Plattform« verfasste. Mit der Politik der PDS konnte er sich nicht identifizieren. Seiner Meinung nach strebte die Partei nach wie vor eine Überflusgesellschaft an, wohingegen Bahro die Abkehr vom Materiellen predigte und die bürgerlichen Werte als konstitutionell für den Kapitalismus einschätzte. Gleich zu Beginn des Textes knüpfte Bahro bewusst an den ökologisch-kommunistischen Gehalt des dritten Teiles der »Alternative« an. War diese damals an die SED-Genossen adressiert, so hatte er den neuen Text nun an die PDS gerichtet.¹⁶ Ihm ging es darin um eine völlige Abkehr vom Industrialismus zugunsten menschlicher Emanzipation in einem Gleichgewichtszustand mit der Natur. »Damit hat er den Brückenschlag zwischen ›spirituell‹ und ›Kommunismus‹ hergestellt, und so will er auch ›endgültig‹ den Kommunismus verstehen als ›Praxis der Gnade‹ – womit Bahro vermutlich auch das letzte kommunistische PDS-Mitglied verschrecken wird.«¹⁷

Es ist zu vermuten, dass ihn dies nicht allzu sehr belastet haben dürfte, hatte er doch seine Lebensschwerpunkte mittlerweile auf das Lebensgut Pommritz, den Versuch einer konkreten Utopie, und auf sein Institut für Sozialökologie an der Humboldt-Universität gelegt. Die ökologische Frage, die Abwendung der Apokalypse, hatten für ihn Vorrang vor Parteien oder der politischen Kultur des bundesdeutschen Parlamentarismus. Bahro hielt die Linken für zu borniert, um seine ökologischen Mahnungen und Konzepte anzunehmen. Deshalb wandte er sich gleichfalls der (neu-)rechten Bewegung zu, mit dem Ziel, eine ökologische Querfront zu errichten. Bahro fragte z.B. im Interview mit der »jungen Welt« 1993, warum die »nördliche weiße Zivilisation« mit einem Hang zur Selbstvernichtung ausgestattet sei. Er beklagte darin zudem, dass die Grünen das »nationale, [...] völkische Element« vernachlässigen würden, und machte in der »Volkstiefe« ein Verlangen nach einem »grünen Adolf« aus, der allerdings eher strukturell denn persönlich gewünscht werde. Bahro selbst gehörte zwar nicht zur Rechten und grenzte auch bis zuletzt vermeintlich guten gegen schlechten

¹⁵ Bahro, »Die wollen nur Macht«, S. 504.

¹⁶ Vgl. Bahro, Das Buch von der Befreiung, S. 37ff.

¹⁷ Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro, S. 573.

Nationalismus ab. Parteipolitisch hatte er sich jedoch bis 1997, dem Jahr seines Todes, von der SED, der PDS und den Grünen gelöst. Diese waren ihm zu systemimmanent, systemtragend.

Wolfgang Harich

Zwei Jahrzehnte vor Bahro machte sich bereits Wolfgang Harich zum Feind der SED-Führung. Zwischen 1945 und 1956 hatte er Karriere im Kulturbetrieb der SBZ bzw. DDR gemacht, wurde Philosophie-Professur an der Berliner Humboldt-Universität und fungierte u.a. als Chefredakteur der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie«. Hier pflegte der junge Intellektuelle Umgang mit Koryphäen wie Ernst Bloch oder Georg Lukács.

Eine erste Zuspitzung zwischen ihm und den Dogmatikern erfolgte 1952 vor dem Hintergrund seiner Vorlesungen über Hegel an der HU. Harich hatte hier (unbewusst) das Hegel-Bild des damals noch lebenden und unangreifbaren Stalin kritisiert und wurde mittels einer Parteirüge diszipliniert. Im Folgejahr kam es zur ersten großen Machtprobe für die SED, die diese mit der Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 durch einen Pyrrhussieg für sich entscheiden konnte. Ihre Gegner (insbesondere im Westen) instrumentalisierten diese Zäsur antikommunistisch, während in der DDR keine Diskussion über die Ursachen erwünscht war – ja selbst das Erwähnen dieses Tages blieb Tabu. Nach dem 17. Juni appellierte Harich hingegen an die SED, Diskussionen zuzulassen, um in der Bevölkerung mehr Anerkennung zu gewinnen. Andreas Heyer meint, dass er damit zum damaligen Zeitpunkt mutiger als viele andere (spätere) Oppositionelle gewesen sei, die entweder geschwiegen oder die Niederschlagung des Aufstandes gar begrüßt haben.¹⁸

Sein Ziel war, die Partei anders auszurichten und in der Bevölkerung beliebter zu machen. Damit sollte der Sozialismus als Ganzer an Attraktivität gewinnen. Die SED sah er in der Pflicht, die Anerkennung durch die Bevölkerung und damit die machtpolitische Legitimität stets aufs Neue verdienen und erarbeiten zu müssen. Dieses Ansinnen prägte auch Harichs politische Vorstellungen im Zuge der Entstalinisierungsdebatten nach dem XX. Par-

¹⁸ Vgl. Andreas Heyer, Wolfgang Harichs Staatsbegriff, in: Wolfgang Harich, Schriften zur Anarchie. Zur Kritik der revolutionären Ungeduld und die Baader-Meinhof-Gruppe. Schriften aus dem Nachlass, Band 7, Marburg 2014, S. 26.

teitag der KPdSU, die zwischen Frühjahr und Winter 1956 in der DDR und im gesamten Ostblock geführt wurden. Die Zielstellung einer Diskussion über die Politik der SED prägte zudem die 1956er »Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«. In diesem Papier, das der Philosoph als interne Diskussionsgrundlage für die SED angelegt hatte,¹⁹ wurden zahlreiche Reformvorschläge unterbreitet. Wen der Autor ins Zentrum stellte, ging bereits aus der Gliederung hervor: Von den 50 Seiten nahm der Unterpunkt A, »Die Partei«, die Hälfte ein. Darin forderte Harich, dass das Prinzip des »Demokratischen Zentralismus« mit seiner Form der innerparteilichen Demokratie beibehalten werden müsse und dass Parteibeschlüsse uneingeschränkt zu gelten haben. Im Prinzip wollte Harich hinter Stalin zurück und den originären Lenin freilegen, weshalb er auch die »strikte Einhaltung der Leninschen Normen des Parteilebens in der SED für die Zukunft zu garantieren«²⁰ wünschte. Entstalinisierung war Harichs Gebot der Stunde. Folglich forderte er, dass diejenigen, die führende Vollstrecker der »Berijabande« in MfS und Justiz waren, zu bestrafen sind – je nach Schwere der Verbrechen reichte das geforderte Spektrum von Entmachtung bis Strafverfolgung. Das richtete sich indirekt auch gegen Walter Ulbricht und Erich Mielke. Von den führenden Parteifunktionären forderte er zudem ein bescheidenes Leben ohne Privilegien, klaren Tisch statt Schönfärberei, die Abschaffung »von oben« organisierter Kundgebungen und mehr Transparenz. Die SED sollte weiterhin die führende Partei der Arbeiterklasse bleiben, nicht jedoch die Staatspartei. In den Organen des Staates sollten sich die Vertreter der SED mittels Überzeugungsarbeit beweisen müssen, ebenso in den Massenorganisationen (Gewerkschaft, FDJ u.a.) und Betriebsleitungen.

¹⁹ Er schrieb einleitend: »... ist es notwendig, die folgenden Gedanken und Vorschläge, die eine Neuorientierung unserer Politik betreffen, auf einem eigenen Wege, unter Ausschluss der Gefahr einer Einmischung parteifremder Kräfte in unsere inneren Auseinandersetzungen, an die Mitglieder des ZK sowie an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED heranzutragen und [...] auf einer in Kürze einzuberufenden Plenartagung des ZK der SED zum Gegenstand [...] zu machen.« (Wolfgang Harich, *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit*, Berlin 1993, S. 112.) Vgl. auch Andreas Heyer, *Wolfgang Harichs Staatsbegriff und seine Demokratiekonzeption. Eine thematische Einführung*, in: Ders. (Hrsg.), *Wolfgang Harichs politische Philosophie*, Hamburg 2012, S. 14ff.

²⁰ Harich, *Keine Schwierigkeiten*, S. 114.

Die »Plattform« sah also die Abschaffung der a priori festgelegten Vormachtstellung der Partei in Institutionen und Organisationen der Gesellschaft vor. Genossen sollten hier selbstverständlich vertreten sein und auch die SED repräsentieren – sich dabei allerdings den gesellschaftlichen Problemen offen stellen. Ohnehin forderte Harich ein Ende des Dogmatismus, Rede- und Diskussionsfreiheit ohne Tabus und stalinistische Feindbilder und ein wiedervereintes, sozialistisches Deutschland – was auch ein Losreisen von der KPdSU bedeutet hätte. Eine engere Kooperation mit denjenigen »Bruderparteien«, die ebenfalls eine Emanzipation von Moskau anstreben, war allerdings gewünscht. Für die damals noch nicht verbotene KPD in der Bundesrepublik sollte gleichfalls Eigenständigkeit hergestellt werden. Nur so könne auch gemeinsam mit der SPD die Einheit der deutschen Arbeiterparteien erreicht werden.

Ein »Programm des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus« fügte Harich als Abschnitt »B« in die »Plattform« ein. Bereits zu Beginn wurde betont, dass er die DDR nicht für einen dauerhaft zu etablierenden Staat hielt. Ihre Aufgabe sah er vielmehr darin, Werbung für die Vorzüge des Sozialismus zu machen und somit auch das westdeutsche Proletariat zu überzeugen, für sozialistische Reformen im eigenen Land und somit eine Wiedervereinigung unter linken Vorzeichen einzutreten. Dazu hielt es Harich für unabdingbar, alles zu überwinden, was abschreckend wirken und gegen den Sozialismus verwendet werden konnte. Der Partei übertrug er hier die Rolle des transformatorischen Subjekts: »Der ganze Prozeß der Demokratisierung in der DDR muß von der SED geleitet werden«²¹ – also nicht von den Blockparteien, um die Vormachtstellung des Proletariats auch weiterhin zu gewähren. Gleichzeitig forderte er einen radikalen Abbau der Staatsbürokratie und eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Freigesetzte Staatsbürokraten sollten in die Produktion versetzt werden. In Bezug auf die Parteien war eine klare Zuordnung vorgesehen: Arbeiter in die SED, Bauern zur Bauernpartei, Mittelstand zur LPD bzw. NDP.²²

Die Parteiführung, an die Harich seine Vorschläge richtete, hatte kein Interesse an einer Reform- oder Personaldebatte. Im Gegenteil: Walter Ulbricht, dessen Macht im Laufe des Jahres 1956 stark ins Wanken geraten war, hatte Ende des Jahres seine Position wieder stabilisiert, wollte aber noch

²¹ Harich, Keine Schwierigkeiten, S. 139.

²² Vgl. ebd., S. 147. Beide Parteien sind besser bekannt als Blockparteien LDPD und NDPD.

ein Exempel gegen die aufmüpfige Intelligenz statuieren. Harich schien dafür prädestiniert: Er war unter den Intellektuellen anerkannt und fungierte für viele Ulbrichtkritiker als Gesprächspartner, Kollege oder Bezugsperson. Zugleich war sein Bekanntheitsgrad nicht so groß, dass ein Vorgehen gegen ihn gravierende außenpolitische Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Und so kam es 1957 zum Schauprozess, an dessen Ende Harich mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft wurde.²³

Schon vor Gericht gab sich der Philosoph geläutert, da ihm während des Verhörs »die Werkzeuge gezeigt«²⁴ wurden. Er sagte als Kronzeuge gegen seine Mitstreiter aus und wurde somit von Ulbrichts Justiz zum Verräter stilisiert – ein Vorwurf, der ihn bis an sein Lebensende begleitete und belastete. Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus tat Harich alles, um nicht wieder in die Rolle eines Dissidenten zu geraten.²⁵ Die Staatspartei mit dem von Harich ungeliebten Ulbricht an der Spitze stellte für ihn die zentrale Institution dar. Das lag nicht an der konkreten Staatsführung, sondern an der Institution Staat an sich, die für Harich immer Fixpunkt war.²⁶ In Interviews und Briefen richtete er seine politischen Wünsche und Forderungen zumeist an die Partei, und wenn er ihre Politik kritisierte, so nur auf einzelnen Feldern und stets in Kombination mit alternativen Vorschlägen, für welche die SED zuständig sein sollte und die ihr seiner Meinung nach von Nutzen wären. Oppositionelle Strukturen oder Personen außerhalb der SED sah Harich nicht als ernstzunehmende Instanz an, von ihnen erwartete er keine Veränderungen. Das galt nicht nur in Bezug auf die DDR, sondern auch auf die Bundesrepublik.

Als dort in den Jahren 1967ff. die Neue Linke erstarkte und sich in unterschiedliche Richtungen entwickelte, war Harich ein interessierter Beob-

²³ Verwiesen sei hier auf den am 2. Dezember 2014 im rbb erstmals ausgestrahlten Dokumentarfilm »Schauprozesse – Genossen vor Gericht«.

²⁴ So Jens-Fietje Dwars, in: Partisan im Kulturbetrieb. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Janka, Helle Panke e.V. (Hrsg.), hefte zur ddr-geschichte, Nr. 131, Berlin 2014, S. 54.

²⁵ Vgl. dazu ausführlich Alexander Amberger, Der konstruierte Dissident. Wolfgang Harich und seine Rolle als Oppositioneller, in: Ders./Andreas Heyer, Der konstruierte Dissident. Wolfgang Harichs Weg zu einem undogmatischen Marxismus, Helle Panke e.V. (Hrsg.), hefte zur ddr-geschichte, Nr. 127, Berlin 2011.

²⁶ Die Existenz von Interessendivergenzen berge Konfliktpotential, dieses mache den Staat notwendig, so Harich. Der Staatsbürger habe auf den Staat zu hören, dürfe sich aber bei der Entscheidungsfindung demokratisch beteiligen. Vgl. Heyer, Wolfgang Harichs Staatsbegriff, S. 9f. und 23.

bachter. Ähnlich wie sein langjähriger Brieffreund in der Bundesrepublik, der rechtskonservative Arnold Gehlen, lehnte Harich die Institutionen- kritik des antiautoritären Teils der Außerparlamentarischen Opposition (APO) ab.²⁷ Bisher galt hierzu sein Buch »Zur Kritik der revolutionären Ungeduld«²⁸ von 1971 als einzige längere Auseinandersetzung mit diesem Thema. In seinem Nachlass fand sich jedoch ein weiterer umfangreicher Beitrag, den Andreas Heyer kürzlich unter dem Titel »Die Baader-Meinhof Gruppe« veröffentlicht hat. Das Manuskript in Form eines Selbstinterviews entstand 1972²⁹ und kann als Bindeglied zwischen »Kritik der Revolutionären Ungeduld« und dem 1975 erschienenen »Kommunismus ohne Wachstum?« betrachtet werden.

Harich wandte sich gegen jene in der APO, die Wege abseits des legalen parlamentarischen Systems suchten und auch Gewalt als Mittel des gegenwärtigen Klassenkampfes in Betracht zogen. Vielmehr plädierte er zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Bedingungen für eine Politik des Kampfes um Hegemonie für linke Ziele, »denn nur die Abwehr der Gefährdung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse, des ganzen werktätigen Volkes kann das Risiko rechtfertigen, sich zum illegalen Kampf zu entschließen«.³⁰

Parteien hingegen sah Harich als geeignetes Mittel an. Allerdings kritisierte er diese auch heftig und gab ihnen eine Teilschuld für den Linksterrorismus. Den Konservativen warf er vor, durch das Verbot der KPD eine Einbindung revolutionärer Jugendlicher in eine demokratische Partei verhindert zu haben. Diese würden nun in der SPD keine Alternative sehen bzw. rasch von ihr enttäuscht, falls sie sich als engagierte und politisierte Jugendliche einbringen wollten. Als Beispiel führte Harich das RAF-Mitglied Gudrun Ensslin an und spekulierte diesbezüglich: Hätte es

²⁷ Vgl. dazu Amberger, Bahro – Harich – Havemann, S. 90ff., Heyer, Wolfgang Harichs Staatsbegriff und seine Demokratiekonzeption.

²⁸ Der Text wurde mittlerweile dreimal veröffentlicht: 1971 bei der unbekanntem »edition etcetera« in Basel mit mehr als 80 Fehlern, da Harich den Text nicht Korrektur lesen konnte, 1998 in leicht verbesserter Fassung im Verlag 8. Mai und 2014 in vollständig überarbeiteter und korrigierter Form im Band 7 der von Andreas Heyer herausgegebenen Nachlassreihe unter dem Titel »Schriften zur Anarchie«. Zur Editions-geschichte vgl. Andreas Heyer, Die Entstehung von Harichs Schriften zur Anarchie, in: Wolfgang Harich, Schriften zur Anarchie, S. 451-471 und Amberger, Der konstruierte Dissident, S. 14 ff.

²⁹ Vgl. Heyer, Die Entstehung von Harichs Schriften zur Anarchie, S. 464.

³⁰ Wolfgang Harich, Schriften zur Anarchie, S. 235.

in Westdeutschland eine KP nach eurokommunistischem Muster gegeben – also eine ohne den Ruch, nur eine Befehls- und Geldempfängerin Moskaus zu sein –, und würde nicht die 5-Prozent-Klausel existieren, diese KP also »nicht mehr mit dem Odium der Ineffektivität ihres Tuns behaftet sein«, hätte es die RAF vielleicht gar nicht gegeben.³¹ »Mädchen« wie Ensslin hätten ein »kommunistisches Herz«. Dieses würden »sie in die Brust jedes SPD-Funktionärs hinein« projizieren. »Und plötzlich trifft sie der Schlag irgendeiner furchtbaren Enttäuschung. Die Folge ist, dass sie sich von dem Legalitätskult der SPD [...] radikal abkehren und nun für sie ein Übergang zur MKP erst recht nicht in Frage kommt, weil diese Partei [...] jetzt zusätzlich auch noch durch ihre betonte Grundgesetz-Treue, die sie offenbar mit der so enttäuschenden SPD teilt, verdächtig ist [...]. Also gibt es für das verzweifelte kommunistische Herz nur noch eine Zuflucht, eine mögliche neue Heimat: den Extremismus links von der KP.«³² Harichs Schlussfolgerung lautet, »dass Brandt, Wehner, Schmidt sich in Gestalt der mutmaßlichen Verbrechen der Baader-Meinhof-Gruppe mit den blutigen Konsequenzen ihres eigenen Opportunismus sowie ihrer parteiegoistischen Ausbeutung des KPD-Verbots und der 5-Prozent-Klausel konfrontiert sehen«.³³

Und so kommt er zu dem Vorschlag, dass die Kaderversuche die wichtigste Aufgabe der DKP/SEW sein müsse, mit dem Ziel, ihren neuen Lenin zu finden, der momentan im linken Feld der Bundesrepublik herumirre. Ihre Rolle in der Gegenwart sei es, »auf dem Boden der Legalität den politischen und ideologischen Klassenkampf [zu] führen«.³⁴

Harich thematisierte in diesem Manuskript erstmals umfassender die Umweltfrage. Schon hier legte er sich fest, dass ein schneller Übergang zu einer ökologisch verträglichen Lebensweise konsequenterweise nur mittels einer ökokommunistischen Diktatur möglich sei, »nur auf der Grundlage sozialistischer Eigentumsverhältnisse, nur im Zuge der Verwirklichung langfristiger und hochkomplexer sozialistischer Wirtschaftspläne und nur unter der Diktatur von Lenins Partei, wenn es sein muss: mit der

³¹ Vgl. ebenda, S. 267f.

³² Ebenda, S. 268.

³³ Ebenda, S. 273. Zugleich zieht er aber die von ihm vielgescholtene SPD der CDU vor und hofft, dass die sozialliberale Koalition bei den Bundestagswahlen 1972 nicht unterliegen werde.

³⁴ Ebenda, S. 383.

eisernen Faust Stalins«. ³⁵ Für ein Opfer stalinistischer Schauprozesse in der DDR klingt dies (zunächst) abwegig. Warum dieser offenbare Wandel? Gründe könnten sein: Er war tatsächlich Stalinist geworden. Das ist aber unwahrscheinlich, da Harich den Stalinismus stets kritisierte. Wenn er selbst damit kokettierte, so geschah dies zumeist in ironischer Überspitzung. Wahrscheinlicher ist, dass Harich die Prognosen des Club of Rome und ökoapokalyptischer Autoren wie Gordon R. Taylor oder Paul Ehrlich für bare Münze nahm und deshalb zur Rettung der Menschheit drastisch formulierte, um die nötige Aufmerksamkeit für das Thema zu bekommen. Und dies gelang ihm ja später auch, wie der Erfolg von »Kommunismus ohne Wachstum?« belegt. Vieles, was er dort fordert, findet sich angedacht oder genauso bereits im Baader-Meinhof-Manuskript, so z.B. das Bild vom Menschen als »Mängelwesen« im Sinne Gehlens. Dieses brauche starke Institutionen, da es unreguliert sonst die Umwelt zerstören werde. Auch auf Babeuf und dessen archaischen Utopieentwurf, der ökologisch modifiziert als Gesellschaftsmodell fungieren sollte, kam Harich hier schon zu sprechen. ³⁶

Ökodiktatur als einziger Ausweg war für ihn *zu diesem Zeitpunkt* positiv besetzt, er sprach sogar vom »geliebten Totalitarismus« und empfahl eine »Entdemokratisierungskur«. ³⁷ Lenins Demokratischer Zentralismus galt ihm als Höchstes, eine parlamentarische Demokratie hielt er für untauglich, plädierte gegen sie – außer wenn es gelte, den Faschismus zu verhindern. In diesem Falle müsse auch die »widerwärtige pluralistische Demokratie wie die auf den Knochen der toten Spartakisten von 1918/1919 errichtete Weimarer Demokratie« ³⁸ – verteidigt werden.

Auch in »Kommunismus ohne Wachstum« ³⁹ spielen Parteien eine Rolle. Nicht nur, dass er den dystopisch anmutenden Entwurf einer asketischen globalen Ökodiktatur als politisches Programm an Honecker und Breshnew richtete, ⁴⁰ er schlug auch vor, deren Herrschaftstypus, modifiziert nach

³⁵ Ebenda, S. 298.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 304-320.

³⁷ Ebenda, S. 360.

³⁸ Ebenda, S. 366.

³⁹ Vgl. zu diesem Buch ausführlich Amberger, Bahro – Harich – Havemann, S. 61-130.

⁴⁰ Vgl. Wolfgang Harich, Weltrevolution jetzt. Zur jüngsten Veröffentlichung des Club of Rome, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2 (1991), Nr. 8, S. 63-72.

ökologischen Gesichtspunkten, als Weltmodell einzuführen: »Der Sturz der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Verwirklichung des Kommunismus sind die Voraussetzungen dafür, die Forderungen des Club of Rome in der Gesellschaft durchzusetzen.«⁴¹ Harich schwebte eine kommunistische Weltregierung vor, die unter dem Primat der Ökologie die Menschen von weiterem Wachstum und von Umweltzerstörung abzuhalten habe. Für ihn waren die vom Club of Rome aufgezeigten, düsteren Zukunftsprognosen sakrosankt. So sehr Harich in anderen Themenfeldern der Marxschen Maxime, dass an allem zu zweifeln sei, folgte – hier tat er es nicht. Der Erhalt der Umwelt war dabei kein Selbstzweck, sondern stand unter der anthropozentrischen Maxime, die Erde für die Menschheit zu erhalten. Zu diesem Zwecke müsse sich eben jene allerdings einer kommunistischen Ökodiktatur beugen. Je früher dies geschehe, desto mehr Freiheiten könnten erhalten bleiben. Bei einer weiteren Zuspitzung der Wachstumskrise bliebe bei einem späten Übergang nur eine harte, asketische Diktatur als Option. Um dies zu vermeiden, müssten unter Führung der Arbeiterklasse folgende Maßnahmen zur Rettung der Menschheit durchgeführt werden: Stoppen der Bevölkerungslawine, Begrenzung des Wirtschaftswachstums, Schutz der Natur vor der Industrie, Ressourcen sparen, Beseitigung des Nord-Süd-Gefälles und Abrüstung.⁴²

Die SED konnte und wollte Harichs Forderungen nicht folgen, da sie auf eine deutliche Steigerung des Wirtschaftswachstums im Systemwettbewerb mit dem Westen baute. Die bundesdeutsche DKP verfolgte hier den gleichen Kurs, die SPD ihrerseits setzte ebenfalls auf Wirtschaftswachstum. Harich verfasste zahlreiche Schreiben mit umweltpolitischen Forderungen an führende SED-Kader. All diese Bemühungen blieben jedoch ohne große Resonanz. Viel mehr als ein paar warme Worte und Angebote zur Mitarbeit in politisch irrelevanten Kommissionen zu ökologischen Fragestellungen konnte und wollte man Harich nicht bieten.⁴³ So entschloss er sich Ende der 1970er Jahre, die DDR zu verlassen. Im Westen boten sich schließlich bessere Möglichkeiten für grünes Engagement. Und so war er genau zu jener Zeit dort, als die Umweltbewegung im Begriff der Institutionalisierung war.

⁴¹ Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der »Club of Rome«*, 2. Aufl., Reinbek 1975, S. 109.

⁴² Vgl. Harich, *Kommunismus ohne Wachstum?*, S. 109.

⁴³ Vgl. Amberger, *Der konstruierte Dissident*, S. 16ff.

Damals gründeten sich in vielen westeuropäischen Staaten grüne Parteien. Harich engagierte sich hier, wobei sich laut eigener Aussage sein Weltbild modifizierte: »Ich bemühte mich, die basisdemokratischen Vorstellungen der Grünen und Alternativen zu verstehen, und gewann gleichzeitig zu dem Demokratismus der SPD beziehungsweise SPÖ insofern eine versöhnliche Einstellung, als ich – dank Eppler, Duve, Johano Strasser und Paul Blau – erlebte, daß in den Reihen dieser Parteien angesichts der Umweltbedrohungen der Prozeß des Umdenkens verhältnismäßig schneller vorankam als bei den Kommunisten.«⁴⁴ Als dann auch noch Gorbatschows Reformen kamen, hat Harich umgedacht: »Lenin faßt das Verhältnis, in dem Diktatur und Demokratie zueinander stehen, nicht als schroff ausschließenden Gegensatz auf. Ihm gilt die Diktatur gegen die Minderheit [...] zugleich als breit entfaltete Demokratie für die Mehrheit [...].«⁴⁵ Unter dieser Ägide definierte er auch das Konzept der Ökodiktatur um: »Ausgeübt wird die Diktatur jedoch demokratisch, durch die Mehrheit; nicht durch einen ökologisch belehrten weisen Diktator und dessen Prätorianergarde und schon gar nicht im System eines von oben verordneten Monolithismus in allen beliebigen Fragen, auch in solchen, auf die es ökologisch weder direkt noch indirekt ankommt.«⁴⁶

Nachdem er weder bei den westlichen Parteien, noch nach seiner Rückkehr in der SED einen festen Platz finden konnte, boten sich für Harich erst 1989/90 ernsthafte Möglichkeiten für parteipolitisches Engagement. Die Suche gestaltete sich jedoch schwierig. Im Dezember 1989 wurde er darum gebeten, am Programm der neu entstandenen grünen Partei der DDR mitzuarbeiten. Den Entwurf reichte Harich wenig später ein. Die darin von ihm verlangte deutsche Wiedervereinigung lehnten die Grünen mitsamt seines ganzen Entwurfes im Februar 1990 ab. Die Einheit stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf ihrer Agenda, dabei hatte Harich sie unter antikapitalistische und ökologische Vorzeichen gesetzt.⁴⁷

Nachdem er bei den Grünen nicht unterkommen konnte und die von ihm seit Jahrzehnten erhoffte deutsche Einheit unter für ihn verhassten Vorzeichen vonstatten gegangen war, suchte Harich weiter. Die PDS kam aus mehreren Gründen nicht in Frage. Zu den wichtigsten zählte, dass sein

⁴⁴ Wolfgang Harich, Nietzsche und seine Brüder. Eine Streitschrift, Schwedt 1994, S. 141.

⁴⁵ Ebenda, S. 141.

⁴⁶ Ebenda, S. 142.

⁴⁷ Vgl. Harich, Keine Schwierigkeiten, S. 165f.

Gegner Walter Janka im Ältestenrat saß. Zudem hielt er die Geschichtspolitik der Partei nach 1990 für verheerend. Beispielsweise wandte sich Harich 1992 gegen die Beteiligung der PDS an der Bundestags-Enquete-Kommission zur DDR-Aufarbeitung.⁴⁸

Zwischen einer Mitarbeit in der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS und einem Engagement in einer KPD schwankend, entschied sich Harich 1992 für letztere, da er den parteiinternen Einfluss der KPF für gering hielt. Nach einigen Monaten hatte er allerdings den Eindruck, dass die Partei sich nur mit seinem Namen schmücken, seine konstruktive Mitarbeit aber nicht haben wolle. Zudem erreichten ihn Gerüchte über eine nordkoreanische Finanzierung dieser KPD, sodass er 1993 wieder austrat.⁴⁹ Es sagt viel über Harichs Wesen und seine freiwillige Unterordnung unter die Institution einer Parteiführung aus, dass er selbst in dieser völlig obskuren Splitterpartei das ZK für weisungsmächtig ihm gegenüber einstufte, wie seine Empörung belegt: »Ich werde z.B. angeschrieben von Zwerenz, wie ich stünde zu seiner Idee der Fusion von PDS und SPD. Ich sollte darauf antworten. Ich habe mich an den Parteivorsitzenden Schleese gewandt, um mit ihm meine Position abzusprechen. Das brauchst Du nicht abzusprechen, das ist jetzt nicht mehr so, da schreibste einfach, was Du denkst und schickst ihnen das. Erstaunlich! Man wendet sich an seinen Parteivorsitzenden und der will davon gar nichts wissen.«⁵⁰

Zudem wurde er Anfang der 1990er Jahre mit einer zu gründenden »Ostpartei« in Verbindung gebracht. Nachdem die PDS bei der Landtagswahl in Brandenburg 1994 überraschend gut abgeschnitten hatte, schwenkte Ha-

⁴⁸ Er warf der PDS einen »beschämenden« Umgang mit der Erich-Honecker-Riege in der Wendezeit vor. Es würde der Parteiführung an Solidarität gegenüber alten SED-Kadern fehlen, die, bei aller gerechtfertigten Kritik aus den eigenen Reihen, trotzdem nicht widerstandslos dem politischen Gegner als Prügelknaben überlassen werden dürften. Auch sei die innerparteiliche Säuberung von ehemaligen MfS-Mitarbeitern falsch, da sie nur der antikommunistischen Agitation der Gegner entgegen käme. Vgl. Wolfgang Harich, Kritische Anmerkungen zur Rolle der PDS, in: Lothar Bisky/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.), »Unrechtsstaat?« Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994. Vgl. auch Heyer, Wolfgang Harichs Staatsbegriff, S. 22f.

⁴⁹ Vgl. Peter Feist, Wolfgang Harichs Verhältnis zu sozialistischen und kommunistischen Parteien. Interview mit Wolfgang Harich am 15. Juni 1994, in: Siegfried Prokop (Hrsg.), Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich, Berlin 1996, S. 234ff.

⁵⁰ Feist, Wolfgang Harichs Verhältnis, S. 239.

rich um. Für ihn war es nun die PDS, die am ehesten als »Ostpartei« erfolgreich fungieren und die Interessen der ostdeutschen Klientel vertreten könne – zumal Janka zwischenzeitlich ausgeschieden war. Im Herbst 1994 wurde Harich Mitglied, auch aus Solidarität mit der Parteiführung, die gerade mittels Hungerstreik gegen einen existenzbedrohenden Steuerbescheid protestierte.⁵¹

Er wünschte, dass sich die PDS als (eine) Nachfolgepartei der SED verstehen und deklarieren würde und vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das KPD-Verbot von 1956 klagte. Das hätte seiner Meinung nach der Partei Status und Gewicht verliehen und sie zum Sammelbecken für Kommunisten aller Art werden lassen können. Dazu hätte sich die PDS aber im Sinne Lenins umwandeln müssen. Harich plädierte hier für Entstalinisierung – aber für eine »revolutionär-marxistische« und keine »sozialdemokratische« oder »linkssozialistische« Partei.⁵²

Fazit

Harich und Bahro blieben bis an ihr Lebensende stark von Lenin geprägt – zumindest in Bezug auf Vorstellungen zur Organisation von Staat und Partei. Dass ihre Lenin-Lesart eine andere als die der SED war und Elemente der grünen und feministischen Bewegungen genauso aufnahm wie Impulse von Glasnost und Perestroika, ist dabei nicht von der Hand zu weisen. Harich wurde seit den 1970er Jahren immer wieder vorgeworfen, er sei sein unverbesserlicher Stalinist. Dieser Vorwurf disqualifiziert jedoch eher jene, die ihn geäußert haben. Denn Harich war nie großer Anhänger Stalins. In der Hegeldebatte widersprach er ihm bereits, 1956 plädierte er für Entstalinisierung und auch in späteren Schriften lassen sich kaum *ernst gemeinte* positive Aussagen zu Stalin finden. Harich war jedoch jederzeit überzeugter Anhänger von Lenins bolschewistischem Parteitypus im Stadium vor 1921 – also ohne Fraktionsverbot. Seine Lesart Lenins, die nicht identisch mit dem von Stalin verkürzten und eingeführten »Leninismus« war, modifizierte Harich dabei immer wieder. Zentral blieb aber stets das

⁵¹ Vgl. Siegfried Prokop, Wolfgang Harich und die Alternative Enquête-Kommission, in: Andreas Heyer (Hrsg.), Wolfgang Harichs politische Philosophie, Hamburg 2012, S. 71ff.

⁵² Vgl. Feist, Wolfgang Harichs Verhältnis, S. 240ff.

Muster des Demokratischen Zentralismus. Das verwundert kaum, bietet dieser doch die autoritäre Struktur, die für Harich unabdingbar für ein funktionierendes Gemeinwesen war.

Bahro hingegen hielt zwar (zumindest in der »Alternative«) an einer herrschaftsfreien Gesellschaft als Endzustand des Kommunismus fest, die von ihm skizzierte Übergangsphase sah jedoch auch eine kommunistische Avantgardepartei als transformatorisches Subjekt vor. »Demokratie kann es für ihn auch nur abseits der bürgerlichen Gesellschaft, also im Sozialismus geben.«⁵³ Dem Staat schrieb er eine ähnliche Rolle zu wie Harich, nur enthielt sein Entwurf mehr direktdemokratische Elemente.

⁵³ Andreas Heyer, *Ökologie und Opposition. Die politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann*, Helle Panke e.V. (Hrsg.), *Philosophische Gespräche*, Nr. 14, Berlin 2009, S. 44.

Alfred Kosing

Erinnerungen an Wolfgang Harich

Vermutlich bin ich einer der wenigen, die mit Wolfgang Harich in den 1950er Jahren zusammengearbeitet haben, auch später Kontakte mit ihm hatten und noch am Leben sind. W. Harich war mir zunächst durch kleinere Veröffentlichungen und Berichte in der Presse bekannt geworden, als ich an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale studierte. Nachdem ich 1950 an die Humboldt-Universität Berlin gewechselt war, lernte ich ihn am Philosophischen Seminar persönlich kennen, denn er hielt als Lehrbeauftragter eine Vorlesung, bereitete seine Promotion mit einer Dissertation über Johann Gottfried Herder vor und beteiligte sich auch an Diskussionen im Kreis weiterer Doktoranden. Ich war zwar als Student nach Berlin gekommen, weil ich an der Martin-Luther-Universität Philosophie nicht als Hauptfach belegen konnte und nun an der Humboldt-Universität das Philosophiestudium abschließen wollte, wurde aber sofort als wissenschaftlicher Assistent in dem ziemlich verwaisten Philosophischen Seminar eingestellt. Als ich nun Harich zum ersten Mal begegnete, machte er auf mich zunächst einen etwas zwiespältigen Eindruck: faszinierend wegen seiner Kenntnisse und seiner rhetorischen Begabung, aber zugleich wirkte er durch seine äußerliche Aufmachung mehr wie ein etwas verlotterter Bohémien, was wahrscheinlich eine gewisse Voreingenommenheit meinerseits bewirkte.

Als im Wintersemester 1951 das reguläre Philosophiestudium für neu immatrikulierte Studenten begann, übernahm er die wichtigsten Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie und war nun mit dem Seminar – welches mit Semesterbeginn in ein Institut für Philosophie umgewandelt worden war – enger verbunden, sodass wir dann auch mehr Kontakte miteinander hatten. Die Beziehungen waren anfangs aber ein wenig dadurch belastet, dass Harich mit dem inzwischen berufenen Direktor des Instituts, Prof. Dr. Walter Hollitscher, der aus Wien gekommen war, auf Kriegsfuß stand und ihm oft in einer überheblichen Weise begegnete, die ich nicht gutheißen konnte. Konflikte entstanden daraus allerdings nicht, denn ich wurde damals infolge Lehrkräftemangels an das neu geschaffene Institut für das marxistische Grundlagenstudium ausgeliehen und erhielt einen Lehrauftrag, um Vorlesungen und Seminare an der Philosophischen Fakultät zu übernehmen. Ein Jahr später wurde ich zum Direktor dieses Instituts be-

rufen, sodass sich meine Verbindung zum Philosophischen Institut etwas lockerte, aber trotzdem begegneten wir uns hin und wieder. Ich vermute, dass Harich von den Dozenten des so genannten Grundlagenstudiums keine sehr hohe Meinung hatte – was natürlich weitgehend berechtigt war –, und es würde mich nicht wundern, wenn er diese Geringschätzung auch auf mich persönlich übertragen hätte, zumal ihn ohnehin ein gewisser Hochmut nicht nur Hollitscher gegenüber auszeichnete. So waren möglicherweise am Anfang unserer Bekanntschaft beiderseits Vorurteile vorhanden, die sich aber bald legten.

Im Dezember 1951 hatte an der Universität Jena eine Tagung stattgefunden, die sich mit der Thematik des Verhältnisses von formaler und dialektischer Logik befasste. Über diese Problematik fand damals in der sowjetischen Philosophie eine umfangreiche und kontroverse Diskussion statt, vor allem in der Zeitschrift »Woprossy filosofii« (»Fragen der Philosophie«). Um die wichtigsten Materialien den deutschen Kollegen zugänglich zu machen, übersetzte ich einen großen Teil dieser Diskussion und gab sie unter dem Titel »Über formale Logik und Dialektik – Diskussionsbeiträge« als Sammelband heraus, der im Verlag Kultur und Fortschritt erschien.¹ Auf der Konferenz in Jena wurde das Fehlen einer philosophischen Zeitschrift beklagt und der Vorschlag gemacht, die »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« zu begründen. Das konnte am ehesten vom Berliner Philosophischen Institut vorbereitet werden, und ich hatte dann auch mit Harich mehrere Gespräche darüber, wie das Vorhaben realisiert werden könnte, denn er war der einzige am Institut, der bereits Erfahrung in der Verlagsarbeit hatte.

Im Frühjahr 1952 begannen wir mit den Vorbereitungen, und zusammen mit Kurt Hager, Wolfgang Harich, Walter Hollitscher und Günther Jacoby (von der Universität Greifswald) gehörte auch ich dem »Gründungskomitee« an, wenn man unsere Beratungen so nennen darf. In einer Reihe von Sitzungen dieses Gremiums debattierten wir darüber, welches Profil die Zeitschrift haben sollte, wer die Herausgeber sein könnten und wer geeignet wäre, die Redaktion zu leiten. Am Ende kamen wir zu dem Ergebnis: Als Herausgeber wurden Artur Baumgarten, Ernst Bloch und Karl Schröter gewonnen, während Wolfgang Harich als Chefredakteur die

¹ Alfred und Eva Kosing (Hrsg.), Über formale Logik und Dialektik – Diskussionsbeiträge. 29. Beiheft der Zeitschrift »Sowjetwissenschaft«, Berlin [DDR] 1952.

praktische Arbeit leisten sollte. Es entsprach ganz seinem Selbstbewusstsein, dass er sich für den Posten des Chefredakteurs vorschlug, aber da er zweifellos der Geeignete für dieses Amt war, wurde der Vorschlag einstimmig angenommen. Durch seine Arbeit als Lektor im Aufbau-Verlag hatte er nicht nur Erfahrungen als Verleger, sondern auch wichtige Kontakte zu potenziellen Autoren, und außerdem unter Intellektuellen in der DDR bereits einen bestimmten Bekanntheitsgrad, was dem Ansehen der Zeitschrift auch zugute kommen konnte. Zwar wurde sein Image mitunter übertrieben widersprüchlich dargestellt, wie etwa von Edith Anderson, der amerikanischen Frau von Max Schroeder, dem ersten Cheflektor des Aufbau-Verlages. Sie kannte den jungen Wolfgang Harich persönlich, doch wie sie ihn in ihren Erinnerungen »Liebe im Exil« (Berlin 2007) darstellt, ist nicht nur reichlich übertrieben, sondern in mancher Hinsicht auch völlig unzutreffend. Sie charakterisiert ihn darin als »frechen, verwöhnten und fast feminin schönen später berüchtigten jungen Mann. Als superspezialisiertes akademisches Wunderkind war er schon mit vierundzwanzig Jahren Universitätsprofessor und Chefredakteur der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, aber er war mehr Kind als Wunder. Er eroberte reihenweise Magazinschönheiten, schien dabei aber nie ein echtes Interesse an ihnen zu haben.«²

Dieses Bild kann ich so nicht bestätigen. Wolfgang Harich war gewiss sehr selbstbewusst, wirkte mitunter auch überheblich, aber er war keineswegs frech, sondern immer höflich und von zivilisierten Umgangsformen, ja, er konnte auch recht liebenswürdig sein. Inwiefern er verwöhnt gewesen sein sollte, ist mir schwer verständlich, denn er arbeitete sehr intensiv und fleißig, auch befand er sich in ganz normalen Lebensverhältnissen: Sein Arbeitseinkommen war den damaligen Bedingungen entsprechend bescheiden und seine Wohnung keineswegs luxuriös, der einzige Reichtum darin waren viele Bücher. Ob er fast feminin schön war, kann ich nicht beurteilen, denn die Bewertungsmaßstäbe amerikanischer Damen für männliche Wesen sind mir nicht geläufig. Aber er war zweifellos ein sehr gut aussehender Mann, der inzwischen auch auf gepflegte Kleidung Wert legte, im Unterschied zu der Zeit, als ich ihn zum ersten Mal sah.

Das Prädikat »akademisches Wunderkind« ist nun auch wieder eine typisch amerikanische Übertreibung, denn dass Harich mit 24 Jahren bereits Lehrbeauftragter an der Universität war – und mit 28 Jahren mit der

² Edith Anderson, *Liebe im Exil*, Berlin 2007, S. 233.

Wahrnehmung einer Professur beauftragt –, war unter den Nachkriegsbedingungen in der jungen DDR keineswegs ein Wunder, sondern einerseits eine Folge des Mangels an geeigneten Lehrkräften, und andererseits natürlich auch ein Resultat seiner Begabung, seiner Kenntnisse und seiner Fähigkeiten. Doch war das damals an den Universitäten keineswegs ungewöhnlich. Auch ich war mit dreiundzwanzig Jahren schon Lehrbeauftragter und hielt Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät, mit vierundzwanzig Jahren musste ich bereits als Institutsdirektor amtieren, und relativ junge Dozenten gab es in vielen höheren Bildungsstätten. Die Behauptung, dass sein Intimleben darin bestanden habe, reihenweise Magazinschönheiten zu erobern, will ich nicht weiter kommentieren. Zu der Zeit, als wir intensiveren Umgang miteinander hatten, war er mit Isot Kilian liiert, einer Schauspielerin am Brecht-Theater. Doch verließ sie ihn nach einiger Zeit und wurde eine der zahlreichen Gespielinnen Bert Brechts. Als er sich darüber bei mir beklagte, fragte er mich: Kannst Du das verstehen? Wenn man meinen Sexappeal mit dem von Brecht vergleicht, ist das doch schwer zu begreifen. Ich antwortete etwa: Wolfgang, nimm das nicht so tragisch, das hat nichts mit erotischer Anziehung zu tun. Du weißt doch, wie Brecht das sieht: »Frauen können innig lieben, wenn man ihnen was verehrt, der Grund ist: Geld macht sinnlich, wie uns die Erfahrung lehrt.« Ich denke, dass die zahlreichen Gerüchte, die seinerzeit über Wolfgang Harich kursierten, nicht sehr ernst zu nehmen sind, denn da gab es auch viel persönliche Animositäten, Neid und üble Nachreden.

Doch zurück zur »Deutschen Zeitschrift für Philosophie«, deren erste Nummer im Frühjahr 1953 erschien. Wolfgang Harich leistete dabei eine immense Arbeit, er gewann die Autoren, bereitete die Artikel zum Druck vor und imprimierte die Hefte. Seine Arbeit wurde aber dadurch erschwert, dass er sich mit Klaus Schrickel, dem Redaktionssekretär, überhaupt nicht verstand. Schrickel, der noch in der Kriegszeit einige Semester Medizin studiert hatte, nach dem Ende des Krieges dann aber zur Philosophie wechselte, hatte in Jena studiert und promoviert. Er hatte zunächst einige Zeit an dem 1947 neu geschaffenen »Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus« gearbeitet, das von Prof. Joseph Winternitz – einem marxistischen Ökonomen, der in der Zeit der Komintern unter dem Namen Lenz publiziert hatte – geleitet wurde. Dieses war der Vorgänger des späteren »Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts«, das nach dem XX. Parteitag der KPdSU in »Institut für Marxismus-Leninismus« umbenannt wurde. Wegen eines unangenehmen Vorkommnisses von Winternitz entlassen, war Schrickel dann

kurze Zeit im Ministerium für Volksbildung in der Abteilung für das Bibliothekswesen tätig. Er erhielt nun ebenfalls einen Lehrauftrag für Geschichte der Philosophie am Institut für Philosophie und wechselte damit zur Humboldt-Universität. In der Philosophie vertrat er ziemlich dogmatische Positionen, sodass Harich mit ihm auf Kriegsfuß stand, was die gemeinsame Arbeit natürlich behinderte.

Daher wurde Schrickel nach einiger Zeit auf Harichs Wunsch durch Manfred Hertwig ersetzt, der ebenfalls in Jena studiert hatte und kurze Zeit am Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus arbeitete, bis er 1951 in das marxistische Grundlagenstudium wechselte und die Vorlesungen in der Medizinischen Fakultät übernahm, was zweifellos kein leichtes Unterfangen war. Doch bald stellte sich heraus, dass er dieser Aufgabe nicht gewachsen war, sodass er davon entbunden wurde und nun die Funktion des Redaktionssekretärs in der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« übernahm und seither mit Harich eng zusammenarbeitete. Die Herausgeber waren dagegen an der praktischen Arbeit kaum beteiligt, sie gaben eigentlich nur ihren Namen her.

Mitte 1955 sollte nach längerer Unterbrechung wieder eine Zusammenkunft der Philosophiedozenten der DDR stattfinden, denn seit der Jenenser Tagung hatte es dergleichen nicht mehr gegeben. Da es keine formelle Organisation der Philosophen gab, mussten einige Kollegen die Sache in die Hand nehmen, und dabei spielte auch die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED eine organisierende Rolle. Die Beratung fand dann in Potsdam-Babelsberg in einem Gebäude der Akademie für Staat und Recht statt. Es sollten aktuelle theoretische und praktische Probleme der philosophischen Arbeit beraten werden, darunter Streitpunkte wie das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. Ferner standen die bisherige Arbeit der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« und Vorschläge zu ihrer weiteren Gestaltung zur Diskussion. Inzwischen waren zwei Jahrgänge erschienen, und der philosophischen Öffentlichkeit sollte Gelegenheit gegeben werden, ihre Meinung darüber zu äußern. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde ich – als ein Mitglied des »Gründungskomitees« – beauftragt, ein einleitendes Referat zu halten. Auf der Grundlage der bisher erschienenen Hefte unterzog ich die Arbeit des Chefredakteurs einer überwiegend positiven, aber teils auch kritischen Wertung, und unterbreitete zugleich Vorschläge, wie die Thematik ausgewogener gestaltet werden könne, um auch durch die philosophisch-theoretische Behandlung von Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR weitere Leserkreise anzusprechen

und zu gewinnen. Soweit ich mich noch erinnern kann, fanden meine Ausführungen in der Diskussion überwiegend Zustimmung und wurden durch weitere Vorschläge ergänzt und unterstützt.

Mein Referat war in keiner Weise eine Verurteilung der bisherigen Arbeit der Zeitschrift, die kritischen Überlegungen waren sachlich und begründet, und ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass Wolfgang Harich wesentliche Einwände dagegen vorbrachte. Andernfalls wäre er ganz entschieden dagegen aufgetreten, denn bekanntlich hielt er mit seiner Meinung niemals hinter dem Berge, sondern vertrat sie immer offensiv. Als die Frage beraten wurde, dass es zweckmäßig wäre, zur Unterstützung des Chefredakteurs ein kleines Redaktionskollegium zu bilden, da die Herausgeber aus verschiedenen Gründen für die laufende Arbeit nicht herangezogen werden konnten, war es der Vorschlag von Wolfgang Harich, auch mich in diese Redaktion zu berufen. Sein Vorschlag wurde akzeptiert, und so wurde die Redaktion in folgender Zusammensetzung bestätigt: Wolfgang Harich als Chefredakteur, Matthäus Klein als stellv. Chefredakteur, Alfred Kosing, Hermann Ley und Georg Mende. Manfred Hertwig blieb weiter Sekretär der Redaktion.

Ein größeres, interessantes und Streitbares Referat zur Frage des Verhältnisses von Marxismus und Hegelscher Philosophie wurde von Harich gehalten. Er setzte sich dabei mit der vor allem in der bisherigen sowjetischen Philosophie herrschenden negativen Auffassung über die Philosophie Hegels auseinander, in der diese unsinnigerweise pauschal als eine feudale Reaktion auf die französische Revolution und den französischen Materialismus bezeichnet wurde. Dieses allen geschichtlichen Tatsachen widersprechende Urteil ging auf Stalin zurück, der eine scharfe Kritik an dem dritten Band der »Geschichte der Philosophie« geübt hatte, die Anfang der 1940er Jahre in Moskau unter der Redaktion von Alexandrow, Bychowski, Mitin und Judin erschienen war, weil hierin eine positive und im wesentlichen richtige Wertung der Philosophie Hegels als einer entscheidenden Quelle der marxistischen Philosophie gegeben wurde. Harich konnte sich in seinem Referat auch auf einen kurz zuvor erschienenen Artikel von Jowtschuk und Sidorow in der sowjetischen Zeitschrift »Fragen der Philosophie« stützen, in dem diese absurde Bewertung Hegels kritisiert und zurückgewiesen wurde, allerdings ohne auf Stalin als den eigentlichen Urheber hinzuweisen. (Der XX. Parteitag der KPdSU, nach dem auch öffentliche Kritik an Stalin möglich wurde, hatte ja noch nicht stattgefunden!) Seine Hauptkritik richtete Harich aber gegen Rugard Otto Groppe, Profes-

sor am Institut für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig, der ein sturer dogmatischer Vertreter dieser Abwertung Hegels war und seine Position gerade in der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« in einem umfangreichen Artikel³ dargelegt hatte. Er wies dessen Bewertung der Hegelschen Philosophie mit überzeugenden Argumenten als völlig unbegründet zurück und charakterisierte sie als Ausdruck eines schematischen Dogmatismus. Für Harichs Haltung ist charakteristisch, dass er am Ende seines Vortrags vorschlug, ein Danktelegramm an Jowtschuk und Sidorow nach Moskau zu richten.

Einige Zeit nach der Tagung erschien in der Zeitschrift »Einheit«, dem theoretischen Organ des ZK der SED, ein Auszug aus meinem Referat unter der Überschrift »Wird die Deutsche Zeitschrift für Philosophie ihren Aufgaben gerecht?«⁴ Dazu muss ich allerdings anmerken, dass dieser Titel nicht der Überschrift meines Referats entsprach, sondern auf das Konto der Redaktion der »Einheit« geht, die mich nur gefragt hatte, ob ich mit der Veröffentlichung eines Teils des Referats einverstanden sei. Es ist möglich, dass diese unvollständige Veröffentlichung den falschen Eindruck erwecken konnte, die Zeitschrift sei auf der Tagung lediglich kritisiert worden, was keineswegs den Tatsachen entspricht. Die später aufgekommenen Gerüchte, diese Veröffentlichung hätte sowohl bei Harich als auch bei Lukács Verärgerung und negative Reaktionen ausgelöst, waren mir nicht bekannt und sind auch völlig unverständlich. Wenn Harich wesentliche Einwände gegen meine Ausführungen gehabt hätte, bin ich sicher, dass er sie auf der Tagung vorgebracht und sie mir auch persönlich gesagt hätte. Er war in Auseinandersetzungen niemals zimperlich und wäre gewiss heftig über mich hergefallen, wenn er sich geärgert hätte. Wir haben uns über verschiedene Fragen öfter gestritten, doch hat das unser gutes Verhältnis niemals beeinträchtigt. Es wäre dann auch ganz unverständlich gewesen, weshalb er mich als Mitglied in der Redaktion haben wollte.

Was die Haltung von Lukács dazu betrifft, habe ich niemals etwas über eine Reaktion seinerseits gehört, doch kann ich mit Gewissheit sagen, dass ich kein einziges kritisches Wort gegen irgendeine seiner Veröffentlichungen vorgebracht habe, denn ich war schon seit meinen frühesten Stu-

³ R. O. Gropp, Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2 (1954), Nr. 1 und 2.

⁴ Alfred Kosing, Wird die »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« ihren Aufgaben gerecht?, in: Einheit, 10 (1955), Nr. 10, S. 299-303.

dententagen ein Verehrer von Lukács, der alle seine erreichbaren Veröffentlichungen mit Begeisterung studierte. Wenn ich in dem Referat etwas gesagt habe, was ihn hätte berühren können, dann war das höchstens mein Vorschlag, auch andere Themen von aktueller Bedeutung nicht zu vernachlässigen. Es ist ja möglich, dass auch er eine mimosenhafte Empfindlichkeit hatte wie Ernst Bloch, der nach dem Lesen der Druckfahne des Leitartikels der Redaktion »Über die Lage und die Aufgaben der Philosophie in der DDR« Wolfgang Harich empört androhte, das Heft zu verbieten, wenn daraus nicht der Satz gestrichen werde, dass bestimmte Auffassungen von Ernst Bloch diskussionsbedürftig seien. Mitunter haben große Demokraten etwas eigenartige Vorstellungen von Demokratie und können sich sehr diktatorisch gebärden. Natürlich ließen sich davon weder Harich noch die Redaktion beeindrucken.

Der Leitartikel der Redaktion »Über die Lage und die Aufgaben der Philosophie in der DDR«, der in Heft 1/1956 erschien, wurde von Wolfgang Harich, Matthäus Klein und mir gemeinsam verfasst, und es ist nicht schwer zu erkennen, dass darin auch Grundgedanken meines Referates erweitert, vertieft und ausführlicher begründet wurden. Wie hätte Harich mit mir zusammen einen derartigen Artikel schreiben können, wenn er mit meinen Ausführungen nicht einverstanden war? Wir haben nach der Bildung der Redaktion sehr kollegial zusammengearbeitet, und das betraf insbesondere Harich, Klein und mich, die wir in Berlin ansässig waren und gewissermaßen den Kopf der Redaktion bildeten, weil wir häufig zusammenkommen konnten, während Ley in Dresden und Mende in Jena wohnhaft, nur zu den regulären Sitzungen kamen.

In jener aufgeregten Zeit des Jahres 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow in seiner »Geheimrede« die diktatorische Willkürherrschaft und die Verbrechen Stalins angeprangert hatte, stellte sich heraus, dass viele Auffassungen von Harich und mir über Grundfragen des Sozialismus und der Politik weitgehend übereinstimmten. Offensichtlich hatten wir beide den offiziell verschwiegenen Bericht Chruschtschows gelesen, nachdem er in der westlichen Presse veröffentlicht worden war, und wir machten uns darüber natürlich unsere Gedanken. So hatten wir manche Gespräche, in denen wir uns über wichtige politische und theoretische Fragen austauschten. In Bezug auf philosophische Probleme profitierte ich dabei erheblich von seinen umfassenden Literaturkenntnissen und verdankte ihm viele wertvolle Ratschläge und Anregungen. So machte er mich zum Beispiel mit dem auch für marxistische Philosophen interes-

santen und wichtigen Werk von Nicolai Hartmann bekannt, bei dem er ja noch Vorlesungen gehört hatte. Für meine Studien auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie empfahl er mir besonders dessen »Metaphysik der Erkenntnis«, die ich dann mit großem Gewinn durcharbeitete. Weiter verband uns die kritische Haltung gegenüber dem Stalinschen Dogmatismus und Schematismus speziell in der Philosophie, aber auch die Abwehr der Versuche, die Philosophie in positivistischer Weise in die Fachwissenschaften aufzulösen, wie sie damals unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Dogmatismus von Robert Havemann unternommen wurden. Dagegen vertraten wir beide in verschiedenen Veröffentlichungen im »Sonntag« und im »Neuen Deutschland« im Wesentlichen eine gemeinsame Linie, indem wir die Eigenständigkeit der Philosophie verteidigten.

Einen umfangreichen Diskussionsartikel »Vademecum für Schematiker« schrieb Harich im Sommer 1956 unter dem befreienden Eindruck des XX. Parteitages der KPdSU und der in der Sowjetunion noch sehr verhaltenen Kritik am Stalinismus, die zunächst unter der Losung der Überwindung des Personenkults und seiner Folgen begann. Dieser Artikel stand m.E. auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit Havemann, richtete sich aber in erster Linie gegen den Stalinschen Dogmatismus und Schematismus in der Philosophie. Obwohl meine kritischen Vorbehalte gegen die schematische Vereinfachung und Reduktion der marxistischen Philosophie in Stalins Arbeit »Über dialektischen und historischen Materialismus« (die er aber gar nicht selbst geschrieben hat)⁵ auf einige »Grundzüge« schon am Beginn meines Studiums in Halle entstanden waren, muss ich ehrlich sagen, dass Harich in der Bewertung und Verurteilung Stalins und des Stalinismus insgesamt bereits viel weiter ging, als ich es damals vermochte.

⁵ Die Abhandlung »Über dialektischen und historischen Materialismus«, die Stalin in das vierte Kapitel der »Geschichte der KPdSU (B)« als Abschnitt einfügen ließ, wurde nach seinen genauen Instruktionen und Anweisungen von einer kleinen Autorengruppe unter Leitung von M. B. Mitin geschrieben und von Stalin lediglich redigiert. Als Grundlage diente aber auch die ausführliche Darstellung des Buches »Dialektischer Materialismus«, das unter der Redaktion von Mitin 1934 erschienen war. Stalin hatte 1931 persönlich in die philosophische Arbeit des Instituts der Roten Professur eingegriffen, eine vernichtende Kritik an den leitenden Philosophen (Deborin, Sten, Karew, Luppel) geübt und ihre Auffassungen als »menschewisierenden Idealismus« verurteilt. Sie verloren in der Folge nicht nur ihre Ämter, sondern als angebliche »Volksfeinde« auch ihr Leben – mit Ausnahme von Deborin, der überlebte. Mitin war der Vollstrecker der neuen Stalinschen Linie in der Philosophie und galt seither als Führer der »philosophischen Front«.

Auch ich war mit dem Beschluss des ZK der KPdSU »Über den Personenkult und seine Folgen« – dem sich die Führung der SED anschloss – absolut nicht einverstanden, weil ich ihn lediglich für eine schwache und nur teilweise Distanzierung von Stalin, vor allem aber für eine Verschleierung und Beschönigung des stalinistischen Systems hielt, ohne die sozialen, politischen und ideologischen Grundlagen für die Entstehung derartiger Entstellungen und Deformationen des Sozialismus und des Marxismus überhaupt zu erwähnen. Das war keine marxistische Analyse, sondern eine oberflächliche Beschreibung von Prozessen und Entwicklungen, deren tiefere Ursachen einfach übergangen wurden, indem sie alleine den negativen Charakterzügen Stalins zugeschrieben wurden. Harich dagegen sah damals bereits viel klarer, dass es weniger um den Kult einer Person ging, sondern vielmehr um die Aufdeckung und Analyse der Gesamtheit der sozialen, politischen und ideologischen Bedingungen, welche die Entstehung und Wirkung des Stalinismus möglich machten, den er bereits als ein ganzes System von Deformationen des Sozialismus und des Marxismus charakterisierte. Er hatte als Reaktion auf den XX. Parteitag der KPdSU eine Arbeit mit dem Titel »Studien zur weltgeschichtlichen Situation« verfasst, die einen längeren Abschnitt »Das Wesen des Stalinismus« enthielt, die mir damals aber noch unbekannt war. Der Text galt lange Zeit als verschollen, er tauchte erst Anfang der 1990er Jahre wieder auf und wurde von Siegfried Prokop erstmalig veröffentlicht.⁶

Darin gab Harich nicht nur eine marxistische Charakteristik des Stalinismus, sondern zugleich eine historisch-materialistische Erklärung für seine Entstehung, Ausbreitung und Wirkung, indem er die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen benannte, aus denen er erwachsen konnte. »Der Stalinismus ist nicht primär das Ergebnis des Personenkults und kann nicht aus irgendwelchen negativen Charaktereigenschaften Stalins erklärt werden. Der Stalinismus ist vielmehr ein ganzes System von Verzerrungen der marxistischen Theorie und Praxis, das aus bestimmten historisch-gesellschaftlichen Bedingungen entstanden ist und das seinen ideologischen Ausdruck unter anderem, keineswegs ausschließlich, im Personenkult Stalins fand. Der Stalinismus ist – in gewissen Grenzen mit historischer Notwendigkeit – aus den besonderen Bedingungen des sozi-

⁶ Wolfgang Harich, Studien zur weltgeschichtlichen Situation, III: Das Wesen des Stalinismus, in: Siegfried Prokop, Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, S. 259-269.

alistischen Aufbaus in der Sowjetunion und aus den internationalen Kräfteverhältnissen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgewachsen.«⁷ Von dieser marxistischen Position aus gibt Harich dann eine detaillierte Darstellung der historisch-gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Stalinismus, die man auch heute noch als im Wesentlichen richtig akzeptieren kann, und deren Beachtung die gegenwärtigen Arbeiten zur Problematik des Stalinismus bereichern und befruchten kann.

Harich war der Meinung, dass der nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der kommunistischen Bewegung immer noch herrschende Stalinismus das Haupthindernis bilde, um größere Fortschritte bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft im Weltmaßstab zu erreichen. Insbesondere verhindere er in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern eine solche Gestaltung des Sozialismus, die allen Werktätigen als vorbildlich gelten kann. Die internationale Arbeiterbewegung, die immer noch in die kommunistische und die sozialdemokratische Bewegung gespalten ist, wird vor allem durch den Stalinismus daran gehindert, sich auf der Grundlage des Marxismus wieder zu vereinigen und auf diese Weise günstigere Bedingungen für den Sieg des Sozialismus zu schaffen. Daher kam er zu der Schlussfolgerung: »Aus all diesen Gründen ist die Überwindung des Stalinismus, die Revision der stalinistischen Theorie und Praxis, die Zerschlagung bzw. Umerziehung des stalinistischen bürokratischen Apparates, die Isolierung der extremen Stalinisten und ihre Entfernung aus der Partei die zentrale Aufgabe, die die Parteien der ganzen Welt in ihren Reihen bewältigen müssen, um für den letzten Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, für die Klassenkämpfe im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution und im Zeitalter der kolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen gewappnet zu sein.«⁸

Eine ausführliche Analyse und Erörterung der Einschätzungen und Auffassungen Harichs über den Gesamtkomplex des Stalinismus ist hier nicht möglich. Da sie teilweise auch sehr widersprüchlich sind und richtige marxistische Positionen und treffenden Bewertungen zugleich mit weniger begründeten und teilweise auch irrigen Ansichten verbinden, würde das den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Aber schon die kurzen Auszüge zeigen deutlich eine gewisse Dichotomie: Während die Erklärung für die Entstehung und Wirkung des Stalinismus völlig richtig aus den geschichtlich

⁷ Ebenda, S. 260.

⁸ Ebenda.

gegebenen ökonomischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Bedingungen der russischen Gesellschaft und den internationalen Verhältnissen entsprechend den Prinzipien des historischen Materialismus und der materialistischen Dialektik erfolgt, sind seine Vorstellungen von den Möglichkeiten der Überwindung des Stalinismus eher als utopisch-idealistisch anzusehen, weil sie sich kaum auf die Erkenntnisse aus der materialistischen Analyse seiner Entstehungsbedingungen stützen.

Die Annahme, dass es gelingen könne, den Stalinismus in einem »Generalangriff« zu überwinden, war unrealistisch. Sie verkannte, dass er im Laufe seiner Entwicklung in der Sowjetunion, die Harich in gewissen Grenzen sogar als notwendig bezeichnete, ziemlich stabile soziale Grundlagen in den Interessen einer sehr großen und einflussreichen sozialen Schicht nicht nur der Partei- und Staatsbürokratie, sondern auch der leitenden Kader in Wirtschaft, Technik, Verwaltung, Militär, Kultur, Wissenschaft und Volksbildung gefunden hatte, über starke staatliche und juristische Repressivorgane verfügte und durch die ideologische Herrschaft des stalinistischen Marxismus-Leninismus und die systematische Fälschung der Geschichte der Sowjetunion im Bewusstsein der Gesellschaft tief verankert war, sodass einer konsequenten Entstalinisierung sehr starke materielle und ideelle Barrieren im Wege standen. Um substantielle und dauerhafte Veränderungen zu erzielen, mussten diese Barrieren systematisch abgetragen werden, und dafür war ein langwieriger, zäher und taktisch geschickter Kampf vonnöten, der auch Geduld und Ausdauer erforderte.

Auch die Annahme, dass die Sozialdemokratie bereit war, sich auf der Basis des Marxismus zu gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten und sogar zur Schaffung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse zu vereinen, war mehr als unrealistisch. Natürlich hatte Harich recht damit, dass der Stalinismus faktisch den Sozialreformismus festigte, aber dieser hatte viel tiefere Ursachen, existierte schon seit vielen Jahrzehnten und war in der Sozialdemokratie fest verankert. Die Bedingungen für eine Annäherung und sogar Vereinigung beider Strömungen bestanden unmittelbar nach dem Kriegsende, als sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten unter dem starken Eindruck der faschistischen Katastrophe standen, die auch durch ihre Uneinigkeit und fehlende Zusammenarbeit verschuldet war. Aber inzwischen waren die Sozialdemokraten einer hemmungslosen antisowjetischen und antikommunistischen Bearbeitung und Gehirnwäsche durch imperialistische Politiker und Ideologen ausgesetzt gewesen, sodass diese Bereitschaft bereits weitgehend geschwunden war.

Die Kenntnis dieser wichtigen Arbeit Harichs macht seine damaligen Ambitionen und Aktionen im Herbst 1956 verständlicher und zeigt zugleich auch, in welche tragischen Widersprüche er sich dabei verwickelte. Der Artikel »Vademecum für Schematiker«, den er im Sommer 1956 für das Heft 4 der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« vorgesehen hatte, atmete ebenfalls den Geist dieses antistalinistischen Dokuments, das bereits weit über die späteren Ausführungen Palmiro Togliattis und anderer marxistischer Kritiker des Stalinismus hinausging.

Ich erinnere mich, die Druckfahne dieses Artikels gelesen zu haben, denn wir Redakteure erhielten sie sofort, wenn sie aus der Druckerei kamen. Prinzipielle Einwände gegen die vorgebrachten Auffassungen und Überlegungen, die teilweise sehr pointiert formuliert waren, konnte ich meiner eigenen Haltung entsprechend wohl kaum gehabt haben. Anders war es möglicherweise mit Matthäus Klein, der damals in den Auseinandersetzungen über brisante politische und theoretische Fragen immer sehr zurückhaltend und mitunter ausgesprochen ängstlich war. Da Harich den Artikel ohne unser Wissen in Satz gegeben hatte, was ansonsten nicht üblich war, weil wir drei Berliner Redakteure uns immer über die inhaltliche Gestaltung jedes Heftes verständigten, machte Matthäus Klein den Vorschlag, den Artikel vorläufig zurückzustellen, bis der Autor aus dem Urlaub zurück sei, um die Angelegenheit mit ihm zu beraten. Möglicherweise fand Klein die scharfen kritischen Ausführungen zu weitgehend und hatte deswegen Befürchtungen, was seiner vorsichtigen Haltung durchaus entsprochen hätte. Wenn ich mich recht erinnere, wurde Harich darüber in einem von Klein geschriebenen Brief (oder auch Telegramm?) informiert. Eine spätere Diskussion darüber ist mir aber nicht in Erinnerung, doch glaube ich kaum, dass ich eine solche vergessen hätte, denn die in dem Artikel angesprochenen Probleme bewegten uns damals alle sehr. Aber ich kann mich auch nicht an die Version erinnern, wonach Harich den Artikel infolge eines Einspruchs selbst zurückgezogen habe. Wenn Klein oder ich dagegen inhaltliche Einwände gehabt hätten, wäre es mit Sicherheit zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, von der ich aber nichts weiß. Außerdem wäre ein Einwand für Harich mit Sicherheit kein Grund gewesen, auf die Veröffentlichung des Artikels zu verzichten, bestenfalls hätte er im Ergebnis einer Diskussion bestimmte Änderungen vorgenommen. Möglicherweise ist es wegen der reichlich turbulenten Ereignisse im Herbst des Jahres 1956 dazu nicht mehr gekommen. Aber ich kann in Erwägung von Kleins späterem Verhalten im Institut für Gesellschaftswissenschaften auch

nicht ausschließen, dass er sich darüber mit Instanzen im ZK der SED beraten und gewisse Informationen erhalten hat, deren Folge war, dass über diesen Artikel nicht weiter gesprochen wurde.

Hätte es zwischen Harich und mir darüber einen Konflikt gegeben, dann bliebe einfach unverständlich, weshalb wir in so vielen entscheidenden politischen Fragen des dramatischen Herbstes 1956 und ihrer marxistisch-theoretischen Bewertung, wie auch in der Beurteilung der Ereignisse in Ungarn und Polen weitgehend übereinstimmende Auffassungen hatten. Daher kann ich die Version, dass ich ernste inhaltliche Einwände dagegen hatte, ausschließen.

Die Vorgänge, Diskussionen und Stimmungen, die uns damals in der Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU bewegten, vor allem die allmählich bekannt werdenden Terrorakte und Verbrechen Stalins, dann aber auch die dramatischen Vorgänge in Ungarn und Polen, erzeugten eine angespannte und aufgeregte Atmosphäre der Unsicherheit und drohender Gefahren, die heute kaum zu verstehen ist, zumal von Angehörigen der jüngeren Generation, die das alles nicht selbst erlebt haben.

Ich persönlich befand mich damals in einer sehr widerspruchsvollen Situation. Im September 1953 war ich zum stellvertretenden Leiter des Lehrstuhls Philosophie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED berufen worden und hatte die Humboldt-Universität verlassen, wenn ich zum Philosophischen Institut auch weiter lockere Verbindungen unterhielt. Formell war Prof. Kurt Hager, Sekretär des ZK der SED, Leiter des Lehrstuhls, während ich die eigentliche Arbeit leitete und als sein Stellvertreter zugleich Mitglied der Direktion des Instituts war. Das war natürlich eine wichtige Position, aber der Gang der Ereignisse, insbesondere die Diskussionen und Auseinandersetzungen, die im Institut und speziell in der Direktion stattfanden, führte dazu, dass ich zunehmend in eine Außenseiterstellung gelangte, weil ich eine offene und scharfe Kritik an der Haltung der Führung der SED zu den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU äußerte und die Einschätzungen des Politbüros über die Ereignisse in Polen – insbesondere die Wahl von Gomulka zum Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei – und auch über die Kämpfe in Ungarn als fehlerhaft, schädlich und vor allem als unmarxistisch ablehnte. Mit dieser Meinung stand ich im Institut alleine und war heftigen Angriffen ausgesetzt, stimmte darin aber mit Harich weitgehend überein. Eines Abends rief er mich aufgeregt zu Hause an und sagte, dass ich mir unbedingt die »BZ am Abend« besorgen müsse, weil darin Teile

der wichtigen Rede veröffentlicht waren, die Gomulka nach seiner Wahl auf der Plenartagung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gehalten hatte.

Ich konnte mir noch ein Exemplar beschaffen, ehe die Ausgabe aus dem Verkehr gezogen wurde, und so die Rede Gomulkas lesen. Sie enthielt eine scharfe Kritik des Stalinismus und bestärkte mich entschieden in meinen kritischen Auffassungen. In der Direktion unseres Instituts gab es eine außerordentlich erregte Diskussion über diese Rede und den Verlauf des Plenums der PVAP, und dabei wurde uns von der Direktorin Lene Berg die Einschätzung des Politbüros des ZK der SED übermittelt, wonach Gomulkas Wahl – die gegen den entschiedenen Widerstand der Moskauer Führung erfolgt war – den Sieg der Konterrevolution in Polen bedeute. Alle Mitglieder der Direktion schwiegen betreten und wagten keine Meinung zu äußern, außer Ernst Hoffmann, damals stellvertretender Leiter des Lehrstuhls Geschichte, der die offizielle Auffassung vehement verteidigte. Auch Matthäus Klein schwieg, obwohl ich wusste, dass er ebenfalls seine Zweifel hatte. Da ich mich konsequent weigerte, diese Auffassung zu akzeptieren und sie gegenüber dem Lehrkörper und den Aspiranten zu vertreten, kam es zu einem heftigen Streit – vor allem mit Ernst Hoffmann – und in der Folgezeit zu einer rigorosen Überwachung meiner Tätigkeit und aller meiner Äußerungen, die entweder stenographiert oder mitgeschnitten wurden. Erschwerend kam hinzu, dass ich auch den Artikel von Lukács »Über den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion in der Gegenwart«, den er zuerst als Vortrag im »Petöfi-Club« in Budapest gehalten hatte und der dann in der deutschen Zeitschrift »Aufbau« erschienen war, verteidigt hatte. Dieser Artikel wurde aber von der Führung der SED als »konterrevolutionär« verurteilt, und ich musste mich nun dafür verantworten, dass ich ihn gelobt und weiter empfohlen hatte. (Übrigens eine interessante Marginalie zu dem Vorwurf, ich hätte Lukács so kritisiert, dass er seine Mitarbeit an unserer Zeitschrift einstellen wollte.)

Mit Harich, der in dieser Zeit außerordentlich aktiv war, und zwar in Bereichen, von denen ich nichts wusste, hatte ich über diese Probleme, die uns alle bewegten, Gespräche, in denen wir eine weitgehende Übereinstimmung unserer Auffassungen feststellen konnten. Eine Debatte in seiner Wohnung am 10. November 1956 dauerte den ganzen Tag lang und war sehr intensiv. Eigentlich war eine Redaktions-sitzung geplant, da aber die anderen Redaktionsmitglieder nicht erschienen, blieben Wolfgang Harich, Manfred Hertwig und ich alleine. Ich war lange Zeit der Meinung, dass ihr Fern-

bleiben witterungsbedingt war, was für Ley und Mende zutreffen konnte, weil sie von Dresden und Jena kommen mussten und die Autobahn eventuell streckenweise durch Eisregen sehr glatt war. Doch später keimte in mir der Verdacht, dass ihre Abwesenheit möglicherweise auch einen anderen Grund hatte, weil Harich bereits intensiv beschattet wurde. Hatte es vielleicht diskrete Hinweise gegeben, dass es besser wäre, den Kontakt zu meiden? Ich weiß es nicht, jedoch erscheint mir diese Annahme begründet, weil genau einen Tag zuvor Walter Ulbricht Harich zu sich bestellt hatte. Matthäus Klein als Berliner hätte zu der Sitzung genauso gut kommen können wie ich, und als stellvertretender Chefredakteur hätte er sich unbedingt entschuldigen müssen, wenn er einen triftigen Grund zum Fernbleiben gehabt hätte. Aber wenn die anderen gewarnt wurden, weshalb hatte man ausgerechnet mich dann nicht auch verständigt? War der Grund dafür vielleicht der Verdacht, ich hätte eine zu große Nähe zu Harichs Auffassungen? Eigenartig war das schon, zumal gerade unsere Diskussionen dieses Tages später nach der Verhaftung Harichs eine wichtige Rolle spielen sollten. Nachträglich glaube ich, dass meine Vermutung durchaus berechtigt war, denn nach dem Ende der DDR sollte sich herausstellen, dass Matthäus Klein einer der Denunzianten war, der lange Zeit handschriftliche Berichte über meine kritischen Auffassungen ablieferte, die meine Akte bei der Staatssicherheit bereicherten.

Da wir drei – Harich, Hertwig und ich – alleine blieben, ließen wir die Redaktionssitzung ausfallen und nutzten die Zeit für einen sehr gründlichen und umfassenden Meinungs-austausch über die politische Lage und die aktuellen Probleme. Trotz der generellen und weitgehenden Übereinstimmung unserer Auffassungen gab es einen sehr wichtigen Dissenspunkt zwischen Harich und mir. Er sah in Ulbricht den Hauptvertreter des Stalinismus in der SED und der DDR und forderte seine Absetzung als Generalsekretär des ZK der SED. Er meinte, auch wir bräuchten unbedingt einen »deutschen Gomulka« – eine Auffassung, die unter der Intelligenz und insbesondere an den Universitäten verbreitet war. Harich hatte sich wohl von dieser Anti-Ulbricht-Haltung anstecken lassen, was vielleicht auch auf Einflüsse von Bloch zurückging, der sich sehr dezidiert in diesem Sinne geäußert hatte. Meine Kritik am Verhalten Ulbrichts war nicht weniger scharf und ich kann auch nicht leugnen, dass ich damals nach dem XX. Parteitag der KPdSU starke Aversionen gegen ihn wegen bestimmter öffentlicher Ausführungen über Stalin und unser Verhältnis zu ihm hatte und sehr wütend darüber war. Aber ich ließ mich in meinem Urteil nicht von

Emotionen leiten, denn in der damaligen Führung der SED sah ich keinen Gomulka, der in der schwierigen Lage imstande gewesen wäre, alle Klippen zu umschiffen, die sich auch in der DDR auftürmten.

Gomulka, der 1948 auf Stalins Druck wegen angeblich nationalistischer Abweichungen als Generalsekretär des ZK der PVAP abgesetzt worden war, weil er sich dem damals einsetzenden Kurs der Stalinisierung widersetzte, der verhaftet wurde und viele Jahre seiner Haltung wegen im Gefängnis verbringen musste, war im Polen des Jahres 1956 zweifellos der Genosse mit der größten politisch-moralischen Autorität, und deshalb war ich der Meinung, dass seine Wahl zum Ersten Sekretär absolut richtig und eine kluge Entscheidung war, auch wenn sie gegen den starken Widerstand Chruschtschows und der sowjetischen Führung durchgesetzt wurde. Ich entsinne mich, damals in der Diskussion gesagt zu haben, dass er glücklicherweise nicht umgebracht worden war wie Rudolf Slánský in Prag, László Rajk in Budapest oder Traitscho Kostoff in Sofia, weil ich die Protokolle der Gerichtsverhandlungen gegen sie gerade nochmals sehr kritisch gelesen und mich davon überzeugt hatte, dass die Verurteilungen allesamt unrechtmäßig waren und auf Fälschungen beruhten. Wenn jemand die äußerst prekäre Lage der PVAP und der Volksrepublik Polen in den Griff bekommen und die Lage beruhigen konnte, dann war das nach meiner Meinung Gomulka.

In der SED und der DDR aber waren die Verhältnisse damit nicht vergleichbar, denn erstens war die Lage nicht so kritisch wie in Polen, wo es zu bewaffneten Auseinandersetzungen – sogar zwischen Einheiten der polnischen Armee und der Sowjetarmee – hätte kommen können, wie die Ereignisse in Poznan zeigten, und zweitens gab es hier keine politische Figur vom Format Gomulkas mit einer solchen Vergangenheit, die sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung besonders vertrauenserweckend wirken konnte. Daher hielt ich solche Forderungen nach einem deutschen Gomulka für undurchdacht, kontraproduktiv und auch gefährlich, weil sie die ohnehin schwache Stabilität der Staatsmacht untergraben mussten, ohne einen realistischen Ausweg zu weisen. Bei aller Kritik an Ulbricht hielt ich ihn doch für den stärksten und durchsetzungsfähigsten Politiker in der damaligen Führung der SED, weshalb ich trotz mancher Vorbehalte nicht nur gegen seine Ablösung war, sondern auch eine öffentliche Diskussion darüber für falsch hielt. Später sollte sich dann zeigen, dass ich damit unbedingt recht hatte, denn Ulbricht erwies sich als der einzige führende Funktionär der ehemaligen Komintern in allen sozialistischen Ländern, der lernfähig

war und weit reichende Konsequenzen sowohl aus dem Geheimbericht Chruschtschows als auch aus den Erfahrungen der sowjetischen Entwicklung unter Stalin zu ziehen vermochte, ja, der es fertig brachte, den Stalinismus in dem Land zurückzudrängen, das am meisten von Moskau abhängig war, wenn das auch nur zeitweilig gelang.⁹

In diesem Punkt gingen unsere Auffassungen also auseinander, und ich widersprach Harich entschieden. Jedoch hatte ich keine Ahnung, dass es sich bei ihm nicht nur um Erwägungen handelte, sondern dass er bereits aktiv dabei war, praktische und teilweise auch konspirative Schritte zu unternehmen, um eine Veränderung in der Führung der SED und der Regierung der DDR zu erreichen. Offenbar war ihm nicht klar, dass dies bei realistischer Beurteilung der Situation und der gegebenen Umstände ein illusionäres Unternehmen war. Zu glauben, dass man den Botschafter der Sowjetunion in der DDR, Puschkin, bewegen könne, in diesem Sinne mit irgendeiner Erfolgsaussicht auf Chruschtschow einzuwirken, war sehr naiv, und noch naiver war es zu glauben, dass Ulbricht das nicht sofort von Puschkin erfahren werde.

Möglicherweise hatte Harich übertriebene Erwartungen in Chruschtschows Antistalinismus und auch unrealistische Vorstellungen über die Machtverhältnisse in der Führung der KPdSU, denn Chruschtschow saß keineswegs fest im Sattel, wie sich bald zeigen sollte, als die stalinistischen Kräfte im Politbüro der KPdSU (Molotow, Kaganowitsch, Malenkov u.a.) es beinahe geschafft hätten, ihn abzusetzen. Die Fragen einer Veränderung in der Führung der SED und der Regierung der DDR aber mit dem Herausgeber des »Spiegel«, Augstein, und mit dem Ostbüro der SPD in der Bundesrepublik Deutschland zu verhandeln, in dem Staat, dessen erklärtes Ziel in der Beseitigung der DDR bestand, war nicht nur naiv, sondern in höchstem Grade abenteuerlich und auch strafrechtlich relevant. Außerdem hätte Harich wissen müssen, dass im Ostbüro der SPD Informanten der SED saßen, wie umgekehrt auch im ZK der SED geheime Mitarbeiter des Ostbüros platziert waren. Harich hatte allerdings die Absicht, mit einem der verantwortlichen Führer der SPD in Bonn zu sprechen, wurde aber von Josef Braun, damals stellvertretender Vorsitzender der Westberliner SPD, hintergangen und stattdessen zum Ostbüro der SPD gebracht.

⁹ Vgl. hierzu Alfred Kosing, Der bedeutendste Staatsmann der DDR, in: Walter Ulbricht. Zeitzeugen erinnern sich, Berlin 2013, S. 42-79.

Hätte ich von derartigen Vorhaben Harichs gewusst oder auch nur geahnt, dann hätte ich ihm ganz dringend davon abgeraten, weil die Erfolglosigkeit und auch die Konsequenzen absehbar waren. Erforderliche Veränderungen in der SED und in der DDR waren nur durch beharrliche und langwierige Arbeit zu erreichen, nicht aber durch derartige Aktionen. Als ich später nach Harichs Verhaftung davon erfuhr, wollte ich kaum glauben, dass er sich auf derartige Schritte eingelassen hatte, denn die waren m.E. weder im Einklang mit den Einsichten und Zielen, die er vertrat, noch konnten sie zu einer Verbesserung der Lage führen. Leider litt er an übersteigertem Selbstbewusstsein und auch an einer gewissen Selbstüberschätzung, was ihn mitunter zu unüberlegten Schritten verleiten konnte. Außerdem mangelte es ihm an den nötigen praktischen Erfahrungen, um die Funktionsweise stalinistischer Apparate und auch das Verhalten ihrer Angehörigen richtig beurteilen zu können.

Ich war außerordentlich betroffen und fiel aus allen Wolken, als mich Matthäus Klein eines Morgens (es war wohl der erste Dezember) zu sich rief und mir mitteilte, dass Harich mit der Beschuldigung »staatsfeindlicher Tätigkeit« verhaftet worden sei. Klein war stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, das eine Abteilung des ZK der SED war, und da er in dieser Funktion mit dem ZK natürlich stets in enger Verbindung stand, war er sofort verständigt worden. Er sagte mir, dass er in das ZK bestellt und darüber informiert und zugleich beauftragt worden sei, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die weitere Arbeit der Zeitschrift zu sichern. Daher sei vorgeschlagen worden, schnellstmöglich eine Beratung der erreichbaren Philosophen einzuberufen, um die Redaktion zu verändern. Das haben wir dann auch sofort organisiert, und dabei wurde festgelegt, dass Matthäus Klein als Chefredakteur, ich als stellvertretender Chefredakteur fungieren sollte, weiter wurde das Redaktionskollegium durch einige neue Mitglieder vergrößert. Das bereits gedruckte Heft 5/56 wurde in der DDR nicht ausgeliefert und stattdessen ein Doppelheft 5-6/56 vorbereitet, in dem die meisten Beiträge des Heftes 5 enthalten waren.

Offenbar waren diese Entscheidungen und Festlegungen mit Klein bereits im ZK getroffen worden, sodass es keinen Sinn hatte, angesichts dieser Sachlage in einer derartigen Situation darüber eine Diskussion zu beginnen. Es war natürlich sehr schwierig, zu beurteilen, inwiefern die gegen Harich erhobenen Vorwürfe berechtigt waren, und seine Verhaftung zu verstehen. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass der Grund hierfür die von ihm geäu-

ßerten kritischen Auffassungen sein sollten, denn erstens hatte das ZK der SED auf der 28. Plenartagung im August 1956 ausdrücklich beschlossen, dass Parteimitglieder das Recht haben, auch abweichende Meinungen zu vertreten, und zweitens hätte ich dann ebenfalls verhaftet werden müssen, da ich meine kritischen Anschauungen, die mit Harichs weitgehend übereinstimmten, auch intensiv vertreten und öffentlich verteidigt hatte. Außerdem wäre dann auch unverständlich gewesen, weshalb ich die Funktion des stellvertretenden Chefredakteurs übernehmen sollte.

Allerdings wurde mir später klar, dass hierfür sehr wahrscheinlich zwei Gründe ausschlaggebend waren: Matthäus Klein konnte zwar als Chefredakteur fungieren, aber er war nicht in der Lage, die umfangreiche Arbeit zu bewältigen, die damit verbunden war. Deshalb sollte die Redaktionsarbeit als stellvertretender Chefredakteur jemand übernehmen, der unter seiner unmittelbaren Kontrolle stand, und dafür kam eigentlich nur ich in Betracht. Wahrscheinlich war das auch der entscheidende Grund dafür, dass diese Funktion später durch das durch die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) gegen mich verhängte Funktionsverbot eigenartigerweise nicht betroffen war. Ich habe dann auch viele Jahre in dieser Funktion den allergrößten Teil der redaktionellen Arbeit geleistet und dafür sehr viel Zeit geopfert: Autoren gewonnen, die Artikel mit ihnen besprochen und diese häufig auch sprachlich überarbeitet, die Korrektur der Druckfahnen durchgeführt, den Umbruch in der Druckerei in Gräfenhainichen vorgenommen und dort das Heft imprimiert. Da die Zeitschrift zweimonatlich erschien und wir bald zur monatlichen Erscheinungsweise übergingen, war das eine enorme Arbeitsbelastung.

Nach allem, was wir erfahren konnten, war anzunehmen, dass die Verhaftung ernsthaftere Gründe haben musste als die Verfolgung kritischer Anschauungen, obwohl uns keinerlei Einzelheiten mitgeteilt wurden. Da ich im Institut für Gesellschaftswissenschaften außer der bereits erwähnten rigorosen Überwachung und den damit verbundenen Querelen zunächst nicht weiter behelligt wurde, war mir klar, dass es um gewichtigere Fakten ging. Doch nach einiger Zeit wurde ich dann von den Sicherheitsorganen ebenfalls mehrfach vernommen, wobei es vor allem um zwei Punkte ging: erstens was ich von den Aktivitäten Harichs außerhalb der DDR wusste, und zweitens, welche Haltung ich zu Ulbricht in den Debatten mit Harich vertreten hatte. Von dessen Gesprächen in der BRD hatte ich keinerlei Kenntnis und wusste auch nichts von derartigen Absichten. Wen er in diese Pläne eingeweiht hatte, war mir unbekannt. Ich hatte den Eindruck,

dass mir die Ermittler in diesem Punkt Glauben schenkten, denn sie hatten offenbar keinerlei Anhaltspunkte für das Gegenteil. Aber in Bezug auf Ulbricht waren sie viel hartnäckiger und kamen immer wieder auf diese Frage zurück. Möglicherweise hatten sie aus den Aussagen von Harich den Eindruck gewonnen, dass ich ebenfalls für die Absetzung Ulbrichts war. Ich bestritt in keiner Weise meine scharfe Kritik, machte aber klar, dass ich sehr entschieden gegen seine Absetzung und selbst gegen die Diskussion dieser Frage war, und in diesem Punkt mit Harich nicht übereinstimmte. Natürlich war es für mich unmöglich, das zu beweisen, da es keinerlei schriftliche Aufzeichnungen von unseren Debatten gab (und die Abhörtechnik war offenbar noch nicht genügend entwickelt).

Allerdings gab es einen Zeugen, nämlich Manfred Hertwig, der bei der stundenlangen Diskussion in Harichs Wohnung dabei war und darüber Auskunft geben konnte. Aber Hertwig war als angeblicher Mittäter ebenfalls verhaftet worden, und so hing meine Glaubwürdigkeit wohl vor allem davon ab, was er zu dieser Frage aussagen würde. Wie er mir dann später nach seiner Haftentlassung erzählte, sei er speziell zu dieser Frage immer wieder vernommen worden, habe aber wahrheitsgemäß gesagt: Kosing hat Ulbricht scharf kritisiert und über ihn geschimpft, war aber im Unterschied zu Harich gegen dessen Absetzung. Man hat ihm wohl Glauben geschenkt, sonst wäre es mir entschieden übler ergangen. Wahrscheinlich verdanke ich Manfred Hertwig, dass ich ohne Verhaftung und Verurteilung davon kam, denn nun wurde gegen mich ein Verfahren in der ZPKK des ZK der SED eröffnet, das von Januar bis April 1957 dauerte und schließlich damit endete, dass ich mit einer »strengen Rüge« bestraft, von meiner Funktion als stellvertretender Leiter des Lehrstuhls abgesetzt wurde und für unbestimmte Zeit Funktionsverbot erhielt.

Die ZPKK arbeitete nach dem Muster, das aus der KPdSU bekannt war: Sie wirkte wie ein gerichtliches Untersuchungsorgan, und ich musste mich gegen alle möglichen Beschuldigungen und Vorwürfe zur Wehr setzen. Doch da kein substantielles Material vorlag, dass die Anklage einer Teilnahme an »konterrevolutionärer Tätigkeit« begründen konnte, verlagerten sich die Vorwürfe immer mehr auf die von mir vertretenen kritischen Ansichten, die als »partei feindlich« angesehen wurden. Indem die Mitglieder der Kommission sich damit auf das Gebiet theoretischer Ansichten des Marxismus begaben, gerieten sie zunehmend in Schwierigkeiten und verwickelten sich in Diskussionen, denen sie argumentativ nicht gewachsen waren. Daher erfolgte meine Bestrafung dann mit der Begrün-

dung »wegen mangelnder Wachsamkeit«. So kam ich, verglichen mit dem harten Schicksal Wolfgang Harichs und Manfred Hertwigs, einigermaßen glimpflich davon. Die Folge war nur, dass ich einige Jahre um mein wissenschaftliches und politisches Überleben zu kämpfen hatte, und das war in der Atmosphäre der herrschenden Intoleranz auch nicht einfach, ohne begründete Überzeugungen preiszugeben, die ich für richtig hielt. Nach einigen Jahren, als sich die gesamte politische Situation weitgehend beruhigt hatte, wurden die Strafmaßnahmen aufgehoben und ich erhielt wieder normale Arbeitsbedingungen.

Der Prozess gegen Wolfgang Harich und Manfred Hertwig, der im März 1957 begann, war allerdings schockierend, denn die Anklage des Generalstaatsanwalts Melsheimer wegen konterrevolutionärer Verschwörung mit dem Ziel, die DDR zu beseitigen, war einfach absurd und diente wohl in erster Linie der Einschüchterung kritisch denkender Parteimitglieder vor allem aus der Intelligenz. Da ich die wirklichen Anschauungen der Angeklagten aus vielen Gesprächen und Diskussionen kannte, hielt ich diese Anklage für absolut unberechtigt, wenn man Harich auch bestimmte Vergehen strafbarer Art vorwerfen konnte, denn die konspirativen Aktionen außerhalb der DDR verstießen offensichtlich gegen geltendes Recht. Das hat Harich später auch anerkannt. Aber das verhängte Strafmaß war entschieden übertrieben, wie auch das Auftreten des Generalstaatsanwalts die Grenzen des juristisch Zulässigen häufig überschritt und man unwillkürlich an das Verhalten des berüchtigten Anklägers Wyschinski in den Moskauer Prozessen erinnert wurde. Was Harichs Schlusswort nach dem Urteilsspruch betrifft, in dem er den Organen der Staatssicherheit dafür dankte, ihn rechtzeitig festgenommen zu haben, ehe er noch größeren Schaden anrichten konnte, so ist es sicher schwierig, diese Haltung zu verstehen. Ich führe sie vor allem auf zwei Ursachen zurück: einmal auf seine übertriebene Neigung zur Selbstdarstellung, die er auch schon früher oft bekundet hatte, und zum anderen auch auf die Einsicht, dass der von ihm gewählte Weg, um Veränderungen in der SED und der DDR zu erreichen, falsch war und in die Irre geführt hatte.

Nachdem Harich aus der Haft entlassen war, wurde er von allen, die früher aus dem Bereich der Philosophie mit ihm zu tun hatten, gemieden. Dafür sah ich keine Veranlassung, denn ich hielt ihn nicht für einen Verräter am Sozialismus und am Marxismus, allerdings wollte ich mich auch nicht aufdrängen. Außerdem war ich in jener Zeit an der »Karl-Marx-Universität« in Leipzig tätig und kam nur gelegentlich nach Berlin. Erst als Harich

den Wunsch äußerte, mich zu treffen, kamen wir wieder zusammen, und das war in den 1970er Jahren, nachdem ich wieder in Berlin war und erneut am Institut für Gesellschaftswissenschaften arbeitete. Wir erörterten vor allem Probleme der Ökologie und der Umweltpolitik und diskutierten über den ersten Bericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums«. Da ich mich mit dieser Thematik ebenfalls beschäftigte und auch bereits einen Artikel dazu veröffentlicht hatte, war das für ihn wohl der unmittelbare Anlass, sich an mich zu wenden. Ich hatte den Eindruck, dass er sehr darunter litt, von den früheren Bekannten aus der Philosophie geschnitten zu werden, und er war sichtlich erfreut, dass wir beide unbefangenen und freundschaftlich miteinander umgehen und vernünftig reden konnten. Möglicherweise war ich der einzige aus unserer Zunft, der sich so verhielt. Schriftsteller und Schauspieler waren da entschieden mutiger.

Ich verstand durchaus, dass er auch darüber frustriert war, lediglich als Mitarbeiter bei der Herausgabe einer neuen Feuerbach-Ausgabe an der Akademie der Wissenschaften (AdW) beschäftigt zu werden. Zwar leistete er dort eine sehr wichtige Arbeit, aber dieser Einsatz entsprach doch in keiner Weise seinen Fähigkeiten. Daher setzte ich mich bei der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED und auch bei Hager – als er mich um meine Meinung fragte – dafür ein, Harich mit einer Berufung zum Professor für Philosophiegeschichte eine vernünftige und seinen großen Fähigkeiten entsprechende Stellung an einer Universität zu geben.

Ich sprach damals mit Prof. Gregor Schirmer, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Wissenschaften, darüber, und soweit ich mich erinnere, war er mit einer solchen Lösung auch einverstanden. Aber die Entscheidung wurde immer weiter hinausgezögert, wofür wahrscheinlich Hager verantwortlich war. Als er sich schließlich dazu durchgerungen hatte, wollte Harich nicht mehr und ging lieber nach Österreich, um dort in der Umweltbewegung mitzuwirken, m.E. wieder mit Illusionen über seine Wirkungsmöglichkeiten.

Möglicherweise spielte für seine Entscheidung auch noch ein anderer Vorgang eine Rolle: Wie ich von Gregor Schirmer weiß, bemühte sich Harich ernsthaft darum, wieder Mitglied der SED zu werden, obwohl anzunehmen ist, dass er gegen ihre damalige Politik und Ideologie erhebliche kritische Einwände haben musste. Doch die Parteiorganisation der AdW lehnte seinen Antrag ab, wobei keineswegs auszuschließen ist, dass Ängstlichkeit und Feigheit dabei eine wichtige Rolle spielten. Über Harichs Beweggründe dafür kann ich nur mutmaßen; doch nehme ich an, dass ihm

zwei Gründe wichtig waren. Wahrscheinlich glaubte er als Mitglied der SED größere Wirkungsmöglichkeiten zu erhalten, und außerdem war es ihm gewiss ein echtes Bedürfnis, öffentlich zu dokumentieren, dass er trotz allem ein entschiedener Anhänger des Marxismus und des Sozialismus geblieben war. Außerdem hätte das auch wie eine stillschweigende Rehabilitierung wirken können. So erklärt sich m.E. auch sein späterer demonstrativer Eintritt in die PDS und sein aktives Wirken in der Alternativen Enquetekommission zur Geschichte der DDR.

Ich habe damals seinen Weggang aus der DDR bedauert. Es war ein Verlust für unsere Philosophie, denn er war ein hervorragender Kenner nicht nur der klassischen deutschen Philosophie, sondern auch der ganzen deutschen Geistesgeschichte, und außerdem war er ein anregender kritischer Geist, dessen Wirken der philosophischen Arbeit sicher gut getan hätte. Soweit es möglich war, habe ich sein Auftreten in Österreich und später in der BRD verfolgt und war erfreut darüber, dass er bei aller Kritik an manchen Verhältnissen in der DDR seine sozialistischen und marxistischen Überzeugungen niemals verleugnet hat, obwohl mir klar war, dass in dieser Hinsicht ein beträchtlicher Druck auf ihn ausgeübt wurde.

Als er 1981 wieder in die DDR zurückgekehrt war, traf ich ihn völlig überraschend auf einer Tagung der URANIA, deren Präsidium ich angehörte. Er erzählte mir, dass er sich entschlossen habe, die BRD zu verlassen, da er dort keinerlei vernünftige Betätigungsmöglichkeiten erhalten könne, sofern er sich nicht von seinen marxistischen Überzeugungen trenne, und dazu sei er nicht bereit. »Das hätte ich Dir aber vorher schon sagen können«, meinte ich, und er erwiderte: »Ich musste wohl erst meine eigenen Erfahrungen machen, ehe ich das glauben konnte.«

Er hatte eine Wohnung in Berlin am Friedrichshain, und ich habe ihn dort mehrmals besucht. Wir unterhielten uns über viele politische und philosophische Themen, doch vermied er es dabei, auf die Vergangenheit zurückzukommen. Viele Erinnerungen belasteten ihn wohl noch sehr stark. Er erzählte mir von seiner Arbeit an einem Buch über Nicolai Hartmann und seine Philosophie, und ich erinnerte ihn daran, dass er mich vor Jahrzehnten auf Hartmann aufmerksam gemacht hatte und ich seine Arbeit gespannt erwartete. Inzwischen sind aus seinem Nachlass zwei Bücher über Nicolai Hartmann erschienen. Ich habe Harich im November 1989 zu dem letzten Philosophie-Kongress der DDR persönlich eingeladen, aber er hat dann doch abgesagt, weil er meinte, es könnte für ihn eine zu große psychische Belastung sein.

Nach dem Ende der DDR trafen wir uns nochmals zusammen mit Manfred Hertwig, der von Hamburg gekommen war, wo er seinen Wohnsitz hatte. Doch Harich war damals mit der Alternativen Enquetekommission zur Geschichte der DDR und mit seinen Auseinandersetzungen mit Walter Janka so beschäftigt, dass für lange Erinnerungen keine Zeit war.

Wenn die Zeitspanne meiner Zusammenarbeit mit Harich auch nicht allzu lange währte, bleibt er in meiner Erinnerung doch einer der Weggefährten, die Spuren in meinem Denken hinterlassen haben, weil sie mir wichtige Kenntnisse vermittelten und meinen Horizont erweiterten. Er hatte große Fähigkeiten, war ein umfassend gebildeter Marxist, dem schematisches und dogmatisches Denken zuwider war, und unter günstigeren Bedingungen und Umständen hätten wir von ihm wichtige schöpferische Beiträge zur Bereicherung des marxistischen theoretischen Denkens erwarten können. Es gehört zu seinem tragischen Schicksal, dass er diese Fähigkeiten nicht voll entfalten und für die Sache des Sozialismus, der er sein Leben lang treu blieb, produktiv nutzbar machen konnte. Doch seine Tragik war weniger durch persönliche Eigenarten bedingt, wenn diese zweifellos auch eine gewisse Rolle spielten, als vielmehr durch die ganze tragische Geschichte des realen Sozialismus und der kommunistischen Bewegung.

Die geschichtlichen Umstände führten dazu, dass der Sozialismus seinen Anfang in dem rückständigen Russland nehmen musste und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft dann aus vielen Gründen unter dem stalinistischen Herrschaftssystem nicht zu einer Gesellschaft führte, die den Erkenntnissen und Idealen des wissenschaftlichen Sozialismus wirklich entsprach, sondern zu dem sowjetischen Modell des Sozialismus, welches durch wesentliche Deformationen, Entstellungen und Entartungserscheinungen charakterisiert war, an denen dieses Gesellschaftssystem am Ende seines Weges auch zugrunde ging. Diese Gesellschaft ließ gerade den schöpferischsten Kräften und den kritischen Köpfen wenig Entfaltungsmöglichkeiten, weil sie dogmatisch erstarrt war und berechtigten notwendigen Veränderungswillen nicht zuließ, sondern unterdrückte und verfolgte. Die Reihe hervorragender Vertreter des marxistischen Denkens und der sozialistischen Politik, die sich dem nicht beugten und für ihre marxistischen Überzeugungen und sozialistischen Ideale kämpften und eben dadurch Opfer dieser tragischen Geschichte wurden, ist groß, nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in allen sozialistischen Ländern. Wolfgang Harich gehört zu ihnen, und daher gebührt auch ihm ein Ehrenplatz in der Reihe dieser Denker und Politiker.

Kritiker und Reformer in Ost und West

William A. Pelz

Sind die Ideen einer marxistischen Ketzlerin im 21. Jahrhundert noch von Belang?

Über Rosa Luxemburg

Dieser Beitrag möchte, vom Werk Rosa Luxemburg ausgehend, einen neuen Zugang zu ihr als marxistische »Ketzlerin« entwickeln. Von den dafür ins Auge springenden Kriterien möchte ich nur fünf nennen: 1.) unerschütterlicher Glauben an die Demokratie, 2.) volles Vertrauen in die Volksmassen, 3.) Internationalismus in Wort und Tat, 4.) Kampf um eine revolutionär-demokratische Partei, 5.) Verpflichtung auf das Prinzip des Humanismus.¹ Es gibt natürlich zahlreiche weitere Aspekte ihres Denkens, die im 21. Jahrhundert von großer Bedeutung sind. Ich werde auch eine der umstrittensten Fragen ihres Denkens behandeln, ihre Haltung zum Massenstreik.

Um Rosa Luxemburgs unerschütterlichen Glauben an die Demokratie zu verstehen, gilt es, ihr spezifisches Demokratie-Verständnis zu begreifen. Demokratie ist ein heute in der ganzen Welt benutzter Begriff, den nur allzu oft jene im Munde führen, die keinerlei Interesse an der Demokratie haben, so diese den Massen der arbeitenden Menschen nützt. Rosa Luxemburg wies eine solche Auffassung von Demokratie, die nur den Interessen der Bourgeoisie entsprach, und die nur begrenzte politische Wahlmöglichkeiten aus einem kleinen Kreis ihrer Interessenvertreter zuließ, zurück. »Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung [...]«² Mit anderen Worten: Es ging ihr um eine wahrhaftige Demokratie im Sinne der Pariser Kommune.³ Ihre Sympathien lagen weder auf

¹ Vgl. hierzu auch Peter Hudis/Kevin B. Anderson (Hrsg.), *The Rosa Luxemburg Reader*, New York 2004, S. 232, sowie Stephen Eric Bronner, *Rosa Luxemburg. A Revolutionary for Our Times*, University Park (Pennsylvania) 2010, S. 4-11 und passim.

² Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, in: Dies., *Gesammelte Werke*, 6 Bde., Berlin 1970-1975, 2014 (im Folgenden: GW), hierzu Bd. 4, Zitat S. 355.

³ Dies ganz im Sinne von Karl Marx' Arbeit »Der Bürgerkrieg in Frankreich« (1871), in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 17, S. 313-365.

der Seite jener »parlamentarischen Sozialisten«,⁴ die das Volk nur als Synonym für das Wahlvolk ansahen, noch auf der Seite jenes extremen Zentralismus, dem die russischen Bolschewiki sich verpflichtet sahen.⁵

Im Kampf um eine bessere Welt ist die Demokratie ein notwendiger, unveräußerlicher Bestandteil. Ein Blick auf die Bewegung »Occupy Wall Street«, die in Zeiten ansonsten politisch schlechter Aussichten entstand, mag genügen, um zu zeigen, wie Demokratie aussehen könnte.⁶ In Ländern wie Griechenland und Spanien erhoben sich die Menschen in großer Zahl gegen eine inhumane »Austeritäts«-Politik, die ihnen durch die Europäische Union von oben herab verordnet worden war, und riefen nach demokratischen Lösungswegen für die Wirtschaftskrise.

Zweitens geht es um Rosa Luxemburgs Vertrauen in die Volksmassen. Dies ist verbunden mit ihrem Demokratie-Verständnis, doch als selbständiger Punkt zu behandeln. Für Rosa Luxemburg waren die Volksmassen imstande, von unten her um die Lösung ihrer täglichen Probleme zu kämpfen und dazu eine wirkliche revolutionäre Bewegung ins Leben zu rufen, die eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft in die Wege leiten könne. Während andere Sozialisten den Massen deren »Fehler« vorhielten, fühlte Rosa Luxemburg, dass diese Massen letztendlich politisch klüger handelten als ihre selbsternannten Ratgeber und Retter. Hier verdient ihre oft zitierte Kritik am Organisationsmodell der russischen Partei, die sie vor dem Ersten Weltkrieg äußerte, festgehalten zu werden: »Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten »Zentralkomitees«.«⁷

Rosa Luxemburgs Vertrauen in die Volksmassen wurde durch die Ereignisse der letzten fünf, sechs Jahre ebenfalls bestätigt. Selbst wenn man

⁴ In »Sozialreform oder Revolution« (1908) betonte Rosa Luxemburg (GW, 1. Bd., 1. Halbbd., S. 369-445), sie hätten zwar in Worten für andere Wege zum Sozialismus plädiert, es ginge ihnen aber letztlich um ein anderes Ziel.

⁵ Vgl. Ottokar Luban, Rosa Luxemburg's Critique of Lenin's Ultra-Centralist Party Concept and of the Bolshevik Revolution, in: Critique. Journal of Socialist Theory, 40 (August 2012), Nr. 3, S. 357-365. Vgl. auch ders., Rosa Luxemburgs Demokratie-Konzept. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 6, Leipzig 2008.

⁶ Vgl. Astra Taylor u.a. (Hrsg.), Occupy! Scenes from Occupied America, New York 2011.

⁷ Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: GW, Bd. 1, 2. Halbbd., S. 443f.

davon ausgeht, die Massen seien nur zögerlich zu Taten bereit, verwirrt oder sogar zerstritten, sieht man doch, wie sie millionenfach den kapitalistischen Status quo massiv infrage stellten – von Oakland bis nach Kanton. Dass es den Herrschenden bisher noch gelang, die in ihrer Wucht unvorhersehbaren Massenkämpfe zu zügeln, schmälert diese in keiner Weise. Die Massen können, wie es uns Rosa Luxemburg lehrt, nicht auf Dauer eingelullt werden.

Drittens muss man an Rosa Luxemburgs Internationalismus erinnern. Sie wusste um die nationalistischen Illusionen, die allzu oft direkt den reaktionären Kräften in die Hände spielten. Im Gegensatz zu anderen wie Lenin, die nach einem »fortschrittlichen Nationalismus« suchten, war Rosa Luxemburg klar, dass der Nationalstolz nur allzu leicht in Abwertung anderer Kulturen umschlägt. Ihre Arbeit über »Die industrielle Entwicklung Polens« zeigte 1898, dass Polen nie wirklich unabhängig werden könne, solange die dazu nötigen wirtschaftlichen Grundlagen fehlten. Diese Einsicht hat sich nirgendwo als wahrer erwiesen als in unserem heutigen Zeitalter der Globalisierung.⁸ Dabei mangelte es Rosa Luxemburg keineswegs an Sympathie für national unterdrückte Völker. Aber letztlich lägen deren Aussichten auf eine wirkliche Befreiung nicht im Erfolg des nationalen Unabhängigkeitskampfes, sondern des Zusammenwirkens auf internationaler Ebene.⁹ Sie wusste, dass der Imperialismus nicht aus freier Wahl der ökonomisch fortgeschrittensten Nationen, sondern als Resultat gesellschaftlicher Entwicklung entstanden war. Ebenso wusste sie, dass sich der Imperialismus der hochentwickelten Länder gegen andere Nationen ebenso wie gegen unterentwickelte Gemeinschaften innerhalb der Nationen richten werde.¹⁰ Diesen Übeln könne nur durch internationale Solidarität begegnet werden. Mit ihrer Betonung der Verbindung von internationaler Solidarität und Demokratie können das Weltsozialforum und die Ausbreitung

⁸ Ein Zeitalter, in dem es jedoch einer funktionsfähigen Internationale der Arbeiter ermangelt, wie Stephen Bronner festhielt. Vgl. Bronner, Rosa Luxemburg, S. 22.

⁹ Vgl. Horace B. Davis (Hrsg.), Rosa Luxemburg on the National Question. Selected Writings, New York 1976, sowie Holger Politt (Hrsg.), Rosa Luxemburg, Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11, Potsdam 2014, vor allem die jeweiligen Einleitungen der Herausgeber.

¹⁰ Vgl. Anthony Brewer, Marxist Theories of Imperialism. A Critical Survey, London 1982, S. 61-76.

der Occupy-Bewegung in gewisser Weise als Fortsetzer von Rosa Luxemburgs Ideen und Taten gesehen werden.

Ihr Internationalismus gewinnt im 21. Jahrhundert noch an Bedeutung, denn heute ermöglichen es die modernen Kommunikationsmittel den Menschen, sich schnell über die Kämpfe auf anderen Teilen des Planeten zu informieren. Als Rosa Luxemburg 1896 über die Türkei oder 1902 über Martinique schrieb, müssen diese Weltenteile den meisten Arbeitern im Westen als fremd und geradezu exotisch vorgekommen sein. Heute können die Nachfahren dieser Arbeiter in Sekundenschnelle auf ihren Laptops Informationen noch über die entferntesten Weltgegenden herunterladen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist, wie für alle sichtbar, eine globale Krise, die nach internationalen Antworten durch die Volksmassen verlangt.

Die vierte Komponente in Rosa Luxemburgs Wirken ist ihre Auffassung von der revolutionären Partei. Wie bereits erwähnt, war Rosa Luxemburg eine überzeugte Demokratin mit einem tiefen Vertrauen in die Volksmassen. In ihrer Schrift *Was will der Spartakusbund?* betonte sie im Dezember 1918: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«¹¹ Diese Haltung bewahrte sie davor, Lenins ultra-zentralistischer Parteiauffassung zu folgen.¹² Für sie war ein Sozialismus, der diesen Namen verdiente, nur durch die Selbsttätigkeit der Arbeiter als Subjekt ihrer eigenen Befreiung möglich. Sie war und blieb in ihrer Opposition gegenüber dem Kapitalismus und allen Formen der Ausbeutung unbeirrt, doch war sie völlig frei von all jenen dogmatischen Lehrsätzen, die den europäischen Kommunismus in den folgenden Jahrzehnten nach ihrem Tod prägen sollten. Die Partei war für sie weder ein Ersatz für die arbeitenden Massen, noch sah sie sie als eine Wahlmaschine, für die die Massen nichts als Stimmvieh waren. Vielmehr war sie Produkt eines lebendigen Austauschprozesses zwischen »Führern« und »Geführten«.

Hier gilt es für alle, die sich gegen das kapitalistische System auflehnen, viel zu lernen. In der Vergangenheit wurde eine falsche Alternative zwischen kleinen, sektiererischen »Avantgarde-Parteien« und breiten Sozialbewegungen konstruiert. Rosa Luxemburg verstand hingegen, dass leben-

¹¹ Rosa Luxemburg, *Was will der Spartakusbund?*, in: GW, Bd. 4, S. 448f.

¹² Vgl. Luban, *Rosa Luxemburg's Critique [...]*, S. 357ff.

dige Massenparteien sowohl dem Sektierertum wie auch dem unbestimmten Hin und Her von lose verfassten Sozialbewegungen entraten müssen. Organisiertheit und Spontaneität waren für Rosa Luxemburg keine Gegensätze, sondern einander bedingende Notwendigkeiten im revolutionären Kampf. Beide bildeten eine dialektische Einheit.

Das fünfte und letzte hier genannte Merkmal ist Rosa Luxemburgs Humanismus. Sie besaß einen tiefen Glauben an die menschliche Würde als moralische Grundlage eines jeden Sozialismus. Für sie beschränkte sich der Sozialismus nicht nur auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen in quantitativer Hinsicht; dieser bedeutete für sie auch einen Sprung vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Dies war genau das Gegenteil zur Haltung bourgeoiser Politiker wie der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, für die so etwas wie die Gesellschaft schlicht nicht existierte.¹³ Rosa Luxemburg sah die Gesellschaft als ein einzigartiges menschliches Unterfangen, das über die bloße Notwendigkeit der Arbeit in Richtung auf eine neue Qualität geistigen Zusammenwirkens wirkt. Dies würde Verhältnisse von Zwang und Entfremdung überwinden. Rosa Luxemburg betonte, dass frühere Revolutionen gerade deshalb auf Gewalt beruhten, weil sie im Interesse und unter Führung privilegierter Minderheiten stattfanden. Hingegen schrieb Rosa Luxemburg: »Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft [...]. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln [...].«¹⁴ Die Menschen, die heute Rassismus, Sexismus und andere Übel der bürgerlichen Gesellschaft bekämpfen, sind von diesen humanistischen Prinzipien geleitet.

Am 18. November 1918 schrieb Rosa Luxemburg in der »Roten Fahne«, die Revolution habe ihren Tag der Ehre erlebt. Dieser Artikel betonte den menschlichen Aspekt der Revolution und forderte die unverzügliche Abschaffung der Todesstrafe. Rosa Luxemburg schloss ihren Artikel mit den Worten: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt

¹³ »There is no such thing as society.« So Margaret Thatcher gegenüber dem britischen Lifestyle-Magazin »Women's Own« am 31. Dezember 1987, hier zit. nach Peter Dwyer, *Understanding Social Citizenship. Themes and Perspectives for Policy and Practice*, 2. Aufl., Bristol 2010, S. 78.

¹⁴ Rosa Luxemburg, *Was will der Spartakusbund?*, S. 442f.

muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«¹⁵ Sozialismus bedeutete für Rosa Luxemburg stets den Weg hin zu einer Welt, deren Schönheit und deren kulturelle wie wissenschaftliche Reichtümer sich allen Menschen erschließen würden. Dies war ein edles Ziel für Rosa Luxemburg im 20. Jahrhundert und bleibt noch immer ein erstrebenswertes Ziel für uns im 21. Jahrhundert. Vielleicht ist es, Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks, nun Zeit, die Ideen Rosa Luxemburgs erneut auf den Prüfstand zu stellen. Wenden wir uns nun ihren Überlegungen zum Massenstreik zu.

Schon seit Längerem haben sich Historiker mit Rosa Luxemburgs Lehren befasst, die sie aus der russischen Massenstreikbewegung der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zog. Ihr Verständnis dieser Bewegung eröffnete Einsichten in revolutionäre Prozesse, die sich sehr vom orthodox-leninistischen Standpunkt unterschieden. Während die Bolschewiki – so Lenin in »Was tun?« – an der Notwendigkeit einer Partei von Berufsrevolutionären festhielten, betonte Rosa Luxemburg die Bedeutung einer Selbsttätigkeit der Massen »von unten«. Damit aber dient Rosa Luxemburgs Haltung nicht nur als Schlüssel zum Verständnis der Bewegung in Russland, sondern ebenso der revolutionsbereiten Bewegungen, die Europa am Ende des Ersten Weltkrieges ergriffen. Im Folgenden soll dies am deutschen Beispiel der Jahre 1914 bis 1918, aber mit dem Blick auf allgemeine Fragestellungen, aufgezeigt werden.

Die Welt hat sich seit dem Jahrhundert, in dem Rosa Luxemburg lebte, kämpfte und starb, dramatisch gewandelt, sodass deshalb die Frage gestellt werden muss: Ist Rosa Luxemburgs Konzeption im 21. Jahrhundert noch von Bedeutung? Um diese Frage zu beantworten, sollte eine Reihe von miteinander verbundenen Problemen in unsere Überlegungen einbezogen werden. Dazu gehören folgende Fragen:

- Welche Vorbedingungen sind für die Entstehung einer Massenstreikbewegung notwendig?
- Auf welche Weise geht das politische Bewusstsein dem Massenstreik voran und wie entwickelt es sich im Verlauf eines Massenstreikprozesses?

¹⁵ Rosa Luxemburg, Eine Ehrenpflicht, in: GW, Bd. 4, S. 406.

- Worin liegen die Gründe für die widersprüchliche Natur von Gewerkschaften, die zunächst solche radikalen Bewegungen initiieren, dann aber oft abbremsen?
- Wie kann man erklären, dass politische Parteien sowohl Initiatoren wie auch Hemmschuhe für solche Massenstreik-Aktivitäten sein können?
- Wie lassen sich die Unbeständigkeit und die widerspruchsvolle Natur des Klassenbewusstseins erklären, das während eines Massenstreiks auf- und abflaut?
- Inwieweit sind historische Beispiele von Massenstreiks unter veränderten Bedingungen in ihren Lehren hilfreich, inwieweit können diese aber auch in die Irre führen?

Zuerst sollte man den Begriff klären. Ein Streik beinhaltet, so Marcel van der Linden, »Formen des Kampfes und der Ausübung von Macht, mittels derer eine Gruppe von Arbeitern durch kollektives Nichthandeln am Arbeitsplatz ökonomischen, sozialen oder politischen Forderungen direkten Ausdruck gegenüber anderen verleiht.«¹⁶ Das mag für die meisten Forscher wie ein Allgemeinplatz klingen, aber in den Massenmedien werden Streiks heute oft mit Demonstrationen, Unruhen oder anderen Formen politischer Aktivität verwechselt oder vermengt. Unvermeidlicherweise ist in den Debatten um die Arbeiterklasse die Suche nach präzisen Begriffen oft ideologisch geprägt.

Die Streiks, und vor allem der Generalstreik, galten lange Zeit als ein probates Mittel des Aufbegehrens. Georges Sorel, der französische Philosoph des Syndikalismus, sah den Generalstreik als ausschlaggebendes Element bei der Entstehung der Arbeiterbewegung. Er schrieb, dass sogar ein friedlicher und kurzer Generalstreik um allgemeine ökonomische Forderungen der Regierung zeige, »dass sie auf dem Holzweg ist«.¹⁷ Hingegen sei der Generalstreik, wie ihn die Syndikalisten verstehen, das Mittel des Proletariats im Kampf um die Macht. »Dabei erstrebt es die Entscheidungsschlacht, in der es den vollen Beweis für seine Tapferkeit ablegt.«¹⁸ Auch die Industrial Workers of the World (IWW) gaben (vor allem in den USA) die Losung aus: »Eine starke Gewerkschaft, ein Generalstreik!«¹⁹

¹⁶ Marcel van der Linden, *Strikes*, in: Ders., *Workers of the World. Essays Toward a Global Labor History*, Leiden 2008, S. 182f.

¹⁷ Georges Sorel, *Reflections on Violence*, London 1925, S. 132.

¹⁸ Ebenda, S. 146.

¹⁹ Eine ausgezeichnete Übersicht der Debatten in den IWW und anderen syndikalistischen Organisationen sowie ihrer Beziehungen zur kommunistischen Be-

Ohne eine ebenso starke Bedeutung der Organisation haben auch die Anarchisten auf die Bedeutung des Generalstreiks als Waffe gegen den Staat verwiesen.²⁰ Überdies verwiesen auch verschiedentlich Politiker der Zweiten Internationale auf die Notwendigkeit des Generalstreiks als demokratischem Kampfmittel.²¹ So schrieb Karl Kautsky, die »Waffe des Massenstreiks« wirke immer öfter erfolgreich in rein politischen Kämpfen wie z.B. in Wahlrechtskämpfen.²²

Rosa Luxemburgs Konzeption des politischen Massenstreiks unterschied sich von den soeben genannten Positionen.²³ In »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, ihrem berühmt gewordenen Werk über die russische Revolution von 1905, kritisierte sie sowohl die Anarchisten zur Linken als auch die Sozialdemokraten zur Rechten wegen ihrer mechanistischen Auffassung des Streiks: »Beide Richtungen gehen von der gemeinsamen rein anarchistischen Vorstellung aus, dass der Massenstreik ein bloßes taktisches Kampfmittel ist, das nach Belieben und nach bestem Wissen und Gewissen ›beschlossen‹ oder auch ›verboten‹ werden könne, eine Art Taschenmesser, das man in der Tasche ›für alle Fälle‹ zusammengeklappt bereithalten oder auch nach Beschluss aufklappen und gebrauchen kann.«²⁴ Obgleich das Konzept der Bolschewiki besser durchdacht war, ähnelte es doch mehr denen Kautskys und der Sozialdemokraten denn dem Rosa Luxemburgs. Wie die deutsche Revolution von 1918-1919 später zeigen sollte, erwies sich weder die Initiierung noch die Verhinderung von Streiks als erfolg-

wegung findet sich bei Ralph Darlington, *Socialism and the Transition to Communism. An International Comparative Analysis*, Aldershot 2008. Richard Stoenescu widmet sich in seiner laufenden, an den Universitäten Dresden und Potsdam betreuten Dissertation »Syndikalismus zwischen den Weltkriegen. Deutschland und die USA im Vergleich« ebenfalls diesem Themenkomplex.

²⁰ Vgl. z.B. zum russischen Anarchismus die aktuelle Biographie eines seiner wichtigsten Exponenten: Mark Leier, *Bakunin*, New York 2007. Vgl. zum Gesamtkomplex nach wie vor das Standardwerk von Paul Avrich, *The Russian Anarchists*, Princeton 1967 (Nachdruck 2005).

²¹ Vgl. z. B. Kautskys Arbeiten »Der Weg zur Macht« (1909) und »Der politische Massenstreik« (1914).

²² Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Berlin 1909, S. 79.

²³ Zur Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Kautsky in Bezug auf den Massenstreik vgl. jetzt sehr überzeugend Helga Schultz, *Europäischer Sozialismus – immer anders*, Berlin 2014, S. 32-37.

²⁴ Rosa Luxemburg, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, in: *GW*, Bd. 2, S. 98.

reich. Es gab einfach kein allgemeines Rezept, wie man mit oder im Falle eines Streiks verfahren sollte.

Nach Rosa Luxemburg war der Massenstreik ein gegenüber bisherigen Deutungen viel komplexeres, historisch kompliziertes und sogar widersprüchliches Phänomen. Sie betonte, dass »wenn uns also die russische Revolution etwas lehrt, so ist es vor allem, dass der Massenstreik nicht künstlich ›gemacht‹, nicht ins Blaue hinein ›beschlossen‹, nicht ›propagiert‹ wird, sondern dass er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt«. ²⁵ Ihrer Meinung nach war der Massenstreik kein taktisch, sondern historisch bedingtes Phänomen. Dies zeigte sich in ihren Differenzen mit Lenin in Fragen des Massenstreiks wie auch der Demokratie. ²⁶ Weniger als ein Jahrzehnt, nachdem Rosa Luxemburg ihre Kritik publiziert hatte, erlebte Europa das schlimmste Blutbad, das dem Kontinent je in seiner Geschichte widerfahren war. ²⁷

Der europäische Sozialismus vermochte nach Jahrzehnten der Antikriegspropaganda mit ihren Proklamationen und Massenaufmärschen nicht, das weltweite Massenschlachten zu verhindern oder zu stoppen. Dass damals keinerlei Massenstreiks ausbrachen, zeigt den Konservatismus der althergebrachten Organisationen der Arbeiterklasse und den niedrigen Stand des politischen Bewusstseins des durchschnittlichen europäischen Lohnarbeiters. ²⁸ Im Allgemeinen wird auf die Rolle der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie bei der Entfaltung der Kriegsbegeisterung ver-

²⁵ Ebenda, S. 100.

²⁶ Vgl. Jörn Schütrumpf, Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, 2. Aufl., Berlin 2012, sowie die Literatur in Anm. 5.

²⁷ Vgl. auch Ottokar Luban, Rosa Luxemburg zum Massenstreik. Zwei unbekannte Reden vom Sommer 1913, in: Narihiko Ito u.a. (Hrsg.), Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes, Berlin 2010, S. 80-85.

²⁸ Ansätze einer Massenstreikbewegung gab es bei Kriegsbeginn dennoch in Berlin, London und anderen Zentren, die von der Polizei in Zusammenarbeit mit rechten Arbeiterfunktionären jedoch schnell im Ansatz unterbunden wurden. Vgl. Jörn Wegner, Die Kriegs- und Kolonialfrage in der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich 1899-1914, Berlin 2014, bes. S. 284ff. Vgl. zu Stuttgart, wo die Antikriegsbewegung besonders stark war, die Biographie eines ihrer bedeutendsten Protagonisten: Theodor Bergmann/Wolfgang Haible/Galina Iwanowa, Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund. Eine politische Biographie, Hamburg 1998.

wiesen. Selbst in Russland, wo Lenins Partei gegen den Krieg eingestellt war, trafen sich Arbeiter zu Massenaufmärschen, um dem Zaren zu huldigen, nachdem es noch im Juli 1914 in St. Petersburg zu einem Generalstreik gekommen war, der sich gegen die drohende Kriegsgefahr gerichtet hatte.²⁹ All dies ist nur allzu wahr, reicht aber als Erklärung der Ereignisse nicht aus. Wie konnten Millionen im Juli 1914 gegen den Krieg demonstrieren, wenn die gleichen Arbeiter nur einen Monat später, im August, zu den Schützengräben eilten?

Obleich die Arbeiterbildung ihnen die Bedeutung der Friedensordnung vermittelt hatte, waren die Arbeiter gleichzeitig der nationalistischen Ideologie durch die herrschende Propaganda unterworfen. Diese wurde ihnen sogar durch etablierte Organisationen der Arbeiterbewegung vermittelt. Im Ergebnis war eine fragmentierte politische Kultur entstanden, in der der Frieden zwar bewahrenswert war, doch auch der Kampf für das Vaterland, so dieses in Gefahr schien. So kam nun eine Argumentation etwa dergestalt auf: Vielleicht sollte man streiken, aber unsere Partei- und Gewerkschaftsführer haben sicher Recht, wenn sie sagen, es käme dann zu scharfen Unterdrückungsmaßnahmen und mehr noch, wir würden als antipatriotisch gebrandmarkt. Überdies fürchteten die Arbeiter, sie könnten zu Handlungen provoziert werden, in deren Folge sie alle Errungenschaften einbüßen würden, die sie in den letzten Jahrzehnten erreicht hatten.³⁰ Es ist hier sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass die Antikriegsstimmung, selbst wenn sie von einer militanten Einstellung getragen war, lediglich eine Absichtserklärung blieb, da sie nicht mit der Bereitschaft verbunden war, die Kriegsmaschinerie zu stoppen. All dies zeigt den unsteten Charakter des Klassenbewusstseins, da die gleichen Arbeiter später die deutsche Revolu-

²⁹ Vgl. zum Generalstreik in St. Petersburg Victoria E. Bonnell, *Roots of Rebellion. Workers' Politics and Organizations in St. Petersburg and Moscow, 1900-1914*, Berkeley/Los Angeles 1983, S. 390-438; Leopold H. Haimson, *Labor Unrest in Russia on the Eve of the First World War. The Role of Conjunctural Phenomena, Events, and Individual and Collective Actors*, in: Ders./Charles Tilly (Hrsg.), *Streiks, War, and Revolutions in an International Perspective. Strike Waves in Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries*, Cambridge [GB] 1989, S. 500-511; Robert McKean, *St. Petersburg Between Revolutions. Workers and Revolutionaries, June 1907-February 1917*, New Haven 1990, S. 297-317.

³⁰ In diesem Zusammenhang wäre eine Diskussion des Begriffs der »Arbeiteraristokratie« angebracht.

tion von 1918 unterstützten, dabei aber einige Unklarheiten in der Frage des Massenstreiks zeigten.

Die Ereignisse des Ersten Weltkriegs sind zu gut bekannt, um hier angeführt zu werden. Für unser Thema verdient die Tatsache Beachtung, dass sich die Verluste Deutschlands auf den Schlachtfeldern im Leiden und Sterben an der »Heimatfront« widerspiegelten. Bis zu einer Dreiviertelmillion deutscher Zivilisten könnten infolge der britischen Seeblockade gestorben sein. Der Mangel an Lebensmitteln in Verbindung mit dem Fall der Reallöhne brachte die Reichsregierung dazu, »Ersatzstoffe für Fett – eine ständige Mangelware – aus Ratten, Mäusen, Hamstern, Krähen, Schaben, Schnecken und Würmern, sogar aus Haarspangen und alten Lederstiefeln herzustellen, aber nichts davon half wirklich«. ³¹ All diese Versuchsmaßnahmen halfen weder dem chronischen Mangel an Lebensmitteln ab, noch machten sie das kaiserliche Deutschland bei den Durchschnittsdeutschen beliebter. In der Tat erschien der »Burgfrieden«, den die SPD-Führung bei Kriegsbeginn verkündet hatte, immer unwirklicher angesichts des Aufbegehrens der Arbeiter gegen den Hunger, manchmal schon gegen den Krieg und schließlich gegen das gesamte Herrschaftssystem.

Tabelle 1: Streiks in Deutschland im Ersten Weltkrieg

Zeitabschnitt	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden
Januar-Juli 1914	1.199	94.014
August 1914	0	0
Sept.-Dez. 1914	24	1.126
1915	141	12.866
1916	240	124.865
1917	562	651.461
1918	773	1.304.248

Quelle: Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Berlin 1947, S. 249.

³¹ John Williams, *The Other Battlefield. The Home Fronts: Britain, France and Germany, 1914-1918*, Chicago 1972, S. 158. Vgl. zu den Lebensbedingungen in Deutschland im Ersten Weltkrieg Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Göttingen 1973, Taschenbuchausg.: Frankfurt a. M. 1988; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2003.

Zwar beeinflussten radikale Gruppen auf lokaler Ebene einige oder sogar viele dieser Arbeitskämpfe, doch wahrscheinlich brachen die allermeisten von ihnen spontan aus. Die Fortdauer des Krieges und besonders die russische Oktoberrevolution 1917 politisierten natürlich viele Arbeiter, und entsprechend politischer wurden ihre Streikforderungen. Die zunächst vage, doch sich immer weiter verstärkende Friedenssehnsucht der Arbeiter »verwandelte sich in leidenschaftliche Sympathie für die Bolschewiki bei ihrer Auseinandersetzung mit dem deutschen ›Militarismus‹«, wie Arthur Rosenberg schrieb.³² Ende Januar 1918 bestreikten zwischen 250.000 und schließlich 400.000 Berliner Arbeiter ihre Betriebe. Neben ökonomischen Forderungen demonstrierten sie für ein Ende des Krieges ohne Annexionen oder Kontributionen. Im Februar wurde die Streikbewegung mit großer Brutalität unterdrückt. Es folgten Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen. Diese wurden von Militärgerichten gegen Zivilpersonen verhängt.³³ Die linksgerichteten Revolutionären Obleute waren jedoch ebenso wenig imstande, den Generalstreik auszurufen, wie die SPD-Führung, die Streikwelle zu verhindern.³⁴ Am 1. Oktober 1918 fürchtete General Erich Ludendorff, dass »auf die Truppen kein Verlass mehr« sei. Das Heer im Westen werde »den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen«.³⁵

Doch die ersten roten Fahnen, die zur Erhebung aufriefen, die als Novemberrevolution in die Geschichte einging, wurden weder in den Fabriken noch an der Front entrollt, sondern in der Kriegsflotte. Im Oktober 1918 drängten die Matrosen immer entschiedener auf ein Ende des Krieges, der für sie weniger gefährlich denn ermüdender, langweiliger und erniedri-

³² Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 183.

³³ Vgl. ebenda, S. 184f.

³⁴ Vgl. zu den Revolutionären Obleuten die zeitgeschichtliche Darstellung ihres wichtigsten Vertreters: Richard Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*, 2 Bde. Berlin 1924, sowie ders., *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925. Einbändiger Nachdruck der drei Bücher unter dem Titel: *Eine Geschichte der Novemberrevolution. Vom Kaiserreich zur Republik*, hrsg. von Ralf Hoffrogge, Berlin 2011. Zu Müller vgl. Ralf Hoffrogge, *Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008. Vgl. als zeitgenössische Quelle weiterhin Emil Barth, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919.

³⁵ Erich Ludendorff zit. nach dem Tagebucheintrag von Albrecht von Thier, Generalstabdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919, hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Berlin [West] 1958, S. 234f.

gender als der Armeedienst war. Anders die Admirale: Die Kommandeure der Kaiserlichen Hochseeflotte wollten ihre »Ehre« selbst um den Preis immenser Verluste retten. Sie planten einen Generalangriff auf die überlegene britische Flotte, von der sie fast die gesamte Kriegsdauer über in den deutschen Kriegshäfen eingeschnürt worden war. Wie viel an selbstmörderischen Menschenverlusten die deutsche Seekriegsleitung auch immer in Rechnung stellte, die Matrosen fürchteten fast durchweg riesige Zahlen von Toten.³⁶ Als sie den Befehl erhielten, in See zu stechen, meuterten die Matrosen auf zwei Schiffen. Die Meuterei sprang rasch auf andere Schiffe über. Auch angesichts angedrohter Massenverhaftungen war sie nicht mehr zu stoppen.³⁷ Anfang November war die deutsche Hochseeflotte praktisch nicht mehr kriegstüchtig und die Matrosen waren auf dem Weg nach Hause – wo sie oft die Nachrichten über die Revolution weiter verbreiteten.³⁸

Dies führte am 11. November zu hektischen Streik- und Aufstandsbestrebungen einiger Linker. Auf dem anderen Flügel der Arbeiterbewegung suchten die gemäßigten SPD-Führer die Sturmwelle einzudämmen. Am 4. November erließ der SPD-Vorstand einen Aufruf, in dem sie vor anonymen Flugschriften und einer Mundpropaganda warnte, die die Arbeiter auf die Straße und zum Streik riefen. Die Erklärung der SPD warnte: »Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da.«³⁹ Doch am 9. November setzten die Arbei-

³⁶ Vgl. hierzu als zeitgenössische Quelle Richard Stumpf, Warum die Flotte zerbrach. Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters, hrsg. von Wilhelm Dittmann, Berlin 1927. Der keineswegs linksorientierte Stumpf diente als Obermatrose in der Flotte. Er starb 1958 in Heiligenstadt, damals DDR. Sein Tagebuch erschien im deutschen Original nur in gekürzter Form. 1967 erschien eine von Daniel Horn besorgte vollständige Ausgabe in englischer Übersetzung. Vgl. Daniel Horn (Hrsg.), War, Mutiny and Revolution in the German Navy. The World War I Diaries of Seaman Richard Stumpf, New Brunswick (New Jersey) 1967, hierzu bes. S. 417-420.

³⁷ Vgl. Daniel Horn, The German Naval Mutinities of World War I, New Brunswick (New Jersey) 1969, S. 225f.

³⁸ Wie die Seeleute wollten auch die meisten Soldaten nichts als nach Hause zurückkehren. Vgl. zu den Umständen Scott Stephenson, The Final Battle. Soldiers of the Western Front and the German Revolution of 1918, Cambridge [GB] 2009.

³⁹ Der Aufruf des SPD-Vorstandes ist abgedruckt in: Vorwärts, 4. November 1918, hier zit. nach: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbe-

termassen ihren Aufstandsplan um, ohne auf einige selbsternannte Revolutionäre zu hören, die den 11. November als Aufstandsdatum bestimmt hatten. Alle Aufrufe des gemäßigten SDP-Flügels stießen unterdessen auf taube Ohren.⁴⁰

Rosa Luxemburg schrieb über den revolutionären Prozess, dass dabei »von einem vorgefassten Plan, einer organisierten Aktion keine Rede [war], denn die Aufrufe der Parteien vermochten kaum, mit den spontanen Erhebungen der Masse schritt zu halten; die Leiter hatten kaum Zeit, die Lösungen der vorausstürmenden Proletariermenge zu formulieren«. ⁴¹ Interessanterweise wurden diese Worte mehr als ein Jahrzehnt früher, aus Anlass der russischen Revolution von 1905, geschrieben, aber sie hätten auch die Lage in Russland 1917 oder in Deutschland 1918 zutreffend belegt.

Tatsächlich schien der Ausbruch – oder Nicht-Ausbruch – von Streiks Rosa Luxemburgs Worte zu belegen. Ein marxistischer Historiker betonte: »Die Revolution, die Deutschland während der ersten Novembertage 1918 mit Wucht ergriff, scheint auf den ersten Blick Rosa Luxemburgs Erwartungen und Haltungen zu bestätigen. Die arbeitenden Massen fanden ihren Weg zu revolutionärer Aktion trotz ihrer Führer und oftmals gegen sie, fast vollkommen unabhängig von der revolutionären Organisation, die durch die Ereignisse überrollt wurde [...].«⁴²

W. I. Lenin und andere Linke hielten an der Idee fest, wonach die politische Partei der Schlüssel zur Lösung des Massenstreikproblems sei. Im Gegensatz dazu verwarfen die Anarchisten jede Parteikonzeption. Im Verlauf der Geschichte haben sich beide Doktrinen als gleichermaßen falsch erwiesen. Im politischen Leben werden immer manche Führer sich in den Massen täuschen oder diese gar verraten, während Gewerkschaften im besten Fall zum nur zögerlichen Handeln neigen und im schlimmsten Fall sich als konservative, als bremsende Kräfte erweisen. Entscheidend aber ist die Tatsache, dass jede historische Situation ihre spezifischen Handlungsoptionen bereit- oder auch nicht bereithält, denen gegenüber alle Theorie grau ist.

wegung, Reihe II (1914-1945), Bd. 2 (November 1917-Dezember 1918), Berlin [DDR] 1957, S. 289f.

⁴⁰ Vgl. für eine andere Sichtweise, die die bewussten Aktivitäten einiger ausgewählter Revolutionäre herausstreicht, Hoffrogge, Richard Müller. Vgl. für eine detaillierte Auseinandersetzung mit Hoffrogge die Rezension des Verfassers zu diesem Buch in: *Left History*, 16 (Spring/Summer 2012), Nr. 1, S. 138f.

⁴¹ Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, S. 100.

⁴² Pierre Broué, *The German Revolution 1917-1923*, Leiden 2005, S. 129.

So wichtig Rosa Luxemburgs Erkenntnisse und Einsichten waren, das Problem blieb bestehen, wonach ein Massenstreik weder formell deklariert noch eindeutig vorhergesagt werden kann. Dies erwies sich als Achillesferse in ihrer Theorie. Während sie stets am Gedanken einer revolutionären Führung festhielt, machte sie niemals klar, wie eine solche Führung genau bewerkstelligt werden sollte. Das zeigt sich gerade angesichts der Tatsache, dass eine Vielzahl gegeneinander konkurrierender Parteien, Gruppen und Sekten an ihrer jeweils allein richtigen Ansicht starr festhalten. Wie sollte heute die Beziehung zwischen Partei und Klasse beschaffen sein, um einen Massenstreik zu befördern, für den die historischen Bedingungen herangereift sind? Wie leider die letzten Ereignisse in der Weimarer Republik zeigten, war eine ganz nach dem sowjetisch-zentralistischen Modell ausgerichtete Partei in keiner Weise zur Lösung dieses Problems imstande.⁴³

Dies bleibt ein von Rosa Luxemburg ungelöstes und zu ihren Lebzeiten auch schwer zu lösendes Problem. Es gelang ihr nicht, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie Revolutionäre durch theoretische Einsicht eines von zwei Extremen vermeiden können, ohne dem anderen zu verfallen, der Passivität zu erliegen oder dem Voluntarismus zu frönen. Jedenfalls hat sich das bolschewistische Mantra – die Partei hat immer Recht! – auf lange Sicht als wenig hilfreich erwiesen.

Wo aber ist die Trennlinie erkennbar, die zwischen der Gelegenheit zur revolutionären Machtergreifung und der Provokation liegt, mit der die Massen zum vorzeitigen Losschlagen genötigt werden sollen? Als Beispiel für diese Problematik mag der Januaraufstand 1919 in Berlin dienen. Durch die Absetzung des linken Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn provoziert, entlud sich der Ärger vieler Berliner Arbeiter, die der Hinhaltepolitik müde waren, in einem Aufstand. Schon zeitgenössische Beobachter

⁴³ Vgl. hierzu z. B. Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1976 (zuerst 1948; ein Buch, das zum »Klassiker« der deutschen Kommunismusforschung wurde); Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969; Ben Fowkes, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, New York 1984; Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: *Die Weimarer Zeit*, Berlin 1999. Zum Kontext vgl. u.a. Richard J. Evans, *The Coming of the Third Reich. A History*, New York 2003. Neben einer Vielzahl weiterer wissenschaftlicher Arbeiten zu dieser Problematik sei hier besonders auf den Bericht eines politisch aktiven Zeitzeugen verwiesen: Vgl. Victor Serge, *Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941*, Hamburg 1991 (deutsche Ausgabe der 1951 erstmals in Französisch erschienenen Memoiren).

vermuteten, dass dabei Polizeiprovokateure im Spiel waren (wie der später als solcher enttarnte Alfred Roland, der Anführer der Gruppe, die das Gebäude des SPD-Parteiorgans »Vorwärts« besetzte), die die Stimmung anheizten.⁴⁴

Ohne die hier dringend nötige Geduld ließ sich Karl Liebknecht zu übereiltem Handeln verleiten. Er drängte die soeben gegründete KPD in ein voreiliges Bündnis mit den Revolutionären Obleuten und dem linken Flügel der USPD. Als Rosa Luxemburg davon erfuhr, äußerte sie Liebknecht gegenüber ernste Zweifel, ob dies dem Programm der KPD entspreche.⁴⁵ Dieses so unüberlegte Hineinstolpern in eine nicht zu beherrschende Situation gab den konterrevolutionären Kräften den gesuchten Vorwand, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 zu ermorden.⁴⁶ Dies war der Auftakt zu einer Mordserie, der ein großer Teil der Führung des deutschen Kommunismus zum Opfer fiel.

Zu den Rahmenbedingungen dieser Entwicklung, die hier in Rechnung zu stellen sind, gehörte der rasche Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Die hohe Arbeitslosigkeit trieb viele Arbeiter an den Rand der Verzweiflung. Gleichzeitig aber verringerte dies die Streikbereitschaft, da die noch in Lohn und Brot befindlichen meist zu den älteren und besonnenen Arbeitern gehörten, die ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollten. Es ist ein trauriges Paradoxon, dass diejenigen, die zum Streik am meisten entschlossen waren, ohnehin keine Arbeit hatten.

Man kann sagen, dass die Ereignisse der deutschen Revolution 1918-1919 Rosa Luxemburgs Theorie vom Stellenwert des Streiks im revolutionären Prozess bestätigten, wenngleich *ex negativo*. 1906 hatte sie geschrieben: »Der wichtigste Schluss aus den hier angeführten Tatsachen ist der, dass die für die kommenden Massenkämpfe in Deutschland unbedingt

⁴⁴ Paul Frölich, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Berlin 1990, S. 361: »An der Spitze der Kolonne stand der Kellner Alfred Roland, der später als gefährlicher Provokateur entlarvt wurde.«

⁴⁵ Vgl. ebenda. Vgl. zum aktuellen Forschungsstand Annelies Laschitzka, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in den Wochen der Revolution, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 77 (März 2009), S. 23-39. Nachdruck in: Ito u.a. (Hrsg.), Rosa Luxemburg, S. 113-129.

⁴⁶ Zu den Umständen des Mordes vgl. u.a. Heinrich und Elisabeth Hannover (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt a. M. 1967, und zuletzt Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Ross Luxemburgs, Hamburg 2009.

Tabelle 2: Empfänger von Arbeitslosenunterstützung 1918-1919

Datum	Anzahl der Empfänger
1. Dezember 1918	501.610
1. Januar 1919	905.137
1. Februar 1919	1.076.368
1. März 1919	1.053.854
1. April 1919	829.758
1 Mai 1919	700.000

Quelle: Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5, Berlin [DDR] 1967, S. 159.

notwendige völlige *Einheit* der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung *tatsächlich vorhanden ist*, und zwar ist sie verkörpert in der breiten Masse, die gleichzeitig die Basis der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften bildet und in deren Bewusstsein beide Seiten der Bewegung zu einer geistigen Einheit verschmolzen sind.«⁴⁷ Dies erwies sich nun aber als Wunschdenken, da die meisten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer kaum handelten und die Linken mehr fürchteten als die Rechten.

Als am 9. November 1918 Karl Liebknecht inmitten der aufgewühlten Atmosphäre zur Errichtung einer sozialistischen Republik aufrufen wollte, reagierte der SPD-Vorsitzende Scheidemann mit Schrecken auf die Nachricht, proklamierte, um Liebknecht zuvorzukommen, selbst rasch die Republik und lud alle sozialistischen Parteien zur Zusammenarbeit ein.⁴⁸ Die ad-hoc vorgebrachte Erklärung Scheidemanns überraschte die gesamte Linke, doch vor allem Friedrich Ebert, der gemeinsam mit Scheidemann

⁴⁷ Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, S. 163. Hervorhebungen im Original.

⁴⁸ Vgl. u.a. Hans Peter Hanssen, *Diary of a Dying Empire*, Bloomington (Indiana) 1955, S. 351f. Der Wikipedia-Artikel »Ausrufung der Republik in Deutschland« bringt die verschiedenen Versionen von Scheidemanns Rede (http://de.wikipedia.org/wiki/Ausrufung_der_Republik_in_Deutschland#cite_note-13). Er selbst publizierte die »offizielle« Version 1928 in seinen Memoiren. Vgl. Philipp Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, Dresden 1928, S. 311f. Unmittelbar darauf rief Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses die sozialistische Republik aus. Vgl. als neuere Publikation zum Thema Lothar Machtan, *Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen*, Berlin 2008.

der SPD vorstand. Voller Zorn suchte er Scheidemann klarzumachen, dass dieser kein Recht habe, die Republik auszurufen.⁴⁹ Ebert stellte sich jedoch sofort auf die neue Lage ein, befürwortete die Abdankung des Kaisers und schließlich sogar die Ausrufung der Republik, aber nur, weil er keine Alternative dazu sah. Ebert sagte, wenn der Kaiser nicht gehe, dann sei »die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.«⁵⁰ Wichtiger noch war, dass die Oberste Heeresleitung unter den Offizieren herumfragen ließ, ob die Truppen bereit seien, für den Kaiser zu kämpfen. Die Antwort lautete in den meisten Fällen: Nein!⁵¹

Welche vorläufigen Schlüsse lassen sich aus alldem ziehen und welche Fragen harren der Antwort? Erstens muss ein Massenstreik, soll er Erfolg haben, die Unterstützung einer großen Mehrheit der Massen haben, die sich nur unter außergewöhnlichen Umständen einstellt. Zweitens untergräbt die Massenarbeitslosigkeit die Einheit der Klasse, da diejenigen, die noch im Arbeitsprozess stehen, gegen die Arbeitslosen ausgespielt werden können. Schon im Februar 1906 erkannte Rosa Luxemburg die gewaltige Arbeitslosigkeit als die »Achillesferse« der Arbeiterbewegung, von der sie wie von der Pest befallen sei.⁵² Drittens vernachlässigen die städtischen Revolutionäre allzu oft die Interessen des Landproletariats, nicht zu reden von denen der Kleinbauernschaft. Wenn sie nicht direkt zur Revolution führen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach selbst erfolgreiche Streikaktionen in den Großstädten durch Kräfte vom Land abgewürgt.⁵³ Viertens kann der Massenstreik, anders als die Theorien der Bolschewiki, der Syndikalisten, der Anarchisten und der Sozialdemokraten nahelegen, nicht einfach in Szene gesetzt, noch kann er willkürlich verhindert werden. Im Jahre 1910 kriti-

⁴⁹ Vgl. Philipp Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd.1, Dresden 1928, S. 599.

⁵⁰ So berichtete es Eberts Vorgänger als Reichskanzler. Vgl. Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin/Leipzig 1927, S. 599f.

⁵¹ Vgl. *Neue Preußische Zeitung*, 27. Juli 1919.

⁵² Vgl. den Brief Rosa Luxemburgs an Karl und Luise Kautsky, in englischer Übersetzung abgedruckt in: Georg Adler/Peter Hudis/Annelies Laschitzka (Hrsg.), *The Letters of Rosa Luxemburg*, London 2011, S. 288f.

⁵³ Diese Problematik wurde auch auf dem KPD-Gründungsparteitag und im Zusammenhang mit der bayerischen Räterepublik von der Partei angesprochen. Vgl. Joseph Reinhold, *Die Stellung des Gründungsparteitages der KPD zur Agrar- und Bauernfrage und die Politik der Bayerischen Räterepublik gegenüber den Bauern*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 33 (1984), Nr. 2, S. 49-55.

sierte Rosa Luxemburg das Bemühen der SPD-Führung, selbst »eine *Diskussion* über den Massenstreik zu verbieten. [...] Die Massen selbst sollten entscheiden.«⁵⁴ Fünftens müssen revolutionäre Organisationen über ihr Verhältnis zum Streik Klarheit unter unvorhersagbaren, vielgestaltigen und widersprüchlichen Bedingungen gewinnen. Das ist in der Praxis oft ungeheuer schwierig. Sechstens stellt der Massenstreik immer die Machtfrage. Wie können die Massen von spontaner Radikalisierung zur tagtäglichen Organisationsarbeit geführt werden? Die Waffe des Streiks wird oft Mittel der Verteidigung entweder gegen Angriffe der Unternehmerschaft oder des Staates eingesetzt. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist der Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Putsches 1920 und zur Verteidigung der Weimarer Republik.⁵⁵ Wann und unter welchen Umständen kann eine defensiv angelegte Streikaktion in eine Offensivwaffe verwandelt werden? Letztens sollten Streiks weniger verstanden werden als Waffen in den Händen der Streikführer, sondern vielmehr als Mittel im historisch unvermeidlichen, wengleich im Verlauf oft unvorhersagbaren Klassenkampf.

Was hat sich in unserem Jahrhundert daran geändert? Halten wir fest, dass ein Massenstreik zumeist unter Bedingungen abläuft, unter denen die Arbeiterklasse sich ihrer Klasseninteressen bewusst ist. Die Kategorien »Klasse« und »Klassenbewusstsein« bleiben in China wie anderswo auch von Bedeutung. Ein Kollektivbewusstsein gerät natürlich unter die realen wie psychologischen Einflüsse der Individualisierung der Beschäftigung, des sich ausbreitenden Konsumverhaltens, das geradezu zur Ideologie wird, und des Verlusts des öffentlichen Raumes. Die Arbeiterklasse besteht fort, ist gewachsen und doch sind die Arbeiter heute oftmals voneinander isolierter als in der Vergangenheit. Man kann sagen, sie sind vorrangig damit befasst, einander Text-»Messages« zuzusenden. Viele von denen, deren Großeltern an Massenveranstaltungen und Feierlichkeiten im Freien teilnahmen, finden sich heute zu kleinen Partys in den hinteren Räumen ihrer Apartments zusammen.

Politisches Bewusstsein, selbst wenn es noch stark und an einigen Stellen des Planeten im Wachsen begriffen ist, muss sich der ständigen Attacken durch die mächtigeren kapitalistischen Medien erwehren. Die Ideologeme der

⁵⁴ Rosa Luxemburg an Konrad Haenisch, so zit. und rückübersetzt nach Adler u.a. (Hrsg.), *The Letters of Rosa Luxemburg*, S. 288f. Hervorhebung im Original.

⁵⁵ Vgl. Broué, *The German Revolution*, S. 349-380. Vgl. auch die umfangreiche Quellensammlung: Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002.

Konsumgesellschaft haben das Klassenbewusstsein oft verdrängt und beiseite gestoßen. Das bedeutet, dass die arbeitenden Menschen ihr Selbstverständnis eher aus dem beziehen, was sie verbrauchen, als nach der Art der Tätigkeit, die sie verrichten. Der Klassenbegriff wurde als wichtigster Faktor des Selbstverständnisses durch Begriffe wie »Rasse« oder Ethnie, Geschlecht, Beruf, Identität oder Ähnliches ersetzt. Traditionelle Arbeiterparteien wie die Labour Party, die Parti Socialiste oder die SPD haben seit Langem ihren Frieden mit dem Kapital gemacht, und Gewerkschaften verstehen sich zunehmend als eine Art von Dienstleistungsunternehmen, die ihren Mitgliedern verbilligte Eintrittskarten für Sportveranstaltungen anbieten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen wurde somit, was einst ein Spalier von Arbeiterorganisationen war, zum Bestandteil des neoliberalen Konsensus.

Das Klassenbewusstsein hat sich weitgehend verflüchtigt. Im 21. Jahrhundert erleben wir stattdessen eine kulturalistische Betonung von Identität und abwegige Debatten über Gottheiten der Bronzezeit, während Facebook die persönliche Begegnung ersetzt. Dies wertet in keiner Weise Rosa Luxemburgs brillante Beobachtungen und Folgerungen zum Massenstreik ab, zeigt aber, dass in der Zukunft der Massenstreik Formen annehmen mag, an die man 1919 kaum denken mochte. Die Geschichte ist ein weites Feld, aber ein Feld, das weiterhin unserer harret. Sie zeigt uns nicht nur, was und wie es gewesen ist, sondern wie es hätte sein können.

Kann eine Revolutionärin, deren revolutionärer Kampf mit einer Niederlage endete, uns heute noch etwas mitteilen? Ist es heute noch vonnöten, ihre Arbeiten zu lesen, in denen sie mit Lenin sogar nach dessen erfolgreicher Machtergreifung die Klinge kreuzte? Hatte Rosa Luxemburg Recht, als sie um eine andere Sicht auf die Revolution warb – eine Sicht, die gewiss nichts mit der Stalins gemein hatte, doch sich auch von jener Lenins und Trotzkis unterschied? Hat ihr Denken somit überhaupt noch Bedeutung? Auf all diese Fragen findet der Verfasser dieser Zeilen nur eine Antwort. Sie lautet in verschiedenen Sprachen: Ja, oui, da, si, yes.

Ein Grundgedanke dieses Aufsatzes ist somit, dass Rosa Luxemburg ein trotz mancher Unzulänglichkeiten insgesamt richtiges Verständnis des Streiks als Mittel des Aufstandes hatte. So soll sie selbst das Schlusswort erhalten. Für den weiteren menschlichen Fortschritt, schrieb sie, ist es »hohe Zeit, dass die sozialdemokratische Arbeitermasse lernt, ihre Urteilsfähigkeit und Aktionsfähigkeit zum Ausdruck zu bringen und damit ihre Reife für jene Zeiten großer Kämpfe und großer Aufgaben darzutun, in denen sie, die Masse, der handelnde Chorus, die Leitungen nur die »sprechenden Per-

sonen, d.h. die Dolmetscher des Massenwillens sein sollen.«⁵⁶ Dies aber ist, in Bertolt Brechts Worten, »das Einfache, das schwer zu machen ist.«⁵⁷

Aus dem Englischen übersetzt von Mario Keßler

⁵⁶ Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, S. 170.

⁵⁷ Bertolt Brecht, Lob des Kommunismus, in: Ders., Gedichte, Bd. III, Berlin [DDR] 1978, S. 71.

Wladislaw Hedeler

Was bleibt vom Bucharinismus?

»Lieber Kolka, was kann man so viele Jahre nach Deinem Tod, Deine Kinder sind heute bereits älter als Du damals, sagen? Etwa, dass Du genauso naiv und leichtgläubig geblieben bist, wie Du es Dein – wie mir heute scheint, kurzes – Leben lang immer warst.

Die »große Sache der UdSSR«, für die Du Dein Leben geopfert hast, ist für mich in jenen Tagen wenn nicht gestorben, so doch merklich verblasst. Aber Du sprichst nicht aus, was Dich endgültig gebrochen hat. Denn bis zu Deiner Verhaftung hast Du mit ausgesprochener Hartnäckigkeit gegen die Verleumdung gekämpft.« (Anna Larina-Bucharina: Brief ins Jenseits)¹

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, »Prawda«, erschien am 6. Februar 1988 mit einer Meldung über Nikolai Bucharins juristische Rehabilitierung. In überregionalen Zeitungen der Bundesrepublik wurde diese Nachricht zwischen dem 6. und 8. Februar auf den Titelseiten veröffentlicht und kommentiert. Am 4. Februar hatte das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR das im Schauprozess 1938 gesprochene Urteil gegen den Hauptangeklagten kassiert. Doch erst der darauf folgende Schritt, seine Wiederaufnahme in die KPdSU, was einer politischen Rehabilitierung gleichkam, hatte weiterreichende Folgen. Sie erfolgte am 5. Juli 1988, nachdem das Komitee für Parteikontrolle Bucharin am 21. Juni 1988 posthum in die KPdSU aufgenommen hatte. Nach dieser Vorbereitung unter Federführung der im Januar 1988 neu aufgestellten Kommission des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU zur zusätzlichen Überprüfung der Materialien, die mit den Repressalien in den 1930-40er und Anfang der 1950er Jahre verbunden sind, entschloss sich auch das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR am 10. Mai vorzuschlagen, Bucharin den am 21. Mai 1937 aberkannten Titel eines Mitglieds der AdW »zurückzugeben«. Die am 20. Oktober 1988 einberufene Vollversammlung stimmte dem entsprechenden Beschluss ohne Gegenstimmen zu.²

¹ Anna Larina-Bucharina, Brief ins Jenseits. In: Sozialismus, 20 (1994), Nr. 5, S. 61-62.

² Akademik N. I. Bucharin, Metodologija i planirovanie nauki i tehniki, Moskau 1989, S. 35-36.

Als Generalsekretär Michail Gorbatschow 1985 antrat, die Kommunistische Partei und das Land unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Bucharins Gedanken – sie fanden Eingang in den damals veröffentlichten XL. Lenin-Sammelband – umzugestalten, waren seine Opponenten sofort zur Stelle und versuchten, den Reformkurs zu unterlaufen, denn verhindern konnten sie ihn nicht mehr.

Die Geschichte der bereits für Dezember 1987 geplanten, dann verschleppten und erst Anfang Februar 1988 erfolgten juristischen Rehabilitierung Nikolai Bucharins beleuchtet schlaglichtartig die unterschiedlichen Interessenlagen der politischen Akteure in der UdSSR im Jahr des 50. Todes- und 100. Geburtstages Bucharins.

Dieses »Doppeljubiläum« ließ sowohl den Befürwortern als auch den Gegnern der Umgestaltung wenig Zeit und setzte sie unter Zugzwang. Während in Wuppertal, Budapest und Peking dem Erbe des auf Stalins Befehl ermordeten Politikers und Wissenschaftlers gewidmete Konferenzen vorbereitet wurden, ging in der Führung der KPdSU die hinter den Kulissen geführte Auseinandersetzung um die von Gorbatschow befürwortete Rehabilitierung weiter.

So enthielt die Ausgabe der »Iswestija« vom 26. März 1988 u.a. das Gedicht von Jewgeni Jewtuschenko »Bucharins Witwe«. Von dieser Publikation bis zur Veröffentlichung ausgewählter Reden und Schriften aus der unverfänglichen Schaffensperiode von Bucharin, dem Jahrzehnt von 1919 bis 1929, verging jedoch ein halbes Jahr.

Dieser Band ging am 13. Juli 1988 in Satz, wurde am 22. August für den Druck freigegeben und am 17. September 1988 – der »Prawda« eine Meldung wert – an den Buchhandel ausgeliefert.³ Gerade noch rechtzeitig zum 100. Geburtstag Bucharins.

Das Herausgeberkollektiv, dem der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, sein Stellvertreter und der Leiter der für Wissenschaft zuständigen Abteilung des ZK angehörten, betrachtete diese Ausgabe als »ersten Versuch, eine mehr oder weniger geschlossene Vorstellung von dem schöpferischen Erbe eines großen Wissenschaftlers und bedeutenden Funktionärs der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates zu vermitteln, dessen Arbeiten in ihrem wissenschaftlichen, historischen und politischen Wert gemeinsam von Philosophen, Ökonomen und Historikern durch unvoreingenommene Analyse der Texte

³ Izbrannye proizvedenija Bucharina, in: Pravda, 17. September 1988, S. 3.

noch erschlossen werden müssen.« In den auf Signale der Parteiführung trainierten Grundorganisationen der KPdSU wurde dieses Zeichen verstanden.

Wie zählbar die alten Klischees im Bewusstsein der sowjetischen Genossen verankert waren, spiegelt sich in der 1988 vorgelegten Auswahl aus Bucharins zwischen 1919 und 1929 entstandenem Werk. Die Diskussionen mit Lenin zwischen 1915 und 1917 – es ging um die Revolutions- und Staatstheorie – blieben ebenso ausgeblendet wie die nach Bucharins Ausschaltung aus dem politischen Leben des Landes geschriebenen Aufsätze. In den diese Publikation begleitenden Rezensionen in Fachzeitschriften sowie in der Tagespresse wurde der Leser auf die bevorstehende Debatte und den historischen Kontext von Bucharins Auffassungen hingewiesen. So aktuell die Texte auch seien, nicht alles damals von ihm Geschriebene könnte 1:1 übernommen, auf die Situation in der UdSSR der 1990er Jahre übertragen werden. Unausgesprochen blieb, ob weitere archivgestützte Publikationen folgen würden.

Im Sommer 1988 hatte Anna Larina ihre Erinnerungen in die Redaktion der Literaturzeitschrift »Snamja« (»Das Banner«) gebracht. Deren Chefredakteur gehörte zu den öffentlich für den Kurs des Generalsekretärs auftretenden Parteimitgliedern. Jetzt wiederholte sich das bereits im Hinblick auf den genannten Band der »Ausgewählten Werke« beschriebene Procedere.

Am 8. August ging das Heft mit dem ersten Teil der Erinnerungen in Satz, am 1. September in Druck. In ihren 1989 auch ins Deutsche übersetzten Erinnerungen hat Anna Larina den langjährigen und letzten Endes erfolgreichen Kampf um die unter Nikita Chruschtschow eingeleitete und unter Michail Gorbatschow gegen den Widerstand konservativer Kräfte in der Führung der KPdSU 1988 durchgesetzte Rehabilitierung von Nikolai Bucharin beschrieben.

In Theodor Bergmann, der den Kontakt zu Anna Larina suchte und fand, hatte sie einen ebenso engagierten wie zielstrebigem Mitstreiter an ihrer Seite. Auf seine Initiative hin fand im Oktober 1988 die erste, Bucharins Leben und Werk gewidmete internationale Konferenz in Wuppertal statt. »Ein Gesamtbild des Denkens und Wirkens von N. I. Bucharin wurde nicht gezeichnet. Vieles musste offen bleiben«, notierte Gert Schäfer, Mitorganisator der Tagung, und konstatierte eine »starke Konzentration auf bestimmte Fragestellungen, vor allem auf die mit der Neuen Ökonomischen Politik verbundene Entwicklungsperspektive. Bucharins Rolle

in der Oktoberrevolution, im Bürgerkrieg und im »Kriegskommunismus« blieb weitgehend ausgespart.«⁴

Bernd Rabehl unterstrich in einer Rezension des Tagungsbandes zu Recht, dass »Bucharin eine geschlossene Theorie des Bolschewismus gründlicher und konsequenter vertreten würde als Lenin und Stalin und erst recht als all die anderen.«⁵ An die Stelle der Verleumdung und Diskreditierung Bucharins in der UdSSR trat während der Perestrojka zunehmend die Instrumentalisierung und Vereinnahmung seines Lebenswerkes zur Unterbrechung des von Gorbatschow eingeschlagenen Reformkurses. Diese neue Lesart war das Leitmotiv der wissenschaftlichen Konferenz am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU über »Bucharin – Mensch, Politiker, Wissenschaftler« am 30. September 1988.⁶

Gorbatschow ist ein »Bucharinist«, lautete der Grundtenor der im Westen veröffentlichten Kommentare. Bucharin wurde zum Vordenker der Perestrojka erklärt und sein Werk dementsprechend ausgelegt. Wenn vom »Bucharinismus« die Rede war, ein Beispiel ist das von Theodor Bergmann verfasste Stichwort »Bucharinismus« für das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus, ging es genau genommen um Bucharins Auffassungen aus den Jahren 1926 bis 1928 über die Neue Ökonomische Politik beim Aufbau des Sozialismus und die damit zusammenhängende Gestaltung des »Arbeiter-und-Bauenblocks«. In diesem Sinne hatte sich Gorbatschow in seiner Rede aus Anlass des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution auf Bucharin berufen. Nach 40 Jahren des Verschweigens und Verleumdens kam es zu einem regelrechten Bucharin-Boom, wie Marc Junge in seiner 1996 verteidigten Dissertation über die Rehabilitierung Bucharins hervorhebt.⁷

Im Westen dominierte das Interesse am Reformen, doch es beschränkte sich nicht auf dessen Überlegungen zur NÖP. Die Kritik an der Behandlung Bucharins als »Torso« ging – das belegt auch der Verlauf der Wupper-

⁴ Gert Schäfer, Einleitung, in: Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.), »Liebling der Partei«. Nikolai Bucharin. Theoretiker und Praktiker des Sozialismus, Hamburg 1989, S. 14.

⁵ Bernd Rabehl, Rezension zu: Bergmann/Schäfer (Anm. 4), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 26 (1990), Nr. 3, S. 428.

⁶ V. Žuravlev/A. N. Solopov (Hrsg.), Bucharin: čelovek, politik, učenij, Moskau 1990.

⁷ Marc Junge, Bucharins Rehabilitierung. Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953-1991, Berlin 1999, S. 12.

taler Tagung – mit Fragen nach dem Früh- und Spätwerk einher. Doch die Antworten auf diese konnten ob der noch ausstehenden Untersuchungen von Bucharins Schaffen im deutschen, österreichischen, skandinavischen und amerikanischen Exil sowie der verschlossenen sowjetischen Archive nicht beantwortet werden. Später trat das Interesse an den Arbeiten der letzten Lebensjahre in den Vordergrund, während das im Exil entstandene »Frühwerk« eher eine untergeordnete Rolle spielte.

Rabehl war es auch, der in der bereits zitierten Rezension feststellte, dass von Bucharin »alle wichtigen Symbole des Stalinismus stammen«, und dass die notwendige Rehabilitierung »den Weg zu den anderen Theorien und Theoretikern öffnet, die Bucharin selbst noch mithalf, in den Abgrund des Vergessens zu stürzen«. ⁸ Nach der Wuppertaler Tagung, auf der sowohl Kritiker als auch Befürworter von Bucharins Auffassungen ihre konträren Positionen vortrugen, blieb diese Konstellation erhalten. Pierre Broué und Bernhard Bayerlein, Teilnehmer der Tagung in Wuppertal, vermochten in Bucharins Nachlass keine Alternative zum Stalinismus zu erkennen. Ernest Mandel war in seinem Urteil zurückhaltender und wies auf vom Ökonomen Bucharin begangene Fehler hin. In den nach der Tagung erschienenen Publikationen der genannten Autoren über Trotzki und die trotzkistische Opposition sucht man vergeblich nach der Analyse des Theoriebildungsprozesses und der zwischen den Vertretern der »Rechtsabweichung« und der »linken Opposition« in Sowjetrußland geführten Debatten. Erst Jahre später wurde in Rußland mit einer Edition von Jewgeni Preobraschenskis Schriften begonnen, ⁹ unter den seitdem veröffentlichten biographischen Arbeiten über Opponenten bzw. Gefolgsleute Stalins ragt lediglich die 2014 veröffentlichte Biographie von Christian Rakowski ¹⁰ heraus.

Von den Historikern, die in den USA, der BRD und Österreich über Bucharin publizierten als die Konvergenztheorie an Einfluss gewann bzw. der »Prager Frühling« die Gemüter bewegte, nahm nur A. G. Löwy im Dezember 1989 im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches »Die Weltgeschichte ist das Weltgericht« zur Perestrojka Stellung: »In den Ländern Osteuropas greift man immer mehr auf die von Bucharin entwickelten Ideen

⁸ Rabehl, Rezension, S. 429, 431.

⁹ Wladislaw Hedeler, Zur Ausgabe der Werke von E. A. Preobraschenski in Rußland, In: Berliner Debatte Initial, 23 (2012), Nr. 3, S. 148-150.

¹⁰ Georgi Černjanskij/Michail Stančev/Maria Tortika, Žiznennyj put' Christiana Rakovskogo, 1873-1941. Evropeizm i bol'shevizm: neokončennaja duel', Moskau 2014.

einer Vielfalt im Sozialismus zurück. Die Alternative lautet: Wirtschaftlich im weltweiten Wettbewerb unterzugehen – oder Bucharins Ideen verwirklichen.«¹¹

1991, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, änderte sich die Situation von Grund auf. Der als Theoretiker des Sozialismus wiederentdeckte Bucharin war gewissermaßen über Nacht uninteressant geworden und konnte zusammen mit dem sozialistischen Trümmerhaufen entsorgt werden. Während 1988 137 Publikationen über Leben und Werk nachweisbar sind,¹² waren es 1992 gerade einmal zehn Veröffentlichungen. Publizisten wie Juri Jemeljanow sahen ihre Stunde gekommen, um Bucharin als »Vordenker der Perestroika« zu demontieren, andere, unter ihnen S. Kuleschow, bezeichneten die Bolschewiki als Vordenker der faschistischen Ideologie. Die KPRF unter Gennadi Sjuganow sammelte sich unter Stalins Banner und unterstützte eine Vollendung der mit Band 13 abgebrochenen Werkausgabe des »vierten Klassikers«. Seit 2013 erscheint eine Neuausgabe der Stalinwerke.

Der Versuch, Bucharin dem erneut drohenden Vergessen zu entreißen, ging 1993 und 1994 mit einer Hervorhebung seiner Opferrolle und Kritik an Stalin einher. Nur fehlte jetzt der staatlich untermauerte Druck auf die Behördenarchive. Das IML beim ZK der KPdSU durchlief bis zum Augustputsch 1991 eine komplizierte Umstrukturierungsphase, danach war Bucharin ein Thema unter vielen.

Erst die Veröffentlichung der Korrespondenz Bucharins, darunter seiner Briefe aus dem Inneren Gefängnis der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD bot neuen Stoff für die Diskussion über den »Bucharinismus« und das Schicksal von »Ketzern im Kommunismus«. Nachdem Anna Larina und Swetlana Gurwitsch die von Nikolai Bucharin nach seiner Verhaftung 1937 verfassten Manuskripte »Der Sozialismus und seine Kultur« und »Philosophische Arabesken« zur Verfügung stellten, um sie in Deutschland zu veröffentlichen, regte Theodor Bergmann eine die Edition der Gefängnismanuskripte begleitende Debatte an, in der auch die Frage nach der Evolution der theoretischen Auffassungen Bucharins während der Haft diskutiert wurde. Von 1993 bis 1994 erschienen dazu in der

¹¹ A. G. Löwy, *Die Weltgeschichte ist das Weltgericht*, Wien 1990, S. 5.

¹² Wladislaw Hedeler, *N. I. Bucharin. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen 1912-1938. Mit einem Anhang: Bucharins Karikaturen und Bucharin in der Karikatur*, Berlin 2005.

Zeitschrift »Sozialismus« 15 Beiträge. In Anbetracht des in den letzten Jahren kaum hinzugekommenen Materials und der gezeitengleichen Öffnung und Schließung der Moskauer Partei- und Geheimdienstarchive ist die Schlussfolgerung berechtigt, dass die eigentliche Debatte über Bucharins Spätwerk noch bevorsteht.

Als die Gefängnisschriften 1996 und 2005 in der Bundesrepublik, 1998, 2005 und 2006 in New York und in Calcutta erschienen, hatte sich der Publikations- und Forschungsschwerpunkt der Sowjetunionhistoriker längst auf den »Großen Terror« verlagert. Das Interesse am Schicksal der repressierten Vertreter der Partei- und Staatselite ging gegen Null. Von dieser Entwicklung profitierten vor allem jene Verantwortlichen im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation und im FSB-Archiv, die sich schon immer gegen eine Öffnung ihrer Bestände für die Forschung gewehrt hatten. Von Bucharins Angehörigen lebt heute niemand mehr. Der Sohn aus dritter Ehe, Bucharins Witwe Anna-Larina und Swetlana, die Tochter aus zweiter Ehe, sind verstorben, Fürsprecher im Ringen mit der Archivverwaltung gibt es heute nicht mehr.

»Sehr verkürzt formuliert, ist der Dreh- und Angelpunkt der Debatten über die von Bucharin ausgearbeitete Alternative zu Stalins Kurs, seine Weigerung, als Oppositioneller aufzutreten. War er wirklich ein Abweichler geblieben oder hatte er letztendlich vor Stalin kapituliert? [...] Erst im Ergebnis einer solchen Diskussion kann die Frage, ob er zu den Vordenkern einer Alternative zum administrativ-bürgerlichen System gehörte, oder wie viele andere seiner Zeitgenossen die Denkmuster jener Jahre nicht zu durchbrechen vermochte, beantwortet werden.« Diese 1993 formulierte Fragestellung bleibt aktuell.¹³

Was Bucharin in der Zeitspanne zwischen seiner Verdrängung aus dem politischen Leben 1929 bis zu seiner Verhaftung auf dem Februar-März-Plenum 1937 und der anschließenden Verurteilung im Moskauer Schauprozess von 1938 noch zu leisten vermochte, konnte ob dieser Blockadehaltung der russischen Archivverwaltung nur ansatzweise untersucht werden. Was »dem Liebling der Partei« nach seiner Verhaftung in der Lubjanka angetan wurde, ist bis auf den heutigen Tag in den Archiven begraben und der Forschung unzugänglich. Der Umgang mit dem Nachlass, seine dem Machterhalt der jeweiligen Führung untergeordnete Lagerung, scheint oft komplizierter zu sein, als die Rezeption der Quellen selbst. Das Bucharins

¹³ Wladislaw Hedeler, Stalin, Trotzki, Bucharin, Mainz 1994, S. 180.

Haft und Verurteilung betreffende Material ist bis auf den heutigen Tag gesperrt. Außer den im Inneren Gefängnis der Lubjanka verfassten Abhandlungen, die auch in englischer und deutscher Übersetzung vorliegen, ist nichts Nennenswertes erschienen.

Die in der Bundesrepublik und in Russland veröffentlichten biographischen Skizzen über Lew Kamenew (Hamburg 2006), Nadeshda Krupskaja (Essen 2013), Karl Radek (Köln 2012), David Rjasanow (Moskau 2009), Alexander Rykow (Moskau 1990) und Leo Trotzki (Moskau 2013) – um nur die Publikationen über Bucharins Kampfgefährten zu nennen – bieten kaum Neues und bleiben hinter dem abrufbaren Forschungsstand zurück. Die in Russland erscheinende, noch nicht abgeschlossene Edition der Werke von Preobraschenski ist in der BRD nicht rezipiert worden, die Publikation von für die Untersuchung von Bucharins Leben und Werk relevanten Archivdokumenten in den Zeitschriften »Istotschnik« (Quelle) und der (1991 eingestellten) »Iswestija ZK KPSS« (Nachrichten des ZK der KPdSU) ist nicht erfolgt.

Der jüngst in Russland veröffentlichte Band, der den Moskauer Schauprozess 1938 dokumentiert, enthält nicht das im ZA des FSB aufbewahrte Stenogramm des Prozesses, sondern die für die Veröffentlichung redigierte Fassung, die im AP RF überliefert ist. Bereits vor einigen Jahren hatten russische Zeitungen über einen »sensationellen Fund« in einem nicht näher bezeichneten »Geheimarchiv« berichtet. Das damals entdeckte Prozessstenogramm brachte angeblich an den Tag, dass Bucharin eine Verschwörung geplant hatte und demnach zu Recht zum Tode verurteilt worden war.

Wadim Rogowin, Verfasser einer Reihe von Büchern über die Geschichte des Trotzkiismus in der Sowjetunion, hat diese Behauptung später aufgegriffen und während einer Lesereise, die ihn durch Westeuropa führte, verbreitet. Darauf ist an anderer Stelle kritisch Bezug genommen worden.¹⁴ Sergej Alichanow, ein Dichter, brachte das Kunststück fertig, einem russischen Verlag das 1938 in 13 Sprachen übersetzte »Stenogramm« des Prozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzkiisten« als authentisches,

¹⁴ Wladislaw Hedeler, Wadim Rogowins sechs Bände über den Stalinschen Terror. Prophet Trotzki, Verräter Jelzin, in: Neues Deutschland, 10./11. November 1998, S. 15; ders., Mord an Trotzki. Wadim S. Rogowin: Weltrevolution und Weltkrieg, in: ND-Beilage zur Leipziger Buchmesse, 20.-23. März 2003, S. 13; ders., Wadim S. Rogowin, Stalins Kriegskommunismus, in: ND-Beilage zur Leipziger Buchmesse, 16.-19. März 2006, S. 11.

Ende der 1930er Jahre »nur für den Dienstgebrauch bestimmtes Geheimdokument« aufzuschwatzen.

Mitte der 1990er Jahre stand die Bucharinforschung genau genommen an einem Scheideweg. Das konjunkturelle Interesse am »Bucharinismus« war nach dem Zerfall der Sowjetunion Geschichte. Die Forschung erschwerend kommt hinzu, dass nur drei der insgesamt zehn, zwischen 1988 und 1993 in Russland veröffentlichten Auswahlbände, Reden und Aufsätze von Bucharin enthielten, die nicht in den Jahren vor 1920 bzw. nach 1929 entstanden waren. Die folgende Übersicht enthält einen Überblick über die Publikationen zu Leben und Werk von Nikolai Bucharin in russischer Sprache.

Publikationen vor 1917

Bucharins Briefwechsel mit seiner Frau Nadeshda Lukina aus den Jahren 1911 bis 1914 und 1922 erschien 2013 in Moskau. Der in Russland erschienene Band mit den im RGASPI überlieferten Briefen, die Bucharin an seine Ehefrau schrieb, ist ein Spiegelbild des Kenntnisstandes der jungen, am Archiv beschäftigten Historiker über die Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung in Russland. 1989 erschien »Imperialismus und Weltwirtschaft« (1915).

Ein Reprint der 1914 geschriebenen, aber erst 1919 publizierten »Politischen Ökonomie des Rentners« erschien 1988 in Moskau. Den Aufsatz »Was ist Sozialismus« (1916) hat S. L. Leonow in den von ihm eingeleiteten Band ausgewählter ökonomischer Schriften von Bucharin (Moskau 1990) aufgenommen.

1917 bis zum Ende des Kriegskommunismus

Das von Bucharin gemeinsam mit Preobraschenski verfasste »Programm der Kommunisten« (1918) und die »Ökonomik der Transformationsperiode« (1920), einschließlich zweier Rezensionen, finden sich in dem von S. L. Leonow eingeleiteten Band der ausgewählten ökonomischen Schriften (Moskau 1990).

Von Beginn der NÖP 1921 bis zur Ausschaltung aus dem politischen Leben 1929

Der 1988 von L. G. Smirnov u.a. herausgegebene Band mit ausgewählten Werken umfasst die Zeitspanne von 1921 bis 1929. Die Publizistik des Testamentvollstreckers Lenins nimmt in der Sammlung den zentralen Platz ein.

Der Schwerpunkt des von S. L. Leonow eingeleiteten Bandes mit ausgewählten ökonomischen Schriften (Moskau 1990) liegt auf den in den Jahren 1921 bis 1925 entstandenen Publikationen.

1990 (Nowosibirsk) erschien die von W. P. Danilow und S. A. Krasilnikow besorgte Auswahl von Aufsätzen aus den Jahren 1925 bis 1928 unter dem Titel »Der Weg zum Sozialismus«. Bucharin erscheint hier als schöpferischer Marxist und origineller Vertreter einer praktikablen Alternative zu Stalins Kurs der Zwangskollektivierung. Bucharins Überlegungen zur Weiterführung der NÖP korrespondieren mit der aktuellen Entwicklung in China und Jugoslawien, ist dem Vorwort zu entnehmen. Die von Stalin in den 1930er Jahren erzwungene und von Bucharin geleistete Selbstkritik ging nicht mit einer Revision der theoretischen Auffassungen einher. Unter dem Deckmantel der Kritik an Trotzki führte Bucharin die Kritik an Stalins Politik weiter.

Im Unterschied zu den o. g. drei Editionen versuchten die Herausgeber um G. L. Smirnow im 1989 veröffentlichten Band, Leitlinien von Bucharins Schaffen in der Zeitspanne 1915 bis 1933 zu skizzieren, wobei das Schwergewicht auch hier auf den Jahren 1927 bis 1929 liegt. Betont wird die schöpferische Weiterentwicklung der »Theorie und Praxis des Sozialismus« am Vorabend des Sturzes Bucharins als Politiker. Ebenso bruchlos kommt die von B. Fresinski kommentierte Auswahl von Aufsätzen Bucharins über »Revolution und Kultur« (Moskau 1993) aus den Jahren 1923 bis 1936 daher. Hinweise auf hier festzumachende Zäsuren in Bucharins Werk gibt es nicht. Der 1990 von W. Pisigin herausgegebene Band ist eine thematische Sammlung von Aufsätzen und Reden Bucharins an die Jugend, die zwischen 1919 und 1928 entstanden sind. Schwerpunkt sind die Jahre 1922 bis 1926, d.h. die Jahre des Lenin-Aufgebots im Komsomol.

Nach der Ausschaltung aus dem politischen Leben 1930 bis zur Verhaftung 1937

1988 (Moskau) erschien ein von N. Moskowtschenko kommentierter Reprint der »Etjudy« (1932), der Aufsätze zur Kultur und Philosophie aus den Jahren 1931 bis 1932 enthält.

1989 (Moskau) erschien die von P. W. Wolobujew besorgte Auswahl von Aufsätzen aus den Jahren 1931 bis 1932 unter dem Titel »Methodologie und Planung von Wissenschaft und Technik«. Bucharin, Akademiemitglied, Wissenschaftstheoretiker- und Organisator, erscheint hier als Vertreter einer propagierten – jedoch nicht umgesetzten – Alternative zu Stalins Kurs.

1989 (Leningrad) erschien die von E. P. Welichow besorgte Auswahl von Aufsätzen aus den Jahren 1931 bis 1936 zur »Geschichte und Organisation von Wissenschaft und Technik« und die von B. Fresinski kommentierte Auswahl von Aufsätzen Bucharins über »Revolution und Kultur« (Moskau 1993) aus den Jahren 1923 bis 1936. In beiden Veröffentlichungen werden die Unterschiede zwischen den in der UdSSR veröffentlichten und den im Ausland vorgetragenen Reden nicht untersucht.

Gefängnisschriften 1937/1938

Die Veröffentlichung des autobiographischen Romans »Zeiten« im Jahre 1994 sowie die Edition der »Philosophischen Arabesken« und »Der Sozialismus und seine Kultur« 1996 fand in Russland kaum noch Beachtung. Eine zweite Auflage, die alle drei »Gefängnisschriften« in überarbeiteter korrigierter Fassung enthielt, erschien 2008. Danach ist es um Bucharin sehr still geworden.

Während die Arbeit an den Gefängnisschriften ein Stück vorankam, hat sich im Hinblick auf die frühen Jahre in Moskau, die Flucht aus der Verbannung und die im Exil gesammelten Erfahrungen, die dann vom ultralinken Bucharin auf die Situation in Russland übertragen wurden, wenig getan. Diese Beschreibung der Rezeptions- und Editions-geschichte ist schon deshalb wichtig, weil sie bekanntlich den Kontext der Bucharinbiographien bildet, die ebenfalls nie den »ganzen Bucharin«, sondern immer nur – um das Bild noch ein letztes Mal aufzugreifen – dessen Torso abbilden.

Die Bucharin-Biographien

Die Schwerpunktlegung der Biographien folgte – der Archivsituation geschuldet – der oben skizzierten Schwerpunktlegung der zeitgleich publizierten Editionen. Drei Biographien erschienen 1988 sowie je eine 1989, 1992 und 1998. Eine auf der Auswertung des zugänglichen russischen Archivmaterials basierende Biographie liegt in Russland bis auf den heutigen Tag nicht vor. Daher ist es unter Historikern immer noch verbreiteter, Bucharin punktuell, auf ein Thema bezogen oder nur vom Ende her zu denken, als sein Lebenswerk chronologisch und thematisch von Anfang an zu untersuchen. Mit der von Theodor Bergmann geförderten, im Berliner Matthes & Seitz Verlag vorgelegten biographischen Skizze, die den Jugendjahren und dem Leben im Exil den gebührenden Platz einräumt, wird der Versuch unternommen, diesen Weg zur Erarbeitung einer lückenlosen, das gesamte Leben und Werk einbeziehenden Biographie ein Stück weit

zu beschreiten. Da dabei Wert darauf gelegt wurde, die Bruchlinien in der Biographie des jungen und »alten« Bucharin deutlich herauszuarbeiten, kann an dieser Stelle keine generalisierende Definition, die ihn als »Leninisten«, »Stalinisten« oder gar »Bucharinisten« (im Sinne eines Schulbildners bzw. einer liberalen Alternative zu Stalin) auf einen Nenner bringt, angeboten werden.

Der Alexander Bogdanows theoretischen Auffassungen nahestehende Agitator und Zirkelleiter der Moskauer Parteiorganisation profilierte sich nach der Revolution 1905 zunächst als Politökonom. Als Philosoph, oder genauer als Soziologe, neigte er zum Positivismus. Die Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten und Austromarxisten im Exil ebneten den Weg zu Rjasanow und Plechanow. Sie waren für ihn als Theoretiker relevant. Neben Marxstudien blieb er der Untersuchung des Imperialismus treu. Hier war er als Theoretiker zwischen Trotzki und Lenin verortbar, die sich eher als Politiker verstanden. Bucharin bewegte sich ständig in Kreisen der jungen Linken in Deutschland und Skandinavien, seine Konflikte mit Lenin auf theoretischem Gebiet nahmen eher zu als ab. Als Politiker näherten sie sich einander an. Die Revolution im März 1917 in Russland erlebte der zurückgekehrte Emigrant als Ultralinker, als Befürworter der Weltrevolution und Propagandist des Kriegskommunismus. Nach seiner Parteinahme für die NÖP, die Rückbesinnung und Polemik mit A. Bogdanow spielte hier eine Rolle, stand er im Ruf, zum rechten Flügel der KPR(B) zu gehören. Berührungspunkte zu Vertretern der sich auf Marx berufenden Sozialdemokratie – exemplarisch seien hier die Austromarxisten genannt – waren ihm fremd.

Bis 1928 bediente sich Stalin geschickt seiner Person im Kampf gegen die trotzkistische Opposition. In Anbetracht des Scheiterns seiner einstigen Kampfgefährten war er – insbesondere als Politiker und Theoretiker der Komintern – stets zu Kompromissen mit der Gruppe um Stalin bereit. Auf dem Gebiet der Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftspolitik kämpfte er beharrlich – wenn auch stets unter dem Deckmantel der Polemik gegen Trotzki – bis zu seiner Verhaftung 1937 gegen den von Stalin verordneten Kurs. Während die Gefängnisschriften den unfreiwillig letzten Versuch markieren, Stalins willkürlichem Pragmatismus ein an Lenin orientiertes Konzept entgegenzusetzen, das Elemente des demokratischen Sozialismus in sich birgt, zeigen ihn die Briefe aus der Haft als gebrochenen und illusorischen Vorstellungen nachhängendem Mann. Als Theoretiker – das belegen die Gefängnisschriften in aller Deutlichkeit – hat er sich nicht mit Stalin versöhnt.

Das eigentliche Dilemma, vor dem (auch) die Bucharin-Forschung steht, haben die Autoren der hier bereits erwähnten Rakowski-Biographie auf den Punkt gebracht. Ein persönliches Archiv ist nicht überliefert, die Haft- und Strafakten nur in Auszügen bekannt, der Protagonist, heben sie hervor, war Sozialist und als solcher weder dem Lager der Stalinisten noch dem der Leninisten zuzurechnen. Am ehesten könnte er als »Vertreter des europäischen Geistes« betrachtet werden. Diese kulturelle Prägung durch Herkunft, Erziehung oder Exil ist die eigentliche Erklärung für die Distanz zum Bolschewismus. Es ist kein Widerspruch, dass Rakowski und Bucharin ihre Hoffnungen an den Arbeiter- und Bauern-Staat knüpften und nur in dessen Grenzen ihre Ziele verwirklichen wollten. Der Weg ins Exil – Trotzki's Isolation vor Augen – war für sie ausgeschlossen. Bucharin hat diese ihm von Stalin angebotene Möglichkeit ausgeschlagen, als er 1936 in Begleitung seiner Frau nach Paris fuhr, um über den Ankauf des Marx-Engels-Archivs zu verhandeln.

Bucharin war gegenüber der von Stalin ausgehenden Gefahr keineswegs blind. Im Nachwort der Herausgeber zu den »Philosophischen Arabesken« ist von seinen diesbezüglichen Überlegungen, Befürchtungen und Ängsten die Rede. Sicherlich waren Bucharins Freunde im In- und Ausland klar-sichtiger als er, nur mussten sie nicht Familienmitglieder oder Freunde als Geiseln in der UdSSR zurücklassen. Bucharin gab Stalin stets nach, wenn er darin eine Möglichkeit zur Weiterführung der Arbeit sah. Er würde – im Sinne der Sache – sogar als Petrow weiterleben können, schrieb er dem Generalsekretär. Stalin hingegen sah es als Gefahr an, dem in der Haft »Neugeborenen« das Leben zu schenken. Bucharin wollte nicht wahrhaben, was seine Widersacher deutlicher als er erkannt hatten. Ein wiedergeborener Bucharin wäre auch eine wiedergeborene und damit noch größere Gefahr für den »Vater der Völker« und dessen Gefolge. Einen Anti-Trotzki in Gestalt Bucharins benötigte dieser nicht. Die Planung des Attentats, mit dem der Emigrant aus dem Weg geräumt werden sollte, kam Schritt für Schritt voran.

So lange die Verhörprotokolle und das Prozessstenogramm nicht zugänglich sind, wird man im Hinblick auf eine Einschätzung von Bucharins Lebensweg, der in Stalins Reich an den Rand des Abgrundes geführt hat, mit solchen Hypothesen leben müssen. Erst die Öffnung der Geheimdienstarchive wird dazu beitragen, Licht in diese Angelegenheit zu bringen.

Annette Vogt

Leonid W. Kantorowitsch und seine Vorschläge zur Reform der sowjetischen Ökonomie

In der 75-jährigen Geschichte der Sowjetunion gab es immer wieder Versuche, das Land und seine Ökonomie zu reformieren. Die Initiativen dafür gingen von verschiedenen Gruppen aus, von Mitgliedern der Partei der Bolschewiki, von Gesellschaftswissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern, aber auch von Naturwissenschaftlern und Mathematikern – kurz, der in der sowjetischen Gesellschaft hoch geachteten intelligenzija.

Im Folgenden soll die Geschichte eines Reformprojekts skizziert werden, das eng mit dem Wirken des Mathematikers Leonid Witaljewitsch Kantorowitsch ([6.1.] 19.1.1912 St. Petersburg – 7.4.1986 Moskau) verbunden war. Er war nicht nur ein exzellenter Mathematiker, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften sowie mehrerer anderer Akademien, sondern ein Wissenschaftler, der 1975 für seine Arbeiten zur Einführung mathematischer Methoden in der Ökonomie den 1969 von der Schwedischen Bank gestifteten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften (offiziell heißt der Preis »The Sveriges Riksbank Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel«) verliehen bekam – zusammen mit seinem 1940 aus den Niederlanden in die USA emigrierten Kollegen Tjalling Charles Koopmans (1910-1985). Der Preis wurde für den Beitrag beider Wissenschaftler zur Theorie der optimalen Ressourcenverwendung verliehen. Er war der einzige sowjetische Wissenschaftler, der mit diesem prestigeträchtigen Preis im Fach Ökonomie geehrt wurde. Zusammen mit ihm wird oft an den Mitte der 1920er Jahre aus der jungen Sowjetunion zuerst nach Deutschland und dann in die USA emigrierten Wassily Leontief (5.8.1905 München – 5.2.1999 New York)¹ erinnert, der 1973 den Nobelpreis für sein Input-Output-Modell verliehen bekam. Sowohl W. Leontief als auch der sieben Jahre jüngere Leonid Kantorowitsch verbrachten ihre Kindheit in St. Petersburg bzw. Petrograd und studierten an der Univer-

¹ Eigentlich Vasilij Vasil'evich Leont'ev, wegen der verschiedenen möglichen Transliterationen meist Wassily, auch Wassili, Leontief(f) in der Literatur; in vielen Publikationen steht beim Geburtstag der 5. August 1906, St. Petersburg; dies wurde in den letzten Jahren berichtigt.

sität in Leningrad. Anfang 1959 werden sie sich das erste Mal begegnen, wenn W. Leontief Leningrad und Moskau besuchen wird.

Vieles im Leben und Wirken von Leonid Kantorowitsch² war ungewöhnlich und außergewöhnlich. Hier soll vor allem seine Bedeutung für angestrebte, gewünschte, aber letztlich gescheiterte Versuche der Reformen der sozialistischen Ökonomie der Sowjetunion behandelt werden. Rückblickend mag es einfach erscheinen, das Scheitern als von vornherein gegeben anzusehen, aber für Leonid Kantorowitsch und seine Mitstreiter war es ein ergebnisoffener Prozess, und sie setzten sich mit Engagement für die angestrebten Reformen ein. Den Lebensweg von Leonid Kantorowitsch könnte man auch beschreiben als den eines Wissenschaftlers, der sowohl zur reinen als auch zur angewandten Mathematik gearbeitet hat, aber auch als den eines Begründers einer neuen Wissenschafts-Disziplin – der mathematischen Ökonomie – und eines Wegbereiters der modernen Rechen- und Computertechnik in der UdSSR.

Für seine mathematischen Theorien zur optimalen Ressourcenverwendung und einer optimalen Planung der Wirtschaftsentwicklung war die Verfügbarkeit über moderne Rechenanlagen sehr wichtig. Und er setzte sich frühzeitig dafür ein, dass Ökonomie-Studenten als Pflichtfach Mathematik studieren sollten. In vielen Veröffentlichungen über ihn, die seit seinem Tod und zu seinem Andenken erschienen sind, wird er ein Genie genannt,³ weil er in allen mathematischen Teildisziplinen, zu denen er arbeitete, Hervorragendes geleistet hat. Er gehört zu den herausragenden Mathematikern des 20. Jahrhunderts. Dagegen waren seine Hinwendung zu ökonomischen Problemen, seine Lösungsansätze, die die neue Disziplin lineare Optimierung bzw. lineare Programmierung mitbegründeten,⁴ sowie seine Hartnäckigkeit bei der Verteidigung seiner Ideen über mehr als vier Jahr-

² Wegen der verschiedenen möglichen Transliterationen auch Leonid Witaljewitsch Kantorowitsch. Die Publikationen, die als Übersetzung in der DDR erschienen, verwendeten diese Transliteration.

³ Vgl. stellvertretend I. M. Gel'fand, O rabotach L. V. Kantoroviča, in: *Optimizacija*, Ausgabe 50 (67), (1991), (Teil II), S. 131. Israel Moisseewich Gel'fand (1913-2009) kannte Leonid W. Kantorowitsch seit 1933 und arbeitete später zeitweilig mit ihm zusammen.

⁴ Zur Geschichte der Disziplin lineare Optimierung bzw. lineare Programmierung vgl. Sonja Brentjes, Zur Herausbildung der linearen Optimierung, in: Wolfgang Lassmann/Hans Schilar (Hrsg.), *Ökonomie und Optimierung*, Berlin: Akademie-Verlag, 1985, S. 298-330.

zehnte (von 1938/39 bis zu seinem Tod) etwas Besonderes. Sie erschließen sich nur über den Kontext dieser Entwicklungen und vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte der Sowjetunion.

1. Vom »mathematischen Wunderkind« zum Professor und Akademiestmitglied

Den beruflichen Weg vom begabten jungen Studenten, der mit 18 Jahren schon zwei Vorträge auf einem mathematischen Kongress hielt, bis zum Akademiestmitglied, Staats- und Lenin-Preisträger, beschrieb Semjon Samsonowitsch Kutateladse (geb. 1945) in seinem Beitrag 1991 mit den Worten: »ot matematitscheskogo wunderkinda do mastera-korifeja perwych rjadow.«⁵

Gemeint waren die Präsentationen von L. Kantorowitsch auf den vier Allunionskongressen der sowjetischen Mathematiker von 1930 bis 1961; es fanden in der 75jährigen Geschichte der UdSSR nur diese vier Kongresse statt. Im Sommer 1930 hielt er in Charkow als 18jähriger Student zwei kleine Vorträge über seine Entdeckungen in seinem damaligen Spezialgebiet der Analysis. Im Sommer 1934 trug er in seiner Heimatstadt Leningrad ebenfalls einen Vortrag zur Analysis vor, inzwischen war er bereits Professor. Auf den Kongressen 1930 und 1934 lernte er einige Kollegen kennen, die ihm später halfen und ihn unterstützten. Der nächste Allunionskongress fand erst 22 Jahre später im Sommer 1956 in Moskau statt. Nun war er 44 Jahre alt und hielt zusammen mit S. L. Sobolew (1908-1989) und L. A. Ljusternik (1899-1981) einen Plenarvortrag über Funktionalanalysis und numerische Mathematik. Auf dem letzten stattfindenden Allunionskongress hielt er im Sommer 1961 in Leningrad einen Vortrag »Probleme der mathematischen Ökonomie«, zu dem Gebiet, das ihn weltweit berühmt machen sollte. Er kam aus Nowosibirsk nach Leningrad, in seine Geburtsstadt, in der er von 1926 bis 1960 fast ununterbrochen gelebt und gearbeitet hatte, und er war nun seit drei Jahren Akademiestmitglied. Aber so geradlinig, wie die von S. S. Kutateladse gegebene Beschreibung suggeriert, war es nicht,

⁵ S. S. Kutateladze, Četyre matematičeskich s'ezda v žizni L. V. Kantoroviča, in: Optimizacija, Ausgabe 50 (67), (1991), (Teil II), S. 139 (»Vom mathematischen Wunderkind zur Koryphäe ersten Ranges.«).

im Gegenteil. Zwischen dem 2. und dem 3. Kongress der sowjetischen Mathematiker lagen nicht nur rechnerische 22 Jahre.

Leonid Kantorowitsch, 1912 in einer jüdischen Arztfamilie geboren, sowohl sein Vater, der schon 1922 starb, als auch seine Mutter waren Ärzte, interessierte sich schon als Kind für die Mathematik und begann im Alter von 14 Jahren 1926 an der Universität in Leningrad (LGU) zu studieren. Nach seinen Vorträgen auf dem 1. Allunionskongress der Mathematiker in Charkow beendete er sein Studium und wurde Aspirant⁶ am Institut für Mathematik der LGU. Gleichzeitig unterrichtete er Mathematik an der Ingenieur-Hochschule der sowjetischen Kriegsmarine. Von 1930 bis 1948 war er mit dieser Hochschule verbunden, zuerst als Assistent, 1932 wurde er Professor, später Leiter des Lehrstuhls für Höhere Mathematik. Außerdem wurde er 1934 Professor am Lehrstuhl für Analysis an der LGU. Nach der 1935 erfolgten Wiedereinführung akademischer Grade (kandidat nauk [entspricht unserem Dr.] und doktor nauk [entspricht der Habilitation])⁷ wurde er aufgrund seiner bis dahin publizierten Abhandlungen 1936 Doktor nauk ohne Verteidigung. Außerdem beteiligte er sich an den mathematischen Veranstaltungen in der Leningrader Abteilung des Instituts für Mathematik »W. A. Steklow« der Akademie der Wissenschaften (AdW) der UdSSR, das 1921 vom damaligen Vizepräsidenten der Akademie, Wladimir Andrejewitsch Steklow (1864-1926), gegründet wurde (bis 1930 hieß es physikalisch-mathematisches Kabinett, mit dem Umzug der Akademie nach Moskau 1936 wurde es die Leningrader Abteilung des Steklow-Instituts). L. W. Kantorowitsch war ein äußerst produktiver Mathematiker, er publizierte Arbeiten zur Analysis, Funktionalanalysis, Rechen-technik (hier erhielt er einige Patente) und zur mathematischen Ökonomie. Er veröffentlichte auch in der Zeitschrift »Comptes Rendues« der franzö-

⁶ Mit der Wiedereinführung akademischer Grade und dem Ausbau der wissenschaftlichen Ausbildung an den sowjetischen Universitäten wurde auch die Aspirantur eingeführt, man kann sie mit den heutigen Graduierten-Kursen vergleichen. In normalerweise drei Jahren sollten die Aspiranten eine Dissertation anfertigen und die Prüfungen absolvieren. Es war nicht unüblich, dass sie gleichzeitig bereits an Hochschul-Einrichtungen Vorlesungen hielten und unterrichteten.

⁷ Vgl. Pelageja Jakovlevna Kočina, *Nauka-Ljudi-Gody. Vospominanija i vystuplenija*, Moskau 1988, S. 138-139.

sischen AdW. Die 2002 und 2012 erstellten Bibliographien unter der Redaktion von S. S. Kutateladze bezeugen diese Produktivität.⁸

Seine Überlegungen zur Lösung ökonomischer Probleme mittels mathematischer Methoden in den Jahren 1938-39 führten zu der ersten Veröffentlichung, seiner später als grundlegend anerkannten Arbeit, die 1939 als Broschüre der LGU in kleiner Auflage erschien. 1940-1941 löste er mit Kollegen einige Aufgaben des so genannten Transportproblems, d.h. gesucht wurde eine optimale Lösung beim Transport verschiedener Waren mit der Eisenbahn. Während des Großen Vaterländischen Krieges wurde er Anfang 1942 mit seiner Ingenieur-Hochschule der Kriegsmarine nach Jaroslawl evakuiert und arbeitete hier an verschiedenen kriegsrelevanten geheimen Forschungsprojekten mit (»classified research«).⁹ Außerdem hielt er Vorlesungen zur Theorie der Wahrscheinlichkeitsrechnung, die 1946 als Buch erschienen. Mehrfach besuchte er seine nach Kasan evakuierten Mathematiker-Kollegen des Steklow-Instituts für Mathematik der AdW, die dort unter der Leitung seines Freundes Sergej Lwowitsch Sobolew (1908-1989), 1941 bis 1946 Direktor des Instituts, ebenfalls kriegswichtige Forschungen leisteten. Dort war er an der Entwicklung moderner leistungsfähiger Rechner beteiligt. Zunächst benutzte man Rechenmaschinen, die bei der Auswertung der Volkszählung 1939 und danach am Leningrader Astronomischen Institut verwendet worden waren. Eine seiner Studentinnen arbeitete an der Entwicklung von Programmiersprachen mit.¹⁰

⁸ S. S. Kutateladze (Red.), Leonid Vital'evič Kantorovič (1912-1986). Biobibliografičeskij ukazatel', 2. überarb. Aufl., Novosibirsk 2012, 202 S. (Erstaufl. 2002).

⁹ Vgl. L. V. Kantorovich, My Journey in Science (Supposed Report to the Moscow Mathematical Society), in: Lev J. Leifman (Hrsg.), Functional Analysis, Optimization, and Mathematical Economics. A Collection of Papers Dedicated to the Memory of Leonid Vital'evich Kantorovich. With A Foreword by Wassily Leontief, New York/Oxford 1990, S. 34. Nachdruck aus: Russian Mathematical Surveys, 42 (1987), Nr. 2, S. 233-270. Russ. Original: L. V. Kantorovič, Moj put' v nauke, in: Uspechi matematičeskich nauk, Bd. 42 (1987), Ausgabe 2, S. 183-217. Die im Krankenhaus geschriebene Autobiographie wurde vom Sohn Vsevolod L. Kantorovich (geb. 1943) zum Druck vorbereitet. Lev J. Leifman (1929 Kiev-1989 Providence, Rhode Island/USA) hatte nach seiner Promotion 1962 an der MGU mit LVK in Novosibirsk bis zu seiner Ausreise nach Israel gearbeitet, 1974-1979 an der Universität Haifa, ab 1979 in Providence Editor in der Abteilung Russian Translation for the American Math. Society.

¹⁰ Vgl. Kantorovich, My Journey in Science, S. 35-38.

Die Bekanntschaft und spätere Freundschaft mit S. L. Sobolew war für L. Kantorowitsch sehr wichtig, und S. L. Sobolew half ihm mehrfach in komplizierten Situationen. In den besonders schweren Jahren von 1947 bis 1953, als der politisch und staatlich angeordnete »Kampf gegen den Kosmopolitismus« massive antisemitisch begründete Angriffe bedeutete, einschließlich Entlassungen, Denunziationen und Verhaftungen bis zur Ermordung Unschuldiger,¹¹ war L. Kantorowitsch mit vielen anderen Wissenschaftlern am sowjetischen Atombomben-Projekt beteiligt und somit diesen Angriffen entzogen. Geleitet von Igor Wassiljewitsch Kurtschatow (1903-1960) und mit S. L. Sobolew als einem der stellvertretenden Leiter waren an diesem streng geheimen Projekt viele später berühmte Mathematiker beteiligt, darunter Michail Aleksejewitsch Lawrentjew (1900-1980), von 1957 bis 1975 Präsident der Sibirischen Abteilung der AdW der UdSSR in Nowosibirsk/Akademgorodok. Für seine Arbeiten im Rahmen dieses Projekts wurde L. Kantorowitsch 1949 mit dem Stalin-Preis (Staatspreis) geehrt. Durch seine Beteiligung am Atombomben-Projekt war er auch den Angriffen des Mathematikers und fanatischen Antisemiten Iwan Matwejewitsch Winogradow (1891-1983), Direktor des Steklow-Instituts von 1934 bis 1983 (mit der Ausnahme der Jahre von 1941 bis 1946), entzogen. Natürlich »wussten« alle Beteiligten von diesen unerträglichen Vorgängen, privat und unter Freunden wurden sie erzählt, aber öffentlich gesprochen und geschrieben wurde in der UdSSR darüber erst wieder mit Beginn von »Glasnost« in der Zeit der Perestroika. In der 1985/86 verfassten Autobiographie von L. Kantorowitsch finden sich keine Hinweise auf seine Erlebnisse mit dem sowjetischen Antisemitismus bzw. mit antisemitisch eingestellten Kollegen.

Offiziell war L. Kantorowitsch von 1945 bis 1949 Leiter einer Abteilung am Institut für Mathematik der LGU, ab 1949 Professor am Lehrstuhl

¹¹ Vgl. z. B. Yakov Rapoport, *The Doctors' Plot of 1953*, Cambridge (Massachusetts) 1991 (Russ.: Moskau 1988); Joshua Rubinstein/Vladimir P. Naumov (Hrsg.), *Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Antifascist Committee*, New Haven/London 2001; Arno Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 1998, S. 87-256; Yuri Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, Göttingen 2006; A. P. Jushkevich, *Encounters with Mathematicians*, in: Smilka Zdravkowska/Peter L. Duren (Hrsg.), *Golden Years of Moscow Mathematics*, Providence (Rhode Island) 1993, S. 1-33; Edward Frenkel, *Love and Math: The Heart of Hidden Reality*, New York 2014.

für Analysis und ab 1958 Leiter des Lehrstuhls für numerische Mathematik. Außerdem leitete er die Abteilung für Anwendungen der Rechentech-
nik an der Leningrader Abteilung (LOMI) des Steklow-Instituts der AdW
der UdSSR. Nach dem Tod J. W. Stalins im März 1953, der Beendigung der
(drastischsten) Verfolgungen jüdischer Sowjetbürger und dem Beginn der
nach einer Erzählung von Ilja G. Ehrenburg (1891-1967) genannten Peri-
ode des »Tauwetters« kehrte L. Kantorowitsch zu Fragen der mathema-
tischen Ökonomie zurück. Er gehörte auch zu den ersten, die sich in der
Sowjetunion für die Methoden der Kybernetik einsetzten. Mit dem Wech-
sel von Leningrad nach Nowosibirsk 1960 begann eine anfangs hoffnungs-
volle Etappe der Beschäftigung mit der mathematischen Ökonomie, als
neues Korrespondierendes Akademiemitglied, weit weg von Moskau, in
einer aufgeschlossenen Umgebung und unterstützt von seinen Mathema-
tiker-Kollegen.

1957 wurde von der sowjetischen Regierung beschlossen, in Nowosibirsk
eine neue Abteilung der sowjetischen Akademie aufzubauen (die SO AN
SSSR) und in einem neu zu erbauenden Ort, dem später berühmten Aka-
demgorodok, Wohnungen, Häuser und Institutsgebäude zu errichten. Drei
Mathematiker gehörten zu den Initiatoren dieses Projekts, M. A. Lawrent-
jew und S. L. Sobolew sowie Sergej Aleksejewitsch Christianowitsch (1908-
2000), ein Spezialist auf dem Gebiet der Mechanik.¹² Die jeweiligen Insti-
tutsdirektoren sollten zusammen mit ihren Mitarbeitern kommen, neben
der Forschungsarbeit in den neuen Instituten an der Universität Nowosi-
birsk unterrichten und die ganze Region wissenschaftlich, wirtschaftlich
und kulturell zu einem modernen Zentrum des Landes machen. Um die
besten Wissenschaftler nach Sibirien zu locken, wurden die Wahlen in die
Akademie 1958 mit der positiven Antwort auf die Frage verbunden, ob die
neu gewählten Mitglieder bereit zum Umzug nach Nowosibirsk waren.¹³
Es wurden 1958 insgesamt 35 Akademiemitglieder gewählt, acht OM, da-
runter als einzige Frau die Mathematikerin Pelageja Jakowlewna Kotschina

¹² Vgl. Kočina, Nauka-Ljudi-Gody, S. 212-215.

¹³ Zur Geschichte der SO AN SSSR vgl. ebenda, S. 212-265 sowie Paul R. Jo-
sephson, *New Atlantis Revisited: Akademgorodok, the Siberian City of Science*,
Princeton 1997. Kočina war seit 1946 KM der AdW, sie wurde 1958 OM und lei-
tete von 1960 bis 1970 eine Abteilung im neuen Institut für Hydrodynamik, des-
sen Direktor M. A. Lavrent'ev auch der Präsident der SO AN war.

(1899-1999), und 27 KM,¹⁴ darunter Leonid Kantorowitsch, der zum KM in der Sektion Ökonomie gewählt wurde. Von 1960 bis 1971 hat er in Nowosibirsk geforscht und gelehrt. M. A. Lawrentjew wurde Präsident der SO AN SSSR, S. L. Sobolew Direktor des neuen Instituts für Mathematik und L. Kantorowitsch Leiter der mathematisch-ökonomischen Abteilung am Institut für Mathematik.

Zunächst war es eine »Laboratorium« genannte Arbeitsgruppe zur Anwendung mathematischer und statistischer Methoden in der ökonomischen Forschung, die L. Kantorowitsch von 1958 bis 1960 zusammen mit Wassili Sergejewitsch Nemtschinow (1894-1964) leitete.¹⁵ Ab 1960 gehörte die Gruppe als mathematisch-ökonomische Abteilung zum Mathematik-Institut in Nowosibirsk, und er war von 1960 bis 1970 stellvertretender Direktor des Instituts für Mathematik sowie Professor und Leiter des Lehrstuhls für numerische Mathematik an der Nowosibirsker Universität.¹⁶ Seine Abteilung wurde zu einem führenden Zentrum der Forschungen zur Anwendung mathematischer Methoden in der Ökonomie und zu einem Anziehungspunkt für alle, die nach Auswegen aus der krisenhaften Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft suchten, sei es in der Industrie oder der Landwirtschaft (dem großen »Sorgenkind«). Die Position des KM der Akademie erleichterte es ihm, seine Ideen zu publizieren und seinen Gegnern zu widerstehen.

Ein Jahr nach seiner Wahl veröffentlichte L. Kantorowitsch in Moskau im Akademie-Verlag sein Buch »Ökonomische Berechnung des besten Einsatzes der Ressourcen«,¹⁷ das aber sofort auf heftige Kritik der Ökonomen

¹⁴ Vgl. Kočina, Nauka-Ljudi-Gody, S. 216. OM – Ordentliches Mitglied, KM - Korrespondierendes Mitglied. Bis 1958 gab es nur zwei weibliche OM, die Physiologin Lina Solomonowna Štern (Stern) (1878-1968) seit 1939 und die Historikerin Anna Michajlovna Pankratova (1897-1957).

¹⁵ V. S. Nemčinov (1894-1964) war von 1926 bis 1948 an der Timirjazev-Akademie gewesen, er leitete dort die Abteilung Statistik. Weil er gegen Lysenko aufgetreten war, musste er die Timirjazev-Akademie verlassen. 1946 war er OM der AdW der UdSSR geworden, dies half ihm 1948. Von 1953 bis 1962 gehörte er dem Präsidium der Akademie an, und von 1953 bis 1959 leitete er die gesamte ökonomische Forschung an der Akademie.

¹⁶ Zu den einzelnen Stationen zwischen 1945 und 1970: Ljudmila L. Vasina, Nobelevskije laureaty XX veka. Èkonomika. Ènciklopedičeskij slovar', Moskau 2001, S. 91.

¹⁷ Vgl. L. V. Kantorovič, Èkonomičeskij rasčet nailučšego ispol'zovanija resursov, Moskau 1959, 344 S. Es erschien keine Übersetzung in der DDR.

stieß. Er hatte lange an diesem Manuskript gearbeitet, teilweise gingen seine Überlegungen bis in die Mitte der 1940er Jahre zurück. Unterstützung erhielt er von seinen Mathematiker-Kollegen, die mehrere Veranstaltungen zu seinem Buch organisierten und ihm Gelegenheit gaben, sich öffentlich zu verteidigen. Schließlich erreichten sie, dass er 1964 zum OM der Akademie gewählt wurde – und zwar in der Sektion Mathematik. Im gleichen Zeitraum war er mit diesem Buch für die Auszeichnung mit dem Lenin-Preis vorgeschlagen worden. Dies wussten seine Ökonomie-Kollegen zunächst zu verhindern. Erst nach Intervention des Präsidenten der Akademie und mathematischen Leiters des Kosmos-Programms, Mstislaw Wsewolodowitsch Keldysch (1911-1978),¹⁸ wurde 1965 der Lenin-Preis an drei Wissenschaftler verliehen: postum an Wassili Sergejewitsch Nemtschinow (1894-1964), einem Nestor der sowjetischen Statistik und Ökonomie, sowie an die von Nemtschinow unterstützten Wiktor Walentinowitsch Nowoschilow (1892-1970) und L. Kantorowitsch (1912-1986). Kantorowitsch und Nowoschilow hatten sich im Sommer 1940 kennengelernt, als V. V. Nowoschilow als Ökonom und Statistiker am Leningrader Polytechnischen Institut arbeitete und Kantorowitsch einlud, mit ihm gemeinsam ein Seminar zu mathematisch-statistischen Problemen durchzuführen.¹⁹ Insofern folgte die Vergabe des Lenin-Preises 1965 einer historischen Logik und berücksichtigte die engen Beziehungen der drei Ausgezeichneten. Die Vergabe des prestigeträchtigen Preises signalisierte den »Hütern der reinen Lehre«, dass sich womöglich die Zeiten geändert hatten. Die Hoffnungen darauf trogen indes ...

Genau 10 Jahre später erfolgte 1975 mit der Verleihung des von der Schwedischen Reichsbank gestifteten »Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel« an L. V. Kantorowitsch und seinen US-Kollegen Tjalling Charles Koopmans für den Beitrag beider zur Theorie der optimalen Ressourcenverwendung die hochverdiente Auszeichnung und internationale Anerkennung seiner Arbeiten.²⁰ Er durfte den Preis annehmen,

¹⁸ Vgl. S. M. Menshikov, Topicality of Kantorovich's Economic Model, in: *Journal of Mathematical Sciences*, 133 (2006), Nr. 4, S. 1393. Übers. aus dem Russischen, erschienen in: *Zapiski Naučnych Seminarov POMI*, 312 (2004), S. 30-46. Stanislav Michailovič Meňšikov (1927-2014) kannte LVK persönlich, er war ein bedeutender Wissenschaftler und für die UdSSR in vielen Funktionen auch im Ausland tätig.

¹⁹ Vgl. Kantorovich, *My Journey in Science*, S. 33.

²⁰ Seine Nobelrede erschien mehrfach, 1976 in Russisch, 1989 und 1992 in Englisch, 2004 in Englisch und Deutsch: L. V. Kantorovich, *Mathematics in Econo-*

er konnte in einige Länder reisen und Ehrendokortitel und andere akademische Auszeichnungen entgegennehmen. Seine ihm verbleibenden elf Lebensjahre, seit 1971 war er in Moskau tätig, führten ihn in viele Länder. Zu den 11 Universitäten, die ihm einen Ehrendoktor verliehen, gehörte 1984 auch eine Universität der DDR. Als er mit einem Festakt der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der MLU Halle/S. am 25. Oktober 1984 gewürdigt wurde, nutzte L. Kantorowitsch die Gelegenheit und sprach – wenn auch nur behutsam – von verpassten Chancen einer besseren und vor allem schnelleren Anwendung seiner Theorien in die real-sozialistische Praxis²¹, denn die Umsetzung seiner mathematischen Modelle in die sowjetische Wirtschaftswirklichkeit erfolgte nur partiell. Er wurde Mitglied mehrerer ausländischer Akademien der Wissenschaften, aber nicht in einer der drei in der DDR existierenden Akademien,²² obwohl in der DDR seit 1963 einige seiner Arbeiten publiziert wurden, er an der Universität Halle/S. und in Leipzig öfter zu Gast war und einige DDR-Wissenschaftler bei ihren Promotions- und Habilitationsprojekten betreut hatte. Die offiziellen Ökonomen der DDR wussten um die Auseinandersetzungen in der Sowjetunion und blockten offenbar eine größere Verbreitung der Ideen von L. Kantorowitsch ab. Die Tatsache, dass er partiell große Anerkennung

mics: Achievements, Difficulties, Perspectives. Prize Lecture (Copyright The Nobel Foundation 1975). Russ. in: *Èkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva* (EKO), 3 (1976), S. 124-134. Engl. in: *The American Economic Review*, 79 (1989), Nr. 6, S. 18-22. Dt. und Engl. in: Wolfgang Lassmann/Jens Schwarzer (Hrsg.), *Optimieren und Entscheiden in der Wirtschaft. Gewidmet dem Nobelpreisträger Leonid W. Kantorowitsch*, Leipzig 2004, S.13-26 (dt.) und S. 113-124 (engl.).

²¹ Vgl. Leonid W. Kantorowitsch, Festvortrag zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, MLU Halle-Wittenberg, 1984 (Auszüge), in: Lassmann/Schwarzer (Hrsg.), *Optimieren und Entscheiden in der Wirtschaft*, S. 27-34. Sein Festvortrag wurde leider nur in Auszügen publiziert, und es fehlen seitens der Herausgeber jegliche Angaben über die Quelle, aus der der Vortrag stammt, und die Art der Auslassungen. Wolfgang Lassmann (geb. 1938) kannte LVK persönlich, von 1984 bis 2003 war er Professor an der Universität Halle, zeitweilig Dekan und Prorektor.

²² Valeri L. Makarov/Sergej Lvovich Sobolev, Academician L. V. Kantorovich (19 January 1912 to 7 April 1986), in: Leifman (Hrsg.), *Functional Analysis*, S. 6, nannten unter den Akademien, deren Mitglied LVK geworden war, auch »a foreign member of the Academy of Sciences of the GDR (1977)«. Dies stimmt – leider – nicht, wie die Recherchen der Autorin im Archiv der BBAW ergaben. Nach den im Internet zugänglichen Mitglieder-Verzeichnissen gehörte LVK auch keiner anderen Akademie in der DDR (neben der AdW der DDR die Leopoldina und die Sächsische AdW) und auch keiner der Akademien in der (alten) Bundesrepublik an.

in einigen westlichen Ländern, besonders in den USA und Großbritannien genoss, dürfte die Partei-Ökonomen eher gegen als für ihn eingenommen haben. Die Rezeption des Werks von Kantorowitsch in den einzelnen Ländern außerhalb der Sowjetunion und ein Vergleich dieser Rezeptionsschichten ist eine offene Forschungsfrage.

2. Mathematik versus Ökonomie – Erkenntnis versus Wirtschaftswirklichkeit

Schon bezüglich der Wahl seiner Forschungsthemen zur reinen Mathematik hatte L. Kantorowitsch in seiner kleinen Autobiographie 1985/86 geschrieben: »To some extent the choice of themes is influenced by external circumstances.«²³

Er beschrieb seine Motive für die Jahre 1938 bis 1945, die ihn zur Beschäftigung mit ökonomischen Problemen führten, hier relativ ausführlich.²⁴ So hatte er schon als Student ökonomische Vorlesungen bei Alexander Alexejewitsch Wosnessenski (1898- erm. 1950) gehört, dem Bruder des Politikers und Vorsitzenden des GOSPLAN von 1938 bis 1949, Nikolai Alexejewitsch Wosnessenski (1903- erm. 1950). »I often approached him with questions after the lectures.«²⁵ Im Sommer 1929, während der Universitätsferien, musste er ein Praktikum absolvieren und arbeitete in Taschkent in einer Fabrik als Ökonom (Buchhalter). Hier begegnete er erstmals dem Problem der sparsamen Verwendung begrenzter Ressourcen, in diesem Fall des Wassers. In den Jahren 1936-37 arbeitete er zwar erfolgreich zu Problemen der reinen Mathematik, aber er sorgte sich, »because the world was facing an awful menace of the brown plague – German fascism. It was clear that there was going to be a very hard war in a few years that would threaten civilization. And I felt a responsibility, understanding that outstanding people must do something.«²⁶

Angeregt durch die vielen Diskussionen um die Ausarbeitung der neuen sowjetischen Verfassung 1936, bei denen auch über ökonomische Pro-

²³ Kantorovich, *My Journey*, S. 24.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 27-35.

²⁵ Ebenda, S. 27.

²⁶ Ebenda, S. 28.

bleme und Rückstände berichtet wurde,²⁷ fühlte sich L. Kantorowitsch ermuntert, sich mit Vorschlägen und Ideen sowohl an den Obersten Sowjet als auch an das Büro für Preise im GOSPLAN zu wenden. Er nannte sich selbst naiv und schilderte, wie er dem Obersten Sowjet einen Brief schrieb, »about the absurd situation in the book trade, with the circulation system and prices that lead to an unwarranted book deficit, to speculation, and to a great loss to the state and people«.²⁸

Den eigentlichen Anstoß für seine Beschäftigung mit Fragen der linearen Programmierung bildete schließlich eine konkrete Anfrage Leningrader Ingenieure an die Mathematiker der Universität, ihnen bei der Aufgabe zu helfen, den Materialabfall bei der Herstellung der Waren zu verringern und gleichzeitig die Produktionszahlen zu erhöhen.²⁹ Ihn interessierte das Problem, es war mathematisch anspruchsvoll, und er beendete im Oktober 1938 ein erstes Manuskript »Some mathematical problems of the economics of industry, agriculture, and transport« und konstruierte ein mathematisches Verfahren, das dem ähnlich war, das 1947 von George B. Dantzig (1914–2005) die Simplex-Methode³⁰ genannt wurde. Im Januar 1939 entwickelte er die Methode der Lagrange-Multiplikatoren zur Lösung der verschiedenen Gleichungssysteme, die bei der mathematischen Formulierung dieser praktischen Aufgaben entstanden. Er erkannte, dass seine Methode nicht nur für bestimmte, konkrete Aufgaben anwendbar war, sondern eine breitere Anwendung erlaubte. Deshalb beschloss er, einen Bericht darüber in der Leningrader Universität zu geben. Dieser Bericht bildete dann die Grundlage für die kleine Broschüre »Matematitscheskije metody organizacii i planirovanija proiswodstwa« (Mathematical Methods of Organizing and Planning Production),³¹ die 1939 in einer Auflage von nur 1.000 Ex-

²⁷ Zu den ökonomischen Diskussionen in den frühen 1930er Jahren und der sowjetischen Verfassung 1936 vgl. Wladislaw Hedeler, Nikolai Bucharin. Stalins tragischer Opponent. Eine politische Biographie, Berlin 2015, bes. S. 255ff., 263ff., 294f., S. 307–309, S. 406–407.

²⁸ Kantorovich, *My Journey*, S. 28.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 28ff.

³⁰ Vgl. George B. Dantzig, *Linear programming and extensions*, Princeton 1963 (Russ.: Moskau 1966).

³¹ Vgl. L. V. Kantorovič, *Matematičeskije metody organizacii i planirovanija proizvodstva*, Leningrad 1939. Englisch: L. V. Kantorovich, *Mathematical Methods of Organizing and Planning Production*, in: *Management Science*, 6 (1960), Nr. 4, S. 366–422 (S. 366–367: Foreword by A. R. Marchenko). Deutsch: L. W. Kantorowitsch, *Mathematische Methoden bei der Organisation und Planung der Pro-*

emplaren erschien.³² Diese Publikation machte ihn 19 Jahre später – unter völlig anderen Bedingungen und während der zaghaften Kontaktaufnahmen zwischen sowjetischen und amerikanischen Wissenschaftlern – dank der Veröffentlichung 1960 berühmt. Zunächst gab es 1939 kaum Reaktionen auf diese Arbeit. Lediglich das Volks-Kommissariat für Verkehrswesen interessierte sich dafür, und Kantorowitsch half später auch, einige der so genannten Transportprobleme zu lösen. Den eigentlichen mathematischen Kern seiner Überlegungen publizierte er 1940 als Artikel in den Veröffentlichungen der Akademie (Doklady AN), und er betonte in seiner Autobiographie, dass er jeglichen Hinweis auf praktische Anwendungen unterließ, um dem Ausland nicht wichtige Informationen weiterzugeben. Mit den Worten von L. Kantorowitsch: »At the beginning of 1940 I published a purely mathematical version of this work in Doklady Akad. Nauk (76), expressed in terms of functional analysis and algebra. However, I did not even put in it a reference to my published pamphlet - taking into account the circumstances I did not want my practical work to be used outside the country.«³³

Vor der Veröffentlichung seiner Broschüre hielt er 1939 einige Vorträge, und hier begegneten ihm erstmals jene Kritiken, die er auch Jahrzehnte später immer wieder hören und lesen musste. Er wurde gewarnt, »that the work used mathematical methods, and in the West the mathematical school in economics was an anti-Marxist school and mathematics in economics

duktion [1939], in: W. S. Nemtschinow (Hrsg.), Anwendung mathematischer Methoden in der Ökonomie, Leipzig 1963, S. 245-305 (ohne das Vorwort von A. R. Marchenko).

³² Vgl. Kantorovich, *My Journey*, S. 31.

³³ Ebenda. Anfang 1940 hatte Nazi-Deutschland bereits seit Monaten den 2. Weltkrieg begonnen, zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion war jedoch nicht nur im August 1939 ein Nichtangriffspakt geschlossen worden, sondern im September 1939 ein so genannter Freundschaftspakt, der die Wiederaufnahme der Wissenschaftsbeziehungen bewirkte, auch den erneuten Zeitschriften-Austausch. Kantorovich meinte mit seiner Formulierung, dass er auf keinen Fall sein Wissen an NS-Deutschland weitergeben wollte. Bei seiner vorsichtigen Formulierung ist zu berücksichtigen, dass er seine Autobiographie teilweise im Krankenhaus von 1985 bis zu seinem Tod 1986 geschrieben hat.

Die (76) verweist auf: L. V. Kantorovich, *An effective method for solving some classes of extremal problems*, in: *Doklady Akademii Nauk SSSR*, 28 (1940), S. 212-215.

was a means for apologists of capitalism«. ³⁴ Deshalb wählte er schließlich als Titel »Mathematische Methoden bei der Organisation und Planung der Produktion« und vermied das Wort Ökonomie darin. Er schrieb weitere Artikel, die aber unveröffentlicht blieben.

Im Sommer 1940 nahm Wiktor Walentinowitsch Nowoschilow, Ökonom und Statistiker am Polytechnischen Institut in Leningrad, den Kontakt zu L. Kantorowitsch auf. Bis zum Überfall der NS-Wehrmacht auf die Sowjetunion arbeiteten sie gemeinsam an Problemen der Anwendung mathematischer Methoden in der Ökonomie. Ab Juni 1941 begann für L. Kantorowitsch die Zeit seiner als streng geheim deklarierten Forschungen, in seiner Autobiographie mit »special themes« umschrieben, vom Übersetzer in das in den USA gebräuchliche »classified research« übertragen. Im Zusammenhang mit der Lösung von Transportproblemen veröffentlichte er die abstrakte, rein mathematische, Version der Lösung 1942, und diese Arbeit sollte die erste werden, die seine westlichen Kollegen von ihm kennenlernten. ³⁵ Noch in Jaroslawl begann er an einem Manuskript »Ökonomische Berechnung des besten Einsatzes der Ressourcen« zu arbeiten, das jedoch erst 1959 – nach vielen internen Debatten – im Akademie-Verlag erscheinen konnte. ³⁶ Die im Rahmen der geheimen Forschungen betriebenen Untersuchungen von L. Kantorowitsch zu numerischen Lösungsverfahren von komplizierten und komplexen Gleichungssystemen und die Mitarbeit an der Entwicklung der ersten sowjetischen Rechenmaschinen ³⁷ erwiesen sich auch als nützlich für die Lösung der Gleichungssysteme, die bei der Behandlung ökonomischer Probleme entstanden. Die Konstruktion schnellerer und leistungsfähigerer Rechenmaschinen (Computer) ließ hoffen, auch bessere Verfahren konstruieren, größere Datenmengen berücksichtigen und bessere mathematische Modelle zur Beschreibung ökonomischer Vorgänge entwickeln zu können.

Große Hoffnungen hatte L. Kantorowitsch auch bezüglich der möglichen Anwendungen in der Ökonomie, d.h. für die Organisation und Planung der Wirtschaft. Deshalb schrieb er sein Buch, das 1959 im Akademie-Verlag erschien. Als KM der AdW genoss er nun größeren Respekt,

³⁴ Kantorovich, *My Journey*, S. 31.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 32-33. Gemeint war die Arbeit: L. V. Kantorovich, *On the Translocation of Masses*, in: *Doklady AN SSSR*, 37 (1942), S. 199-201. Sie wurde in englischer Übersetzung 1958 in der Zeitschrift »*Management Science*« publiziert.

³⁶ Vgl. Kantorovich, *My Journey*, S. 34.

³⁷ Vgl. Kantorovich, *My Journey*, S. 35-38.

aber vor allem hatte sich die Gesellschaft in der Zeit nach Stalins Tod verändert. Es herrschten Aufbruchsstimmung, Optimismus und Zuversicht. Auch die Beziehungen zu den USA verbesserten sich. Der 1947/48 begonnene Kalte Krieg war in eine Phase einer kleinen Erwärmung eingetreten, Kontakte zwischen US-amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftlern wurden geknüpft, nach dem Sputnik-Schock (Oktober 1957) unternahmen die USA große Anstrengungen, möglichst viel über die sowjetischen Natur-Wissenschaften zu erfahren und Arbeiten sowjetischer Wissenschaftler zu übersetzen.

Vor diesem Hintergrund entstand auf Initiative von Tjalling Ch. Koopmans – dem späteren Mit-Preisträger 1975 und Freund – die Übersetzung der Broschüre von Kantorowitsch aus dem Jahr 1939 ins Englische.³⁸ T. C. Koopmans hatte – wie Kantorowitsch – Mathematik und Physik an der Universität Leiden studiert, war nach der Besetzung der Niederlande durch die Nazis in die USA emigriert und hier während des Krieges an »classified research« und später an Forschungen im Rahmen der RAND Corporation beteiligt gewesen. Er hatte u.a. zur optimalen Lösung von Transportproblemen gearbeitet. In der RAND Corporation lernte er die Arbeit von Kantorowitsch (1942) kennen und erfuhr von der Existenz der Publikation von 1939. Er erkannte, dass Kantorowitsch die Priorität bei der Entwicklung der linearen Programmierung gebühren müsste – im Vergleich zu den Arbeiten von George B. Dantzig (1947) – und setzte sich jahrelang für die Anerkennung und schließliche Durchsetzung dieses Prioritäts-Anspruches ein.

Johanna Bockman und Michael A. Bernstein beschrieben diesen Prozess mit den Worten: »When Koopmans sought to establish Kantorovich's priority in linear programming, Soviet and American economists did not share a field of economics or a common, unified economics profession. Both Soviet and American mathematical economists had experienced censorship of their work for national security reasons and by 1950s sought professional recognition for their earlier work. Furthermore, not only did their work have to be declassified in order to be professionally recognized, they also had to be translated, which was a politically dangerous process. Scientific

³⁸ Vgl. Johanna Bockman/Michael A. Bernstein: Scientific Community in a Divided World: Economists, Planning, and Research Priority During the Cold War, in: Comparative Studies in Society and History, 50 (2008), Nr. 3, S. 581-613. Sie rekonstruierten detailliert die Kontaktaufnahme von Koopmans zu Kantorowitsch und seine Verdienste um die Übersetzung in den USA.

priority disputes reflect the problems of establishing priority within an emerging field ... and seemingly converging national economies.«³⁹

Der Kontakt wurde von Koopmans im November 1956 aufgenommen, er verteidigte immer wieder seinen Kollegen aus der UdSSR. Einladungen zu Konferenzen in die USA konnte bzw. durfte Kantorowitsch in den 1960er Jahren nicht annehmen, aber er durfte Koopmans bei dessen Reisen in die UdSSR 1965 und 1970 treffen.⁴⁰

Wassily Leontief, mit dem Koopmans ebenfalls korrespondierte, behandelte »sowjetische Prioritätsansprüche« auch in seinem 1960 publizierten Bericht über die Situation der Ökonomie in der UdSSR. Nach der Schilderung, wie sein Input-Output-Modell⁴¹ von sowjetischen Wissenschaftlern auf den letzten beiden Tagungen des Internationalen Statistischen Instituts für die Sowjetunion »adoptiert« worden sei, bemerkte er: »Ein anderer sowjetischer Prioritätsanspruch scheint bedeutungsvoller zu sein. Im Jahre 1939 veröffentlichte der junge Leningrader Mathematiker *L. V. Kantorowitsch* zwei Abhandlungen, in denen er eine allgemeine mathematische Formulierung bestimmter Probleme der Produktions- und Transportplanung bot; sie stellen in der Tat eine Vorwegnahme des Begriffssystems der Theorie der linearen Programmierung dar, die einige Jahre später von *Koopmans* und *Dantzig* in den Vereinigten Staaten entwickelt wurde. ... Professor *Kantorowitsch* ist nun Mitglied der Akademie der Wissenschaften; neueren Zeitungsberichten zufolge kann er es sich sogar leisten, auf öffentlichen Sitzungen der Akademie abfällige Bemerkungen über »die bedeutungslosen Ausführungen« linientreuer marxistischer Theoretiker zu machen.«⁴²

Bei seinem Besuch Anfang 1959 in Leningrad und Moskau erfuhr Leontief, dass sein Buch »Studies on the Structure of the American Economy« ins Russische übersetzt und von den Aspiranten, die von Kantorowitsch und Nemtschinow betreut wurden, genau studiert worden war.⁴³ Bei seiner Reise genau zuhörend und beobachtend, fiel Leontief die tiefe Kluft auf

³⁹ Ebenda, S. 584-585.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 607-608.

⁴¹ Für diese Forschungen erhielt Leontief 1973 den Nobel-Preis für Ökonomie. Vgl. Vasina, Nobelevskije laureaty XX veka, S. 61-69.

⁴² Wassily Leontief, Niedergang und Aufstieg der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5 (1960), S. 40-41. Übers. aus dem Englischen, in: Foreign Affairs, Vol. 38 (Jan. 1960), Nr. 2, S. 261-272.

⁴³ Vgl. Kantorovich, My Journey, S. 42.

zwischen den jungen Aspiranten um Kantorowitsch und Nemtschinow, die die neuen mathematischen Kenntnisse und Techniken beherrschten, und der älteren Generation der Wirtschaftsplaner und -verwalter, die in der »dynamischen Theorie der Produktion« nur »unmarxistische Gedanken« sahen und dagegen Widerstand leisteten.⁴⁴ Aber Leontief war für die weitere Entwicklung optimistischer, als sie dann in der Realität ablief. Er erwartete, dass die sowjetischen Planer die neuen Techniken bald in die Praxis umsetzen würden. Zwar müsste zuvor die »Tätigkeit des riesigen und schwerfälligen statistischen Zentralamtes ... von oben bis unten reorganisiert werden«, die Ausbildung an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten in den neuen Techniken stärker gefördert und die notwendigen Informationen bereitgestellt werden, dann aber würde die »Einführung wissenschaftlicher Planungstechniken die Gesamtproduktivität der russischen Wirtschaft in den kommenden Jahren steigern«. Und er erwartete einen besonders großen Vorteil »aus jeder Verbesserung der Entscheidungs-Verfahren«, weil es sich im Unterschied zu den USA um eine »zentralgelenkte Wirtschaft« handelte.⁴⁵

Wassily Leontief hatte mit diesen Sätzen, im Januar 1960 publiziert, eine zukünftige Entwicklung skizziert, die L. Kantorowitsch und seine Mitarbeiter erreichen wollten, für die sie sich Jahre, Jahrzehnte einsetzten. Aber Leontief hatte die jungen Leute über- und die Verwaltungsfachleute unterschätzt. Das Beharrungsvermögen auf allen Leitungs- und Entscheidungsebenen war stärker als die Einsicht in die Durchsetzung neuer Methoden. Ein Beispiel der Debatten um die Intensivierung der Landwirtschaft in einer sibirischen Region in den Jahren 1970-72 schilderte P. Ja. Kočina und verwies ausdrücklich auf ein Referat von Kantorowitsch, das dieser im Mai 1969 gehalten und in dem er wieder einmal gefordert hatte, zur optimalen Planung mittels mathematischer Methoden zu gelangen.⁴⁶

In der DDR erschien die Arbeit von Kantorowitsch aus dem Jahr 1939 in einer Übersetzung 1963, in einem Sammelband, der von Wassili Sergejewitsch Nemtschinow herausgegeben wurde und ein Nachwort enthielt, in dem Nemtschinow offenbar einiges von dem, was im Buch stand, zu kritisieren hatte.⁴⁷ Das Nachwort begann mit folgenden bemerkenswerten

⁴⁴ Vgl. ebenda.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 43.

⁴⁶ Vgl. Kočina, Nauka-Ljudi-Gody, S. 252-254.

⁴⁷ Vgl. Kantorowitsch, Mathematische Methoden bei der Organisation und Planung der Produktion, in: W. S. Nemtschinow (Hrsg.), Anwendung mathematischer

Sätzen: »Das vorliegende Buch ... ist eine kollektive Arbeit zu einem Problem, das in den letzten zwanzig, dreißig Jahren in der sowjetischen Literatur nicht genügend Beachtung fand. Es ist daher durchaus möglich, dass einige Leser die in diesem Buch unterbreiteten Thesen nicht richtig verstanden haben und falsch einschätzen. Wir halten es deshalb für notwendig, einige Erläuterungen und kritische Hinweise zu geben, die unseres Erachtens dazu beitragen werden, die Probleme tiefer zu erfassen, die sich bei der Einführung mathematischer Methoden in die Wirtschaftswissenschaft ergeben.«⁴⁸

Der Band enthielt Aufsätze von W. W. Nowoschilow, Oskar Lange (1904-1965), der im Nachwort von Nemtschinow als einer »der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler der Volksrepublik Polen« gelobt, aber dennoch für sein entwickeltes Modell der erweiterten Reproduktion kritisiert wurde, den schon erwähnten Beitrag von Kantorowitsch sowie eine weitere Arbeit von ihm mit dem programmatischen Titel »Die Weiterentwicklung der mathematischen Methoden und die Perspektiven ihrer Anwendung in der Planung und Ökonomik«⁴⁹ sowie drei Artikel der Autoren A. L. Lurje, M. A. Jakowlewa und G. S. Rubinstejn zu Problemen der Transportminimierung und zu den numerischen Methoden der Lösung von Aufgaben der linearen Programmierung. Obwohl W. S. Nemtschinow zu den Unterstützern von Kantorowitsch gehörte, widmete er dessen Beiträgen vier Seiten im Nachwort.⁵⁰

3. Zwischen Kritiken und internationaler Anerkennung

Die Bewertung und Beurteilung der Leistungen von Kantorowitsch durch T. Koopmans, Dantzig und Leontief einerseits und durch sowjetische Ökonomen andererseits unterschieden sich beträchtlich. Während er im (westlichen) Ausland anerkannt, gelobt und gefeiert wurde, musste er sich zu Hause ständig neuen Angriffen erwehren, musste immer wieder diesel-

Methoden, S. 245-305. Das Vorwort von A. R. Marchenko war, wie bereits erwähnt, weggelassen. Vgl. das Nachwort von W. S. Nemtschinow, S. 428-437, und die Kritik an Kantorowitschs Arbeiten, S. 430-433.

⁴⁸ W. S. Nemtschinow, Nachwort, in: W. S. Nemtschinow (Hrsg.), Anwendung mathematischer Methoden, S. 428.

⁴⁹ Vgl. Kantorowitsch, ebenda, S. 306-348.

⁵⁰ Vgl. Nemtschinow, Nachwort, ebenda, S. 430-433.

ben Vorwürfe und Kritiken zurückweisen. Nachdem sein Buch 1959 veröffentlicht worden war, erschienen 1960 heftige Kritiken der so genannten marxistischen Ökonomen in den Zeitschriften »Woprossy ekonomii« (Nr. 5, Nr. 11) und »Kommunist« (Nr. 15). Zu seiner Verteidigung in diesen Debatten organisierten die Mathematiker im Mai 1961 (mehr als ein Jahr nach Erscheinen des Buches »Ökonomische Berechnung des besten Einsatzes der Ressourcen«) ein spezielles »methodologisches Seminar« an der Mech.-Mat. Fakultät der Moskauer Universität unter der Leitung von Sofja Alexandrowna Janowskaja (1896-1966). Zuerst hielt Kantorowitsch einen Vortrag, in dem er seine Methoden vorstellte und sich zu einigen der gegen ihn publizierten Kritiken äußerte. Wieder, wie schon 1939/40, musste er sich gegen den Vorwurf Antimarxist zu sein, wehren bzw. verteidigen. In diesem Seminar hielt einer der bedeutendsten Mathematiker der UdSSR, Andrej Nikolajewitsch Kolmogorow (1903-1987), eine Rede zu seiner Verteidigung. Am Ende ließ S. A. Janowskaja als kluge Wissenschaftlerin und alte Bolschewikin über eine Resolution abstimmen, die forderte, man müsse das Buch von Kantorowitsch in der akademischen Öffentlichkeit ausführlich studieren. Dank der Publikation des Stenogramms dieses Seminars vom Mai 1961 bekommt man einen kleinen Einblick in die teilweise absurd und diffamierend geführten Diskussionen und eine Ahnung von den mühsamen Fortschritten angesichts dieser Situation.⁵¹

Für den Mathematiker L. Kantorowitsch bedeutete die Anwendung mathematischer Methoden in der Ökonomie dasselbe Vorgehen als wenn er mathematische Methoden in der Physik oder der Mechanik anwenden würde. Aber für seine Umgebung und besonders für die »richtigen« Ökonomen in seiner Umgebung war es nicht dasselbe. Im Gegenteil, für sie war es antimarxistisches Gedankengut.

Schon 1960 hatte Wassily Leontief nach seinem Besuch in Moskau und Leningrad geschrieben: »Gelenkt mit sicherer und unbarmherziger Hand, hat sich die sowjetische Wirtschaft seit Jahren in einem derart schnellen und stetigen Tempo fortentwickelt, dass das russische Volkseinkommen – insgesamt, wenn auch nicht je Kopf – nur noch von dem der Vereinigten Staaten übertroffen wird; [...] Im Gegensatz dazu ist die sowjetische Wirtschaftswissenschaft in dem Zeitraum von mehr als 30 Jahren statisch und im

⁵¹ Vgl. Stenogramma metodologičeskogo seminara mehaniko-matematičeskogo fakul'teta MGU. Obsuždenije knigi L. V. Kantoroviča (Ėkon. rasčet [...] resursov. Moskau 1959), 25. 5. 1961, in: Optimizacija, Ausgabe 50 (67), (1991), S. 61-119.

Kern steril geblieben – ein riesiges unantastbares und unbewegliches Marxdenkmal, umgeben von einer Vielzahl von Wärtern, die damit beschäftigt sind, das Monument instand zu halten, von Zeit zu Zeit frische Blumen in wenig verändertem Arrangement an seinem Fuße niederzulegen und einen nicht abreißenden Strom von ehrerbietigen Besuchern an ihm vorbeizuführen.«⁵² An dieser Denkmal-Instandhaltung sollte sich bis zum Tod von L. Kantorowitsch nur wenig ändern.

Der ehemalige Mitarbeiter in der Sibirischen Abteilung der AdW der UdSSR und später in verantwortungsvollen Positionen auch im Ausland tätige Stanislaw Michailowitsch Menshikow (1927-2014) beschrieb 2004 in prägnanter Weise die Ideen von Kantorowitsch, und warum sie es so schwer hatten, akzeptiert zu werden. Bei dem Modell, das Kantorowitsch entworfen hatte, sollten die Preise optimal oder durch den Staat geändert werden können. Dies galt den Hütern der reinen Lehre als antimarxistisch. Aber auch die Anhänger der reinen Marktwirtschaft wollten diese Annahme nicht akzeptieren. »That is why, although in the West Kantorovich was recognized as a genius, his ideas were uncalled-for at the macroeconomic level.«⁵³

Warum sein Modell für die Planwirtschaft in der Sowjetunion nicht nutzbar gemacht wurde, obwohl dafür hier die besten Bedingungen bestanden hatten, beantwortete Menshikow mit der Beschreibung der sowjetischen Verhältnisse. Zunächst war Kantorowitsch mit seinen Ideen einfach seiner Zeit voraus, seine Memoranden, noch während des Krieges an GOSPLAN geschickt, wurden nicht verstanden. Aber in der Folgezeit wurden zwei Haupteinwände gegen ihn erhoben: Erstens verstieß seine Methode gegen die Marx'sche Arbeitswerttheorie und er benutze stattdessen bürgerliche Theorien. Zweitens würden seine Vorschläge gegen die bestehenden Planungsfaktoren, statistischen Daten und die Planungs-Praxis verstoßen. Diese beiden Vorwürfe wurden immer wieder gegen ihn vorgebracht, »almost for half a century, i. e., almost for the rest of his life«.⁵⁴ Obwohl sich die allgemeinen politischen Verhältnisse in der Sowjetunion unter Stalin, Chruschtschow und Breshnew sehr wohl unterschieden, blieben die Vorbehalte gegen die Methoden von Kantorowitsch dieselben. Die Diskrepanz

⁵² Leontief, Niedergang und Aufstieg, S. 33.

⁵³ Menshikov, Topicality of Kantorovich's Economic Model, in: Journal of Mathematical Sciences, 133 (2006), Nr. 4, S. 1392.

⁵⁴ Ebenda, S. 1393.

war groß zwischen der Theorie einer zentralen, ausbalancierten Planung der sowjetischen Wirtschaft und der Realität dieser schlecht funktionierenden Wirtschaft.

Menshikow schrieb: »It suffices to look at concrete Kantorovich's proposals contained in his numerous reports and memoranda to make certain that in almost all of them he proposed to struggle against deliberately understated prices, believing that they are the main cause of excessive output of low-quality products under chronic shortages of necessary high-quality goods, inefficient use of equipment, waste of stock and fuel. This point of view was unacceptable, chiefly because it contradicted the policy of maintaining general stability of prices.«⁵⁵

Auch die Reformen unter Alexej Nikolajewitsch Kosygin (1904-1980) brachten keinen Erfolg, obwohl in den 1970er Jahren in einzelnen Bereichen der Industrie, des Transportwesens oder der Landwirtschaft die Methoden der Optimierung erfolgreich angewandt wurden. Stattdessen agierten die verschiedenen Institutionen immer mehr gegeneinander und kämpften um die knappen Ressourcen. Eine ausgeglichene Planung wurde immer schwerer, bürokratische und administrative Kräfte bestimmten zunehmend das Geschehen, und zudem entstand eine sich ständig vergrößernde Schatten-Ökonomie.⁵⁶

St. M. Menshikow fasste diese Entwicklung mit dem traurigen Befund zusammen, dass faktisch alle Beteiligten gegen Kantorovich waren: »..., almost all segments of the elite were against Kantorovich: those who stuck to the fiction of central planning along with the related bureaucratic practice and Marxist theory, as well as those who promoted the breakdown of central planning from inside, trying to escape ...«⁵⁷

Stanislaw M. Menshikow, der nach dem Zerfall der UdSSR an der Universität Rotterdam in den Niederlanden lehrte, versuchte in seinem zuerst 2004 erschienenen Artikel zu begründen, warum die Ideen von Kantorowitsch noch bzw. wieder im neuen (kapitalistischen) Russland eine Chance bekommen sollten.⁵⁸ Aber schon 1960 hatte W. Leontief zu den Aussichten der Umsetzung mathematischer Modelle in den USA geklagt, dass diese

⁵⁵ Ebenda, S. 1394.

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 1395: »In addition, there was a growing shadow economy, [...], a considerable part of illegal sector existing in the bosom of state enterprises and institutions.«

⁵⁷ Ebenda, S. 1395.

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 1395-1397.

inzwischen (d. h. 1960) weniger willkommen seien, dass in ihre Weiterentwicklung kaum noch investiert werde: »Aber die breit angelegte Grundlagenforschung, die diese neuen Methoden für die Analyse von Struktur und Ablauf des Wirtschaftssystems als Ganzem verwerten soll, hat ihr Tempo verlangsamt. Praktisch ist diese grundlegende Arbeit in der entscheidenden empirischen Phase zum völligen Stillstand gekommen, weil es an finanzieller und organisatorischer Unterstützung fehlt.«⁵⁹

Er hatte auch ehrlich die Ursachen dafür benannt: »Aber manche Wirtschaftskreise in den Vereinigten Staaten verfolgen die Anwendung dieser Methoden auf das Wirtschaftssystem als Ganzes – und das war gerade der Zweck, für den in erster Linie einige der wirksamsten unter den neuen analytischen Instrumenten bestimmt waren – mit unverhohlener Unruhe. Zweifellos ist diese Haltung ein Ausdruck der Befürchtung, dass eine unmittelbare und ausführliche Einsicht in Aufbau und Funktionsweise der Wirtschaftsmaschine den unerwünschten Versuch ermutigen könnte, ihren Lauf zu regulieren.«⁶⁰

L. Kantorowitsch hatte sich zeit seines Lebens für die Anwendungen seiner Ideen und Theorien in der Praxis, d.h. in der sowjetischen Wirtschaft, eingesetzt, nicht weil er im Streit mit dogmatischen Partei-, Staats-, Wirtschaftsvertretern und diversen offiziellen Ökonomen der Zukunft Wirtschaftswissenschaften Recht behalten wollte, sondern aus der tiefen Überzeugung heraus, dass die ineffiziente, defizitär und schlecht funktionierende sowjetische Wirtschaft grundlegend geändert werden muss und kann. Er war davon überzeugt, dass diese staatlich gelenkte und geplante Wirtschaft für die Durchsetzung seiner Methoden a priori viel besser geeignet wäre als jede kapitalistisch organisierte Wirtschaft. Die Verbindung von mathematischen Überlegungen, dem Eindringen in ökonomische Sachverhalte und der Hartnäckigkeit, einmal als richtig erkannte Gedanken in die Praxis überführen zu wollen, zeichneten L. Kantorowitsch aus. Sein Heimatland machte ihm dieses Handeln nicht einfach. Er erlebte wüste Anfeindungen der verschiedensten und übelsten Art, aber er erlebte auch Unterstützung, Hilfe und Solidarität. Dank der Verleihung des Nobelpreises für Ökonomie im Jahr 1975 schien sein Wirken sogar eine »success story« zu werden. Der damit verbundene Ruhm half ihm (ihm und seinen Familienmitgliedern) und seinen jungen Mitarbeitern, aber er half nicht bei der Durchset-

⁵⁹ Leontief, Niedergang und Aufstieg, S. 43.

⁶⁰ Ebenda, S. 39.

zung seiner mathematischen Modelle und Vorschläge in der realen Wirtschaft seines Landes. Die Auszeichnung sichert ihm das ewige Andenken in der »Ruhmeshalle« der Nobelpreisträger⁶¹, aber sie trägt hoffentlich auch dazu bei, dass seine Arbeiten neu gelesen, seine Gedanken neu rezipiert, analysiert und in neuen Kontexten weiter gedacht werden. Dies wäre die beste Erinnerung an ihn und in seinem Sinn, denn zeitlebens stellte er hohe Ansprüchen an sich und seine Kollegen.

Als Leonid Kantorowitsch am 7. April 1986 nach schwerer Krankheit in Moskau gestorben war, erschien eine Woche später in der Bundesrepublik Deutschland in der Wochenzeitung »Der Spiegel« ein kurzer Nachruf, in dem es u.a. hieß: »Als er 1975 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, erkannte die ›New York Times‹ in ihm einen ›Kritiker des sowjetischen Wirtschaftssystems‹ – das war falsch. Zeit seines Lebens hatte sich der russische Mathematiker und Ökonom zwar der klassischen Grundfrage des Wirtschaftens gewidmet, wie in der Güterproduktion mit begrenzten Mitteln die besten Ergebnisse zu erzielen wären. Doch die nobel-honorierte wissenschaftliche Darstellung dieses Alltagsproblems aller ökonomischen Systeme, Kantorowitschs Beitrag zur so genannten ›Theorie der optimalen Ressourcenverwendung‹, sollte lediglich (sic) der lahmen sowjetischen Planwirtschaft auf die Sprünge helfen.«⁶²

Manchmal formulieren Journalisten wirklich das Entscheidende eines Sachverhalts, so wie hier zum Werk des Mathematikers L. Kantorowitsch, wenn auch in dem (nicht nur damals üblichen) arroganten und überheblichen Stil sowjetischen Wissenschaftlern gegenüber.

In einer Rede 1984, nach den Erfahrungen mit seinen Kritikern, den vielen Debatten und Auseinandersetzungen um seine mathematischen Methoden und den Problemen bei der Durchsetzung derselben, ging L. Kantorowitsch abermals auf die »Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten« der Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft ein. Ausdrücklich sprach er von »einer gewissen Unzufriedenheit wegen ihrer bei weitem nicht ausreichenden praktischen Anwendung und Verbreitung«, beklagte, dass die bisherigen Ergebnisse »nur einen Bruchteil der potentiellen Möglichkeiten« ausmachten, und darüber Einigkeit bei allen »Fachleuten und

⁶¹ Vgl. stellvertretend den Band: Vasina, Nobelevskije laureaty XX veka, Moskau 2001, darin S. 87-95 zu L. V. Kantorovich, S. 96-100 zu Tjalling C. Koopmans, S. 61-69 zu Vasilij (Wassily) Leont'ev (Leontief).

⁶² Der Spiegel, 16.4.1986, S. 284, Rubrik »Gestorben«.

den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Führungsgremien« bestünde. Die Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft sei kompliziert, sie erfordere »entsprechende rechentechnische Ausrüstungen, die grundlegende Veränderung der Planungstätigkeit, die Überwindung psychologischer Barrieren, neue Anforderungen an Normative und die Statistik«. ⁶³ Und dann gab der Mathematiker, der Jahrzehnte zuvor erfolgreich mathematische Verfahren für physikalische und technische Anwendungsprobleme entwickelt hatte, nachfolgenden Vergleich, sein Publikum gleichsam um Verständnis bittend und um Zuversicht werbend:

»Zum Vergleich sei an die Nutzung der elektronischen Rechentechnik in physikalischen und technischen Berechnungen erinnert. Wie bekannt, erwies sich auch dieser Prozeß als nicht einfach. Er erforderte eine gewisse Zeit. Mathematische Modelle und Gleichungen existieren hier seit Hunderten von Jahren und wurden in dieser Zeit auch angewendet. Es bestanden bestimmte Traditionen für ihre Nutzung.

Niemand entwarf ein kompliziertes Gebäude, ein Flugzeug oder eine Turbine ohne entsprechende mathematische Berechnungen. Es bildete sich ein bestimmtes System der Organisation der Arbeit und des Einsatzes der Kader heraus. ... In der Wirtschaft war dies gänzlich anders. Die ökonomische Analyse wurde oft unterbewertet, häufig sogar durch administrative Entscheidungen ersetzt.

Ich bin davon überzeugt, auch die Optimierungsmethoden werden in Zukunft nicht nur geduldet (sic) und anerkannt, sondern wirklich auch in der Ausgestaltung der Volkswirtschaft angewandt und als unverzichtbares Element der Leitung und Planung der Wirtschaft genutzt.« ⁶⁴

Es ging L. Kantorowitsch, so oft er über die lineare Programmierung bzw. die lineare Optimierung redete, publizierte und sich für ihren Einsatz in der Wirtschaft, in allen Sphären der sowjetischen Ökonomie, engagierte, immer darum, zur Verbesserung dieser Ökonomie beizutragen, sie effizienter zu gestalten, sie den modernen Herausforderungen anzupassen. Es ging ihm nie um eine triviale oder gar eine fundamentale Kritik der sowjetischen Ökonomie. Er sah deutlich ihre Defizite, und er sah diese wesentlich klarer als seine Kritiker und Gegner, die »professionellen«

⁶³ L. W. Kantorowitsch, Festvortrag zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, MLU Halle/S., Auszüge in: Lassmann/Schwarzer (Hrsg.), Optimieren und Entscheiden, S. 32.

⁶⁴ Ebenda, S. 32-33.

Ökonomen. Aber er wollte zeit seines Lebens zur Behebung dieser Defizite beitragen. Als Mathematiker nahm er in den Auseinandersetzungen mit den Wirtschaftswissenschaftlern, den Ökonomen seines Landes, eine Sonderstellung ein. Aber diese Sonderstellung als Mathematiker half ihm, die mörderischen 1930er Jahre zu überleben und nicht in den Jahren des »Großen Terrors« in Gefängnissen und Lagern zu verschwinden. Und sie half ihm auch später immer wieder. Sein Weg von Leningrad über Nowosibirsk nach Moskau war kein geradliniger, aber es blieben ihm gravierende Einschnitte in seinem Berufsleben erspart, offenbar hatten ihn seine Schutzengel nie verlassen. Als einziger sowjetischer Wissenschaftler, der mit dem Nobel-Preis in Ökonomie geehrt wurde, nahm er nochmals eine Sonderstellung ein.

Was bleibt? – Ein »re-reading classics«, d.h. das genaue Studium der Arbeiten von Kantorowitsch und seinen Kollegen für das Nachdenken und Umdenken bei der Nutzung der Ressourcen. Angesichts der verheerenden globalen Entwicklungen seit Beginn des 21. Jahrhunderts wäre ein besserer Umgang mit diesen Ressourcen notwendiger denn je. Und für das Nachdenken über die Ausgestaltung einer möglichen besseren Gesellschaft sollten die Arbeiten von Kantorowitsch und seiner Kollegen zurate gezogen werden – getreu des Mottos von Theo Bergmann: »Dann fangen wir wieder von vorne an.«

Alexander Vatlin

Auf der Suche nach dem »wahren Sozialismus«

Das Geschichtsbewusstsein der Perestroika-Generation

Die folgenden Überlegungen beruhen auf den persönlichen Erfahrungen des Autors in der Epoche der Perestroika. Damals begann mein Werdegang als Historiker. Mein Motiv ist jedoch nicht autobiografischer Natur. Der Grund ist eher ein pragmatischer: Jahr für Jahr muss ich meinen Studenten an der Universität das erklären, was für meine Generation damals auf der Hand lag und damit völlig selbstverständlich zu sein schien. Ich meine die weltanschaulichen und Verhaltensstandards der Perestroika-Epoche, zu deren letzten und abschließenden Konzeptionen die vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« gehörte. Alles, was darauf folgte, gleich, ob es »das gemeinsame Haus Europa«, »der Sprung in den Kapitalismus« oder »eurasischer Sonderweg« hieß, waren von Polittechnologen oder von oben durchgestellte Projekte, die das Volk kalt und gleichgültig ließen.

Weil die Vorstellung vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« eine ausgesprochen kurzlebige war, lässt sich schwer einschätzen, in welchem Maße sie die Gesellschaft in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in ihren Bann zog. Ein Vierteljahrhundert lang schrieben nur die ehemaligen Anhänger dieses Konzeptes darüber. Oder – im Gegenteil – sie schrieben nicht darüber und versuchten sogar, ihre Anhängerschaft zu vergessen. Denn es ist unangenehm und tut auch weh, sich an verlorene Illusionen zu erinnern. Doch solide Abhandlungen, die der historischen Komponente des Mythos von der Rückkehr zum wahren Sozialismus gewidmet sind, erlauben es, sich dem Thema ohne Scheu und vorurteilsfrei zuzuwenden.

Meine Recherche im russischen Internet erbrachte ein verblüffendes Resultat: Die meisten Autoren, die über die Generation der Perestroika schreiben, haben dabei entweder Menschen im Blick, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre geboren wurden, oder solche, die damals erwachsen geworden waren. Ob dieser unterschiedlichen Auslegungen und Lesarten sind einige Bemerkungen zur Begriffsbestimmung angebracht. Karl Mannheim definierte »Generation« als »intellektuelle und geistige Gemeinschaft«. Ein Generationswechsel ist mit einem Wechsel der vorherrschenden Denkart verbunden und mit einer Weitergabe des akkumulierten kulturellen Erbes. Ulrike Jureit hingegen unterstreicht nicht die Altersbegrenzung, sondern

weist auf die gemeinsame Selbstidentifizierung und die Abgrenzung von »anderen« hin.¹

Es handelt sich demnach um eine gefühlte Gemeinschaft, deren grundlegende Charakteristika sich im Prozess einer immanenten Kommunikation herausbilden. Ein symptomatisches, von Historikern und Philologen ausgiebig untersuchtes Beispiel hierfür ist die »Generation August 1914«, für die der Weltkrieg eigentlich nie zu Ende ging. Über den Einfluss der Russischen Revolution von 1917 auf die Herausbildung der Generation ihrer Anhänger als einem »neuen anthropologischen Typus«² hatte der russische Philosoph Nikolai Berdjajew geschrieben. Michael Wildt skizzierte die Generation, die die Funktionärselite im »Dritten Reich« stellte.³ Vladimir Buldakow hat mit seinen Studien über die »Zeit der roten Wirren« den Nachweis erbracht, dass auch in der Russischen Revolution nicht die Berufsrevolutionäre, sondern die Soldatenmasse den Ton angaben. Die Soldaten repräsentierten eine Altersgruppe, ihr »Kitt« waren die schrecklichen Kampfhandlungen, die sie gemeinsam erlebt und durchlitten hatten. Diese Erfahrungen nutzten sie zur Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen von der »lichten Zukunft«.⁴

Eine Generation, bemerkt Jureit zurecht, strukturiert die Geschichte ebenso wie eine Klasse, eine soziale oder eine Geschlechtergruppe, sie formiert und legt im Gedächtnis ihre eigene, einzigartige und wiedererkennbare Schicht der angeeigneten gesellschaftlichen Erfahrung ab. Im Hinblick auf die geschichtlichen Wertungen geht es hierbei nicht nur darum, woran man sich erinnert oder was man vergisst, sondern auch darum, auf welche Art und Weise man sich erinnert. Es ist wie bei einer zufälligen Begegnung mit Landsleuten, mit Vertretern der eigenen Generation, sie können über das Erlebte einer Meinung sein oder streiten, aber sie werden es »auf einer Wellenlänge« tun.

¹ Ulrike Jureit, Generation, Generationalität, Generationenforschung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. Februar 2010, URL: <https://docupedia.de/zg/Generation?oldid=75515>.

² N. A. Berdjajew, *Istoki i smysl russkogo kommunizma*. Moskau 1990, S. 101, 113-114.

³ Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

⁴ Vgl. Vladimir Prorochovič Buldakow, *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija*, Moskau 2010.

Bei der Bestimmung der Spezifik der Sicht einer Generation müssen drei Formen der Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart Beachtung finden, auf die bereits Nietzsche in den »Unzeitgemäßen Betrachtungen« hingewiesen hat: »In dreierlei Hinsicht gehört die Historie dem Lebendigen: sie gehört ihm als dem Tätigen und Strebenden, ihm als dem Bewahrenden und Verehrenden, ihm als dem Leidenden und der Befreiung Bedürftigen.«⁵

Es geht um die heutige Generation der Russen und um die Generation der Sowjetepoche. Eingeklemmt zwischen diesen beiden befanden sich die »Leidenden und der Befreiung Bedürftigen«, die Perestroika-Generation, für die die Erkenntnis der Vergangenheit jenes ersehnte Schlüsselchen war, das sie vor den Fesseln der verhassten Gegenwart befreite.

Die Perestroika-Generation im Kampf um die Geschichte

Der Ausspruch von Alexis de Tocqueville, dass jede neue Generation in einer demokratischen Gesellschaft ein eigenes Volk bildet, bedarf keines Kommentars und gilt auch über die Grenzen klassischer Demokratien westlichen Typs hinaus. Arthur Schlesinger jun. hat Tocquevilles Überlegungen aufgegriffen und die These formuliert, dass in der amerikanischen Geschichte dreißigjährige Zyklen nachweisbar sind, die auf die Generationserfahrung zurückgehen, die Reform befördern und das Erreichte zementieren.

Dieses Schema passt auch auf den Verlauf der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert: Stolypin, Stalin, Chruschtschow, Gorbatschow. Selbstverständlich geht es hier nicht um simple Additionen – jeder der genannten Führer reagierte auf die Signale der neuen Generation, die reif und in der Lage war, die Hebel der Macht in die Hand zu nehmen. Auf die Epoche der radikalen Reformen, die einer »Revolution von oben« ähnelte, folgte stets eine Phase der Konsolidierung, die als Stagnation empfunden wurde. Diese Phase wurde in der Amtszeit Breshnews künstlich in die Länge gezogen, was eine Neutralisierung des schöpferischen Potenzials der sowjetischen »Schestidesjatniki«, also der Intellektuellen aus den 1960er Jah-

⁵ Friedrich Nietzsche, Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück. Vom Nutzen und Nachteil der Historie, in: Ders., Werke in drei Bänden, hrsg. v. Karl Schlechta, Bd. 1, München 1977, S. 219.

ren, nach sich zog. Sie waren es, die vom Bruch des verhassten Systems träumten und den Vertretern der Folgegeneration in den Jahren der Perestroika vorwarfen, dass wir – im Unterschied zu ihnen – die Prüfung nicht bestehen werden. Wir würden uns satt und zufrieden zurücklehnen und die Hände in den Schoß legen. Dabei ging es nicht so sehr um materiellen Wohlstand, sondern um die Verweichlichung und Passivität jener, die zu Lebzeiten keine echten Prüfungen bestehen mussten, um das Zusammenfallen von äußeren Impulsen und der Mobilisierung im Inneren: politisches Tauwetter, Neulandgewinnung, Eroberung des Kosmos, Großbaustellen in Sibirien usw.

Das Signal für die Aktivierung der Generation, die auf die »Schestidesjatniki« folgte, ging eigentlich nicht von Gorbatschow aus, sondern vom Tod seiner Vorgänger. Über die Beerdigungen, die wie am Fließband erfolgten und jeweils die Abriegelung der Innenstadt zur Folge hatten, gab es Anekdoten: »Brauchen Sie eine Karte für die Beerdigung?« »Nein, danke. Ich habe ein Abonnement.« Der Tod einer Generation sowjetischer Führer wurde zu einem wichtigen Faktor der Desakralisierung des sie umgebenden ideologischen Raumes und nährte die massenhaften Hoffnungen, dass jetzt endlich »unsere Zeit« gekommen ist.

Mitte der 1980er Jahre war die Mentalität der 25- bis 45-Jährigen nicht nur von der Ablehnung des »verfaulten Systems« geprägt, sondern auch durch die Vorahnung von irgendetwas Neuem. Zum ersten Mal verband sich der Durchbruch in die Zukunft nicht mit militärischen Aktionen (es gab ja das atomare Gleichgewicht), und auch nicht mit einer von Dissidenten vorgegebenen Perspektive (die Macht des KGB stelle niemand in Zweifel). Das Heraustreten aus der Illegalität, aus häuslichem Küchen-Untergrund und die längst überfälligen Reformen von oben führten zur Vervollkommnung, nicht zur Demontage des bestehenden Systems. Es bedurfte lediglich eines Führers, der in der Lage war, die Ungeduld des Volkes verständlich zu artikulieren und sich von der vorhergehenden Generation abzugrenzen. – Und er erschien dem Volke.

Die Generation der Perestroika hat viel zu lange auf ihre Stunde gewartet. Sie glich einer gealterten Jungfrau, die bereit war, jeden zum Manne zu nehmen. Das erklärt die für die Vertreter der Macht völlig überraschende Dynamik der mentalen Befreiung von der Last der toten Doktrin, die ungekannte gesellschaftliche Aktivität, die Bereitschaft, eine persönliche Mitverantwortung sowohl für die »Stagnation« unter Breshnew als auch für die Konfrontation mit dem Westen auf sich zu nehmen. Dieses Potenzial

war unschwer zu erkennen und Gorbatschows Bad in der Menge, die inhaltsleeren Gespräche dabei eingeschlossen, waren ein entsprechender Schachzug.

Die Herrschaft des ideologisierten Marxismus zog in der Bevölkerung die Überzeugung nach sich, dass die Zukunft konstruierbar ist. Das war gewissermaßen das verschleppte Finale der Aufklärung, einer linearen Fortschrittsauffassung, die davon ausging, dass der Mensch zum Guten strebt, ungeachtet aller Hindernisse und Wirren, die auf diesem Wege überwunden werden müssen. Tschernobyl sowie eine Serie von Havarien und Katastrophen führten Gorbatschow vor Augen, dass eine bloße Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht die Lösung war. Es mussten nicht nur die körperlichen, sondern auch die geistigen Ressourcen und Potenzen des so genannten Sowjetmenschen mobilisiert sowie sein Denken und Fühlen, das längst nicht mehr den Kommunisten gehörte, zurückgewonnen werden.

Gorbatschow, der kein Historiker war, hatte intuitiv begriffen, dass man hierfür die Einheit zwischen Vergangenheit und Zukunft wiederherstellen muss, die durch den Dogmatismus und die Unbeweglichkeit der einstigen sowjetischen Führer zerstört wurde. Die »unvorhersehbare Vergangenheit« brachte die neue Generation nicht minder auf, als die Luftschlösser der lichten Zukunft. Die Körnchen Wahrheit über die reale Lage des Landes und der Welt brachten erschreckende Parallelen zur tatsächlichen, nichterfundnen Vergangenheit an den Tag. Dass die Entlarvung des Sowjetsystems auf dem Gebiet der Geschichte erfolgte, dem Gebiet, das zentrale Bedeutung für die Legitimation hatte, kann daher eigentlich nicht verwundern.

Die Situation am Vorabend der Perestroika ist mit der in Frankreich von 1940 vergleichbar. Die Verbitterung über die Niederlage brachte den Franzosen das Gefühl der Zugehörigkeit zur Vergangenheit zurück, einer Vergangenheit, die viele als fremd empfanden. »Von diesem Moment an konnte die Geschichte nicht mehr Gegenstand einer bloßen Spezialisierung sein. Sie wurde zu jener Art und Weise, in der die moderne Welt einem jeden von uns entgegentritt.«⁶

Das traf auch voll und ganz auf Gorbatschow selbst zu. In seinen Memoiren unterstreicht der letzte Sowjetführer, dass sein Verständnis der »Glasnost«-Politik nicht die Normen der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaates zur Grundlage hatte, sondern die Neuinterpretation der Geschichte

⁶ Filip Ar'es, *Vremja istorii*. Moskau 2011, S. 49.

der KPdSU(B). In den innerparteilichen Auseinandersetzungen nach 1917 wurde die Glasnost – trotz Bürgerkrieg – nicht beschnitten. Der Generalsekretär erinnert sich an die Begeisterung, mit der er die Protokolle der Parteitage der KPR(B), die Anfang der 1920er Jahre stattgefunden hatten, las.⁷ In der Sowjetzeit auf den Index gesetzte Bücher und unveröffentlichte Archivadokumente wurden nun zugänglich gemacht, das schuf einen Nährboden für die Herausbildung einer neuen Erinnerungskultur, die auf eine radikale Umwertung der Vergangenheit zielte. Und den Worten folgten umgehend auch Taten. Am 28. September 1987 wurde in einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung der politischen Repressalien in der Sowjetunion einzusetzen.

Die Vorbereitung des Referates von Gorbatschow aus Anlass des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde zu einer Art Ouvertüre der »Geschichtsrevolution von oben«. Gleichzeitig zeichnete sich der Versuch ab, das bisherige Geschichtsbild und seine richtige Lesart zu kodifizieren. Der Parteiführung ging es nicht um die Befreiung der Gesellschaft von den Fesseln der verrotteten Doktrin, sondern um deren Modernisierung. In der Sitzung des Politbüros vom 31. Oktober 1987 erklärte der Generalsekretär: »Wir haben Lenins Weg verteidigt, haben die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land unter Beweis gestellt.«⁸ Doch diese angestrebte begrenzte Modernisierung war nicht das Wichtigste. Das Wichtigste bestand darin, dass die Staatsmacht den Vektor für die Suche nach der geschichtlichen Wahrheit vorgegeben und die Öffentlichkeit dazu ermuntert hatte, worauf diese bereitwillig reagierte. Es entstand ein für die Selbstdarstellung der Generation der Perestroika günstiges Milieu.

Die Herausbildung des neuen Geschichtsbildes der sowjetischen Vergangenheit

Die grundlegenden Thesen des November-Referates wurden von Gorbatschow im Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt«⁹ weiterentwickelt und konkretisiert. Ein Abschnitt

⁷ M. S. Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, Moskau 1995, 314.

⁸ Zit. nach: A. S. Černjaev, *Sovmestnyj ischod: dnevnik dvuch epoch, 1972-1991 gody*, Moskau 2010, S. 732.

⁹ Michail Gorbatschow, *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt*, Berlin [DDR] 1987.

war dem unbekanntenen Lenin, insbesondere seinen letzten Arbeiten, gewidmet: »Die Rückbesinnung auf Lenin als ideologische Quelle der Umgestaltung.«¹⁰ Ohne Stalin ein einziges Mal namentlich zu erwähnen, zählte der Generalsekretär alle seine Argumente für eine Politik der forcierten Industrialisierung und der vollständigen Kollektivierung auf. Sogar Stalins Äußerung über das fröhlicher gewordene Leben klang hier an: »Die Menschen [...] freuten sich des Lebens, amüsierten sich, zogen ihre Kinder groß und gingen ihrer täglichen Arbeit nach.«¹¹

Umso verwunderlicher ist es, dass die erdrückende Mehrheit der Sowjetmenschen Ende 1987 an die Ernsthaftigkeit von Gorbatschows Unterfangen glaubte, lag doch die seiner Argumentation zugrunde liegende Glättung der Geschichte auf der Hand. Zum ersten Mal kamen die Signale nicht aus dem ZK der KPdSU oder von den Seiten der »Prawda«. Als in der Illustrierten »Ogonjok« Artikel über Bucharin – lange vor dessen Rehabilitierung – erschienen und die Literaturzeitschriften Romane und Erzählungen wie die von Rybakow oder Pristawkin über die Stalinzeit veröffentlichten, löste das einen Begeisterungssturm aus. Die Staatsmacht gestattete es, Stalin zu entlarven, und beschritt freiwillig den Weg der Entsakralisierung des Raumes der historischen Erinnerung.

Als leitende und lenkende Kraft dieses Prozesses wurde das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU ausgewählt, eine Einrichtung, die bis dahin als Gralshüterin der Parteiakten galt. Die Abteilungsleiter erhielten umfassende Aufgaben, die Geschichte der KPdSU, der Komintern, des Großen Vaterländischen Krieges usw. musste neu geschrieben werden. Um an diesen Projekten mitzuarbeiten, wurden bekannte Historiker aus der Akademie der Wissenschaften sowie junge Wissenschaftler, die gerade ihr Studium beendet hatten, darunter auch der Autor dieser Zeilen, an das IML geholt. Wir parteilosen »grünen Jungs« müssen den alten Mitarbeitern vorgekommen sein, wie die sprichwörtlichen grünen Marsmännchen.

Im Rahmen dieser Einrichtung begann eine Epoche der schöpferischen Kontroverse von alten und neuen Herangehensweisen. Das IML wurde zum ersten Mal in seiner Geschichte – aber auch kurz vor seinem Ende – zu einer wissenschaftlichen Einrichtung. Doch obwohl es über das Monopol an Archivgut verfügte, konnte es nicht die Führungsrolle bei der Etablierung der neuen Erinnerungskultur übernehmen. In einer Situation, in

¹⁰ Ebenda, S. 26-27.

¹¹ Ebenda, S. 47.

der plötzlich alle Historiker waren, traten die Berufshistoriker ihren Platz den Publizisten und Hobbyforschern ab.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1987 hatte Gorbatschow die Leitlinien für die Revision der Geschichte vorgegeben, doch bereits Ende des darauf folgenden Jahres verwies er – offensichtlich auch auf den Rat von Politbüromitgliedern hin – auf die Grenzen des Erlaubten. Auf dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU waren Zugeständnisse an die Konservativen zu vernehmen: »Die vaterländische Geschichte ist keine Aufeinanderfolge von blutigen Verbrechen.« In seinen Memoiren bringt Gorbatschow seine damalige Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass niemand auf ihn hören wollte, und dass sich nach dem Februar-Plenum eigentlich nichts änderte.¹²

Das Signal, die Grundfesten des Sozialismus zu verteidigen, wurde auf verschiedene Weise aufgenommen. Die Zeitung »Sowetskaja Rossija« veröffentlichte den Brief von Nina Andrejewa »Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben«, der auch im »Neuen Deutschland« in Übersetzung erschien. Ich erinnere mich an die damals im IML-Hause herrschende Stille, nur das Rascheln der Zeitungsseiten und Getuschel auf den Gängen war zu vernehmen. Das Signal von oben wurde richtig verstanden. In den Grundorganisationen der KPdSU begann die Diskussion des Briefes, er wurde als Direktive wahrgenommen, die Gegner und »Bremser« des neuen Kurses erhoben die Köpfe. Doch ihre Freude währte nur kurz. Gorbatschow war über den Artikel entrüstet und schlug einen schroffen Ton gegenüber den Opponenten im Politbüro ein. Die anschließenden Diskussionen über den Brief – sowohl im Führungszirkel der KP als auch in der Presse – glichen einem reinigenden Gewitter. Anatolij Tschernjajew, ein Mitarbeiter Gorbatschows, notierte im Tagebuch: »Hätte es Nina Andrejewa nicht gegeben, dann hätte man sie erfinden müssen.«¹³ Damit waren die Fronten klar. In der öffentlichen Debatte gab es neue Symbolfiguren und Termini, die Illusion, »dass wir alle in einem Boot sitzen«, war ein für allemal Geschichte.

Dies war auch der entscheidende Faktor für die Selbstidentifikation jener sozial-psychologischen Bevölkerungsgruppe, die wir »Perestroika-Generation« nennen. Gorbatschow und seine Anhänger standen damals vor der Wahl, entweder die »Pferde zu wechseln«, das Potenzial dieser Generation zu nutzen, oder weiter auf den Parteiapparat zu setzen, auf dessen

¹² M. S. Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, S. 379, 381.

¹³ A. S. Černjaev, *Sovmestnyi ischod*, S. 752.

aktiven konservativen Teil. Wie immer, entschied man sich für eine Kompromissvariante, man wollte gleichzeitig auf allen Stühlen sitzen.

Die Intelligenz hatte an Entlarvungen Geschmack gefunden (im damaligen Sprachgebrauch war von der Tilgung »weißer Flecken« die Rede), sie ging weiter voran, ohne sich um die Disziplinierungsversuche von oben zu kümmern. Sie stand im Bann der »kritischen Geschichte«, die dann zu Hilfe kam, wenn es darum ging, aufzuzeigen, »wie ungerecht die Existenz irgendeines Dinges, eines Privilegiums, einer Kaste, einer Dynastie zum Beispiel, ist, wie sehr dieses Ding den Untergang verdient. Dann wird seine Vergangenheit kritisch betrachtet, dann greift man mit dem Messer an seine Wurzeln, dann schreitet man grausam über alle Pietäten hinweg.«¹⁴ Ein derartiges Herangehen zielt auf die Kritik am Ganzen, nicht auf die einzelner Teile. Die Väter der Perestrojka begannen Rückzugsgefechte.

Um den Sozialismus als Ganzes aus der Kritik herauszuhalten wurde von Gorbatschow nahestehenden Ideologen der Begriff »Stalinschtschina« in Umlauf gebracht. Da den Sowjetmenschen »ismen« vertrauter waren, wurde er schnell durch den des »Stalinismus« ersetzt. Die Epoche Stalins wurde nun zum Herzstück aller Entartungen und Verzerrungen des Sozialismus, der negative Ausgangspunkt in der Einschätzung der Vergangenheit. Weitaus komplizierter stand es um den positiven Bezug, den »wahren Sozialismus«. Ein Lieblingsthema der damaligen Publizistik war die Suche nach der »verlorenen Alternative«. Es geht hierbei um Lenins letzte Aufsätze, über das ungenutzte Potenzial der NÖP, um Bucharins Konzeption vom Hineinwachsen in den Sozialismus.

Das Wichtigste, worüber sich Staatsmacht und Gesellschaft damals einig waren, war das verzernte Bild der sowjetischen Vergangenheit durch ein anderes, richtiges zu ersetzen, das die Apparatschiks dem Volk vorenthalten hatten. Dieses neue Bild wäre dann das einzig wahre, endgültige und unumstößliche. Es war ein für Russland typischer Archetypus der »verborgenen Wahrheit«. Die Feuilletonschreiber der Partei warfen den Fachhistorikern vor, prinzipienlose Konjunkturritter zu sein und belehrten sie, dass es eine ein für allemal gültige Wahrheit gibt.¹⁵ In Erwartung des baldigen Erscheinens der einzig wahren Geschichtsdarstellung wurden an den Schulen 1988 die Prüfungen im Fach Geschichte ausgesetzt. Staatsmacht und Intelligenzija waren sich darin einig, »sich gleichsam a posteriori eine Ver-

¹⁴ Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*, S. 229.

¹⁵ E. Korovin, Fedot-Gerodot, in: *Pravda*, 8. Juli 1988.

gangenheit zu geben, aus der man stammen möchte, im Gegensatz zu der, aus der man stammt.«¹⁶ Nietzsche, der Autor dieser Zeilen, wies zu Recht auf die Gefahr eines derartigen Konstruktivismus hin. Darin lag aber nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine einmalige Chance.

Zum ersten Mal in der Geschichte Russlands wurde die richtige Vergangenheit nicht unter rigider Kontrolle der Staatsmacht, sondern in einem Dialog zwischen »oben« und »unten«, im Ergebnis einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte geschrieben. Das daraus entstandene Konstrukt lässt sich wie folgt beschreiben: Die Bolschewiki waren die Verkünder einer neuen Gesellschaftsordnung, die von ihnen angeführte Revolution eröffnete Russland den Weg zum Sozialismus. 70 Jahre Entbehrungen und Kampf waren nicht vergebens, die sozial-ökonomischen Grundlagen der Sowjetordnung bedürfen keiner Revision. Stalins Sieg im innerparteilichen Kampf nach Lenins Tod hat dazu geführt, dass das positive Potenzial des Sozialismus für kurze Zeit eingefroren wurde. In den Vordergrund traten negative Momente eines »Regimes persönlicher Macht«. Für die Korrektur war es erforderlich, jene Weggabelung wiederzufinden, um den richtigen Weg einzuschlagen. Je stärker der Drang war, der Vergangenheit, Stalins System, den Rücken zu kehren, desto dringlicher wurde das Bedürfnis, zu den Quellen zurückzukehren, zu jenem Punkt zu gelangen, von dem aus die Entwicklung die falsche Richtung eingeschlagen hatte. Der Prozess der Rekonstruktion der richtigen Vergangenheit erfolgte auf positivistische Art und Weise. Die »weißen Flecken« sollten getilgt und gleich neuen erschlossenen Gebieten auf Karten übertragen werden. Der Dichter Jewtuschenko schrieb ebenso darüber – »wir müssen die Geschichte bis ins kleinste Detail kennen, sonst können wir sie nicht nach vorne bewegen«¹⁷ – wie der Generalsekretär in seinen Memoiren: »Wir müssen die wahre und nicht die idealisierte, romantisierte Geschichte rekonstruieren.«¹⁸

¹⁶ Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*, S. 230.

¹⁷ I. Čečel', *Istoričeskie predstavlenija sovětskogo obščestva èpochi prestrojki – Obrazy istoriografii. Sbornik statej*, Moskau 2000, S. 223.

¹⁸ M. S. Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1., 327.

Die »Wahrheit« über die geschichtliche Wahrheit. Der Umbruch im Sommer 1988 im Spiegel der »Prawda«-Berichterstattung

Die Beschäftigung mit Geschichte wurde 1988 nicht zu einem von vielen Trends, die das Jahr 1988 prägten, sondern zum zentralen Faktor, der die Perestroika-Generation zusammenschweißte. Sie strömte geradezu in die Bresche, die die Macht aufgetan hatte, um den Wissensdurst zu stillen, um in der Vergangenheit Antworten auf die brandaktuellen Fragen zu finden. Ajtmatows Mankurt – jener künstlich seines Gedächtnisses beraubte Mensch – wurde zu einem populären Bild in der Publizistik.

Im Zuge der Ereignisse schien es so, dass die Zeitung »Prawda« (»Wahrheit«) zu einem Ableger der Zeitschrift »Woprossy istorii« (»Fragen der Geschichte«) geworden war. Mitarbeiter des IML beim ZK der KPdSU bereiteten eine wöchentlich erscheinende »Geschichtsseite« vor, in der wenig bekannte oder bislang tabuisierte Ereignisse dargestellt wurden. Die Historiker, die sich mit der Geschichte der KPdSU beschäftigten, riefen dazu auf, die Archive zu öffnen und der um sich greifenden Schwarzmalerei eine Absage zu erteilen.¹⁹ Dies kam einer präventiven Antwort auf den Vorwurf gleich, sie würden die »wahre Vergangenheit« zugunsten einer Konjunktur verbergen. Sie wollten nicht die Rolle der Sündenböcke spielen, die zum wiederholten Male die Vergangenheit zu Gunsten der Machthaber umschreiben. Flinke Feuilletonisten hatten schon einen Namen für sie gefunden: »Fedot-Herodot«.²⁰

In der Ausgabe vom 26. Juli 1988 druckte die »Prawda« den Brief von Juri N. Afanasjew, der eine Antwort auf den Vorwurf seiner Opponenten enthielt, er würde die sowjetische Geschichte zu kritisch darstellen.²¹ Als der Brief veröffentlicht wurde, war der Autor längst bekannt – nicht als Spezialist für die Geschichte Frankreichs, sondern als Herausgeber des Sammelbandes »Inogo ne dano« (»Etwas anderes ist nicht gegeben«), der zu einem echten Bestseller geworden war. Afanasjew hielt sich nicht damit auf, auf einzelne Argumente einzugehen. »Ich halte die bei uns geschaffene Gesellschaft nicht für eine sozialistische, auch nicht für eine deformiert-sozialistische.« Diese These war von rituellen Äußerungen begleitet wie »Wir werden die Kraft und die adäquate Politik finden, um auf den sozi-

¹⁹ L. S. Leonova, Istorizm protiv stereotipov, in: Pravda, 19. Juli 1988.

²⁰ E. Korovin, Fedot-Gerodot, in: Pravda, 8. Juli 1988.

²¹ Jurij N. Afanas'ev, Otvetny istorika, in: Pravda, 26. Juli 1988.

alistischen Weg zurückzukehren«. Doch der Satz »Der König ist nackt« war nun ausgesprochen.

Dieser Brief – wie zuvor der von Nina Andrejewa – bewies, dass die Staatsmacht auf das Monopol der Vergangenheitsauslegung verzichtete und bereit war, die konkurrierenden Auffassungen zur Kenntnis zu nehmen. Eine Entscheidungsschlacht stand bevor. Es gab nichts Wichtigeres, als die Feststellung, der König sei nackt. Doch die Zeit verging, und, wie Michail Gefter zu Recht bemerkte, reichte diese bald nicht mehr aus, um irgend etwas zu erklären.²²

Die Richtung der historischen Suche änderte sich damit von Grund auf. Es ging von nun an nicht um die Suche nach dem richtigen Weg zum Sozialismus, sondern darum, diese Theorie aufs Neue zu formulieren. Der Mythos vom Oktober und dem Lenin'schen Sozialismus begann in der Perestroika-Generation zu bröckeln. Und sie forderte darüber hinaus, voranzuschreiten. Am Ende stand die Frage, ob es bei uns überhaupt Sozialismus gegeben hat und ob wir überhaupt Sozialismus – und sei es mit menschlichem Antlitz – brauchen.²³

Die Losung »Etwas anderes ist nicht gegeben« mündete in die Suche nach anderen Entwicklungswegen. Der Sozialismus war nicht mehr eine Erscheinung der geschichtlichen Vergangenheit, sondern eine der Zukunft. Es war eigentlich nicht Afanasjew, der diese Problemstellung als erster in der »Prawda« aufgeworfen hatte. Sergej Michalkow hatte das vor ihm getan, als er dem Klempner Stepan in einer Fabel folgenden Satz in den Mund legte: »Wozu hier und da die Leitungen auswechseln, das ganze System muss erneuert werden.«²⁴

Stepan war den Historikern meilenweit voraus. Seinen simpel auf den Punkt gebrachten Vorschlag mag man heute belächeln. Mit Koselleck gesprochen: Die Perestroika-Generation verfügte nicht über den »Erfahrungsraum«, sie hatte nur den »Erwartungshorizont«. Dieser schien ihr in unmittelbarer Nähe, er war gewissermaßen mit den Händen zu greifen. Es war nicht weit bis zu dem Horizont, hinter dem die lichte Zukunft begann.

²² Vgl. Michail Gefter, »Stalin umer včera«, in: Jurij N. Afanas'ev (Hrsg.), *Inogone dano*, Moskau 1988, S. 297. Deutsch: Michail Gefter, »Stalin ist erst gestern gestorben...«, in: Juri Afanassjew (Hrsg.), *Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus*, Nördlingen 1988, S. 379.

²³ A. S. Černjaev, *Sovmestnyi ischod*, S. 739.

²⁴ Sergej Michalkov, *Dve basni*, in: *Pravda*, 3. Juli 1988.

Je deutlicher die Krise im Lande zutage trat, umso unbändiger äußerte sich der Optimismus der Perestroika-Generation. Viele ihrer Vertreter behaupteten, es wäre möglich, die allgemeine Wohlfahrt in weniger als 500 Tagen zu erreichen, von jener Frist war im von Schatalin und Jawlinski vorgelegten Programm die Rede.²⁵ An die Lehren der Geschichte und die Spezifik der Zivilisation in Russland wollte sich niemand erinnern. Der »Generationszusammenhang« im Sinne Karl Mannheims war verschwunden. Michail Gefter sprach demgegenüber und mit Blick auf die Nachkriegsgeneration vom »Generationsbruch«.²⁶ Die Staatsmacht stand abseits.

Gorbatschow und seine Anhänger beobachteten passiv, wie die Unterstützung durch die Bevölkerung dahinschmolz. Die Oberschicht der sowjetischen Nomenklatura peinigten Zweifel: »Früher oder später musste sich die Hoffnung auf den Sozialismus und die mobilisierende Kraft seiner ursprünglichen Ideen erschöpft haben«, behauptete sein engster Mitstreiter Alexander Jakowlew.²⁷ Doch der Generalsekretär der immer noch regierenden Partei bestand entgegen dem Drängen seiner liberalen Berater auf der Richtigkeit der »sozialistischen Wahl«. Gorbatschow wählte dabei das Volk an seiner Seite. Doch damit erreichte er nur, dass die Bevölkerung gleichgültig zusah, wie der Staat in sich zusammenbrach. Gorbatschow und die »sozialistische Wahl« erschienen wie Zwillinge.²⁸

Den Puls der Zeit spürte die Staatsmacht nicht mehr, die neue Elite begann untereinander Krieg zu führen. Die bekanntesten Vertreter tauschten ihre Popularität gegen Beamtensessel und Abgeordnetenmandate ein. Die Perestroika-Generation büßte ihre einigenden Werte ein und verlor die Orientierung. Anfang der 1990er Jahre hatte sie aufgehört, als sozial-psychologische Gemeinschaft zu existieren. Sie zog das schreckliche Ende einem Schrecken ohne Ende vor. Im Folgenden versuche ich zu erklären, warum dies so rasend schnell vor sich ging.

²⁵ <http://www.yabloko.ru/Publ/500/500-yavl-vs-110990.html>.

²⁶ Michail Gefter, »Stalin umer včera«, S. 305.

²⁷ Aleksandr Nikolaevič Jakovlev, Sumerki, S. 374.

²⁸ Anatolij S. Černjaev, Dvojnoj portret: Brežnev – Gorbačev, in: Politija, 2012, Nr. 3, S. 61.

Das Auseinanderbrechen der Generation Perestroika

Unter den Ursachen für das Auseinanderbrechen der Generation-Perestroika, das von innen heraus begann, waren ausgesprochen triviale Ursachen die dominanten. Etwas später als die Alten und die Jugendlichen verspürten auch die Vertreter der mittleren Altersgruppe materielle Sorgen. Ihre Vorstellung, dass ihre Lebensqualität unter den Bedingungen der Stagnation schlimmer nicht sein kann, und nur ein Ausweg nach oben möglich ist, hatte sich ob ihrer Erfahrungen mit der Sowjetunion Ende 1980 erledigt. Man musste in einem immer aggressiver werdenden gesellschaftlichen Umfeld ums Überleben kämpfen. »Bezugsscheine«, »Straßenhandel«, »Sonderzuteilungen«, »Rationierungen« und andere Varianten der Versorgung in der sich verstärkenden Krise heizten die Stimmung auf. Die Staatsmacht, die nicht in der Lage war, das Volk zu ernähren, konnte kaum auf dessen Sympathien hoffen. Selbst die Leserschaft – zu schweigen von der Bevölkerungsmehrheit – ließen die ständigen Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt kalt, denn die anderen Geschäfte waren leer.²⁹

Erneut waren Stimmen zu hören wie: Man hat uns betrogen, wir leben nicht in materiellem Wohlstand, sondern schlechter als je zuvor. Gorbatschow wurde immer häufiger und in aller Öffentlichkeit mit dem Schwätzer Chruschtschow verglichen.

Die Perestroika-Generation hat Millionen Menschen aus ihrer Lethargie erweckt und zum Handeln motiviert. Diese Millionen waren eigentlich mit dem »real existierenden Sozialismus« zufrieden und irgendwie sicher, auch wenn sie wenig oder mangelhaft arbeiteten, es reichte ihnen zum Überleben.³⁰ Der eigentliche Grund für ihr Interesse an Politik und an der Vergangenheit war die Langeweile und Eintönigkeit der sowjetischen Lebensweise. Die Sympathie für die Perestroika mündete jedoch nicht in eine Strategie individueller und folgerichtiger Handlungen. An den Kundgebungen auf dem Manege-Platz in Moskau Anfang der 1990er Jahre beteiligten sich hunderttausende Menschen, doch sie gingen hin, weil es »modern« war. Die Motivation unterschied sich kaum von der, ein Abonnement für die Literaturzeitschrift »Nowyj mir« (»Neue Welt«) zu erwerben oder diejenigen Abgeordneten gut zu finden, die Jelzin unterstützten.

²⁹ Vgl. Leonid Batkin, *Vozobnovlenie istorii*, in: *Inogo ne dano*, S. 155.

³⁰ Igor' G. Zemskov, *Krach epochi. Kniga vtoraja: Gorbačev – broсок čerez propast'*, Moskau 1999, S. 115.

Von der »Einheitsfront« der sowjetischen Intelligenzija, die anfangs Gorbatschow unterstützt hatte, blieb nichts übrig. Die Aktivisten unter ihnen waren in Cliquen- und Richtungskämpfe verstrickt. Es ging um Führerschaft, Macht und Eitelkeit. Der einst anvisierte Bruderbund kam nicht zustande. Im Unterschied zu Russland setzten die »Volksfronten« in den baltischen Republiken mit Erfolg auf die von der Perestroika-Generation verpönte nationalistische Ideologie.

Der Versuch, Stalin zu einer Art Blitzableiter umzufunktionieren, scheiterte ebenso wie der Versuch, Lenin und den Oktober als positiven Ausgangspunkt festzuklopfen. Das lesende Publikum interessierte sich kaum noch für die Schicksale einzelner Vertreter der Leninschen Garde, sie dachte – unter dem Eindruck des wiederentdeckten und wiederauflebenden saten und von Unruhen freien vorrevolutionären Russland – mehr über die Merkmale totalitärer Systeme nach.

In Gorbatschows Memoiren kann man nachlesen, wie erstaunt er darüber war, dass die Glasnost zur zunehmenden Differenzierung in den Auffassungen über die im Lande vor sich gehenden Prozesse geführt hat. Seine eigene Hinwendung zu allgemeinemenschlichen Werten, sein Suchen, alles das zog nicht den erhofften Effekt nach sich. Der Zerfall erfasste die Machtstrukturen, die Verteidiger des alten Systems warfen dem KP-Führer vor, die Ideale der Partei zu verraten. Die Frage, was die Perestroika ausgelöst hatte – eine Diskreditierung des Sozialismus oder seine Wiedergeburt – hatte für die intellektuelle Elite jeden Sinn verloren.

Die noch vor Kurzem auf Händen getragenen Historiker sahen sich nun Angriffen von zwei Seiten ausgesetzt. Die einen warfen ihnen Schwarzmalerei vor, die anderen das Verschweigen der Schattenseiten der vaterländischen Geschichte. Allmählich wurde auch ihnen klar, dass die um die Geschichte geführten Schlachten nicht um die Wahrheit geführt wurden, sondern konjunktureller Natur waren, und so bitter diese Erkenntnis auch war, hauptsächlich den Interessen der Staatsmacht dienen. Es gelang den Historikern nicht, in der sich schnell verändernden Gesellschaft einen Diskurs zu verankern. Die Sprache der Perestroika war viel zu dynamisch, um als stabilisierender Faktor und Instrumentarium eines konstruktiven Dialogs mit der Vergangenheit wirken zu können.

Als ein wichtiger Faktor des Auseinanderbrechens der Perestroika-Generation erwies sich die Entdeckung der Landesgrenzen. Europa erschien den zehntausenden jungen Leuten, die sich irgendwie hervorgetan und eine Einladung zu einem Auslandsaufenthalt erhalten hatten, wie ein ge-

waltiger Kurort.³¹ Das am Vorabend des Untergangs der Perestrojka propagierte »europäische Haus« erschien nicht einmal als eine Illusion, es war ein langweiliges und langatmiges Projekt. Man wollte aber alles und auf einmal haben. An die Stelle der »gemeinsamen Sache« traten individuelle Rettungsaktionen. Die Pessimisten zogen es vor, im Ausland zu bleiben, während die Optimisten auf eine »humanitäre Okkupation« des Vaterlandes durch den Westen hofften.

Der Paradigmenwechsel erfasste nicht nur Historiker oder die intellektuelle Elite des Landes. Das Alte verschwand in Gestalt des auf einmal entwerteten akkumulierten Kapitals – der Ersparnisse, der gesellschaftlichen und kulturellen Werte. Betroffen waren vor allem die Alten, denen plötzlich ihre Überlebensgrundlage entzogen war. Die Reaktion bekamen sowohl die Historiker als auch Gorbatschow persönlich zu spüren. An die Stelle der einstigen Begeisterung traten Kritik und Schadenfreude. An die Stelle der Suche nach Möglichkeiten einer Vervollkommnung der »sozialistischen Wahl« trat ihre völlige Negation. Im Verlauf dieser Krise wurden die Geschichte und ihre Überlieferung nicht nur radikal transformiert, sondern an den Rand gedrängt, sie wurde ebenso marginalisiert wie eine ganze Generation.

Was bleibt?

Die Generation der Perestrojka hat es weder vermocht, ein ganzheitliches Geschichtsbewusstsein herauszubilden, noch dessen Dominanz in der sowjetischen Gesellschaft Ende der 1980er Jahre herbeizuführen. Umfragen belegen, dass sie ständig Positionen im Kampf um die Auslegung der sowjetischen Geschichte aufgeben musste. 1990 schätzten 25% der Befragten die Oktoberrevolution als gesetzmäßiges Ergebnis der Entwicklung in Russland ein, über die Hälfte (54,4%) sahen die Ursache für den Zusammenbruch des Sozialismus in den Fehlern der politischen Führung und weniger als ein Drittel (31,6%) sahen die Ursachen für den Zusammenbruch des Sozialismus in seinem Wesen.³² Auf die Frage, was ihnen wichtiger sei, Freiheit oder Sicherheit im Leben, antworteten ein Jahr später 25% der Befragten

³¹ Vgl. M. Majackij, Kurort Evropa, Moskau 2009.

³² Umfrage in Leningrad. Vgl. Obščestvennaja žizn' Leningrada v gody perestrojki 1985–1991, S. 15.

»Freiheit«, über 54% entschieden sich für Sicherheit.³³ Die romantischen Vorstellungen von den »Kommissaren mit ihren staubbedeckten Stahlhelmen« verblassten, was blieb, war eine Art »spontane linke Haltung«, die Russlands Sonderweg an die kostenlose medizinische Versorgung und die unbeschwerte Arbeit entsprechend den Fähigkeiten band.

Für die heutige Generation, für die der materielle Erfolg im Leben das Entscheidende ist, ist die Geschichte eine der vielen Buden im intellektuellen Vergnügungspark. Und dennoch war die »Arbeit an der Vergangenheit« in den Perestroika-Zeiten nicht umsonst, sie hat Spuren hinterlassen. Die Wichtigsten, die heute noch Einfluss auf die intellektuellen Debatten haben, seien im Folgenden skizziert.

An erster Stelle ist die Dominanz der moralischen Komponente in der Einschätzung von Ereignissen und Personen zu nennen, die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit, unabhängig davon, wie man diese letztendlich einschätzt. Alexander N. Jakowlew schrieb in seinen Memoiren, dass die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressalien das Wichtigste in seinem Leben war. Der Begriff der »Reue«, nach dem gleichnamigen Film von Tengis Abuladse, wurde und wird nicht als Anerkennung der individuellen oder kollektiven Schuld für das im Lande vor sich gegangene ausgelegt. Es geht eher darum, dass einer auf Gewalt, Zwang, Korruption und Lüge fußenden Politik die Fähigkeit abgesprochen wurde und wird, den Weg zur Kirche, d.h. den richtigen Weg – sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft – zu finden.

Bei einem derartigen Herangehen werden vor allem jene Auslegungen der russischen Geschichte abgefragt, welche die negativen Erfahrungen Russlands im 20. Jahrhundert herausstellen. Gleich, ob es sich um die Weltrevolution oder um Stalins »Präventivkrieg« handelt, um die Zahl der Kriegsoffer oder sinnloser Investitionen, um die Mentalität der sowjetischen Nomenklatura oder um die Armseligkeit des homo sovieticus, im Regelfall wird hier die in den 1980er Jahren akkumulierte Geschichte wie in einem Gruselkabinett verabreicht.

Die Historiker haben es bis heute nicht vermocht, die einmal verlorenen Positionen wieder zu erobern. Albert P. Nenarokow, einer der Vertreter der Perestroika-Generation, schreibt in seinen Memoiren, er sei der festen Überzeugung, dass es genau jene Zeit war, die die Schuld am völligen Des-

³³ Umfrage in Sankt Petersburg. Vgl. N. E. Koposov, *Pamjat' starogo režima. Istorija i politika v Rossii*, Moskau 2011, S. 116.

interesse der Gesellschaft an der eigenen Geschichte trägt. Denn damals trat die Sensation an die Stelle geschichtlicher Tatsachen. Der Wunsch zahlloser Philosophen und Historiker, die »Stalins Schule der Fälschungen« durchlaufen hatten, »weiße Flecken« zu tilgen und »schwarze Löcher« zu füllen, brachte die heute in der Presse und im Fernsehen vorherrschende Oberflächlichkeit und Unprofessionalität hervor. Heute gebe es wieder die Besser- und Alleswisser, die – wie früher – auf alles eine eindeutige Antwort haben. In dieser Hinsicht habe sich fast nichts geändert.³⁴

Heute ist es so, wie zum Ende der Perestroika. Geschichte, die das kollektive Bewusstsein der russischen Gesellschaft bestimmt, schreiben und vermitteln Schriftsteller und Regisseure. Die Sprache der Perestroika-Epoche harrt ebenso wie der Prozess der Rückkehr verfehmter Personen und Begriffe noch der Erforschung. Ohne die Untersuchung der Sprache der Perestroika wird man nicht die Frage beantworten können, warum die Kommunisten im heutigen Russland als Konservative gelten und die Liberalen dem rechten Lager zugeordnet werden.

Spuren des Geschichtsbewusstseins der Perestroika-Generation sind gegenwärtig noch in der Mentalität und im öffentlichen Diskurs der Gesellschaft sowie in den Handlungen der Vertreter der Staatsmacht nachweisbar. Die Pragmatiker unter den Politikern haben sehr gut verstanden, dass unter Hinweis auf die sowjetische Vergangenheit so gut wie nichts zu holen ist. Jeder Versuch, ein Geschichtsbild vorzustellen, wird das Wahlvolk eher spalten als einen. Das Fehlen einer konsequenten Geschichtspolitik bremst die Herausbildung eines demokratischen Konsens in der russischen Gesellschaft. Das ist jedoch nicht nur von Nachteil. Erinnern wir uns an den gescheiterten Prozess gegen die KPdSU, den in diesem Zusammenhang unternommenen Versuch, die »dunkle Vergangenheit« zu zeichnen. Die Jelzin-Administration verzichtete auf das Tribunal, weil es nichts eingebracht hätte. Die ernstzunehmende Konfrontation in der Bevölkerung war nicht der Grund, darauf zu verzichten.

Das Fehlen der ständigen Kontrolle vonseiten der Macht gestattet es den Historikern, weitgehend ungestört zu arbeiten und gab den gesellschaftlich aktiven Gruppen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, ihre Erinnerungskultur zu pflegen. Weder einheitliche Lehrbücher noch Lehrprogramme

³⁴ Al'bert Pavlovič Nenarokov, V poiskach žanra. Zapiski archivista s dokumentami, kommentarijami, fotografijami i posvjaščenijami. Kniga pervaja: Vdal' k načalu, Moskau 2009, S. 257-258.

werden die »unvermeidliche Konkurrenz der Erinnerungslandschaften«, von der unlängst auf der Tagung der russisch-deutschen Historikerkonferenz in München die Rede war, aus der Welt schaffen. Die Verweise auf die deutsche Nachkriegserfahrung sind nur zum Teil berechtigt; der heutige Konsens zum »Dritten Reich« formierte sich ja über Jahrzehnte. Heute haben wir es im geeinten Deutschland mit dem Ergebnis, nicht mit dem Prozess als solchem zu tun. Was den Prozess angeht, so genügt hier der Hinweis auf die Verschwörung des Schweigens in den 1950er Jahren, auf die Vorwürfe an die Väter Ende der 1960er und an den Historikerstreit in den 1980er Jahren.

Die Herausbildung der politischen Opposition im heutigen Russland – in Gestalt der »kreativen Klasse« – liefert genau genommen den Beweis, dass ein Interesse an sowjetischer Geschichte von unten wachsen kann. Eine Verklärung jener Aspekte der sowjetischen Vergangenheit, die im Dialog zwischen Enkeln und Großvätern zur Sprache kommen, ist absehbar. Es genügt, auf die imperiale Auslegung dieser Vergangenheit hinzuweisen, die sich auf den hochgepriesenen proletarischen Internationalismus aus Sowjetzeiten beruft und derzeit hoch im Kurs steht.

Aus dem Russischen übersetzt von Wladislaw Hedeler

Stefan Bollinger

Prager Frühling als letzte Chance des Sozialismus?

Überlegungen zu gescheiterten Auswegen aus dem Staatssozialismus und Problemen eines künftigen sozialistischen Versuchs

Wer Geschichte als offen ansieht, der muss bereit sein zu suchen: In der Vergangenheit nach alternativen Entwicklungswegen, aber auch nach veranenen Chancen für die Zukunft. Er wird die Geschichte auch nach unentschiedenen, offenen Prozessen befragen müssen. Dabei handelt es sich um jene Prozesse, deren Lösung oder zumindest deren Angehen für eine bewusste Gestaltung von Gesellschaft auch in der Zukunft von Bedeutung sein könnten. Denn nicht jeder in der Vergangenheit ungelöste Widerspruch wird sich in der Zukunft leichter beherrschen lassen. Mancher wird ein Dauerthema bleiben, seien es das Verhältnis von Basisdemokratie und Autorität, von sozialer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, von umfassender Bedürfnisbefriedigung und leistungsgerechter Bezahlung, von solidarischer und kollektiver Gestaltung der Gesellschaft oder individuellen Freiheiten und Gestaltungsräumen.

Das 20. Jahrhundert bietet mit seinen Extremen, seinen großen Kriegen und Revolutionen, seinen Niederlagen und Irrwegen dafür Material zuhauf für diejenigen, die an der Gestaltbarkeit der Gesellschaft festhalten. Allerdings nur für jene, die politisch dafür eintreten und das theoretische Rüstzeug schmieden wollen, damit es anderes wird. Die sich dafür einsetzen, »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«.¹

Für die Gegner einer solchen sozialen Gestaltung ist es ein Jahrhundert der »Utopien« und ihrer totalitären Verwirklichung, die nur Elend, Not und Chaos gebracht hätten. Gerade deshalb müsste nicht das verkündete »Ende der Geschichte« Kern solcher Analysen sein, sondern besser die »Offenheit der Geschichte« im Unterschied zu der am Ende des vorigen Jahrhunderts scheinbar obsiegenden kapitalistischen, neoliberal ausgerich-

¹ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. Bd. 1, Berlin [DDR] 1960, S. 385.

teten Gesellschaft mit ihrer demokratischen Fassade und ihren dessen ungeachtet vorhandenen demokratischen Möglichkeiten.²

Es ist für Linke, wie auch für ihr verbundene Wissenschaftler naheliegend, die Geschichte des realen, staatlich organisierten Sozialismus nach Anknüpfungspunkten und Erfahrungen für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus hin zu befragen. Der Lebensweg eines ganzen Jahrhunderts, den Theodor Bergmann mit seinem unbedingten linken, sozialistischen Geist und seinen verschlungenen politischen Wegen verkörpert, legt nahe, genauer zu fragen.³

Es ist ein Jahrhundert, das noch mit dem Triumph des Neoliberalismus und der US-dominierten Weltordnung endet. Das Scheitern des Realsozialismus in Osteuropa steht derzeit außer Frage, auch wenn die gleichzeitig geschlagene Großmacht Russland sich nun als imperialistische Macht wieder auf der Weltbühne zurückmeldet. Es ist aber ebenso ein Jahrhundert, in dem genauso die linken sozialistischen und sozialdemokratischen Reformprojekte des 20. Jahrhunderts mit Labours Wohlfahrtsstaat »von der Wiege bis zur Bahre« (cradle to grave), dem skandinavischen »Folkhemmet« oder dem französischen Reformprogramm der Präsidentschaft François Mitterrands auf der Basis eines gemeinsamen Regierungsprogramms von Sozialisten und Kommunisten für einen »Sozialismus in den Farben Frankreichs« versucht wurden. Auch sie sind heute mehr oder minder gescheitert.⁴

Der Anspruch der bisherigen sozialistischen Versuche war eindeutig. Er zielte auf eine sozial gerechte, gar egalitäre Gesellschaft, in der die Menschen befreit von sozialen Nöten an der Gestaltung ihres Lebens aktiv und demokratisch teilhaben, es selbst gestalten und in der die Befreiung des Einzelnen mit der Befreiung der Gesellschaft einhergeht. Dieses Versprechen haben weder Kommunisten noch Sozialdemokraten oder Anarchisten dau-

² Zum Selbstverständnis des Autors vgl. insbesondere Stefan Bollinger, *Brüche und Kontinuitäten. Gesellschaftspolitische Alternativen und ihre Akteure in Zeiten der Krisen. Eine Skizze*, in: Ulrich Busch/Günter Krause (Hrsg.), *Theorieentwicklung im Kontext der Krise*, Berlin 2014, S. 245-268.

³ Hier können nur zwei von Bergmann verantwortete Schriften hervorgehoben werden, die wohl nicht zufällig die biographische Seite der jeweiligen Protagonisten in den Mittelpunkt rücken: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.), *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, 2. Aufl., Hamburg 2000; Theodor Bergmann, *Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiografie eines kritischen Kommunisten*, Hamburg 2000.

⁴ Siehe neuerdings als Übersicht z.B. Helga Schultz, *Europäischer Sozialismus – immer anders*, Berlin 2014.

erhaft verwirklichen können. Alleine individuelle Glückseligkeit war möglich, zugegebenermaßen für einen nicht geringen Prozentsatz der Bewohner der kapitalistischen Metropolen, lange auch für die Bürger der zweiten, der staatssozialistischen Welt. Nach dem neoliberalen Triumph soll diese individuelle Verheißung bleiben – für jene, die sich kraft ihrer Stärke und Skrupellosigkeit durchsetzen können oder ihnen zu Diensten sind.

Die verlorenen Wege zu einer besseren Gesellschaft

In der Praxis entschieden sich Linke zumindest für drei verschiedene Wege, dies zu bewerkstelligen (in der Praxis oft in bitterer, auch tödlicher Feindschaft zueinander). In den *sozialdemokratischen* Parteien durch eine schrittweise Transformation der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft durch Reformen. Das blieb bislang ein erfolgloses Unterfangen, was die Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse betrifft. Aber es war erfolgreich hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen für die arbeitenden Klassen und Schichten zumindest in einigen wichtigen Industriestaaten.

Ein anderer Weg vollzog sich unter der Flagge des *Anarchismus*, der die politische Befreiung des Individuums in den Mittelpunkt rückte und sich gegen Macht und Unterordnung als Instrumente zum Aufbau von Gesellschaften wandte. Die maximale Freiheit des Individuums, seine unmittelbare demokratische Entscheidung soll auf allen Ebenen eine neue Form des Zusammenlebens und der Verteilung der Güter sichern. Der Praxistest für diesen Weg jenseits von kleinen Gemeinschaften, Kommunen, steht aus, wurde Opfer der Systemauseinandersetzung und auch der tödlichen Eifersüchteleien der staatsfixierten Linken.

Am wirkungsmächtigsten aber griff der Versuch der *kommunistischen* Linie, dies alles mit einem gewaltsamen revolutionären Brechen der kapitalistischen Klassenmacht zu erreichen. Mit einem kühnen Ansturm hin zu den sozialistischen, vielleicht kommunistischen Gefilden sollte dies vergleichsweise kurzfristig praktiziert werden. Das Problem: Die politischen Kräfte, Parteien, die dies zu bewerkstelligen suchten, handelten wie nicht anders zu erwarten, unter konkreten Umständen. Der Sieg der Kommunisten ereignete sich im Gefolge von großen Kriegen, den beiden Weltkriegen, gelegentlich Bürgerkriegen. Das »schwächste Kettenglied« des kapitalistischen Lagers, wie Wladimir I. Lenin es versprach und erwartete, fand sich in weitgehend zerstörten Ländern. Die hatten wenig zu verteilen. Aber

die alten Eliten waren desavouiert und boten keine Perspektive mehr. Dennoch, die begrenzten wirtschaftlichen Kapazitäten und eine drohende kapitalistische Umwelt schränkten von vorneherein das Versprechen eines für alle Gesellschaftsglieder fließenden materiellen Wohlstandes ein. Es war in der Regel – die einzigen Ausnahmen: Ostdeutschland und die Tschechoslowakei – die rückständige Peripherie am Rande der Großmächte, in den Konkursmassen von Kriegen und Bürgerkriegen. Die sozialistisch deklarierten Revolutionen vollzogen sich in Ländern mit beschränkten materiellen Bedingungen, oft genug zerstört und abgeschnitten von der kapitalistisch dominierten Weltwirtschaft – und dies nicht unbedingt aus freier Willensentscheidung ihrer eigenen linken Führungen wie der Völker, sondern der der sich bekämpfenden beiden Supermächte, die ihr politisches Gewicht in die Waagschale wirtschaftlicher Zuwendung werfen konnten oder nicht. Im Zweifel halfen Bajonette nach.

Zu allem Leidwesen erwies sich die eigene Führungsmacht, die Sowjetunion, selbst als ein problematischer Kandidat mit einer wenig erfolgreichen Kapitalismusgeschichte, mit der Erblast eines verheerenden Bürger- und Interventionskrieges, mit der Last einer massiven Ausgrenzung als Paria der Welt und mit den verheerenden Folgen zweier Weltkriege, die wesentlich auf seinem Territorium, mit seinen Menschenopfern und wirtschaftlichen Zerstörungen ausgetragen wurden. Und diese Großmacht wurde in einer nun entstandenen Welt der Blockkonfrontation von Kaltem Krieg, Cocom-Listen, Wettrüsten auf seine eigenen Fähigkeiten und Ressourcen sowie die seiner zugewonnenen, meist materiell wenig hilfreichen und oft minder zuverlässigen Verbündeten zurückgeworfen.

All diesen Ostblockstaaten ging es nicht besser als ihrer Führungsmacht. Wobei schon der Begriff »Ostblock« angesichts der inneren Zerrissenheit, der Eifersüchteleien, der permanenten Schwäche vieler nationaler kommunistischer Führungen, die nur dank der sowjetischen Schützenhilfe stabil blieben, ein Euphemismus war. Genauso wenig wie diese Staaten und ihre führenden kommunistischen Parteien und deren Führer bloße Satelliten Moskaus sein mochten und waren, waren sie meist genauso wenig eigenständige, kreative Führer ihrer Völker. Sie versuchten es – mit mäßigem Erfolg und einem langen Weg einer partiellen Emanzipation, die ihren Höhepunkt dann allerdings erst in den 1960/70er Jahren fand und die gleichzeitig zur Abkopplung vom Leitstern führte. Denn der war vor allem militärisch stark, aber ihm fehlte es an ökonomischer Bindekraft. Die Selbstzerstörung des »Blocks« war vorprogrammiert, der massive politische, militärische,

ideologische, schließlich menschenrechtliche Druck seitens des Westens, insbesondere der USA mit ihrer Doppelstrategie des Einforderns der Menschenrechte und des Wettrüstens zeitigte Wirkung.

All diese Beweggründe formten den praktizierten Realsozialismus, also jenen Sozialismus, der im sowjetischen Einflussbereich als verbindliche Blaupause angesehen wurde. Dieses Sozialismusmodell war nicht fein ziseliert, sondern grob nach den russischen und sowjetischen Erfahrungen geschmiedet. Die großen Diskussionen der Linken zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der Streit zwischen Reformern und Revolutionären, die Überlegungen und Versuche der Anarchisten, waren damals nur widerwillig und verkürzt zur Kenntnis genommen worden. Bei Lenin und seinen Genossen war die Gewissheit ihres gradlinigen, entschlossenen, radikalen, militanten, diktatorischen Weges bestimmend. Für die russischen Verhältnisse sahen sie keine Möglichkeit und im Interesse einer sozialistischen Perspektive auch keine Notwendigkeit zur Reform des Kapitalismus. Die Bolschewiki brauchten nicht über die Stellungssysteme und Verteidigungslinien des Kapitals und seiner Eliten, Apparate und Intellektuellen nachdenken. Der russische Kapitalismus unter der zaristischen Selbstherrschaft war einfacher, brutaler gestrickt als der westliche Kapitalismus. Die russische Linke hatte am eigenen Leib in der Revolution von 1905 erfahren, dass der Sturmangriff auf die Bastionen des Kapitals und des Großgrundbesitzes und die blutige Abrechnung mit diesen der kürzeste und sicherste Weg zur Macht sein musste. Erfahrungen mit einer mehr oder minder funktionierenden Demokratie, einem Parlamentarismus, in dem auch die Linke etwas durchsetzen konnte, waren da eher störend.⁵ Außerdem hatte die Geschichte des Einknickens der Sozialdemokratie vor Krieg, Militarismus und Nationalismus, ja Chauvinismus in ihrer Burgfriedens- und Vaterlandsverteidigungspolitik nicht nur im Jahre 1914 gezeigt, wohin solche Politik führen musste.

⁵ Siehe Stefan Bollinger, *Lenin – Träumer und Realist*, Wien 2006; ders., *Die Oktoberrevolution im Widerstreit. Hoffnungen und Irrwege*. Pankower Vorträge, Heft 106, Berlin 2007.

Ein Sozialismusmodell stand zur Disposition

Das Resultat war ein sich ungleich entwickelndes, in vielen nationalen Facetten changierendes Sozialismusmodell. Es war von der Lenin'schen Politik der Oktoberrevolution, dem hinsichtlich der Industrialisierung erfolgreichen sozialistischen Aufbau in der kapitalistischen Umkreisung und zum Teil den Erfahrungen der Neuen Ökonomischen Politik in den 1920er Jahren in der Sowjetunion geprägt. In diesen Konstruktionsgrundlagen bestimmten aber die Erfahrungen von Bürger- und Interventionskriegen die Härte des Klassenkampfes zur Sicherung der Macht, die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, die Härten des Kalten und oft heißen Krieges nach 1945 die Ausgestaltung des Systems.

Da war wenig Raum für differenzierte Gedankengänge, für Selbstkritik und Selbstkorrektur, die von den Männern an den Schaltstellen nur als Schwäche und Gefahr für die »Festung Sozialismus« verstanden werden konnte. Diese Festung war – bei einer tatsächlich permanenten Bedrohung in einer Systemkonfrontation mit ihren militärischen, geheimdienstlichen, ideologischen und wirtschaftlichen Kampffeldern und realen Konflikten –, so die nicht nur von Stalin vertretene Auffassung, am leichtesten von innen her zu aufzubrechen. Darum geisterte die Angst vor Abweichlern, vor Reformisten, vor Rechts- oder Linksoopportunisten, vor Volksfeinden – wie die Etiketten dieser diskussionsfeindlichen Zeit auch beschriftet waren – oft mit verhängnisvollen Risiken für die so Etikettierten. Wenn allein die Parteiführung, ihr Generalsekretär an der Spitze, den Weg wies – dann war kein Platz für Widerworte und Andersdenkende. Auch wenn sich dieser Weg im Nachhinein eher als Zickzack denn als gerade Generallinie darstellte – Abweichungen davon konnten in den Augen der Führung nur Bedrohung sein, die zu bekämpfen und deren Träger auszuschalten, im Zweifelsfall zu vernichten war. Da blieb wenig Platz für schöpferische Diskussion und das Verarbeiten von Fehlern. Das musste lähmen und Fortentwicklung verlangsamten, schließlich verhindern. Genauso wenig konnte in eine solche Theorieblockade die Diskussion westlicher Marxisten – auch schon wieder eine solche »Abweichung« – Eingang finden.

Dieser praktizierte Sozialismus hatte wenig mit den Idealen der Selbstverwirklichung der Menschen, der umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zu tun und tat sich oft genug schwer, die wachsenden materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Zumal diese Bedürfnisse mehr und mehr nicht aus irgendwelchen Lehrbüchern und

großen Reden abzuleiten waren, sondern aus den Eindrücken, den Ergebnissen der westlichen Wirtschaften und Gesellschaften. Da interessierte wenig, ob die dort schon Allgemeingut waren, welcher sozialen Preis sie eventuell forderten, und wie sie in ein Kapitalverwertungssystem eingebunden waren. Entscheidend war vielmehr ihre Präsenz in den Radio- und TV-Kanälen, in den Filmen, in der Pop-Musik. Die alle aber kannten keine Grenzen, sondern waren Bestandteil des geistigen Lebens im Osten.

Dieser rudimentäre Sozialismus der osteuropäischen und asiatischen Staaten war bis zum Ende 1989/91 immer eine Spielart eines administrativ-zentralistischen, bürokratischen, staatsfixierten Sozialismus, eines praktizierten Stalinismus – auch wenn Repressionen und Terror nur in einigen relativ kurzen Phasen der 1930/40er und 1950er Jahre den Ansprüchen einer klassischen offenen terroristischen Diktatur genügen mochten. Allerdings blieb auch in dieser Zeit die Außen- und Innenwirkung eingebunden in eine sich sozialistisch verstehende, auf die materielle Wohlfahrt der überwiegenden Teile der Bevölkerung orientierte Politik. Gerade das macht die Bewertung, die Verurteilung, die differenzierte Auseinandersetzung so schwierig, verbietet ein Reduzieren auf Totalitarismus oder »Unrechtsstaat«.

Die Allmacht und Unantastbarkeit der kommunistischen Partei, die Überzentralisierung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse, eine bis ins Letzte durchorganisierte, durchgeplante Wirtschaft, eine allgegenwärtige Ideologieproduktion und -propaganda, eine überbordende Sicherheitspolitik, die in jedem einen potenziellen Feind glaubte entlarven zu müssen, bestimmte diese Gesellschaften des Ostens.

Die Stärke wie die Schwäche dieses stalinistischen Sozialismusmodells – unabhängig von der Härte oder der Güte des ersten Mannes an seiner Spitze – war das Zusammenfallen von Partei und Staat, von Legislative und Exekutive. Ein »Monosubjekt« in Gestalt des Politbüros und seines Generalsekretärs kontrollierte das politische System, sicherte die Entwicklung und die Umsetzung der gefassten Beschlüsse, konnte zuzeiten auch mit brutaler Gewalt deren Verwirklichung gewährleisten. Diese Macht war allerdings in mehrerer Hinsicht eingeschränkt. Wesentlich wurde der Spielraum sozialistischer Politik *erstens* begrenzt von den Zwängen und Erfordernissen der Systemauseinandersetzung. Das betraf die Einwirkung durch Druck aus dem Westen, die Arbeit seiner Geheimdienste und politischen »Fünften Kolonnen«, deren Rekrutierung oft »Verdienst« einer unsensiblen Politik der Kommunisten war. Dabei gewannen zunehmend die Massenmedien das entscheidende Gewicht bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung

in den realsozialistischen Staaten und der Infizierung mit eigentlich durchaus systemkonformen, in ihrer Stoßrichtung aber problematischen Begriffen wie Freiheit, Nationalismus, bürgerliche Rechte und Freiheiten, materielle Interessen an Konsum und Reisefreiheit.

Zweitens begrenzten die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ostblockstaaten deren Erfolg. Ihre Legitimation konnten sie durch eine umfassende Sozialpolitik, durch ein mehr oder minder funktionierendes Leistungssystem, durch Möglichkeiten für Luxuskonsum und Erholung erzielen. Die Gleichstellung von Mann und Frau und der Abbau der Unterschiede von Stadt und Land, auch die gleichberechtigte Behandlung von körperlicher und Produktionsarbeit auf der einen und geistiger, intellektueller Arbeit auf der anderen Seite konnte immer dann funktionieren, wenn die Wirtschaft sich entwickelte, wenn Zuwachsraten das Verteilen von mehr Gütern und Leistungen ermöglichten. Umgekehrt mussten Stagnationen, ja Krisen in der Gesellschaft die Frage nach der Verantwortlichkeit aufwerfen. Angesichts des politischen Konstruktionsprinzips war zwangsläufig die Partei und ihre Führung der erste Adressat für Kritik und Veränderungsforderungen.

Schließlich begrenzten *drittens* die eigenen Defizite im politischen System, in der versprochenen sozialistischen Demokratie die Selbstentwicklung. Wenn allein die kommunistische Partei und ihre Führung das Monopol auf Wahrheit, auf Wegweisung hatten, dann konnte nur ein aufgeklärter Parteiführer die notwendige Expertise und begrenzte Diskussion anstoßen und einfordern. So fleißig Beschlüsse gefasst wurden, so umfangreich Partei, Gewerkschaften, Massenorganisationen und Sicherheitsorgane Berichte schrieben – schöngefärbte wie realistische –, so wenig konnten sie eine breite Diskussion in der Gesellschaft organisieren und nutzbar machen. Das gelang immer nur partiell, auf einzelnen Ebenen, auf der Grundlage von Initiativen aus dem obersten Machtzirkel – dann allerdings war dies möglich, musste, konnte aber nicht von Dauer sein – und wurde zur Gefahr für die Macht, wenn diese Diskussionen ein Eigenleben entwickelten.

Für ein anderes, demokratisches, wirtschaftlich effizientes Sozialismusmodell

Das praktizierte Macht- und Wirtschaftsmodell erwies sich in Kriegszeiten wie während des darauf folgenden Wiederaufbaus als außerordentlich effizient. Durch straffe, oft militärische Organisation und die rücksichtslose

Unterdrückung von Widerstand konnten die Vorzüge staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums, die stimulierenden Wirkungen einer breiten Sozialpolitik, der Enthusiasmus vieler Arbeiter und Intellektueller für die neue Gesellschaft, für die zu lösende patriotische und emanzipatorische Tat zum Tragen kommen. Die Friktionen aus der repressiven Politik und dem Anspruch, die Gesellschaft als eine sozialistische zu errichten, führte zwar zu nicht wenigen individuellen Tragödien, schienen aber im Gesamt-rahmen noch nicht störend zu sein. Leichtfertig wurde davon gesprochen, dass es beim Hobeln eben auch Späne gebe, oder dass man denen, die sich verweigerten, »keine Träne nachweinen müsse«. Spätestens dann, wenn es um das Ausnutzen ökonomischer Triebkräfte ging, wenn es um das Einbeziehen aller gesellschaftlichen Klassen und Schichten ging, geriet dieses System schnell an seine Grenzen.

Mit Gewalt und plumper Agitation und Propaganda konnten auf Dauer keine Produktionssteigerungen, geschweige denn neue Technologien umgesetzt werden. Die charakteristische Systemkrise brach erstmals 1920/21 in Sowjetrußland aus, als weite Teile der Bauernschaft angesichts kriegs-kommunistischer Bedingungen, angesichts schonungsloser Wegnahme ihres Getreides und ihres Viehs sowie des Fehlens von Gegenleistungen in Gestalt von Maschinen und Dienstleistungen die Gefolgschaft verweigerten. Ihr teilweise offener Aufruhr griff in Anbetracht der Versorgungskrise auch auf Teile der Arbeiterklasse und der bewaffneten Kräfte über, wie sich dies in der Festung Kronstadt und ihrem Aufstand manifestierte.

Der Gegenkurs, den Lenin steuerte, wurde symptomatisch und vorbildlich für alle kommunistischen Führungen in der Folgezeit, die vor ähnlichen Problemen standen: Neben der rücksichtslosen Verteidigung der politischen Macht durch das Niederschlagen der Aufstände und das Herstellen der Geschlossenheit der Partei mittels Ausschaltung von innerparteilichen Opponenten und Plattformen setzte er auf Wirtschaftsreformen. Für ihn war dies ein wesentlicher Schritt im Verständnis marxistischer, linker Wirtschaftspolitik und im Bruch mit den von Marx und Engels antizipierten Konzepten von Wirtschaft unter sozialistisch-kommunistischen Bedingungen. Es war unmöglich, mit den neuen Eigentumsverhältnissen, die ja weitgehend nur die der Verstaatlichung waren, über Nacht die Warenproduktion zu beenden. Produktion blieb auch im Sozialismus Warenproduktion, benötigte also eine auch finanziell ausdrückbare Wertbestimmung, verlangte nach einem mehr oder minder frei funktionierenden und nur bedingt staatlich regulierten Markt. Der setzte wiederum weitgehend

frei agierende Marktteilnehmer, d.h. vor allem Produzenten voraus, die ihre Waren verkaufen und Gewinne für die eigene Akkumulation und auch zum eigenen Vorteil machen konnten. Die Neue Ökonomische Politik mit ihrer Anerkennung von Geld, Warenproduktion und Markt wurde zum Dauervorbild aller weiteren Reformversuche im Ostblock. Nicht immer sahen allerdings diejenigen, die sich auf diese Erfahrung und diese Notwendigkeiten beriefen, auch die andere Seite der Lenin'schen Politik – die unbedingte Machtsicherung.⁶

In dem Moment, da die Kriegsfolgen beseitigt waren und eine nachholende Modernisierung in Zeiten der Systemkonfrontation im wahrsten Wortsinne durchgepeitscht war, stieß dieses Sozialismusmodell mit seinen wirtschaftspolitischen Grundlagen an Grenzen. Solange es nur um eine extensive Entwicklung ging, für die neue Massen von Arbeitern aus der Landwirtschaft und den städtischen »Müßiggängern« zu rekrutieren waren, da funktionierten Zwang und Repression. Gemeinsam mit dem berechtigten Enthusiasmus politisch vom Sozialismus, vom friedlichen Wiederaufbau, von der nationalen Wiedergeburt Überzeugten konnte sie etwas bewegen. Neue Fabriken mussten aus dem Boden schießen, Verkehrswege errichtet, neue Kraftwerke in die Landschaft gesetzt werden.

Aber irgendwann versandete diese Dynamik. Nicht mehr Tonnen und Kilowattstunden entschieden in der Systemauseinandersetzung und beim Gewinnen der eigenen Bevölkerung für eine sozialistische Zukunft. Nun waren wissenschaftliche Innovationen, neue Technologien, qualitativ hochwertige Produkte, Maschinen, Erzeugnisse für die eigene Volkswirtschaft, für den Export und nicht zuletzt auch die Zufriedenheit der Bürger erforderlich.

Dieser Umschlag stellte sich entsprechend der unterschiedlichen Ausgangssituation in den Ostblockstaaten ungleich dar. Die hochindustrialisierten Staaten DDR und ČSSR stießen als erste massiv auf dieses Problem, die Sowjetunion, auch Polen und Ungarn zunächst nur partiell. Die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und das Bestehen im internationalen Wettstreit der Systeme wurden zu den Lösungen, die mit

⁶ Einen umfassenden vergleichenden Blick auf die Wirtschaftsreformversuche im Ostblock entwickelt Christoph Boyer (Hrsg.), *Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich*, Frankfurt a.M. 2006; ders. (Hrsg.), *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*, Frankfurt am Main 2007.

Leistungen der Chemieindustrie, der elektrotechnischen und bald elektronischen Industrie untersetzt werden sollten. Dazu bedurfte es hoch qualifizierter Fachkräfte, nicht mehr allein Arbeiter, sondern durchaus eigenständiger Ingenieure und Wissenschaftler, Intellektueller. Es bedurfte vor allem anderer Triebkräfte als nur die eines starren, langfristig ausgerichteten Plans, der administrativ vorgegeben und kaum demokratisch oder ökonomisch im Sinne einer strikten Kosten-Nutzen-Abwägung und eines Blicks auf Gewinne und Selbstfinanzierungen, aber auch auf materielle Anreize zu entwickeln war.

Konsequenterweise wurden in den Ostblockländern mit dem Beginn des politischen und ideologischen »Tauwetters« nach dem Tod Stalins und der einsetzenden Entstalinisierung nun selbst solche Fragen diskutiert – als theoretische Streite und als erste Reformansätze. Das betraf etwa die Debatte um Fritz Behrens und Arne Benary in der DDR 1956/57 oder die Auseinandersetzungen um Oskar Lange in Polen zu dieser Zeit, schließlich den Vorstoß Jewsei Libermans in der Sowjetunion 1962. Gewinn, materielle Interessiertheit, Leistungsprinzip sollten bestimmend für diese Art neuen Wirtschaftens und die damit notwendigen Veränderungen der Wirtschaftspolitik und -planung werden.

Reformaufbruch und Reformverbot der 1960er Jahre

Zu Beginn der 1960er Jahre⁷ kam es im Ostblock (wie auch im Westen, wenn an Ursachen und Wirkungen nicht nur der Studentenbewegungen gedacht wird) generell zu Stagnationserscheinungen: Die Phase des extensiven Wiederaufbaus war weitgehend abgeschlossen. Insbesondere traf dies zwei Staaten, die aufgrund ihrer kapitalistischen Vorgeschichte als Industriestaaten mit dem Wiederaufbauproblem zügig fertig wurden, die sich auf eine hochentwickelte Arbeiterklasse stützten und die in der einen oder anderen Weise Erfahrungen mit einer eigenständigen, eigensinnigen Arbeiterbewegung und demokratischen Strukturen haben.

Für die DDR wurde diese wirtschaftliche Herausforderung durch die Systemkonkurrenz mit der BRD verstärkt. Der Mauerbau schien die innere Situation zu entspannen. Aber die wirtschaftlichen Herausforderungen

⁷ Zu »1968« als Chiffre für einen weltweiten Umbruch siehe ausführlich Stefan Bollinger, 1968 – die unverstandene Weichenstellung, Berlin 2008.

blieben und wurden auch von der politischen Führung gesehen. Unter Walter Ulbricht griff sie auf jene Reformansätze zurück, die seit 1956/57 diskutiert, partiell umgesetzt, aber ansonsten politisch in Bausch und Bogen verurteilt worden sind. Mit dem NÖS, dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung (auch NÖSPL genannt), offerierte die Partei-Führung seit 1963 ein Konzept, das auf mehr Eigenständigkeit der Betriebe, eine höhere Eigenverantwortung der Wirtschaftsfunktionäre, die Nutzung des Gewinns für neue Investitionen und für die Leistungsstimulierung setzte. Der Plan bleibt erhalten, aber seine Umsetzung sollte flexibler werden. Genossenschaften und halbstaatliche Betriebe, selbst der private Sektor sollten Teil der staatlich dominierten Volkswirtschaft sein, keineswegs nur wie bisher als Anhängsel. Parallel dazu gab es Momente demokratischer Öffnung. Die politische Überzentralisierung sollte durch die Stärkung der staatlichen gegenüber der Parteibürokratie, ein Aufwerten des Managements und ein stärkeres Augenmerk auf die Diskussions- und Gestaltungsbereitschaft in den betrieblichen Strukturen an der Basis zurückgedrängt werden.⁸ Gleichzeitig erhielten Künstler und Intellektuelle grünes Licht für eine breitere Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus, seinen Chancen, aber auch seinen Widersprüchen und Grenzen. Die Jugendpolitik suchte die nachwachsende Generation in die politische Verantwortung zu bringen und die Frauenpolitik schuf wesentliche bildungspolitische und strukturelle Voraussetzungen für gleichberechtigte und gleichgestellte Frauen in der Gesellschaft und insbesondere in der Wirtschaft.

Genauso radikal wie dieser Ansatz in die Welt trat, wurde er aber schon bei ersten Anzeichen von »Fehl«wirkungen wieder zurückgenommen. Schon drei Jahre nach Beginn der neuen Politik reagierte die politische Führung und besonders ihr dogmatischer Flügel auf die aus ihrer Sicht bedrohlichen Entwicklungen: Die Jugend nehme sich zu viele Rechte heraus, sie neige zu Krawall und sei der Westmusik hörig. Krawalle um Konzerte wurden zum Ausgangspunkt für ein Anziehen der Zügel. Den Künstlern wurde vorgeworfen, durch ihre Kritik hinsichtlich der Widersprüche des Realsozialismus zu stark das Unfertige und Negative zu betonen. Nicht allein eine Jahresproduktion des staatlichen Filmbetriebs DEFA wurde kassiert, die

⁸ Siehe zu diesem Reformkonzept besonders Jörg Roesler, *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1990*, Freiburg/Berlin 1990; André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999.

Gängelung der Künstler, der Filmschaffenden und Literaten erreichte eine neue Qualität.⁹ Auch andere Elemente einer Ausweitung sozialistischer Gesetzlichkeit, einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion zu strategischen Entscheidungen wurden ebenso wie die Stärkung des Staatsapparates zu Lasten der Parteihierarchie misstrauisch beäugt. Wichtige Funktionäre sahen ihre politisch begründete Macht in Gefahr und drängten die Reformer um Ulbricht mehr und mehr in die Defensive, konnten ihnen »Einsichten« abverlangen, die die Reform – zumal als gesellschaftliches Projekt – konterkarieren mussten. Die betroffenen Funktionäre hatten Sorge um ihr eigenes Gewicht im Machtsystem, wenn auf einmal ökonomische Kenntnisse, moderne Führungsmethoden, Generationswechsel und demokratische Elemente wichtiger würden. Und sie hatten Sorge, der Klassenfeind könnte sich dieser Situation bemächtigen.

Die Entwicklung im Nachbarland SSR verlief – ohne das Problem offener und dann vermauerter Grenzen zur BRD – ähnlich. Hatte man noch bei der Jahrzehntwende selbst in Richtung Moskau Eigenständigkeit und große Erfolge beim sozialistischen Aufbau verkündet, und als erstes außersowjetisches Bruderland das »Sozialistisch« im Ländernamen und in der Verfassung verankert, traten nun die wirtschaftlichen Probleme offen zutage. Die Wirtschaft stagnierte, war gar rückläufig. Folgen im Produktionsprozess und bei der Versorgung waren zu merken. Das Land steckte in einer Wirtschaftskrise. Die Führung um den eher konservativ eingestellten Antonín Novotný setzte nun auf Wirtschaftsreformen. Sie holte mit Ota Šik und seinen Kollegen von der Akademie der Wissenschaften ausgewiesene Fachleute, die auch im Ostblock einschließlich der DDR, wohlgeübt waren, als Denker des jetzt Notwendigen an die Schalthebel einer Wirtschaftsreform.¹⁰

⁹ Siehe ausführlich Günter Agde (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 2000, 2. erw. Aufl.

¹⁰ Zum Vergleich der Wirtschaftsreformen in der DDR und in der Tschechoslowakei siehe Stefan Bollinger, Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; Jörg Roesler, Ulbricht contra Dubček? Einverständnis und Missverständnis zwischen zwei Reformern. In: Utopie kreativ. Berlin. H. 99 (1999), S. 54ff.; zu den Reaktionen von SED und DDR siehe Stefan Bollinger, Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.

Die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformer hatten keine andere Mittel als ihre Kollegen in Berlin, Moskau oder Budapest. Alle experimentierten mit ähnlicher Medizin, aber eben nur in Berlin und nun in Prag mit voller Kraft und vollem Risiko: Stärkung der Unternehmen, Lockerung des Zentralismus und Übergang zu einem flexibleren Planungssystem mit weniger Kennziffern, mehr Beweglichkeit in der Interessenbestimmung und den Vorgaben für die wirtschaftliche Entwicklung. Es traten ähnlich wie in der DDR Widersprüche und Widerstände auf: Die bewährten und machtbewussten Funktionäre versagten sich den neuen Methoden, die egoistischen Interessen der Arbeiter und Angestellten ließen manch kühne Idee der Kosten- und Leistungsbewertung versickern. Im Unterschied zur DDR blieb dies aber nicht das Problem der Ökonomen und der unmittelbar an der Reform interessierten Politiker. Vielmehr traten sie die Flucht nach vorne an und verdeutlichten, dass eine größere wirtschaftliche Effizienz politische und ideologische Rahmenbedingungen brauchte.

In der ČSSR und in der KPTsch entschlossen sich die Reformer, zunächst von der Parteiführung akzeptiert, zu einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz, in den die Wirtschaftsreformen eingebettet werden sollten. Denn nur politische, demokratische Veränderungen, so die ersten Reform Erfahrungen, ließen eine marktsozialistische Umgestaltung zum Erfolg werden. Bis dato erlebten die Macher eher verhaltenen Widerstand als Unterstützung. Die Akademie der Wissenschaften entwickelte unter Leitung des Philosophen Radovan Richta ein Konzept für eine »Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts«, in dem die theoretischen marxistischen Begründungen für eine Verwirklichung einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft mit Gestaltungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft in den Mittelpunkt gerückt wurden.¹¹ Die Entfremdung durch Ausbeutung und unbeherrschte Technologien sollte endlich überwunden werden. Zugleich hoben Richta und Kollegen hervor, dass es sich nicht um irgendein Reformprojekt für einen wie auch immer gearteten Sozialismus, sondern um eine systemübergreifende Aufgabe handele. Die »Zivilisation am Scheideweg« war ihr Grundverständnis von den wirtschaftlichen, technologischen, wissenschaftlichen Veränderungen. Hier müsse der Ostblock zu einem unverzichtbaren Vorreiter eines globalen Gesellschaftswandels werden.

¹¹ Siehe Radovan Richta und Kollektiv (Hrsg.), *Der Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen. der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse*, Frankfurt a.M. 1971.

In diesem Kontext wären auch eine ökonomische Umgestaltung und die Nutzung ökonomischer Hebel im Sinne des Einsatzes von Gewinn, Kosten, leistungsgerechter Bezahlung machbar. Dazu bedürfte es aber einer entsprechenden gesellschaftlichen Atmosphäre, einer entsprechenden demokratisch diskutierenden und entscheidenden Öffentlichkeit mit den dazu erforderlichen Institutionen und Regelungen. Bei Šik wurden Konzepte der Weiterentwicklung von betrieblicher Mitbestimmung ausgearbeitet, die allerdings das Primat der wirtschaftlichen Entscheidungen sicherten und die Mitbestimmung auf eher randständige Themen verwies, ähnlich dem bundesdeutschen Modell.

Insbesondere Zdeněk Mlynář suchte mit anderen Politikwissenschaftlern nach einem umfassenderen Demokratiekonzept für Partei wie Gesellschaft. Ein sozialistischer Pluralismus, wie er und seine Weggefährten diesen verstanden, durfte sich nicht mehr auf Administration und Repression reduzieren, sondern musste in der Partei, in der Gesellschaft um Mehrheiten ringen, musste Hegemonie als geistig-politischen Prozess führen, einschließlich der Bereitschaft, auch Rückschläge und Machtverluste zu akzeptieren. Wobei Letzteres zunächst nur ein vages theoretisches Problem blieb. Auf jeden Fall sollten Parteimitglieder wie Bürger unmittelbar an den politischen Entscheidungsprozessen diskutierend und entscheidend teilhaben.

Innenpolitisch waren diese Auseinandersetzungen, Diskussionen und Klärungen allerdings von zwei Fragen überlagert, die sich für das weitere Schicksal, die Härte der Auseinandersetzungen und die personalpolitischen Konsequenzen als in dem einen Fall mehr, in dem anderen als zumindest beachtlich erwiesen. Im Unterschied zu den anderen Ostblockstaaten war der Prozess der Entstalinisierung im Sinne zumindest einer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen aus der Stalinzeit und der Rehabilitierung unschuldig Verurteilter bestenfalls schleppend, auf jeden Fall inkonsequent vollzogen worden. Viel mehr trieben die Sorgen gegenüber den damals Verantwortlichen und nicht die Sorge um die Betroffenen, so sie noch lebten, und den Familienangehörigen der Hingerichteten die »Aufklärer« um. Dies zumal in einem Lande, welches die stalinistischen Repressionen Ausgang der 1940er und zu Beginn der 1950er Jahre besonders »konsequent« und hart umgesetzt hatte. Dieser Aufklärungs- und Rehabilitierungsprozess überlagerte 1967/69 die Reformdiskussionen und stellte zumindest das moralische Recht der kommunistischen Partei auf Führung infrage.

Der andere Konflikt, der das Land umtrieb, waren die Widersprüche zwischen den beiden Landesteilen Tschechien und Slowakei. Die Forde-

rungen nach einer umfassenden Gleichstellung beider Landesteile, nach einem verwirklichten Föderalismus des Landes beeinflusste wesentlich die politische Prozesse und die Entscheidungen hinsichtlich der Staats- wie der Parteistrukturen sowie der personellen Besetzung der Führungsstellen in der ČSSR.

All diese Reformdiskussionen, auch das Einfordern der historischen Aufklärung über die Stalinzeit und ihre Opfer, wurden in dem Moment machtpolitisch relevant, als sie die oberste politische Führung, das Präsidium des ZK (Politbüro) und das ZK, erreichten. Hier wurde deutlich, dass auch jene Parteiführer um Novotný, die Reformen wollten, vielleicht auch nur einen funktionierenden Sozialismus ihrer Vorstellung, in die Bredouille gerieten. Es ging sehr schnell um einen Machtkampf zwischen Reformern und Hardlinern, der schließlich mit einem Kompromiss, auch einem Kompromisskandidaten, endete – Alexander Dubček. Der war sympathisch, ein Politiker zum Anfassen, aber letztlich führungsschwach. Mit Duldung der Sowjetunion konnte er Reformen einleiten, die das Land aus der Wirtschaftskrise bringen, aber gleichzeitig politische Risiken verhindern sollten. Dieses Versprechen konnte und wollte er nicht halten, denn das Reformprogramm des »Prager Frühlings« zielte explizit auf politische Veränderungen. Damit war die Machtfrage gestellt und es sollte sich schnell zeigen, dass die nicht- und antisozialistische Opposition ebenso wenig durch die neue Führung in Schach gehalten werden konnte wie die ungeduldigen Reformen in der Partei.

Der weitere Verlauf der Entwicklung ist bekannt. Die Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet wurden weiter umgesetzt, jedoch nie bis zur letzten Konsequenz. Die angedachten politischen Reformen, beginnend bei der Verständigung über eine neue Rolle einer kommunistischen Partei, wurden mit einem Wahlprozess im Frühjahr und Sommer 1968 eingeleitet und im Aktionsprogramm der KPTsch und in der Vorbereitung auf den Außerordentlichen XIV. Parteitag ausformuliert. Die Föderalisierung des Landes wurde umgesetzt.¹²

¹² Die politische Dimension der Prager Reformen zeichneten sich – wie die konservativen Kritiker in Prag und im Ostblock messerscharf und dann mit gewaltsamen Folgen erkannten – in den politischen Grundsatzdokumenten dieser Zeit ab. Im Aktionsprogramm der KPTsch vom April 1968 und in den Dokumenten des dann illegal tagenden und schließlich annullierten Außerordentlichen XIV. Parteitages der KPTsch unmittelbar nach dem Einmarsch im August: Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Prag 1968 – Dokumente.

Genau dieser Reformeifer, nicht unbedingt der auf wirtschaftlichem Gebiet – hier gingen die klügeren KP-Führer Osteuropa d'accord oder waren zumindest tolerant –, sondern die politischen Umstrukturierungen lösten Sorgen aus. Sentimentalitäten hinsichtlich Novotný spielten kaum eine Rolle. Vielmehr ging es um Machtpolitik – und um die eigentliche Crux jeder Reformierung des Realsozialismus unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung. Wie weit darf Demokratisierung gehen, welche Rolle müsste eine linke Partei oder gar mehrere linke Parteien in diesem Prozess spielen und wieweit ist Opposition zulässig? Dies zumal, wenn sie sich der Massenmedien des anderen Blocks bedient, wenn sie (wie auch ein Teil der Reformer) die verbündeten Staaten ob ihrer Reform- und Demokratiedefizite attackiert, wenn unter dem Deckmantel des Antistalinismus restaurative Kräfte offen oder verdeckt eine Wiederkehr der kapitalistischen Vorkriegsverhältnisse einfordern.

Mit dem Einmarsch der sowjetischen und Warschauer Pakt-Truppen wurde das Experiment des Übergangs zu einem Marktsozialismus, zu einem demokratischen Sozialismus abrupt beendet. Die Reformer wurden kaltgestellt oder außer Landes getrieben. Die »Normalisierung« in Prag traf letztlich auch die DDR wie die Verbündeten. Wirtschaftsreformen in Maßen blieben erlaubt, soweit der staatliche Zentralismus, der Plan und die Führungsrolle der Partei nicht angetastet wurden. Jedes Aufweichen der Macht wurde unterbunden. Damit war das NÖS in der DDR ebenso zum Scheitern verurteilt wie ähnliche Reformen in anderen Ostblockstaaten, so in Ungarn das neue Ökonomische Modell, deutlich eingeschränkt und minimiert wurden – mit unverkennbar geringeren positiven Auswirkungen. Stagnation und Reformstopp gingen Hand in Hand. Bis zur sowjetischen Perestroika ab 1986.

Die Dauerprobleme eines Sozialismusversuchs bleiben

Diese besondere Gemengelage einer wirtschaftlichen Reform auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft und eine Überwindung eines diktatorischen Sozialismus hin zu einer umfassenden Demokratisierung prägte alle

Eingeleitet und zusammengestellt von Michael Csizmas, Bern 1968; Jiří Pelikán (Hrsg.), Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPC am 22. August 1968, Wien etc. 1969.

Reformversuche zwischen 1921 und 1989. Ein anderer Weg als ein (wie auch immer bezeichneter) Marktsozialismus wurde dabei von Reformern und oppositionellen Linken zunächst kaum gesehen. Wobei dieses Ziel Marktsozialismus – ausgesprochen oder unausgesprochen – in den Konzepten und dann in den praktischen Neuversuchen nach 1986 vielfältige Formen annahm. Schnell zeigte sich auch, dass derartige Zielsetzungen – dann noch gefördert durch die Demokratisierungsschritte – selbst nicht nur modellwechselnd, sondern eher systemsprengend wirken konnten.

Damit sind allerdings zwei Fragestellungen verbunden, die jegliches alternatives Sozialismusverständnis jenseits eines wie auch immer modernisierten oder zivilisierten Sozialismusmodells bestimmen. Dabei wäre es einerlei, ob es sich um eine Reformierung eines noch bestehenden Realsozialismus (wenn man ihn noch so nennen mag) handeln würde – der eigentlich nur noch partiell in Nordkorea, Kuba, Vietnam oder China zu finden ist. Wobei die beiden Letzteren mehr oder minder seit fast drei Jahrzehnten einen Sonderweg der kapitalistischen Modernisierung bei präsentem Staatssektor und einer weiterhin allmächtigen kommunistischen Partei mit einer von ihr geführten Sicherheitsarchitektur fortschreiben.

Aber die Verbindung von marktsozialistischen Elementen im Sinne einer gemischten Wirtschaft mit noch dominanten Staatsbetrieben, Kommunalbetrieben, Genossenschaften und Privatunternehmen, die sich im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftslenkung bewegen, ist nur noch politisch gezügelt. Die großen sozialen Unterschiede und Konflikte in China und Vietnam demonstrieren die Risiken dieses Weges. Allein straffe politische Führung, ideologische Kampagnen, soziale Mindeststandards und das Versprechen auf einen trotz aller Widrigkeiten für die Mehrheit greifbaren materiellen Wohlstand sichern noch den Bestand dieser Staaten.

Auf einem anderen Blatt stehen jene Entwicklungen, die zu einer Transformation der kapitalistischen Staaten Europas, Asiens, Lateinamerikas beitragen müssten. Hier ginge es nicht um die Implementierung von Marktelementen, sondern um einen radikalen Umbau eines kapitalistischen, teilweise marktbasierenden Wirtschafts- und Sozialmodells in eine andere Richtung. Der heute neoliberal entfesselte Markt müsste gezähmt werden, eine gemischte Wirtschaft mit einem starken gesellschaftlichen Sektor organisiert werden – auch durch Enteignungen und Umverteilungen. Sozialpolitik könnte an die Erfahrungen der vor-neoliberalen Zeiten etwa im Sinne des »Skandinavischen Modells« anknüpfen. Trotzdem blieben radikale Eingriffe in Macht- und Eigentumsstrukturen nicht aus. Daran würden auch gradu-

alistische Strategien wenig ändern, dies ob der Zähigkeit solcher Prozesse möglicherweise noch verstärken. Ohne eine starke Linke, ohne das ständige Ringen um Hegemonie in der Gesellschaft ist ein solcher Systemwechsel undenkbar. Es wäre aber nicht nur eine Politik linker Parteien und Organisationen, die die staatlichen und anderen demokratischen Institutionen ausnutzt. Unterpfand für den kurz-, mittel- und langfristigen Erfolg ist die Mobilisierung von Massen für ihre eigenen Interessen und ihre eigene politische und soziale Aktivität. Im Unterschied zu den Reformversuchen im Realsozialismus – und auch der Revolutionen, die am Beginn des Realsozialismus standen – geht es dauerhaft nicht um einen Prozess, eine Revolutionierung »von oben«, sondern um eine Symbiose von »oben und unten«. Genau dies fehlte bei allen Reformversuchen letztlich, war immer nur einen Wimpernschlag lang möglich. Ohne eine flexible demokratische Gestaltung der Gesellschaft auf allen Ebenen und in allen Sphären einschließlich der Wirtschaft bliebe dieser Ansatz aussichtslos. Und dies ebenso, wenn sich die Mehrheit der Bürger diesen Institutionen verweigerte.

Die Ursünde auch einer solch demokratisch vorgetragenen, der Gesellschaftsmehrheit dienenden Transformation in Richtung Sozialismus bliebe: Sie beendet privatkapitalistisches Eigentum, Ausbeutung und Profitstreben als gesamtgesellschaftliches Ordnungssystem. Kapitalistisches Wirtschaften wäre nur eingebunden in ein sozialistisches Konzept akzeptiert. Das Heiligste des freien Bürgers des Kapitalismus wäre aber in Gefahr: sein Eigentum, seine unternehmerischen Freiheiten, sein privater Profit. Widerstand wird es auch dann geben, im Inneren wie von außen. Mit allen Risiken, auch allen Gefahren für eine erneute Deformation des sozialistischen Weges. Nun aber vielleicht mit der Erfahrung, was vermieden werden sollte, wo nach Bündnispartnern zu suchen ist, und wie mit der Mehrheit des Volkes dieser Prozess immer wieder demokratisch, aber auch wehrhaft gestaltet werden kann.

Karl-Heinz Gräfe

Reformkommunismus – Alternative zwischen Kapitalismus und Stalinismus

1. Staatssozialismus sowjetischen Typs und Reformkommunismus

Im multiethnischen Russischen Reich mit kaum mehr als einem Dutzend industrieller und proletarischer Zentren¹ formierte sich am Ende des Ersten Weltkrieges erstmals eine staatssozialistische Gesellschaft (Realsozialismus, Stalinismus im weiteren Sinne, Monopolsozialismus).² Das vorwiegend agrarische Riesenland besaß alles Notwendige für eine nachholende Industrialisierung und Modernisierung³ als Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaft hinsichtlich ökonomischer, technologischer und ökologischer wie auch sozialer, demokratisch-rechtsstaatlicher und nationaler Standards. Der seit 1917/18 entstehende *Staatssozialismus sowjetischen Typs* war von Anfang an Antipode des vorherrschenden nordamerikanisch-westeuropäischen Kapitalismus. Er breitete sich nach dem Zweiten Weltkrieg weiter aus und umfasste Ende der 1970er Jahre 23,4 Prozent (35.661.000 km²) der bewohnten Erdoberfläche und 32,5 Prozent (1,3 Mrd. Menschen) der Weltbevölkerung, die in 16 der damals 163 Staaten lebten. Zwei Drittel des europäischen Kontinents und die Hälfte seiner Bevölkerung gehörte fast ein halbes Jahrhundert zum Weltsystem des Staatssozialismus unter der Herrschaft kommunistischer Parteien, die zum einflussreichsten Teil der 80 Millionen Mitglieder der kommunistischen Weltbewegung wurden. Der sowjetische Staatssozialismus war für zwei Dutzend Staaten der sog. Drit-

¹ Von den 136,8 Mio. Einwohnern Russlands gehörte nur eine kleine Gruppe zu den Lohnarbeitern: 3,5 Mio. Industriearbeiter, 4,3 Mio. Landarbeiter und 1,3 Mio. Transportarbeiter. Zentren der Industriearbeiterschaft waren Petrograd (392.000), Moskau (300.000), Gouvernement Moskau (220.000), Ural (357.000), Ukraine/Donbas (893.000) und Baku (60.000). Vgl. Die internationale Arbeiterbewegung, Bd. 4, Moskau 1983, S. 23f.

² Vgl. Jacek Kuron/Karol Modzelewski, Monopolsozialismus, Hamburg 1969.

³ Vgl. Hans-Heinrich Nolte, Nachholende Entwicklung in der Sowjetunion, in: Joachim Becker/Rudy Weissenbacher (Hrsg.), Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Wien 2009, S. 71.

ten Welt ebenfalls seit den 1960er Jahren ein Zukunftsweg. Die Entwicklungsländer mit sozialistischer Orientierung umfassten ein Territorium von 15.343.000 km² mit 195 Mio. Einwohnern und gehörten zum verbündeten politischen Umfeld des sozialistischen Weltsystems.⁴ In dieser Dimension ist das historische Phänomen des sieben Jahrzehnte bestehenden Staatssozialismus zu sehen. *Seine dauerhafte Durchsetzung als Gesellschaftsformation, d.h. seiner Entwicklung vom kapitalistischen Antipoden zur antikapitalistischen Alternative* scheiterte in der UdSSR und in Europa um 1989. Seitdem dominiert die vereinfachte Auffassung, dass die antikapitalistische und sozialistische Entwicklung »gesetzmäßig« zum Scheitern verurteilt, ein vergeblicher opferreicher Irrweg gewesen sei.

Obwohl das wieder weltweit vorherrschende kapitalistische Gesellschaftssystem im letzten Vierteljahrhundert nach Osteuropa bis an die Grenzen des sowjetischen Nachfolgestaates Russland expandierte, kommt es aus seiner systemischen Krise nicht heraus. Seine herrschenden Eliten sehen sich zwar als »Sieger der Geschichte«, müssen aber mit erneuten alternativen Ausbrüchen rechnen. Das erklärt heute die Distanz und Gegnerschaft bürgerlicher Ideologen und Politiker zu den Ideen und der Praxis des historischen Reformkommunismus:

Erstens sei der Staatssozialismus (sie nennen ihn pejorativ Kommunismus) ein »totalitäres« Herrschaftsregime und ebenso verbrecherisch wie das des Faschismus und keineswegs reformfähig. Zweitens gehöre die Idee vom Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus in den Bereich intellektueller Utopie. Die reformkommunistischen Bewegungen werden kaum mehr einer gründlichen und differenzierten Analyse unterzogen und als nutzlos »entsorgt«. Drittens deuten die bürgerlichen Ideologen und Politiker den Reformkommunismus als Ausdruck zweier Fraktionen innerhalb der kommunistischen Bewegung, die auf gleicher dogmatischer Grundlage beruhen würden und gleichermaßen »verbrecherisch« seien.

Die kritischen Geister, die mutigen wie oft tragischen Akteure des Reformkommunismus, werden auch von den orthodoxen Kommunisten und Stalinisten als naive Phantasten, »Verräter an der kommunistischen Sache«, »Revisionisten« und »Renegaten« diffamiert, denn einen »Dritten Weg« zwischen beiden Systemen gäbe es nicht, er endete immer im Kapitalismus.

⁴ Vgl. Egbert Jahn, *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik*, in: *Osteuropa*, 63 (2013), Nr. 5-6, S. 39ff.

Die historischen Erfahrungen des Reformkommunismus sind für die heutige Theorieentwicklung und linke Politik unverzichtbar.

In dem Maße wie die staatssozialistischen Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa in eine Systemkrise gerieten, stießen eine Reihe kommunistischer Theoretiker und Politiker aus unterschiedlichen Motiven bei der Suche nach einer möglichen Krisenüberwindung auf alternative Lösungswege. Idee und Bewegung des Reformkommunismus zwischen 1917 und 1989 wie auch der Eurokommunismus (im Unterschied zum Reformsozialismus, der nur den Kapitalismus demokratischer, sozialer oder liberaler machen wollte) waren eine Alternative zum Kapitalismus wie auch zum Staatssozialismus. Er erklärt sich aus dem Wesen des kommunistischen Gesellschaftsprojekts und den ersten Versuchen seiner Realisierung selbst. Er birgt in sich nicht nur die totalitäre Versuchung, die sich im Kriegskommunismus (1918-1920) und im Stalinismus in der Sowjetunion (1928-1953) und in Osteuropa (1948-1953) realisierte. »Im Zentrum des Marxschen Denkens – so der polnische Marxist Adam Michnik – ist auch die Zerstörung des totalitären Projekts enthalten.« Gerade deshalb »konnten die rebellierenden Moralisten auf den Gedanken des jungen Marx und auf bestimmte Texte von Engels zurückgreifen, konnten den Marxismus selbst nach denselben Regeln der Analyse und Kritik unterziehen wie andere Ideen und Ideologien auch. In diesem Sinne begleitet eine innere Rebellion den Kommunismus von Anfang an: Rosa Luxemburg, Leo Trotzki oder Antonio Gramsci sind nur die die ersten auf einer langen Liste von ›Häretikern‹ und ›Revisionisten‹.«

Auf dieser langen historischen Liste stehen auch tiefschürfende Theoretiker und Analytiker, rebellische und charismatische Dissidenten, aber auch janusköpfige kommunistische Staatsmänner: Wladimir Lenin (1870-1924), Alexandra Kollontai (1872-1952), Alexander Schljapnikow (1885-1938), Nikolai Bucharin (1888-1938), Martemjan Rjutin (1890-1937), Nikita Chruschtschow (1894-1971), Georgij Malenkow (1901-1988), Michael Gorbatschow (*1931); Milovan Djilas (1911-1995), Edvard Kardelj (1910-1979), Josip Broz Tito (1892-1980), Walter Ulbricht (1893-1973), Antonin Novotný (1904-1975), Antonin Zápotocký (1884-1957), Radovan Richta (1924-1983), Alexander Dubček (1921-1992), Ota Šik (1919-2004), Zdeněk Mlynář (1930-1997), Josef Smrkovsky (1911-1974), Eduard Goldstücker (1913-2000), Leszek Kołakowski (1927-2009), Włodimiers Brus (*1921), Władysław Gomułka (1905-1982), Karol Modzelewski (*1937), Wojciech Jaruzelski (1923-2014), János Kádár (1912-1989) oder Imre Nagy (1896-1958).

Die konkrete historische Analyse bestimmt inwieweit, zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang deren Wirken reformkommunistisch war. Die politische Bandbreite und die nationalen Akzente ihrer sozialistischen Erneuerungskonzepte und -wege lassen sich nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Lenin und Chruschtschow wollten im Interesse der kommunistischen Machterhaltung lediglich die schlimmsten Auswüchse des sowjetischen Staatssozialismus (Massenterror, kriegskommunistisches Kommando- und Verteilungssystem) beseitigen. Ulbricht und teilweise auch Novotný versuchten einen von oben gesteuerten Umbau in Richtung einer regulierten, ökonomisch effektiven und zugleich sozialen Marktwirtschaft, scheuten aber vor einer Demokratisierung der Gesellschaft zurück. Die Reformgruppen um Nagy, Dubček und Gorbatschow gingen weiter und begannen einen grundlegenden Umbau des gesamten politischen Systems (Demokratisierung der Kommunistischen Partei und des Staates, Überwindung der Entfremdung von Macht und Eigentum, Dezentralisierung oder Autonomie gesellschaftlicher Organisationen, basisdemokratisches Rätssystem, rechtsstaatliche Sicherung von Bürgerrechten).

Ein wiederkehrendes Anliegen der osteuropäischen Reformkommunisten war die Wahrung der nationalen Interessen und die damit verbundene Gestaltung gleichberechtigter Beziehungen zur sowjetischen Hegemonialmacht. Einigen Reformern ging es um mehr nationalen Spielraum, um größere Beachtung nationaler Gegebenheiten bei der Durchsetzung des sowjetischen Modells (Gomułka, Kádár, Ulbricht), andere (Nagy und Tito) wiederum versuchten ihr Land aus der sowjetischen Hegemonialherrschaft herauszulösen. In den Krisensituationen des sowjetischen Staatssozialismus gab es eine Reihe unterschiedlich intensiver reformkommunistischer Versuche zur schrittweisen systemischen Erneuerung (Sowjetrußland 1921, 1928/1929, UdSSR 1953-1964 und 1985-1991; Jugoslawien 1949- 1953 und 1968-1974; DDR, Tschechoslowakei und Ungarn 1953, Ungarn und Polen 1956, Tschechoslowakei und Polen 1968, Polen 1980/81). Die sowjetische Führung sah darin eine Gefährdung ihres Herrschaftsbereichs und beendet die Reformbewegung durch politischen Druck oder militärische Intervention (1953 DDR, 1956 Ungarn, 1968 Tschechoslowakei).

Der sowjetische Perestroika-Versuch Gorbatschows 1985-1991 im »Mutterland des Staatssozialismus« kam zu spät und scheiterte u.a. daran, dass in der multiethnischen Sowjetunion das reformkommunistische Potenzial unzureichend entwickelt, unter dem Diktator Josef Stalin (1878-1953) weitgehend physisch ausgerottet worden war und auch danach politisch

unterdrückt wurde. Die in sich zerrissene kommunistische Nomenklatura fand zudem keinen Konsens und zerbrach in ideologischen und politischen Machtkämpfen: Die in der nachholenden Entwicklung entstandenen Eliten in den Unionsrepubliken sahen in einer eigenständigen nationalen Entwicklung außerhalb der UdSSR ihre Chancen in einer Anlehnung an die USA und Westeuropa.

Die ebenfalls gespaltene zentrale russische Nomenklatura (sog. Radikalreformer um Boris Jelzin [1931-2007], Konservative um Jegor Ligatschow [*1920], Zentristen um Gorbatschow) erwiesen sich gleichfalls außerstande, den sowjetischen Staatssozialismus als Ganzes (auch in seinen nationalen Ausprägungen in den Unionsrepubliken) durch eine grundlegende Systemerneuerung aus einem Antipoden zu einer tatsächlichen Alternative des Kapitalismus umzuwandeln. Die sowjetische Nomenklatura entschied sich für den Übergang zum Kapitalismus, ihr aktivster Teil mutierte in den 1990er Jahren selbst zum entscheidenden Teil der neuen Klasse der Oligarchen-Kapitalisten. Das beschleunigte die Transformation zum peripheren Kapitalismus in Osteuropa und auf dem Territorium der 1990/1991 auseinander fallenden Sowjetunion und führte zu einer geopolitischen Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses. Die Osterweiterung von NATO und EU, d.h. die expansive Ausdehnung der westlich-transatlantischen Einflusszone seit den 1990er Jahren stößt seit der Jahrtausendwende auf zunehmenden Widerstand des sowjetischen Nachfolgestaates, dem kapitalistischen Russland.

2. Sternstunden reformkommunistischer Bewegungen? Alternativen in der ČSR und in Ungarn (1953-1956)?

Die sowjetische Herrschaftsriege Malenkow-Berija-Chruschtschow erkannte, dass die Systemkrise vor allem auch die von ihr abhängigen osteuropäischen Volksdemokratien erfasste, nun auch die Gefahr innerer Unruhen sowie ein Ausscheren aus der sowjetischen Einflussphäre bestand – ähnlich wie schon im Falle Jugoslawiens 1949. Im westlichsten sowjetischen Vorposten, der industriell am weitest entwickelten Tschechoslowakei, wo schon 1946 amerikanische und sowjetische Besatzungstruppen abgezogen worden waren, kam es vom 1.-4. Juni 1953 zu Unruhen, Streiks und Massenkundgebungen in einem Dutzend Städten, u.a. Prag, Plzeň, Brno und Ostrava gegen die Machttrioika Novotný-Zápotocký-Široki.

Die Bevölkerung protestierte gegen die Einführung der Währungsreform (30. Mai 1953) und die damit verbundene Senkung der Realeinkommen um 20 Prozent.⁵ Die staatlichen Schuldenpapiere, die Altguthaben bei Banken und Versicherungen verfielen, die Bar- und Sparguthaben wurden nach jeweiliger Höhe unterschiedlich umgetauscht. Die Regierung erhielt dadurch einen Zufluss von 14 Mrd. Kronen für die Stabilisierung des Staatshaushaltes und die Wirtschaftsreformen. Ziel war, das seit 1939 bestehende Rationierungssystem für Lebensmittel und Konsumgüter endlich abzuschaffen sowie zugleich eine Balance von Kaufkraft und Warenangebot zu sichern.

Der ehemalige Gewerkschaftsführer und neue Staatspräsident, Zápotocký, gestand am 10. Juni 1953 öffentlich ein, dass bei der Währungsreform Fehler gemacht worden seien, sah aber in der Aktion nach wie vor den Garanten für wirtschaftlichen Leistungsanstieg und Verbesserung der Lebensverhältnisse. Die Löhne würden »künftig nur in dem Maße steigen wie die Produktion und die Arbeitsproduktivität, und die Folge davon wird das Absinken der Preise sein«. Es gehe um Reformen, »die eine bessere Bewertung der Arbeit, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, neue Werte, bessere Marktversorgung und damit erhöhte Befriedigung der ständig steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse bringen sollen«.⁶ Er machte allerdings auch klar, dass die Arbeiter nicht das Recht haben, ohne Zustimmung der Gewerkschaften zu streiken und kritisierte: »Wir dürfen nicht denken, dass den Arbeitern alles erlaubt ist. So bald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe, ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich. [...] Wir haben allen Grund dafür eine starke Hand zu zeigen.«⁷ Die politische Führung berücksichtigte auch, dass die Hegemonialmacht USA mit Unterstützung von Emigrantenzentren eine aktiv Diversionspolitik zur Unterstützung des antikommunistischen Untergrundes gegen die Reformpolitik mit

⁵ Rudé Právo vom 31. Mai 1953. Löhne, Gehälter und Stipendien wurden im Verhältnis 5:1 umgetauscht, Renten, Mindestlöhne und Kinderzulagen aufgebessert. Die Preise für Lebensmittel und Industriewaren sanken um etwa ein Drittel. Die Krone wurde gegenüber dem Rubel von 12 auf 1,8 aufgewertet.

⁶ Zit. und vom Verf. übersetzt nach: Rudé Právo vom 17. Juni 1953.

⁷ Zit. nach Jiří Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln etc. 1999, S. 96.

dem Ziel der »Befreiung vom Kommunismus« betrieb.⁸ Die Prager Führung erarbeitete den Neuen Kurs unter Berücksichtigung der Juni-Ereignisse 1953 in der DDR und in engem Kontakt mit Moskau aus. Das Reformprogramm, das Ministerpräsident Široký am 15. September 1953 in der Nationalversammlung verkündete, konzentrierte sich nur auf den Wirtschaftsumbau, die Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgütererzeugung, die Umstellung von Teilen der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion. Besondere Förderung erhielt der staatliche und private Wohnungsbau. Die Wirtschaftsreformen des Neuen Kurses sicherten auf längere Sicht Konsens zwischen der kommunistischen Herrschaftselite und der Mehrheit der Bevölkerung,⁹ Novotný sah infolge der stabiler gewordenen Lage keinen Grund, die von Zápotocký geforderten politischen Reformen in Angriff zu nehmen.

In Ungarn signalisierten Bauernunruhen (1952) und Streiks in den Arbeiterzentren Csepel, Ózd, Diósgyőr (Juni 1953) die Systemkrise. Da der ungarische Partei- und Regierungschef Mátyás Rákosi auch nach den Ereignissen in der ČSR keinen grundlegenden Kurswechsel einleitete, wurde er mit einer größeren Gruppe von Partei- und Staatsfunktionären zu Gesprächen nach Moskau beordert (14.-16. Juni 1953). Malenkov machte ihnen gegenüber unmissverständlich den sowjetischen Führungsanspruch klar: »Wir Kommunisten sind allesamt verantwortlich für die Dinge in Ungarn. Auch die Sowjetunion ist verantwortlich, was für ein Regime in Ungarn herrscht.« Innenminister Berija stellte Rákosi, dem der ungarische Sicherheitsdienst AVO direkt unterstand, die Frage: »Ist es in Ungarn akzeptabel, dass bei einer Bevölkerung von 9,5 Mio. Verfahren gegen 1,5 Mio. Menschen im Gange sind?« Kritisiert wurde, die noch vor Kurzem von Stalin geforderte Zwangskollektivierung durch eine neue Politik gegenüber den Bauern ersetzen zu wollen. Die Schwerindustrie sei zugunsten der Konsumgüterindustrie zu drosseln. Vor allem Kaderentscheidungen seien dringlich: »Rákosi, ein Genosse mit großer Erfahrung« sollte trotz seiner Fehlentscheidungen weiterhin die Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP) führen, aber (hier spielte er auf dessen jüdische Herkunft an) es sei angebracht, dass »ein Ungar« die Regierung übernimmt.¹⁰

⁸ Vgl. Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991*, Köln etc. 2002, S.488ff.

⁹ Vgl. Rudé Právo, 16. September 1953.

¹⁰ Zitiert nach Janos M. Reiner, *Ungarn 1956*, in: Andras B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hrsg.), *Satelliten nach Stalins Tod*, Berlin 2000, S.145ff.

Er empfahl für dieses Amt den Kommunisten Imre Nagy,¹¹ einen Agrarexperten, der seit 1930 in der sowjetischen Emigration gelebt hatte und 1944 mit der Roten Armee nach Ungarn zurückgekehrt war. Nagy hatte als Landwirtschaftsminister der bürgerlich-demokratischen Nachkriegsregierung seit März 1945 die Bodenreform erfolgreich durchgesetzt. 1949 war er wegen seiner Kritik an der forcierten Kollektivierung aus dem Politbüro als »Bucharinist« ausgeschlossen worden, aber später erneut zu einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgestiegen und gehörte der Delegation an. Während die Krise in der DDR im Arbeiteraufstand explodierte, verlief die Entwicklung in Ungarn evolutionär. Wohl vor allem deshalb, weil unter dem neuen Ministerpräsidenten Nagy zunächst ein komplexer reformkommunistischer Kurs zum ökonomischen und politischen Umbau der stalinistischen Gesellschaft unter stärkerer Beachtung der nationalen Bedingungen erfolgte. Auf der ZK-Tagung der MDP am 27./28. Juni 1953 entwickelte Nagy ein für die damalige Zeit radikales Reformprogramm als Alternative zur Ideologie und Praxis des ungarischen Stalinismus. Es ist nicht verwunderlich, dass dieses Dokument in Ungarn erst 1986 (und auch damals nur für den parteiinternen Gebrauch) publik wurde.

Der ZK-Beschluss stellte fest, »dass von der Parteiführung mit dem Genossen Rákosi an der Spitze in den politischen Zielvorgaben und der praktischen Arbeit der vergangenen Jahre schwere Fehler begangen worden sind. Diese Fehler haben sich auf den Lebensstandard der Bevölkerung im Allgemeinen und auf den der Arbeiterklasse im Besonderen ungünstig ausgewirkt, durch sie wurden [...] generell die Beziehungen zwischen Partei, Staat und den werktätigen Massen negativ beeinflusst und in der Volkswirtschaft gravierende Probleme erzeugt. [...] Die zu schnelle Kollektivierung der Landwirtschaft stellt einen gravierenden Fehler dar, und das um so mehr, da Genosse Imre Nagy innerhalb der Parteiführung gegen diese Politik aufgetreten war, die Parteiführung aber hat sich seinen Standpunkt nicht nur nicht zu eigen gemacht, sondern dieser Standpunkt wurde fälschlicherweise als »opportunistisch« eingestuft und Imre Nagy gemaßregelt.« Das habe »in hohem Maße dazu beigetragen, dass gegen die Werktätigen auf breiter Linie administrative Maßnahmen angewendet wurden und noch immer angewendet werden, dass die Menschen durch Polizei und Gerichte massenhaft verfolgt und abgeurteilt wurden und von den Behörden rüde Behandlung und Willkür erfahren müssen.« Zwischen 1950 und 1953 seien 600.000 Menschen schuld-

¹¹ Vgl. János M. Reiner, Imre Nagy, Paderborn 2006.

los vor Gericht gekommen. Noch immer bestehe das »Internierungssystem, das der Willkür Tür und Tor öffnet und mehr als acht Jahre nach dem Ende des Krieges nicht mehr zu rechtfertigen ist«. Es sei falsch gewesen, »dass Genosse Rákosi der AHV (ungarische Staatssicherheit, K.-H.G.) unmittelbare Befehle erteilte, wie diese ihre Ermittlungen zu führen, wen sie zu verhaften habe, und dass er Befehle zur physischen Misshandlung von Gefangenen gegeben hatte, was gesetzlich verboten ist«. ¹²

Ministerpräsident Nagy setzte in knapp zwei Jahren wesentliche Aufgaben des Reformprogramms durch. Vorrangig wurden Wohnungsbau, Leichtindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft entwickelt. Ein Viertel der Staatsinvestitionen waren für die Entwicklung der Landwirtschaft vorgesehen. Der Anteil von Konsum und Versorgung am Nationaleinkommen sollte von 58 Prozent (1952) auf 70 Prozent (1954) steigen. Die Zwangskollektivierung wurde aufgehoben. Bis Ende 1953 lösten sich 12 Prozent der Genossenschaften auf, der genossenschaftliche Landbesitz verringerte sich jedoch um ein Viertel. Die Zwangsaussiedlung von 22.000 Bürgern aus Budapest und anderen Städten oder grenznahen Orten wurde aufgehoben. Aus den vier Lagern der AVH und aus den Haftanstalten kamen 18.000 der 45.000 politischen Gefangenen frei. Nach dem Schriftstellerkongress im Oktober 1953 begann allmählich eine freie öffentliche Atmosphäre, die an das sowjetische Tauwetter erinnerte. Nagy ging davon aus, dass die in der Gesellschaft bestehenden Interessen von Klassen, Schichten und Gruppen durch ein adäquates politisches System ausgeglichen werden müssen und sah im Ausbau der Ungarischen Volksfront die geeignete demokratische Organisation.

Der neue Kurs stieß auf den Widerstand der einflussreichen Stalin-Fraktion um Parteichef Rákosi, die nach wie vor feste Positionen im Partei- und Staatsapparat besaß. Chruschtschow, der nach Stalins Tod zum Ersten Sekretär der KPdSU aufstieg, befürchtete die Spaltung der MDP, und dass die am weitesten vorgepreschte Reform der Moskauer Kontrolle entgleiten konnte. Nagy war auch nicht bereit, sich der neuen sowjetischen Rüstungsrunde anzuschließen, die Volkswirtschaft auf Rüstungs- und Schwerindustrie umzustellen.

Mit dem Sturz von Ministerpräsident Malenkov war allerdings das Schicksal von Nagy entschieden. Er wurde im April 1955 als »Rechtsab-

¹² Zit. nach György Litvan/Janos Bak (Hrsg.), Die ungarische Revolution 1956, Wien 1996. S. 36 f.

weichler« von dem Reformgegner Ernő Gerő abgelöst. Das von Moskau erzwungene Comeback der alten stalinschen Garde um Rákosi und ihrer restaurativen Politik machten Ungarn schon nach einem Jahr erneut zum politisch instabilsten Land Osteuropas. Der Hoffnungsträger Nagy, hinter dem ein beträchtliches gesamtnationales Reformpotenzial stand, wurde zwar wieder in die Partei aufgenommen, er besaß aber zu dieser Zeit wenig Einfluss in der ungarischen Führung.

Unter dem Einfluss der Nagy-Gruppe artikulierten friedlich demonstrierende Studenten am 23. Oktober 1956 Reformforderungen, denen sich 300.000 Budapester anschlossen. Verlangt wurde der »sofortige Abzug aller sowjetischen Truppen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages« von 1947. Damals hatten sich die alliierten Großmächte geeinigt, sowjetische Militäreinheiten ausschließlich im Zusammenhang mit der Verwaltung ihrer österreichischen Besatzungszone zeitweilig in Ungarn zu stationieren. Als Österreich 1955 unabhängig und neutral wurde, war auch der Aufenthalt sowjetischer Militärs in Ungarn nicht mehr gerechtfertigt. Die Studenten forderten die »ungarisch-sowjetischen Beziehungen [...] auf der Basis völliger Gleichberechtigung und Nichteinmischung« neu zu ordnen. Die Programmatik vom Oktober 1956 bot eine sozialistische Alternative zum wieder restaurierten ungarischen Stalinismus mit solchen grundlegenden Eckpunkten wie die Überprüfung des Wirtschaftssystems »im Hinblick auf die ungarischen Lebensbedingungen«, die »gleiche Behandlung der Einzelbauern«, die »völlige Meinungs- und Redefreiheit, Freiheit der Presse und des Rundfunks«, die »Teilnahme verschiedener Parteien zum Zwecke der Wahl einer neuen Nationalversammlung«, unabhängige Gerichte oder das Streikrecht.

Wie populär die reformkommunistische Idee und die ersten Schritte ihrer Praxis 1953-1955 unter Imre Nagy in Ungarn waren, verdeutlicht das Verlangen der Demonstranten, neue »Führer in der ungarischen Arbeiterpartei auf der unteren, mittleren und höheren Ebene in geheimer Wahl von unten nach oben zu wählen«, die derzeitige »Regierung unter dem Vorsitz vom Genossen Nagy« umzubilden und »alle verbrecherischen Führer aus der Stalin-Rákosi-Ära ... sofort ihres Postens« zu entheben und sie in öffentlichen Gerichtsverfahren zur Verantwortung zu ziehen.¹³

¹³ Zitiert nach: Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen. Untersuchungen, Dokumente, Schlussfolgerungen. Deut-

Unter dem Eindruck der Demonstrationen vom 23. Oktober 1956 trat die Regierung Andras Hegedüs zurück, kam ohne Rücksprache mit Moskau der Forderung nach, Imre Nagy als Ministerpräsident einzusetzen, der am darauf folgenden Tag sein Amt antrat. Die friedlichen Demonstrationen schlugen in der Nacht zum 24. Oktober 1956 in Gewaltakte um, und mündeten nach dem unerwarteten Einmarsch von 20.000 sowjetischen Soldaten in Budapest in einen Aufstand. Obwohl Nagy versprach, sein Reformprogramm von 1953 und Forderungen der Demonstranten zu realisieren, waren die etwa 6.000 Aufständischen vorerst skeptisch und brachten den Reformen mit der sowjetischen Intervention in Verbindung. Nagy war praktisch erst handlungsfähig, als Chruschtschows Abgesandter Mikojan Parteichef Ernő Gerő durch János Kádár – 1951 als »Volksfeind« zu lebenslänglicher Haft verurteilt – auswechselte. Nagy erreichte auch bis Ende Oktober 1956 den Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest und eine Feuerpause, bildete eine Koalitionsregierung aus Vertretern der sich erneuernden kommunistischen Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP), der wieder gegründeten Partei der Kleinen Landwirte und der Sozialdemokratie. Er stützte sich auch auf die während des Umbruchs gebildeten örtlichen Revolutionskomitees, Nationalräte und Arbeiterräte. Das Präsidium der KPdSU entschied am 31. Oktober 1956, die reformkommunistische Entwicklung durch eine zweite Militärintervention, die von Marschall Iwan Konew geleitete Operation »Wirbelsturm« (4.-11. November 1956), zu beenden.¹⁴

Es muss in diesem Zusammenhang auf ein politisches Täuschungsmanöver der sowjetischen Führung hingewiesen werden, um die Handlungen der Nagy-Gruppe zu verstehen. Als Nagy am 1. November 1956 von Truppenverlagerungen aus der Ukraine und Rumänien nach Ungarn erfuhr, beschwichtigte ihn Moskaus Botschafter Juri Andropow. Er protestierte auch nicht, als die Budapester Regierung die Neutralität des Landes ausrief, um die Intervention mit politischen Mitteln zu stoppen. Noch verwunderlicher war, dass zwei Tage später Militärs aus Moskau nach Budapest kamen und mit der neuen ungarischen Regierung den Abzug der sowjetischen Truppen (bis spätestens 15. Januar 1957) aushandelten. Nach

sche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Verbindungs- und Informationsstelle Bonn, Frankfurt a.M. 1957, Nr. 404.

¹⁴ Vgl. V.K. Volkov (Hrsg.), *Sovetskij sojuz i vengerskij krizis. Dokumenty*, Moskau 1998, S. 479ff. und S. 494ff.

Abschluss der Verhandlungen in der Frühe des 4. November 1956, ließ KGB-Chef Serow unerwartet die ungarische Regierungsdelegation verhaften. Kádár, der Erste Sekretär der MSZMP, der alle Entscheidungen von Nagy mitgetragen hatte, begab sich in der Nacht zum 2. November 1956 nach Moskau und wurde als Ministerpräsident der »Ungarischen Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung« eingesetzt. Diese nahm unter dem Schutzschild der 60.000 Mann starken sowjetischen Interventions-truppen erst am 7. November 1956 ihre Arbeit in Budapest auf. Aufstand und Intervention brachten 2.652 Ungarn (unter ihnen 1.330 Arbeiter, 44 Studenten und 196 Kinder unter 14 Jahren) und 730 sowjetischen Inter-venten den Tod. Die Regierung Kádár ließ bis 1960 13.000 Bürger internieren, 22.000 erhielten langjährige Haftstrafen, 400 wurden hingerichtet. Nagy und seine engsten Mitstreiter wurden in einem Prozess 1958 zum Tode verurteilt. 211.000 Ungarn emigrierten.¹⁶

Der Aufstand im Oktober/November 1956 war in erster Linie eine Reaktion auf die Verbrechen des stalinistischen Herrschaftssystems unter Rákosi-Gerő und die sowjetische Intervention. Verhängnisvoll war, dass außer den 3.324 politischen Häftlingen 9.962 Kriminelle und ehemalige Horthy-Faschisten aus Gefängnissen freikamen, die sich den Aufständischen anschlossen, deren Zahl auf 15.000 anstieg. Nicht wenige der Aufständischen nutzten den Waffenstillstand, um Rache zu nehmen. Sie beschossen während des Waffenstillstands u.a. am 30. Oktober 1956 das Gebäude der Stadtorganisation der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und metzelten die sich ergebenden Kommunisten und Sicherheitskräfte nieder. Es ist nachgewiesen, dass auch die USA durch die CIA im Rahmen ihrer Befreiungsstrategie am 23. Oktober 1956 ungarische Emigranteneinheiten nach Budapest einschleusten.¹⁵

Auch die vom Verband der ungarischen Israeliten für viele Orte dokumentierten antisemitischen Ausschreitungen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Die Aufständischen generell als Verbrecher und Faschisten zu kriminalisieren, wie es im Prozess gegen Nagy geschah, widerspricht allerdings den Tatsachen. Dass Chruschtschow und seine Militärs mit stalinistischen Methoden auf die ungarische Krise reagieren konnten, wurde auch durch die internationale Machtkonstellation begünstigt: Zwar hatten westliche Medien, voran »Radio Freies Europa«, bei den Aufständischen den Eindruck erweckt, dass die NATO auf ihrer Seite stehe. Die 1955 aus-

¹⁵ Vgl. Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus, S. 775f.

gehandelte österreichische Neutralität signalisierte nicht, wie viele Ungarn hofften, dass die in Jalta abgesteckten Machtbereiche der Großmächte generell aufgekündigt würden. Der Status quo in Europa blieb unverändert. Der Kampf der Großmächte um Einflussphären hatte sich inzwischen nach Afrika und Asien verlagert. Für die USA war in der gegebenen Situation 1956 von vorrangigem Interesse, im Nahen Osten Fuß zu fassen. Dort führten im Oktober 1956 Frankreich, Großbritannien und Israel einen Aggressionskrieg gegen Ägypten. Deshalb war für Washington die Lösung der Suez-Krise vorrangiger als die internen Ereignisse im sowjetischen Machtblock.

Da Ungarn Teil des sowjetischen Einflussgebietes blieb, ist fraglich, ob das Reformprojekt damals so durchsetzbar war. Aber vieles von dem, was Nagy und die Revolutions- und Arbeiterräte wollten, verkörpert einen alternativen Ansatz gegenüber dem sowjetischen Modell. In Ungarn kam es aber trotz der sowjetischen Intervention nach 1956 nicht zum Rückfall in den Stalinismus. János Kádár, der einstige Mitstreiter (aber auch Henker) von Nagy, gestaltete mit der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in den nachfolgenden drei Jahrzehnten einen Sozialismus, der ökonomisch weitaus effizienter, freiheitlicher, demokratischer und national ausgerichteter war als anderswo in Osteuropa.¹⁶ Einer der besten Kenner dieser Problematik, P. Gosztony, sieht in dem ungarischen Reformkommunisten Nagy eine »Art Vorgänger von Alexander Dubček in Prag 1968«, der »echte Popularität im Lande« genoss.¹⁷

Der Prager Frühling 1968 war der zweite und eigentlich letzte komplexe Versuch des Umbaus der staatssozialistischen Gesellschaft sowjetischen Typs in einen demokratischen, wie auch ökonomisch effizienten und sozial gerechten Sozialismus, der auch den nationalen Gegebenheiten des Landes entsprach. Im Unterschied zu den vorangegangenen reformkommunistischen Versuchen oder der fast drei Jahrzehnte später folgenden Perestroika wurde dieser sozialistische Erneuerungsversuch von einer reformkommunistischen Führung organisiert und von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Der Prager Frühling entstand nicht in einer Krisensituation unter Bedingungen sozialer Unruhen und bürgerkriegsähnlicher

¹⁶ Vgl. O.G. Volotov, Opyt vengerskich reform, k 100 letiju so dnja roždenii Janoša Kadara, in: Novaja i novejšaja istorija, 56 (2013), Nr. 2, S. 115-122.

¹⁷ Péter Gosztony, Der Volksaufstand in Ungarn 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 48 (1996), B37-38, S. 4.

Bedingungen wie in Sowjetrußland oder in den 1950er Jahren in Ungarn. Zudem war die KP der Tschechoslowakei, in der der Reformflügel dominierte, die einflussreichste Kraft des Landes. Das Reformprojekt scheiterte nicht an den Bedingungen und Chancen im Lande, es wurde vielmehr gewaltsam mit einer Militärintervention Moskaus im Bündnis mit Polen, Ungarn, der DDR und Bulgarien von außen abgebrochen. Durch den nachfolgenden sog. Normalisierungsprozess wurde das reformkommunistische Potenzial derart dezimiert, dass 1989 keine Chance einer sozialistischen Erneuerung mehr bestand und eine Rückkehr zum Kapitalismus in einer »samtenen Revolution« erfolgte.

Das wiederholte Scheitern des Reformkommunismus hängt vornehmlich mit den ökonomischen und zivilisatorischen Ausgangsbedingungen der russländisch-eurasischen und osteuropäischen Region zusammen; obwohl gerade diese Bedingungen den Ausbruch aus dem damaligen kapitalistischen Weltsystem erst ermöglichten. Man wird allerdings nicht umhinkommen, dass das reale Risiko des Scheiterns der evolutionären Reformversuche von oben wie auch revolutionären Aktionen von Teilen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen für einen erneuerten Sozialismus »schnell von sozialismusfeindlichen Kräften übernommen, geprägt und gestört« wurde, denn auch »der unvollkommenste Sozialismusversuch griff das ›heilige‹ Eigentum und die bisherigen Eliten an. In der Systemauseinandersetzung wurden durch Propaganda, Geheimdienstaktivitäten, Wirtschaftskrieg und militärische Bedrohung auch innere Feinde ermuntert.«¹⁸

Diese neue Art der offenen Einmischung und Expansion des transatlantisch-europäischen kapitalistischen Blocks setzte sich nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs fort, vor allem gegen Rußland. Nicht weil dort eine antikapitalistische Alternative im Kommen sei. Es geht darum, die in den vergangenen 20 Jahren erreichte Osterweiterung von NATO und EU vorerst auch bis zur Südgrenze des neuen, auch inzwischen kapitalistischen Rußlands auszudehnen. Der Führung Rußlands unter Wladimir Putin geht es darum, diesen in friedlicher und gewaltloser Form erfolgten Vormarsch von NATO und EU, der als Bedrohung der Sicherheit angesehen wird, zu stoppen. Die expansive Erweiterung der transatlantisch-westeuropäischen kapitalistischen Machtzone, die auch

¹⁸ Stefan Bollinger, Brüche und Kontinuitäten. Gesellschaftspolitische Alternativen und ihre Akteure in Zeiten der Krise, in: Günter Krause (Hrsg.), Theorieentwicklung im Kontext der Krise, Berlin 2013, S. 252.

auf eine grundlegende Macht- und Statusveränderung des Hauptnachfolgers der UdSSR zielt, wird als hehrer, ja sogar »revolutionärer« Kampf um »Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand« gegen das »autoritäre und aggressive Putin-Regime« ausgegeben. Dabei scheint alles erlaubt zu sein – Einmischung in innere Angelegenheiten durch »bunte Revolutionen«, Wirtschaftssanktionen, wenn erforderlich, auch militärische Drohungen und militärische Hilfeleistung für »Kämpfer«, die sich gegen das »Diktaturregime« auflehnen – für die Eingliederung nicht nur Georgiens, Moldawiens und der Ukraine, sondern letztlich auch Russlands in die »freie westliche Welt«.

Reformkommunismus und Reformsozialismus sind gescheitert, ihre verbliebenen Führer haben das sozialistische Ziel aufgegeben, die Seiten gewechselt und sind mehrheitlich zu Befürwortern eines neoliberalen Kapitalismus geworden. Die aus diesen Trümmerresten sich zögerlich in der Weltkrise des Kapitalismus neu formierende sozialistisch-antikapitalistische Linke kann in ihrem demokratisch organisierten und geführten Kampf um gesellschaftliche Hegemonie auf die historischen Erfahrungen der reformkommunistischen, aber auch kommunistischen und sozialdemokratischen Bewegungen nicht verzichten.

Helga Schultz

Der jugoslawische Weg

Jugoslawien bot von den fünfziger bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts eine Alternative zum zentralplanwirtschaftlichen Staatssozialismus. Das war kein Reformsozialismus, wie ihn die übrigen Staaten des sowjetischen Einflussbereichs in den Tauwetterperioden der sechziger und achtziger Jahre versuchten, und wie ihn die meisten Beiträge dieses Bandes zum Thema haben, sondern ein anderer Weg. Von Selbstverwaltungssozialismus sprach sein geistiger Vater, Edvard Kardelj. Ihm gebührt der Ruhm, diesen als »Titoismus« von Stalin verunglimpften Gesellschafts- und Staatstyp ausgearbeitet zu haben. Ohne Tito, den charismatischen Partei- und Staatsführer, den Helden des siegreichen Partisanenkrieges, ist die Realisierung allerdings nicht denkbar. Im Führungsquartett – Tito und seine engsten Gefährten Edvard Kardelj, Milovan Djilas und Aleksandar »Leka« Ranković – war Kardelj schon in der Vorkriegszeit der theoretische Kopf. Am Ende blieb er allein an Titos Seite, der treueste der Treuen, der designierte Nachfolger. Unglücklicherweise starb er noch vor Tito. Hätte Kardelj sich dem Auseinanderdriften des Staatswesens entgegenstemmen können? Wohl kaum. Der jugoslawische Sozialismus wurde in den Strudel des implodierenden östlichen Blocks hineingerissen und in den tragischen Bruderkriegen der 1990er Jahre von den südslawischen Völkern verworfen.

Nicht alle Historiker meinen, dass dies zu Recht geschah und den Systemmängeln geschuldet war. Howard hält das Gesellschaftssystem ungeachtet der Funktionsmängel für durchaus funktionsfähig und mit demokratisch pluralistischen Prinzipien vereinbar. Sundhaussen sieht die südslawische gemeinsame Staatlichkeit als humane Alternative zu kriegerischem Zerfall und kleinstaatlicher Zersplitterung.¹ Dem schließe ich mich an. Ich möchte im Folgenden die Grundlinien von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zeichnen und dabei einige Fehleinschätzungen und Irrtümer korrigieren. Im We-

¹ Michael W. Howard, *Market Socialism and Political Pluralism. Theoretical Reflections on Yugoslavia*, in: *Studies in East European Thought*, 53 (2001), S. 307-328, hier S. 324; Holm Sundhaussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*, Wien 2012, S. 515-517.

sentlichen stütze ich mich auf die schon meinem Beitrag zu Josip Broz Tito zugrunde liegenden neueren Forschungen.²

Revolutionäre im Bann Stalins

Die jugoslawischen Kommunisten waren lange Gefolgsleute Stalins und der Moskauer Zentrale der Kommunistischen Weltbewegung gewesen. Die Komintern schickte Tito 1937 nach Jugoslawien, um die daniederliegende Partei im stalinistischen Sinne zu regenerieren. Die Verfolgungen der jugoslawischen königlichen Polizei und Stalins Terror, denen mehrere jugoslawische Führungsriege zum Opfer gefallen waren, hatten die ohnehin schwache Parteiorganisation nahezu vernichtet. Tito war dem Terror entkommen, weil er ausnehmend enge Beziehungen zu Georgi Dimitrov hatte, dem Generalsekretär der Komintern. In Jugoslawien angekommen, scharte Tito junge Leute um sich, die die inneren Richtungskämpfe der Vergangenheit nicht kannten und ihm ergeben waren. Sie kehrten mit eisernem Besen. Milovan Djilas schildert den Kreuzzug gegen altgediente Kommunisten als »Bolschewisierung«, was nicht genau dasselbe ist wie Stalinisierung.³ Richtschnur wurde nun die »Geschichte der KPdSU (B), kurzer Lehrgang«, jene Bibel des Stalinismus, die Tito selbst während seines Moskau-Aufenthalts ins Serbokroatische übersetzt hatte.⁴

Den Partisanenkrieg nahm Tito mit seiner Partei ohne Weisung aus Moskau auf, erfüllt von dem Willen, den Krieg nach Lenins Beispiel in die Revolution zu überführen. Daraus ergaben sich Konflikte, denn Tito hielt zwar soweit irgend möglich täglichen Funkverkehr mit Moskau, genauer gesagt mit Georgi Dimitroff, missachtete aber die Weisungen der Kominternzentrale in wesentlichen Punkten. Für Stalin war im Überlebenskampf der Sowjetunion das Einvernehmen mit den westlichen Verbündeten ungleich wichtiger als die revolutionären Ambitionen einer kleinen Partei am

² Helga Schultz, *Europäischer Sozialismus – immer anders*. Karl Kautsky, George Bernard Shaw, Jean Jaurès, Józef Piłsudski, Alexander Stambolijski, Wladimir Medem, Leo Trotzki, Otto Bauer, Andreu Nin, Josip Broz Tito, Herbert Marcuse, Alva und Gunnar Myrdal, Berlin 2014.

³ Milovan Djilas, *Der junge Revolutionär: Memoiren 1929-1941*. Bearb. d. dt. Übers.: Branko Pejaković, Wien 1976, S. 267.

⁴ Ivan Avakumovic, *History of the Communist Party of Yugoslavia*, Aberdeen 1964, S. 137-145.

Rande des großen Kriegs. Er verlangte also, dass die Partisanen unter Verzicht auf revolutionäre Losungen, Fahnen und Sterne sich den königstreuen Tschetniks anschließen sollten, die unter dem Schirm der Londoner Exilregierung und ihrer britischen Schutzmacht standen. Den Höhepunkt erreichte der Konflikt Ende November 1943, als Tito den »Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens« – eine Delegiertenversammlung der Partisanen und der befreiten Gebiete – beschließen ließ, was Stalin auf keinen Fall wollte: König Peter die Rückkehr zu verbieten und ein Volksbefreiungskomitee als vorläufige Regierung zu bilden. Das geschah am Vorabend der Teheraner Konferenz von Stalin, Churchill und Roosevelt. Stalins Zorn legte sich erst, als die Westalliierten gelassen reagierten und sogar Titos Volksbefreiungsarmee als Bündnispartner gegen Hitler und Mussolini anerkannten.⁵ Um Hilfe aus Moskau hatte Tito lange vergebens gebeten, die Briten gaben hingegen Unterstützung, da sich die Partisanen zuverlässiger als die Tschetniks gezeigt hatten. Am Ende aber waren Tito sowjetische Panzer zur Befreiung Belgrads willkommen, wenn er sich auch ausbedungen hatte, dass sie das Land gleich wieder verlassen sollten.

Die kommunistische Macht festigte sich in einer Welle von Gewalt am Ende des Kriegs. Unter dem Vorwurf der Kollaboration töteten die Sieger serbische Tschetniks und Anhänger der kroatischen Ustascha. Tito und seine Genossen konnten nun ihr eigentliches Ziel in Angriff nehmen, die sozialistische Revolution. Legitimiert durch ihre erfolgreiche Führung im Partisanenkrieg und von hinreichender Massenunterstützung getragen, errichteten die jugoslawischen Kommunisten eine Ordnung nach dem Muster der Sowjetunion. Die Kollaborateure in einem weiten und unbestimmten Sinne und die vertriebenen Deutschen, Ungarn und Italiener wurde enteignet und Industrieunternehmen im Eigentum auswärtiger Investoren nationalisiert. Den Boden erhielten Neusiedler, bevorzugt ehemalige Partisanen, überwiegend Serben. Die neue Macht schonte das Arbeitseigentum der Bauern noch, waren sie doch die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee gewesen, presste sie aber mit Zwangsablieferungen und niedrigen Aufkaufpreisen aus, um die Mittel für die Industrialisierung zu gewinnen. Die Verfassung kopierte die Stalin'sche von 1936 und schränkte die bürgerlichen

⁵ Detlef Brandes, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München 1988, S. 349-370.; Geoffrey Swain, Tito. A Biography, London 2011, S. 50-55.

Freiheiten nach sowjetischem Muster ein. Vorfeldorganisationen der Kommunistischen Partei für die Jugend und für die Frauen widmeten sich der Schaffung des Neuen Menschen.⁶

Im Bewusstsein, nach der Oktoberrevolution die zweite siegreiche sozialistische Revolution vollbracht zu haben, sahen die jugoslawischen Kommunisten sich als Juniorpartner von Stalins Sowjetunion, nicht als Satellit, und damit abgehoben von den anderen kommunistischen Parteien im sowjetischen Einflussbereich. Sie agierten als Mentor der kommunistischen Parteien in den Nachbarländern, in denen es gleichfalls kommunistisch geführte Partisanenbewegungen gab. Kardelj hatte Ende 1944 Togliatti in Rom aufgesucht, Stalins Vertrauten, der im März aus Moskau zurückgekehrt war. Mit Verwunderung und Enttäuschung hörte er, dass der keineswegs beabsichtigte, die norditalienische Partisanenbewegung für eine Machtergreifung der kommunistischen Partei zu nutzen, sondern ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien anstrebte und die Revolution in ferne Zukunft verschob. Togliatti habe schon damals die eurokommunistische Strategie vom »historischen Kompromiss« vertreten, schloss Kardelj im Rückblick.⁷ Das war Stalins Linie für die westeuropäischen Parteien. Er wollte sich an die Teilung der Einflussphären in den Abkommen von Teheran und Jalta halten, denn die Sicherheit der Sowjetunion hatte unbedingten Vorrang vor revolutionärer Expansion. Deshalb reagierte Stalin – ebenso wie die Briten – in hohem Maße allergisch auf Titos militärische Unterstützung der Kommunisten im griechischen Bürgerkrieg. Swain sieht dies als den eigentlichen Grund für Stalins Bruch mit Tito und seiner Partei.⁸

Ein zweiter Grund war sicherlich Titos »imperialistische Politik« im Balkanraum. Die jugoslawischen Kommunisten erinnerten sich an den alten sozialistischen Traum einer Balkanföderation, der auf der Belgrader Konferenz von 1910 Programm der Sozialdemokraten des Balkans geworden war. Alle sozialistischen Friedensinitiativen vor und während des Ersten Weltkriegs enthielten diesen Vorschlag. Nun sahen die jugoslawischen Kommunisten die Möglichkeit greifbar nahe, mit Albanern, Bulgaren und natürlich

⁶ Sundhaussen, Jugoslawien, S. 70–82.

⁷ Edvard Kardelj, *Der Übermacht zum Trotz. Erinnerungen an Jugoslawiens Kampf um Anerkennung und Souveränität 1944–1957*, Frankfurt a. M. 1984, S. 11–15, 46–50, 64–71.

⁸ Geoffrey Swain, *The Cominform: Tito's International?*, in: *The Historical Journal*, 35 (1992), S. 641–663; Silvio Pons, *Stalin, Togliatti, and the Origins of the Cold War in Europe*, in: *Journal of Cold War Studies*, 3 (2001), S. 3–27.

den Griechen, wenn denn die Kommunisten dort siegten, eine solche Balkanföderation zu bilden. Georgi Dimitroff, nun auf die Führung der bulgarischen Partei beschränkt, teilte diese Ideen, denn sie waren nach dem Ersten Weltkrieg auch in Bulgarien populär gewesen. Er schreckte allerdings schon zurück, als die Jugoslawen ihm klarmachten, dass Bulgarien dann eine jugoslawische Teilrepublik unter anderen wäre. Der Albaner Enver Hoxha, dessen Kommunistische Partei mit Titos tatkräftiger Hilfe an die Macht gekommen war, hing dem südslawischen Traum nicht an, er beugte sich der jugoslawischen Überlegenheit. Mit Krediten, gemeinsamen Unternehmen, abgestimmter Wirtschaftsplanung, Zoll- und Währungsunion wurde Albanien von Jugoslawien abhängig.⁹ In Moskau beobachtete man argwöhnisch, wie die jugoslawische Großmachtspolitik sich anschickte, ein zweites Kraftzentrum der kommunistischen Welt zu schaffen.

So braute sich das Unwetter über den nichtsahnenden Häuptern der jugoslawischen Führungsmannschaft zusammen. Auf der Gründungssitzung des Kommunistischen Informationsbüros im polnischen Szklarska Poręba (Schreiberhau) Ende September 1947 war die jugoslawische Delegation noch die verlässlichste Unterstützerin der sowjetischen Genossen gewesen. Sie hatten es als Anerkennung ihrer herausragenden Rolle genommen, dass Belgrad Sitz des Büros wurde. Doch anstatt »Titos Internationale« zu werden, erfolgte neun Monate später auf Stalins Antrag durch eben dieses Gremium die Exkommunikation der jugoslawischen Partei. Stalins Unwillen bekamen erstmals im Januar 1948 Kardelj und Djilas zu spüren, die Tito an seiner statt auf die Order aus Moskau geschickt hatte. Stalins Vorwürfe waren vielfältig, briefliche Klarstellungen nutzlos. Die Abberufung der sowjetischen Berater und des Botschafters, die Einstellung aller Lieferungen, schließlich der Ausschluss aus dem Kommunistischen Informationsbüro machten den jugoslawischen Parteiführern klar, dass es sich nicht um Missverständnisse handelte. Die so genannten Bruderländer zogen Truppen an den jugoslawischen Grenzen zusammen und stoppten sämt-

⁹ Milovan Djilas/Branko Pejaković, Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftefeld. Memoiren 1945-1966, München 1992, S. 121-123; 148f; 185-187; Ernstgert Kalbe, Integration und Desintegration in den südslawischen National-Bewegungen des 19./20. Jahrhunderts – ein Toleranzproblem?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Nr. 77 (2005), S. 47-78.

liche Lieferungen. Stalin stieß Morddrohungen gegen Tito aus und rief die Jugoslawen auf, ihre Führung zu stürzen.¹⁰

Im Herbst musste sich das von der Blockade schwer getroffene Land um Hilfe an den Westen wenden. Die Briten boten einen Kredit von fünf Millionen Pfund, wenn die Grenze zu Griechenland geschlossen werde. Keine Frage, dass geschah, was die Jugoslawen Stalin verweigert hatten: Der griechische Aufstand fiel in sich zusammen. Die logische, allseits erwartete und von Stalin flugs unterstellte Folge wäre nun gewesen, dass Jugoslawien sich dem Westen und seinem Bündnissystem in die Arme geworfen hätte. Genau dies geschah gegen allen Druck nicht, Jugoslawien behauptete eine unabhängige Position zwischen den Blöcken im Kalten Krieg. Die Jugoslawen verstanden diese Unabhängigkeit nicht als bloße Neutralität, sondern an der Spitze der Blockfreienbewegung im Bunde mit Nehru, Nasser, Sukarno und Kwame Nkrumah als antikapitalistische Entwicklungspolitik. Das Land gab seine sozialistische Revolution nicht auf, es erfand sich neu.

Rätedemokratie – Selbstverwaltungssozialismus

Kardelj erinnerte sich an die monatelange innere Krise, die er durchlebte, stundenlang in seinem Zimmer zu den Klängen Beethoven'scher Symphonien auf und ab gehend. Nicht um die Grundsatzentscheidung für den Kommunismus sei es gegangen, die hätte er »am ersten Tag« getroffen, sondern um die Frage, wie der unter Stalin so entarten konnte. Am Ende stand die Erkenntnis, dass die Kommunistische Partei in der Verschmelzung mit dem Staatsapparat zum Instrument der Diktatur eines Menschen verkommen sei, und dass die Massen der Arbeiter, aller Rechte der revolutionären Sowjets von 1917 beraubt und von aller Macht getrennt, zu Lohnarbeitern des Staates geworden waren. Die tiefe Krise betraf die ganze Partei. Viele konnten sich von dem Glauben an Stalin und die Sowjetunion nicht lösen. Diese so genannten Kominformisten wurden grausam verfolgt. Tausende kamen auf die »Kahle Insel« Goli Otok zur »Umerziehung«. Aus den Erinnerungen von Kardelj und Djilas geht hervor, dass es vor allem diese beiden aus dem Führungsquartett und der Wirtschaftsfachmann Boris Kidrič

¹⁰ Kardelj, *Übermacht*, S. 139-168; Djilas/Pejaković, *Jahre der Macht*, S. 171-196; Sundhaussen, *Jugoslawien*, S. 82-91.

waren, die in monatelangen Gesprächen den Ausweg fanden. Tito wurde erst im Frühjahr 1949 in die Pläne einbezogen.¹¹

Es galt also, von Stalin fortzugehen, zurück zu Lenin und von diesem weiter bis zu den Wurzeln, bis zu Marx. Die Partei wurde in »Bund der Kommunisten Jugoslawiens« umbenannt, dem Vorbild jener ersten, unter dem Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels 1847 geformten Arbeiterpartei folgend, für die die beiden Gründungsväter das Kommunistische Manifest geschrieben hatten. Die jugoslawischen Kommunisten wollten keine Staatspartei mehr sein, die statt der Arbeiter regierte, und keine Partei neuen Typs mehr, wie Lenins zentralistisch geführte Bolschewiki. Der sechste Parteikongress im November 1952 vollzog die Umbenennung für die Gesamtpartei wie für die Parteiorganisationen der Teilrepubliken.¹² Für die Ausübung der Macht durch die Arbeiter selbst gingen Kardelj und seine Mitstreiter zurück auf das Kommunistische Manifest, aber auch auf die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871: die »Assoziation freier Produzenten« als Grundlage einer kommunistischen Gesellschaft und das Rätssystem der Pariser Kommune. Es galt, Staatseigentum in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, damit die Arbeiter nicht länger Lohnarbeiter des Staates wären. An die Stelle des sowjetischen Staatskapitalismus, wie die Jugoslawen Stalins System nun nannten, trat der Selbstverwaltungssozialismus.

Im Juli 1950 trug Tito der Nationalversammlung das Gesetz vor, mit dem staatliche Unternehmen in die Hände von Arbeiterräten der Belegschaften gelegt wurden – nicht als Sondereigentum, sondern zur Bewirtschaftung. Die Arbeitskollektive wählten die Räte, diese beriefen und kontrollierten die Verwaltungsausschüsse, also Direktor und technisch-ökonomisches Personal, und bildeten mit diesen gemeinsam die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe. Diese bildeten mit den Delegierten der politischen und gesellschaftlichen Organisationen (Partei, Gewerkschaft, Jugend- und Frauenorganisationen) die Volkskomitees der Kommunen. Diese Volkskomitees waren die Basis von Staat und Gesellschaft und wählten wiederum die Räte der höheren Ebenen bis zu den Republiken und der Föderation. Das war kein parlamentarisches System, es war ein Rätssystem, aber darum nicht notwendig weniger demokratisch. Im Verlauf der nächsten

¹¹ Kardelj, *Übermacht*, S. 169-171; Djilas/Pejaković, *Jahre der Macht*, S. 307-309.

¹² Kardelj, *Übermacht*, S. 174-176; Swain, *Tito*, S. 100-104.

eineinhalb Jahrzehnte nahm das System mit Gesetzen und Verfassungsänderungen Gestalt an. Die zentrale Planung trat zurück, nicht mehr Produktionsmengen und Artikel wurden vorgegeben, sondern Proportionen zwischen Wirtschaftszweigen und Regionen geplant. Die Republiken und die Föderation verloren nicht nur die Mitbestimmung bei der Wahl der Direktoren, sondern auch immer mehr Verfügung über die Gewinne der Unternehmen.¹³ Die Kommunistische Partei machte ihren Einfluss natürlich nicht nur über die eigenen Delegierten geltend, sondern auch über die Dominanz ihrer Mitglieder in jeglichen Räten und Gremien. Das Spannungsverhältnis zwischen Rätedemokratie und Ein-Parteien-Herrschaft sorgte für eine anhaltende Reformdebatte innerhalb der Partei und war Angriffspunkt wachsender Kritik.

Dieser einzigartige rätedemokratische Großversuch war zumindest für einige Jahrzehnte erfolgreich. Die nachholende Industrialisierung verknüpfte sich mit der Hebung des Bildungsniveaus, mit steigender Lebenserwartung und sinkender Säuglingssterblichkeit. Der Wohlstand wuchs, gemessen in Wohnungsgröße, Zucker- und Fleischverzehr, und dies auch auf dem Land, wo die Bevölkerung noch in der Zwischenkriegszeit bitterarm gewesen war. Das allgemeine Wirtschaftswachstum erreichte von 1950 bis 1973 in der gesamten Föderation 4,49 Prozent jährlich. Es entsprach also dem in anderen ostmitteleuropäischen Agrarländern Erreichten.¹⁴ Die Wirtschaftsordnung hatte offenbar in dem Goldenen Vierteljahrhundert keinen erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, das gilt auch für den Vergleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Der Nutzen des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus lag nicht so sehr im Wohlstandsgewinn, sondern vor allem in der Freiheit und Selbstbestimmtheit der Menschen. Unterstützt von einer weitgehend zensurfreien Presse- und Medienlandschaft öffnete sich Jugoslawien für westliche Kultur. Literatur und Künste nahmen Surrealismus, Atonalität, Abstraktion und Popkultur

¹³ Edvard Kardelj, *Evolution in Yugoslavia*, in: *Foreign Affairs*, 34 (1956), S. 580-602; Edvard Kardelj, *Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft*. Übers. v. Zoran R. Jovanovic, Köln 1979, S. 21-36; Włodzimierz Brus, *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa*, Köln 1987, S. 63, 287-301; Howard, *Market Socialism*.

¹⁴ Angus Maddison, *Die Weltwirtschaft. Eine Millenniumsperspektive*, Paris 2003, S. 176.

auf, Lebensstil und Jugendkultur verschmolzen westliche Einflüsse mit den Werten des Selbstverwaltungssozialismus.¹⁵

Milovan Djilas ging diesen Weg nicht mit. In einer Artikelserie, die Ende des Jahres 1953 in der Parteizeitung »Borba« (»Der Kampf«) erschien, forderte er die ideologische und politische Entmachtung der Parteibürokratie, Pluralismus der Ideologien und die Zulassung konkurrierender Parteien, also Abschied vom Kommunismus als Gesellschaftssystem. Djilas büßte mit Parteiausschluss und dem Verlust seiner Ämter. Als er im Westen sein Buch »Die neue Klasse« veröffentlichte, das weltweite Verbreitung fand, wurde er zu langjähriger Gefängnisstrafe verurteilt.¹⁶ Das Buch war eine Kampfansage an den Kommunismus, gerade auch in seiner jugoslawischen Gestalt, und eine Absage an den Marxismus. Auch Leszek Kołakowski zählte Djilas deshalb ausdrücklich nicht unter die Revisionisten, die Erneuerer des Marxismus.¹⁷

Das war anders bei der Gruppe radikaler Kritiker, den Philosophen der Universitäten Belgrad und Zagreb, die sich seit 1963 um die Zeitschrift »Praxis« scharten. Der Bruch mit dem Stalinismus hatte das geistige Leben des Landes in eine Krise gestürzt, aus der es zu neuen Horizonten strebte. Darin gab es lange keinen Widerspruch zum Bund der Kommunisten, der in erbitterten Debatten um die eigene Identität rang. Aber die Philosophen machten nicht an den parteiamtlich gezogenen Grenzen des Denkens halt. Sie gingen weit zurück zum Junghegelianer Marx, dem Marx der »Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte«, für den die Entfremdung des Menschen von seinem eigensten Selbst durch mechanische, notwendige Arbeit die Schlüsselkategorie war. In dieser Entfremdung erkannten sie das eigentliche Hindernis einer befreiten Welt, deren Praxis freie, humane schöpferische Aktivität sein müsse. Darin sahen sie den Kern des Marx'schen Denkens auch noch im »Kapital« und in den späteren Schriften. In diesem Sinne blieben sie Marxisten. Marxismus als Grundlage von Politik, als Rechtfertigung des Bestehenden oder seines revolutionären Sturzes, lehnten sie nun ab. Die Nähe zur Frankfurter Schule und zum westeuropäischen Neomarxismus ist deutlich.

¹⁵ Sundhaussen, Jugoslawien, S. 147-151.

¹⁶ Djilas, Jahre der Macht, S. 307-309, 366-380, 418-449; Swain, Tito, S. 104-106.

¹⁷ Leszek Kołakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung-Entwicklung-Zerfall, Bd. 3, München 1979, S. 520.

Diese Philosophen waren seit ihrer Jugend Mitglieder der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, und etliche kamen, wie Mihailo Marković und Vojin Milić, aus dem Partisanenkampf. Das weltweite Interesse am jugoslawischen Experiment trug den Philosophen die Sympathie der internationalen antistalinistischen Linken ein. Von 1963 bis 1974 organisierte die Praxis-Gruppe die legendäre Sommerschule auf der Adria-Insel Korčula, deren Themen so grundsätzlich waren, wie die Teilnehmer berühmt: Herbert Marcuse, Erich Fromm und Jürgen Habermas vertraten die unterschiedlichen Generationen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Ernst Bloch, Lucien Goldman und Ernest Mandel sprachen, der polnische Dissident Leszek Kołakowski und die Lukács-Schülerin Ágnes Heller waren da – und viele, viele andere. Die westlichen Gäste trugen ihre Kritik der kapitalistischen Konsumgesellschaft und ihres Repressionsapparates vor. Die Dissidenten aus dem Ostblock geißelten den Staatssozialismus sowjetischen Musters. Die jugoslawischen Gastgeber griffen die »Technobürokratie« an, die über die Demokratie der Arbeiterräte als neue Klasse herrsche, und sie beklagten die entfremdete Arbeit, die auch im Selbstverwaltungssystem andauere.¹⁸

Edvard Kardelj setzte sich mit der »ultralinken« Kritik der Praxis-Gruppe auseinander. Technokratie und Überreste der Klassengesellschaft seien Deformationen des Selbstverwaltungssozialismus, nicht dessen Prinzip. Die Ultralinken übertrügen die Kritik an Warenproduktion und Konsum in der kapitalistischen Gesellschaft auf das sozialistische Jugoslawien und griffen die Institutionen von Partei und Staat als bürokratisch und stalinistisch an. Ihre anarchistischen Vorstellungen von der Aufhebung jeglicher Arbeitsteilung und Einkommensunterschiede stünden aber im Widerspruch zum Gerechtigkeitsempfinden der Arbeiter. Die ultralinke Kritik liefe darauf hinaus, die Arbeiterselbstverwaltung durch eine Erziehungsdiktatur der Intellektuellen zu ersetzen.¹⁹ Das war nicht falsch. Die Partei hatte lange zugesehen und zugehört, doch als die intellektuelle Kritik in

¹⁸ Mihailo Marković, Entfremdung und Selbstverwaltung, in: Folgen einer Theorie. Essays über das »Kapital« von Karl Marx, Frankfurt a. M. 1967, S. 178-204; Mihailo Marković/Gajo Petrović (Hrsg.), Praxis. Yugoslav Essays in the Philosophy and Methodology of the Social Sciences, Dordrecht/Boston 1979, S. XI-XXXVI; Leszek Kołakowski, Hauptströmungen, Bd. 3, S. 518-520; Luka Marković, Entfremdung und »Aufhebung der Entfremdung« bei Karl Marx und der »Praxis«-Gruppe, Münster 1987.

¹⁹ Kardelj, Wege der Demokratie, S. 87-97.

Studentendemonstrationen umschlug und die studentische Agitation Unruhen in den Betrieben auslöste, ja als der Gewerkschaftsvorsitzende selbst zum Generalstreik als dem klassischen anarchistischen Mittel der direkten Aktion aufrief, wollte Tito die Studentenproteste »mit chirurgischem Messer« von den Forderungen der Arbeiter trennen. Die Partei ging 1974/75 gegen die führenden Köpfe der Praxis-Gruppe mit Ausschlüssen und mit Relegationen von der Universität vor, doch die Rechte der Arbeiter wurden erweitert. Die jugoslawische Verfassung erhielt Ergänzungen, die nicht nur die Entscheidungen über Einkommen, Betriebsführung und Produktion, sondern auch Investitionsentscheidungen in die Hände der Arbeiterselbstverwaltung legten.²⁰

Mit dieser Dezentralisation kam der Selbstverwaltungssozialismus an die Grenze der Selbstdemontage. Der Amerikaner Wayne Leeman, der Jugoslawien als das einzige Land der Welt rühmte, dessen Führung den syndikalistischen Traum wahr machte und die Kontrolle der Unternehmen in die Hände der Arbeiter legte, warnte während der Hochzeit der Reformen, dass der Abbau staatlicher Entscheidungsrechte und Kontrollen den Sonderinteressen der einzelnen Selbstverwaltungskörperschaften zu viel Raum gäbe. Die Marktkonkurrenz bedrohe die Solidarität zwischen den Unternehmen, sodass sich die anarchistische Freiheit am Ende nicht vom kapitalistischen Laissez-faire unterscheide. Der Rückbau des Sozialstaats wäre unvermeidlich.²¹ In der Tat waren die Investitionen zunehmend von lokalen und regionalen Interessen bestimmt, »politische Fabriken« entstanden, die niemandem nützten, aber Inflation und Arbeitslosigkeit vermehrten.²² Dass der Selbstverwaltungssozialismus zwischen Eigen- und Allgemeininteressen zunehmend die Balance verlor, lag indessen nicht so sehr an einem durch linksradikale Kritik initiierten überschießenden Reformprozess. Dahin wirkte vor allem auch der Nationalismus der Republiken, der die Staatlichkeit der Föderation aushöhlte.

²⁰ Swain, Tito, S. 157-159.

²¹ Wayne A. Leeman, *Syndicalism in Yugoslavia*, in: *Economic Development and Cultural Change*, 18 (1970), S. 230-139.

²² Brus, *Geschichte der Wirtschaftspolitik*, S. 301.

Brüderlichkeit und Einheit

Das war die Losung der jugoslawischen Föderation gleichberechtigter Nationen. Der gemeinschaftsstiftende Mythos war kein Jugoslawismus, keine Schlacht auf dem Amselfeld, kein kroatisches, serbisches oder montenegrinisches Königtum, sondern allein der Partisanenkrieg, in dem alle ungeachtet ihrer Nationalität und Konfession Schulter an Schulter gekämpft hatten. Die Führung um Tito und Kardelj ließ mit der Föderationsverfassung den liberalen und den sozialistischen Jugoslawismus der Jahrhundertwende fallen, sie stellte sich aber vor allem gegen die Fiktion der Zwischenkriegszeit von der einen Nation aus den drei Stämmen der Kroaten, Serben und Slowenen. Diese drei und die serbokroatisch sprechenden Montenegriner wie die den Bulgaren verwandten Makedonier galten nun als eigene Nationen und erhielten jeweils Republiken in historischen Grenzen nach dem Stand vor dem Ersten Weltkrieg. Territorial ging dies zulasten Serbiens. Von den Serben, die ein reichliches Drittel der Föderationsbevölkerung stellten, lebte nahezu jeder zweite nicht im engeren Serbien. Eine eigene Republik erhielten auch die teils moslemischen, teils katholischen, teils serbisch-orthodoxen Bewohner Bosnien-Herzegowinas, die sich gemeinsam serbokroatisch verständigten. Die überwiegend albanische Bevölkerung des Kosovo musste sich ebenso wie die ungarische Minderheit der Vojvodina mit dem Status einer autonomen Region innerhalb Serbiens zufriedengeben. Mit Ausnahme Sloweniens beherbergten ja alle Republiken Minderheiten aus den anderen Völkern Jugoslawiens.²³

Auch die nationale Verfassung des neuen Jugoslawien war wesentlich das Werk von Edvard Kardelj. Der Slowene war seit seinem Buch über die nationale Frage der Slowenen, das 1939 in Ljubljana erschienen war, Spezialist fürs Nationale. Seine Schrift entstand im Zuge der Stalinisierung und diente der Auseinandersetzung mit dem austromarxistischen Erbe. Unter dem Parteivorsitz des Belgrader Mathematikprofessors Sima Marković hatte eine Mehrheit der jugoslawischen Kommunisten lange mit Stalin und der Komintern im Streit um diese Fragen gelegen. Die Komintern verlangte, die Kommunisten sollten die separatistischen Bewegungen in Kroatien, Makedonien und Montenegro unterstützen, um den jugoslawischen Staat auseinanderzubrechen. Tatsächlich war nicht nur die nationalkroa-

²³ Holm Sundhaussen, *Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall*, Mannheim u.a. 1993, S. 101.

tische Bauernpartei von Stjepan Radić in der Moskauer Bauern-Internationale (Krestintern) willkommen, auch die »Revolutionäre Makedonische Befreiungsorganisation« mit ihrem Bandenkrieg im serbischen Grenzland wurde sowjetischer Bundesgenosse.²⁴ Dahinter stand Stalins auf Lenin zurückgehende, dann von Wilson übernommene Auffassung, dass nationale Selbstbestimmung das Recht auf territoriale Lostrennung einschliesse.

Stalin und die Komintern waren entschlossen, jede nationalistische Bewegung auszunützen und bis zur bolschewistischen Revolution voranzutreiben. Sima Marković verteidigte das austromarxistische Erbe, er vertrat wie der slowenische Parteiführer Etbin Kristan und wie Otto Bauer und Karl Renner die Auffassung, dass das Selbstbestimmungsrecht nicht im Kampf um den Nationalstaat zu gewinnen sei, denn jede Grenze schliesse wiederum Minderheiten ein und die Unterdrückung dauere mit neuer Rollenverteilung fort. Nur die verfassungsmäßig gesicherte kulturelle Autonomie in einer sozialistischen Föderation der Völker bedeute wahre Selbstbestimmung. Der Kampf für ein sozialistisches Jugoslawien mit allen Mitteln und Bündnispartnern sei der Weg.²⁵ Sima Marković wurde von Stalin ermordet, und seine Anhängerschaft fiel Titos Bolschewisierung zum Opfer.

Kardelj, der sich damals so intensiv mit der Widerlegung der Austromarxisten und besonders ihres slowenischen Zweigs befasst hatte, blieb offenbar nicht unbeeinflusst. Nach dem Krieg sorgte er dafür, dass genug von ihrem Gedankengut in Jugoslawiens Nachkriegsverfassungen kam. Kardelj verband nun nationalterritoriale Staatsbildung und nationalkulturelle Autonomie. Die Autonomie der Vojvodina und des Kosovo, der multikulturelle Zuschnitt Bosnien-Herzegowinas, die weitgehenden Autonomierechte der Minderheiten in Sprachen, Bildungswesen, Kirchenwesen, Kunst- und Literatur sollten ein gleichberechtigtes Zusammenleben innerhalb der Republiken ermöglichen. Es war die Quadratur des Kreises unter dem Banner von »Brüderlichkeit und Einheit«. Als sein Buch im sozialistischen Jugoslawien wieder erschien, konnte es anders gelesen werden.²⁶

²⁴ Avakumovic, History, S. 60–88; Mark Biondich/Stjepan Radić, The Croat Peasant Party and the Politics of Mass Mobilization, 1904–1928, Toronto 2000, S. 196–198.

²⁵ Etbin Kristan, Nationalismus und Sozialismus in Österreich, in: Akademie: revue socialisticá – Sozialistische Revue, 2 (1898), S. 485–491; Sima Marković, Nacionalno pitanje u svetlosti Marksizma. [Die nationale Frage im Licht des Marxismus], Beograd 1923.

²⁶ Edvard Kardelj, Die Verteilung. Nationale Frage der Slowenen, Wien 1971.

Unversehens setzte jedoch die Bildung der sechs Republiken als Heimatstaaten der jugoslawischen Völker eine separate Nationsbildung in Gang. Der gegenläufige Prozess, die Bildung einer jugoslawischen Nation, lief der offiziellen Doktrin zuwider, er war nicht erwünscht und daher schwach. Immerhin gab es 1981 doch 1,2 Millionen Bürger, mehr als jeder Zwanzigste, die sich bei der Volkszählung als »Jugoslawen« bezeichneten. Es waren Menschen, die wie Tito von Eltern zweier Völker stammten, mit einem Partner eines dritten lebten, und während ihres Lebens häufig genug in verschiedenen Teilen des Landes Heimat gefunden hatten.²⁷ Die Republiken wurden zu Nationalstaaten, die Nationalitätenstaaten waren. So sollte sich Etbin Kristans Voraussage vom Ende des voraufgegangenen Jahrhunderts erfüllen, dass man Nationen nicht territorial organisieren dürfe, weil jede Grenze angesichts der vermischten Völkerschaften Mitteleuropas Hader brächte. Spannungen im Innern und zwischen den Republiken brandeten auf. Im autonomen Kosovo mit drei Vierteln albanischer Bevölkerung, nur noch durch den Mythos der Amsselfeldschlacht von 1389 an Serbien gefesselt, kam es seit den 1960er Jahren immer wieder zu Massendemonstrationen für eine eigene Republik. Sie wurden blutig unterdrückt. Zwischen den Republiken wuchsen Rivalitäten aus dem wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle innerhalb der Föderation. Slowenen und Kroaten waren es satt, Teile ihres Wohlstands nach Montenegro, Makedonien und dem südlichen Serbien umverteilt zu sehen.

Die treibenden Kräfte dieses Nationalismus der Republiken waren sowohl alte als auch neue Eliten. Die Kirchen stellten die Religionen und Traditionen gegeneinander; die orthodoxe Kirche in Makedonien trennte sich sogar von der serbischen Mutterkirche. Die alten Nationalisten im Land und im Exil, die Monarchisten und Ustascha-Anhänger, wollten den Nationalismus wieder an die vergangenen Königreiche binden und den Revolutions- und Partisanenmythos begraben. Vor allem aber waren es die Intellektuellen in Universitäten, Akademien und Verlagen, die Schriftsteller und die Publizisten. Sie erklärten die jeweiligen Besonderheiten des Serbokroatischen zu eigenen kroatischen, serbischen, montenegrinischen Sprachen und werkelten an je eigenen Geschichtsbildern, Wörterbüchern, Lehrplänen und Literaturen.²⁸

²⁷ Sundhaussen, *Experiment Jugoslawien*, S. 101.

²⁸ Sundhaussen, *Jugoslawien*, S. 157-166.

Unheilvoll verschränkte sich die politische Reformdiskussion an den Universitäten und innerhalb der Partei mit dem neuen Nationalismus. Die Kritik an Bürokratie und »Unitarismus« – einem vermuteten neuen Jugoslawismus – richtete sich gleichermaßen gegen die rudimentäre zentrale Planung und Kontrolle der Selbstverwaltung, gegen die Parteibürokratie und gegen die Kompetenzen der Organe des Gesamtstaates. Der Ruf nach schrankenloser Dezentralisierung verband sich mit dem Streben der Republiken und autonomen Gebiete nach voller Staatlichkeit. Sundhausen schreibt: »Zwischen 1967 und 1971 gingen Proteste und Reformen Hand in Hand, und es ist schwer zu entscheiden, ob die Proteste die Reformen oder die Reformen die Proteste ermöglichten und vorantrieben.«²⁹

Exemplarisch ist der »kroatische Frühling« von 1971, der sich zur Staatskrise entwickelte. Kulturinstitutionen und Medien lieferten die Argumentation, und die Studenten der Zagreber Universität wurden Initiatoren einer radikalisierten Massenbewegung, die einen selbständigen kroatischen Nationalstaat mit eigener Armee forderte. Die Ereignisse wiederholten sich im folgenden Jahr in Serbien. Der Bund der Kommunisten Kroatiens hatte sich in beiden Fällen mit der Massenbewegung verbündet, ja an deren Spitze gestellt. Die Parteiführungen der anderen Republiken standen mit ihrem neuen Nationalismus nicht nach. Tito selbst stellte sich gegen die »Unitaristen«, in der Hoffnung, so die Mobilisierung der Straße zu beenden. Kardelj bereitete, begleitet noch immer von Protesten, weitere 23 Verfassungsänderungen vor, die den 1967/68 begonnenen Prozess der Föderalisierung fortsetzten. Im Ergebnis war Jugoslawien kaum noch ein Bundesstaat zu nennen, die Bundesorgane geboten nur noch über die Außenpolitik und die Armee.³⁰

Kardeljs Zweifel wuchsen angesichts der Entwicklung, er setzte sich wieder und wieder mit dem austromarxistischen und slowenischen Konzept der Nation und der Kulturautonomie auseinander. Doch es gelang ihm nicht, sich gedanklich von dem leninistisch-stalinistischen Konzept des territorialen Nationalstaats zu lösen. Das Leben zeige, schrieb er, dass sich die Völker mit der kulturellen Autonomie nicht abfinden würden, da es ohne Unabhängigkeit keine politische und kulturelle Macht gäbe. Aber war nicht das Wohlstandsversprechen aller Unabhängigkeitskriege ebenso vom Leben widerlegt worden? Immerhin erklärte Kardelj gegen Lenin das Recht

²⁹ Ebenda, S. 176.

³⁰ Ebenda, S. 176-185.

auf Lostrennung für die Völker des gegenwärtigen Jugoslawien nicht zur Bedingung der Selbstbestimmung. Die einheitlichen Grundlagen des sozialistischen Selbstverwaltungssystems müssten bewahrt werden, auch wenn sich das Land nun von der Föderation zur Konföderation umbilde.³¹

Es gelang nicht. Jugoslawien überdauerte ihn und Tito nur um ein Jahrzehnt. Sie beide hatten ungewollt die Lunte des territorialen Nationalstaats – einst von Lenin zur Sprengung des Zarenreichs erdacht – auch an dieses multinationale Staatswesen gelegt. Als die Staatengemeinschaft des sowjetischen Blocks 1989/1990 in sich zusammenfiel, riss sie die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien mit in den Abgrund. Bürgerliche nationalistische Parteien drängten in den Wahlen des Jahres 1990 die Kommunisten an den Rand, die Losreißung der Republiken begann. Das Unglück eines kriegerischen Jahrzehnts nahm seinen Lauf, begleitet von Vertreibungen, die seitdem mit dem menschenverachtenden Namen »ethnische Säuberungen« bedacht werden. Europa hatte scheinbar vergessen, dass dies seit der Pariser Friedensordnung sein gängiger Weg zum territorialen Nationalstaat gewesen war. Das einmalige historische Experiment dieses europäischen Landes, Rätedemokratie und Multinationalismus zu leben, sollte erinnert werden.

³¹ Edvard Kardelj, *Nation und Sozialismus*. Übers. v. Heinz Neubacher, hrsg. v. David Atlagić, Belgrad 1981, S. 39f., 284–286.

Michael Löwy

Che Guevara als kommunistischer Ketzer und Reformier

War Che Guevara ein kommunistischer Reformier? Wenn der Begriff etwas mit Wegen zum Sozialismus jenseits des sowjetischen Modells zu tun hat, ja. Doch anders als andere »Reformier« war er strikt gegen die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen. Er muss deshalb als untypischer Fall eines »Ketzers« oder kommunistischen Dissidenten gesehen werden.

1928 schrieb José Carlos Mariátegui, der wahre Begründer des lateinamerikanischen Marxismus, in einem Artikel: »Natürlich wollen wir keinen Sozialismus in Lateinamerika als Kopie oder Imitation. Er muss ein heldenhafter Schöpfungsakt sein. Wir müssen den Indo-Amerikanischen Sozialismus durch unsere eigene Realität mit Leben erfüllen. Das ist eine Mission, die der nächsten Generation aufgegeben ist.«¹ Seine Mahnung blieb ungehört. Im gleichen Jahr geriet die lateinamerikanische kommunistische Bewegung unter den Einfluss des Stalinismus, durch den sie fast ein halbes Jahrhundert lang nur als versuchte Nachahmung, gar als Abklatsch der Sowjetbürokratie und deren so genanntem »real existierenden Sozialismus« existierte.²

Wir wissen nicht, ob Che Guevara Mariáteguis Artikel kannte. Er mag ihn gelesen haben, da seine Gefährtin Hilde Godea ihm noch in den Jahren vor der kubanischen Revolution Mariáteguis Schriften geliehen hatte. Wie dem auch sei, man kann sagen, dass ein großer Teil seines politischen Denkens und Handelns, vor allem in den 1960er Jahren, darauf gerichtet war, aus der Sackgasse diensteifriger Nachahmung des sowjetischen Modells, das in Osteuropa errichtet worden war, herauszufinden. Seine auf

¹ J. C. Mariátegui, Aniversario y balance, in: *Amauta*, Nr. 17 (September 1928), Wiederabdruck in: Ders., *Ideología y Política*, Lima 1971, S. 249. José Carlos Mariátegui (1894–1930) war einer der bedeutendsten marxistischen Denker Lateinamerikas. Er ist hauptsächlich durch seine Arbeit »Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana« (dt.: *Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen*, Berlin [West] 1986) bekannt geworden.

² Vgl. hierzu auch Jürgen Mothes, *Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«*. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hrsg. von Klaus Meschkat, Berlin 2010.

den Aufbau des Sozialismus gerichteten Ideen waren der entschlossene Versuch eines neuartigen »heldenhaften Schöpfungsaktes«, die – diskontinuierliche und unvollendete – Suche nach einem bestimmten Modell des Sozialismus, das in vielerlei Hinsicht im klaren Gegensatz zu dessen »real existierender« Karikatur stand.

Zwischen 1959 und 1967 unterlag Che Guevaras Denken einer bemerkenswerten Entwicklung. Er distanzierte sich immer mehr vom Sozialismus sowjetischer Bauart, d.h. von der stalinistischen Version des Marxismus. In einem Brief an einen kubanischen Freund kritisierte er 1965 scharf die »ideologische Nachbeterei« der sowjetischen Marxismus-Lehrbücher in Kuba. Diese Lehrbücher, »sowjetische Quadersteine«, wie er schrieb, »haben den Nachteil, dass sie Dich vom Denken abhalten; die Partei hat schon für Dich gedacht, und Du musst schlucken, was sie denkt.«³ Vor allem in seinen Schriften nach 1963 sieht man noch schärfer als vorher seine Ablehnung der »Imitation und Kopie« und seine Suche nach einem alternativen Modell, seine Bemühungen, einen anderen Weg zum Sozialismus auszumachen, einen Weg, der durch ein Mehr an Radikalität, Gleichheit, Brüderlichkeit und Übereinstimmung mit der kommunistischen Ethik geprägt ist.

Mit Ches Tod im Oktober 1967 brach ein Prozess intellektueller Entwicklung und selbständigen Reifens ab. Sein Werk stellt kein geschlossenes System dar, kein abgeschlossenes Denkgefüge mit Antworten auf alle Fragen. In vielen Fragen, so der Planung, des Kampfes gegen die Bürokratie usw., bleibt sein Denken unabgeschlossen.⁴

Der Beweggrund für die Suche nach einem neuen Weg war die Überzeugung, dass der Sozialismus – jenseits aller spezifisch ökonomischen Fragen –

³ Dieser Brief ist bisher unveröffentlicht und wird hier zit. nach Carlos Tablada, *Le marxisme d'Ernesto (Che) Guevara*, in: *Alternatives Sud III*, Nr. 2 (1996), S. 168. Vgl. ders., *Che Guevara. Economics and Politics in the Transition to Socialism*, New York 1992, sowie ders., *Cuba, quelle transition?*, Paris 2001.

⁴ Fernando Martínez Heredia bemerkte mit Recht, dass »es sogar positive Aspekte in Ches unvollendeter Denkweise gibt. Der große Denker ist auch hier sichtbar, weist auf einige Probleme, Aspekte und Möglichkeiten hin, und er fordert seine Genossen dazu auf, die Theorie und Praxis zu prüfen, zu durchdenken und miteinander zu verbinden. Wenn man sich auf sein Denken wirklich einlässt, wird es unmöglich, dieses zu dogmatisieren und zu einem starren Gedankengebäude umzuformen oder als Zettelkasten für genehme Zitate zu benutzen.« Fernando Martínez Heredia, *Che, el socialismo y el comunismo*, in: *Centro de estudios sobre América* (Hrsg.), *Pensar el Che*, Bd. 2, Havanna 1989, S. 30. Vgl. auch ders., *Che, el socialismo y el comunismo*, Havanna 1989.

ohne Wert ist und folglich nicht siegen kann, wenn er keine neue Form der Zivilisation, keine neue soziale Ethik, kein Modell der Gesellschaft verkörpert, das im grundlegenden Gegensatz zum selbstverliebten Individualismus, zum schrankenlosen Egoismus, zum Konkurrenzdenken, zum Krieg aller gegen alle steht, das die kapitalistische Ordnung prägt, eine Welt, in der Menschen einander oft geradezu auffressen.

Der Aufbau des Sozialismus ist untrennbar mit gewissen moralischen Werten verbunden – im Gegensatz zu den »ökonomistischen« Konzeptionen von Stalin, Chruschtschow und ihren Nachfolgern, die nur die »Entwicklung der Produktivkräfte« im Auge hatten. In einem berühmten Interview mit dem Journalisten Jean Daniel entwickelte Che Guevara schon im Juli 1963 eine implizite Kritik am »real existierenden Sozialismus«, als er sagte: »Sozialismus als Wirtschaftsordnung ohne eine kommunistische Moral interessiert mich nicht. Wir bekämpfen die Armut, aber gleichzeitig die Entfremdung [...] Wenn der Kommunismus nichts mit Bewusstsein zu tun hat, mag er eine Methode der Verteilung von Gütern sein, hat aber nichts mehr mit revolutionären Moralvorstellungen zu tun.«⁵

Wenn der Sozialismus den Kapitalismus auf dessen eigenem Terrain herausfordert und sich dabei dessen Waffen – der Warenform, des Wettbewerbs, des um sich selbst kreisenden Individualismus – bedient, ist er zum Scheitern verurteilt. Man kann natürlich nicht behaupten, dass Che Guevara die Auflösung der UdSSR vorausgesehen hat, aber in gewisser Weise hatte er das Gespür dafür, dass ein »sozialistisches« System, das keine Unterschiede und Eigenheiten anerkennt, das keine neuen Werte hervorbringt, das alles tut, um seinen Gegenspieler nachzuahmen, das kein anderes Ziel verfolgt, außer die imperialistischen Hauptländer in der Produktivität »einzuholen und zu überholen«, keine Zukunft hat.

Für Che bedeutete Sozialismus den geschichtlichen Versuch, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die auf Werten von Gleichheit und Solidarität, revolutionärer Hingabe, Diskussionsfreiheit und Beteiligung der Massen beruht. Seine wachsende Kritik am »real existierenden Sozialismus« wie seine praktische Leitungsarbeit und sein Durchdenken der kubanischen Erfahrungen waren vom Geist der kommunistischen Utopie im Sinne Ernst Blochs gespeist.⁶

⁵ L'Express, 25. Juli 1963, S. 9.

⁶ Vgl. für diesen Aspekt des Bloch'schen Denkens Michael Löwy, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft,

Drei Problemkomplexe sind es besonders, die Guevaras Vorstellungen und seine Suche nach neuen Wegen kennzeichneten: die Debatten über Methoden des ökonomischen Managements, die Frage nach der freien Austragung von Widersprüchen und die Perspektive der sozialistischen Demokratie. Der erstgenannte Aspekt nahm ganz klar einen zentralen Platz in Ches Denken ein, während er die anderen beiden, die eng miteinander zusammenhängen, weniger konzis ausarbeitete und somit dabei Lücken und Widersprüche hinterließ. Aber auch sie waren in seinem Denken und politischem Handeln stets präsent.

Methoden des ökonomischen Managements

Dies bezieht sich auf die berühmten Debatten der Jahre 1963-64, in denen es um verschiedene Aspekte der Planung ging. Che Guevara befand sich dabei im Gegensatz zu den Befürwortern des sowjetischen Modells, zum Außenhandelsminister Alberto Mora und zum Direktor des nationalen Instituts für Agrarreformen (INRA), Carlos Rafael Rodriguez, die vom bekannten französischen marxistischen Ökonomen Charles Bettelheim unterstützt wurden. Ihnen gegenüber entwickelte Che Guevara eine ausgesprochen kritische Position, die auch Ernest Mandel, der belgische marxistische Ökonom (und Leiter des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale), unterstützte.⁷ Diese beinhaltete eine grundsätzliche, zunächst implizit, später explizit geäußerte Kritik am »real existierenden Sozialismus«. Die Hauptmerkmale des osteuropäischen Modells, das Che Guevaras Kritik herausforderte, waren:

- das Wertgesetz als objektiv wirkendes Gesetz der Wirtschaft beim Übergang zum Sozialismus – eine Stalin'sche These, die damals auch Bettelheim vertrat;
- die Warenproduktion als Grundlage der Wirtschaft;
- der Wettbewerb (zwischen Unternehmen oder zwischen Arbeitern) als Faktor zur Steigerung der Produktivität;
- eher individuelle statt kollektive Anreize und Verteilungsmethoden;

Berlin 1997 (Nachdruck 2002).

⁷ Vgl. Aurelio Alonso/Sergio de Santis, *Bewusstsein und Produktion. Eine Kontroverse zwischen Ernesto Che Guevara, Charles Bettelheim und Ernest Mandel über die sozialistische Organisation in der Ökonomie*, Giessen 1973.

- ökonomische Privilegien von Leitern und Wirtschaftsfunktionären;
- das Wirken von Marktmechanismen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen Ländern.⁸

In seiner berühmten »Rede von Algier« rief Che Guevara im Februar 1965 die Länder, die sich sozialistisch nannten, dazu auf, »ihre indirekte Komplizenschaft mit den Ausbeuter-Ländern des Westens zu beenden«, die sich in den ungleichen Austauschbeziehungen mit den Völkern zeigte, die den antiimperialistischen Kampf führten. Laut Che konnte der Sozialismus »nicht existieren ohne einen Bewusstseinswandel in Richtung auf eine brüderliche Menschheitsauffassung, und zwar nicht nur innerhalb der Gesellschaften, die den Sozialismus aufbauen oder ihn aufgebaut haben, sondern auch gegenüber allen Völkern, die weltweit unter imperialistischer Unterdrückung leiden.«⁹

In seinem Essay »Der Sozialismus und der Mensch in Kuba« im März 1965, der die Sozialismus-Modelle in Osteuropa analysierte, wies Che Guevara die Auffassung zurück, wonach der Kapitalismus durch fetteristische Nachahmung seiner selbst besiegt werden könne. »Dem Hirnspinn nachjagend, man könne den Sozialismus mit den morschen Waffen verwirklichen, welche der Kapitalismus uns vererbt (die Ware als ökonomische Zelle, die Rentabilität, das individuelle materielle Interesse als Hebelkraft usw.), kann man sich leicht in einer Sackgasse verfangen. [...] Um den Kommunismus aufzubauen, müssen wir mit der materiellen Basis zugleich den neuen Menschen schaffen.«¹⁰

Eine der Hauptgefahren des aus den Ländern Osteuropas importierten Modells war das Anwachsen der sozialen Ungleichheit und die Herausbildung einer privilegierten Schicht von Technokraten und Bürokraten. In diesem Vergütungssystem »ist es der Direktor, der stets mehr erhält. Hier genügt ein Blick auf die neuesten Ideen aus der Deutschen Demokratischen Republik: dabei geht es um die Bedeutung, die dem Management durch den Direktor zugewiesen wird oder um die Vergütung, die der Direktor für seine Leitungs- und Führungstätigkeit bekommt.«¹¹

⁸ Hierzu mehr bei Michael Löwy, Che Guevara, Köln 1993, Kap. 2.

⁹ Ernesto Che Guevara, Oeuvres 1957–1967, Bd. 2, Paris 1971, S. 574.

¹⁰ Ebenda, S. 371f. (Brief an Carlos Quijano von der Zeitschrift »La Marcha«, Montevideo). Hier zit. nach der deutschen Übersetzung im Internet-Magazin »Glanz und Elend«, <http://www.glanzundelend.de/Artikel/chebrief.htm>.

¹¹ Ernesto Che Guevara, Le plan et les hommes, in: Ebenda, Bd. 6 [bisher unveröffentlicht], Paris 1972, S. 90.

Die Debatte war hauptsächlich eine Auseinandersetzung zwischen einem »ökonomistischen« Standpunkt, der die ökonomische Sphäre als ein autonomes, sich durch eigene Gesetze wie dem Wertgesetz oder Marktmechanismen regulierendes System sah, und einer politischen Konzeption des Sozialismus, in der ökonomische Entscheidungen über Prioritätensetzung in der Produktion, Preise usw. durch gesellschaftliche, ethische und politische Kriterien bestimmt sind.

Mit seinen Vorschlägen für die Wirtschaft – Planung als Gegenstück zu Marktkräften, das System der Haushaltsfinanzierung, kollektive oder moralische Anreize – bemühte sich Che Guevara um die Herausbildung eines Modells des sozialistischen Aufbaus, das nach solchen Gesichtspunkten organisiert werden sollte und sich so vom sowjetischen Modell unterschied.

Hinzugefügt sei, dass es Guevara nicht gelang, eine befriedigende Erklärung der Natur des stalinistisch-bürokratischen Systems zu finden. Meiner Meinung nach war es falsch, dass er die Ursachen für die Probleme und Unzulänglichkeiten des sowjetischen Wegs eher in der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) denn im stalinistischen Thermidor suchte.¹²

Diskussionsfreiheit

In den Debatten der Jahre 1963-64 um Fragen der Wirtschaft sollte ein wichtiger Aspekt hervorgehoben werden: die Ansicht, dass die offene Austragung von Meinungsverschiedenheiten beim Aufbau des Sozialismus normal und Bestandteil eines demokratischen Pluralismus ist.

Dieses Problem tauchte in den Debatten um die Ökonomie nur indirekt auf. Guevara behandelte es niemals direkt oder systematisch. Er brachte es jedenfalls nie mit der Frage nach der Demokratie in Planungsprozessen in Verbindung. Doch bezog er bei verschiedenen Gelegenheiten in den 1960er Jahren eine positive Haltung zum Problem der Diskussionsfreiheit inner-

¹² Dies wird besonders deutlich in seinem Aufsatz zur Politischen Ökonomie (1966), aus dem Carlos Tablada, *Le marxisme d'Ernesto (Che) Guevara*, in: *Alternatives Sud*, 3 (1996), Nr. 2, S. 168, einige Auszüge zitiert. Jeanette Habel schreibt im Vorwort zu Michael Löwy, *La pensée de Che Guevara*, Paris 1997, S. 11, mit Recht, dass Guevara »sich in seiner Kritik zu sehr auf die ökonomischen Deformationen des Stalinismus konzentrierte, auf das Ausmaß der Marktbeziehungen, doch nicht genug die repressive Natur des politischen Systems berücksichtigte.«

halb des Lagers der Revolution und trat für die Respektierung von Meinungsfreiheit ein.

Als ein interessantes Beispiel mag hier sein Verhalten gegenüber den kubanischen Trotzlisten dienen, deren Analysen er keineswegs zustimmte (sondern die er oftmals einer Kritik unterzog). In einer Diskussion mit Maurice Zeitlin, einem nordamerikanischen Linksintellektuellen, kritisierte er die Zerstörung der Druckplatten, auf denen Trotzki »Permanente Revolution« hergestellt worden war, als einen »Irrtum«, der »nie hätte geschehen dürfen«. ¹³ Wenige Jahre später, kurz bevor er Kuba verließ, veranlasste er die Freilassung von Roberto Acosta Hechevarria, dem Führer der kubanischen Trotzlisten, aus dem Gefängnis und verabschiedete ihn mit dem brüderlichen Gruß: »Acosta, man kann Ideen nicht totschiagen.« ¹⁴

Das wichtigste Beispiel dafür war 1964 die Antwort in einem Bericht an seine Genossen im Industrieministerium, nachdem einige sowjetische Autoren gegen ihn den Vorwurf des »Trotzkismus« erhoben hatten: »Was dies betrifft, so denke ich, dass wir entweder die Möglichkeit haben, Gegenargumenten mit Gewalt den Garaus zu machen oder die Möglichkeit, dass sie vorgebracht werden können. [...] Es ist nicht möglich, Argumenten mit Gewalt beizukommen, denn dadurch wird jede freie Entwicklung des Denkens verhindert. Es gibt viel Wertvolles in Trotzki's Denken, obgleich mir scheint, dass seine Grundpositionen falsch und seine späteren Handlungen voller Fehler waren.« ¹⁵

Es ist daher kein Zufall, dass Guevara seine deutlichste Verteidigung der Diskussionsfreiheit und seine klarste Kritik am stalinistischen Autoritarismus mit Bezug auf die Künste formulierte. In seinem berühmten Aufsatz »Der Sozialismus und der Mensch in Kuba« kritisierte er 1965 den »sozialistischen Realismus« sowjetischer Machart als den Ausdruck einer einzigen Form von Kunst, nämlich »jener Form von ›Kunst‹, die den Funktionären verständlich ist«. Er betonte, dass durch diese Methode »die wahre künst-

¹³ Ernesto Che Guevara, Interview with Maurice Zeitlin, in: R. E. Bonachea/N. P. Valdes (Hrsg.), Che: Selected Works of Ernesto Guevara, Boston 1969, S. 391.

¹⁴ Ernesto Che Guevara, An Interview with Roberto Acosta Hechevarria, in: Gary Tennant, The Hidden Pearl of the Caribbean. Trotskyism in Cuba, London 2000, S. 246. Laut Roberto Acosta sagte ihm Guevara, eines Tages würden Trotzki's Publikationen in Kuba legal erscheinen können. Vgl. ebenda, S. 249.

¹⁵ Che Guevara, Il piano e gli uomini, in: Il Manifesto, Nr. 7 (Dezember 1969, S. 37.

lerische Tätigkeit endet«, somit dem »künstlerischen Ausdruck des dafür geschaffenen Menschen« eine »Zwangsjacke« übergestülpt wird.¹⁶

Sozialistische Demokratie

Obwohl Guevara niemals eine geschlossene Theorie zur Rolle der Demokratie im Prozess des Übergangs zum Sozialismus ausarbeitete, was vielleicht die größte Lücke in seinem Werk war, wies er die autoritären und diktatorischen Konzepte, die dem Sozialismus im 20. Jahrhundert solchen immensen Schaden zufügten, zurück. All jenen, die die Menschen »von oben herab« erziehen wollten – eine falsche Position, die schon Marx in seinen »Thesen über Feuerbach« kritisiert hatte (Marx schrieb, dass »der Erzieher selbst erzogen werden muss«) –, antwortete Che in einer Rede 1960: »Das wichtigste Mittel zur Erziehung der Menschen besteht darin, sie zur Teilnahme an der Revolution zu bewegen. Man sollte nie annehmen, dass nur durch Erziehung allein das Volk lernen kann, wie man gegen eine alles niederdrückende Regierung die einem zustehenden Rechte wahrnehmen kann. Man sollte ihnen zuallererst die Fähigkeit lehren, die eigenen Rechte wahrzunehmen; wenn sie selbst die Regierungsgewalt innehaben, dann werden sie auch wie von selbst lernen, was immer ihnen gelehrt wird, und noch viel mehr als nur das.«¹⁷

Mit anderen Worten: Die einzige Pädagogik der Emanzipation ist die Selbsterziehung der Menschen durch ihre eigene revolutionäre Tätigkeit oder, wie Marx in den »Thesen über Feuerbach« schrieb: »Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als *revolutionäre* Praxis gefasst und rationell verstanden werden.«¹⁸ In diesem Sinn sind auch einige kritische Bemerkungen von 1966 über ein sowjetisches Lehrbuch zur Politischen Ökonomie zu verstehen, in dem es hieß: »Stalins großes historisches Verbrechen war, dass er die kommunistische Erziehung abtat und einen uneingeschränkten Persönlichkeitskult dekretierte.«¹⁹

¹⁶ Guevara, Oeuvres 1957–1967, Bd. 2, 379.

¹⁷ Guevara, Oeuvres 1957–1967, Bd. 2, S. 87.

¹⁸ Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 3, S. 5. Hervorhebung im Original.

¹⁹ Hier zit. nach Juan Antonio Blanco, in: Tercer Milenio, una visión alternativa de la postmodernidad, Havanna 1996, S. 56.

Der Hauptmangel liegt dabei in Guevaras ungenügendem Durchdenken des Beziehungsgeflechts zwischen Demokratie und Planung. Seine Argumente, mit denen er die Planung im Gegensatz zu Kategorien des Marktes verteidigte, sind hochbedeutsam und gewinnen angesichts neoliberaler Vulgarismen, mit denen noch immer die »Freie Marktwirtschaft« wie eine Religion gepriesen wird, erneut an Bedeutung. Aber sie vernachlässigen die politischen Schlüsselfragen: Was kann durch Planung erreicht werden? Wer trägt die wichtigsten Entscheidungen in der Wirtschaftsplanung? Ohne eine wirkliche Demokratie – die (a) politischen Pluralismus, (b) die freie Diskussion über alle wichtigen Entscheidungen, und (c) die freie Wahl der verschiedenen angebotenen ökonomischen Vorschläge und Varianten durch die Bevölkerung einschließt – wird die Planung unvermeidlicherweise zu einem bürokratischen und autoritären System der »Diktatur über die Bedürfnisse« (wie die Geschichte der Sowjetunion beispielhaft gezeigt hat). Anders ausgedrückt: Die ökonomischen Probleme des Übergangs zum Sozialismus sind in ihrem Inhalt vom Wesen des politischen Systems nicht zu trennen. Die kubanischen Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte haben gleichfalls die negativen Konsequenzen eines Mangels an demokratischen Institutionen gezeigt, obwohl Kuba es verstanden hat, die schlimmsten bürokratischen und totalitären Auswüchse der anderen Staaten des »real existierenden Sozialismus« zu vermeiden.

Diese Diskussion hängt mit dem Problem der Institutionen der Revolution zusammen. Guevara lehnte die bürgerliche Demokratie ab, hatte aber – ungeachtet seines Gespürs für die Gefahren einer unkontrollierten Bürokratie und des Wachstums an Ungleichheit – keine Vorstellung darüber, wie eine sozialistische Demokratie beschaffen sein sollte. In »Der Sozialismus und der Mensch in Kuba« gestand er ein, dass der revolutionäre Staat Fehler machen könne, die zu einer negativen Reaktion unter den Massen führen und den Staat zu Korrekturen zwingen könnten (das von ihm angeführte Beispiel ist die sektiererische Politik der Kommunistischen Partei Kubas unter Anibal Escalante in den Jahren 1961-1962). Aber er hielt fest: »Offenkundig ist, dass dieser Mechanismus nicht ausreicht, um dauernd vernünftige Maßnahmen durchzuführen, und dass es an strukturierter Verbindung mit der Masse fehlt.«²⁰ Zunächst schien ihm eine vage »dialektische Einheit« zwischen den Führern und den Massen zu genügen. Doch

²⁰ Guevara, Oeuvres 1957-1967, Bd. 2, S. 369. Deutsch: <http://www.glanzundelend.de/Artikel/chebrief.htm>.

wenige Seiten danach gestand er ein, dass entsprechende Einrichtungen, die einen demokratischen Kontrollmechanismus der Massen ermöglichen, noch weit entfernt sind. »Diese Institutionalisierung der Revolution ist bis heute nicht erreicht. Wir suchen nach etwas Neuem [...].«²¹

Wir wissen, dass Ernesto Guevara in seinen letzten Lebensjahren einen langen Weg gegangen ist, der ihn in seiner Ablehnung der »Imitation oder des Abklatsches« des »real existierenden Sozialismus« immer wieder vom sowjetischen Modell wegführte. Aber ein guter Teil seiner späten Aufzeichnungen und vor allem seine kritischen Bemerkungen zur 1963 erschienenen Ausgabe des »Lehrbuchs der Politische Ökonomie« blieben lange ungedruckt.

Erst im Jahre 2006 wurden sie in Kuba veröffentlicht.²² Er schrieb sie 1965-1966 während seiner Aufenthalte in Tansania und in Prag, nach dem Scheitern seiner Mission im Kongo und bevor er nach Bolivien ging. Vier Jahrzehnte lang war dieses Dokument praktisch »unsichtbar«, obwohl nach dem Ende der UdSSR einige kubanische Forscher die Erlaubnis zur Einsicht und zur Niederschrift weniger Notizen bekamen. Erst in jüngerer Vergangenheit, 40 Jahre nach der Niederschrift, konnte es jedoch in Kuba zusammen mit einigen weiteren, bisher unbekanntem Dokumenten aus derselben Zeit publiziert werden.

Warum geschah dies nicht eher? Man kann vielleicht verstehen, dass es vor dem Ende der Sowjetunion einige (schlechte) diplomatische Gründe gab, die von der Veröffentlichung abzuraten schienen. Aber nach 1991? Welche »Gefahren« bargen diese Aufzeichnungen dann noch? Wer entschied, sie so lange noch zwischen den Aktendeckeln verborgen zu halten? Wer gab schließlich »grünes Licht« für die Publikation? Jedenfalls sollte dieses Material für Leser von Interesse sein, und es zeugt in der Tat von Guevaras unabhängigem Denken, seiner Distanz zum sowjetischen Modell des »real existierenden Sozialismus« und seiner Suche nach einer Alternative grundsätzlicher Art.

Wie in früheren Debatten verteidigte Guevara die Planung als das zentrale Element beim Aufbau des Sozialismus, da es »die Menschheit davon befreit, nur als ökonomische Kategorie zu zählen«. Aber wer sollte den Plan ausarbeiten? In den Diskussionen der Jahre 1963-64 beantwortete er

²¹ Ebenda, S. 375. Deutsch ebenda.

²² Ernesto Che Guevara, *Apuntes criticos a la Economia Politica*, Havanna 2006.

diese Frage nicht. In seinen Notizen von 1965-66 lassen sich jedoch Hinweise darauf finden.

Dabei ist eine Passage besonders wichtig, denn sie zeigt, dass Guevara in seinem politischen Denken zuletzt der Idee einer sozialistischen Demokratie nahekam, einem Prozess demokratischer Planung, in dem das Volk, die Arbeiter, »die Massen«, wie er sagte, die wichtigsten ökonomischen Entscheidungen treffen: »Im Gegensatz zur Konzeption des Plans als einer ökonomischen Entscheidung durch die Massen, die sich der Interessen des Volkes bewusst sind, haben wir nur ein scheinbares Heilmittel angeboten, ein Placebo, mit dem das kollektive Schicksal der Menschen allein durch ökonomische Gesichtspunkte bestimmt wird. Das ist eine mechanistische, unmarxistische Herangehensweise. Die Massen müssen imstande sein, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, zu entscheiden, welcher Anteil der Produktion dem Sektor der Akkumulation bzw. des Konsums zugeführt wird. Die Entscheidungen in Fragen der Wirtschaft werden allein durch die Massen bestimmt, und das Massenbewusstsein muss auch für ihre Umsetzung sorgen.«²³ Man kann diese Bemerkungen als entscheidenden Schritt hin zu einer Alternative zum sowjetischen (stalinistischen) Modell sehen. Im Oktober 1967 beendeten die Kugeln der CIA-Mörder und ihrer bolivianischen Komplizen dieses Werk des »heldenhaften Schöpfungsaktes« eines neuen revolutionären Sozialismus und eines neuen demokratischen Kommunismus.²⁴

Aus dem Englischen übersetzt von Mario Keßler

²³ Ebenda, S. 132f.

²⁴ Tablada, *Le marxisme d'Ernesto (Che) Guevara*, S. 173.

Michael Zeuske

Revolution und Reformen auf Kuba

oder: Es gibt Reformer im Kommunismus,
sie nennen sich nur nicht so

Kuba ist die Insel der Revolution par excellence in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Geschichte Lateinamerikas und die Geschichte der Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA wären ohne die kubanische Revolution und ihre Wirkung auf die Länder des globalen Südens anders verlaufen.¹ Auch in den Zeiten der so genannten beschleunigten Globalisierung zwischen 1990 und 2008, für das Land eine Zeit der tiefsten Krise, hat Kuba zumindest diskursiv im Innern des Landes die Rhetorik von der *revolución* beibehalten. Seit 2000 ist dieser Diskurs, parallel zum so genannten Linksruck in Lateinamerika, sogar erweitert worden – auch wenn der venezolanische Präsident Hugo Chávez als neue Symbolfigur der Linken nicht von Revolution, sondern vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« sprach und wir heute – Ende 2014 – noch weniger als vorher wissen, wie es in Venezuela weitergeht.

Man kann die Geschichte Kubas als eine solche permanente Revolution darstellen; man kann aber – da es sich eben um ein neues Gesellschaftsmodell und einen darauf basierenden Staat handelt – auch von einer Krise nach der anderen sprechen, wie es Antoni Kapcia tut.² Kapcia will damit

¹ Michael Zeuske, *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*, Zürich 2004; ders., *Kleine Geschichte Kubas*, 3. Aufl., München 2007; Lars Schoultz, *That Infernal Little Republic. The United States and the Cuban Revolution*, Chapel Hill 2009; Zeuske, *Zwischen Reform und Revolution. Ein Überblick über 50 Jahre castristisches Kuba*, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 415 (Januar 2009), S. 36-40. Ich habe mich schon seit 1994 mit den Problemen der Reformen auf Kuba (in der Realität meiner Feldforschungen) und mit Reform als sozialpolitischem und historischem Problem herumgeschlagen und tue das auch heute noch. Vorliegender Text ist eine bis Ende 2014 fortgeschriebene, erweiterte und aktualisierte Fassung von: Michael Zeuske, *Revolution und Reform*, in: Ders., *Kuba im 21. Jahrhundert. Revolution und Reform auf der Insel der Extreme*, Berlin 2012, S. 138-159.

² Antoni Kapcia, *Beyond Fidel. Towards an understanding of the Cuban political vanguard of the 1960s*, in: Christina Eßer u.a. (Hrsg.), *Kuba. 50 Jahre zwischen Revolution und Reform – und Stillstand? Mit einer Einleitung von Michael Zeuske*, Berlin 2011, S. 143-161.

darauf hinweisen, dass es dem kommunistischen Kuba bis heute gelungen ist, trotz innerer, aber vor allem äußerer Bedrohungen und Schwierigkeiten, sein revolutionäres Gesellschaftsmodell durchzuhalten – irgendwie. Man kann aber auch, was ich hier tun will, die Geschichte Kubas seit 1959 als eine Geschichte von Reformen und reformerischen Anpassungen darstellen, die mit revolutionären Mitteln durchgesetzt worden sind.

Kuba hat im 20. Jahrhundert zwei große Revolutionen erlitten. Ich halte es in Bezug auf Revolutionen durchaus mit Heine: »Eine Revolution ist ein Unglück, aber eine verunglückte Revolution ist ein noch größeres Unglück.« Also besser eine gelungene Revolution. Reale Revolutionen und Revolution als Begriff haben in der außerdeutschen Welt, vor allem in Frankreich und in den USA, ein sehr positives Verständnis (in Bezug auf Begründung und Legitimation der eigenen Gesellschaft). Selbst in Deutschland, wo aus den starken Reform- und Diktaturtraditionen ein etwas behäbig-verstaubtes und eher antilinkes Verständnis vorherrscht, wird mittlerweile mit dem Begriff »friedliche Revolution« (von 1989/90) auf die dynamisierende Bedeutung von Revolution verwiesen – seit den »arabischen Revolutionen« 2011 für eine kurze Zeit lang sogar in überschwänglichen Tönen.

Revolution, wie sie auf Kuba verstanden wurde, hat eher mit dem Revolutionsverständnis der atlantischen Welt als »demokratische Revolutionen« und somit auch und vor allem mit Antonio Gramsci zu tun – Kurzformel: geistige und intellektuelle, auf neue Werte bezogene kulturelle Durchwucherung der Gesellschaft von unten. Aber es ist nicht nur Gramsci, sondern die karibische Tradition der *transculturación* (Fernando Ortiz) spielt immer eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund des offenen sowie strukturellen Terrors und der Gewalt von Kolonialismus sowie Neokolonialismus kam es aber auch immer wieder zum gewaltsamen Sturz alter Macht und Bruch sowie Zerschlagung alter Strukturen. Die Massenrevolution von 1933 war eine verunglückte Revolution, weil Batista sie abwürgte. Danach setzte er einige Reformen durch. Die wichtigste war die der Erarbeitung und Annahme der Verfassung von 1940. Aber sowohl durchgreifende Agrarreformen oder Reformen des Bildungssystems oder gar durchgreifende Verbesserungen der »sozialen Frage« gelangen bis 1959 nicht oder gingen in Korruption unter.³ Auch die zweite Revolution, landläufig »Re-

³ Albert Manke, Die Revolution 1959 als Sonderfall. Soziale Bewegungen in Kuba, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hrsg.), »El pueblo unido«? Soziale Bewe-

volution von 1959« genannt, entsprang einem »Unglück« – der in die Tyrannei abgeglittenen Batista-Diktatur (1952-1958), die zu durchgreifenden Reformen nicht mehr in der Lage war.

Nach dem Sieg im Guerrillakrieg 1959 nahm sich die Führungsgruppe um Fidel Castro, Che Guevara und Raúl Castro vor, eine »humanistische Revolution« einzuleiten. Sie sollte auf keinen Fall »kommunistisch« sein, sondern auf den Ideen von José Martí, der Eigenständigkeit einer kleinen Nation und den Wünschen der Masse der arbeitenden Menschen nach Würde und besserem Leben beruhen. Im Wesentlichen sollte sie den Agrarbereich, vor allem die extremen Unterschiede in Bezug auf das Landeigentum und seine juristische Absicherung (Eigentumstitel), den Sozialbereich mit Kern Wohnen und Gesundheit sowie den Bildungsbereich mit dem Kern gleicher Schulbildung für alle und freier Zugang für alle zur höheren Bildung (Universitäten) erfassen. Die wichtigsten Umfeldbedingungen für diese Ziele waren die militärische Kontrolle des gesamten Nationalterritoriums durch Revolutionäre (Milizen, Oktober 1959, später Armee, Polizei, Geheimdienst und andere bewaffnete Kräfte), durch einen Quasi-Ausnahmestand bis 1975 (erste Verfassung) sowie die Kontrolle der wichtigsten Produktions- und Finanzierungssektoren, die zentralistische Kontrolle von Regierung und politischem System (1959-1961), sozialverträgliche Änderung von Löhnen und Preisen sowie Arbeitszeiten, der Zugang aller zu allen Gebieten der Insel (auch zu Stränden und Hotelanlagen; Kuba war bis 1958 bevorzugtes Urlaubsgebiet der USA) und der Bau von Infrastrukturen (vor allem Schul- und Unigebäude, Straßen, Krankenhäuser, medizinische Komplexe und Wasserstaubecken sowie Wohnviertel).⁴

Die »humanistische Revolution«, die schon mit der 1. Agrarreform 1959 begonnen wurde, und in ihren anderen Komponenten bis 1961 konzep-

gungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas, Münster 2009, S. 57-80.

⁴ Das halte ich noch immer für die eigentliche, sagen wir historisch-strukturelle, Leistung des Castrismus oder, besser noch, Fidelismus, verbunden mit einer Entwaffnung der Zivilgesellschaft und der Sicherung des sozialen Friedens. Diesem sozialen Frieden ist viel geopfert worden und wird es noch – jede und jeder, der kubanische Alltagsverhältnisse kennt und nicht nur seine eigene Meinung darüber verbreitet (sondern sie zumindest in langfristige Entwicklung einbettet und die Realität außerhalb von Hotels bereit ist zu studieren) weiß, dass das für Frauen, Männer und Kinder auf Kuba ein hohes Gut ist; vgl. Michael Zeuske, *The Long Cuban Revolution*, in: Stefan Palmié/Francisco A. Scarano (Hrsg.), *The Caribbean. A History of the Region and its Peoples*, Chicago/London 2011, S. 507-522.

tionell und politisch vorbereitet wurde, war, wie vor allem ihre schärfsten Gegner schnell begriffen, der Beginn einer sozialen Revolution welthistorischen Ausmaßes.

Eigenartigerweise wurden die einzelnen Hauptbereiche der beginnenden sozialen Revolution, die zur Änderung der gesamten Sozialstruktur und Gesellschaft Kubas führen sollten, mit dem begrifflichen und realhistorischen Kontrapart der »Revolution«, der Reform bezeichnet. Mit dem Begriff der *reforma* wurden die großen, eigentlich sozialrevolutionären Umwälzungen nach dem Sieg der politisch-militärischen Revolution benannt: *reforma agraria* (seit 1959), die größte Agrarumwälzung Lateinamerikas seit der haitianischen Revolution (1804), die *reforma urbana* (seit 1960) oder die *reforma universitaria* (mit dem Vorläufer der Alphabetisierung seit 1961). All das sollte unter gleichberechtigter Einbeziehung von Frauen und Männern sowie aller Klassen, Gruppen und Schichten und der verschiedenen *componentes étnicos* (ethnische Komponenten: schwarz, farbig und weiß, »asiatisch«) der Bevölkerung Kubas geschehen.

Die wichtigste »Reform« der kubanischen Revolution, eigentlich der Auslöser dafür, dass auf Kuba überhaupt eine soziale Revolution nach dem Umsturz der alten Macht stattfand, war die *reforma agraria* von 1959 und 1962.⁵ Sie setzte an den schwierigsten ungelösten Problemen der gesamten kubanischen Geschichte seit Beginn der Kolonialzeit an: der Ungleichheit des Landbesitzes, dem Fehlen von geschriebenem Landeigentum für Kleinbauern und Landarbeiter sowie dem Fehlen von Infrastrukturen, vor allem zwischen Stadt und Land außerhalb der Plantagengebiete.

Zugleich versuchte die Agrarreform auch neue, auf große Betriebseinheiten zugeschnittene Produktionsmethoden, neue Düngungs-, Bodenbearbeitungs- und Erntemethoden (die so genannte grüne Revolution der Technisierung und Chemisierung) sowie Verbesserungen der sozialen Bedingungen für die Landbevölkerung einzuführen (Arbeitszeit, Wohnen, ärztliche Versorgung, Schulen). Es entstand um 1970 im Grunde eine groß-agrarische, sozialistische Landwirtschaft, die sich auf den technischen und technologischen Bereich der Zuckerwirtschaft konzentrierte, und bis um 1990 keine Konkurrenz fürchten musste, weil die Abnahme zu festen Preisen im RGW (Comecon) garantiert war. Seitdem hat es zwei bis drei neue große Versuche der »Reform der Reform« gegeben, die zumindest bisher

⁵ La reforma agraria, obra magna de la revolución en Cuba republicana, 2 Bde., La Habana 1960.

gescheitert sind, weil der Staat nicht am staatlichen Eigentumsmonopol rühren wollte, und weil ein bis zwei Generationen »geborener Bauern« fehlen.⁶ Dazu kommt, bis heute ungelöst, dass es in keinem kommunistischen oder realsozialistischem Land wirklich eine sozialistische oder kommunistische Wirtschaft gegeben hätte, die ja mit der Kontrolle der Produzenten über die gesamte Wirtschaft zu tun haben müsste. Kommunistische Eliten sind aber immer Militärs und Bürokraten gewesen, schon um den für die Verteidigung notwendigen Zentralismus zu sichern.⁷

Fest steht, in der *reforma agraria* war der Fidelismus revolutionärer als irgendein Kommunist der Welt um 1960. Im Februar 1959 erließ Castro als neuer Premierminister das »erste Agrarreformgesetz« – Grundbesitz wurde auf 400 Hektar beschränkt. Diese vernünftige Maßnahme war aber keineswegs nur ein Rechtsakt, sondern im Zuge der Kämpfe und des Vorrückens der Guerrillas hatten massive *intervenciones* (Besetzung von Latifundienland) seitens der ärmeren Landbevölkerung eingesetzt. Die Regierung gab diesen Bestrebungen der revolutionären Partizipation von unten eine Rechtsform »von oben«. Theoretisch wäre diese Reform seit der Verfassung von 1940 möglich gewesen. Aber keine Regierung bis 1959 hatte ein wirkliches Interesse daran. Die neue Regierung ging auch ein weiteres Grundproblem einer Monowirtschaft in der Tradition von Kolonialismus und Sklaverei an: Die ärmere Landbevölkerung und die arme Zuckerarbeiterschaft bebauten fast immer Land. Sie besetzten Land in Randzonen der Latifundien, in bergigen Zonen und in unerschlossenen Gegenden. Aber sie hatten keine geschriebenen Eigentumstitel für dieses Land, waren also für Staat, Steuer- und Justizsystem sowie Bildung und Sozialmaßnahmen quasi unsichtbar, aber von den bewaffneten Trupps der großen Latifundienbesitzer manipulierbar, als Saisonkräfte verfügbar und notfalls auch

⁶ Hans Jürgen Burchardt, La última reforma agraria de siglo: cambio o estancamiento, in: Ders. (Hrsg.), La última reforma agraria del siglo, Caracas 2000, S. 169-193. Vor allem seit der Krise 2008 und ihren Auswirkungen auf die Nahrungsmittelpreise (und Spekulationen) wird das deutlich, was auf Kuba mit dem Satz bezeichnet wird: Die Hälfte der Nahrungsmittel für die Bevölkerung muss für teure Devisen eingeführt werden, die Hälfte des bebaubaren Landes liegt brach oder ist von *marabú* überwuchert. Mittlerweile spricht man auf Kuba über die Maßnahmen Raúl Castros seit 2007 in Bezug auf den Agrarsektor von einer »vierten Agrarreform«.

⁷ Roman Rhode, Fidelismus versus Sozialismus, in: Ders., Fidel Castro, Stuttgart 2014, S. 193-216; ders., Utopie und Autokratie: Castros Wirtschaftspolitik, ebenda, S. 216-234.

schnell zu vertreiben. Das Problem war seit der Revolution von 1933 in den Vordergrund gerückt. Alle Regierungen zwischen 1940 und 1958 hatten auch schon versucht, es durch Kolonisierung und Ansiedlung von Landarbeitern und Kleinbauern (zwei Caballerías, knapp 27 Hektar), Pächterschutz und Diversifizierung (Kaffee-, Tabak- und Reisanbau, Nahrungsmittel, Rinder- und Milchviehhaltung) zu lösen. Das alles stellte bis 1959 keine Agrarreform dar, aber es gab Effizienzsteigerungen in der kapitalistischen Landwirtschaft sowie einige Veränderungen für Kleinbauern und Ansiedler (*colonos*) in den Nischen und an den Grenzen der Latifundienlandwirtschaft und vor allem in bergigen Zonen (Escambray, Sierra del Rosario, den Sierras des Oriente).⁸

In der Agrarreform wurde, neben der Umwandlung des Latifundienlandes in Genossenschaften und (riesige) Staatsgüter, immer auch Land mit Eigentumstiteln an Einzelbauern verteilt. Dazu gehörten auch Flächen für Hausbau. Um eine Linie zurück zu ziehen zur Sklaverei auf Kuba (bis 1886): Manche an den Rändern großer Latifundien und *Centrales* angesiedelten Familien ehemaliger Sklavinnen und Sklaven erhielten ihre Finca, die sie seit 1886 informell bearbeiteten und oft auch bewohnten, erst 1959/62 als Besitz mit schriftlichen Eigentumstiteln (deshalb erscheinen auf vielen Fotos der Agrarreform auch die Dokumente als Hauptsache).⁹ Allerdings mussten sich im Lauf der Radikalisierung der Agrarreformen vor allem die auf bäuerliche Existenz mit eigenem Land orientierten Männer und Frauen der ländlichen Familien, die meist in einer der kleinen Landstädte oder auch am Rande von Hafenstädten wohnten, entscheiden: Will ich Land oder Zeit? »Land« bedeutete eine relativ sichere Subsistenz und das Ziel bäuerlichen Strebens, aber »ewige« Plackerei für die ganze Familie. »Zeit« bedeutete bezahlte und sichere Arbeit auf einem der Staatsgüter, auch mit Frauenarbeit, oder einer der Kooperativen und Ausbildung für alle Familienmitglieder (die auch vom Land wegführen konnte). Die Agrarreform führte zu einer ganzen Reihe interner Probleme.

Am Beginn gab es immer mehr unregelmäßige Landbesetzungen durch Bauern und Landarbeiter. Schon seit Ende 1958/Anfang 1959 hatte es, wie gesagt, »Eingriffe«, *Intervenciones*, und »Anwendungen« des Agrargesetzes

⁸ Bettina Grote, Zwischen Heldenkult und Marginalisierung. Kleinbauern und Genossenschaften in Kuba 1940-1963, Norderstedt 2004.

⁹ Michael Zeuske, Schwarze Karibik. Sklaven, Sklavereikultur und Emanzipation, Zürich 2004.

der Sierra Maestra gegeben. Sie wurden immer gewaltsamer und drohten, der Kontrolle zu entgleiten. Castro hatte sich für die Reformvariante von Che Guevara und anderen Radikalen – die wiederum die Erfahrungen vor allem aus dem Spanien der Republik und des Bürgerkrieges sowie Guatemalas unter Jacobo Arbenz einbrachten – und gegen die gemäßigte Reformvariante von Humberto Sori-Marín entschieden. Interventionen, im Sinne von staatlichen Eingriffen in Arbeits- und Tarifkonflikte, hatten eine legale Tradition, die in den staatlichen Regulierungen der Arbeitsbeziehungen seit 1933 zu suchen ist. Bei den Interventionen im Agrarbereich handelte es sich aber um eindeutige Veränderungen der ruralen Besitzverhältnisse in einer Latifundien- und Herrenwirtschaft, wie sie die Bauern mit Landbesetzungen und die Anarchosyndikalisten schon 1933-1935 betrieben hatten.¹⁰

Das größte politische Problem war, dass die meisten Güter über 400 Hektar Eigentum von USA-Firmen und juristischen Personen mit US-Pass sowie der kubanischen Oberschicht waren. Ohne Agrarreform hätte die Machtelite der USA Fidel Castro, dem in den pruden USA der Ruf eines romantischen, leicht verschwitzten, aber sehr sportlichen und gut aussehenden, Dschungelkämpfers vorausging, nach Unterwerfungsgesten bei den Geheimverhandlungen akzeptiert. Mit der – ich betone, relativ bescheidenen, aber vernünftigen und ernst gemeinten – Agrarreform kam Castro endgültig in den Ruf ein *commi* zu sein und die USA herauszufordern. Ersteres war Fidel Castro, selbst nach der Meinung Che Guevaras, 1959-1961 nicht.¹¹ Castro selbst glaubte, wie gesagt, bis Ende 1960, eine »humanistische Revolution« anzuführen. Jedenfalls gründeten die Revolutionäre das *Instituto Nacional de la Reforma Agraria* (INRA) – faktisch eine informelle Nebenregierung, zugleich Expertengruppe und Ad-hoc-Kommission, für die wirklich harten Probleme, unter formeller Leitung von Antonio Núñez Jiménez. 1963 kam es, schon unter dem Eindruck des Widerstandes und der Annäherung an das realsozialistische Lager, zur 2. Agrarreform: Alles private Eigentum über 67 Caballerías (rund 400 Hektar) wurde enteignet und Kuba begann ein bis um 2000 anhaltendes Experiment einer staatlichen, nichtprivaten und auf Großeinheiten basier-

¹⁰ Juan y Verena Martínez Alier, *Tierra o trabajo: notas sobre el campesinado y la reforma agraria, 1959-1960*, in: Martínez Alier, *Cuba: economía y sociedad*, Paris 1972, S. 59-73.

¹¹ Vgl. zu Ernesto Che Guevara auch den Beitrag von Michael Löwy im vorliegenden Band.

ten Agrarreform (Landreform und Übernahme der Latifundien durch den Staat sowie Bodenbewirtschaftungsreform – »grüne« Revolution auf kubanisch). Dies war verbunden mit Modernisierungen der Infrastruktur (Straßen, Mobilität, Häuser und bessere soziale Bedingungen für Landbevölkerung, Wasserstaubecken), der Agrarindustrie (Zucker; Zitrusfrüchte), des Großviehbestandes (vor allem Rinder; ein gigantischer Fehlschlag) sowie der Fischerei. Hinzu kam ein umfassendes Bildungsprogramm für alle, das erstmals nicht nur nationalistisch-diskursiv, sondern real auch die Landbevölkerung erfasste. Fast alle Experten und die Regierung standen unter dem Einfluss von Theorien der 1948 gebildeten Ökonomischen Kommission der UN für Lateinamerika und der Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe; CEPAL), vor allem der Theorien von Raúl Prebisch (dies betraf die importsostituierende Industrialisierung, den Staatsinterventionismus und die regionale Wirtschaftsintegration). Der traditionelle Zuckersektor schien zunächst nicht mehr so wichtig; wurde es aber wieder mit der Annäherung an den Osten. Zudem war der Widerstand gegen Castro und die Revolution strukturell im Großgrundbesitz und in der Batistaklientel, deren Spitze ebenfalls Latifundien über 400 Hektar besaß, sowie in Teilen der Gebirgsbauernschaft vor allem des Escambray, verankert. Ohne die Agrarreformen und ohne den Widerstand dagegen wäre der Guerillakampf möglicherweise nie in den Rang einer »Revolution« geraten und nur einer der vielen Umstürze und nationalistischen Elitenrebellionen in der Karibik-Region geblieben. Die Agrarreform veranlasste den größten Strukturumbruch des 20. Jahrhunderts in der Region und hatte weltweite Auswirkungen (ich darf nur an die Militärs Velasco Alvarado in Peru und Hugo Chávez in Venezuela erinnern, zu deren Kernmaßnahmen massive Agrarreformen gehörten und gehören).

Eine große Auswanderungswelle, nach kleineren der Anhängerinnen und Anhänger Batistas und der Oberschichten, setzte ein. Die kubanische urbane Mittelklasse, Hauptträgerin des traditionellen Nationalismus, wurde zerrissen. Auch die anderen sozialen Sofortmaßnahmen der neuen Staatsgewalt – Mietsenkungen und Lohnerhöhungen – betrafen nicht nur den urbanen Sektor, sondern auch die ruralen Bereiche. Die Summe der Veränderungen, die die Revolution im nationalen Raum verankerte, war die *reforma urbana* (seit 1960). Mietminderungen und die *Ley de Solares Yermos* (die die Eigentümer zwang, brachliegendes Land zu niedrigen Preisen als Bauland zu verkaufen und es somit der Spekulation entzog) waren Vorgänger dieser Reform, die die Mieten zu Anzahlungen auf Wohnungs-

eigentum machte. Alle Kubanerinnen und Kubaner verwandelten sich nach einer gewissen Zeit in Eigentümer der von ihnen bewohnten Wohnungen und Häuser. Die ehemaligen Eigentümer wurden, wenn sie kein anderes Einkommen hatten und die Abzahlungen ausliefen, vom Staat mit einer Leibrente zwischen 150 und 600 Pesos monatlich abgefunden (damals 1 Peso = 1 US-Dollar; die Kaufkraft des kubanischen Peso war bis 1990 theoretisch sehr hoch).

Kubanerinnen und Kubaner, die damals in den Genuss der *reforma urbana* kamen, sind noch heute Eigentümer ihrer Häuser und Wohnungen. Das dürfte die Revolution am tiefsten in der Gesellschaft verankert haben – bis heute. Zugleich führte dieser »Vorteil« der kubanischen Revolution (für die Masse der Mieter) zu zwei der größten sozialen Problemkomplexe in der weiteren Entwicklung Kubas, vor allem seit 1990, und macht »Stillstand« sowie Fehlen von durchgreifenden Reformen heute zu einer eminent politischen Kategorie.

Erstens betrifft dies die Konzentration von Wohnraum in den Händen derer, die damals »dabei« waren. Die meisten nach 1962 Geborenen waren und sind in Bezug auf Wohnraum vom guten Willen der Eltern, Großeltern und Verwandten abhängig. Für die jungen Generationen fehlte und fehlt es an Wohnraum, auch wenn die Situation ansatzweise durch Neubauviertel und Baubrigaden entschärft werden konnte. Extrem verschärft hat sich die Krise des Wohnraums seit 1990.

Zweitens verfallen, da der zentralistische Staat Baustoffversorgung und Reparaturkapazitäten an sich gezogen hatte, vor allem seit den 1990er Jahren die Städte, Netze und Häuser. Seit den ersten neueren Reformversuchen ab 1993, hat der Staat nicht etwa den Bausektor privatisiert (was im Grunde den Bereich der Schwarzarbeit und des Schwarzmarktes offizialisieren würde), sondern den Eigentümerinnen und Eigentümern größerer Häuser oder mehrerer Wohnungen die Möglichkeit eröffnet, gegen Devisen an Touristen zu vermieten. Seit ca. 2004 sind die *casas particulares*, erkennbar an einem speziellen Symbol außen am Haus, fest etabliert. Eine neue Mittelklasse entsteht. Das verschärft einerseits die Wohnungsnot unter jungen Leuten, andererseits werden Mittel für die Instandhaltung des Häuserbestandes derer erwirtschaftet, die Zugang zum Tourismussektor haben. Das betrifft meist, ich sage das aus Erfahrung, »weiße« Eigentümer in guten Lagen. Als symbolische Maßnahme wird jedes Jahr eine der kubanischen Provinzhauptstädte zum »Sitz der Feiern des 26.Juli« gewählt und das jeweilige Stadtzentrum renoviert.

Im heutigen Medienbetrieb würden die ersten Jahre des neuen Kubas als Chaos dargestellt werden. Das waren sie partiell auch, es entstand aber vor allem Neues. Revolutionen sind kreativ.¹²

Zunächst stieg durch die umfangreichen sozialen Verbesserungen die Kaufkraft bei sinkender Produktion und Konflikten in der Landwirtschaft enorm an, was sich zu einer wirtschaftlichen Krise und zu partiellen Bürgerkriegen (vor allem in gebirgigen Gegenden, mit Zentrum im Escambraygebirge, 1960-1966) verschärfte. In den Städten griff Arbeitslosigkeit um sich. Armee und öffentlicher Dienst waren abgebaut bzw. verkleinert worden. Die traditionellen »Dienstleister« (beiderlei Geschlechts) des Tourismusgeschäfts waren nicht mehr gefragt. Die bisherige Kundschaft der Hotels, Spielkasinos und Bordelle in Havanna blieb aus. Die Begeisterung des Mittelstandes für die Revolution flaute immer mehr ab, auch weil die neuen Machthaber keine kohärente Wirtschaftspolitik betrieben und viele Betriebe für Staatsunternehmen beschlagnahmt wurden.

Die dritte der großen revolutionären Reformen der Anfangsjahre war die *reforma universitaria* von 1962. Sie beruhte auf fünf Grundlagen: 1) der *Campaña de Alfabetización* im Jahr 1961. Am Ende dieses Jahres erklärte Castro Kuba zum ersten »Territorium frei von Analphabetismus« in den Amerikas. Die Landbevölkerung wurde dadurch zum ersten Mal wirklich in die Nation einbezogen; 2) der Ausweitung der sozialen Infrastrukturen, konkret auch in Form neuer Schulgebäude und Klassenzimmer (*aulas*), über das gesamte Territorium des Landes (bis Ende 1959 rund 10.000 Gebäude und Räume, darunter 69 militärische Installationen der Batista-Zeit, die zu Bildungszentren wurden); 3) der bevorzugten universitären Ausbildung von Lehrern und die Garantie fester Arbeitsplätze und relativ guter Gehälter für alle Lehrer und Dozenten, die bereit waren, sich dem Werk der neuen Volksbildung anzuschließen; 4) der Nationalisierung der Volksbildung (*enseñanza*) (1961), zusammen mit der Dekretierung ihres öffentlichen und kostenlosen Charakters; Beseitigung der privaten Schulen und Universitäten; 5) Studium des Marxismus.¹³

¹² Harald Neuber (Hrsg.), Das neue Kuba: in Bildern der Nachrichtenagentur Prensa Latina 1959-1969. Mit einem Essay von Michael Zeuske, Berlin 2011.

¹³ Zu Ideen der Bildungs- und Erziehungsreform, siehe: Che Guevara, *Reforma universitaria y revolución* (17. Oktober 1959), unter: www.marxists.org/espanol/guevara/59-17oct.htm (8. August 2010) sowie: Juventud Socialista Universitaria (Hrsg.), *Un Plan Revolucionario de Reforma Universitaria*; La Habana: Impresora del Cerro, 1959; siehe auch: Interview mit Fernando Martínez Heredia,

Das bedeutete, die Revolution unter dem Namen Reform machte auch vor der Universität nicht halt. Traditionell gab es an *Universidad de la Habana* seit den 1920er Jahren, vor allem seit 1933, Kriege politischer Gangs, oft mit Feuerwaffen ausgeführt, und Kidnapping – ein klares Abbild des Widerspruchs zwischen »demokratischer« Attitüde des politischen Systems und der gewaltsamen politischen Realität des Landes. Nach Auseinandersetzungen in den Universitäten zwischen Studenten sowie der *Federación de Estudiantes Universitarios* (FEU) und ihrer Führung, dem *Directorio Revolucionario Estudiantil*, sowie unter Professoren und zwischen Professoren und Staat 1960-1961 (mit vielen Konflikten und der Emigration einer Reihe von Professoren, die ganz bestimmt nicht »konterrevolutionär« waren),¹⁴ wurde am 10. Januar 1962, am 33. Todestag Julio Antonio Mella, auf der berühmten Escalinata-Treppe der Universidad de La Habana die *Ley de Reforma de la Enseñanza Superior*¹⁵ verkündet. Der neue Rektor der Universität, der Intellektuelle und Kommunist Dr. Juan Marinello Vidaurreta (1898-1977), begann seine Amtszeit. Damit war die traditionelle Autonomie der Universität endgültig passé. Nach 1962 wurden die Umstrukturierung der Lehrpläne, der Forschungen und der Aufbau eines neuen Lehrkörpers begonnen. Schwerpunkt der Universitätsausbildung waren nun nicht mehr die traditionellen Rechts- und Geisteswissenschaften, sondern Marxismus, Medizin, Lehrerbildung, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie andere praktische Wissenschaften.

Reformen werden Reformen genannt, weil es sich – ich spreche jetzt sehr essentialistisch – im Gegensatz zu dem eher ungeplanten Zusammenbruch der Beziehungen mit den USA, den seit 1960 beginnenden kriegerischen Aktionen (Invasion in der Schweinebucht, Bürgerkrieg im Escambray 1960-1966, Oktoberkrise), Blockaden und Geheimdienstaktionen¹⁶ sowie

aliteraria.cu/autor/fernando_martinez_heredia/works/interviews/yohanka.htm (4. Februar 2011). Siehe auch die autobiographischen Details in: Michael Zeuske, *Mein Havanna, mein Havanna*, in: Ders., *Kuba im 21. Jahrhundert*, S. 7-15.

¹⁴ Hugh Thomas, *The End of Capitalist Cuba*, in: Ders., *Cuba or the Pursuit of Freedom*, London 1971, S. 1272-1299.

¹⁵ Consejo superior de universidades en Cuba (Hrsg.), *La reforma de la enseñanza superior en Cuba*, La Habana 1962.

¹⁶ C. Alistair Hennessy (Hrsg.), *The Fractured Blockade: West European-Cuban Relations During the Revolution*, London 1993; Pedro Etcheverry Vázquez/Santiago Gutiérrez Ocegüera, *Bandidismo. Derrota de la CIA en Cuba*, La Habana 2008; Fabián Escalante, *The Cuba Project. CIA Covert Operations 1959-1962*, Melbourne/New York 2004.

dem »Ende des Kapitalismus auf Kuba« um gezielte und wissenschaftlich geplante Aktionen handelte. Die Reformen der frühen Jahre gründen eindeutig, trotz aller Ungerechtigkeiten, die es selbstverständlich auch gab, auf Forderungen der breiten Bevölkerungsmehrheit und der großen Klassen Kubas. Kompliziert wird die Frage nach der Einschätzung bei der so genannten revolutionären Offensive von 1967. Dabei ging es um die Vernichtung der letzten Reste von Privateigentum auf Kuba (außer das vom Staat geförderte und kontrollierte Wohneigentum). Der Diskurs über diese von oben aus Verzweiflung über das Erlahmen des Enthusiasmus angeordnete Reform war »revolutionär«, die Begründung partiell richtig (sehr schlechte Arbeitsbedingungen der Dienstleisterinnen und Dienstleister), die Ergebnisse aber sehr schnell katastrophal. Sie beseitigten die Markt- und Dienstleistungswirtschaft auf Kuba, ohne die keine Gesellschaft existieren kann. Der Staat schafft es nie, die Verteilung und den Transport der Waren, Personen und Güter oder einfach nur die Qualität der Bedienung in Restaurants zu sichern, hatte sich aber, zusammen mit einem Grundeinkommen für alle, verpflichtet, alle diese Funktionen zu übernehmen. Neben der überwiegend »großen« Lösung der Agrarfrage sowie der zentralen Kontrolle des Bau- und Reparatursektors, hat die Vernichtung der privaten Märkte, Läden und Restaurants zwar einen gigantischen Schwarzmarkt und eine große Bürokratie hervorgebracht, aber das Leben auf Kuba extrem schwierig gemacht.

Aus dem Blick spätkapitalistischer Gesellschaften stellt die kubanische Gesellschaft, die aus der »Revolution von 1959« hervorging, seit spätestens 1962/1963 (mit der »2. Agrarreform«), eine Anomalität dar. Aus Sicht der Masse der Kubaner und vieler Menschen der damaligen »Dritten Welt« war es, trotz ihres Voluntarismus und trotz der Fehler, *das* Modell einer gerechten und egalitären Gesellschaft, die allen Menschen Kubas gleiche Rechte und Chancen bot sowie der »Dritten Welt« die Solidarität Kubas. Für viele Linke weltweit war die – würden wir im Rückblick sagen – »zweite Welt« des Realsozialismus natürlich die »erste Welt«. Nach Meinung vieler Kubanerinnen und Kubaner befand sich Kuba auf dem Weg in die »erste Welt« (oft wurde als Modell Bulgarien genannt – die UdSSR war einfach zu groß und DDR sowie der tschechisch-böhmische Teil der damaligen ČSSR galten als zu hoch entwickelt, als das eher agrarische Kuba jemals erreichen konnte). Wahrscheinlich mehr als 90% aller Kubanerinnen und Kubaner (um 1960 hatte Kuba eine Bevölkerung von rund 7 Millionen Menschen), die nicht zur Oberschicht oder zu oberen Mittelklassen gehörten, haben

die Chancen dieser neuen Gesellschaft genutzt.¹⁷ Im Gegensatz zur medialen Kompression Kubas auf die Figuren Fidel Castro und Raúl Castro hat die »rote Insel« in der realen Geschichte, spätestens 1957-1959 und 1959-1970, zwei Seiten einer wirklichen Revolution erlebt. Die kubanische Revolution war vor allem eine Umgestaltung, die sich auf große Klassen stützte – auf Bauern, Zuckerarbeiter und große Teile der urbanen Arbeiterschaft, Unter- und Mittelklassen des *pueblo cubano*. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit Revolutionsromantik zu tun, sondern vor allem, ich wiederhole das, mit Umbrüchen in der Struktur und im Bewusstsein großer Teile der Menschen Kubas sowie mit *blood, sweat and tears*. Aber auch mit großem transkulturellem Enthusiasmus, Witz und Freude.

Was sich allerdings auch schnell zeigte – und die Vernichtung des Dienstleistungssektors bildete nur die Spitze des Eisberges –, die Revolutionäre unterschätzten sträflichst den Konsumsektor. Das bewirkte, ebenfalls relativ schnell (seit ca. 1970), die Abkehr vom kubanischen Modell in Lateinamerika. Die nationalen Eliten votierten dort, von wenigen Ausnahmen abgesehen, für einen fortdauernden Verbund mit der Metropole USA.

Fidel Castro hatte bereits am 16. April 1961 den »sozialistischen und marxistisch-leninistischen Charakter« der kubanischen Revolution proklamiert. Die UdSSR war im Zugzwang. Kuba nannte sich nun »erstes sozialistisches Territorium der westlichen Hemisphäre«. Wahlen wurden un-

¹⁷ Schätzungen zu den Zahlen der Gegner und der Opposition in der Zeit des engeren Umbruchs 1959-1970: 1959 lag die Unterstützung bei über 90% (vgl. Albert Manke, Neue Aspekte der Gründung und Organisation der Revolutionären Nationalmilizen Kubas, 1959-1961, in: Eßer u.a. (Hrsg.), Kuba. 50 Jahre zwischen Revolution und Reform – und Stillstand?; die »harte Opposition« bei 2%. Anfang 1960 lag die Zahl der Unterstützer bei 86%, die der Opposition bei ca. 7-8% (Befragung nur in den Städten und die höchsten Zahlen der Opposition stammten aus Havanna). Die Zahl von 100.000 Verhafteten während der Invasion in der Schweinebucht stammt aus Thomas, Cuba or the Pursuit of Freedom, S. 1365. Viele Verhaftete wurden nach wenigen Tagen wieder freigelassen (aber sicherlich weiterhin beobachtet). Zusätzlich zur Invasionstruppe hoffte man in den USA auf ca. 30.000 Dissidenten, von denen die operationale Führung der CIA-Abteilung JM/Wave in Miami erwartete, dass sie sich den Invasoren anschließen würden. Albert Manke zählt für die Zeit um April 1961 unter 300.000 Gegner und Oppositionelle. Jorge Domínguez macht über die Zahlen in der Zeit 1965-1975 folgende Angaben: politische Gefangene 1965: 20.000 (Zahl der kubanischen Regierung); 1969: 55.200 (Zahl eines spanischen Geheimdienstoffiziers), 1975: 5.000 (Fidel Castros Aussage). Vgl. Jorge I. Domínguez, Cuba. Order and Revolution, Cambridge (Mass.)/London 1978, S. 253f.

ter dem Slogan »Nicht alle vier Jahre, sondern jeden Tag entscheiden sich die Kubaner für die Revolution« ausgesetzt; auch Verfassung sowie Autonomie der kommunalen Ebene (und der Universitäten) waren suspendiert. Das ist aus der Situation erklärbar. Das neue politische System war noch sehr fluid und durch Improvisation sowie Ausnahmezustand geprägt. Nur eines war klar: Die Herrschaftsfrage war durch revolutionäre Milizen und *mando único* sowie den Ausbau eines neuen militärischen Apparates entschieden. Das war damals ein historischer Vorteil. Später wurden fehlende demokratische Repräsentation auf den oberen Ebenen und die extreme Zentralisierung auf Castro zum Hauptmanko des sozialistischen Kuba – es war und blieb Fidelismus.¹⁸ In der 1960er Jahren aber wurde der »Hinterhof« zur »roten Insel«, zum »Fanal Kuba« und zur »Republik der Leidenschaft«. Der Mythos Revolution bekam eine Heimat.¹⁹ In nahezu jeder Publikation etwa in den USA über Kuba ist das Wort Revolution seither im Titel zu finden.

In der ersten Phase 1953 bis 1959 kam die Revolution als bewaffneter Protest und Guerilla-Krieg daher und führte zum Sturz einer terroristisch-korrupten Regierung, der von Fulgencio Batista. In der zweiten Phase 1959 bis um 1970 definierte sich Revolution als Zeit der Herausbildung neuer Machtinstitutionen (revolutionäre Regierung unter Fidel Castro mit *mando único*, Milizen, Armee, Massenorganisationen, bewaffneten Kräften, Parteibildung) sowie der sozialen Revolution, partiell in Form großer Reformen, im Innern und der Versuche, das Umfeld (vor allem Lateinamerika, aber auch Afrika [Kongo]) zu revolutionieren. Im Gegensatz zu den »revolutionären« Reformen 1959-1963, wurden die äußeren Dimensionen der Geschichte des Landes immer als Revolution bezeichnet. Die Versuche des Revolutionsexportes durch Unterstützung anderer antikolonialer und/

¹⁸ Michael Zeuske, Cuba 1959-2010: Historia y sistema político. Apuntes de un historiador, in: Andrea Gremels/Roland Spiller (Hrsg.), Cuba: La Revolución revis(it)ada, Tübingen 2010, S. 47-67; zu »Lehren« aus dem Gesamtprozess, siehe: Hans-Jürgen Burchardt, Lektionen aus einer ignorierten Geschichte. Kubas langer Marsch ins neue Jahrtausend, in: Eßer u.a. (Hrsg.), Kuba. 50 Jahre zwischen Revolution und Reform – und Stillstand?, S. 233-256.

¹⁹ Leo Huberman/Paul M. Sweezy, Kuba. Anatomie einer Revolution, Frankfurt a. M. 1968 (engl. Originalausgabe 1961); Antony Kapcia, Ideology and the Cuban Revolution: Myth, Icon and Identity, in: W. Fowler (Hrsg.), Ideologues and Ideologies in Latin America, Westport, CT 1997, S. 83-104; ders., Cuba. Island of Dreams, Oxford/New York 2000.

oder revolutionärer Bewegungen, bald komplettiert durch den Einsatz ziviler Kräfte (vor allem Lehrer und Ärzte), weisen zwei Zentren aus, von 1962 bis 1969 Lateinamerika und seit 1970 Afrika. Die Übergänge waren fließend. In Afrika zogen sich die Versuche, »die Revolution« in der Welt zu unterstützen (und gleichzeitig im Innern Druckpotenzial abzubauen) bis 1989/90 (Angola) hin.²⁰

Im Innern, vor allem in den wirtschaftlichen Kernstrukturen, aber waren die Potenzen eines Aktionsprogrammes, das wirklich den Namen Revolution (konzentrierte Vernichtung oder gezielte Umwandlung alter und Schaffung funktionierender neuer Strukturen) verdient hätte, mit dem Tod Che Guevaras (1967), spätestens aber mit dem Versuch des »großen Sprungs auf kubanisch«, von der »revolutionären Offensive« (1967) bis zur *gran zafra* (1970), ausgeschöpft und aufgebraucht. Das zeigte sich auch am »Grundeinkommen«, das Kuba von 1963 bis 1974 ausprobierte. Öffentlich war das Ziel, die vielen Jahrhunderte Ausbeutung und schlechter Bezahlung durch den Staat in gewisser Weise wiedergutzumachen (und die Abschaffung des Geldes zu probieren). Informell war das Ziel, die Krise der Mittsechziger Jahre durch extreme Senkung der Kosten des Verkehrs, der Telefonverbindungen, der Bücher, der Nahrungsmittel und vieles andere mehr, abzufangen.²¹

Kuba bedurfte im Innern einer Politik, die nicht mehr auf große Umbrüche, seien es Revolutionen oder große Reformen, setzte, sondern auf

²⁰ Ernesto Betancourt, Exporting the Revolution to Latin America, in: Carmelo Mesa-Lago (Hrsg.), *Revolutionary Change in Cuba*, Pittsburgh 1971; Luigi Valsalice, *La guerrilla castrista en Venezuela y sus protagonistas 1962-1969*, Caracas 1979; Jorge I. Domínguez, *To Make the World Safe for Revolution. Cuba's Foreign Policy*, Cambridge 1989; Javier Pereira, *El sueño venezolano del Che Guevara*, in: *El Nacional*, Caracas, 14. Oktober 2007 (Beilage »Siete días«), S. 1-2; Piero Gleijeses, *Conflicting Missions. Havana, Washington, and Africa, 1959-1976*, Chapel Hill/London 2002; Christine Hatzky, *Bildungspolitik und Transnationalismus im postkolonialen Angola – Dimensionen und Herausforderungen der Kooperation mit Kuba*, in: *Africa Spectrum*, 43 (2008), Nr. 2, S. 245-268; dies., *Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer 1976-1991*, München 2012; David Mayer, *Die Anden in die Sierra Maestra Lateinamerikas verwandeln. Die Kubanische Revolution als Teil des kollektiven Gedächtnisses Lateinamerikas*, in: *atención! Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts*, Bd. 8/9 (2005), S. 384-412.

²¹ Jörg Roesler, *Der »historische Lohn«. Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 207 (Januar 2008), S. 28-36.

einer wissenschaftlichen Grundlage und auf stabilen Institutionen beruhte sowie auf neuen Akkumulationsquellen. Kuba bekam eine »führende Partei«, eine sozialistische Verfassung, ein neues Rechtssystem, eine neue Verwaltungs- und Herrschaftsstruktur (14 statt 6 Provinzen – heute 16) – aber eben keine sozialistische Wirtschaft. Die sichersten Quellen für die kubanische Führung fanden sich nicht etwa in einer Reform der Reformen oder einem Umschwung in den Bereichen der Wirtschaft, die mit Zentralismus nicht zu organisieren sind, sondern in einem neuen Verhältnis zwischen Zentralismus und Dezentralisierung. Dazu gehörten verstärkte Förderung des ruralen Sektors, eine weltweit einmalige Bildungs- und Gesundheitspolitik und die diskursive Umdefinierung der frühen Reformen in einen Prozess der 100-jährigen »Revolution« (im Wesentlichen in den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Beginns des Unabhängigkeitskrieges 1868 vollzogen) sowie im Versuch der wirtschaftlichen Angliederung an die internationale Arbeitsteilung des Ostblocks.

Kuba hat, wie viele Gesellschaften, die radikale Revolutionen durchgemacht haben, Schwierigkeiten mit der Schaffung einer funktionierenden und effizienten wirtschaftlichen Basis. Alte Wirtschafts-Strukturen, neue politische Utopien, Finanzierungsprobleme (und Ausschluss aus den amerikanischen Kreditsystemen), willkürliche Kaderumsetzungen und Bürokratisierung zentralistischer Herrschaftsgruppen sind nicht eben wirtschaftsfördernd, vor allem im Alltag nicht. Freie Kreativität wird zwar gepredigt, fällt aber im konkreten Wirtschaftsalltag meist dem Zentralismus, den Bürokraten und der Gleichmacherei zum Opfer. Kunst und Literatur sind das Refugium. Das fördert monolithische, auf charismatische Anführer zugeschnittene Herrschaftssysteme mit großen bürokratischen Apparaten, die allerdings für längere Zeit auf hohe Zustimmungen setzen können (auch, weil Viele darin beschäftigt sind). Das ist das »Geheimnis« der langen Herrschaft der Castro-Brüder. Dazu kommt natürlich noch die fast ideale Ergänzung der beiden Brüder schon lange vor dem offiziellen »Machtwechsel« 2008: Fidel der intellektuelle Charismatiker, ein politisches Tier, ein begnadeter Rhetoriker und Magier politischer Konstellationen, und Raúl, der loyale Bruder, Nichtredner und interne Kaderchef der Revolution, abgesichert durch Armee, Geheimdienste und alle bewaffneten Kräfte. Zusammen mit sozialen Errungenschaften, von denen noch heute, da sie schon ziemlich ramponiert sind (Schulwesen, Bildung, Gesundheitssystem, alltägliche Sicherheit, kein Hunger) in den meisten Ländern Lateinamerikas die jeweiligen 70%-Mehrheiten nur träumen können.

Notwendige Anpassungen und Änderungen heißen auf Kuba aber eigentlich seit 1967/70 nicht mehr Reformen, sondern werden von oben angeordnet, in einem kontrollierten Parlament beschlossen und »revolución« oder »período especial« (seit 1990) genannt.

Die kubanische Führung wollte auf keinen Fall unter Verdacht kommen, sie bestehe aus Reformisten. Eine erste Phase von dekretierten Reformen und Veränderungen als diskursive »revolución« hat Kuba zwischen 1970 und 1986 erlebt, als es Versuche zu Effektivierung der Wirtschaft nach »sozialistischer Rechnungsführung«, großflächige Umstrukturierungen (und Verbesserungen) für Städte des Innern (um den Wasserkopf Havanna demographisch zu entlasten) und für die Landbevölkerung gab. Es kam zur ersten offiziellen (Wieder-)Einführung von Elementen der Markt- und Dienstleistungswirtschaft (private Bauernmärkte). Die Stabilisierung und Annäherung an den Realsozialismus des Ostblocks führten vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, zusammen mit den großen Errungenschaften der sozialen Umwälzung (Schulsystem, Gesundheitswesen, Ernährung, Verbesserungen der Infrastruktur) zu einer deutlichen Verbesserung aller grundlegenden Daten (Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, Bildung, Ernährungsstand, Gesundheit, etc.), aber auch zu einem höheren Grad an Uniformierungsdruck und Repression (»graue Siebziger«). In gewisser Weise setzten sich diese Reformen, trotz Zucker- und Finanzkrise (seit 1982) fort. Kuba wurde zum ersten Sozialstaat Lateinamerikas; ein Sozialstaat ist immer mehr oder weniger ein patriarchalischer Staat. Der Versuch einer stärkeren Öffnung hin zum Markt und zur wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde seit spätestens 1986 durch Fidel Castro selbst abgebrochen und durch eine neue Runde diskursiver Revolutionierung, mit deutlichem Bezug zum Mythos des Che Guevara (Voluntarismus), abgelöst.

Das gab Kuba seine äußere Strahlkraft bis 1990. Mit der Krise 1990 – die weltweit eben nicht nur aus »Wiedervereinigung« (oder Zusammenbruch der DDR, je nach Sichtweise), sondern aus einer globalen Krise der Sozialstaaten bestand – traten drei miteinander verwobene historische Elemente in den Vordergrund.

- Erstens, die »revolutionäre Außen-, Symbol- und Modellpolitik«, die die kubanischen kommunistischen Eliten mit einiger Berechtigung und in der Annahme betrieben, Havanna sei immer noch, wie schon seit ca. 1830, Schnittpunkt der atlantischen Welt, wurde zu teuer.
- Zweitens brach der »Realsozialismus« zusammen und entzog Kuba das Imperium und die jeweilige kontinentale Wirtschaftszone, auf die sich

alle Eliten der Insel bis dahin bezogen hatten (in der historischen Abfolge: spanisches Imperium bis 1898; USA bis 1959, UdSSR und Realsozialismus bis 1990).

- Drittens: Die egalitäre Gesellschaft hatte angesichts einer ganzen Generation im sozialistischen Kuba geborener »neuer Menschen« schon in den 1980er Jahren einerseits ihre Grenzen der Versorgung bei gleichzeitigem Konsumverzicht erreicht. Eigentlich wären Leistung und Aufstieg neuer Akteure auf neuer, sozialistischer Grundlage das Gebot der Stunde gewesen. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus kam es zwischen 1992 und 1993 zur bis dahin tiefsten Krise des Landes.

Es kam aber nicht zu einer Revolution der Kubanerinnen und Kubaner gegen die Castros und den Castroismus. Ganz im Gegenteil, bereits seit Mitte der 1990er Jahre wurde deutlich, dass Fidel Castro weltweit und vor allem in Lateinamerika immer mehr zum Mythos und sozusagen zum Großvater der Revolution verklärt wurde. Im Innern wurde der *período especial* ausgerufen, der quasi mit Mitteln des Kriegskommunismus die Errungenschaften einer Revolution der Gleichheit erhalten sollte (Verteilung von Medikamenten, Essen und Geräten [z.B. Fahrrädern], Zulassung von Küchengärten in den Städten, private Schweine- und Hühnerhaltung in städtischen Wohnungen, Ausweitung der Schwarzmärkte, informelle Arbeitsbeziehungen und Bodennutzungen auf dem Lande, etc.). Nach außen wurden Reformen in Richtung Markt gemacht, zum Teil auch von außen zugelassen (*joint ventures*, westlicher Tourismus, »Export« von Sportlern, Künstlern, Ärzten sowie Heiratskandidatinnen und -kandidaten).

Der Staat drückte auch die Augen bei Schwarzmärkten zu. Seit 1993 wurde der US-Dollar als erstes Zahlungsmittel in den Sektoren, in denen der Staat Marktbeziehungen zulassen wollte, depenalisiert (d.h. seine Verwendung straffrei gestellt) und diente im Innern als zweites Zahlungsmittel.²² Damit wurde der rapide Verfall der kubanischen Währung gestoppt, der 1993 zeitweilig 1:130 betragen hatte, und die Relation zwischen US-Dollar und kubanischem Peso pegelte sich auf Werte um 1:25 ein. Auch private Bauernmärkte und »Arbeit auf eigene Rechnung« (Handwerk, Restaurants, kleine Reparaturbetriebe ohne eigene Angestellte) wurden zugelassen. Größere Teile des Bodens wurden Genossenschaften überlassen und

²² Emily Morris, Cuba's new relationship with foreign capital. Economic policy-making since the 1990s, in: *Journal of Latin American Studies*, Jg. 40 (2008), Special Issue 4, S. 769-792.

parallel versucht, die Zuckerwirtschaft zu modernisieren. Letzteres endete 2001/2002 in einem Quasi-Zusammenbruch der großen Zuckerwirtschaft. Seitdem läuft eine stille, aber gigantische Umwälzung auf dem kubanischen Land ab, die ich durchaus als »Reform ersten Ranges« bezeichnen würde – die Umgestaltung der »großen« Exportlandwirtschaft in eine »kleine« und »mittlere« Landwirtschaft der Nahrungs- und Genussmittel; parallel dazu die Überlassung und Modernisierung ausgewählter großer Zuckerfabriken durch Management und Investitionen aus Brasilien. Über »Revolution« spricht dabei keiner mehr. Im Grunde handelt es sich um »Rückbau«-Reformen. Kubas überdimensionierte Zuckerwirtschaft war nicht mehr konkurrenzfähig.²³

Es gibt eine eher unerwartete Kontinuität der Reformen von 1993. Es handelt sich um die oben bereits kurz erwähnte relativ große Gruppe von Profiteuren der weit zurückliegenden urbanen Reform (*reforma urbana*), die fast immer älter als 60 sind und zu den Stützen des Castroismus zählen. Seit 1995 wurde die Möglichkeit eröffnet, Räume und Wohnungen an Touristen zu vermieten. Die Häuser sind mit einem großen blauen Symbol (*alquiler de divisa*) gekennzeichnet. Nach einigem Hin und Her bis um 2004 verblieben Staat und Vermieter so, dass hohe Abgaben für das Recht auf Vermietung zu zahlen sind. Die direkten Einnahmen aus der Vermietung sind eher bescheiden. Bald aber schliff sich eine typische Veränderung ein, die zeigt, wie auf Kuba Informalität, Schwarzmarkt und Wirtschaftsgebaren ineinander greifen. Die Zimmerpreise sind für Individualtouristen relativ günstig (je nach Stadt und Lage 20-30 CuC/Tag). Die *turistas* werden aber gedrängt, drei CuC (Peso *Cubano* Convertible, in einer Relation von ca. 1:25 zum normalen Peso) für das Frühstück und rund 10 CuC für jede andere Mahlzeit zu zahlen. Damit kaufen Familienmitglieder der Vermieter Lebensmittel zu den kontrollierten und gestützten Preisen ein. Sie machen für kubanische Verhältnisse relativ hohe Gewinne. Die Häuser, die vermietet werden, sind oft die am besten erhaltenen und gestrichenen Gebäude, manchmal gibt es sogar private Anbauten. Die Vermieter bilden, wie oben erwähnt, im Grunde den Kern einer »revolutionären« und (meist) weißen Mittelklasse, viele sind auch Parteimitglieder und vertreten diskursiv und visuell, oft durch Plakate, am deutlichsten ihre Treue zum politischen System. Sie beschäftigen informell auch schon längst Handwerker, Köche, Wä-

²³ Brian H. Pollitt, The rise and fall of the Cuban sugar economy, in: Journal of Latin American Studies, Jg. 36 (2004), Nr. 2, S. 319-348.

scherrinnen und Reinigungskräfte, die traditionell meist Farbige sind. Auch auf den Anbau regionaler Produkte nehmen sie Einfluss.

In der Breite aber sieht sich Kuba einer Reihe von Krisen des Alltagslebens gegenüber, von denen die tiefste Krise die der Infrastrukturen sowie der Gebäudesubstanz ist. Die Gebäudesubstanz des Landes, die Straßen, die Rohrleitungsnetze, Abwasserleitungen, die elektrischen Netze, die Telefonnetze (bis auf einige lokale Modernisierungen, wie in Havanna) und die Wasserversorgung sind in katastrophalem Zustand. Einige der Infrastrukturen sind seit 1960er Jahren nicht erneuert worden; die meisten seit den 1990er Jahren überhaupt nicht mehr. Von neuen Infrastrukturen, die politisch ganz bewusst sehr kontrolliert sind, wie die des Internets, ist dabei noch nicht die Rede.²⁴ Die notwendigen Kapital- und Arbeitsaufwendungen für die traditionellen Infrastrukturen, die sich in einigen Bereichen (zum Beispiel bei der Hausmodernisierung) zudem einer zentralistischen Organisation per se entziehen, sind so extrem hoch, dass sie sich das dekapitalisierte Land in der gegenwärtigen Form seiner Wirtschaftsverfassung nicht leisten kann.

Seit Beginn der Krise wurde das Herrschaftssystem der Castros wirklich wichtig – in erster Linie verhinderte es, zusammen mit der Tatsache, dass es in ehemaligen kolonialen Sklaverei-Gesellschaften des peripheren Kapitalismus und dem »Land der Revolution« eben viele egalitär fühlende Menschen gibt, den totalen Zusammenbruch. Diesen zu verhindern, war 1990-1995 Konsens, auch in der breiten Bevölkerung. Aber nun traten auch die repressiven Seiten stärker hervor. Erstmals bildeten sich überhaupt Oppositionsgruppen im Lande. Zugleich scheiterte die Regierung bei der sozialen Verankerung der notwendigen Reformen, die zwischen 1993 und 1997 als Phase des so genannten *período especial* einfach zugelassen werden mussten (internationaler Tourismus, Bauernmärkte, »Arbeit auf eigene Rechnung«, Dollar-Läden, private Restaurants, etc.).

Die realen Änderungen führten aber nicht dazu, dass Kuba als einzige westliche Gesellschaft bewies, dass »Reformen im Sozialismus« erfolgreich sein können. Parallele Betonierung von Außensektor/Tourismus und »normaler« Gesellschaft, Schwarzmarktboom und lokale Klientelschaften so-

²⁴ Bert Hoffmann, *The Politics of the Internet in Third World Development. Challenges in Contrasting Regimes with Case Studies of Costa Rica and Cuba*. New York 2004; ders., *How the Internet Changes State-Society Relations in Authoritarian Regimes: The Case of Cuba*, in: GIGA Working Paper 156, Januar 2011.

wie partikulare Privilegien für Armee, Ärzte, Sportler und Künstler sowie die Hauseigentümer der *reforma urbana* waren die Folge.²⁵ Informelle Ungleichheit bei gleichzeitigen Gleichheits- und Revolutionsdiskursen breitete sich aus. Revolutions- und Gleichheitsdiskurse wurden zu Worthülsen. Die Errungenschaften der Revolution (Gesundheit, Bildung, Sicherheit, kein Hunger) verfielen, aber sie existieren noch und wurden vor allem auf dem Schul- und Bildungssektor auch seit 1997 mit hohem Aufwand erneuert.

Kubanerinnen und Kubaner mussten sich im Alltag aber an eine Art neuer Dauerkrise und in der Krise an eine informelle hierarchisierte Gesellschaft mit Schwarzmärkten gewöhnen, bei Beibehaltung des egalitären Diskurses. Informell hatte das (und hat) die Folge, dass sich Kuba an Marktwirtschaft als Schwarzmarkt gewöhnte. Die Castros getrauten sich aber nicht, die wirklich großen internen Probleme anzugehen – klare Regelung der Nachfolge und konsequente Verjüngung der Politik (wobei schon 50-Jährige jung wären), mehr Dienstleistung und Markt, konsequentes Steuersystem, Verrechtlichung, Umweltpolitik und vor allem: Agrarreformen und urbane Reformen, die wirklich sozialen Wohnungsbau, Nahrungsmittelsicherheit und gerechte Verteilung des Wohnraums ermöglichen würden. Die Reformen in Richtung mehr Markt wurden aber seit 1997, ganz klar aber seit 2003, zunächst wieder abgewürgt mit dem Verweis auf die negativen Folgen des Schwarzmarktes, der Touristifizierung (Prostitution) und der Gewinne der Privaten, vor allem der Bauern. Diese Rezentralisierung war nicht zuletzt durch die immer engere Bindung an das chavistische Venezuela und wegen der Kompensationsgeschäfte Ärzte und Bildung gegen Öl zwischen Kuba und Venezuela (sowie Bolivien und Ekuador) möglich.²⁶ Allerdings bestehen heute, 2014, starke Zweifel, ob das chavistische Venezuela seine hohen Unterstützungsleistungen beibehalten kann (Ölpreis). Deshalb kann es noch zu großen Problemen führen, dass eine »chinesische« Reformversion (oder eine »vietnamesische«) nie wirklich in Betracht gezogen worden

²⁵ Bert Hoffmann, Cuba – La reforma desde adentro que no fue; in: Notas No 9 (1996), S. 48-65; ders., Kubanische Comebacks. Die Rückkehr der Vergangenheit im sozialistischen Kuba, in: Karin Gabbert u.a. (Hrsg.), Offene Rechnungen – Lateinamerika, Analysen und Berichte 20. Bad Honnef 1996, S. 139-158; Hoffmann, Transformation and Continuity in Cuba, in: Review of Radical Political Economics, Jg. 33 (2001), Nr. 1, S. 1-20.

²⁶ Michael Zeuske, Die Bolivarianische Republik (1999-2008), in: ders., Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas, Zürich 2008, S. 477-565.

ist. Als offizielle Erklärung wurde und wird immer wieder die Nähe der USA und die »Kleinheit« der kubanischen Ökonomie vorgebracht.²⁷ Eine »russische« Version des Wandels kann keiner wirklich wollen.

Seit 1997 war aus Angst vor zunehmender Differenzierung begonnen worden, selbst bescheidene Anfänge von Reformen wieder abzuwürgen und überzugehen zur letzten Phase der direkt von Fidel Castro verantworteten Politik (1997-2006). Das war relativ leicht. Einerseits gab es das rechte Bush-Amerika, andererseits den Linksruck in Lateinamerika (vor allem Venezuela). Che und Fidel sowie die kubanische Revolution wurden mehr und mehr zum Mythos.²⁸ Auf Kuba selbst gab es massive Kritik an den Verletzungen der »Gleichheit« während der Reformen der 1990er Jahre mit ihren informellen Hierarchisierungen – Bauern und Handwerker, Kellner und Taxifahrer sowie *jineteros* (Prostitution) standen schnell besser da als die Stützen des Castroismus. Eines wurde allerdings nicht gesagt: Alle »neuen Reichen« (im Vergleich zu kapitalistischen Ländern handelt es sich um sehr bescheidenen »Reichtum«) bedienten sich des Schwarzmarktes, den die Regierung stillschweigend akzeptierte, um nicht das heiße Eisen wirklicher »Reformen im Sozialismus« angehen zu müssen.

Armee und Staat übernahmen nach 2003 wieder einmal die Kontrolle über fast die gesamte formelle Wirtschaft. Nur die Landwirtschaft mit der Krise der Zuckerproduktion war nicht mehr zu retten und ohne engagierte Arbeitskräfte sowie eine motivierte Bauernschaft nicht zu reformieren. Trotz einer Reihe von erfolgreichen Betrieben war vor allem in der Krise seit 2008 die Nahrungsmittelproduktion auch von der großen Armee nicht mehr zu sichern. Dazu kamen ein paar verheerende Hurricans. Aber die gibt es seit Jahrhunderten in der Karibik und Kuba hat das weltweit wohl beste Katastrophenschutzprogramm. Vor diesem Hintergrund – die Leser mögen dem Historiker verzeihen, dass er lange Linien betont und sich nicht am politologischen Kaffeesatzlesen beteiligt – ist es ganz klar, was die Zeitgeschichte zwischen 2008 und 2015 bedeutet: Kontinuität des Castroismus zunächst »ohne Fidel«, dann mit einem visuellen und diskursiven Fidel, seit Mitte 2010 auch wieder mit einem realen Fidel, und mit Präsident sowie Armee- und Parteichef Raúl Castro.

²⁷ Yinghong Cheng, Fidel Castro and ›China's Lesson for Cuba‹: A Chinese Perspective, in: The China Quarterly, Nr. 189 (2007), S. 24-42.

²⁸ Michael Zeuske, Fidel Castro – Don Quijote in Olivgrün oder Vater des Linksrucks? Eine kritische Würdigung“, in: Ders., Kleine Geschichte Kubas, S. 226-234.

Seit der so genannten Machtübernahme durch Raúl Castro im Innern gab es einige kleinere Reformen (differenzierte Löhne, Offizialisierung der Möglichkeit für Kubaner, Touristen-Hotels sowie Einrichtungen zu besuchen, Verbesserungen im Transport in einigen Städten, in der Disziplin, kombiniert mit dem Plan, großflächiger Entlassungen aus dem Staatsdienst und die Wiederholung der 1993 bereits proklamierten Möglichkeit, Geschäfte und kleine Firmen zu öffnen; 2010 aber mit der Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen). Nur eine dieser frühen Reformen war potenziell eine »revolutionäre« Reform. Sie betrifft den Agrarbereich (Vergabe von Land an Private als Pacht für 10 Jahre). Aber schon die zeitliche Begrenzung und der Charakter als Pacht weisen darauf hin, dass man nicht an der Frage privaten Eigentums rühren will. Alles in allem aber wird weiterhin ein diskursiver Kurs der »revolución permanente« gefahren und der »neue« Castro, Raúl, ist ebenso Vertreter des Fidelismus (oder Castroismus) wie der »alte« Castro, Fidel (auch wenn viele sich sehnsüchtig an die Massenverteilungen unter Fidel erinnern).

Die vorsichtigen Änderungen 2007-2010 waren Schritte in der Tradition der dekretierten Veränderungen seit 1970, schoben und schieben aber die notwendigen »großen« Reformen im Sozialismus nur hinaus (die so genannte *unificación de las dos monedas* [Vereinigung der beiden Peso-Typen Cup und CuC] wird seit ca. sechs Jahren debattiert und befürchtet/herbei gewünscht). Im Kern der notwendigen Veränderungen für die Menschen auf Kuba stehen die Lebensverhältnisse und die werden nun einmal am tiefsten durch Lebensmittel bzw. fehlende Lebensmittel, Konsumgüter, Infrastrukturen (Zentrum Hausreparaturen und Wohnraum) sowie Arbeitsverhältnisse geprägt. In Bezug auf die dafür notwendigen Reformen herrscht Stillstand auf Kuba. Die Zeit steht still. Jede Kubakennerin und jeder Kubakenner wird wissen, dass es trotz dieser bleiernen Zeit andauernde kleine Änderungen gibt, aber eben keine durchgreifenden Reformen. Stillstehende Zeiten merkt man am meisten den Gebäuden, den Häusern, Städten und Straßen, an.

Auch wenn es stiller um Kuba geworden ist – das Land bedarf weiterhin der Solidarität. Mit dem weltweiten Ansteigen der Nahrungsmittelpreise gerät die an sich schon prekäre Versorgung in immer tiefere Krisen, auch die bescheidenen Möglichkeiten, in den *tiendas*, den Devisenläden, etwas dazu zu kaufen, leidet darunter, dass Kuba fast alle Devisen für Lebensmittelkäufe ausgibt (statt endlich die innere Produktion – die zudem noch »Bio« wäre – frei zu geben). Von Arbeits-»Produktivität« ist – von ausge-

suchten Sektoren, die meist unter Kontrolle der Armee stehen – eigentlich nicht zu sprechen. Und das in einem fruchtbaren Land, in dem man nur einen Stock in die Erde steckt und nach drei Wochen treibt der aus! Auf einer Insel, deren diskursiver Mythos darin besteht, die Revolution »für die Bauern« gemacht zu haben! Rund die Hälfte des Bodens auf Kuba ist ungenutzt und wird immer stärker vom Marabú überwuchert, einer Pflanze, die undurchdringliche, ca. zwei Meter hohe Dornenhecken bildet, aber zugleich den Boden vor Austrocknung schützt.

Sicherlich wird man die nächsten Jahre abwarten müssen, um zu sehen, was die von Raúl Castro dekretierten Veränderungen für konkrete Ergebnisse in Gestalt von Nahrungsmitteln, Dienstleistungen, Baumöglichkeiten und Waren hervorbringen, die im Land erzeugt worden sind. Die Nahrungsmittelversorgung ist in den letzten Jahren besser geworden, aber es gibt Hunger auf Kuba. Und sicher muss man beobachten, welcher Politiker welchen Einfluss erhält – aber wirkliche Reformen à la 1960er Jahre oder »Aufbruch« auf der Ebene von Gesellschaft, Regierung und Herrschaft sind das nicht. Auch die Ablösung faktisch der gesamten Ministerriege unter Carlos Lage, die die Reformen seit den 1990er Jahren konzipiert und geleitet hatte, und ihre Ersetzung durch (meist) Militärs im Februar/März 2009 scheint nicht eben für Reformbereitschaft zu sprechen. Doch gerade beim kubanischen Militär kann man sich leicht täuschen. Es spielt seit einigen Jahren eine ganz wichtige Rolle in Wirtschaft und Management.

Die gemäßigte Reform euphorie der Jahre 1993-1995 ist dahin und – ich greife etwas vor – die neue Dynamik seit 2010/11 hat im 2. Halbjahr 2013 einen schweren Dämpfer erfahren, als alle Modegeschäfte geschlossen werden mussten (die mit billigen, aber immerhin Modetextilien aus dem Ausland von reisenden Rentnern mit Pässen [*mulos*] versorgt wurden).²⁹ Auch die wie Pilze aus dem Boden schießenden 3D-Kinos wurden verboten.

Ende 2010 hatte die Regierung einen Plan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (*lineamientos*) vorgelegt,³⁰ der bis zum Parteitag im April 2011 (der Termin wurde ebenfalls Ende 2010 endgültig festgelegt,³¹ nachdem er über Jahre angekündigt war) debattiert und auf dem Kongress

²⁹ Hans Jürgen Burchardt, Im Herbst des Patriarchen, Stuttgart 1999.

³⁰ Siehe: <http://www.prensa-latina.cu/Dossiers/ProyectoLineamientosPCC.pdf> (31. Januar 2011). Teile übersetzt unter: www.fgbrdkuba.de/txt/doc/20110113-leitlinien-zur-wirtschafts-und-sozialpolitik.html#leitlinien (31. Januar 2011).

³¹ In der Rede Raúl Castros zum Abschluss der Nationalversammlung 2010, siehe (Spanisch): www.cuba.cu/gobierno/rauldiscursos/2010/esp/r181210e.html

beschlossen wurde. Eingeleitet wurden die neuen Reformen mit der Aussage Raúl Castros in seiner Rede von August 2010, dass ein für alle Mal mit der Auffassung Schluss sein müsse, Kuba sei »el único país del mundo en que se puede vivir sin trabajar (das einzige Land der Welt, in dem man leben könne ohne zu arbeiten)«. ³² Raúl Castro verkündete auch den Plan der massiven Entlassung von Staatsangestellten (Zahlen zwischen 500.000 und mehr als einer Million sind in der Diskussion; zunächst kam es zu Überlegungen zum Einsatz der frei gesetzten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, was sehr unguete Erinnerungen an die Jahre um und nach 1970 weckte).

Gerade die Situation im Agrarbereich ist, wie gesagt, regelrecht paradox. 1.800.000 Hektar agrikulturell gut nutzbarer Boden auf der ganzen Insel liegen brach. Es gibt sehr gute und praxisorientierte landwirtschaftliche Forschungsinstitutionen, die sehr gute Resultate vorzuweisen haben und international sehr geschätzt sind. Auch wenn die Infrastrukturen der Forschungszentren durch mehr als zehn Jahre Dekapitalisierung etwas ramponiert sind. Und das Wichtigste – Kuba hat eine Bevölkerung, die eine hohe Qualifizierung hat.

Schon seit 2007 gab es eine Reihe von Maßnahmen, die direkt auf die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion abhoben: Erhöhung der Preise für Milch und des Rindfleisches, bei Durchsetzung schärferer Kontrollen des bis dahin florierenden Schwarzmarktes für Rindfleisch, Kaffee und Milch. Zugleich wurde ein Dezentralisierungs-Prozess in Gang gesetzt, der das Munizipium zum Zentrum der Entscheidungen bei den Agrarreformen machen soll, bei gleichzeitigem Abbau und Vereinfachung zentralistischer (ministerieller) Strukturen in den Bereichen der agrikulturellen Primärproduktion und der Herstellung von Nahrungsmitteln. Die wichtigste Maßnahme war allerdings die Übergabe von *tierras ociosas* (brachliegendes landwirtschaftlich nutzbares Land) an natürliche Personen unter 10-Jahres Pachtverträgen, die verlängert werden können.

(31. Januar 2011); (Deutsch): <http://fgbrdkuba.de/txt/doc/20101218-rede-raul-castro-sozialismus.html> (31. Januar 2011).

³² Discurso pronunciado por el General de Ejército Raúl Castro Ruz, Presidente de los Consejos de Estado y de Ministros, en el Quinto Período Ordinario de Sesiones de la VII Legislatura de la Asamblea Nacional del Poder Popular, en el Palacio de Convenciones, el 1ro. de agosto del 2010, »Año 52 de la Revolución«, siehe: www.granma.cubaweb.cu/2010/08/02/nacional/artic01.html (31. Januar 2011); (Deutsch): <http://emba.cubaminrex.cu/Default.aspx?tabid=32084> (31. Januar 2011).

Die Ergebnisse allerdings entsprachen nicht den Erwartungen der Regierung. Ende 2010 war die Agrarproduktion nicht gestiegen, sondern um rund 5% im Vergleich zum Vorjahr, das schon schlecht war, gefallen. Bis 2014 gab es nur sehr bescheidene Wachstumsraten (aber immerhin).

Seit dem zweiten Halbjahr 2010 entstanden im Alltag der Kubanerinnen und Kubaner zahlreiche kleine Privatunternehmen im Dienstleistungs-, Bewirtungs- und Transportbereich (die zu einem Teil immer die Offizialisierung bereits bestehender informeller Strukturen sind). Der Reparatur- und Dienstleistungsbereich für Infrastrukturen, wie Reparatur und privater Um- und Neubau von Häusern und Wohnungen, vulgo »Handwerk«, steht noch aus.

Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, parallel zum 50. Jahrestag des Sieges von Playa Girón und der Proklamation des Sozialismus (1961), hat ca. 300 Reformen gebilligt, die Kuba in eine gemischte Ökonomie mit marktwirtschaftlichen Elementen führen sollen. Sprich, für Kubanerinnen, der Schwarzmarkt, auf dem all das schon lange stattfindet, wird im besten Falle offiziellisiert und im schlechteren Falle mehr kontrolliert und besteuert. Eine neue Parteiführung wurde gewählt, die auch eine alte ist: Parteichef ist nun auch Raúl Castro, Vizechef José Ramón Machado Ventura und dritter Vorsitzender ist Ramiro Valdés (79); das neue Politbüro hat nur drei Neulinge. Kubanerinnen und Kubaner sollen künftig auch offiziell Häuser sowie Wohnungen kaufen und verkaufen können; vorher geschah das informell. Die Folge wird sein, dass Haus- und Wohnungskäufe und -verkäufe zunehmen. Ob die Preise dabei fallen oder steigen, bleibt abzuwarten. Klar ist aber, dass diejenigen, die heute schon durch den Familien-Besitz mehrerer Wohnungen in günstigen innenstädtischen Lagen, privilegiert sind, weitere Privilegien anhäufen werden.

Privatbesitz an Land soll zugelassen werden – hier sind die Aussagen ziemlich unklar. Die doppelte Währung soll perspektivisch abgeschafft werden, und die so genannte *libreta*, das Bezugsheft, auch. Das hieße, nach jetzigen Bedingungen, dass alle CuP (kubanischer Peso, sozusagen die normale Währung für alle), wie gesagt, in eine Art neuen CuC (die dann eine internationale Devise werden müsste, was hohe Risiken mit sich bringt) im Verhältnis 1 CuC zu 25 CuP umgewandelt werden müsste, dass die jetzigen sehr hohen CuC-Preise (im Grunde Preise, um Touristen und privilegierten Remesa-Beziehern möglichst viel Geld abzunehmen) massiv sinken müssten. Die Löhne und Gehälter derjenigen, die in Amt und Beruf sind, müssten sehr schnell steigen, ebenso wie die Renten, die selbst bei Bezie-

hern sehr, sehr guter Renten nur ca. 1.000 CuP (40 CuC) ausmacht. Für die vielen Bedürftigen, die extrem niedrige Gehälter, Löhne und Renten beziehen, müsste der Staat ein neues Subventionssystem einführen.

Seit dem Jahr 2010 ist, wie oben dargelegt, die private Ausübung von rund 180 wirtschaftlichen Aktivitäten erlaubt und gewünscht (Kellner, Restaurants, Bäcker, private Taxen, Scherenschleifer, Obst- und Brotverkäufer, Nagelstudio, Zierfischverkäufer – die Liste ist sehr lang). Eines ist auf jeden Fall in der Nach-Fidel-Ära ab etwa 2008 sehr deutlich geworden: Es gab fast sofort ein neues Verständnis für die Notwendigkeit von Reformen, und es gab neue Anläufe zu wirklichen Reformen, die allerdings von den findigen Kubanerinnen und Kubanern, sehr schnell über die zentralen Intentionen hinausgetrieben worden sind. Mitte 2013 dachte man auf der Einkaufsstraße von Matanzas, es sei eine Schuh- und Mode-Shopping-Mall in alten Häusern und mit den Gütern, die woanders als Billigware bezeichnet werden. Aber immerhin – es gab massenweise Modeläden und Schuhläden (das hatte es bis dahin nicht oder nur in staatlich kontrollierten *tiendas* gegeben).

Ob das gegenwärtige politische System und die dieses System tragenden Kräfte aber wirklich zu tiefgreifenden Reformen willens und in der Lage sind, ist nicht klar erkennbar. Was die Öffnung für ausländische Investitionen für die Kubanerinnen und Kubaner bedeutet, ist auch nicht ganz klar. Ich vermute erst einmal, dass der staatlich kontrollierte Sektor gestärkt werden wird und die Akkumulation »von unten« stärker unter Kontrolle gerät.

Die kubanische Gesellschaft ist in vielen Dimensionen schon weiter. Sie befindet sich wirklich seit 1990 in Wandel sowie Umbruch. Für sie existiert ein klarer Bruch zu den Zeiten vor 1990 (viele sehen die Zeit bis 1990 als »gute alte Zeit« – und das sind nicht nur alte Leute). Seit 2007/08 ist eine neue Dynamik greifbar, vor allem in den großen Städten und besonders in Havanna. Es gibt sehr viele kleine Veränderungen im Alltag. Zwar ist der Internet-Zugang stark eingeschränkt worden, aber überall sieht man Handys (*móviles, celulares*), seit Ende 2014 auch für alle, die es sich leisten können, mit email-funktion.

Kuba bedarf, vor allem aus Sicht junger Leute, auch junger Kader, neuer Formen der Partizipation. Wie genau sie unter den historischen Bedingungen aussehen soll, weiß niemand genau. Viele Kubanerinnen und Kubaner haben sich – im Exil oder auf der Insel – individuell oder familiär globalisiert. Die Gesellschaft ist auch viel stärker hierarchisiert als früher, und

– für den ursprünglichen Ansatz der kubanischen Revolution noch schlimmer – die Unterschiede werden deutlicher sichtbar. Und auf Kuba bilden sich immer informelle Netzwerke für fast alles, auch wenn die Disziplinierungsmaßnahmen unter Raúl Castro – als Teil der Reformen – zeitweilig die informellen Netzwerke etwa des Kaffee- und Milchhandels sowie viele andere Netzwerke des Schwarzmarktes unterbrochen haben (schon einfach dadurch, dass es mit der Formalität viel mehr Konkurrenz gab). Informalität und Netzwerke sind alte kubanische Traditionen. Ob sie aus der Tiefe der Gesellschaft – Gramsci lässt grüßen – den Reformen zum Durchbruch auf die ganze Gesellschaft verhelfen oder zu eher unerwarteten Resultaten führen, bleibt abzuwarten.³³ Mit dem starken staatskontrollierten Sektor unter der Führung handverlesener Kader ist auch eine »russische« Transitionsvariante nicht vom Tisch.

³³ Bert Hoffmann, Wie reformfähig ist Kubas Sozialismus?, in: FES Analyse.pdf, Mai 2011.

Mario Keßler

Kommunistische Reformen und frühe westdeutsche Kritiker

Die Politik der sowjetkommunistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion und der DDR, wurde in der Bundesrepublik mehr als in jedem anderen westlichen Land, einschließlich der USA, aufmerksam beobachtet und analysiert.¹ Dies war kein Zufall, war die Bundesrepublik doch – wenn gleich der größere – Teil eines Landes, dessen anderer Teil sich die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben hatte. Von Beginn an wurde deshalb die kritische Analyse kommunistischer Ideologie und Herrschaftspraxis, auch ihrer Reformbemühungen, zum wichtigen Teil der politischen und Wissenschaftskultur der Bundesrepublik. Dies aber wäre nicht möglich geworden ohne die Vorarbeit von Kommunismusforschern, die ab 1945 aus dem Exil in das westliche Deutschland zurückkamen. Sie hatten an die Stelle einer im »Dritten Reich« rein ideologisch betriebenen Propaganda die wissenschaftliche Beschäftigung mit der sowjetischen Staatenwelt zu setzen. Obgleich die entnazifizierten Ostexperten wie andere Funktionselemente Hitlers rasch wieder in der Bundesrepublik in Amt und Würden kamen, konnten doch in der Kommunismusforschung manche der aus dem Exil zurückgekehrten Forscher akademische Positionen erlangen.

Dies ging mit einem inneren Wandel der Wissenschaftsdisziplin einher. Die westdeutsche Kommunismusforschung trat nach 1945 aus den länderbezogenen Russlandstudien heraus, um sich inhaltlich wie methodisch seitdem immer weiter zu verbreitern. Obgleich vorwiegend mit historischen Ansätzen arbeitend, griff sie zunehmend auch Probleme der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Philosophie, aber auch der Psychologie und

¹ Vgl. zur Sowjetunion-Forschung in den USA als zentralem Teil der Kommunismusforschung das sehr materialreiche Buch von David C. Engerman, *Know Your Enemy. The Rise and Fall of America's Soviet Experts*, New York 2009, sowie die noch immer, nicht zuletzt wegen zahlreicher pointierter Urteile, lesenswerte ältere Arbeit von Walter Laqueur, *Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte*, Frankfurt a. M. 1967, die über den amerikanischen Rahmen weit hinausgreift.

Pädagogik auf, nahm zudem seit etwa 1965 auch vom Jargon des Kalten Krieges, der die DDR nur in Anführungszeichen wahrnahm, Abstand.²

Eine über die Grenzen der einzelnen Fachdisziplinen hinausweisende Forschung ist aber nicht nur dem komplexen Gegenstand – der Welt des Kommunismus – geschuldet. Sie findet eine Erklärung auch in der Arbeitsweise von Wissenschaftlern, die sich der Politik und Geschichte des Kommunismus widmen. Ihre Ansichten und Forschungsthemen sind oft nicht nur die Frucht rein akademischer Arbeit. Sie entspringen oftmals biographischer Erfahrung. Dies galt natürlich besonders für jene, die über ihre Biographie der Jahre 1933 bis 1945 kein schützendes Dunkel legen mussten. So hatten schon manche der Begründer der Kommunismusforschung als Wissenschaftsdisziplin über ihr einstiges Engagement in der Arbeiterbewegung zu späterer Kritik gefunden, im erzwungenen Exil verschiedene Arbeitsweisen und Denkansätze kennengelernt und nach ihrer Rückkehr politische Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis in ihren Arbeiten zusammenzuführen gesucht. Wie weit dies gelang, soll anhand von drei Persönlichkeiten nachgeprüft werden.

Arkadij Gurland (1904–1979), Richard Löwenthal (1908–1991) und Ossip K. Flechtheim (1909–1998) hatten an der »Zivilisierung« wie der methodischen Verfeinerung der westdeutschen Kommunismusforschung einen wichtigen Anteil. Sie waren miteinander befreundet und weisen mehrere Gemeinsamkeiten auf: Sie entstammten der politischen Linken, mussten ab 1933 aus Deutschland flüchten und kehrten nach 1945 in die Bundesrepublik oder nach Westberlin zurück. Dort befassten sie sich mit Fragen der Geschichte und Politik der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Eine weitere Gemeinsamkeit war ihre jüdische Herkunft und die daraus erwachsende doppelte Erfahrung an Verfolgung: als politisch aktive Hitlergegner wie als rassistisch Ausgegrenzte. In der Forschung zur Arbeiterbewegung wie auch zum Antisemitismus wird heute oft nach dieser doppelten Gewalterfahrung gefragt. Schließlich, und dies sei hier hervorgehoben, hielten alle drei an sozialistischen Wertvorstellungen auch dann fest, als ihre Kritik am Sowjetkommunismus an Schärfe zunahm. Diese Erfahrungen teilen sie mit Theodor Bergmann, der das Buch, in dem dieser Beitrag erscheint, angeregt hat.

² Vgl. Volker Gransow, *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz*, Frankfurt a. M./New York 1980.

Der folgende Beitrag sucht den Zusammenhängen zwischen wissenschaftlichem Werk und biographischer Erfahrung anhand der drei genannten Persönlichkeiten nachzugehen, wobei die Konzentration auf die Schriften der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte liegt. Wie weit beruhten die wissenschaftlichen Wertbezüge auf biographischen Erfahrungen, wie konnten diese in der Arbeit rationalisiert werden? Zwar fallen die Antworten darauf unterschiedlich aus, doch fällt von vornherein ein gemeinsamer Vorrat an Erfahrungen im Jahrhundert der Katastrophen ins Auge.³

Arkadij Gurland (1904-1979): Marxistische Kampfposition gegen den Stalinismus

Arkadij (Arcadius Rudolph Lang) Gurland wurde am 1. September 1904 in Moskau geboren.⁴ Er besuchte bis 1918 in Moskau, wo er Lenin und Trotzki sprechen hörte, danach in Sewastopol das Gymnasium. Bis 1914 hielt sich die Familie regelmäßig in Deutschland auf, sodass Gurland neben Jiddisch und Russisch auch Deutsch beherrschte. Als Schüler musste

³ Der Beitrag schließt in Teilen an eine frühere Publikation des Verfassers an: Wissenschaft und biographische Erfahrung: Franz Borkenau, Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim – Mitbegründer der westdeutschen Kommunismus-Forschung, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Bd. 21, Berlin 2013, S. 169-182. Vgl. vom Verfasser weiterhin: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998), Köln/Weimar/Wien 2007; Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau-Richard Löwenthal-Ossip Flechtheim, Berlin 2011; Between History and Futurology: Ossip K. Flechtheim, in: Axel Fair-Schulz/Mario Kessler (Hrsg.), German Scholars in Exile. New Studies in Intellectual History, Lanham (Maryland) 2011, S. 173-211; Arkadij Gurland – Sozialdemokrat und Politologe zwischen Weimarer Republik, Exil und westlichem Nachkriegsdeutschland (1904-1979), in: Klaus Kinner (Hrsg.), Die Linke. Erbe und Tradition, Teil 2, Berlin 2010, S. 77-96, stets mit Verweisen auf die Literatur zu den Genannten, die hier nicht wiederholt werden.

⁴ Vgl. Rüdiger Zimmermann, Arkadij Gurland (1904-1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist, in: Jürgen Schlimper (Hrsg.), »Natürlich – die Tauchaer Straße«. Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«, Leipzig 1997, bes. S. 299-301, sowie die Promotionsunterlagen im Archiv der Universität Leipzig, Phil. Fak. Prom. 1701. Gurlands Nachlass befindet sich im Horkheimer-Pollock-Archiv der Universitätsbibliothek in Frankfurt a. M. Er ist ungeordnet, sodass aus ihm ohne Aktenbezeichnung, doch mit genauer Zeitangabe, zu der das jeweilige Schriftstück verfasst wurde, zitiert wird.

er die Erfahrung des Exils machen: 1920, im russischen Bürgerkrieg, flüchtete die Familie nach Berlin. Dort arbeitete sein Vater als Grundstücks- und Hypothekemakler.

Im März 1922 legte Arkadij Gurland am Goethe-Realgymnasium in Berlin-Wilmersdorf das Abitur ab und nahm im gleichen Jahr an der Berliner Universität das Studium in den Fächern Mathematik, physikalische Chemie, Philosophie und Geschichte auf. In den Lehrveranstaltungen des Althistorikers Arthur Rosenberg, die er ebenso wie die Seminare des Engels-Biographen Gustav Mayer besuchte, wurde Gurland mit der marxistischen Geschichtstheorie vertraut, für die er bereits fünfzehnjährig Interesse entwickelt hatte. Gleichzeitig ließ er sich im elterlichen Betrieb zum Finanzbuchhalter ausbilden. Sein Einbürgerungsantrag wurde jedoch abgelehnt, sodass Gurland staatenlos blieb.⁵

1924 zog er nach Leipzig. An der Universität belegte er die Fächer Nationalökonomie und Statistik sowie Soziologie, Staats- und Arbeitsrecht. Daneben arbeitete er für Zeitungen der SPD. Im September 1922 war Gurland der USPD beigetreten, die sich kurz darauf mit der SPD vereinigte. Er pflegte auch zu den wichtigsten Persönlichkeiten der Menschewiki im deutschen Exil Kontakte, zu Rafail Abramowitsch, Aron Jugow, Viktor Grinewitsch und Olga Domanewskaja, deren kritische Analysen über die Sowjetunion er übersetzte. Besonders eng schloss er sich aber Paul Levi an.⁶

Im Oktober 1928 reichte er in Leipzig seine Dissertation zum Thema *Produktionsweise-Staat-Klassendiktatur. Versuch einer immanenten Interpretation des Diktaturbegriffes der materialistischen Geschichtsauffassung* ein, die von Hans Freyer und Erich Brandenburg begutachtet wurde. *Marxismus und Diktatur*, unter dem Titel erschien die Arbeit 1930 als Buch, suchte zwischen einem bürgerlichen und einem sozialistischen Diktatur-Verständnis zu unterscheiden. Die Weimarer Republik sei eine demokratisch bemäntelte Diktatur der Bourgeoisie. In der Arbeiterbewegung bestünden aber Illusionen über den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie. Die »Funktionäre« des bürgerlichen Staatsapparates seien indes

⁵ Zimmermann, Arkadij Gurland. S. 300, nach persönlichen Informationen Gurlands an Zimmermann.

⁶ Vgl. Arkadij Gurland, Paul Levis unvollendetes Werk, in: Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft (im Folgenden: Marxistische Tribüne), 2 (1932), Nr. 4, S. 97-101, Wiederabdruck in: A. R. L. Gurland, Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53, hrsg. von Dieter Emig und Hubertus Buchstein, Baden-Baden 1991 (im Folgenden: Gurland, Kampfpositionen), S. 147-152.

»die Garanten dafür, dass die Aneignung des Mehrwertes durch die Produktionsmittelbesitzer von Staats wegen gesichert und geschützt werde. Aus dieser Stellung der Funktionsträger des Staatsapparates *im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess* erwächst auch erst ihre Funktion als *ideologische Träger der herrschenden Produktionsweise*, als berufene Beschützer der ›Verfassung des Privateigentums.«⁷

Den Aufstieg der NSDAP sah Gurland sehr früh als Bedrohung der Arbeiterbewegung. Zur erfolgreichen Abwehr des Faschismus bedürfe es daher einer starken marxistischen Partei. Dies aber könne, da die KPD völlig von Moskau abhängig sei, trotz aller Schwächen nur die SPD sein. Es sei somit Aufgabe der Marxisten, innerhalb der SPD als revolutionäre Vorhut zu wirken. Nur so könne die Gesamtpartei dazu gedrängt werden, den marxistischen Grundsatz der »*Selbstbestimmung der Arbeiterklasse*« in praktische Politik umzusetzen, denn »nur die Sozialdemokratie erhebt sich auf einem Fundament, auf dem die organisatorische Einheit des Proletariats möglich ist. Aber mit derselben Entschiedenheit werden wir auch dafür eintreten, dass jenes demokratische Fundament der sozialistischen Organisation nicht verschüttet wird unter einem Berg bürokratischer Organisationseinrichtungen, denen die konservative Tendenz innewohnt, die demokratische Selbstverwaltung durch das automatische Walten eines bürokratisch aufgebauten Organisationsapparates zu ersetzen; mit derselben Entschiedenheit werden wir den Ausbau der Partei- und Gewerkschaftsdemokratie fordern, die eine wirklich *demokratische Meinungs- und Willensbildung der Massen* verbürgt.«⁸

Deshalb wandte sich Gurland scharf gegen die SPD-Dissidenten, die im Oktober 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei gründeten. Ob sie es wolle oder nicht, bewege sich die SAP trotz aller Kritik an der KPD auf diese zu, könne ihr letztlich so wenig entfliehen wie die KPD-Opposition. Die SAP, behauptete Gurland, verstehe sich als Avantgarde zur Führung der Arbeiterklasse und sei damit in ihrem Selbstverständnis, auch ohne dies zuzugeben, schon auf dem Weg zum Leninismus. Diese »ideologische Bolschewisierung« finde ihren praktischen Ausdruck in der Unterstützung Ernst Thälmanns als Kandidaten für die anstehende Reichspräsidentenwahl durch

⁷ Arkadij Gurland, *Marxismus und Diktatur*, Leipzig 1930, hier zit. nach der von Dieter Emig edierten Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1981, S. 151. Hervorhebungen im Original.

⁸ Arkadij Gurland, *Unser Weg*, in: *Marxistische Tribüne*, 1 (1931), Nr. 1, S. 3-5. Nachdruck in: Gurland, *Kampfpositionen*, S. 131-134, Zitat S. 132f.

die SAP.⁹ Gurland ignorierte dabei, dass es vor allem die von der SPD ausgeschlossenen, nicht freiwillig ausgetretenen Linken waren, die sich zur SAP konstituiert hatten. Er bot auch keine Alternative zu der von der SPD unterstützten Kandidatur Hindenburgs, die, nach Ansicht von KPD und SAP, Hitler den Weg ebnen würde.

Im März 1933 musste Gurland zum zweiten Mal, diesmal aus Deutschland, emigrieren. Nach kurzem Aufenthalt in Belgien gelangte er im Spätsommer nach Paris, wo er bis 1940 unter materiell schwierigen Bedingungen, zunächst von Übersetzungen, lebte. Er lernte Französisch so gut, dass er auch in diese und aus dieser Sprache übersetzen konnte. Kleine regelmäßige Einkünfte verschafften ihm schließlich Aron Jugow, für den er an einer wirtschafts- und sozialstatistischen Wochenübersicht mitarbeiten konnte, und vor allem der später von den Nazis ermordete Max Sievers.¹⁰ Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg gab er eine kurze Zeit mit Friedrich Torberg die *Pariser Tageszeitung* heraus.¹¹

Von Paris gelang Gurland die Flucht in die Vereinigten Staaten. In New York verhalf ihm 1940 Max Horkheimer zu einer Anstellung am Institut für Sozialforschung. Gurlands Analysen des Zusammenhanges von Wirtschaft und Gesellschaft empfahlen ihn für eine Zusammenarbeit besonders mit Franz Neumann und Otto Kirchheimer. Mit beiden schrieb er eine Untersuchung über das Kleingewerbe im faschistischen Staat.¹² Zudem arbeitete er an Neumanns grundlegender Analyse des Nazismus, dem *Behemoth*, mit.¹³

Das American Jewish Committee finanzierte seit dem Frühjahr 1943 eine Antisemitismus-Studie des Instituts. Zusammen mit Paul Massing schrieb Gurland die Teile über die historische Entwicklung des deutschen Antisemitismus. Massings Forschungen mündeten in sein Buch zur *Vorgeschichte*

⁹ Arkadij Gurland, Leninistische Bekehrung der SAP, in: Marxistische Tribüne, 2 (1932), Nr. 8, S. 205-207. Nachdruck in: Gurland, Kampfpositionen, S. 135-138, Zitat S. 137.

¹⁰ Vgl. Zimmermann, Arkadij Gurland, S. 314.

¹¹ Vgl. Walter F. Peterson, The Berlin Liberal Press in Exile. A History of the Pariser Tageblatt-Pariser Tageszeitung, 1939-1940, Tübingen 1987, S. 242.

¹² A. R. L. Gurland/Otto Kirchheimer/Franz L. Neumann, The Fate of Small Business in Nazi Germany, Washington, D.C. 1943.

¹³ Vgl. Franz L. Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, hrsg. von Gert Schäfer, Frankfurt a.M. 1984, S. 18 (US-Erstaussgabe: New York 1942).

des politischen Antisemitismus in Deutschland.¹⁴ Hingegen blieben Gurlands Manuskripte zur wirtschaftlichen Lage der Juden in Deutschland vor 1933, zur Politik jüdischer Selbstbehauptung unter Hitler und zum Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens unveröffentlicht.¹⁵ 1944 arbeitete Gurland an Institutsprojekt über Labor and Anti-Semitism mit, das ebenfalls vom American Jewish Committee finanziell gefördert wurde, dessen Ergebnisse jedoch gleichfalls nicht gedruckt wurden. Der Grund dafür lag in dem die Auftraggeber ängstigenden Befund über die Existenz eines virulenten Antisemitismus unter weißen amerikanischen Arbeitern.¹⁶

Nachdem 1945 Gurlands Vertrag am Institute of Social Research auslaufen war, arbeitete er beim Office of Strategic Services.¹⁷ 1948/49 erhielt er Forschungsaufträge vom American Jewish Committee, vom US-Arbeitsministerium und von der Library of Congress.¹⁸ Dabei wertete er etwa eintausend Briefe sowjetischer Juden aus, die durch die Kriegereignisse in Displaced Person Camps, in Auffanglagern für Flüchtlinge, festsäßen. Sie hatten unter dem Naziregime ihre Herkunft zum Teil verbergen können und wollten nicht in Stalins Sowjetunion zurück. Gurland zeigte aber auch, dass diese jüdischen Flüchtlinge zumeist nicht am Zionismus interessiert waren und kaum in den neuen Staat Israel auswandern wollten.¹⁹

¹⁴ Paul W. Massing, *Rehearsal for Destruction. A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany*, New York 1949. Deutsch: *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1959 und 1985.

¹⁵ Die Manuskripte befinden sich im Nachlass Gurland. Vgl. *Economic Position of Jews in Nazi Germany; Role of the Jews in the Capitalist Development; Jewish Anti-Nazi Defense Policies. Contributions to a Research Project Headed by Robert R. McIver Under the Auspices of the Institute of Social Research and the American Jewish Committee, 1943-1944; Analysis of Central Verein Policy in Germany, 1945.*

¹⁶ Vgl. Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München 1986, S. 390-423. Ein Ausschnitt wurde jedoch 2008 publiziert: A. R. L. Gurland, *Social Power and the Fetishization of Jews. American Labor Antisemitism During the Second World War*, in: *Telos*, Nr. 144 (2008), S. 144-171.

¹⁷ Vgl. die Hinweise im Briefwechsel Gurlands mit Sherman Kent, dem Leiter der Abteilung Europa-Afrika beim OSS (Nachlass Gurland, Briefe vom 21. und 28. Mai 1943).

¹⁸ Vgl. Nachlass Gurland: Institut für Politische Wissenschaften, *Organization and Research Program*, July 1, 1951, S. 6 (Curriculum Vitae).

¹⁹ Vgl. ebenda: *Glimpses of Soviet Jewry. 1.000 Letters from the USSR and DP Camps. Report on Material Collected by the Union of Russian Jews*, New York,

Zwei Jahre später schrieb Gurland eine Abhandlung, in der er die Anfänge eines bald rabiaten stalinistischen Antisemitismus klar beobachtete. Zwar sei die Behandlung der Juden unter Lenin und Stalin keineswegs die gleiche gewesen. Doch auch der Leninismus habe, als er den Juden zum einen die Assimilation, zum anderen eine nationale Entwicklung innerhalb der Sowjetunion in Aussicht stellte, die als reaktionär gebrandmarkte »Kultur der Rabbis« zerstören wollen. Ohne ihre religiös-kulturellen Traditionen in Rechnung zu stellen, sei aber auch die Entwicklung einer säkularen jüdischen Kultur schwer vorstellbar. Die Migration der Juden in die Großstädte habe zur Zeit der Industrialisierung das Ihrige beigetragen, die jüdische Volkskultur aufzulösen. In qualitativ ganz anderer Weise sei die Vernichtungspolitik der Nazis hier »erfolgreich« gewesen. Durch sie sei das Judentum in seiner Substanz so geschwächt, dass die Stalin'sche Führung nunmehr die Gelegenheit nutzen wolle, die ohnehin ungeliebten Juden als »Kosmopoliten« zu brandmarken, so diese noch irgendein Zeichen national-kultureller Selbstbehauptung zeigen würden.²⁰

Dieser Vorrang des nationalen Interesses der UdSSR gegenüber der (behaupteten) internationalistischen Botschaft des Kommunismus habe sich bereits in den Moskauer Prozessen ab 1936 gezeigt. Diese Linie diene nun als ideologische Begründung für die Unterdrückung eines angeblichen jüdischen Nationalismus. Der Hintergrund dafür sei die Tatsache, dass die oft dem bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Milieu entstammenden Juden nicht in die totalitär-bürokratische Gesellschaft des Stalinismus hinein passten. Der Preis ihrer Integration in die Sowjetunion sei für Juden der Verzicht auf all das, was an ihnen »jüdisch« sei.²¹ Doch auch dies sollte, wie der 1952 dann geplante Ärzteprozess zeigte, nicht ausreichen, um die Juden vor Verfolgung zu schützen.

Bereits 1947 nutzte Gurland eine Informationsreise nach Deutschland zum Anknüpfen alter und zum Schließen neuer Kontakte.²² Mit Unterstützung von Franz Neumann wurde er im März 1951 zum Stellvertretenden

June 1948.

²⁰ Ebenda: Introduction to Studies on Jewish Problems in the Soviet Union, September 22, 1950, S. 18.

²¹ Ebenda, S. 27.

²² Vgl. ebenda: Briefe u.a. an John D. Slawson, American Jewish Committee, vom 2. Dezember 1947, an Gerhart Seeger vom 5. Dezember 1947 und an Hans Speier, Rand Corporation, vom 11. Oktober 1948. Gurland stand auch in engem Kontakt mit Kurt Schumacher, mit dem er seit den 1930er Jahren befreundet war.

Leiter des Instituts für Politische Wissenschaft (IfPW) ernannt, einer gemeinsam von der Freien Universität und der wieder gegründeten Deutschen Hochschule für Politik betriebenen Einrichtung. Leiter wurde der aus dem Kreisauer Kreis kommende Otto Heinrich von der Gablentz.²³

Gurlands Vorstellungen einer empirisch ausgerichteten Forschung standen im Gegensatz zur Idee von Gablentz' einer vor allem an begrifflicher Analyse orientierten Wissenschaft. Was mit einigem guten Willen beider Seiten in ein übergreifendes Konzept zu integrieren gewesen wäre, erwies sich in diesem Fall als unmöglich, denn persönliche Differenzen traten hinzu. Seine dringend erwartete Studie über die Frühgeschichte der CDU/CSU hielt Gurland für unfertig, und so konnte sie erst nach seinem Tod erscheinen.²⁴ Zudem griff er in die Publikationen seiner Mitarbeiter ein, suchte diese gar zu verhindern. Dies führte zu arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen, in deren Konsequenz Gurland seine Stelle zum 31. Oktober 1954 kündigte.²⁵ Er hoffte, an einer anderen Einrichtung in der Bundesrepublik rasch unterzukommen. Doch diese Hoffnung trug.

So ging er zurück in die USA, deren Staatsbürger er inzwischen war, und arbeitete dort acht Jahre als Übersetzer von Büchern von Pierre Broué, Vere Gordon Childe, Erich Fromm und Joseph Newman sowie großer Partien der von Golo Mann edierten *Propyläen-Weltgeschichte*, für die er ein Kapitel über Wirtschaft und Gesellschaft im 19. Jahrhundert schrieb.²⁶ Daneben erhielt er Forschungsaufträge z.B. der Rand Corporation.

In den entsprechenden Arbeiten der 1950er Jahre betonte Gurland, dass die sozialistische Arbeiterbewegung sich ungeachtet aller Kritik am Kapitalismus für die westliche Demokratie entscheiden müsse; der Stalinismus lasse vorderhand keine Wahl eines Dritten Weges zu.²⁷ In einer Analyse über die *Wandlungen des Herrschaftssystems in der UdSSR* hielt er fest, es

Vgl. u.a. Gurlands langen Brief an Schumacher vom 20./22. Januar 1949, in: Gurland, *Kampfpositionen*, S. 261-298.

²³ Vgl. Wilhelm Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 266.

²⁴ A. R. L. Gurland, *Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953*, Frankfurt a. M. 1980, S. 464.

²⁵ Vgl. Hubertus Buchstein, *Verpasste Chancen einer kritischen Politikwissenschaft? Zu A. R. L. Gurlands Gastspiel in Berlin 1950-54*, in: *Jahrbuch für Exilforschung*, Bd. 9, München 1991, S. 128-145.

²⁶ Vgl. die Liste seiner Übersetzungen in: Gurland, *Kampfpositionen*, S. 435.

²⁷ Vgl. A. Gurland, *Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten im West-Ost-Konflikt*, Bad Homburg 1953.

sei Chruschtschow nach dem 20. Parteitag und nach den Erschütterungen in Polen und Ungarn gelungen, den Partei- gegen den Wirtschaftsapparat auszuspielen, obgleich er im Letzteren viele Gegner hatte. Auch die Armee habe sich nicht gewehrt, als Chruschtschow Marschall Shukow entmachtete. Weder Armee noch Geheimpolizei würden das Land kontrollieren, dies vermöge immer noch die hierarchisch gegliederte Partei. Eine Neubelebung des Stalinkultes liege aber nicht im Interesse des sich modernisierenden Apparates und schon gar nicht seines Spitzenmannes. Zur Machtsicherung sei der Kult um die Partei, nicht um einen einzelnen Politiker, wichtig. Das Wesentliche sei ohnehin »dass die Macht des Parteiapparates mit einer Spitze und die Übertragung der Macht auf diese Spitze wieder da ist«. ²⁸

Obgleich Gurland nicht habilitiert war, wurde er schließlich im Jahre 1962 Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt. Für die Berufung war vor allem das positive Votum Eugen Kogons verantwortlich. ²⁹ Dabei setzte die Hochschule in Gurland die Hoffnung, er möge die empirische Parteienforschung vorantreiben. Doch diese Hoffnung erfüllte sich nur teilweise. Ein schwerer persönlicher Schicksalsschlag, der Unfalltod seines Sohnes Gerhard, seines einzigen Kindes, stürzte Gurland auch beruflich in die Krise. Er erfüllte seine Pflichten als Hochschullehrer, zog sich ansonsten aus der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zurück und publizierte kaum noch. Nur auf dem Deutschen Soziologentag 1968 hielt er ein Referat zu theoretischen Fragen der Wirtschaftsentwicklung im Kapitalismus, das ihn noch einmal als marxistischen Analytiker zeigte, der gleichwohl revolutionären Ideen gegenüber skeptisch war. Mehr als die Arbeiter würde die Intelligenz als »ideologischer Stand« bei der künftigen Umgestaltung der Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen. ³⁰

Trotz seines fragmentarischen Charakters zeigt Gurlands Werk einen genauen Beobachter der deutschen Arbeiterbewegung wie der sowjetischen

²⁸ A. R. L. Gurland, Wandlungen des Herrschaftssystems in der UdSSR, Bad Homburg 1958, S. 26.

²⁹ Der Berufungsvorgang ist im Archiv der Technischen Universität Darmstadt, Bestand TH 47/06/276: Kleiner Senat, 01.09.1961-31.08.1962, dokumentiert.

³⁰ A. R. L. Gurland, Zur Theorie der sozialökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft, in: Theodor W. Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages vom 8. bis 11. April 1968 in Frankfurt/M., Stuttgart 1969, S. 59f.

Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Seinen analytischen Fähigkeiten stand aber kein adäquates strategisches Denken zur Seite, sodass auch innerhalb der SPD seine politische Wirkung begrenzt blieb. Gurlands Kommentare zur SPD der Weimarer Zeit sind noch heute lesenswert. Der Parteienforscher erlangte aber nur posthum Aufmerksamkeit. Gurlands noch nicht publizierte Schriften über die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion verdienen indes gelesen zu werden, zeigen sie doch einen Kommunismusforscher, der aus marxistischer Sicht den Stalinismus zu bekämpfen, aber auch zu begreifen suchte.

Richard Löwenthal (1908-1991): Die Arbeiterbewegung als politische Heimat

Richard Löwenthal entstammte einer Familie des unteren jüdischen Mittelstandes aus Berlin. Seine politische Kindheitserfahrung war die Inflation mitsamt ihren verheerenden Auswirkungen: der Massenverarmung der gesamten deutschen Mittelklasse. So suchte er früh in der Arbeiterbewegung nach einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft. Doch wandte sich Löwenthal nicht nur aus rationaler Einsicht und nicht nur aus früher Empörung der politischen Linken zu, sondern auch und vor allem, weil er dort eine Lebensweise fand, in der das Wort Solidarität viel galt – und zwar, ungeachtet aller Gegensätze, bei Sozialdemokraten wie bei Kommunisten. »Da hat mich das angezogen, was ich von der Arbeiterbewegung gerochen habe, das heißt von dem, was traditionell der SPD und der KPD gemeinsam war – *das* hat mich angezogen. Ein Gefühl, dass in der Grundhaltung dieser politisch aktiven Arbeiter zum Leben etwas mir sehr Sympathisches lag. Später, als ich lange Jahre in der Emigration war, habe ich manchmal auf die Frage, ob ich nun eigentlich Deutscher oder Engländer sei, geantwortet: *Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung*. Mich hat die Solidarität angezogen und eine Haltung, die nicht in erster Linie am Geld orientiert ist. Und dass sie sich für etwas einsetzen. Das war ja nicht allen Arbeitern gemeinsam, aber der Arbeiterbewegung insgesamt.«³¹ Er

³¹ Richard Löwenthal, »Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung«, in: Hajo Funke (Hrsg.), *Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil*, Frankfurt a. M. 1989 (im Folgenden: Funke, *Erinnerung*), S. 402. Hervorhebungen im Original. Vgl. zu Löwenthal auch die ausführliche Darstellung seiner frühen Jahre bei Oliver Schmidt, »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiter-

betonte: »Von meiner kommunistischen Zeit ist dieses positive Moment übriggeblieben, das ich dann in der Sozialdemokratie teilweise wiedergefunden habe.«³² Ohne die Kenntnis dieser Prägung, die in Richard Löwenthals Persönlichkeit ein Leben lang spürbar war, bleibt jedes Urteil über den späteren Kritiker des Kommunismus ungenau. Löwenthal begriff die Arbeiterpartei, der er angehörte, nicht nur als politische Kraft, sondern auch als Solidargemeinschaft. Auch von daher rührte sein scharfes Urteil noch über Kommunisten nach Stalin, die mit der Unterwerfung unter die Sowjetunion genau dieses moralische Verhalten preisgaben.

Schon als Student betätigte er sich in Berlin und Heidelberg, wo er Geschichte und Nationalökonomie studierte, politisch: 1926 wurde er Mitglied, 1928 Reichsleiter des KPD-Studentenbundes. Das politische Engagement blieb ihm wichtig, obwohl er seine politische Heimat mehrfach wechselte. Nach seinem Ausschluss aus der KPD, gegen deren Sozialfaschismus-These und deren Unterordnung unter Stalin er opponiert hatte, schloss sich Löwenthal bis 1931 der KPD-Opposition um Heinrich Brandler und August Thalheimer an, in deren Jugendorganisation er auch Theodor Bergmann kennenlernte.

In Heidelberg lernte Löwenthal einen Kommilitonen kennen, der ihm drei Jahrzehnte später zur Professur an der Freien Universität in Westberlin verhelfen sollte: Ossip Flechtheim. Für Flechtheim war Löwenthal, der bereits den Spitznamen »Rix« trug, damals »fast eine Art Lehrer«.³³

1931 schloss Richard Löwenthal sein Studium in Heidelberg bei Arthur Salz, einem Volkswirtschaftler, mit der Promotion zum Dr. phil. über *Die Marxsche Theorie des Krisenzyklus – Versuch einer Gesamtdarstellung* ab.³⁴ Danach fand er keine bezahlte Arbeit, widmete sich stattdessen der Tätig-

bewegung«. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2007. Vgl. weiterhin Mike Schmeitzner, Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdikturen im 20. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 2012.

³² Löwenthal, »Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung«, S. 405.

³³ Ossip K. Flechtheim, Ende des Sozialismus?, in: Gesine Schwan (Hrsg.), Wissenschaft und Politik in öffentlicher Verantwortung. Problem Diagnosen in einer Zeit des Umbruchs. Zum Gedenken an Richard Löwenthal, Baden-Baden 1995, S. 117.

³⁴ Ein Exemplar befindet sich in Löwenthals Nachlass im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg (im Folgenden: AsD, Nachlass Löwenthal).

keit für die Gruppe Neu Beginnen, für die er mit sehr geringem Erfolg geeignete Kader zu rekrutieren suchte.³⁵

Bereits 1931/32 hatte er Kontakte zu dieser Gruppe aufgenommen. Die innerhalb von KPD und SPD konspirativ arbeitende, und sich selbst als leninistische Organisation bezeichnende Gruppe zählte im Januar 1933 allerdings nur etwa einhundert Mitglieder.³⁶ Sie bemühte sich ab 1933 um eine Neuformierung der durch die epochale Niederlage gelähmten deutschen Linken. Ab 1933 schrieb Löwenthal unter Pseudonym wichtige Beiträge für die Karlsbader *Zeitschrift für Sozialismus*, in denen er den Hitlerfaschismus analysierte.³⁷ Obgleich als Jude und Marxist doppelt gefährdet, war er in Deutschland im Widerstand aktiv. Im August 1935 musste er das Land verlassen. Er flüchtete nach Prag und Paris, bevor er sich im Sommer 1939 in London niederließ. An allen Orten war er in leitender Funktion im Auslandsbüro von Neu Beginnen tätig.

Durch die Moskauer Schauprozesse ab 1936 sei Löwenthals geistige Entfernung vom Kommunismus »viel grundsätzlicher geworden als vorher«, sagte er später. Die Prozesse und »das Wüten der GPU in Spanien« hätten ihn krank gemacht, doch auch seine Entwicklung hin zum Sozialdemokraten eingeleitet.³⁸ Ab 1941 setzte er sich indes für eine Mitwirkung der Sowjetunion an der Neuordnung Europas ein. In der Broschüre *Klare Fronten* bezeichnete er mit Blick auf die Kriegsziele der Alliierten die »deutsche Revolution zwischen den Weltmächten« als imperative Aufgabe. »Auf der einen Seite [seien] die angelsächsischen Demokratien, die Sowjetunion und China, unterstützt von den unterdrückten Nationen Europas«, hieß

³⁵ Vgl. Francis L. Carsten, Richard Löwenthal und »Neu Beginnen«, in: Schwan (Hrsg.), *Wissenschaft und Politik*, S. 124-137. Der Historiker Carsten war ein enger Freund Löwenthals, der ihn politisch prägte. Vgl. H. J. Cohn, *Obituary: Francis L. Carsten, 1911-1998*, in: *German History*, 17 (1999), Nr. 1, S. 95.

³⁶ Sie wurde auch LO, Miles-Gruppe oder Org genannt. Vgl. Richard Löwenthal, *Die Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«* (Beiträge zum Thema Widerstand Nr. 20), Berlin o.J. [1982]; Walter Löwenheim, *Geschichte der Org (Neu Beginnen)*, hrsg. von Jan Foitzik, Berlin 1995; Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986.

³⁷ Ein Teil dieser frühen Arbeiten ist wieder veröffentlicht in: Richard Löwenthal, *Faschismus-Bolschewismus-Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert*, hg. und eingeleitet von Mike Schmeitzner, Göttingen 2009 (im Folgenden: Löwenthal, *Schriften*).

³⁸ Löwenthal, »Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung«, S. 409.

es, »auf der anderen Seite Hitlerdeutschland mit seinen faschistischen und halbfaschistischen Trabanten.«³⁹ Die Bedrohung der Sowjetunion veranlasste Löwenthal sogar, den Hitler-Stalin-Pakt nun als Maßnahme »zum Schutz der zarten Pflanze des russischen Sozialismus« zeitweilig zu relativieren.⁴⁰

1945 wurde Löwenthal britischer Staatsbürger und trat im gleichen Jahr der Exil-SPD bei. Die folgenden anderthalb Jahrzehnte arbeitete er als Journalist für die Nachrichtenagentur Reuter und für den *Observer*. In den politischen Kontroversen bezog er allmählich Positionen, die denen des SPD-Parteivorstandes näherkamen, doch in denen sich auch Erfahrungen des englischen Labour-Milieus niederschlugen. In seinem bis heute bekanntesten Buch *Jenseits des Kapitalismus* übte er (unter dem Pseudonym Paul Sering) 1946 dann scharfe Kritik am Parteimodell Lenins.

Löwenthal sah die Lenin'sche Avantgarde-Theorie der »Partei neuen Typus« als wichtige Wegmarke auf dem Weg in den Einparteienstaat, unterschied jedoch klar zwischen Lenins autoritärem Verständnis von Politik und Stalins terroristisch betriebenen Aufbau des »Sozialismus in einem Land«. Die Ausschaltung kommunistisch-oppositionellen Denkens, für das bereits Rosa Luxemburg stehe, sei durch die Tatsache erleichtert worden, dass die Komintern unfähig gewesen sei, sich aus der Vormundschaft Moskaus zu lösen und eine Bündnispolitik mit der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung zu betreiben. Dabei sah Löwenthal auch im »Versagen der Reformisten«, ihrem Verzicht auf die Auslotung von Möglichkeiten demokratischer Machteroberung, eine wichtige Ursache für die Schwäche der sozialistischen Bewegung.⁴¹

Doch habe die Komintern stets ihre innerparteilichen Kritiker als die wahren Feinde gesehen. In der Geschichte des Kommunismus habe es progressive und äußerst reaktionäre Elemente gegeben. Der »Doppelcharakter der kommunistischen Partei« sei im Zweiten Weltkrieg klar zutage getreten. Der »Glauben an die Revolution der arbeitenden Volksmassen« stehe aber zum »Glauben an die Großmacht der totalitären Diktatur« im Widerspruch. Es sei Illusion, Kommunisten und Sozialdemokraten das gleiche Endziel einer

³⁹ [Anon.,] Klare Fronten. Die deutschen Sozialisten und Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, hrsg. vom Auslandsbüro Neu Beginnen London 1941, S. 1. Wiederabdruck in: Löwenthal, Schriften, Zitat S. 260.

⁴⁰ Klare Fronten, S. 2; Löwenthal, Schriften, Zitat S. 261.

⁴¹ Paul Sering [Pseudonym von Löwenthal], *Jenseits des Kapitalismus*, Nürnberg 1947, S. 225.

befreiten Gesellschaft zu attestieren: Für die Kommunisten stehe die Parteidiktatur im Vordergrund. Deshalb könne man mit ihnen zwar eine Wegstrecke, etwa gegen den Faschismus, gemeinsam gehen. Insgesamt aber seien die kommunistischen Parteien ebenso ein Hindernis für die sozialistische Arbeiterbewegung wie ihre kapitalistischen Gegner.⁴²

Löwenthal befürwortete damals für Deutschland die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch eine zentrale, an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierte Investitionslenkung. Er sah eine deutsche Demokratie als Teil eines sozialistischen und demokratischen Europas. Dieses war für ihn eine mögliche dritte Kraft zwischen dem kapitalistischen Nordamerika und der kommunistischen Sowjetunion. Dabei hoffte Löwenthal auf eine Vorreiter-Rolle von Englands neuer Labour-Regierung unter Clement Attlee, die im Juli 1945 Winston Churchills Kriegskabinett ablöste.⁴³ Seine Entwicklung hin zum Sozialdemokraten konnte spätestens mit der Publikation der Biographie des Westberliner SPD-Bürgermeisters Ernst Reuter als abgeschlossen gelten, die er 1957 gemeinsam mit Willy Brandt publizierte.

In der Beurteilung Reuters und insbesondere seines Schrittes, der KPD nach deren sektiererischer Politik im Januar 1922 den Rücken zu kehren, hielten sich beide mit vorschnellen Etikettierungen zurück. »Der Bruch mit dem Kommunismus ist für jeden, der jahrelang seine besten Kräfte der revolutionären Bewegung gegeben hat, eine schmerzliche Operation – für manchen die Amputation eines Teils seiner Persönlichkeit«, schrieben Brandt und Löwenthal. »Der Exkommunist verlässt nicht einen Verein – er bricht mit einer Glaubens- und Lebensgemeinschaft. Er fällt aus einer vertrauten Welt heraus und muss sich in der fremden Welt des bürgerlichen Alltags neu orientieren. Er fühlt statt der emotionalen Treibhauswärme der ›Bewegung‹ die kühle Luft der Vereinzelung und des Existenzkampfes, doch es ist die frische Luft der Wirklichkeit. Der Entschluss ist schwer, aber einmal wirklich erkämpft, schenkt er ein Gefühl der Erleichterung und Befreiung.«⁴⁴ Als das Buch kurz nach den dramatischen Ungarn-Ereignissen herauskam,

⁴² Ebenda, S. 245f.

⁴³ Im Vorwort zur Neuauflage des Buches bezeichnete Löwenthal seine frühere Erwartung im Sinne jener »Dritten Kraft« als realitätsfern. Siehe Richard Löwenthal, Nach dreißig Jahren. Vorwort zur Neuauflage von »Jenseits des Kapitalismus«, in: Ders., Jenseits des Kapitalismus, Berlin [West] 1977, S. XIII f.

⁴⁴ Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, München 1957, S. 207.

schien der Sowjetkommunismus von den kurz zuvor angekündigten inneren Reformen gänzlich abzurücken und wieder zu erstarren.

Erst 1961 kehrte Löwenthal nach Deutschland zurück. Er übernahm eine Professur für Außenpolitik am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, wofür sich besonders Ossip Flechtheim eingesetzt hatte.

In seinem Buch »Chruschtschow und der Weltkommunismus« legte Richard Löwenthal 1963 Wert auf eine ideologiekritische Interpretation der Sowjetgesellschaft. »So hat die Ideologie selbst sich bei aller Kontinuität der Zielsetzung wieder und wieder gewandelt, und dieser Prozess ist oft schmerzlich und krisenhaft verlaufen. Die Transformation des rückständigen Agrarlands Russland zur heutigen Sowjetgesellschaft und ihren noch immer rückständigen Kollektivgütern ist gewaltig, aber grundverschieden von der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage freier Assoziation der Produzenten und aktiver Massenkontrolle der Verwaltung, die den Gründern vorschwebte; und die Diskrepanz zwischen Lenins Idee der Weltrevolution und der wirklichen Entwicklung der sowjetischen Welt politik ist nicht geringer.«⁴⁵

Der monolithische Kommunismus sei stets eine Wunschvorstellung oder ein Schreckbild geblieben, das die Realität nie ganz habe einlösen können. »Der Wendepunkt zum pluralistischen Zerfall der Weltpartei trat [schon] zu Lebzeiten Stalins ein – mit den Siegen der jugoslawischen und chinesischen Kommunisten, die im Gegensatz zu seinen Erwartungen und seinen Anweisungen zum Trotz errungen wurden. [...] Mao und Tito, die sich schon vor der Machteroberung ihre Parteien von der Kontrolle der Sowjets emanzipiert hatten, mussten künftig die Interessen des Weltkommunismus nicht minder aus dem Blickwinkel ihrer Staaten sehen, als Stalin sie aus dem der Sowjetunion sah; in Zukunft mussten die gemeinsamen Prinzipien im Lichte verschiedener Staatsinteressen ausgelegt werden.«⁴⁶

Zwar seien 1956 die Aufstände in Polen und Ungarn von der UdSSR erstickt worden, doch könne von einer durchgängigen Kontrolle Moskaus über seine Satelliten kaum noch gesprochen werden.⁴⁷ Der »innere

⁴⁵ Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963, S. 8.

⁴⁶ Ebenda, S. 213.

⁴⁷ Vgl. bereits Richard Löwenthal, Poland Takes »Own Road« to Socialism, in: The Observer, 13. November 1955. Vgl. weiterhin seine *Observer*-Artikel: World Communist Widening (25. November 1956); Communist Leaders Confer (17. November 1957). Ein frühes Zeichen für die Lockerung des sowjetischen Drucks auf

Ring«, die Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, suche ein pragmatischeres Verhältnis zur Übermacht Sowjetunion, der »äußere Ring«, Kuba und Vietnam, sei von Moskau zu beeinflussen, aber nicht strikt zu kontrollieren. »Im inneren Ring, wo die Anerkennung der sowjetischen Führerrolle in der Außenpolitik immer durch die imperiale Macht gesichert war, beobachten wir jetzt einen wachsenden Druck, die Autonomie der Mitgliedsstaaten auch auf wirtschaftlichem Gebiet zugunsten koordinierter Planung unter sowjetischer Leitung einzuschränken: weit davon entfernt, von dem Ende der ideologischen Monopolstellung Moskaus zu profitieren, entdecken die Satellitenstaaten, dass Russlands effektive Macht über sie mit der Entfernung des potentiellen chinesischen Gegengewichts aus dem inneren Kräftespiel des Blocks gewachsen ist. Doch in dem äußeren Ring, wo das Schwergewicht der imperialen Macht sich nicht unmittelbar auswirkt, wird die Schwächung von Moskaus dogmatischer Autorität und seine Wendung zu einer pragmatischeren und toleranteren Konzeption der Einheit wahrscheinlich zu einer loseren Form der Zusammenarbeit führen, mit mehr Autonomie für die einzelnen Parteien und größerer Vielfalt, als [sie] die kommunistische Weltbewegung jemals seit 1920 gekannt hat.«⁴⁸

Auf längere Sicht könne sich der Weltkommunismus soweit ausdifferenzieren, dass ein Teil, nämlich die nur von der Sowjetunion geschaffenen Staaten und Parteien, im Falle einschneidender sozialer Erschütterungen sogar wieder verschwinden, ein anderer Teil sich hingegen der Sozialdemokratie annähern, während ein dritter Teil in Ländern, die eine eigenständige »totalitäre Revolution« hervorgebracht hatten oder noch hervorbringen würden, auch langfristig die Macht behalten werde. Die Gründungsmitglieder der Komintern, »jene kommunistischen Parteien des industriellen Europas, die einst durch die Transformation kleiner demokratisch-revolutionärer Gruppen unter bolschewistischem Einfluss entstanden, mögen wohl den Kreis ihres Lebens vollenden, in dem sie, sei es zur Bedeutungslosigkeit von Sekten, sei es zu demokratischer Unabhängigkeit, zurückkehren.«⁴⁹ Vorderhand müsse jedoch im Hinblick auf die osteuropäischen Länder und

seine Satelliten sah Löwenthal in der von Moskau eingeleiteten Rehabilitierung der ab 1948 in Ostmitteleuropa verfolgten kommunistischen Staats- und Parteipolitiker. Vgl. Richard Lowenthal, *The Case of Noel Field*, in: *The Observer*, 21. November 1954.

⁴⁸ Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, S. 220f.

⁴⁹ Ebenda, S. 224.

speziell die DDR mit einem noch lange spürbaren Willen der Sowjetunion gerechnet werden, die Machtposition in Mitteleuropa zu behaupten.

In dieser Konsequenz entsagte Löwenthal dem Totalitarismus-Paradigma. Sogar die ČSSR-Krise 1968 brachte ihn nicht mehr von der Auffassung ab, auch in Zukunft würde »eine Tendenz zum Pendeln« zwischen einer Einmannherrschaft und einer institutionellen Herrschaft weit mehr in der Natur kommunistischer Regime liegen, als eine totalitäre Herrschaft alten Schlages.⁵⁰ Die tschechoslowakischen Reformkommunisten hätten keineswegs die Vorherrschaft der KP beseitigen wollen – »sie wollten es nicht und konnten im Gegenteil auf die dramatische Zunahme ihrer Popularität aufgrund der begonnenen Reformen verweisen [...]«. ⁵¹ Doch erwäge die Sowjetunion unter Breshnew bei aller Brutalität weder in Prag noch im ständig gärenden Polen die Rückkehr zum Stalinschen Massenterror. Dies zeige deutlich die »Grenzen der Vormachtkontrolle« an.⁵²

Die offenkundige Stabilisierung des sowjetischen Herrschaftssystems unter Leonid Breshnew, die aber rasch auch Züge der Erstarrung annahm, bewog Löwenthal, zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution 1967 eine Bilanz des weltgeschichtlich so folgenreichen Ereignisses vorzunehmen. Er sah diese Stabilisierung als weltgeschichtlich gesehen nur vorübergehend an, und begründete dies mit den der Sowjetgesellschaft innewohnenden Widersprüchen, die sie in keiner Phase ihrer Existenz habe meistern können.

Löwenthal setzte sich mit der besonders kenntnisreich von Isaac Deutscher vertretenen Deutung der Oktoberrevolution auseinander, die im Westen eine schnell wachsende Anerkennung gefunden hatte. Nach Deutscher, der sich auf Trotzki's Geschichte der russischen Revolution stützte, waren Diktatur und Terror, Bürgerkrieg und gewaltsame Verteidigung der Revolution unvermeidliche Phasen im Verlauf jeder wirklich tiefgreifenden Volksrevolution. Der erfolgreiche Staatsstreich der Bolschewiki am 7. November 1917 entspreche in vieler Hinsicht der Machtergreifung des Wohlfahrtsausschusses in der Französischen Revolution, die Jakobiner-Dikta-

⁵⁰ AsD, Nachlass Löwenthal, Box Nr. 49: Richard Löwenthal an Erik von Groeling, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Brief vom 4. Juni 1970.

⁵¹ Richard Löwenthal, Vormachtkontrolle und Autonomie in der Entwicklung des Sowjetblocks, in: Ders./Boris Meissner (Hrsg.), Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie, Köln 1984, S. 33.

⁵² Ebenda, S. 36.

tur sei mit der Diktatur der Bolschewiki in den ersten Jahren nach 1917 vergleichbar.⁵³

Fasse man aber den weiteren Verlauf der Russischen Revolution ins Auge, führe der Vergleich zu erheblichen Problemen, so Löwenthal. »Die terroristische Diktatur ist in den großen demokratischen Revolutionen des Westens eben doch nur eine verhältnismäßig kurze Durchgangsphase gewesen und sie ist abgelöst worden vom Thermidor, vom Sieg der Nutznießer der Revolution über ihre berufsrevolutionären Träger.« Im russischen Fall hätte sich, sollte die Analogie fortgesetzt werden, das Proletariat nach dem Sieg im Bürgerkrieg rasch dieser Diktatur entledigen müssen, wie es die Kronstädter Matrosen und Arbeiter 1921 versucht hatten. Wäre dieser Versuch erfolgreich gewesen, dann wäre die Analogie zur Französischen Revolution vollständig.⁵⁴

Das war aber nicht der Fall, und dies führte eine Reihe bedeutender marxistischer Denker wie Leo Trotzki, Isaac Deutscher und Milovan Djilas zu dem Schluss, dass der wirkliche Nutznießer der Russischen Revolution eben nicht das Proletariat gewesen sei, sondern die Bürokratie, die sich, laut Djilas, zur Neuen Klasse verfestigt habe. Doch habe diese Interpretation, so stichhaltig sie in mancher Hinsicht sei, eine entscheidende Schwäche: »Sie lässt die entscheidende Kontinuität der Trägerinstitution der revolutionären Diktatur aus dem Spiel, – dass nämlich die Parteidiktatur der Bolschewiki nicht wie die Jakobinische Diktatur gestürzt worden ist, sondern dass sich die Bürokratisierung des neuen Staates, der neuen Gesellschaft, im Rahmen dieser Parteidiktatur vollzogen hat.« Gerade diese »erstaunliche Kontinuität der Institutionen«, insbesondere der Parteiinstitutionen, vom 7. November 1917 bis zur Gegenwart 50 Jahre später sei für die Russische Revolution kennzeichnend, und dies habe sie zu einer »Revolution neuen Typs« gemacht, »zum ersten Fall einer modernen Entwicklungsdiktatur.« Die Voraussetzung dieser Zählebigkeit liege in der

⁵³ Vgl. Isaac Deutscher, *Die unvollendete Revolution*, Frankfurt a. M. 1967.

⁵⁴ Richard Löwenthal, *Der russische Oktober als Revolution neuen Typs*, in: Helmut Neubauer (Hrsg.), *Deutschland und die russische Revolution*, Stuttgart 1968, S. 26f. Dabei bestritt aber Löwenthal niemals die Legitimität einer revolutionären Erhebung in Russland 1917. Mehr noch: »Jede Art von russischer Revolution, die dem Zusammenbruch von 1917 gefolgt wäre, hätte die Privilegien des grundbesitzenden Adels beseitigen und die analphabetischen Bauernmassen aus ihrem Dämmer Schlaf aufrütteln müssen.« Löwenthal, *Weltpolitische Betrachtungen. Essays aus zwei Jahrzehnten*, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 1983, S. 278.

bolschewistischen Partei selbst, eben in der »Partei neuen Typs«, betonte Löwenthal. Jeder soziale Wandel seit 1917 sei innerhalb des Rahmens der Parteiherrschaft ausgelöst und innerhalb dieser erfolgt.⁵⁵ Wenn es aber zutrefte, dass ein solcher gelenkter Wandel von oben die spezifische Form sozialer Veränderungen bei intakter Parteiherrschaft sei, dann sei, laut Löwenthal, »der Übergang zur spontanen Evolution von unten eine Form der Aushöhlung dieser Herrschaft«.⁵⁶

Dabei musste sich Löwenthal mit jenen Interpretationen der sowjetischen Geschichte auseinandersetzen, die die UdSSR als eine Gesellschaft permanenter sozialer Erschütterungen darstellten, und die den völligen Wandel der Partei beim Übergang von Lenin zu Stalin herausstrichen. Stalin habe erst die kommunistische innerparteiliche Opposition liquidieren müssen, was zu einer völlig neuen Partei geführt habe, lautete die zentrale – und empirisch belegte – These mancher Historiker.⁵⁷ Hingegen legte Löwenthal weit größeren Wert auf die Tatsache, dass die Partei durch alle dramatischen Veränderungen hindurch sich auf ein gleich gebliebenes System von Institutionen habe stützen können.⁵⁸ Trotz aller Differenzierungen seien die drei wichtigsten »spezifisch totalitären Institutionen«, auf denen die Sowjetunion beruhe, nach wie vor intakt. »Wir können sie am einfachsten zusammenfassen, indem wir von den drei totalitären Monopolen sprechen – vom Parteimonopol, vom Organisationsmonopol und vom Informationsmonopol.«⁵⁹

Diese Institutionen würden jedoch im weiteren Fortgang der gesellschaftlichen und insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung mehr und mehr zu Hemmnissen. Immer weitere Bereiche der sowjetischen Gesell-

⁵⁵ Richard Löwenthal, *Der russische Oktober als Revolution neuen Typs*, S. 28.

⁵⁶ Richard Löwenthal, *Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Revolution von unten*, in: Ders./Boris Meissner (Hrsg.), *Sowjetische Innenpolitik. Triebkräfte und Tendenzen*, Stuttgart 1968, S. 115.

⁵⁷ Vgl. als wichtige Arbeit dieser Zeit Robert V. Daniels, *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*, Köln 1962.

⁵⁸ Noch 1985 bestritt Löwenthal den von Stephen Cohen in seinem Buch *Rethinking the Soviet Experience* betonten qualitativen Wandel der sowjetischen Partei von Lenin zu Stalin. Vgl. Richard Löwenthal, *Was Stalin Inevitable?*, in: *The New York Times*, 3. Februar 1985. Löwenthal sah den Typus Stalins als Konsequenz der Einparteiherrschaft wie der Aufgaben der Industrialisierung und Kollektivierung.

⁵⁹ Löwenthal, *Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Revolution von unten*, S. 116.

schaft hätten ein Eigenleben zu entfalten begonnen, dies treffe namentlich auf die zunehmend kritischer werdende Kunst und Literatur zu. Doch auch Auslandsreisen sowjetischer Wissenschaftler, Künstler und Diplomaten, das Abhören westlicher Radioprogramme und ins Land geschmuggelte Zeitungen und Zeitschriften würden zur allmählichen Aushöhlung der offiziellen Ideologie und der sie vertretenden Institutionen beitragen. Das Regime versuche nicht mehr, dies mit Massenterror zu verhindern, suche vielmehr nach institutionellen Kanälen, um Reformprozesse einzuleiten, doch auch zu kontrollieren. Die herrschende Partei reagiere heute somit weit mehr auf soziale Entwicklungen, als dass sie diese initiiere. Die von ihr geführte Gesellschaft trage somit »die Züge eines vordemokratischen, autoritären Regimes, das dem gesellschaftlichen Fortschritt teils nachgibt und teils hinhaltenden Widerstand entgegensetzt, wie einst das zaristische Regime in seiner Spätphase«. ⁶⁰

So sehr man das Breshnew-Regime kritisieren und verurteilen müsse, so wenig erkläre indes – nach fünf Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft – eine *undifferenzierte* Anwendung des Totalitarismus-Begriffs die komplexer gewordene Wirklichkeit der Sowjetgesellschaft noch zureichend. Der totalitäre Einparteistaat, so Löwenthal 1970, beinhalte vier institutionelle Hauptmerkmale: 1.) Die Monopolstellung der herrschenden Partei im Staate; 2.) die monopolistische Beherrschung aller Formen gesellschaftlicher Organisation durch die Partei; 3.) die monopolisierte Beherrschung aller Informations- und Bildungsmittel; 4.) die Beseitigung aller gesetzlichen Beschränkungen der Staatsmacht. ⁶¹

Diese Merkmale seien nicht verschwunden, hätten sich jedoch abgeschwächt und würden einem Wandlungsprozess unterliegen. Das kommunistische Regime nähere sich der Industriegesellschaft an, und dies habe zwangsläufig Rückwirkungen auf die politische und institutionelle Struktur. Die »nachrevolutionäre Fachelite« bedürfe statt eines säkularen Glaubens viel mehr »materieller Anreize«, die ein starres System der Vergangenheit nicht befriedigen könne. Die »rechtliche und soziale Sicherheit des Einzelnen« müsse erweitert werden und sei teilweise schon erweitert worden. Der »begrenzte Pluralismus« im Bereich der Kultur habe gezeigt, dass

⁶⁰ Ebenda, S. 128.

⁶¹ Richard Löwenthal, Entwicklung contra Utopie. Das kommunistische Dilemma, in: Der Monat, 22 (1970), Nr. 266, S. 60-84. Wiederabdruck in: Löwenthal, Schriften, S. 567-596.

das Sowjetregime nicht mehr totalitär, sondern nunmehr autoritär sei. Die Partei agiere wie ein »autoritärer Schiedsrichter«, um die gesellschaftlichen Interessen gegeneinander auszubalancieren.⁶² Doch würde gerade dies zu neuen Konflikten und mittelfristig zu einer Legitimitätskrise der Partei und der Ideologie führen.⁶³ Die offenkundigen Leistungen der Sowjetunion, die zur Modernisierung, Industrialisierung und vollkommenen Alphabetisierung des Riesenlandes führten, hätten aber gerade jene Kräfte freigesetzt, die ein Einparteieregime zunehmend als Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung empfinden würden.⁶⁴

Daher plädierte Löwenthal sehr früh für eine neue Ostpolitik, die die DDR als zweiten deutschen Staat ernst nahm, um ihre undemokratischen Machtstrukturen wirksam zu kritisieren. Die unabdingbare Voraussetzung dafür sei jedoch ein Verzicht auf die Wiedergewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete, die nun zu Polen und der Sowjetunion gehörten, wie auch der Verzicht auf den Gedanken einer deutschen Wiedervereinigung, so dieser nicht der demokratischen Willensbildung der Bürger der Bundesrepublik, der DDR und Berlins entspringe. Eine deutsche Wiedervereinigung sei überhaupt nur im Rahmen einer Überwindung der durch den Ost-West-Konflikt bewirkten Teilung Europas denkbar. Dabei eröffne eine zunehmende Autonomie der kommunistisch regierten Staaten Osteuropas der Bundesrepublik Möglichkeiten, durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands diesen Prozess langfristig zu befördern.⁶⁵ Im westlichen Bündnis verankert, solle die Bundesrepublik eine Politik des »peaceful engagement« in Osteuropa betreiben.⁶⁶ Dies war der Kern der Neuen Ostpolitik, die von der Regierung Brandt-Scheel ab 1969 zum außen- und deutschlandpolitischen Programm erhoben wurde und an der auch die CDU-geführte Bundesregierung ab

⁶² In späteren Jahren setzte Löwenthal den Begriff »totalitär« deshalb stets in Anführungszeichen. Vgl. z.B. sein Nachwort zu seinen *Weltpolitischen Betrachtungen*, S. 309.

⁶³ Löwenthal, *Entwicklung contra Utopie*, S. 80f.; auch in: Löwenthal, *Schriften*, S. 593f.

⁶⁴ Vgl. Löwenthal, *Weltpolitische Betrachtungen*, S. 277ff.

⁶⁵ Vgl. Richard Löwenthal, *Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik*, Stuttgart 1974, S. 63.

⁶⁶ Löwenthal entnahm diesen Terminus einem Aufsatz von Zbigniew K. Brzeziński. Vgl. Zbigniew K. Brzeziński/William E. Griffith, *Peaceful Engagement in Eastern Europe*, in: *Foreign Affairs*, 39 (1960/61), Nr. 4, S. 642-654.

1983 festhielt, bis die politischen Wandlungsprozesse in Osteuropa eine neue Konstellation schufen.

Ossip K. Flechtheim (1909-1998): Kommunismuskritik und »Dritter Weg«

Auch der Historiker, Politikwissenschaftler und Zukunftsforscher Ossip Kurt Flechtheim (1909-1998) musste aus seiner Heimat flüchten; auch er war als Jude und Sozialist den Nazis doppelt verhasst.

Geboren wurde er im ukrainischen Nikolajew, wo Leo Trotzki 1897 das Abitur abgelegt hatte. 1910 übersiedelte die Familie in die Heimat des Vaters, nach Deutschland. Flechtheim wuchs in Münster und Düsseldorf inmitten von Büchern auf: Sein Vater war Kaufmann, ein Onkel ein international renommierter Kunsthändler. Zweisprachig erzogen, zwischen der deutschen und russischen Kultur aufgewachsen, war Flechtheim seit früher Jugend gegen alle nationalistischen Stimmungen immun. Er bestand 1927 das Abitur mit Auszeichnung und begann das Jurastudium, das ihn von Freiburg über Paris, Heidelberg und Berlin nach Köln führte.

Als Student wurde Flechtheim KPD-Mitglied. Die Auseinandersetzungen um die Politik der Partei berührten auch ihn. Er sympathisierte mit der Politik Brandlers und Thalheimers, doch nicht zuletzt Richard Löwenthal, der schon der KPD-Opposition angehörte, riet ihm, so lange wie möglich in der KPD zu bleiben. So trennte sich Flechtheim erst nach der kampflosen Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung vor Hitler vom offiziellen Kommunismus. Wie Löwenthal schloss er sich der Organisation Neu Beginnen an.

Noch nach dem Beginn der Nazidiktatur hatte Flechtheim in Köln über Hegels Strafrechtstheorie promovieren können, die Buchausgabe der Arbeit konnte nur noch in der Tschechoslowakei erscheinen.⁶⁷ Doch sein Referendariat bei einer Düsseldorfer kommunistischen Anwaltskanzlei musste er abbrechen. Nach gefahrvoller Arbeit für Neu Beginnen musste Flechtheim 1935 über Brüssel in die Schweiz emigrieren.

Es gelang ihm, ein Stipendium am Institut de hautes études internationales zu erhalten – dem Graduiertenkolleg des Völkerbundes in Genf. Dort ging er den Ursachen der Stalinisierung der kommunistischen Bewegung

⁶⁷ Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Hegels Strafrechtstheorie*, Brunn 1936.

nach. Dabei entwickelte Flechtheim einige Grundgedanken, die auch sein späteres Werk durchzogen. Er wies alle modischen Verschwörungstheorien zurück und erläuterte die Gründe für die Stärke des Kommunismus. Der Kommunismus vereinige in sich die Merkmale einer mächtigen, geschlossenen, sozialen und politischen Massenbewegung, einer zentralisierten Weltpartei und einer auch konspirativ arbeitenden Organisation, der Komintern. Grundlage jeder Analyse müsse die Frage nach der sozialen Natur der herrschenden Gruppen in der Sowjetunion sein. Die Stalin'sche Bürokratie, Gewinner und Nutznießer der Terrorjahre ab 1930, sei keineswegs eine neue Kapitalistenklasse. »Sie nimmt [...] den produktiven Schichten nichts von dem, was sie bereits produziert haben, sondern belastet nur die zukünftige Entwicklung mit einer möglicherweise sogar geringer werdenden Hypothek.« Sie könne im Verlauf der Entwicklung »als überflüssig abgelehnt« und überwunden werden.⁶⁸ Eine solche Auffassung vertraten damals auch Trotzki und Thalheimer.

Nach der Ausschaltung der revolutionär-demokratischen Elemente sei die Komintern für Moskau jedoch keineswegs wertlos: »Heute ist ganz klar, dass die Kommunistische Internationale neuen Sinn und Wert für die Bolschewiki gewonnen hat als ein gefügiges Werkzeug ihrer Außenpolitik, als ein Mittel mehr im Arsenal ihrer diplomatischen Waffen, als eine Karte die [Außenminister] Litwinow gelegentlich mit Erfolg ausspielen kann. Jetzt sind wir wirklich so weit, dass nicht mehr das Sowjetland die Weltrevolution zu stützen hat, sondern die Kommunistische Internationale ausschließlich dazu dient, die Sowjetunion zu stärken. Ihre revolutionäre Betätigung ist nur noch Mittel zu diesem Zweck. [...] Eine weitere Frage ist natürlich, wie weit dieser Gebrauch oder besser Missbrauch der Kommunistischen Internationale auf die Dauer gehen kann, da ja die Kommunistische Internationale nur dann von Wert für die russische Außenpolitik ist, wenn sie mehr als einen Apparat darstellt, wenn dieser Apparat soziale Kräfte in den einzelnen Ländern bindet.«⁶⁹

Die wichtigsten Ursachen für die Stalinisierung der kommunistischen Bewegung lägen in der Sowjetunion. Allgemein scheine »in Ländern mit noch nicht abgeschlossener bürgerlicher Revolution wie Russland und Spa-

⁶⁸ Ossip K. Flechtheim, *Kommunistische Internationale und Sowjetunion 1917-1939* [verfasst 1939]. Erstdruck in: Ders., *Weltkommunismus im Wandel*, Köln 1965, S. 113.

⁶⁹ Ebenda S. 108.

nien der Weg zum ›Sozialismus‹ der der Machteroberung durch eine ›jakobinisch-blanquistische‹ Minderheit, die sich auf relativ primitiv-fortschrittliche Tendenzen im Proletariat und in der Bauernschaft stützt, zu sein. Dieser Weg führt zur Errichtung einer zentralistisch-terroristischen Parteidiktatur, wobei die Partei wieder zentralistisch-terroristisch von einer kleinen Clique beherrscht wird. Diese Clique scheint imstande zu sein, eine der bürgerlichen überlegene kollektivistische Wirtschaftsordnung zu schaffen, die viel mehr einer Technokratie als einer klassenlosen Gesellschaft zu entsprechen scheint.«⁷⁰ Für dieses düstere Bild sollte Flechthaim später den Terminus des Neo-Cäsarismus prägen.⁷¹

Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Arbeit am Genfer Institut ungleich komplizierter als bisher. Flechthaim musste erneut emigrieren, diesmal in die USA. Über Arkadij Gurland lernte er seine Frau Lili Faktor kennen, die gleich ihm aus Europa vertrieben worden war.

In New York fanden Flechthaim wie Gurland ein Unterkommen am Institute of Social Research. Als Franz Neumanns Assistenten unterstützten beide dessen Forschungsarbeit, aus der die berühmte Gesamtdarstellung des »Dritten Reiches«, der *Behemoth*, erwuchs. Zwischen 1941 und 1951 unterrichtete Flechthaim an verschiedenen US-Hochschulen Politische Wissenschaft: an der Atlanta University in Georgia, am Bates College in Lewiston, Maine, und am Colby College in Waterville, Maine.

Damals formulierte er sein spezifisches Verständnis von Politischer Wissenschaft, die er 1952 in dem von ihm herausgegebenem Band *Fundamentals of Political Science* zusammenfasste. Politikwissenschaft war für Flechthaim nicht nur Wissenschaft von der politischen Macht. Der Politologe möge »sehr wohl von einer Untersuchung der politischen Macht ausgehen, aber er muss sich ebenso bemühen, die Ziele von Politikern, politischen Institutionen und politischen Bewegungen zu verstehen, die über den Erwerb und Gebrauch der Macht hinausgehen.«⁷² Die Politische Wissenschaft soll

⁷⁰ Ossip K. Flechthaim, *Der Weg zum Sozialismus oder: Ethik und Politik* [verfasst 1937], hier zit. nach: Ossip K. Flechthaim, *Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft*, hrsg. von Egbert Joos, Berlin 1991, S. 281.

⁷¹ Ossip K. Flechthaim, *Futurologie. Der Kampf um die Zukunft*, Köln 1970. Hier und im Folgenden wird nach der Taschenbuchausgabe (Frankfurt a. M. 1972) zitiert, S. 202 f.

⁷² Hier zit. nach der deutschen Ausgabe: Ossip K. Flechthaim (Hrsg.), *Grundlegung der Politischen Wissenschaft*, Meisenheim 1958, S. 70f.

nicht nur beschreiben und analysieren, sondern auch Wegweiser sein für eine humane Demokratie. Dem Streben nach einer humanistischen Perspektive stehe, so Flechthaim, das Interesse der jeweiligen Machthaber gegenüber. Diese würden ihre Interessen mit denen der Gesamtgesellschaft gleichsetzen. Die daran geknüpften Verschleierungsmechanismen bezeichnete er als das Wesen von Ideologie: die Notwendigkeit, irrationales, fehlerhaftes staatliches Handeln im Nachhinein als rational zu legitimieren.⁷³

Dem setzte Flechthaim seine Vorstellung von der Utopie entgegen. Utopisches Denken war für ihn das Vordenken in Richtung auf eine rationale, gewalt- und machtarme Gesellschaft. Flechthaims zweite Forschungsrichtung mündete somit in die Forderung nach einer kritischen und systematischen Beschäftigung mit der Zukunft. Mit dem 1945 erschienenen Aufsatz »Teaching the Future«⁷⁴ wurde Flechthaim gemeinsam mit einem anderen deutschen Exilanten, Robert Jungk,⁷⁵ in den 1940er Jahren zum Begründer der »Futurologie«, der Wissenschaft von der Zukunft. Warum klappten die kommunistische Utopie und die Realität kommunistischer Politik so krass auseinander? Die Beschäftigung mit dieser Frage führte Flechthaim zur historischen Kommunismusforschung, speziell der Geschichte und Politik von KPD, KPdSU und Komintern.

1947 legte Flechthaim seine Arbeit über *Die KPD in der Weimarer Republik* vor, mit der er im September des Jahres an der Universität Heidelberg zum Dr. phil. promoviert wurde, und die im folgenden Jahr in Buchform erschien. Dem vorausgegangen war jedoch die vorläufige Ablehnung der Dissertationsschrift in Köln durch Peter Rassow, dem die offenkundige Linkstendenz der Arbeit nicht gefiel.⁷⁶ In der Tat hielt Flechthaim völlig Abstand von der allmählich modisch werdenden Kalten-Kriegs-Literatur. Doch sollte die groß angelegte Darstellung, in der Flechthaim historische

⁷³ Vgl. ebenda, S. 66.

⁷⁴ Ossip K. Flechthaim, Teaching the Future. A Contribution to the Intellectual and Moral Growth of the Participants, in: The Journal of Higher Education, 16 (1945), Nr. 9, S. 460-465.

⁷⁵ Robert Jungk, Die Zukunft hat schon begonnen. Amerikas Macht und Ohnmacht, Stuttgart 1952.

⁷⁶ Vgl. Deutsches Exilarchiv 1933-1945, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt a. M. Nachlass Ossip Flechthaim: Flechthaim an John H. Herz, Brief vom 26. Januar 1947; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Universitätsarchiv: Promotionsakte Ossip K. Flechthaim.

und organisationssoziologische Fragestellungen miteinander verband, zu einem Standardwerk der Forschung werden.

Ungleich der Kalten-Kriegs-Literatur, die den Kommunismus verschwörungstheoretisch ausdeutete, untersuchte Flechtheim die qualitativen Wandlungsprozesse, die die KPD zwischen 1919 und 1933 durchlaufen hatte – von der Partei Rosa Luxemburgs und Paul Levis bis hin zur stalinisierten Kaderpartei unter Thälmann. Er betonte, dass auch das Fehlen einer demokratischen Tradition unter den deutschen Herrscherklassen zur Intoleranz des kommunistischen Führungskorps einen unübersehbaren Beitrag geleistet habe; die Ausgrenzung durch die Öffentlichkeit habe die Selbstgerechtigkeit innerhalb der KPD gefördert. Die deutschen Kommunisten hätten ihren spezifischen Beitrag zur deutschen Furcht vor der Freiheit geleistet. Doch habe im Ganzen gesehen »die kommunistische Psyche in Deutschland trotz allem viel mehr rationale, freiheitliche und humanistische Elemente enthalten als die nationalsozialistische«. ⁷⁷

1945 kehrte Flechtheim erstmals wieder nach Deutschland zurück. Im Range eines Oberstleutnants der US-Armee nahm er 1946 als Sektions- und Bürochef beim US-Hauptankläger an den Nürnberger Nachfolger-Prozessen teil. 1951 folgte er der Bitte Otto Suhrs als Gastprofessor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Während Flechtheims Gastprofessur entstand die Frage, ob das Colby College seine bislang temporäre Anstellung als Assistant Professor in eine feste Stelle verwandeln würde. Er musste jedoch erfahren, dass J. S. Bixler, der Präsident der Hochschule, und Dekan E. C. Marriner einen anderen Kandidaten für diese Position in Erwägung zogen. Nach längeren bitteren Auseinandersetzungen teilte ihm Bixler im März 1952 kühl den Hinauswurf mit. ⁷⁸ Flechtheim gab der American Association of University Professors (AAUP) den Fall zur Kenntnis und schrieb, es gehe um die Verteidigung »der Prinzipien akademischer Freiheit und Rassengleichheit«. Damit spielte er offenkundig auf mögliche Ressentiments gegen ihn als Juden und Sozialisten im Lehrkörper an. ⁷⁹ Er bitte die AAUP darum, die Einhaltung der Prinzipien akademischer Freiheit am Colby College zu überprü-

⁷⁷ Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, neu hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt a. M. 1976, S. 327.

⁷⁸ Nachlass Flechtheim, *Mappe Colby College/AAUP: J. S. Bixler an Flechtheim*, 20. März 1952. Der an Stelle von Flechtheim berufene Kandidat hatte weder damals noch später ein einziges Buch publiziert.

⁷⁹ Ebenda: Flechtheim an Bixler, 31. März 1952.

fen.⁸⁰ Er wiederholte dies in einem weiteren Brief an einen Mitarbeiter des Washingtoner AAUP-Büros.⁸¹ Doch teilte ihm die AAUP mit, sie könne ihm nicht helfen. Die von ihm vermuteten Gründe seiner Zurücksetzung seien nicht stichhaltig.⁸² Damit war Ossip Flechtheims akademische Laufbahn in den USA zu Ende. Angesichts der sich ausbreitenden antikommunistischen – und auch antisozialistischen – Hysterie hatte er keine Chance. Der amerikanischen Kommunismusforschung und der Politischen Wissenschaft ging jedoch einer ihrer fähigsten Gelehrten verloren.

Es war Franz Neumann, der als eine zentrale Gestalt beim Neuaufbau des Berliner Hochschulwesens durch seine entschiedene Intervention Flechtheims akademische Laufbahn rettete und sich erfolgreich für dessen Berufung an die Deutsche Hochschule für Politik einsetzte. Ende 1952 trat Flechtheim die Professur an. 1954/1955 unterbrach er diese Tätigkeit für eine nochmalige Gastprofessur an der Universität von Kansas City. Nach der 1957 erfolgten Habilitation wurde er zwei Jahre später außerordentlicher, 1961 ordentlicher Professor für Wissenschaft von der Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität, dessen Direktorat er 1960/61 innehatte. Das Institut blieb ihm bis zur Emeritierung 1974 wissenschaftliche Heimstätte. Die Freie Universität ehrte ihn und Löwenthal 1989 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.

In Berlin entfaltete Flechtheim eine produktive Publikationstätigkeit. Hier entstanden Arbeiten wie die Bücher *Weltkommunismus im Wandel* (1965) oder *Bolschewismus 1917-1967. Von der Weltrevolution zum Sowjetimperium* (1967). In beiden Büchern plädierte Flechtheim bei der Analyse des Welt- und besonders des Sowjetkommunismus für die »immanente historische Kritik« oder »ideologiekritische« Methode. Sie operiere, betonte er, nicht mit einem Schwarz-Weiß-Schema, sondern beschränke »sich darauf, das Bewusstsein einer Zeit, einer sozialen Formation, einer Nation, einer Klasse, so wie es von seinen Trägern verkündet, ausgesprochen, urbi et orbi demonstriert wird, mit dem Bewusstsein und Sein der entsprechenden Zeit, Formation, Nation oder Klasse so, wie es im Geschichtsprozess wirksam wird, zu vergleichen.«⁸³ Zwar neige die gesellschaftliche Oberschicht

⁸⁰ Ebenda: Flechtheim an Ralph Himstead, AAUP, Secretary General, 31. März 1952.

⁸¹ Ebenda: Flechtheim an Warren C. Middleton, AAUP Office, Washington, D.C., 10. Juli 1952.

⁸² Ebenda: Middleton an Flechtheim, 24. Juli 1952.

⁸³ Ossip K. Flechtheim, *Weltkommunismus im Wandel*, S. 221.

der Sowjetunion in der Tendenz dazu, sich als Klasse zu konsolidieren. Doch sei dieser Prozess keineswegs abgeschlossen, und gegenläufige Tendenzen, die sich in einem steigenden Maß an Freiheit – verglichen mit dem Stalinismus – z.B. im kulturellen Bereich zeigten, könnten auch zu einer Aushöhlung des autoritären politischen Systems und einer Entwicklung hin zu mehr Pluralismus führen.⁸⁴

In seinem Buch *Futurologie. Der Kampf um die Zukunft* sprach sich Flechtheim 1970 für das Projekt eines radikalen Reformweges in Richtung eines demokratischen Sozialismus aus. Für ihn gewann ein »Dritter Weg« zwischen revolutionärer Gewalttätigkeit und quietistischem Legalismus« als »Politik der ›Permanenten Reform‹ mittels direkter gewaltfreier Massenaktionen an Bedeutung«. Aber: »Angesichts der Perfektionierung der Manipulation der Massen wird man sich auch weniger denn je auf legale Aktionen beschränken können.«⁸⁵ In seiner letzten Monographie *Ist die Zukunft noch zu retten?* kam Flechtheim 1987 auf das Thema wiederum zurück. Falls die Menschheit den möglichen »Dritten Weg« zwischen etatistischem Kommunismus und Privatkapitalismus in Richtung hin zu einem libertären Sozialismus nicht beschreiten werde, könne sie ihre sieben dringendsten Gegenwartsaufgaben (»Challenges«) nicht bewältigen: Rüstungswettlauf und Krieg, Hunger und Bevölkerungsexplosion, Bedrohung und Zerstörung der Umwelt, Wirtschaftskrise und Überplanung, Demokratie- und Kulturkrise, Verlust des Individuums und Krise der Familie – dies waren für Flechtheim die Hauptgefahren der Gegenwart. Diesen Gefahren begegnen könne nur ein demokratischer Sozialismus, der zugleich global, human und ökologisch sei. Flechtheim hoffte dabei – mit allen Vorbehalten – auch auf eine fortschreitende Demokratisierung in der sowjetischen Welt.⁸⁶

Flechtheims Auffassung vom Sozialismus jenseits eines sozialstaatlich orientierten Kapitalismus brachte ihn in Gegensatz zur SPD, der er 1952 beigetreten war. Das Godesberger Programm eines, wie er später sagte, »Kapitalismus mit sozialen Modifikationen«⁸⁷ rief seinen Widerspruch hervor. Als Flechtheims Freund Wolfgang Abendroth – ihm ist das Buch »Futuro-

⁸⁴ Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Bolschewismus 1917-1967. Von der Weltrevolution zum Sowjetimperium*, Wien 1967, S. 178f.

⁸⁵ Ossip K. Flechtheim, *Futurologie*, S. 270.

⁸⁶ Ossip K. Flechtheim, *Ist die Zukunft noch zu retten?*, Hamburg 1987.

⁸⁷ Ossip K. Flechtheim, »In unserer Familie war kein Platz für Patriotismus«, in: Funke (Hrsg.), *Die andere Erinnerung*, S. 463.

logie. Der Kampf um die Zukunft« gewidmet – aus der SPD ausgeschlossen wurde, da er den Sozialistischen Deutschen Studentenbund unterstützte, trat Flechtheim 1962 aus der Partei aus. Seit 1981 gehörte er der Alternativen Liste an, für die er auch politisch tätig war.

Nach dem Ende des Sowjetkommunismus stellte sich Flechtheim erneut den Fragen nach ausgeschlagenen Alternativen im Sinne eines »Dritten Weges«. »Hätte man die Prager Reformer nicht vernichtet, wäre die Sowjetunion nicht einmarschiert, sondern diese Impulse wären aufgenommen worden, dann hätte es einen humanen Sozialismus geben können«, sagte er dem *Neuen Deutschland* im November 1991 in einem Interview. Doch diese Art Sozialismus sei nicht als gesellschaftliche Möglichkeit verschwunden, sondern bleibe bestehen »als Fernziel, als Utopie, als eine Möglichkeit, der man sich annähern kann, die ständig revidiert werden muss«. ⁸⁸

Schlussbemerkung

Arkadij Gurland, Richard Löwenthal und Ossip Flechtheim bemaßen die Entwicklung der kommunistischen Welt am politischen Standard der liberalen Demokratien, doch weiterhin auch am sozialen Auftrag der Arbeiterbewegung. Dies unterschied sie vom dominierenden Politik- und Geschichtsverständnis in der frühen Bundesrepublik. Mit ihren Fragen nach dem Modernisierungspotenzial kommunistischer Gesellschaften, aber auch nach deren Grenzen, warfen sie Probleme auf, die auch die Diskussion der heutigen Transformationsforschung beleben mögen.

Dabei legten Gurland, Löwenthal und Flechtheim weniger Wert auf Fragen, die ethnisch-kulturelle Problemlagen und Konflikte betreffen und die heute in den Gebieten des früheren sowjetischen Machtbereiches einen so entscheidenden Stellenwert einnehmen. Ihre eigenen Lebenswege dokumentieren hingegen die Schicksalsbrüche, die aus dem Nationalismus, insbesondere dem mörderischen Nazi-Antisemitismus erwachsen. Sie stellten Fragen nach dem Stellenwert von Kommunismus und Kapitalismus, Faschismus und Antifaschismus im 20. Jahrhundert, sie suchten ihren Platz in den großen sozialen und geistigen Bewegungen ihrer Zeit, und zugleich suchten sie den Platz dieser Bewegungen in der Geschichte zu bestimmen.

⁸⁸ Ohne Wunder ist die Welt verloren. Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim im Gespräch mit Gisela Karau, in: *Neues Deutschland*, 23./24. November 1991.

Diese Suche ist noch immer nicht abgeschlossen, sondern ein fortwährender Denkprozess, bei dem uns Leben und Werk von Forschern wie Arkadij Gurland, Richard Löwenthal und Ossip Flechtheim noch immer Anregung und Hilfe sein sollten.

Die VR China: Reformen mit offenem Ausgang

Theodor Bergmann

Reformen und Reformer in der chinesischen Revolution

Liu Shaoqi und Deng Xiaoping

Liu Shaoqi: »Der chinesische Chruschtschow, der China auf den Weg des Kapitalismus zurückbringen will.« (1966)

Deng Xiaoping: »Der zweite capitalist-roader.« (1966)

»Es war das größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei.« (Ergebnis einer Untersuchungskommission der KPCh über Liu Shaoqi, [Beijing Rundschau, 1980])

»Genosse Liu Shaoqi war in der Arbeiterbewegung und der Arbeit in den weißen (von Japan besetzten) Gebieten viele Jahre tätig. Er bekämpfte ständig die ›linken‹ Fehler, die von Wang Ming vertreten wurden, die der Partearbeit in diesen Gebieten großen Schaden zufügten. Er schrieb viele Artikel, in denen er die Lehren und die Erfahrungen der Arbeit in diesen Gebieten analysierte ... Er forderte die Genossen auf, diese Fehler aufzudecken und mitzuhelfen, zu der richtigen Parteistrategie zurückzukehren. In den ›Richtlinien für die Arbeiterbewegung in den weißen Gebieten‹ (1936) analysierte er die Erfahrungen der dortigen Arbeit im Jahre 1927 und erarbeitete die korrekten Prinzipien und Taktiken.

In einer Reihe von Artikeln leistete Genosse Liu Shaoqi hervorragende Beiträge zum Parteaufbau im langen Prozess der Revolution.«¹

Die chinesische Revolution war anders als die Oktoberrevolution, länger und opferreicher. Die kommunistische Partei war anders als die KPdSU, bis etwa 1955 und wieder nach Maos Tod 1976, vielfältiger und offener. Der Verlauf der Revolution oder des Bürgerkriegs und des antijapanischen Krieges war von mehreren Zäsuren unterbrochen. Der Aufbau der neuen Gesellschaft nach 1949 war beeinflusst durch den Kampf zweier Linien in der Partei; wir bezeichnen diese als Maoismus und Liuismus nach den führenden Theoretikern. Damit wird nicht die Rolle der Persönlichkeit unmarxistisch überhöht. Wir folgen vielmehr Marx (und Plechanow): »Menschen machen die Geschichte, aber unter vorgefundenen Verhältnissen und

¹ Aus dem Klappentext der offiziellen »Ausgewählten Werke« von Liu Shaoqi, Beijing, 1984.

zusammen mit oder gegen andere.«² Sie haben Helfer und Kampfgenossen, für deren Anleitung sie verantwortlich sind. Zu Maos Beratern und Mitverantwortlichen gehören die »Viererbände« (Jiang Ching, Yao Wenyuan, Chang Chunqiao, Wang Hongwen und bis 1970 Lin Biao). Von den wichtigsten Helfern und Freunden von Liu Shaoqi nenne ich Zhou Enlai, Deng Xiaoping, Zhu De, Sun Yefang, Chang Wentian, Du Runsheng, Deng Zihui, Chen Yun, Yang Shankun, Hu Yaobang, Zhao Ziyang, ferner die alten Militärs Ye Yianying und Li Xiannian. Die Reformer hatten auch Gegner und gesellschaftliche Gegenkräfte.

In den täglichen »Debatten« über Mao Zedong wurden seine Leistungen mit »70 Prozent gut«, seine Fehler und Verbrechen mit »30 Prozent schlecht« bewertet. Das mag zum Teil dem Bedürfnis der KPCh-Historiker geschuldet sein, die dauerhaft positive Rolle der Partei zu behaupten. Mao hat bis in die 1950er Jahre ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag geleistet, war Symbol der festen Einheit im wechsellvollen Bürgerkrieg. Natürlich kann man Plus und Minus in Maos Wirken auch umgekehrt bewerten: »30 Prozent gut, 70 Prozent schlecht«.

Aufgabe dieses Beitrags ist, Leserinnen und Leser über die Inhalte der großen Reformen zu informieren und über die Arbeit der großen Reformer, die Ideen und die Hürden, die sie im Inneren der Partei, im Lande und bei ihren weltpolitischen Gegnern zu überwinden hatten.

Liu Shaoqi, bis zu seiner Verfemung und Verhaftung 1966 vielleicht der große Klassiker des chinesischen Marxismus, war einer der führenden Funktionäre in KP und Regierung. Auf der Konferenz von Zunyi (Provinz Guizhou) im Jahre 1935 schlossen sich die Funktionäre um Mao Zedong zusammen und bekämpften alle anderen strategischen Pläne von Chang Guotao, der während des Langen Marsches aus der KPCh ausgeschlossen wurde.

Nach dem Sieg im Bürgerkrieg und der Gründung der VR China am 1. Oktober 1949 standen neue Fragen auf der Tagesordnung, für die es keine eindeutigen marxistischen Antworten gab: Wie baut man eine neue sozialistische Gesellschaft in einem Riesensland von 10 Millionen Quadratkilometern mit etwa 540 Millionen Menschen, davon 85 Prozent weitgehend an-

² »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 8, Berlin [DDR] 1972, S. 115.

alphabetische Dorfbevölkerung, auf? Wie viel Opfer kann man Menschen abverlangen? Was kann die Volkswirtschaft leisten? Welches sind die Prioritäten? Wie schnell kann man voranschreiten? Wie viel konnte man von den sowjetischen Erfahrungen lernen? Jetzt begann der »Kampf der zwei Linien«: Hier Mao und seine Genossen, die ungeduldig, eilig waren, wohl wenig von Volkswirtschaft verstanden, und ohne Verständnis für die Leidenfähigkeit der Produzenten, die mit ständigen Kampagnen zu unrealistischen Höchstleistungen mobilisiert werden sollten, da der Theoretiker Liu Shaoqi und der Praktiker Deng Xiaoping.

Der Kampf der zwei Linien

Es beginnt mit der Agrarfrage: Wie kann man eine Reform durchführen, die die defizitäre Erzeugung nicht senkt? Liu entwirft (mit seinen Beratern) die Reformgesetze: Man soll die Mittelbauern zur Kooperation gewinnen, nicht enteignen, weil sie den Kleinbauern ohne Pflug und Zugkraft bei der Arbeit aushelfen. Rentner ohne anderes Einkommen sollen ihre kleinen Flächen behalten, auch wenn sie diese nicht bearbeiten (können). Die Obergrenze des Privateigentums an Boden ist vorsichtig und regional zu bestimmen, weil von dieser abhängt, wie viele Landeigentümer sich der Reform anschließen. Bevor man an Kollektivierung denken kann, müssen erst die Industrien für die agrarischen Produktionsmittel erbaut werden.

Schon 1951 wendet sich Liu Shaoqi gegen Wunschdenken über die Wunderwirkungen der Kollektivierung: »Bei der Sozialisierung der Landwirtschaft ist es absolut unmöglich zu kollektivieren ohne Aufbau der Industrie, ohne vorherige Industrialisierung.«³ Offenbar hatte Liu Engels und die negativen Erfahrungen der UdSSR verstanden.

Mao dagegen hat es eilig und dekretiert den schleunigsten Zusammenschluss der 131 Millionen Bauernfamilien in 122.500 Volkskommunen, die bald danach zu 24.000 Volkskommunen fusionieren, in denen alle dörflichen Institutionen zusammengefasst, alle Funktionen ausgeführt und von einem KP-Sekretär überwacht werden: Produktion, Ablieferung, Schule, Verwaltung, eine Machtkonzentration in einer Hand für mehrere Teildörfer, eine übermächtige Bürokratie, Entscheidungen in einer Hand (ohne Gegengewichte und Kontrollen), daher auch Entfremdung der Produzenten.

³ Liu Shaoqi, Quotations from President Liu Shaoqi, Melbourne 1968, S. 81.

Gleichzeitig wird in der übrigen Produktion ein »Großer Sprung nach vorn« proklamiert: Kleinbauern sollen in primitiven »Dorfhochöfen« mit Stalldünger und ähnlichen Brennstoffen aus eisernem Küchengeschirr Stahl produzieren. Das wird auch von ausländischen Maoisten als der neue Weg einer sozialistischen Entwicklung ohne kapitalistische Technologie gepriesen.

Die sofortige Folge war Hungersnot auf dem Dorf. Mao musste von seinen Funktionen »freiwillig« zurücktreten. Zhou Enlai blieb Ministerpräsident, Liu Shaoqi blieb Staatspräsident und faktisch Parteivorsitzender. Zusammen mit Deng Xiaoping begannen sie, Ordnung in das Chaos zu bringen. Zhou öffnete die Grenze nach Hong Kong, Hunderttausende Bauern flüchteten dorthin. Große Mengen Getreide wurden importiert.

Etwa zur gleichen Zeit starteten Mao und sein Geheimdienstchef Kang Sheng im Jahre 1957 eine andere Kampagne unter der Parole »Lasst hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern.« Die Intellektuellen, denen Mao misstraute, wurden aufgefordert, ihre Meinung und die Kritik frei zu äußern. Sehr bald wurden »die Blumen gepflückt« und ihre Züchter in Arbeitslager eingewiesen. Diese Kampagne hat das Vertrauen in die KP für Jahre schwer beschädigt.

Das positivste, was als ökonomische Erklärung gesagt werden kann, ist: Das war der untaugliche Versuch, das Mehrprodukt des Agrarsektors zu requirieren und damit die anderen Sektoren aufzubauen (technische Infrastruktur, Bildungswesen, Industrie, Gesundheitswesen).

Lius Linie in der Agrarpolitik lässt sich so zusammenfassen: höhere Priorität für den Agrarsektor, Vorrang für den Bau von Dünger- und Landmaschinenfabriken, stärkere Berücksichtigung der natürlichen, klimatischen, ethnischen Landnutzungsunterschiede beim Aufbau der Volkskommunen, Vielfalt der Organisationsformen, Aufbau von Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) als erste Stufe überbetrieblicher Mechanisierung, spätere Überführung der Maschinen in das Eigentum der Volkskommunen und Produktionsbrigaden, mehr Rücksicht auf die materiellen Bedürfnisse der Volkskommunemitglieder, mehr materielle Anreize, kleinere Ablieferungsquoten, Entgegenkommen für die Mittelbauern, Lernen von »fremder« Technologie, deren selektive Übernahme, Lernen auch von den negativen Erfahrungen der UdSSR in der Agrarpolitik.

Der Streit mit der KPdSU

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU, auf dem Nikita Chruschtschow die Verbrechen der Stalinära offenlegte und seine Reformpolitik im Lande und in der internationalen kommunistischen Bewegung verstärkte, begann die KPCh eine Auseinandersetzung mit der UdSSR, die in zahlreichen Broschüren »theoretisch« begründet wurde. Die KPCh begann, die kommunistischen Parteien zu spalten und erstrebte die eigene Führungsrolle bei den »Proletariern aller Länder und unterdrückten Völkern«, die historisch überholt und von der KPdSU gerade explizit aufgegeben worden war. Die mehrfachen Versuche der sowjetischen Genossen zu einer Verständigung wurden abgewiesen.

Die faktische Partei- und Staatsführung unter Liu Shaoqi versuchte dagegen, das Freundschaftsverhältnis mit der UdSSR aufrechtzuerhalten. Nach seiner Wiederwahl zum Staatspräsidenten auf dem Nationalen Volkskongress (NVK) im Jahre 1959 besuchte er im Dezember 1959 die UdSSR, bedankte sich auf einer Massenkundgebung im Gorki-Park für die sowjetische Wirtschaftshilfe und außenpolitische Unterstützung: »China wird an der Seite des sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Länder und Völker stehen, die bis zum Erfolg für die Sache des Weltfriedens kämpfen ... Das chinesische Volk sollte dem Genossen Chruschtschow dankbar sein, weil er auf der 15. Sitzung der UNO-Generalversammlung mit Entschiedenheit die Wiederherstellung von Chinas legitimen Rechten in der UNO gefordert hat.«⁴

Die »Große Proletarische Kulturrevolution«

Der zurückgetretene Mao antichambierte gegen die Regierung und bereitete seine Rückkehr vor mithilfe eines Teils der Militärführung. In einer großen Wandzeitung forderte er 1966: »Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!« (die Parteizentrale) Liu Shaoqi wurde zum namenlosen »chinesischen Chruschtschow, der China auf den Weg des Kapitalismus zurückführen will«, Deng Xiaoping zum »zweiten capitalist-roader«. Die Entwicklungsstrategie Maos wurde unterstützt von der »Viererbande« um seine Frau, von einem Teil der Militärführung unter Lin Biao, vom Geheimdienstchef

⁴ Liu, Quotations, S. 101.

Kang Sheng. Dieser Teil nutzte die Sorge der Gegner um die Einheit der Partei und den sozialistischen Aufbau.

Anfang 1966 rief Maos Viererbande die »Große Proletarische Kulturrevolution« aus. Erneut beginnt ein zehnjähriges Chaos: Die Roten Garden werden gebildet, Schulen und Universitäten geschlossen, Schüler gegen Lehrer, Kinder gegen Eltern aufgehetzt, Produktion und Verkehr lahmgelegt, die KP-Organisationen aufgelöst und mit Militärhilfe neu organisiert. Liu wird in einer Rede seines Freundes Zhou Enlai vor dem ZK der KPCh des Verrats angeklagt. Wie Deng Xiaoping 1980 berichtete,⁵ wurde Zhou von Mao gezwungen, diese Rede zu halten.

Man nannte diese Methode »Körperschaftsdisziplin«: Alle Mitglieder eines Gremiums mussten nach außen die »einheitliche« Meinung ihres Gremiums vertreten. Andernfalls drohte ihnen Ausschluss oder noch schwerere Bestrafung. Dennoch bemühte sich Zhou, möglichst viele Verfolgte zu beschützen;⁶ und es gab eine starke Solidarität unter den führenden Teilnehmern des Langen Marsches. Diese lehnten überwiegend aus Verantwortung für ihr Land und den sozialistischen Aufbau Maos fraktionellen Putsch ab. Manche wurden Opfer, andere überlebten in großer Gefahr.

Neben der »Körperschaftsdisziplin« gab es die Sippenhaft. Viele der Familien der Verfolgten wurden gleichfalls verfolgt, zum Teil von den jungen Rotgardisten durch die Stadt getrieben. Lius ganze Familie, Frau, vier Kinder eingesperrt bis 1973, seine Schwiegermutter, eine Volksschullehrerin, entlassen und verfolgt. Deng, seiner Funktionen enthoben und bis 1973 in eine Kleinstadt in der Provinz Jiangxi verbannt, zur Arbeit in einer Reparaturwerkstatt verpflichtet, musste unter Bewachung in einer leeren Kaserne leben. Sein Sohn Deng Pufang fiel in Beijing aus dem Fenster und blieb dann querschnittgelähmt.

Wir haben Lius Agrar- und Außenpolitik dargestellt. Was unterscheidet Lius theoretisches Denken von dem Maos?

⁵ Deng Xiaoping, Comment les erreurs de Mao nous ont conduit à la guerre civile. In: *Nouvel Observateur*, Nr. 827-828 (1980).

⁶ In vielen Publikationen wird die Hilfe und Fürsorge von Zhou Enlai erwähnt. Siehe u.a. Peng Dehuai, *Memoirs of a Chinese Marshal*, Beijing 1985; Israel Epstein, *My Chinese Eye. Memoirs of a Jew and a Journalist*, San Francisco 2005; Jung Chang, *Wilde Schwäne – Die Geschichte einer Familie*, München 1991; Deng Rong, *Deng Xiaoping and the Cultural Revolution. A Daughter Recalls the Critical Years*, Beijing 2002; Zhou Enlai, *Selected Works*, Bd. 1: *On Protecting Cadres*, Beijing 1981.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik bedeutete die Linie von Liu und Zhou Enlai:

- nach dem Sieg anfänglich langsames Aufbautempo, später Beschleunigung;
- Kooperation mit den anderen sozialistischen Ländern, insbesondere der UdSSR, Lernen aus ihren Irrtümern;
- allmähliche Entwicklung des staatlichen Sektors, der seine Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft beweisen muss;
- lernen von den führenden kapitalistischen Ländern, sofern diese zu Technologietransfer bereit sind, Import moderner Technologie;
- kein dauernder Vorrang für Schwer- und Rüstungsindustrie, stärkere Förderung des Konsumgütersektors, des Wohnungsbaus;
- materielle Anreize sobald wie möglich;
- Self-reliance nur am Anfang, Öffnung und Austausch mit der Weltwirtschaft;
- völlige Einkommensgleichheit nur im »Kriegskommunismus«, begrenzte Einkommensdifferenzierung;
- realistische Einschätzung der Leidensfähigkeit der Produzenten und der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft;
- Dezentralisierung der Planung und realistische Zielvorgaben der Planwirtschaft;
- ständige Kontrolle der Ergebnisse und Korrektur der Planziele;
- Einladung ausländischer Unternehmer und deren zentrale Kontrolle (Lenins Neue ökonomische Politik);
- aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung auch gegenüber der staatlichen Planung und in den staatlichen Unternehmen.

Innenpolitik

Nach dem Sieg der Revolution und den radikalen Veränderungen der Klassenstruktur sind die Komprador-Kapitalisten und Landlords liquidiert, der Klassenkampf im Wesentlichen abgeschlossen, keineswegs verschärft, wie Stalin und Mao behaupteten. Wesentliche Aufgabe ist danach die Entwicklung der Produktivkräfte, zumal in einem Entwicklungsland. Nur dann können die neuen Produktionsverhältnisse voll wirken und der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und ihrer gesellschaftlichen Institutionen voranschreiten.

Parteiverständnis

Lius Vorstellungen sind völlig andere als die Maos: keine Berichtigungskampagnen und ideologischen Kontrollapparate, keine Bestrafung von »Abweichlern«. Eine revolutionäre Partei muss ihre Mitglieder politisch bilden und Disziplin durch Überzeugung schaffen, kein Kadavergehorsam. Ein Parteiführer »muss das Herz eines alten Mannes haben. Kein Mensch ist frei von Irrtümern. Daher müssen wir anderen verzeihen im Geiste der Großherzigkeit und anderen Rat und Hilfe gewähren.«

Weiter wendet sich Liu »gegen alle Arten von Provokation, Verdrängung und Konspiration, gegen alle administrativen Maßnahmen, Bespitzelung, Verhaftung, Prozesse usw. in den innerparteilichen Auseinandersetzungen«. Er sieht keinen Gegensatz zwischen innerparteilicher Demokratie und Debatte einerseits und zentralistischer Organisation und Aktionsdisziplin andererseits. Im Gegenteil: »Überzeugende Argumente der Führung sind Voraussetzung der disziplinierten Mitarbeit der Mitglieder. Die KP müsse die Gewerkschaften politisch führen, diese müssen aber unabhängig handeln.«⁷ Die kurzfristigen Interessen der Arbeitenden sind andere als die langfristigen Ziele der Manager und der Gesellschaft, die von der staatlichen Planung formuliert werden. Die Arbeiterinteressen sind von den Gewerkschaften zu vertreten.

Liu hatte demokratische Vorstellungen von der revolutionären Partei. Sie sollte die Mitglieder politisch erziehen und sie von der Richtigkeit ihrer Ziele überzeugen, nicht sie kommandieren: »Dem Vorsitzenden Mao zu widersprechen bedeutet, einer Person zu widersprechen. Wer auf Parteisitzungen seine Meinung ausspricht, darf nicht bestraft werden.«⁸ Er erklärte 1963: »Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Vorsitzende Mao haben viele Fehler gemacht.«⁹

Der Liuismus¹⁰ hatte ein anderes Verständnis der führenden revolutionären Partei. Überzeugung und aktive, disziplinierte Mitarbeit ergibt sich aus freier Diskussion aller sozialistischen Alternativen, nicht aus Berich-

⁷ Liu, Quotations, S. 30f.

⁸ Ebenda, S. 137.

⁹ Ebenda, S. 137.

¹⁰ Der Begriff wurde 1978 von Ulrich Menzel in einer wissenschaftlichen Arbeit entwickelt, in der er eine Analyse und Beschreibung der theoretischen Arbeiten Lius gab, ferner ausführlich dargestellt in Theodor Bergmann/Ulrich Menzel/Ursula Menzel-Fischer (Hrsg.), Liu Shaoqi, Ausgewählte Schriften und Materialien,

tigungskampagnen. Liu sieht den Marxismus nicht als Dogma, auch nicht die Schriften Lenins und Maos.

In der Schrift »Über innerparteilichen Streit« (1941) kritisiert Liu »gewisse Methoden: Manche Genossen glauben, dass die stark zentralistische Parteiorganisation innerparteiliche Demokratie verbiete, dass die Notwendigkeit innerparteilichen Streits Frieden in der Partei verhindere, dass die politische Führung der Partei [...] über andere proletarische Massenorganisationen die Unabhängigkeit von Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiter und Werktätigen verhindere; und dass [...] Disziplin die Aushöhlung der individuellen Persönlichkeit, der Initiative und Kreativität der Parteimitglieder bedeute.«¹¹

Aus manchen Bereichen der Gesellschaft sollte sich die KP heraushalten: »In Fragen von Wissenschaft und Kunst sollte die Partei keine administrativen Anweisungen geben, um ihre Führung auszuüben; sie sollte vielmehr freie Diskussion und freien Wettstreit fördern, um Wissenschaft und Kunst zu entwickeln.«¹²

Liu Shaoqi widersprach 1957, wie oben erwähnt, der Behauptung Stalins, der auch Mao folgte, nach dem Sieg der Revolution müsse sich der Klassenkampf gesetzmäßig verschärfen. Der Klassenkampf gegen die inneren Feinde sei dann im Wesentlichen abgeschlossen: »Jetzt sind im Lande die Feinde im Wesentlichen eliminiert. Daher sage ich, dass der Klassenkampf zwischen den Hauptklassen im Wesentlichen abgeschlossen ist.«¹³ So machten Stalin und Mao ihre innenpolitischen Opponenten zu Klassenfeinden in der »Großen Säuberung« in der UdSSR 1936 bis 1938 und in der »großen proletarischen Kulturrevolution« 1966 bis 1976.

Erkenntnistheorie

Liu hat eine andere Vorstellung vom Zugang zum Kommunismus und zur Arbeiterbewegung als Mao. Praxis als Arbeit in der Fabrik ist ein Weg, und zwar der am häufigsten genutzte. Aber auch Denken, Schulung und Selbstschulung können ein theoretischer Weg zur Arbeiterklasse sein. In-

2 Bde., Stuttgart 1982. Der Begriff hat keine pejorative Konnotation, wie viele »Ismen« in der kommunistischen Literatur und Praxis.

¹¹ Liu, Quotations, S. 30f.

¹² Ebenda, S. 97.

¹³ Ebenda, S. 127.

tellectuelle ohne eigene Erfahrung der Ausbeutung können gute Kommunisten werden, abgesehen davon, dass im Kapitalismus sehr viele Akademiker und andere Intellektuelle Lohnabhängige sind. Selbstschulung sei ein gleich guter Weg zu kommunistischem Bewusstsein, wie die Erfahrung der Werktätigen vom Kapitalismus. Intellektuelle seien daher in der KPCh willkommen.

Personenkult

In seinem marxistischen Klassiker »Wie man ein guter Kommunist wird«, der in mehreren Auflagen erschien, wendet sich Liu gegen jeden Personenkult und Herabsetzung von Intellektuellen, offenbar in Fortsetzung seiner früheren Kritik an der Entwicklung von Maos Persönlichkeit vom Genossen zum Autokraten. In der Auflage des Buches von 1962 heißt es: »Sie betrachten sich selbst als Chinas Marx oder Chinas Lenin; sie posieren so in der Partei und besaßen die Unverschämtheit zu verlangen, dass unsere Parteimitglieder sie so verehren sollten, wie Marx und Lenin verehrt werden. Man sollte sie als Führer unterstützen und loyal und ergeben sein. Sie gingen so weit, sich selbst zu ›Führern‹ zu ernennen, ohne gewählt zu sein. Sie suchten sich Positionen von Autorität, gaben der Partei Befehle wie Patriarchen, griffen unsere Parteimitglieder eigenwillig an, versuchten unsere Partei zu belehren und bestrafen sie.«¹⁴

Noch im Frühjahr 1959 wurde Liu Shaoqi in der 1. Sitzung des 3. NVK als Staatspräsident und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates wiedergewählt. Aber Mao Zedong bereitete systematisch seinen Putsch vor mit seinem Aufruf zur »großen proletarischen Kulturrevolution«. Liu wurde zu drei Geständnissen gezwungen, die alle mit den Rufen endeten: »Lang lebe der große Lehrer, große Führer, große Oberkommandierende, große Steuermann, Vorsitzender Mao Zedong. Ein langes, langes Leben für ihn.«¹⁵ Liu Shaoqi wurde verhaftet und starb am 12. November 1969 im Staatsgefängnis von Kaifeng.

Seine Frau Wang Guang Mei und ihre vier Kinder wurden ebenfalls verhaftet, wie oben erwähnt, und kamen 1973 frei. Die zehn Jahre der »Kul-

¹⁴ Ebenda, S. 136.

¹⁵ Bergmann u.a. (Hrsg.), Liu Shaoqi, Ausgewählte Schriften und Materialien, Bd. 2, S. 275.

turrevolution« haben dem Land noch viel mehr Schaden auf allen Gebieten zugefügt als der »Große Sprung«.

Liu Shaoqi hat auf vielen Gebieten der marxistischen Theorie Alternativen entworfen und begonnen, sie in praktische Reformen umzusetzen. Es war ihm jedoch nicht vergönnt, alle seine Reformansätze und Reformvorstellungen zu verwirklichen.

Mit der »Kulturrevolution« 1966 kam die dritte große Zäsur, eine zehnjährige Unterbrechung des sozialistischen Aufbaus.

Die Kulturrevolution wird heute in den Publikationen nur in Führungszeichen erwähnt. Die KPCh wurde aufgelöst und unter Aufsicht des Militärs neu aufgebaut. Die führenden Funktionäre wurden abgesetzt, verhaftet, zum Teil ermordet, Schulen und Universitäten geschlossen, die Lehrenden zur Arbeit aufs Dorf geschickt. Wirtschaft und Infrastruktur wurden weitgehend zerstört. Zhou Enlai bemühte sich, möglichst viele Menschen zu schützen.¹⁶ 1972 erkrankte er an Krebs und leitete die Regierungsarbeit vom Krankenbett aus. 1973 gelang es ihm, Deng Xiaoping aus der politischen Verbannung nach Beijing zurückzuholen, der nun faktisch alle Aufgaben von Zhou Enlai übernahm.

Das lange Ende der Mao-Ära

Auf dem 9. Parteitag 1969 hatte Mao Lin Biao zu seinem »nächsten Kampfgefährten und designierten Nachfolger« bestellt. 1971 war Lin Biao auf der Flucht nach einem Putschversuch mit seiner Entourage an der sowjetischen Grenze abgeschossen worden. Auf dem folgenden 10. Parteitag 1973 wurde Lin Biao – wieder einstimmig – zum langjährigen Verräter erklärt. Hua Guo Feng wurde nun von Mao als Nachfolger auserkoren. Mao war 1971 so schockiert von Lin Biaos Putschversuch, dass er weitgehend die Sprache verlor und nicht mehr gehen konnte. Dennoch blieb er formell der Große Vorsitzende bis zu seinem Tode. Die Viererbande deutete Maos Erklärungen mit Hilfe einer jungen Assistentin, einer nahen Verwandten seiner Frau, die sich auf die Nachfolge vorbereitete.

Während der »Kulturrevolution« musste Ministerpräsident Zhou Enlai sich in einer harten Auseinandersetzung mit der »Viererbande« und Mao darum bemühen, die bedrohten führenden Funktionäre zu schützen. In Te-

¹⁶ Vgl. Zhou Enlai, Selected Works, Bd. 1, S. 470-477.

legrammen, Briefen und Anweisungen findet man seine Bemühungen. Eine Auswahl ist unter dem Titel »Über den Schutz der Kader« 1989 in den offiziellen »Ausgewählten Werken« erschienen. In einer Fußnote hierzu heißt es: »Während der Kulturrevolution fabrizierten die konterrevolutionären Cliquen von Lin Biao und Jiang Qing – in ihrem Versuch, die Macht in Partei und Staat zu übernehmen, Anklagen gegen sehr viele Kader innerhalb und außerhalb der Partei und verfolgten sie erbarmungslos. Unter außerordentlichen Bedingungen tat Genosse Zhou Enlai sein bestes, um solche Personen zu schützen. Die hier veröffentlichten Texte sind nur ein kleiner Teil von dem, was er in diesem Zusammenhang geschrieben hat.«¹⁷

Zu den zu schützenden Kadern gehörten u.a. die Witwe von Sun Yatsen, der Präsident der Wissenschaftsakademie, der stellvertretende Vorsitzende des 2. Parlaments, der stellvertretende Ministerpräsident und die Vorsitzenden der demokratischen Parteien.

1973 war Mao schon so behindert, dass Zhou Enlai die Befreiung vieler Opfer der »Kulturrevolution« durchsetzen konnte. Diese lud er in die Große Halle des Volkes ein und entschuldigte sich bei ihnen für die erlittene Unbill. Ferner konnte er, wie erwähnt, Deng Xiaoping aus der Verbannung nach Beijing zurückholen und ihm faktisch seine Funktionen übertragen.

Zhou starb im Staatskrankenhaus am 8. Januar 1976. Kurz danach wurde Deng Xiaoping zum dritten Mal aus allen Funktionen entlassen. Massen strömten zur Trauer über Zhou spontan auf den Tiananmen. Sie trauerten und demonstrierten zugleich für Deng Xiaoping. Teilnehmer der Demonstration in Beijing schrieben an die Eisenbahnwaggons auf ihrer Heimreise die Nachricht: In Beijing demonstriert man für Zhou Enlai. So verbreitete sich die Nachricht über ganz China. Ähnliche Trauerdemonstrationen, nicht von der Regierung organisiert, fanden im ganzen Land statt. In Beijing setzte Bürgermeister Wu De Militär ein, es gab 100 Tote. Er ließ die Demonstration für konterrevolutionär erklären. Später wurde Wu De aus dem Führungsgremium, dem Ständigen Ausschuss des Politbüros, ausgeschlossen und diese Erklärung zurückgenommen.

Als Mao Zedong am 9. September 1976 im Alter von 82 Jahren starb, übernahm Hua Guo Feng seine Funktion. Im Laufe von zwei Jahren wurde er schrittweise aus allen Funktionen entlassen, weil er versprochen hatte, »alles, was Mao befohlen hat«, auszuführen.

¹⁷ Ebenda, S. 470 (Anm.).

Die Rückkehr von Deng Xiaoping

Deng Xiaoping wurde von seinen erfahrenen Kampfgefährten aus dem Langen Marsch in die Führung geholt, wenn er auch nicht formal alle Ämter übernahm. Seine Genossen sahen in ihm den Klügsten und Durchsetzungsfähigsten. Er setzte die Reformen fort, die Liu Shaoqi begonnen hatte.

Auf die Notwendigkeit politische Reformen kam Deng immer wieder zurück. Er forderte die Trennung der Funktionen von KP und Staatsapparat, die Gewaltenteilung, den regelmäßigen Generationenwechsel nach 10 Jahren, d.h. nach jeweils zwei Wahlperioden, die innerparteiliche Demokratie, die Kontrolle der führenden Funktionäre. Diese Reformen seien notwendig, um die wirtschaftlichen Reformen zu sichern und zu beschleunigen. Nicht alle seine Vorschläge sind bisher verwirklicht; denn es gab immer Widerstände in einer großen Bürokratie, auch unter seinen erfahrenen Kampfgefährten.

So heißt es in einer Rede von Deng Xiaoping am 28. Juni 1968: »Es geht um die Beziehungen zwischen Partei und Regierung. Es ist nicht angebracht, dass die Partei Angelegenheiten, die in den Bereich des Rechtswesens fallen, in ihre Hand nimmt. Wenn sich die Partei zu viel einmischt, wird dies die Bildung des Rechtsbewusstseins im Volk behindern.«¹⁸ Die Führung der KP müsse erhalten bleiben, aber die Methoden der Führung seien zu ändern: »Bei der Reform dürfen wir uns nicht die westlichen Modelle zum Vorbild nehmen.«¹⁹

Dies gilt auch für die Außenpolitik. Nach der Absetzung von Liu Shaoqi setzte Mao Zedong eine Außenpolitik durch, die mit Internationalismus und Solidarität wenig gemein hatte. Ein besonders eklatantes Beispiel ist die Behinderung des Kampfes des Vietcong, die Zusammenarbeit mit den USA gegen die UdSSR und Vietnam. Das wurde mit der Zweck-»Theorie« von den drei Welten notdürftig bemäntelt. Die »Befreiung des Denkens« in der Außenpolitik dauerte relativ lange; und hier besteht noch Lernbedarf. Es ist fraglich, ob Zhou Enlai und Deng Xiaoping von dem überzeugt waren, was Mao ihnen zu tun und zu sagen auftrag; es ist eher unwahrscheinlich.

Die Feindschaft gegen jedes sozialistische Experiment ist ein bleibendes Element in der Außenpolitik des US-Imperialismus. Das zeigt sich deutlich

¹⁸ Deng Xiaoping, Die grundlegenden Fragen im heutigen China, Beijing 1988, S. 168.

¹⁹ Ebenda, S. 176f.

in der Aufrüstung Taiwans, in der militärischen Aufrüstung Japans, in der militärischen Unterstützung für den Separatismus des Dalai Lama in Tibet bis 1959, und jüngst in der Verlegung des militärischen Schwergewichts der US-Streitkräfte in den »Westpazifik«. Ende 2012 reagierte die Führung in Beijing darauf defensiv und forderte friedlichen Wettbewerb der Systeme statt militärischer Rivalität und Konfrontation.

Deng war kein Autokrat und Alleswisser, wollte es nicht und konnte es nicht sein, denn seine Genossen waren erfahren und selbstbewusst. Vier große Debatten wurden eröffnet.

Die erste Debatte: Neue Wirtschaftspolitik

Die erste galt den ökonomischen Reformen. Konferenzen der Ökonomen wurden veranstaltet, Memoranden geschrieben und der Regierung eingereicht, die sie diskutierte. 1980 wurden Zhao Ziyang in die Provinz Sichuan (98 Millionen Einwohner) und Wan Li in die Provinz Anhui (21 Millionen Einwohner) als Parteisekretäre entsandt, um die Wünsche der Bauern zu erfahren. Man entsprach deren Wunsch, die Volkskommunen aufzulösen und Produktion und Ablieferung in die Verantwortung der Bauernhaushalte zu legen. Da dieser Großversuch erfolgreich war, die Motivation der Produzenten deutlich besser wurde und ihre Produktion stieg, wurde 1982 die Auflösung der Volkskommunen im ganzen Lande erlaubt. Die Wünsche der Bauern wurden erfüllt, ferner Produktion und Dorfverwaltung getrennt und damit auch die Macht der »Bürgermeister« begrenzt, die sich auf die öffentlichen Aufgaben zu beschränken hatten, sich nicht mehr in die Arbeit der Bauern einmischen sollten.

Die zweite Debatte: Kritik der Mao-Ära

Gleichzeitig lief seit 1978 eine zweite Debatte in der Öffentlichkeit der etwa 4.500 wichtigsten Parteifunktionäre über die Geschichte der KPCh, in der die Leistungen ebenso wie die Irrtümer und Fehler aufgearbeitet wurden. Die drei größten Fehler der Mao-Ära wurden ausführlich dargestellt: der Große Sprung nach vorn 1956 bis 1958, die Bewegung »lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern« 1957 und die »Große Proletarische Kulturrevolution« 1966 bis 1976.

Auch Maos zunehmende Abgehobenheit von den Massen, sein Arbeitsstil, der Personenkult, wurden behandelt. Die Opfer sollen rehabilitiert werden, was dann in aller Öffentlichkeit geschieht. 1981 wird das Ergebnis dieser Debatte in einer großen Resolution in mehreren Sprachen veröffentlicht. Für die wichtigeren Opfer der »Kulturrevolution« werden Gedenkveranstaltungen durchgeführt; soweit möglich, werden ihre sterblichen Überreste auf den Beijinger Friedhof der Revolutionäre überführt. Die Disziplinarkontrollkommission untersuchte alle Vorwürfe gegen Liu Shaoyi, stellte deren Nichtigkeit fest und würdigte seinen lebenslangen Einsatz für Partei und Staat: »Das Urteil über Liu Shaoyi war das größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei.«

Während dieser politischen Debatten gibt Deng Xiaoping 1980 ein großes Interview – nicht zufällig einer linken französischen Wochenzeitung, das natürlich in China schnell bekannt wird. Darin werden Maos Fehler deutlich benannt, ebenso wie »die Plagen unseres Systems«: lebenslange Funktionen, mangelnde Parteidemokratie, keine Trennung von Partei und Regierung. Man beschließt, dass ein führender Funktionär maximal zehn Jahre im Amt bleiben darf. Jeder der »Unsterblichen«, der Veteranen des Langen Marsches, muss unterschreiben, dass seine Leiche verbrannt wird – es darf keine Mausoleen mehr geben.

Dritte Debatte: Reform des Industriesektors

Nach der erfolgreichen Reform der Agrarpolitik wird die Reform der Industrie in Angriff genommen. Man bemüht sich, nach der faktischen Blockade moderne Technologie einzuführen. Wirtschaftszweige, die konkurrenzfähig sind, werden zum Weltmarkt geöffnet. Dengs »Reform und Öffnung« stellt eine Analogie zu Lenins NÖP dar und folgt Bucharins Losung: In der Planwirtschaft genügt es, die Kommandohöhen der Wirtschaft zu besetzen. Kapitalisten werden eingeladen, Betriebe zu gründen. In strategisch wichtigen Industriezweigen werden neben erhaltenen Staatsbetrieben Joint Ventures mit 50-prozentiger Staatsbeteiligung gegründet. Ein Teil der Staatsbetriebe wird an die Provinzbehörden übergeben, ein weiterer Teil in Aktiengesellschaften umgewandelt, die an der Börse neues Kapital beschaffen, aber bei denen der Staat die Aktienmehrheit und damit die Kontrolle behält. Dieses politisch wichtige Interview von 1980 gibt es in einer zweiten Version 1985, erschienen in Beijing in

deutscher Sprache.²⁰ Ein Vergleich der beiden Fassungen ist aufschlussreich. 1985 fehlen zum Beispiel alle feindseligen Bemerkungen über Vietnam. Anfang 1979 hatte die VR China ganz im Sinne der letzten Außenpolitik Maos dem sozialistischen Nachbarn »eine militärische Lektion erteilen wollen« und ist mit 100.000 Soldaten in Nordvietnam einmarschiert. Es war eine gemeinsame Aktion mit Großbritannien und den USA zum Schutz der Regierung Pol Pot in Kambodscha. Diese Invasion endete mit einer militärischen Niederlage der Chinesen. In den fünf Jahren von 1980 bis 1985 hatte der außenpolitische Apparat der VR China umgedacht, Maos Aggressivität aufzugeben und 1990 begonnen, sich Vietnam anzunähern. Etwa 1995 wurden die Beziehungen völlig normalisiert – auf beiden Ebenen – zwischen den Regierungen und den kommunistischen Parteien. Deng hatte umgelernt und seine außenpolitischen Mitarbeiter zum Umdenken veranlasst; das aber brauchte seine Zeit. Deng war gerade erst Ende 1978 in seine Führungsposition eingesetzt worden.

Vierte Debatte: Das Ende des Realsozialismus in Europa

Die vierte große Debatte fand von 1990 bis 1999 statt. Sie analysierte die Ursachen für die Selbsterstörung des Realsozialismus von Berlin bis Wladiwostok. Diese Debatte wurde auf zwei Ebenen geführt und abgeschlossen mit einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in der Großen Universität von Wuhan im Jahre 1999. Die Ergebnisse der Debatte wurden zusammengefasst in einer Publikation in Beijing. Die Zentrale Hochschule der KPCh publizierte 1994 eine Analyse, die vermutlich von der Parteiführung gebilligt wurde.

Die KP will aus der Katastrophe lernen. Man muss nicht mit allen Details der Analyse einverstanden sein. Man darf auch daran erinnern, dass die KPCh alle Angebote Moskaus zur Verständigung und Zusammenarbeit zurückgewiesen hat – auch das von Michail Gorbatschow 1985, bis es 1989 zu spät war.

Peters resümiert folgende Lehren für die KPCh, die die Autoren der Parteihochschule herausarbeiteten:²¹

²⁰ Deng Xiaoping (1988), Die grundlegenden Fragen im heutigen China.

²¹ Vgl. Helmut Peters, Lehren aus dem Untergang der UdSSR. Eine offizielle Veröffentlichung der KP Chinas, in: Sozialismus, 23 (1997), Nr. 2, S. 40-44.

1. Die Führung der KP beim sozialistischen Aufbau ist unerlässlich und muss gesichert werden.
2. Nach dem Sieg der Revolution ist die Hauptaufgabe die Entfaltung der Produktivkräfte (nicht der »Klassenkampf«), weil der ökonomische Aufbau über das Schicksal des sozialistischen Landes entscheidet.
3. Eine regierende KP darf nicht die Klassenwidersprüche vergessen.
4. Regierende Parteien müssen dem Kampf auf ideologischem Gebiet außerordentliche Beachtung schenken und entschlossen an der führenden Position des Marxismus-Leninismus auf ideologischem Gebiet festhalten, mit dem Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Ideologie die Menschen begeistern und die geistige Zivilisation des Sozialismus aufbauen.
5. Die regierenden Kommunisten müssen einen klaren Kopf bewahren, starre Ansichten überwinden und das Vertrauen von Partei und Volk für den Sozialismus bewahren.
6. Die nationalen Fragen sind kompliziert und sind im Sinne der Gleichberechtigung zu lösen bei gleichzeitiger Wachsamkeit gegen äußere Ausnutzung dieser Probleme.

Fünfte Debatte: Sozialistische Demokratie

Eine fünfte Diskussion befasst sich mit der Frage der sozialistischen Demokratie unter den spezifischen Bedingungen Chinas. Hier wird immer auf Rosa Luxemburg Bezug genommen, unter anderem in den internationalen und nationalen Rosa-Luxemburg-Konferenzen 1981 in Dalian, 1984 in Shanghai, 1994 in Beijing, 2004 in Wuhan, 2006 in Guangzhou, 2012 in Wuhan, 2013 in Beijing und 2014 in Wuhan. Diese Debatte muss als ein längerfristiger Prozess gesehen werden, dessen Erkenntnisse in trial and error umgesetzt werden. Eine neue Debatte über die innenpolitische Entwicklung wurde 2011 angestoßen von Xi Jinping, seit 2012 Präsident der VR China. Dafür wurde eine Akademie für Marxismus in der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften gegründet. Sie soll den Marxismus weiterentwickeln. Sie soll die Arbeit von KP und Regierung kritisch begleiten, die großen sozialen Veränderungen analysieren, und die neuen Aufgaben der nächsten Generation formulieren.

Für die Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft gab es fast keine Erfahrungen und keinen glatten Weg. Dongs Weggenossen waren kritisch, und

er musste auch in den obersten Gremien überzeugen, manchmal Kompromisse eingehen.

Ende der 1980er Jahre gab es eine starke Inflation, die schwer zu kontrollieren war. Dengs Genosse Chen Yun befand sein Reformtempo (nicht die Reformen) für zu schnell. In den Führungsgremien gab es Hardliner, die befürchteten, die Reformen könnten außer Kontrolle geraten und die führende Rolle der KP gefährden. Es gab Kritik einiger Veteranen an dem von Deng geförderten Hu Yaobang, Generalsekretär der KPCh von 1981 bis 1987, ebenso an seinem Nachfolger Zhao Ziyang, Generalsekretär der KPCh von 1987 bis 1989, Ministerpräsident von 1980 bis 1989. Beide waren sehr beliebt; Hu Yaobangs Tod war Anlass für die Massendemonstrationen im Mai 1989 auf dem Tiananmen. Dennoch musste Deng Zhao Ziyang und andere auf Druck der Hardliner entlassen.

Die Krise: Mai 1989

Die letzte große Krise begann für Deng im Mai 1989. Er hatte selbst seit 1985 auf Gorbatschows Angebot und Bitte um ein Versöhnungstreffen nicht reagiert, sondern erst 1989, als die UdSSR kurz vor dem Zusammenbruch stand. Aus den drei Quellen Joseph Fewsmith (1995), Andrew Nathan (2001) und Zhao Ziyang (2009)²² ergab sich für mich folgendes Bild.

Dengs Reformpolitik war gefährdet durch die starke Inflation, an der die Kritik der Hardliner ansetzte. Die Studenten demonstrierten nicht gegen Partei und Sozialismus, wie bürgerliche Medien behaupteten, sondern für die Reformpolitik des gerade verstorbenen Hu Yaobang, gegen Korruption, für die Erfüllung der Reformversprechen der Parteiführung. Deng wollte keine harten Maßnahmen gegen die Studenten. Die Hardliner wollten Zhao Ziyang durch den Hardliner Li Peng ersetzen, einen Ziehsohn von Zhou Enlai, und ein Exempel an den aufmüpfigen Studenten statuieren. Zhao Ziyang hatte sich bei den Demonstranten entschuldigt und eine friedliche Rückkehr in die Universitäten vereinbart. 102 Offiziere und Generäle mit

²² Joseph Fewsmith, *Dilemmas of Reform in China: Political Conflict and Economic Debate*, New York and London 1995; Andrew J. Nathan, Perry Link (Hrsg.), *Die Tien Anmen-Akte. Die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens*, München; Berlin 2001; Zhao Ziyang: *Prisoner of the state. The secret journal of Zhao Ziyang*. New York, London, Toronto, Sydney. 2009.

Zhang Aiping an der Spitze hatten sich in einem Schreiben gegen den Militäreinsatz gewandt. Deng geriet unter Druck der Hardliner. Nur um seine Reformpolitik zu sichern, musste er dem Einsatz der Militärs zustimmen. Er hatte zwar als Vorsitzender der Militärkommission beim ZK der KP das »letzte Wort«, war aber nicht frei in seinen Entscheidungen. Dafür konnte er seine Reformkandidaten Jiang Zemin und Zhu Rongji aus Shanghai holen – sie wurden Staatspräsident bzw. Ministerpräsident. Sie hatten sich mit den in Shanghai demonstrierenden Studenten friedlich geeinigt; Militär wurde dort nicht eingesetzt.

Deng hat noch zwei wichtige Arbeiten ausgeführt: 1992 machte er eine Reise in die südlichen Zentren erfolgreicher ökonomischer Reformen (Guangzhou, Shenzhen, Pearl-Delta) und einigte sich mit Großbritannien über die Rückkehr von Hongkong zur VR China im Jahre 1997, die Deng nicht mehr erlebte. Das Prinzip war: ein Land, zwei Systeme. So wurde bald auch die benachbarte portugiesische Kolonie Macao wieder in die VR China aufgenommen.

Die letzten fünf Jahre von 1992 bis 1997 lebte Deng zurückgezogen. Er starb am 19. Februar 1997. Dengs Leiche wurde eingäschert, die Asche verstreut; es gibt keinen Grabstein, das war seine Anweisung.

Deng Xiaoping war kein Theoretiker und hat nie versucht, sich als solcher zu stilisieren. Aber er hatte den Marxismus gelernt unter den Pariser Arbeitern bei Renault und an der Sun-Yatsen-Universität der Völker des Ostens in Moskau, wo auch Prof. Dr. August Thalheimer unterrichtete. Von Deng liegen zwei Bände mit wichtigen Reden in deutscher Sprache vor. Aber er hat hervorragend verstanden, die marxistische Methode auf die schwierige Aufgabe des chinesischen Gesellschaftsaufbaus anzuwenden. Er hat verstanden, seinen Marxismus auch den chinesischen Bauern verständlich und den Kommunismus akzeptabel zu machen. Er konnte in der Sprache der Bauern sprechen, und er wusste die Erfahrung zu nutzen.

Der am Ende (nach 64 Jahren) große Sprung von der feudalen und ausgeplünderten Halbkolonie in eine moderne sozialistische Gesellschaft von jetzt 1,4 Milliarden Menschen ist eine historische Leistung, die Kommunisten vollbracht haben.

Mao Zedongs Strategie des sozialistischen Aufbaus und sein »Arbeitsstil«, die apodiktischen Entscheidungen, die Beseitigung jedes Widerspruchs haben zu schweren Fehlern und in eine ökonomische und innenpolitische Sackgasse geführt. Die Aufgaben des Bürgerkriegs, der oft Zerstörung erfordert, und die des Aufbaus einer neuen Gesellschaft mit ihren Institutionen

und einer neuen Wirtschaft, zumal in einem agrarischen Entwicklungsland, sind völlig gegensätzlich, verlangen völlig unterschiedliche Fähigkeiten. Nicht jeder militärische Führer eines Bürgerkrieges verfügt über diese Fähigkeiten und die dazugehörige Geduld. Daher hat Bucharin in der UdSSR die Rote Professur eingeführt und Josef Broz Tito in Jugoslawien nach dem Sieg die Partisanenführer auf die Universitäten geschickt.

Die Reformer der VR China hatten begriffen, dass der Neuaufbau andere Methoden erfordert. Sie haben nicht alleine gehandelt. Sie hatten Glück, weil viele ihrer Bürgerkriegskameraden in den befreiten Gebieten Aufbau- und Verwaltungserfahrungen sammeln konnten, und weil in der »Kulturrevolution« Zhou Enlai viele retten konnte. So fand Deng Xiaoping Hilfe und Beratung. Dafür bedurfte es des stillen, andauernden Ringens von Zhou Enlai, der schon schwer krank und von den Rotgardisten bedroht war, mit dem halb paralysierten Mao und seiner Viererbande – und der Willensstärke und des kommunistischen Pflichtgefühls eines Deng Xiaoping, der nach drei Degradierungen die neue große Aufgabe der Korrektur wieder aufnahm und die neue Entwicklung einleitete.

Die Reformer in der KPCh haben die Fehler und Irrtümer der Vergangenheit aufgearbeitet, hatten aber zugleich ein Land zu regieren und zu entwickeln. Die wichtigsten Aufgaben können hier nur aufgelistet werden.

Ausblick

Eine wichtige Aufgabe der KP ist die marxistische Analyse der großen sozialen Veränderungen und die Weiterentwicklung des Marxismus für eine neue, nach-kapitalistische Gesellschaft.

Das Land ist inmitten eines riesigen sozialen Wandels zum Industriestaat. Eine Völkerwanderung von einigen hundert Millionen und eine geplante Urbanisierung finden statt. 220 Millionen Wanderarbeiter sind zu beschäftigen und ihre Rechte zu sichern. Ausländische Unternehmen sind zu kontrollieren. Eine junge Arbeiterklasse muss organisiert und ihrer selbst bewusst gemacht werden. In der Weltwirtschaftskrise ist eine sozialistische Krisenstrategie durchzuführen: Förderung des Binnenmarktes, Abbau der Exportabhängigkeit. In der ersten Aufbauphase notwendige Industriekapazitäten (Stahl, Zement) sind zu reduzieren. Die Industriestruktur ist zu modernisieren, weniger billige Massengüter, Übergang zu High-tech-Produkten, Umweltschutz und effiziente Nutzung der Ressourcen.

Die Größe des Landes bedingt eine Dezentralisierung und schafft auch zentrifugale Tendenzen und regionale Interessen, was die Realisierung der zentralen Pläne bremst. Die KPCh muss den Zusammenhalt des Landes sichern und die zentrifugalen Kräfte und die berechtigten regionalen Interessen zusammenfügen.

Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft vollzieht sich in Widersprüchen, z.B. zwischen Arbeitern und Bauern über den Preis der Agrarprodukte, zwischen Bauern und Familienplanung um die Zahl der männlichen Kinder (zur Versorgung der Alten), zwischen Arbeitern und Betriebsleitern (um den Anteil am Mehrwert), zwischen zentraler Planung und regionalen Interessen (um die Verteilung der staatlichen Hilfen für die Einzelgebiete) und viele andere Widersprüche, die aber nicht antagonistisch sind, wie der zwischen den zwei großen Klassen Kapitalisten und Arbeiter, sondern zu Kompromissen, die in Verhandlungen autonomer Interessenvertretungen zu finden sind. Antagonistische Widersprüche bestehen zwischen Staat und Privatkapitalisten in Joint Ventures um Aufteilung und Verwendung des Mehrwerts.

Aber auch eine sozialistische Gesellschaft wird kein Paradies, sondern – wie jede Gesellschaft – eine Gesellschaft mit Widersprüchen sein. August Thalheimer sagte darüber: »Wir sollen uns hüten, Anlässe zu geben, um die vollendete kommunistische Gesellschaft quasi als einen metaphysischen Endzustand erscheinen zu lassen (nach der Art der langweiligen Paradiesvorstellungen). Wir sollen vielmehr stark hervorheben, dass sie Ausgangspunkt einer neuen gewaltigen Entwicklung der Menschheit ist. Jede Entwicklung vollzieht sich in den Gesetzen der Dialektik, in Widersprüchen also, Widersprüchen auf den neu gewonnenen Grundlagen. Auf diese Weise werden wir den philiströsen Beigeschmack des entwicklungs- und widerspruchslosen Endzustandes los, den die Vorstellung der ›vollendeten kommunistischen Gesellschaft‹ in manchen Köpfen erzeugt. Und warum sollen wir hier nicht die schönen und richtigen Formulierungen von Engels verwenden vom Sprung der Menschheit aus der Notwendigkeit in die Freiheit, vom Abschluss der menschlichen Vorgeschichte (Marx), was den Beginn der wirklichen Geschichte der Menschheit als menschliche Geschichte einschließt. Die klassischen Formulierungen von Engels sind da. Warum sie nicht benutzen, wo wir nichts Besseres zu sagen haben.«²³

²³ August Thalheimer, Programmatische Fragen, Mainz 1993, S. 74.

Das alles geschieht in einer kapitalistischen Welt, deren Führungsmächte jedem sozialistischen Versuch ablehnend gegenüberstehen. Ausländische Mächte nutzen die Nationalitätenprobleme in den Grenzregionen zur Unruhestiftung (z.B. der Uigurische Freiheitsrat in Frankfurt am Main). US-Institutionen haben jahrelang Tibeter in Neuseeland militärisch ausgebildet, die dann 1959 den Aufstand versuchten, um ein »unabhängiges« Tibet zu schaffen. Die USA gruppieren – wie erwähnt – ihre Militärkräfte nach dem Westpazifik um, rüsten ferner Taiwan weiter auf und fördern Japans Aufrüstung (ähnlich der deutschen strategischen Entwicklung). Die USA versuchen auch, die Staaten Südostasiens gegen die VR China zu verbünden.

Die Selbstkritik der KPCh, die öffentliche Rehabilitierung der Opfer der »Kulturrevolution«, die radikalen Kurskorrekturen sind vorbildlich und zeigen die innere Stärke einer revolutionären Partei.

Viele kommunistische Parteien und ihre führenden Funktionäre standen nicht unter den Terrordrohungen der Geheimdienste von Stalin und Mao und haben dennoch deren Verbrechen applaudiert, oft wider besseres Wissen. Dafür gibt es manche Erklärungen (aber keine Billigung) – u.a. Solidarität angesichts äußerer Bedrohung. Die Unfähigkeit zur Selbstkritik hat das Vertrauen in diese Parteien zerstört. Die Erneuerung der kommunistischen Bewegung außerhalb der sozialistischen Länder ist nur möglich, wenn der Kommunismus sein anderes Gesicht zeigt.

Helmut Peters

Der »Sozialismus chinesischer Prägung« aus der Sicht der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas

Der Charakter der chinesischen Gesellschaft wird unter Linken kontrovers diskutiert. Das hängt ursächlich mit einem unterschiedlichen Herangehen an die Thematik zusammen. Die Unterschiede würden schrumpfen, wenn sich die Beteiligten auf vier Gesichtspunkte verständigen könnten:

1. Der Charakter einer Gesellschaftsordnung wird von ihren materiellen Bedingungen bestimmt.
2. Die zivilisatorische Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist der materielle und geistige Fortschritt der Menschheit im Kapitalismus.¹
3. Die Voraussetzungen für die sozialistische Gesellschaftsordnung in mehr oder weniger vorkapitalistischen Ländern werden in einer Übergangsgesellschaft geschaffen, deren Dauer desto länger und deren Phasen desto zahlreicher sind, je rückständiger die materiellen Ausgangsbedingungen des betreffenden Landes sind.
4. Im Unterschied zu den imperialistischen Metropolen kann das Kapital in Entwicklungsländern unter bestimmten Bedingungen bei allen Begleiterscheinungen der »kapitalistischen Barbarei« (R. Luxemburg) einen Prozess beschleunigten ökonomischen Fortschritts bewirken.

Im folgenden Beitrag, der sich von diesen Thesen leiten lässt, wird der Problematik nachgegangen, wie sich die Nutzung des Kapitals in der bisherigen Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas auf die gesellschaftliche Entwicklung der chinesischen Gesellschaft und damit auf Gehalt und Gestaltung des »Sozialismus chinesischer Prägung« ausgewirkt hat.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen folgende Aspekte:

- nationale Gegebenheiten für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der Volksrepublik China;
- das Verhältnis von Ziel und Weg in der Gesellschaftsstrategie der KP China;

¹ Lenin fasste den materiellen und geistigen Fortschritt der Menschheit im Kapitalismus auch im Begriff »bürgerliche Kultur« zusammen.

- das widersprüchliche Konstrukt von Basis und Überbau im »Sozialismus chinesischer Prägung« und seine gesellschaftlichen Auswirkungen;
- die Entwicklung der Wertauffassung der KP Chinas als eine entscheidende Komponente des »Sozialismus chinesischer Prägung«.

Nationale Gegebenheiten der Volksrepublik China

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird die chinesische Gesellschaft vor 1949 als (halbkolonial und) halbfeudal bezeichnet. Das entspricht nicht den historischen Tatsachen. Die chinesische Ackerbaugesellschaft des Mittelalters war dreitausend Jahre in Basis und Überbau, im Denken und Handeln des Volkes von der asiatischen Produktionsweise geprägt worden.² Die Kolonialisierung Chinas und der Zerfall der Monarchie hatten diese Gesellschaft zwar erschüttern können, doch sie blieb in ihren Grundzügen bis 1949 bestehen. Zu diesem Zeitpunkt machte der Anteil der (kolonial deformierten) modernen Wirtschaft an der gesamten Wirtschaft weniger als zehn Prozent aus, der Anteil des Proletariats an der erwerbstätigen Bevölkerung lag erst bei zwei bis drei Prozent. Die Naturalwirtschaft überwog bis in die 1980er Jahre hinein. In ihren Untersuchungen kamen auch chinesische Wissenschaftler zu der Erkenntnis, dass die vorrevolutionäre chinesische Gesellschaft »einen spätfeudalen, im Leninschen Sinne einen vor-kapitalistischen Charakter hatte«.³

Die ökonomische und kulturelle Rückständigkeit war der Boden, auf dem konservative Elemente und Faktoren der traditionellen chinesischen Zivilisation einen nachhaltigen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nach 1949 auszuüben begannen. Dazu gehören die autarke Form der Machtverhältnisse mit ihrem Bürokratismus, ihren Privilegien und der Korruption, die absolute Herrschaft des Staates über das Volk⁴, die Betonung der »Masse« und die Geringschätzung des Individuums, das Weiter-

² Vgl. Yu Jinfu, Das Anfangsstadium des Sozialismus und der historische Einfluss der asiatischen Produktionsweise, Zeitschrift: Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi, Jg. 2014, H. 1, chines.

³ Yi Jiexiong, Zweifel an der unbestrittenen Formulierung des Charakters der chinesischen Gesellschaft in der Neuzeit, in: Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi, Jg. 2004, H. 3, chines.

⁴ Der Citoyen begann sich erst im Verlauf der Reform- und Öffnungspolitik herauszubilden.

wirken traditioneller hierarchischer Beziehungen und der sich hartnäckig haltende Patriarchalismus.

Unter den Bedingungen der ausgeprägten materiellen und kulturellen Rückständigkeit konnte die von Mao Zedong seit 1953 betriebene Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur formaler Art sein. Sie vollzog sich in der ökonomisch noch vorherrschenden und naturalwirtschaftlich betriebenen Landwirtschaft bei einem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den der damalige Leiter der entsprechenden Abteilung des ZK der KP Chinas, Deng Zihui, mit den Worten »eine Schulter, zwei Hände und einen Arsch [menschliche Fäkalien als Dünger – d. A.]« charakterisierte.⁵ Für Mao Zedong reichte das aus, um die Existenz einer sozialistischen Gesellschaft zu konstatieren. Der darauf basierende »Sprung in den Kommunismus« führte in eine gesellschaftliche Katastrophe. Deng Xiaoping schätzte ein, dass China im Ergebnis dieser Politik etwa zwei Jahrzehnte für den gesellschaftlichen Fortschritt eingebüßt hatte. Nach seinen Angaben stagnierte das Bruttoinlandsprodukt bei 300 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung, belief sich der monatliche Durchschnittslohn der Arbeiter auf lediglich 40-50 Yuan und verharren die meisten ländlichen Regionen in Armut.

China am Vorabend der Reform- und Öffnungspolitik war nach wie vor weit davon entfernt, sich die »zivilisatorischen Voraussetzungen« für eine sozialistische Gesellschaftsordnung angeeignet zu haben. Es war eine Übergangsgesellschaft, in der die KP Chinas die historische Aufgabe hat, in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten die Voraussetzungen für den Sozialismus als Gesellschaftsformation zu schaffen, in der aber auch die Gefahr besteht, in eine kapitalistische Gesellschaft abzudriften.

Die beginnende Reform- und Öffnungspolitik im Zeichen des Reformers Deng Xiaoping⁶

Die KP Chinas musste sich nach der »Kulturrevolution« und dem Tode Mao Zedongs Mitte-Ende der 1970er Jahre neu orientieren und einen Weg suchen, der die Modernisierung des Landes nicht nur auf eine stabile

⁵ Zit. nach: Nanfang Zhoumo, 17. Mai 2013.

⁶ In China wird die Gestaltung der Reform- und Öffnungspolitik in ihren einzelnen Etappen grundsätzlich mit den Personen verknüpft, die an der Spitze der Partei stehen.

Grundlage stellte, sondern sie auch optimal zu beschleunigen ermöglichte. Im Kern suchte sie eine neue Wirtschaftsweise.

Deng Xiaoping zog aus den Erfahrungen der KP China die Schlussfolgerung, »die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus mit der konkreten Praxis unseres Landes zu verbinden, unseren eigenen Weg gehen und einen Sozialismus chinesischer Prägung zu errichten«. ⁷ Unter den gegebenen historischen Bedingungen war es logisch, dass er sich der im entwickelten Kapitalismus praktizierten Marktwirtschaft zuwandte und sie als Wirtschaftsweise für eine beschleunigte Entwicklung der materiellen Grundlagen des chinesischen Sozialismus zu nutzen suchte. Auf dem XIV. Parteitag 1992 wurde der »Sozialismus chinesischer Prägung« mit dem Zielmodell der »sozialistischen Marktwirtschaft« als Theorie Deng Xiaopings im Parteistatut für die weitere Entwicklung des Landes festgeschrieben.

Zur Theorie Dengs wird auch die Auffassung vom »Anfangsstadium des Sozialismus« gezählt. Im Bericht an den XIII. Parteitag 1987 wurde diese These mit der Rückständigkeit Chinas begründet. Die rückständigen Produktivkräfte Chinas und seine erst schwach entwickelte Warenwirtschaft würden bedingen, dass es ein relativ langes Anfangsstadium des Sozialismus zu durchlaufen hat. In diesem Prozess werde sich China aus einem rückständigen Agrarland in ein modernes Industrieland, aus einem Land mit einem großen Anteil der Naturalwirtschaft in ein Land mit einer hoch entwickelten Warenwirtschaft verwandeln. Diese These besagt allerdings auch, dass in China bereits eine sozialistische Gesellschaft existiert, die sich jedoch erst im Anfangsstadium befindet. Diese Aussage wurde von Deng Anfang 1992 relativiert: »Unser Sozialismus entspricht nicht dem Standard. Wann erst wird er der Norm entsprechen können? Wenn wir in den 50er Jahren des 21. Jahrhunderts die Modernisierung verwirklicht haben werden. Dann wird er wahrscheinlich dem Standard entsprechen.« ⁸ Der Sache nach ist diese Aussage Dengs gar nicht so weit von meiner These entfernt, dass die KP Chinas historisch vor der Aufgabe steht, die »zivilisatorischen Voraussetzungen« für die sozialistische Gesellschaftsformation zu schaffen, und dass das ein sehr langer Prozess mit mehreren Etappen sein wird. Denn trotz aller Fortschritte in der Modernisierung des Landes betrug

⁷ Deng Xiaoping, Rede zur Eröffnung des XII. Parteitages der KP Chinas (1.9.1982), in: Ausgewählte Schriften Deng Xiaopings, Bd. III, Beijing 1993, S.2-3, chines.

⁸ Zit. nach: Nanfang Ribao, 19. Januar 2012.

z.B. 2007, als die Volksrepublik beim absoluten BIP den vierten Platz in der Welt erreicht hatte, die Arbeitsproduktivität in den herkömmlichen Industrien Chinas erst ein Drittel des weltweiten Durchschnitts und nur ein Zehntel der Produktivität der entwickelten kapitalistischen Länder.⁹ Die offizielle chinesische Auslegung der These vom »Anfangsstadium des Sozialismus« wird seit Langem auch von chinesischen Wissenschaftlern angefochten, die dieses Stadium der Entwicklung Chinas als »vorbreitende Etappe für den Eintritt in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft« bezeichnen.¹⁰

Die prägende Besonderheit dieser Übergangsgesellschaft in China ist die Nutzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in Gestalt der Marktwirtschaft für die Entwicklung der materiellen Voraussetzungen der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung unter der Kontrolle der KP Chinas. Deng war sich bewusst, dass sich damit ein Systemwechsel in der Wirtschaftsweise vollzieht. Die Garantie, diesen Prozess im Sinne der sozialistischen Perspektive beherrschen zu können, vermeinte er, in der politischen Macht der KP Chinas und in der Dominanz des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln sehen zu können. Was er jedoch nicht erkannte, war, dass die Nutzung dieser Wirtschaftsweise die Anpassung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auch der staatlichen Wirtschaft an die Gesetze und Regeln der Marktwirtschaft voraussetzt (z. B. das Agieren des selbständig handelnden Marktsubjekts in der Konkurrenz mit dem Ziel des Maximalprofits). Der Preis für die Gewinnung neuer Produktivkräfte und ihre beschleunigte Entwicklung auf diese Art ist die permanente Freisetzung von Kapitalismus in der Gesellschaft. Deng irrte auch, als er davon ausging, dass es keiner größeren Anstrengung bedürfe, den zu erwartenden Einfluss des Kapitals in Grenzen zu halten.

Deng sah die Hauptaufgabe des Sozialismus »in der Entwicklung der Produktivkräfte, damit der materielle Reichtum der Gesellschaft ständig wachsen kann, das Leben des Volkes von Tag zu Tag besser wird und die

⁹ Zeitschrift »Xuexi Shibao«, 2. August 2007.

¹⁰ Chen Wentong, Eingehende Diskussion einiger wichtiger Fragen der ökonomischen Theorie zum Anfangsstadium des Sozialismus in unserem Lande, in: Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi, Jg. 2000, Nr. 6, chines.; Yi Jiexiong, Zweifel an der unbestrittenen Formulierung des Charakters der chinesischen Gesellschaft in der Neuzeit, ebenda, Jg. 2004, H. 3, chines.; Yu Wen, Für die Korrektur der Überhitzung der Wirtschaft ist es erforderlich, die Reform des Systems der Verteilung der Einkommen zu vertiefen, Zeitschrift »Xuexi Shibao«, 2. August 2007, chines.

materiellen Bedingungen für den Eintritt in den Kommunismus geschaffen werden können.«¹¹ Die Bewahrung des sozialistischen Weges in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus war sein Grundanliegen. Dabei ging es ihm vor allem darum, eine extreme soziale Spaltung der Gesellschaft und das Aufkommen einer neuen Bourgeoisie zu verhindern. Wenn es in der Reform- und Öffnungspolitik zu diesen Erscheinungen kommen sollte, dann wäre seiner Meinung nach die KP Chinas vom sozialistischen Weg abgekommen.¹² Er sah die neue Eigentumsstruktur im öffentlichen Eigentum als der Hauptkraft, in der kontrollierten und zielgerichteten Zulassung des ausländischen Kapitals und in der Entwicklung der privaten Einzelwirtschaft. Da gleichzeitig mit dem Sozialismus »am Prinzip der Verteilung nach der Arbeit festgehalten wird«, vermeinte er, dass »es auch nach 30-40 Jahren keine soziale Polarisierung geben wird.«¹³

Zum Erbe Deng Xiaopings gehört auch, was er gegen Ende seines politischen Lebens der KP Chinas hinterließ: »Damit der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen wird, müssen wir uns sehr mutig alle zivilisatorischen Ergebnisse der menschlichen Gesellschaft aneignen und sie als Beispiel nutzen, müssen wir die fortschrittlichen Bewirtschaftungsweisen und Leitungsmethoden aller Länder der Welt, die der entwickelten kapitalistischen Länder eingeschlossen, die die Gesetze der gesellschaftlichen Produktion widerspiegeln, aufnehmen und als Beispiel nutzen.«¹⁴ Er nannte drei Kriterien, nach denen die Nutzung »kapitalistischer Dinge« beurteilt werden: Nutzen für die Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft, für die gesamte Macht des sozialistischen Staates und für die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes.

Um die wirtschaftliche Reform verwirklichen zu können, forderte Deng, auch das politische System zu reformieren. Die politische Reform sollte die Massen der Arbeiter, Bauern und Intelligenz mobilisieren, die Effektivität des Apparats erhöhen und den Bürokratismus beseitigen sowie einen Rechtsstaat schaffen helfen. Dringend notwendig war für ihn, die Kompetenzen und Funktionen von Partei und Regierung zu trennen, die Führung

¹¹ Deng Xiaoping, Antworten auf Fragen eines amerikanischen Journalisten, in: *Ausgewählte Schriften Deng Xiaopings*, Bd. 3, Beijing 1993, S. 171, chines.

¹² Lebensdaten Deng Xiaopings, ebenda, Bd. 2, Beijing 2004, S. 1032, chines.

¹³ Deng Xiaoping, *Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung*, ebenda, S. 149.

¹⁴ Deng Xiaoping, *Wichtige Punkte der Gespräche in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai, Shanghai und anderen Orten*, ebenda, S. 373.

durch die Partei zu verbessern und auf allen Ebenen, von der Zentrale angefangen, »Macht (der Regierung – d. V.) nach unten abzugeben«.

Die Reform- und Öffnungspolitik erforderte, auch die Außenpolitik der Volksrepublik zu verändern. Die beiden entscheidenden Aspekte der neuen Außenpolitik, die für die Reform- und Öffnungspolitik von entscheidender Bedeutung sind, formulierte Deng – Erhaltung des Weltfriedens und Förderung der Entwicklung durch eine unabhängige und selbständige Außenpolitik. Er war sich bewusst, dass »der Imperialismus (gegenüber China – d. V.) eine friedliche Veränderung betreibt und auf die uns nachfolgenden Generationen setzt«. ¹⁵

Fassen wir zusammen: Unter dem maßgeblichen Einfluss Deng Xiaopings entwickelte die KP Chinas eine neue, pragmatisch gehandhabte Strategie und Politik für die Modernisierung des Landes. Sie orientierte sich auf die Aneignung des Fortschritts der Menschheit im Kapitalismus. Für Deng Xiaoping bestand das Wesen des Sozialismus in der Entwicklung der Produktivkräfte, um die materiellen und geistigen Bedürfnisse des Volkes *ständig* besser zu befriedigen und die materiellen Voraussetzungen für den Kommunismus zu schaffen. Sein »Funktionssozialismus« ¹⁶ führt jedoch dazu, dass die ausschließliche Konzentration auf die Entwicklung der Produktivkräfte die Gestaltung sozialistisch orientierter Produktionsverhältnisse vernachlässigte. ¹⁷

¹⁵ Ebenda, S. S.380.

¹⁶ Im Unterschied zum traditionellen Sozialismus, der das Gewicht auf die strukturelle Beschaffenheit des Sozialismus legt, legt der von Deng Xiaoping in der KP Chinas eingeführte »funktionelle Sozialismus« nach der »Katzen-Theorie« (»Es ist gleich, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse«) den Wert auf das »Funktionieren« von Elementen und Faktoren verschiedensten Charakters für die Entwicklung der Gesellschaft.

¹⁷ »Gleich ob in der Wirtschaftsreform oder beim wirtschaftlichen Aufbau – überall ist heute eine deutliche Neigung zu erkennen, nämlich die übermäßige Beachtung der Produktivkräfte, aber das Ignorieren von Forschung und Aufbau hinsichtlich der Produktionsverhältnisse.« In: Wezaihu (Pseudonym), Neue Sondierung zu den Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, www.people.com.cn/Xueshu, 12. Januar 2002.

Die Reform- und Öffnungspolitik nach Deng Xiaoping

In den folgenden Abschnitten interessieren in diesem Zusammenhang zwei Aspekte in der chinesischen Entwicklung – die Auswirkung der Marktwirtschaft auf den Charakter der Produktionsverhältnisse und den Überbau und die Frage, ob bzw. inwieweit die Versicherung der nachfolgenden Parteiführungen, sich von der »Theorie Deng Xiaopings« leiten zu lassen, zutreffen.

1. Reform- und Öffnungspolitik unter Führung Jiang Zemins (1989-2002)

Die Amtszeit Jiang Zemins als Generalsekretär des ZK der KP Chinas war bei allen seinen Bekundungen zum Marxismus und zur Verbindung zur chinesischen Arbeiterbewegung von einer Kapitalisierung der ökonomischen und sozialen Beziehungen und den Auswirkungen dieses Prozesses auf alle Bereiche der chinesischen Gesellschaft gekennzeichnet. Diese Entwicklung überschattete alle Fortschritte in der Modernisierung des Landes, der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Überwindung von Armut (nicht zuletzt durch Schaffung von Arbeitsplätzen).

Die Strategie der KP Chinas war darauf gerichtet, bei Absicherung der eigenständigen und selbständigen Rolle Chinas in der Weltpolitik die ökonomischen Voraussetzungen für die Beteiligung des Landes an den globalen Entscheidungen zu schaffen. Um die Entwicklung der Produktivkräfte optimal beschleunigen und China im absoluten Bruttoinlandprodukt (BIP) in die Weltspitze führen zu können, wurde die ökonomische Entwicklung und damit die Einführung von Kapital und moderner Technik einseitig vor allem auf Kosten der sozialen Entwicklung und der Umwelt betrieben.

Das ausländische Kapital reagierte mit einer sprunghaften Erhöhung seiner jährlichen Direktinvestitionen und trug damit neben den Investitionen durch die Regierung wesentlich zum ökonomischen Aufschwung der chinesischen Wirtschaft bei. Gleichzeitig mauserte sich der chinesische Privatkapitalismus zu einer festen Größe im ökonomischen und politischen Leben der Gesellschaft. Um die Jahrhundertwende waren bereits rd. 50 Prozent aller Arbeiter des Landes in diesem Sektor der Wirtschaft beschäftigt. Beziehungen zwischen »Arbeitgeber und Arbeitnehmer« entstanden durch die Kappung der traditionellen Bindung des Arbeiters an das staatliche Eigentum auch im Bereich des staatlichen Sektors. 1993 begann die Öffnung des Banken- und Finanzsektors, des Versicherungsmarktes und der Telekommunikationsmärkte für das ausländische Kapital. Die öffentliche Daseinsfürsorge wurde der Marktwirtschaft überantwortet. In die-

sen Entwicklungen widerspiegelten sich die Veränderungen in den Eigentums- und Produktionsverhältnissen. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit trat in den Vordergrund der aufkommenden gesellschaftlichen Widersprüche.

Diese Tendenz zur Kapitalisierung setzte sich in den Einkommensverhältnissen und der sozialen Struktur fort. Mit dem Übergang vom Prinzip der Verteilung nach der Arbeit zu vielfältigen Verteilungsprinzipien wurde bei der Verteilung des Nationaleinkommens das Kapital auf- und die Lohnarbeit abgewertet. Der Anteil der Löhne ging trotz zunehmender Zahl der Arbeiter innerhalb von fünf Jahren von 55,1 auf 49,6 Prozent im Jahre 2003 zurück. China verwandelte sich innerhalb von zwei Jahrzehnten aus einem Land ohne merkliche soziale Unterschiede in ein Land extremer sozialer Polarisierung (Gini-Koeffizient 2003: 0,45). Kennzeichnend für die sozialen Veränderungen waren der gesellschaftliche Aufstieg der politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten, eine politische Marginalisierung der Arbeiterklasse und die einsetzende Formierung der Bourgeoisie zu einer Klasse.

Die Politik, zuerst zu industrialisieren und erst danach umweltverträglich zu wirtschaften, führte dazu, dass die Schädigung der Umwelt im Tempo der Industrialisierung zunahm.

Das durch das Kapital veränderte materielle Sein begann die ideologischen Verhältnisse und die tägliche Kultur nachhaltig zu beeinflussen. Die Ausprägung der sozialen Ungerechtigkeit und die in der Marktwirtschaft grassierende Korruption riefen eine massenhafte Protestbewegung hervor und unterminierten die ökonomische und soziale Stabilität der Gesellschaft. Noch begünstigt durch die Bewertung der politischen Bilanz der Führungskader nach dem Import von Kapital und der Steigerung des BIP verbreiteten sich unter ihnen Desinteresse am Marxismus und am Sozialismus, Vernachlässigung der sozialen und ökologischen Problematik, Ignorierung der Interessen der breiten Masse des Volkes und karrieristische Tendenzen. Die Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse wurde neben der dem Kapital zugeneigten Politik auch durch den Rückgang des Anteils der Arbeiter an der Parteimitgliedschaft infrage gestellt.

Zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität verstärkte die Parteiführung unter Jiang Zemin entgegen der Ankündigung, die demokratische Entwicklung zu fördern,¹⁸ die autarke Ausübung der Macht durch die Etablie-

¹⁸ Jiang Zemin, Über den Sozialismus chinesischer Prägung, Beijing 2002, S. 298-338, chines.

rung der »Ersten«, die auf ihrer Ebene und in ihrer Einheit die führende Funktion von Partei und Regierung in einer Person wahrnahmen. Daran scheiterten letztlich alle Versuche, die im Parteistatut verankerten Rechte der Parteimitglieder und Parteiorganisationen wahrzunehmen. Um das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit in der Bevölkerung zu stärken, ging die Parteiführung dazu über, die »Renaissance der chinesischen Nation« als Ziel des Aufbaus des »Sozialismus chinesischer Prägung« herauszustellen¹⁹ und verstärkt zu argumentieren, dass die Partei »für das Volk regiert«.

Die Parteiführung begann den Beitrag der ökonomischen, kulturellen und politischen Elite zur Modernisierung auf Kosten der Arbeiter und Bauern in den Vordergrund zu rücken. Zur ökonomischen Elite gehörten auch Vertreter der privatkapitalistischen Unternehmerschaft. Ausgerechnet in einer Rede zum 80. Jahrestag der Gründung der Partei erklärte Generalsekretär Jiang Zemin, dass die neue chinesische Bourgeoisie keine Ausbeutung betreibe, sie wie die Arbeiter und Bauern den »Sozialismus chinesischer Prägung« aufbaue und sie damit auch in der Partei willkommen sei.²⁰

Mit Jiang Zemin verschwanden bei Verlautbarungen über die globale Entwicklung selbst in der Propaganda nach innen Begriffe wie Kapitalismus und Imperialismus aus dem offiziellen Sprachgebrauch. Die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus wurde durch »das Lernen vom Kapitalismus für den Aufbau des Sozialismus« abgelöst.²¹

Die Parteiführung unter Jiang Zemin hinterließ den nachfolgenden Parteiführungen eine ökonomisch, kulturell, politisch und ideologisch gespaltene Gesellschaft, in der der »Sozialismus chinesischer Prägung« kapitalistisch eingefärbt worden war. Das entsprach nicht mehr den Vorstellungen Deng Xiaopings.

¹⁹ He Yiting, Unterstützung für Antworten auf Fragen beim Studium der Rede Jiang Zemins vom 1. Juli, Beijing 2001, S. 4, chines.

²⁰ Jiang Zemin, Rede auf der Festveranstaltung zum 80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, in: Renmin Ribao, 2. Juli 2001. Der Anteil unter den chinesischen Kapitalisten, die in die KPCh aufgenommen waren, betrug 1995 19,9%, 2000 19,9%, 2001 stieg er deutlich an auf 29,9%, und 2004 hatte er 33,5% erreicht. Siehe: Li Bingyan, China unter dem Einfluss des Neoliberalismus, in: »Sand im Getriebe«, Nr. 68, Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung, 10. September 2010, S.10.

²¹ Qing Gang (Parteischule des ZK der KPCh), Beitrag auf einem Form zum 100. Geburtstag Deng Xiaopings, in: Renmin Wang, 19. Juli 2004, chines.

2. Reform- und Öffnungspolitik unter Führung Hu Jintaos (2002-2012)

Der Wechsel der chinesischen Führung erfolgte einerseits unter Bedingungen eines anhaltenden Wirtschaftsbooms und der Aufwertung der Rolle Chinas in der Weltwirtschaft, andererseits bedrohte das »kapitalisierte Sein« und aus Sicht Hu Jintaos auch die »anhaltenden Bestrebungen feindlicher Kräfte, China zu verwestlichen«, die sozialistische Perspektive. In dieser Situation konzentrierte sich Hu Jintao mit dem weiteren Ausbau der Marktwirtschaft auf die Qualifizierung der Regierungstätigkeit der Partei und die Stärkung weiterer Faktoren, von denen die sozialistische Perspektive des Landes abhing. Es war ein Versuch, vom politisch-ideologischen Überbau her gestützt auf die Werktätigen und die Entfaltung von Demokratie die konterrevolutionäre und dekadente Tendenz, die sich auf dem Boden der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus entfaltete, zurückzudrängen. In der theoretischen Debatte wurde der »neue Sozialismus« verkündet, weil er Sozialismus und Kapitalismus miteinander verbinde.²²

Die Kräfte um Hu Jintao versuchten in Auseinandersetzung vor allem mit der »Shanghaier Gruppe« drei strategische Korrekturen durchzusetzen:

1. An die Stelle der einseitigen Orientierung auf die einseitige Entwicklung des BIP trat die Politik einer allseitig abgestimmten und nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, in deren Mittelpunkt der Mensch gestellt wurde.

2. Das vom vorangegangenen Parteitag beschlossene Projekt der »harmonischen sozialistischen Gesellschaft« sollte als wesentliches Attribut des »Sozialismus chinesischer Prägung« ausgestaltet werden. Hu verstand darunter »eine Gesellschaft, in der eine demokratische und auf dem Gesetz beruhende Regierung, Gleichheit und Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Freundschaft, umfassende Vitalität, Sicherheit und Ordnung, Mensch und Natur harmonisch verbunden sind«.²³ Es sollte eine Gesellschaft sein, in der sich alle sozialen Kräfte auf der Grundlage eines gesetzlich verankerten Interessenausgleichs im nationalen Einklang befinden, in der »ein jeder seinen Platz hat« und seine ganze Kraft für die »Renaissance der chinesischen

²² Wang Zhanyang, Neue Demokratie und Neuer Sozialismus – eine theoretische Studie und eine historische Studie über den Neuen Sozialismus, Beijing 2004, chines.

²³ Hu Jintao, Rede zur Eröffnung des Studiums einer Sonderklasse wichtiger Führungskader an der Parteischule des ZK der KP Chinas mit dem Thema »Erhöhung der Fähigkeit, eine mit sich im Übereinklang befindliche Gesellschaft aufzubauen«, in: Renmin Ribao, 6. Februar 2006, chines.

Nation« einsetzt. Diese Vorstellung reflektiert Gedanken des alten chinesischen Weisen Kongzi (Konfuzius) und des konfuzianischen Ideals von der Gesellschaft der »großen Gemeinsamkeit« (da tong). In diesem Sinne ging es auch um die Harmonisierung der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und privatkapitalistischer Unternehmerschaft, zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

In dieser Gesellschaft sollten jedoch die Ergebnisse der angestrebten qualitativen Entwicklung der Wirtschaft mehr und direkter dem Volke zukommen, eine vornehmlich öffentliche soziale Dienstleistungsstruktur und die Sozialleistungen vor allem den ärmeren Schichten des Volkes dienen und die Umwelt geschützt werden. Vorgesehen war eine administrative Reform zum Aufbau einer Regierung des Dienstleistungstyps, die sich um die öffentliche Daseinsfürsorge und die Lösung der Probleme der Bürger zu kümmern hatte. Der Rechtsstaat sollte die legalen Rechte und Interessen der Bürger wie ihre Teilnahme an der Gestaltung der staatlichen Angelegenheiten sichern, die Macht (der Regierung – d.V.) sollte begrenzt und vom Volke kontrolliert werden.

3. Die Parteiführung startete ein Projekt für die Erneuerung der Partei. Das Ziel war, eine Entartung der Partei zu verhindern und ihren fortschrittlichen Charakter zu stärken. Dazu wurden konkret Festlegungen getroffen wie die Verstärkung des ideologischen Aufbaus der Partei (»Festhalten am kommunistischen Ideal und der sozialistischen Überzeugung«), der innerparteilichen Demokratie und des Kampfes gegen die Korruption.

Zum XVII. Parteitag im Herbst 2007 wurden erstmals konkrete Angaben über die soziale Zusammensetzung und Entwicklung der Parteimitgliedschaft veröffentlicht. Vorbereitung und Durchführung standen im Zeichen einer betonten innerparteilichen Demokratie. Die Delegierten sollten nicht mehr »von oben« festgelegt, sondern von den Grundorganisationen vorgeschlagen und nach Konsultationen »zwischen unten und oben« aus einer freien Konkurrenzwahl hervorgehen. Der Anteil der Arbeiter, Frauen und nationalen Minderheiten lag nach offiziellen Angaben deutlich über dem Niveau vorangegangener Parteitage. Bei einem Anteil an den Parteimitgliedern von 10,8 Prozent sollen die Arbeiter mit 28,4 Prozent unter den Delegierten vertreten gewesen sein.

Der Parteitag reagierte auf die Ausbreitung »falscher und dekadenter Ideen«, auf das zunehmende ideologische Auseinanderdriften der Gesellschaft und den Trend der moralischen Zersetzung der Gesellschaft mit der Forderung, ein »System der sozialistischen Kernwerte« zu entwickeln und

als orientierende Ideologie und Moral in der Gesellschaft durchzusetzen. Im Verständnis Hu Jintaos gehörten zu diesem »Kernwerten« der Marxismus als führende Ideologie, das Ideal des »Sozialismus chinesischer Prägung«, der nationale Geist mit dem Patriotismus als Kern, der Geist der Epoche mit Reform und Innovation als wesentliche Elemente und »die sozialistischen Auffassungen über Ehrbares und Schamloses«. ²⁴

In wichtigen Aspekten hatte sich die KP Chinas unter Führung Hu Jintaos damit wieder der Position Deng Xiaopings angenähert. Die angestrebten Korrekturen blieben jedoch in den Anfängen stecken. Die innere Situation drohte sich weiter zu verschlechtern.

3. Reform- und Öffnungspolitik unter Führung Xi Jinpings (ab 2012)

Der XVIII. Parteitag 2012 hatte den generellen Kurs für die Entwicklung des Landes bis 2020 abgesteckt:

- Übergang zu einer qualitativen und umweltverträglichen Wirtschaftsweise hoher Arbeitsproduktivität durch umfassende Anwendung der Marktwirtschaft und umfassende Teilnahme Chinas an der kapitalistischen Weltwirtschaft mit dem Ziel, aus der unteren Ebene der internationalen Produktionsketten auf die mittlere und obere Ebene aufzusteigen;
- Ausbau der Sozial- und Verteilungspolitik und der Schaffung eines Systems öffentlicher Dienstleistungen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern;
- Qualifizierung der Regierungsfähigkeit der Partei und Reformierung des administrativen Systems mit dem Ziel, in Anpassung an die Marktwirtschaft eine Regierung vom Typ der Dienstleistungen zu schaffen, die Macht der staatlichen Administration zugunsten der Unternehmen und der Gesellschaft einzuschränken und gesellschaftliche Organisationen zur Leitung der Gesellschaft heranzuziehen;

Das Projekt einer »allseitig zu vertiefenden Reform«, das dazu unter Leitung Xi Jinpings ausgearbeitet wurde, und dessen Verwirklichung begonnen worden ist, weist in Anlehnung eines Vorschlages der Weltbank, der zusammen mit der chinesischen Seite 2010-2012 erarbeitet worden war, im Kern folgende Aspekte auf:

²⁴ Verkündet von Hu Jintao am 4. März 2006 mit den »acht ehrbaren Verhaltensweisen« und den »acht schamlosen Verhaltensweisen« als Kodex der sozialistischen Moral.

- *Erstens* spielt der Markt unter staatlicher Regulierung und Kontrolle die entscheidende Rolle bei der Aufstellung der Ressourcen.
- *Zweitens*, mit der Stärkung der führenden Rolle des staatlichen Eigentums in der Eigentumsstruktur sind die Wirtschaften des Gemeineigentums und des Nichtgemeineigentums in ihrer Funktion für die wirtschaftliche Entwicklung gleichgesetzt und gleichberechtigt, die Landwirtschaft soll von großen Bauerngehöften, Familienfarmen, bäuerlichen (Aktien-)Genossenschaften und landwirtschaftlichen Unternehmen, die große Flächen bearbeiten, betrieben werden.
- *Drittens*, die freie Zirkulation internationaler und innerer wichtiger Produktionsfaktoren ist zu verwirklichen, die Ressourcen sind effektiv aufzustellen, Binnen- und der Weltmarkt sollen miteinander verschmelzen. Der Aufstieg der »Wirtschaft vom Typ der Öffnung« vollziehe sich »von der Großmacht des Handels zur Großmacht der Investitionen, vom Export von Handelswaren zum Export des Kapitals«, so der stellvertretende Ministerpräsident Wang Yang.
- *viertens*, die Schaffung eines Systems der »konsultativen (! nicht: partizipativen – d. V.) Demokratie« sei der Hauptinhalt der Reform des politischen Systems«, nach Xi Jinping ein »einzigartiger Vorzug der sozialistischen demokratischen Politik Chinas«.

Das Projekt ist umstritten. Einerseits wenden sich Kräfte in der Partei angesichts der sozialen Auswirkungen gegen den weiteren Ausbau der Marktwirtschaft. Andererseits drängen die erstarkten bürgerlichen Kräfte nicht nur auf die funktionelle, sondern auch die strukturelle Gleichbehandlung des Privateigentums mit dem staatlichen Eigentum. Sie wenden sich gegen die »Volkstümpler-Demokratie« in der »Art der Pariser Kommune« und fordern eine »freiheitliche Demokratie«, in der das Prinzip der Begrenzung der Macht auch auf die politischen Parteien ausgedehnt wird.²⁵

Gleich nach seiner Wahl erklärte Xi Jinping, wofür die KP Chinas geschichtlich angetreten sei. »Die Verwirklichung der Renaissance der großen chinesischen Nation ist der größte Traum der chinesischen Nation seit der Neuzeit. Für diesen Traum haben Generationen herausragender Söhne und Töchter Chinas unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas gekämpft und das neue China geschaffen.« »Dieser Traum ist ein Großmachttraum. Für die Streitkräfte ist es ebenfalls ein Traum nach starken Streit-

²⁵ Zhou Tou, Welche Art von Demokratie?, Nanfang Zhoumo, 9. Mai 2014.

kräften.«²⁶ Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der von der KP Chinas propagierte Sozialismus lediglich als Mittel zum Zweck. In der Interpretation der »sozialistischen Kernwerte« durch Xi Jinping ist der Passus »Marxismus als führende Ideologie« nicht mehr vorhanden. Die Kernwerte fußen seiner Meinung nach »auf der vorzüglichen traditionellen chinesischen Kultur«, die »zur Hauptquelle für die Kernwerte des Sozialismus« werden sollte.²⁷ Es scheint, dass der Nationalismus in der Politik der Partei unter Führung Xi Jinpings nunmehr bestimmend wird, um alle sozialen Gruppen der Gesellschaft für die Schaffung einer vor allem starken und wohlhabenden Weltmacht²⁸ zusammenschließen und mobilisieren zu können. Damit verändert sich objektiv die Funktion (die historische Mission) der KP Chinas und auf Dauer auch ihr politischer Charakter.

Im Mittelpunkt der Politik Xi Jinpings steht gegenwärtig die politische, ideologische und organisatorische Neuaufstellung und Ausrichtung der Partei, begleitet von dem Bestreben, im Volke, gestützt auf die traditionelle chinesische Kultur, ein neues nationales Selbstgefühl zu entwickeln.

Der Kampf gegen die Entartung unter den Kadern erfolgt in Form von Kampagnen von oben nach unten, von Xi autark und straff geleitet und von Inspektionsgruppen des ZK angetrieben, die die Kader auf zentraler und unterer Ebene ohne Mitspracherecht der örtlichen Parteiorganisationen überprüfen und bewerten. Die entscheidenden inhaltlichen Schwerpunkte in der Politik der Partei und des Staates setzt Xi in seinen täglichen Reden und Veröffentlichungen. Alle Kader und Mitglieder der Partei sollen sich von dem »Geist« dieser Reden und Beiträge leiten lassen. Xi Jinping steht faktisch für das Gesetz. Dabei ist die Tätigkeit der Partei transparenter denn je. Die Politik der Partei und ihre Umsetzung werden in aller Sachlichkeit öffentlich und konkret dokumentiert.

Die Kampagne begann einige Wochen nach der Wahl der Parteiführung mit dem Beschluss des Politbüros über die »Acht Festlegungen zur Verbesserung des Arbeitsstils und der engen Verbindung zu den Massen«. Mit diesen Festlegungen soll eine einfache, sparsame und bescheidene Arbeitsweise von Partei und Regierung im Interesse des Volkes und der Verbesse-

²⁶ Renmin Ribao, 30. November und 13. Dezember 2012.

²⁷ Aus der Rede Xi Jinpings auf der 13. Sitzung des Politbüros des ZK der Partei, zit. nach: Guo Jianning, Verwirklichung der Modernisierung der vorzüglichen chinesischen traditionellen Kultur, Guangming Ribao, 7. Juli 2014, chines.

²⁸ Diese beiden Attribute waren dominierten bereits die Überlegungen der chinesischen Reformer von 1895.

nung seiner Lebensbedingungen vom Politbüro bis an die Basis durchgesetzt und die Korruption zurückgedrängt werden.²⁹ Mitte Juni 2013 wurde die Kampagne mit der Bekämpfung der »Vier Arbeitsstile« (Formalismus, Bürokratismus, Genusssucht und Verschwendung) erweitert bzw. präzisiert. Im Zuge dieser Maßnahmen sind in Fortsetzung der Umbesetzung von Führungsfunktionen auf den oberen drei Ebenen seit Mitte 2012 jeden Monat etwa 50-60 solcher Umbesetzungen von der Abteilung Organisation des ZK der KP Chinas verfügt worden.³⁰ Kampagnen zur »Verbesserung des Arbeitsstils« sind in der KP Chinas seit den Tagen in Yanan immer auch Kampagnen zur Ausschaltung von oppositionellen Kräften in der Partei gewesen. Xi Jinping ist offensichtlich dabei, nicht nur die Korruption zu bekämpfen, sondern in dieser Kampagne auch die eigene Machtposition auszubauen und auch die entscheidenden Funktionen im Machtapparat mit seinen Gefolgsleuten zu besetzen.

Xi Jinping geht mit einer wesentlich größeren Entschiedenheit als sein Vorgänger gegen die Korruption unter den Führungskadern aller Ebenen und gegen Kräfte vor, die dem Kurs der Partei entgegenstehen. Er will die politische Macht der KP Chinas auch bei umfassender Nutzung der kapitalistischen ökonomischen Basis absichern und die inneren Kräfte neu mobilisieren, um die »Renaissance der chinesischen Nation« auf friedlicher Grundlage auch gegen die zunehmend aggressivere China-Politik Washingtons und seiner Verbündeten zu verwirklichen.

²⁹ In den ersten sieben Monaten des Jahres 2014 wurden insgesamt über 26.600 Fälle von Verletzung der »acht Bestimmungen« aufgedeckt. Die Vergehen betreffen unter anderem Annahme von Geschenken (1,5%), Speisen mit öffentlichen Geldern (1,6%), Reisen auf Kosten öffentlicher Gelder (1,6%), Heirat, Beerdigung und Familienfeiern auf Kosten öffentlicher Gelder (5,6%), Bau öffentlicher Gebäude (0,3%), private Nutzung amtlicher Fahrzeuge (16%) und Verstöße gegen Arbeitsdisziplin (57%). Siehe: Situation bei der landesweiten Überprüfung von Verletzungen der acht Festlegungen, Renmin Wang, 24. August 2014, chines.

³⁰ Die Abteilung Organisation des ZK der KP Chinas verfügt über alle Neu-, Ab- und Umbesetzungen von Führungskadern in Partei, Regierung, Militär und gesellschaftlichen Organisationen.

Ein kurzes Resümee

Offenbar geht die KP China seit Deng Xiaoping davon aus, im »Anfangsstadium des Sozialismus«, das heißt bis Mitte des Jahrhunderts, das Land mit einer Art Grundmodell des »Sozialismus chinesischer Prägung« zu modernisieren – mit einer vom Kapital geprägten ökonomischen Basis und einem »sozialistisch« geprägten Überbau unter Kontrolle und Leitung der KP Chinas.

Schon die ersten zwanzig Jahre, in denen dieser Kurs praktiziert worden ist, zeigen, dass dieses Modell diese Zeitspanne kaum überstehen wird. Bei unveränderter Fortsetzung dieses Kurses dürfte sich auch in China das »Sein« gegenüber dem »Bewusstsein« allseitig durchsetzen. Im Ergebnis würde dann im weiteren Prozess aus dem »Sozialismus chinesischer Prägung« ein »Kapitalismus chinesischer Prägung« werden, möglicherweise in Anlehnung an eine »soziale Marktwirtschaft« mit dem Anspruch auf »gemeinsamen Wohlstand«. Es erscheint mir derzeit fraglich, ob die KP Chinas unter Führung Xi Jinpings eine solche Entwicklung noch abwenden und die sozialistische Perspektive der Volksrepublik erhalten kann.

Zhang Guangming / Ma Jiahong

Die Globalisierung und die Aussichten des Sozialismus in China

1. Der Weltkapitalismus im Zeitalter der Globalisierung

Die Natur des Kapitalismus drängt ihn dazu, sich ständig auszudehnen, um einen einheitlichen Weltmarkt zu schaffen, eine globalisierte kapitalistische Weltordnung. Bereits im 19. Jahrhundert analysierte Marx gründlich diese dem Kapitalismus innewohnende Logik. Nach Marx' Tod befasste sich eine ganze Reihe von Marxisten weiterhin mit diesem Thema. Im frühen 20. Jahrhundert ging Rosa Luxemburg in ihrer Arbeit über »Die Akkumulation des Kapitals« noch weiter, als sie betonte, dass der einzige Weg der Kapitalakkumulation die globale expansive Durchdringung der unterentwickelten Länder sei.

Doch hat der Kapitalismus in den letzten einhundert Jahre eine starke Lebensfähigkeit gezeigt, die alle Erwartungen von Marx weit übertraf. Somit sieht sich der Marxismus einer Reihe von Herausforderungen gegenüber. Eine Vielzahl kritischer Einwände kam von inner- wie von außerhalb des internationalen Sozialismus, und betraf so verschiedene Gebiete wie die marxistische Philosophie, die Politische Ökonomie und die revolutionäre Taktik.

Diese Einwände sind durchaus plausibel. Seit dem späten 19. Jahrhundert hat die Einführung des Systems der Aktiengesellschaften den Grad der Zentralisierung und Steuerung der Produktion stark angehoben. Der Wandel des Staates vom Instrument bloßer Unterdrückung zum ökonomischen Steuerungsinstrument hat dessen Kontrollfähigkeit über die Volkswirtschaft gestärkt. Die Verbesserung des Systems der parlamentarischen Demokratie trug recht schnell zur Verringerung sozialer Konflikte und Widersprüche innerhalb des Kapitalismus bei.

All dies veränderte allmählich die Beziehungen im Bereich der materiellen Produktion und schwächte die Klassenwidersprüche im Vergleich zum 19. Jahrhundert ab. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr der Kapitalismus durch die Entwicklung der Mittelklasse eine weitere Stabilisierung, und die sich ausbreitende Globalisierung eröffnet ihm in den gegenwärtigen Jahrzehnten weitere Räume. Man kann und sollte daher festhalten,

dass sich die Welt gegenwärtig und zumindest in der vorhersehbaren Zukunft im Zeitalter des Kapitalismus befindet. Die Errichtung des Sozialismus scheint für immer vertagt.

Das bedeutete aber nicht, dass durch den Kapitalismus der Sozialismus automatisch und ein für allemal abgeschafft wäre. Wir können ihn aufgrund der Gegenwartslage keineswegs ad acta legen.

Denn ungeachtet immenser Entwicklungsprozesse ist der Kapitalismus nach wie vor mit den ihm innewohnenden Widersprüchen behaftet. Der hohe Grad der Zentralisierung und Steuerung der Produktion und die Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft haben der Expansion des Kapitals zwar bessere Bedingungen geschaffen, aber auch dazu beigetragen, die Übel des Kapitalismus über die ganze Welt zu verbreiten. Dies hat sich in der Weltwirtschaftskrise 2008 gezeigt. Diese zwang die Menschen, über den Kapitalismus erneut nachzudenken. Einige wurden durch die Tatsachen zum Eingeständnis genötigt, dass der Kapitalismus alles andere als perfekt, und das vom Neoliberalismus verkündete »Ende der Geschichte« nichts als ein Mythos ist. Angesichts dessen besteht kein Grund zu erklären, dass der Sozialismus jede Existenzberechtigung verloren habe.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern haben sich in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Änderungen in der Klassenstruktur sowohl der Lebensstandard deutlich verbessert als auch die demokratischen Rechte der Massen erweitert. Als Konsequenz daraus erwies sich die kapitalistische »kulturelle Hegemonie«, um Antonio Gramscis Wort zu verwenden, als weitgehend stabil. Die Anziehungskraft des Sozialismus ist in der Tat schwächer geworden und es scheint, als sei es zu einer »Assimilation« der Gegner des Kapitalismus an diesen gekommen. Aber solche Verbesserungen für die unteren und Mittelklassen stoßen dann an ihre Grenzen, wenn sie die kapitalistischen Profite gefährden, wie sich gerade in der heutigen Welt zeigt. Der mit der kapitalistischen Globalisierung einhergehende Neoliberalismus erweist sich als große Gefahr für die Arbeiter und bedroht die noch bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Als Konsequenz haben sogar einige Theoretiker der Sozialdemokratie die Tatsache benannt, dass »das Pendel auf Kosten von Sozialstaat, Vollbeschäftigung und demokratischer Kontrolle zum Pol von Markt- und Kapitalinteressen zurückgeschlagen« ist.¹ Dies führte bis hin zu dem Ge-

¹ Thomas Meyer, Der Kapitalismus und seine Kritik. Brauchen wir eine neue Marx-Renaissance?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, N. F. 30 (2012),

danken: »Der Kapitalismus sei mit dem sozialen Interesse der Arbeit unverträglich, und daher eine geschichtliche Alternative zu ihm unvermeidlich.«² Der neue Widerstand gegen den heutigen Kapitalismus äußerte sich in einer Serie von Protestaktionen der unteren Klassen. Obgleich diese kein sozialistisches Selbstverständnis haben, zeigen sie doch, dass es für den Sozialismus Möglichkeiten der weiteren Existenz gibt.

Angesichts dieser Tatsachen sollten Sozialisten heute einerseits darauf vertrauen, dass der Sozialismus eine Zukunft hat, und sie sollten hart arbeiten, damit diese Zukunft dereinst Wirklichkeit wird. Andererseits sollte ihnen klar sein, dass der Kapitalismus als geschichtliche Entwicklungsphase noch eine lange Zeit existieren wird. Zumindest in nächster Zukunft werden seine inneren Widersprüche nicht zu seiner Ablösung durch eine andere Gesellschaft führen. Wie Marx schrieb, geht eine Gesellschaftsformation »nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«³ Deshalb wird die Errichtung des Sozialismus ein langwieriger Prozess werden. Wir Sozialisten müssen ein klares theoretisches Verständnis dafür entwickeln, und in der Praxis müssen wir den Austausch von Ideen sowie die Zusammenarbeit und gegenseitige Solidarität im Kampf gegen den Kapitalismus im Weltmaßstab stärken.

2. Chinas spezifische Marktwirtschaft und ihre inneren Konflikte

Die gegenwärtige Marktwirtschaft in China hat ihre spezifischen Eigenheiten. China hatte lange Zeit das sowjetische Sozialismus-Modell, das das Privateigentum abgeschafft und durch eine Staatswirtschaft und zentral gelenkte Planökonomie ersetzt hatte, übernommen und 30 Jahre lang buchstabengetreu praktiziert. Nach dem Ende der katastrophalen »Kulturrevolution« begann China die Reformen anzuwenden und der Politik zu folgen, die Deng Xiaoping entwickelt und eingeleitet hatte. Von der

Nr. 4, S. 5.

² Ebenda, S. 6.

³ Karl Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie [1859], in: Marx-Engels-Werke, Bd. 13, S. 7.

1978 begonnenen »Bewegung zur Befreiung des Denkens« bis zu den systematischen Wirtschaftsreformen der 1990er Jahre und schließlich zur sozialistischen Marktwirtschaft in ihrer über die letzten drei Jahrzehnte entwickelten Grundform wurden wir Zeugen einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, die weltweit Aufmerksamkeit fand. Allerdings birgt eine solche Eigenart der Entwicklung auch strukturelle Konflikte zwischen Politik und Wirtschaft in sich, die sich in einer Reihe von politischen, ökonomischen und sozialen Problemen äußern. Sie bilden den Kern der heutigen Widersprüche, schaffen Verwerfungen und Hindernisse, die nicht nur schwer zu überwinden, sondern nicht einmal steuerbar sind.

Es ist eine Tatsache, dass die Reformen in China unter den Bedingungen der alten Machtstruktur begonnen wurden. Die Reform des Wirtschaftssystems wurde durch einen einzigen politischen Akteur begonnen und geleitet: durch die Regierung. Ein solch eigenartiges Wirtschaftssystem kann somit nur vorläufigen Charakter tragen – halb von den zentralen und örtlichen Stellen kontrolliert und halb durch den Markt geprägt. Einerseits haben diese Stellen die Verfügungsgewalt über die nötigen Ressourcen und deren Zuteilung. Sie spielen damit bei der Entwicklung der Marktwirtschaft eine entscheidende Rolle. Ihre administrativen Entscheidungen greifen in das Gefüge der sich entwickelnden Marktwirtschaft ein. Dementsprechend haben wir es hier mit einer speziellen Art der Verbindung von Staats- und Marktwirtschaft zu tun oder, um genauer zu sein, mit einem Staatskapitalismus.

Objektiv hat dieser Staatskapitalismus zur Herausbildung einer gewaltigen Rentenökonomie und in deren Folge zu einer dann kaum noch vermeidbaren Korruption im Bereich von Wirtschaft und Verwaltung geführt. Natürlich gab und gibt es Machtmissbrauch zu persönlichen Zwecken zu allen Zeiten, von der Antike bis heute, in China ebenso wie überall sonst auf der Welt. Aber das Ausmaß an Korruption in Chinas spezieller Marktwirtschaft ist ernsthafterer Natur und gibt zu größerer Besorgnis Anlass. Es ist eine Art der Korruption, die im Charakter der Institutionen begründet liegt, und gerade weil sie im Namen des Sozialismus betrieben wird, untergräbt sie das Ansehen des Sozialismus. Um es grundsätzlich zu sagen: Sie hat ihre Ursachen im Mangel an demokratischer Kontrolle über die politische Macht.

Lässt man sich auf Vorhersagen über die Zukunft dieser Art von Marktwirtschaft ein, zeigen sich zwei mögliche Wege: Der eine bedeutet die Vertiefung des Reformprozesses, vor allem Verbesserungen im Bereich poli-

tischer Reformen, Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Beseitigung noch bestehender Hindernisse, die weiteren politischen und Wirtschaftsreformen entgegenstehen, Übertragung der Kompetenzen bei der Verteilung von Ressourcen an die Kräfte des Marktes, Einführung einer modernen Marktwirtschaft, die sich im Einklang mit den bestehenden Gesetzen entfaltet. Der andere Weg ist die Verstärkung administrativer Lenkung der Volkswirtschaft und der Gesamtgesellschaft ohne demokratische Kontrolle. Der erste Weg trägt einen vorwärtsweisenden, fortschrittlichen Charakter, der letztgenannte richtet sich nicht nur gegen die bereits erreichten Errungenschaften, sondern auch gegen den Trend der Globalisierung und mag sogar dazu führen, dass Chinas Wirtschaftsstruktur zu einem Konglomerat von Macht und Kapital ausartet. Dies aber wäre ein gewaltiger Rückschlag für das Land.

Sobald es um politische Reformen geht, ist davon das auf dem alten Zentralismus beruhende politische Selbstverständnis betroffen. Hier seien folgende Tatsachen ins Gedächtnis gerufen: Unter den Bedingungen der früheren zentralisierten Planwirtschaft mit dem absoluten Übergewicht staatseigener Betriebe konnten schlechte Leiter ihre politische Macht nur in begrenztem Maß zur Erlangung persönlicher Vorteile nutzen. Hingegen gibt der Übergang zur Marktwirtschaft korrupten Leitern durch Einsatz ihrer politischen Machtmittel weit größere Chancen, ihre egoistischen Bedürfnisse zu befriedigen. Nur deshalb ist eine politische Reform dringend vonnöten! Natürlich ist jeder Schritt in Richtung einer politischen Reform von innen heraus eine komplizierte Sache, doch sind solche Reformschritte im Interesse des sozialen Fortschritts und des Wohls des Volkes unvermeidlich. Wenn hingegen unsere Marktwirtschaft zur Beute von Interessengruppen wird oder, um G. W. Plechanows Arbeiten aus den 1880er Jahren zu paraphrasieren, einer »sozialistischen Kaste«, wird die Errichtung des Sozialismus letztlich unmöglich.⁴

Für chinesische Sozialisten bleibt angesichts dieser Tatsachen die Frage: Was können sie tun und was nicht?

⁴ In seinen in Genf entstandenen Schriften »Sozialismus und politischer Kampf« (1883) und »Unsere Meinungsverschiedenheiten« (1885) warnte G. W. Plechanow davor, dass in Russland, wo es weder eine moderne Wirtschaft noch ein organisiertes Proletariat gebe, die Diktatur einer revolutionären Intelligenz zur Entstehung einer autoritären Gesellschaft führen könne, die von einer sozialistischen Kaste geleitet werde (Anm. der Hrsg.).

3. Was chinesische Sozialisten tun können und was nicht

Was können chinesische Sozialisten tun?

Unserer Meinung nach sollten sie sich zuerst die theoretischen Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen, und ein klares Verständnis des Charakters und Inhalts sowie der objektiven Existenzbedingungen des Sozialismus entwickeln. Nach Marx ist die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft eine Gemeinschaft von Menschen, die auf der persönlichen Freiheit aller und eines jeden beruht. Die Hauptursache, warum das sowjetische Sozialismus-Modell eine »Neue Klasse« mit bürokratischer Befehlsgewalt über die Gesellschaft hervorbrachte, lag darin, dass sie nicht die materiellen, klassenmäßigen und kulturellen Voraussetzungen besaß, die laut Marx für den Aufbau des Sozialismus notwendig waren. Ähnlich lag der Fall in China. Seit dem Beginn der Reformen machte die Öffnungspolitik den Weg in China wieder frei für solche dem Marxisten vertraute Erscheinungen wie Kapital, Profit, Lohnarbeit und Ausbeutung. Natürlich gehört nichts von dem zum Wesen des Sozialismus. Aber dies mag in historischer Perspektive eine Möglichkeit sein, jene materielle Basis zu schaffen, ohne die eine sozialistische Zukunft nicht möglich ist. Deshalb glauben wir, dass es richtig ist, die marktwirtschaftliche Entwicklung in China positiv zu sehen und zu unterstützen. Dabei sollten chinesische Sozialisten die Sache der Demokratie verteidigen, denn dies wirkt sich nicht nur positiv auf die Marktwirtschaft aus, sondern gibt den Arbeitern auch die Möglichkeit, ihre Interessen zu verteidigen. Damit aber befördern sie wiederum indirekt den Geist und Reifungsprozess der Demokratie. Die Zukunft unseres Sozialismus mag von der Entwicklung sowohl der Marktwirtschaft wie auch der Arbeiterklasse abhängen. Wenn es weder Proletariat noch Bourgeoisie gibt, gibt es auch keinen Sozialismus. Genau dies meinte Engels, als er 1875 in seinem Aufsatz über »Flüchtlingsliteratur« über die sozialen Probleme Russlands schrieb.⁵ Wir Marxisten vergessen dies keineswegs.

⁵ Das Zitat, auf das sich die Autoren beziehen, lautet: »Die vom modernen Sozialismus angestrebte Umwälzung ist, kurz ausgedrückt, der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie und die Neuorganisation der Gesellschaft durch Vernichtung aller Klassenunterschiede. Dazu gehört nicht nur ein Proletariat, das diese Umwälzung durchführt, sondern auch eine Bourgeoisie, in deren Händen sich die gesellschaftlichen Produktionskräfte soweit entwickelt haben, dass sie die endgültige Vernichtung der Klassenunterschiede gestatten.« Friedrich Engels, Flüchtlingsliteratur, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, S. 556 (Anm. der Hrsg.)

Chinas Sozialisten sollten aber über das hier Gesagte hinausgehen, und sich nicht mit der Rolle des Humanitätsapostels oder Moralpredigers zufriedengeben, der einfach nur in seinem Mitgefühl mit den Armen und Benachteiligten verharrt. Ihnen sollte bewusst sein, dass die Massen eine wirkungsvolle und verlässliche Kraft für politische Reformen sind. Bei uns sind die Massen derzeit in einer schwachen Position, denn es ermangelt ihnen an politischen Rechten. Wenn sie jedoch dieser legitimen Rechte teilhaftig werden, werden sie an politischer und wirtschaftlicher Stärke gewinnen, werden lernen, ihre politische Macht zu gebrauchen und zur eigenständigen Kraft werden, die für ihre eigenen Rechte und Interessen eintritt und die ihre soziale Position innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems verbessern wird. Es sollte Sozialisten stets klar sein, dass die Massen die treibende Kraft im Geschichtsprozess sind. Ihr Wachstums- und Reifeprozess wird zur wichtigsten Vorbedingung eines künftigen demokratischen, auf Selbstverwaltung beruhenden Sozialismus.

Was können chinesische Sozialisten nicht tun?

Sie können nicht einfach die Marktwirtschaft wegen all ihrer Übel als »Restauration des Kapitalismus« verdammen und die Rückkehr zum Kurs der Mao-Ära, zur Zeit vor der Reform- und Öffnungspolitik fordern, als das Schicksal der Gesellschaft von bloßer administrativer Machtausübung bestimmt wurde. Diese Art des Sozialismus, des sowjetischen Modells, stand weder im Einklang mit den Grundsätzen von Marx, noch ermöglichte sie den Menschen Wohlstand, Freiheit und Demokratie. Wenn wir versuchen, eine solche Art von Sozialismus wiederzubeleben, weil wir nur die Schattenseiten der Marktwirtschaft sehen, dann kehren wir zu dem zurück, dessen Konsequenzen wir eigentlich zu vermeiden suchen. Wer auch nur eine allgemeine Vorstellung vom Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus hat, kann dies nicht wollen. Sogar heute ist die chinesische Marktwirtschaft alles andere als stabil und ein Rückfall nicht ausgeschlossen. Deshalb sollten chinesische Sozialisten dem Motto folgen: Mehr Markt und mehr Demokratie!

Während wir uns mit den Problemen Chinas befassen, dürfen wir doch keineswegs den Blick für die Welt und ihre Zukunft verlieren. Im heutigen Zeitalter der Globalisierung kann die Sache des Sozialismus nur im Weltmaßstab gestaltet werden. Unserer Meinung nach liegt die Hoffnung chinesischer Sozialisten nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft. Ihre Suche nach Wegen zum Sozialismus dürfte sich sehr von der ihrer Ge-

nossen in den entwickelten kapitalistischen Ländern unterscheiden, denn sie befinden sich in einer anderen geschichtlichen Phase ihrer Entwicklung. Aber sie alle eint das gleiche Ziel. Gerade deshalb sind ein stetiger Meinungsaustausch und eine enge Zusammenarbeit notwendig.

Aus dem Englischen übersetzt von Mario Keßler

Wolfram Adolphi

Deng Xiaoping: Reformier? Revolutionär!

Im Jahre 1986 präsentiert John K. Fairbank (1907-1991), lange Jahre so etwas wie der Doyen der US-amerikanischen Chinawissenschaft, die Summe seiner in Forschung und vieljährigen China-Aufenthalten gewonnenen Erkenntnisse in einem Buch mit dem Titel *The Great Chinese Revolution: 1800-1985*.¹ Dem Deutschen Taschenbuch Verlag gefällt der Inhalt, nicht aber die Überschrift: *Die Große Chinesische Revolution*. Das ist bundesrepublikanisch-westdeutschen Selbstgewissheiten nicht zuträglich (DDR-ostdeutschen zu dieser Zeit auch nicht, aber die standen nicht zur Debatte), und so nennen die Münchner Herausgeber das Buch nach Übertragung ins Deutsche lieber nur *Geschichte des modernen China*.²

Fairbank und Bergmann

Fairbank muss, als er seine »Darstellung der modernen Geschichte als einer permanenten Revolution«³ fertig vor sich sah, Verständniskomplikationen gehaut haben, denn im Vorwort erklärt er fast entschuldigend, dass es für eine so ungewöhnliche »Verknüpfung der chinesischen Vergangenheit und Zukunft«, wie er sie betrieben habe, einen »alten Professor« brauche, »der keine Rücksichten mehr auf berufliche Laufbahn und Reputation nehmen muss«.⁴ In Theodor Bergmann, geb. 1916, hat Fairbank einen Bruder in Haltung und Geist. Freilich einen kommunistischen. Der ist (auch) in seiner Chinabetrachtung von einer Souveränität, die erstens viel mit der von Fairbank gemeinten Freiheit von Rücksichten zu tun hat, sich zweitens aber speist aus der marxistischen Praxis des von Antonio Gramsci beschriebenen organischen Intellektuellen der Revolution.

¹ John K. Fairbank, *The Great Chinese Revolution: 1800-1985*, New York 1986.

² John K. Fairbank, *Geschichte des modernen China 1800-1985*, a. d. Englischen v. Walter Theimer, München 1989.

³ Ebenda, Vorsatzblatt des Verlages.

⁴ Ebenda, S. 7.

Und der trifft sich mit Fairbank? Nicht im Sinne gegenseitigen Zitierens. Das findet sich weder bei dem einen noch dem anderen. Wohl aber im großzügigen, auf Verstehen gerichteten, offenen, forschenden, das Beserwissen unterdrückenden, die weiten Bögen suchenden Chinablick. Dem Verständnis eben für die Große Revolution. Bei Fairbank tritt neben den zeitlichen Bogen ein weiterer: der zwischen »Liberalismus und Marxismus«. In beiden Ismen sieht er gleichermaßen »gedankliche Invasionen des Westens in China«; der eine wie der andere habe »China einen Sattel aufgelegt, der nicht passt«. »Wir« könnten »auf diesem Sattel so wenig reiten wie Mao«. Die Annahme, dass die chinesische Entwicklung »dem europäischen Paradigma von Feudalismus-Kapitalismus-Sozialismus folgen« müsse, sei »in keiner Weise belegbar«. Es sei zwar durchaus nicht falsch, »die neue Ordnung Chinas ›Sozialismus‹ zu nennen«, und es sei dabei gleichgültig, »ob man den Sozialismus nun billigt oder fürchtet«. Aber im Grunde sei damit nichts wirklich geklärt, denn der chinesische Sozialismus sei »ein Staatssozialismus, der nicht immer von Staatskapitalismus zu unterscheiden ist«. ⁵ Diesen Staatskapitalismus wiederum gelte es wahrzunehmen wie den Kapitalismus insgesamt in seiner verschiedenartigen Entwicklung, die sich einer vereinfachten Beschreibung widersetze. Entscheidend seien weniger die Begriffe als der Fakt, dass China eine tief greifende »Umwandlung« erlebe und diese von einer »modernen chinesischen Regierung« geführt werde. Man möge darin einen »Widerhall« finden sowohl des chinesischen »dynastischen Zyklus (etwa des Übergangs von der Mongolen- zur Ming-Herrschaft)« wie auch »des russischen, englischen oder französischen Sozialismus«. Es möge sich auch »ein Vergleich mit dem Japan Meijis« aufdrängen – am Ende bleibe »China eben China« und koche sich »seine eigene Suppe«. ⁶

Die »eigene Suppe«. Die Revolution aus eigenem Grund, in eigener Dimension und Dauer: Das ist der Punkt. Aus diesem Verständnis wächst der Respekt, und aus ihm erwächst die nie erlahmende Neugier. Das haben sie gemeinsam, der bürgerliche Fairbank und Bergmann, der Kommunist. Und nun wird es spannend. Denn anders als Fairbank kann Bergmann nicht beim Beobachten bleiben. Er ist Partei. Die Revolution, aufs Ganze – also als Weltweite – gedacht, ist die seine. Marxismus für China »gedankliche Invasion des Westens«? Ja, vielleicht auch. Aber nur das? Nichts sonst? Und

⁵ Ebenda, S. 361.

⁶ Ebenda, S. 362.

wenn – in welcher Form? Tatsächlich als Marxismus? Oder doch eher: als Marxismus-Leninismus (ML)? Der Marxismus hingegen, der tatsächlich universelle, sich entwickelnd auch aus chinesischer Saat?

Bergmann und Haug

Bergmann hat sich in den vergangenen 20 Jahren dreimal mit Büchern zu China zu Wort gemeldet: mit *Auf dem langen Marsch. Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft*,⁷ mit *Rotes China im 21. Jahrhundert*⁸ und mit *Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung*.⁹ Wie Fairbank kommt auch ein anderer »Doyen« – der der Marxismusdebatte, Wolfgang Fritz Haug – in den Literaturverzeichnissen dieser Bücher nicht vor. Aber wie in dem einen springt auch in dem anderen Falle die Verwandtschaft ins Auge. Hier ist es die marxistische. Bergmann nimmt als selbstverständlich, was Haug 1985 beginnt, als »pluralen Marxismus« zu diskutieren.¹⁰

Haug ankert seine Überlegungen in einem China-Bezug, und zwar in dem von Palmiro Togliatti. Der italienische KP-Führer hatte 1964 kurz vor seinem Tode »unterm Eindruck des sowjetisch-chinesischen Bruchs« ein Memorandum diktiert, in dem er sich, »obwohl ein scharfer Kritiker

⁷ Theodor Bergmann, *Auf dem langen Marsch. Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft*, Hamburg 1996.

⁸ Theodor Bergmann, *Rotes China im 21. Jahrhundert*, Hamburg 2004.

⁹ Theodor Bergmann, *Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung*, Hamburg 2012.

¹⁰ Zeugnis dessen ist auch eine vielfältige direkte Zusammenarbeit. So gehörte Bergmann einige Jahre zum Wissenschaftlichen Beirat des von Haug Mitte der 1980er Jahre begründeten *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* (HKWM) und zählt in diesem vielbändigen, noch längst nicht abgeschlossenen Werk zu den am häufigsten mit Stichwortartikeln beteiligten Autoren. Zu lesen sind von ihm Texte zu den Lemmata Agrarfrage, Agrarreform, Arbeiterkontrolle, Arbeiterselbstverwaltung, Aufstand (Bd. 1, 1994), Bauernkrieg, Bolschewisierung, Brandlerismus, Bucharinismus, Chauvinismus, Defaitismus (revolutionärer), Diktatur des Proletariats (Bd. 2, 1995), Einheitsfront, Entmaoisierung, Entstalinisierung (Bd.3, 1997), friedlicher Weg zum Sozialismus (Bd. 4, 1999), Gorbatschowismus (Bd. 5, 2001), Hegemonismus (Bd. 6/I, 2004), Kleinbauern (Bd. 7/I, 2008), Kollektivierung (Bd. 7/II, 2010) und Latifundismus (Bd. 8/I, 2012). Im Anfang 2015 erscheinenden Band 8/II ist Bergmann vertreten mit Artikeln zu den Stichworten Luisismus und Mao-Zedong-Ideen.

der damaligen politischen Linie der VR China [...], kategorisch gegen jede Art von Ausschluss« wandte und forderte, an die Stelle ideologischer und propagandistischer Polemik eine »Doppelstrategie« zu setzen, in der sich eine Weiterentwicklung der Politik der kommunistischen Parteien und eine gleichberechtigte öffentliche Debatte der umstrittenen Fragen produktiv miteinander verbanden.¹¹ Als Begründer der »Formel vom pluralen Marxismus« nennt Haug den französischen marxistischen Philosophen Lucien Sève. Der habe mit ihr 1980 »den internationalen Polyzentrismus im Marxismus verdichtet mit dem Bekenntnis zu einer Politik, die auf je nationaler gesellschaftlicher Ebene Unterschiede respektiert«.¹²

Dass dies keineswegs »normale«, »alltägliche«, sondern in ihrer Zeit dramatische Schritte waren, wird verständlich erst vor dem Hintergrund der Verheerungen, die das sowjetisch-chinesische Schisma in der Marxismusentwicklung anrichtete. Marxismus zur Waffe im Kampf zweier großer, je einen Staat führender kommunistischer Parteien um die Vorherrschaft in der weltweiten kommunistischen Bewegung, um die Unterwerfung des jeweils anderen (und aller anderen) unter den eigenen Alleinvertretungsanspruch instrumentalisiert und herabgewürdigt: Dies spaltete mit selbstzerstörerischer Zwangsläufigkeit bis in die kleinste Zelle.

Viele Regalmeter füllt die Literatur über diesen Kampf. Ein paar wenige Zitate aus sowjetischen »Standardwerken«, die in der dem ML als »Offizialphilosophie« und »Staatsräson«¹³ eigenen Weise rasch auch in der DDR »verbindlich« verbreitet wurden, mögen hier genügen, um einen Eindruck von der Art der Auseinandersetzung zu vermitteln. Die Mao-Zedong-Ideen und der Maoismus dargestellt als Gesellschaftskonzept, das »weder mit der Theorie des Marxismus-Leninismus noch mit der Praxis der Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus etwas zu tun« hat.¹⁴ Maos theoretische Leistungen auf eine Weise charakterisiert, die ihn als Partner für eine Zusammenarbeit unmöglich machte und erst recht ausschloss, dass durch ihn eine Bereicherung des Marxismus stattfinden könnte. Mao habe, »da er keine Fremdsprachen beherrschte«, seine »Vorstellungen vom Marxismus nur durch Übersetzungen« gewinnen können. Ins Chinesische übertragen

¹¹ Wolfgang Fritz Haug, *Pluraler Marxismus*, Bd. 1, Hamburg 1985, S. 9.

¹² Ebd., S. 11f.

¹³ Georges Labica, *Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik*, a. d. Franz. v. Thomas Laugstien, Berlin/W. 1986, S. 35, 57 u. 59.

¹⁴ A. M. Rumjanzew, *Quellen und Entwicklung der »Ideen Mao-Tse-tungs«*, a. d. Russ., Berlin/DDR 1973, S. 5.

gewesen sei bis 1949 aber ohnehin nur »ein unbedeutender Teil der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus«. Seine philosophischen Arbeiten zeugten davon, »dass er nicht in der Lage war, sich den ganzen Reichtum an Kenntnissen über die Philosophie des Marxismus-Leninismus, die in den sowjetischen Lehrbüchern enthalten war, anzueignen«. ¹⁵ Die Auseinandersetzung, die den von Selbstkritik freien Dogmatismus des ML selbst grell hervortreten ließ, kulminierte in Floskeln wie der, wonach »der Maoismus [...] nichts anderes« sei als ein »Ausbruch kleinbürgerlicher Tolleheit«, der freilich »von der Geschichte zu einem ruhmlosen Ende verurteilt« werden würde. ¹⁶ In einem anderen »Standardwerk« wurde eine Linie von Mao zurück in die ganze chinesische Philosophie gezogen. Dass sich Maos »theoretisches Gedankengut« als »äußerst begrenzt« erweise, könne nicht verwundern, da, »wenn man von der Entwicklung der chinesischen Philosophie im Ganzen spricht, [...] eine gewisse Enge der Problematik« und »ein beschreibendes, schematisches, naïves und auf das tiefe Altertum bezogenes Herangehen an die Erklärung der Erscheinungen der äußeren Welt [...] charakteristisch« seien. ¹⁷

Nachrichten aus einer fernen Welt. Aber erst 40 Jahre zurückliegende Realität für Bergmann, für Haug. Letzterer zieht aus der Entwicklung des ML in seiner Gesamtheit – Erstarrung, Unfähigkeit zur Analyse der eigenen Geschichte und Gegenwart, Hilflosigkeit angesichts der neuen wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen – den Schluss, dass es sich bei ihm um »eine historische und regionale Formation von Marxismus« handeln müsse, er also »weder ewig noch allgemeingültig« sei. Der Marxismus hingegen sei »umfassender« als der ML. Seine »schöpferische Aneignung und Verwirklichung [...] sowohl in der Dritten Welt als in den entwickelten Ländern« stünde erst am Beginn. ¹⁸ Und weiter: »Die Frage der Identität(en) des Marxismus« entscheide sich »in den wirklichen Bewegungen«. Sie könne »nicht am Schreibtisch von Theoretikern« und auch »nicht [...] in Parteivorständen« entschieden werden. Es gelte, die »Legitimität unterschiedlicher Ausprägungen des Weltmarxismus« anzuerkennen – mithin auch den »Wett-

¹⁵ Ebenda, S. 35f.

¹⁶ Ebenda, S. 329.

¹⁷ Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-tungs, a. d. Russ., Berlin/DDR 1973.

¹⁸ Haug, Pluraler Marxismus, S. 120.

streit«¹⁹ zwischen ihnen, der aber etwas anderes ist als der Kampf um den Führungsanspruch. Und: Es sei falsch, den Marxismus »auf marxistische Theorie oder Wissenschaft [zu] reduzieren«.²⁰

Bergmann und Deng

Was da gesagt ist, ist Bergmanns Art des Arbeitens. Er nimmt die chinesischen Parteiführer mit einem Gestus beim Wort und bei der Tat, der ihnen das gleiche Recht einräumt, sich Kommunisten zu nennen und sich auf den Marxismus zu berufen, wie allen anderen auch – sich selbst eingeschlossen. Er hat zu viel gesehen an Beckmesserei und (oft genug tödlichem) Ausschluss der einen durch die anderen, zu viel an Spaltung und damit verbundener Kräftevergeudung, um sich zum Richter aufschwingen zu wollen. Und es ist ihm die Erfahrung mehrfachen Scheiterns aufgeprägt: des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des von ihr geprägten osteuropäischen »Realsozialismus«, aber auch des Versagens westeuropäischer, im »Eurokommunismus« gipfelnder Gegenentwürfe. Der Marxismus in tiefer Krise. Zeit des Suchens.

Natürlich nimmt Deng Xiaoping (1904-1997) in Bergmanns Arbeiten einen besonderen Platz ein. Deng ist der Initiator und Motor der im Dezember 1978 mit dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der KP Chinas eingeleiteten Öffnungs- und Modernisierungspolitik, die sich bald als ein Umbruch erweist, der mit »Reform« nur unzureichend beschrieben ist. Es ist eher eine Revolution in der Revolution. Als Deng sich 1992 aus der Politik zurückzieht, hat er – meint sein US-amerikanischer Biograph Ezra F. Vogel – eine Mission erfüllt, um die die chinesischen Führer vor ihm seit 150 Jahren oft vergeblich gerungen haben: Er hat das Land gestärkt *und* das Volk reicher gemacht.²¹ Die Transformation, die China unter Dengs Führung durchlief, war Vogel zufolge »eine der fundamentalsten seit der Entstehung des chinesischen Reiches in der Han-Dynastie vor mehr als zwei Jahrtausenden«.²² Dengs Erfolg habe sich gegründet auf die »tiefe Überzeugung, dass die Nutzung der modernsten Praxis aus Wissenschaft und Tech-

¹⁹ Ebenda, S. 121.

²⁰ Ebenda, S. 122.

²¹ Vgl. Ezra F. Vogel, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, Cambridge (Massachusetts)/London 2011, S. 693.

²² Ebenda.

nologie und der effizientesten Managementtechniken China größten Fortschritt bringen werde – und dass die Zerreißproben, die die Aufpflanzung dieser Praxis und Techniken auf das chinesische System mit sich bringen würde, zum Nutzen des gesamten chinesischen Volkes beherrschbar bleiben würden.«²³ Als Gründe für den Erfolg Dengs sieht Vogel objektive und subjektive Bedingungen zugleich. Die objektiven: Deng »übernahm eine funktionierende nationale Partei und Regierung in einem von Mao geeinten Land. Er hatte viele erfahrene Führungskräfte an seiner Seite, die mit ihm darin übereinstimmten, dass tiefe Veränderungen notwendig seien. Er kam an die Macht zu einer Zeit, da es ein offenes Welthandelssystem gab und andere Länder bereit waren, ihr Kapital, ihre Technologien und ihre Managementsysteme mit anderen zu teilen und China in internationalen Institutionen willkommen zu heißen.« Und die subjektiven: »Es ist zweifelhaft, ob irgendjemand sonst diese Verbindung von Autorität, Tiefe und Reichtum der Erfahrungen, Sinn für Strategie, Vertrauen, persönlichen Beziehungen und politischem Urteilsvermögen verkörperte, die notwendig war, um Chinas Umgestaltung mit vergleichbarem Erfolg zu führen.«²⁴

Was Vogel trotz des enormen Umfangs seiner Deng-Biographie nicht leistet, ist eine Analyse des dengschen Marxismus. Dass Dengs herausragender »Sinn für Strategie« etwas mit diesem zu tun haben könnte, kommt Vogel nicht in den Sinn. Dabei sind die dengschen Bekenntnisse dazu Legion. Wie auch die zu seinem langen Weg an der Seite Maos auf dem Langen Marsch, in Yan'an und in den 1950er Jahren. »Was müssen wir lernen?«, fragt er auf der Vorbereitungskonferenz des 3. Plenums 1978 und antwortet: »Wir müssen den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen studieren und versuchen, die universellen Prinzipien des Marxismus mit der konkreten Praxis unserer Modernisierung zu verbinden.«²⁵ Davon hat er sich nie distanziert, das hat er nie über Bord geworfen. Dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, es nicht in einen Zusammenhang zu bringen mit seiner revolutionären und transformatorischen Praxis, führt zu Bildern, die eher mit westlichen Mainstreamerwartungen zu tun haben als mit der vielfältigen, widerspruchsvollen chinesischen Realität. Das ist beispielhaft zu beobachten in der Deng-Biographie von Felix Lee.²⁶ Fragt Vogel noch, ob

²³ Ebenda, S. 694.

²⁴ Ebenda, S. 695.

²⁵ Deng Xiaoping, *Selected Works (1975-1982)*, Beijing 1984, S. 165.

²⁶ Felix Lee, *Macht und Moderne. Chinas großer Reformler Deng Xiaoping. Die Biographie*, Berlin 2014.

»irgendein Führer im zwanzigsten Jahrhundert mehr zur Verbesserung des Lebens von so Vielen getan« und »solch einen gewaltigen und anhaltenden Einfluss auf die Weltgeschichte ausgeübt hat« wie Deng,²⁷ meint Lee eher geringschätzig, dass es zwar »ein Verdienst von Deng gewesen sein [mag], der Volksrepublik drei Jahrzehnte stabile Verhältnisse gebracht« und »Milliarden Chinesen materiell ab[gesichert]« zu haben, er »ihnen aber die Meinungsfreiheit vor[enthalten]« habe.²⁸ Zur »kommunistischen Idee« weiß Lee nur mitzuteilen, dass sie »keine Rolle mehr« spiele,²⁹ zugleich zeige sich nun »als Schwäche«, dass das von Deng geprägte China »über keinen geistigen Unterbau mehr verfügt«. ³⁰ Wie geht solches Urteil ohne Auseinandersetzung mit der theoretischen Arbeit Dengs und der kommunistischen Partei?

Bergmann ist es genau um diese Auseinandersetzung zu tun. Dengs Schriften und Reden, schreibt er, als er 1996 über »Dengs Erbe« reflektiert, zeigten »ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Marxismus und zur Fortsetzung und Sicherung der kommunistischen Regierung«. Deng verstehe freilich »marxistische Praxis ganz anders als Stalin und Mao« und meine, »der Sozialismus müsse seine Überlegenheit so beweisen, dass er die Menschen überzeugt«. ³¹ Bei Bergmann ist viel Original-Deng zu lesen (zitiert nach deutschen oder englischen Übersetzungen), z.B.: »Wir bauen den Sozialismus erst seit einigen Dekaden auf und befinden uns noch in der Anfangsphase.« ³² Diese Überlegung von der Anfangsphase und der langen Dauer des Umbruchs ist Bergmann wiederholte Zitate wert: »Jetzt sagt man« – so wieder Deng –, »dass wir den Sozialismus aufbauen, in der Tat sind wir aber dazu nicht qualifiziert. Erst wenn wir Mitte des nächsten Jahrhunderts das Niveau der Schwellenländer erreicht haben, kann man sagen, dass wir den Sozialismus im wahrsten Sinne des Wortes aufgebaut haben, erst dann können wir mit vollem Recht sagen, dass der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.« ³³ Und enorm wichtig ist Bergmann, dass für Deng

²⁷ Vogel, Deng Xiaoping, S. 690.

²⁸ Lee, Macht und Moderne, S. 271.

²⁹ Ebenda, S. 269.

³⁰ Ebenda, S. 270.

³¹ Bergmann, Auf dem langen Marsch, S. 84.

³² Ebenda, S. 85, zit. n. Susanne Weigelin-Schwierdzik, Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte über die Zukunft der VR China, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Nr. 51 v. 17. Dezember 1993, S. 16.

³³ Ebenda, S. 85, zit. n. Beijing Rundschau Nr. 47 v. 23. November 1993, S. 18.

»wirtschaftliche und politische Reformen [...] zusammen[gehören]«. Der »Vorrang für erstere« bedeute, »dass man nach der Revolution vor allem die Produktivkräfte befreien muss«, und dies wiederum sei Ausdruck der entschiedenen Abkehr von »Stalins und Maos Diktum von der Verschärfung des Klassenkampfes«. ³⁴ Dazu wieder Deng im Zitat: Die Strukturreform »beinhaltet in erster Linie Trennung der Partei- und Regierungsfunktionen zur Verwirklichung einer vorbildlichen Führung durch die Partei, die Delegation der Befugnisse nach unten und die Vereinfachung des Verwaltungsapparats«. Sie »zielt darauf, die Vitalität von Partei und Staat konsequent zu wahren, den Bürokratismus zu überwinden, die Arbeitsleistung zu erhöhen und die Initiative der Grundeinheiten sowie der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu fördern [...], die sozialistische Demokratie zu entfalten und die Initiative der breiten Volksmassen voll zur Geltung zu bringen«. ³⁵

Natürlich belässt es Bergmann nicht beim Zitieren. Er setzt sich auseinander – aber immer stellt er zuvor Fakten und Zusammenhänge dar, wie sie sich sonst in der deutschsprachigen Welt kaum noch einmal finden. Als Beispiel möge hier das Kapitel *Der turbulente Führungswechsel von Mao Zedong zu Deng Xiaoping und die Krise 1989* in *Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung* dienen. Bergmann würdigt als richtungweisend das Interview Dengs für die italienische Journalistin Oriana Fallaci von 1980 (es ist im Buch auch in Gänze abgedruckt), zeigt die Zähigkeit mancher Veränderungen – »in der Außenpolitik ist man noch nicht zur Abkehr vom Mao-Denken bereit« ³⁶ –, nennt »vier große, offene Diskussionen«, die Deng erstens zu Wirtschaftsfragen, zweitens zur »Aufarbeitung der Parteilgeschichte und ihrer Irrwege, d.h. auch der Selbstkritik«, drittens zu den »Ursachen für den Niedergang der meisten Staaten des Realsozialismus« und viertens »über den Weg zur sozialistischen Demokratie« einleitet, ³⁷ beschreibt den Beginn der Reformen in Landwirtschaft und Wirtschaft, schildert die verschiedenen, nun planmäßigen und geordneten Führungswechsel und kommt zu einer »fünften Debatte«, die er 2011 von Xi Jinping angestoßen sieht, dem damals bereits designierten – und 2012 auf dem 18. KPCh-Parteitag ins Amt gelangenden – Nachfolger des Staatspräsidenten

³⁴ Ebenda, S. 85.

³⁵ Ebenda, zit. n. Beijing Rundschau Nr. 47 v. 23. November 1993, S. 20.

³⁶ Bergmann, *Strukturprobleme*, S. 62.

³⁷ Ebenda.

und Parteichefs Hu Jintao. Xi habe »die Weiterentwicklung des Marxismus« gefordert, »der nun Antworten geben« soll »auf die Probleme einer sozialistischen Gesellschaft im Aufbau – Fragen, auf die bei Marx und Engels nur wenige Antworten, eher Andeutungen zu finden sind«. Für diese Debatte wolle er »neue Forschungsinstitute« schaffen.³⁸

Seiner Analyse der chinesischen Krise von 1989 stellt Bergmann die Überlegung voran, dass diese in eine Reihe gehöre mit der Krise um Kronstadt in Sowjetrußland 1921, in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956 und in der ČSSR 1968.³⁹ (Ebd.). Auch hier die Suche nach den größeren Bögen.

Bergmann und Liu

Die hat ihn in der Chinaanalyse zur »Entdeckung« des Liuismus geführt: zur Darstellung der Theorie und Praxis von Liu Shaoqi (1898-1969) als einer besonderen, eigenständigen Strömung in der Entwicklung der KPCh, ohne die, so meint er, die später so erfolgreiche Politik Dengs nicht möglich gewesen wäre.

Die Arbeit am Liuismus⁴⁰ beginnt Bergmann 1982, als er gemeinsam mit Ulrich Menzel und Ursula Menzel-Fischer Schriften und Materialen von Liu herausgibt.⁴¹ In einem Nachwort⁴² unternimmt er den Versuch, »aufzuzeigen [...], wie sehr die streitenden Menschen Protagonisten unterschiedlicher Denkrichtungen und Entwicklungsstrategien auf dem gleichen Boden des Kommunismus waren«. Liu ist für ihn dabei »der Prototyp des Unterlegenen, Besiegten«, der aber als solcher »vielleicht mehr zur Geschichte und zum Sieg der chinesischen Revolution beigetragen« habe »als die, die ihn zeitweilig besiegt hatten«. Er sei »Handelnder und Opfer zugleich« gewesen, »Subjekt und Objekt der revolutionären Veränderungen«, sein Ge-

³⁸ Ebenda, S. 64.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 65-68.

⁴⁰ Es sei hier noch einmal der Hinweis aus Fn. 10 aufgegriffen, dass Bergmann im HKWM Bd. 8/II mit einem Artikel zu diesem Stichwort vertreten ist.

⁴¹ Theodor Bergmann/Ulrich Menzel/Ursula Menzel-Fischer (Hrsg.), Liu Shaoqi. Ausgewählte Schriften und Materialien, 2 Bde., Stuttgart 1982.

⁴² Theodor Bergmann, Von der Verfemung und Liquidierung zur Rehabilitierung – Liu Shaoqis Schicksal im Kontext der politischen Entwicklung Chinas, in: Bergmann u. a. (Hrsg.), Liu Shaoqi, Bd. 2, S. 305-336.

schick »zugleich ein Beispiel für die Rolle der Persönlichkeit, des Menschen in der Geschichte. Menschen machen die Geschichte – unter den vorgefundenen Verhältnissen. Aber sie geben je verschiedene Antworten auf die gleiche Frage, suchen verschiedene Lösungen für das gleiche Problem.«⁴³

Die Beschreibung der Alternativen. Ihre Bewahrung als Bestandteil, als Schatz komplexer gesellschaftlicher Erfahrung. Bergmann stellt die Linie von Liu, dem Besiegten, direkt gegen die von Mao, dem Sieger. Die von Liu, so schätzt er ein, »ist weniger voluntaristisch, erkennt die Realität besser, auch die begrenzten Potentiale eines armen, unterentwickelten Agrarlandes, versucht die materiellen Bedürfnisse der Produzenten, die in ihrer Gesamtheit zugleich die Konsumenten sind, zu befriedigen, wünscht zumindest ihre Artikulierung und Vertretung. Sie will die zentrale Planung der wichtigen Produktionszweige durch unbürokratische Zulassung der keineswegs kapitalistischen Privatinitiative ergänzen, die planmäßige Sicherung der Grundbedürfnisse durch private Marktangebote vervollständigen. Materielle Anreize sollen die Motivation in der Produktionsarbeit erhöhen. Die eigenen Anstrengungen sind die Grundlage, auswärtige Hilfe kann deren Erfolg beschleunigen.«⁴⁴

Beschreibungen und Urteile aus dem Jahre 1982. Aus einer Zeit, da die von Deng eingeleitete Umwandlung, die Revolution in der Revolution, noch in ihren Anfängen steckt, die Sowjetunion noch existiert und man dort, wie Bergmann mit Zitaten aus einem Beitrag von F.W. Feoktistow aus dem Jahre 1980 belegt, den Veränderungen mit »völligem Unverständnis und Ratlosigkeit« begegnet – auch und wesentlich deshalb, weil die sowjetischen Analytiker »Parallelen zur Entstalinisierung [...] aus nahe liegenden Gründen nicht ziehen [dürfen]«.⁴⁵

So bleiben deren Äußerungen dogmatisch und flach. Bergmann zitiert: »Das Gerede von einer angeblichen Demaoisierung in China hat keine reale Grundlage. Es zeugt lediglich von einem bewussten oder unbewussten Außerachtlassen des Hauptmerkmals des Maoismus – seines militaristischen, chauvinistischen Wesens, welches alle seine übrigen sekundären Momente bestimmt. [...] Deng Xiaoping als Hauptinitiator der Entwicklung einer

⁴³ Ebenda, S. 306.

⁴⁴ Ebenda, S. 314.

⁴⁵ Ebenda, S. 327.

weiteren, modernen Version des Maoismus möchte freie Hand haben für einen probürgerlichen, rechten Kurs der Innen- und Außenpolitik.⁴⁶

Bergmann hingegen ist vom Wandel überzeugt und registriert kleine, auf ihn hindeutende Zeichen ebenso aufmerksam wie die längeren Bögen, die vielleicht nicht gleich auf den ersten Blick hervortreten, für ihn aber schon entscheidende Wirkung entfalten: Ob in »Zhou Enlais großem Modernisierungsplan von 1975« oder in den »Wirtschaftsreformen des neuen Kurses und in den vier Modernisierungen unter Deng Xiaoping und Zhao Ziyang«: Überall zeigten sich »viele Ideen des Liu-Konzeptes«.⁴⁷

Bergmann und Asiaticus

Es ist immer wieder der Kontrast, der Bergmanns Eigenständigkeit, sein konsequentes und mutiges Ringen um die marxistische Analyse erst richtig hervortreten lässt. So setze man gegen Bergmanns Texte jenen, den zwei Nestoren der sowjetischen Chinaanalyse, Mikhail Titarenko und Alexander Grigoriev, 1997, als die Sowjetunion längst Vergangenheit ist, zum Tode von Deng Xiaoping veröffentlichen. Da wird Deng gewürdigt als »Vordenker und Architekt der chinesischen Reformen«, unter dessen Führung China den »Sprung ins 21. Jahrhundert gemeistert« habe,⁴⁸ aber es fällt kein Wort über Sozialismus oder Marxismus, keines über eine Linie von Liu Shaoqi über Zhou Enlai zu Deng und keines auch über das widerspruchsvolle Verhältnis von Deng und Mao. Es entsteht der Eindruck, als habe es das zunächst gemeinsame und dann in Konfrontation ausgetragene Ringen sowjetischer und chinesischer Kommunisten um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung nie gegeben.

Von anderem Format – und damit in großer Nähe zu Bergmann – ist mit Lev Deliusin ein anderer unter den sowjetischen Chinawissenschaftlern, die auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiter publiziert haben. Deliusin schreibt 1994, dass Deng seinen 90. Geburtstag »als überzeugter Anhänger des Marxismus« gefeiert habe. Deng rate den chinesischen Kom-

⁴⁶ F. W. Feoktistow, Entmaoisierung oder eine neue Version des Maoismus?, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 33 (1980), Nr. 11, S. 1193 u. 1189, zit. n. Bergmann, Von der Verfemung, S. 327.

⁴⁷ Bergmann, Von der Verfemung, S. 314.

⁴⁸ Mikhail Titarenko/Alexander Grigoriev, Deng Xiaoping: His Cause, His Era, in: Far Eastern Affairs [Moscow], Nr. 2/1997, S. 11.

munisten, »trotz der Niederlagen des Sozialismus in den Ländern Osteuropas und in der Sowjetunion [...] nicht in Panik zu verfallen« und »nicht zu glauben, dass der Marxismus zusammengebrochen sei, an Kraft verloren habe oder für niemanden mehr von Bedeutung sei«. Es gebe für ihn – Deng – »keine Zweifel daran, dass China erfolgreich den Weg des Aufbaues eines spezifisch chinesischen Sozialismus gehen« werde.⁴⁹ Gewiss sei es schwierig zu verstehen, »wie es möglich sein kann, eine sozialistische Superstruktur auf eine kapitalistische Basis zu setzen und den sozialistischen Charakter der chinesischen Gesellschaft und des chinesischen Staates zu bewahren«. Die »Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus und insbesondere vom spezifisch chinesischen Sozialismus« sei nicht »auf eine ferne Zukunft gerichtet«, sondern ziele darauf ab, »die praktischen Alltagsfragen zu lösen und ein stabiles Wirtschaftswachstum zu sichern«. Ob Deng mit diesem Kurs Recht gehabt hat, könne allein die Zeit erweisen.⁵⁰

Deliusin – wie Bergmann – sieht Dengs Bedeutung weit über China hinausreichen. Mit seinem Konzept und seiner Politik habe er den Weg geebnet »für eine praktische Neubewertung nicht nur der Mao-Zedong-Ideen, sondern auch des Marxismus-Leninismus, für eine Neubewertung der Erfahrung des sozialistischen Aufbaus sowohl in China als auch in anderen Ländern einschließlich der Sowjetunion«. Deng habe »die sozialistische Idee [gerettet]«, indem er erkannte, »dass sie als gesellschaftliches Ideal und Ziel der Erneuerung nicht zu bewahren war ohne radikalen Wandel, ohne energisches Verwerfen all jener abgenutzten Postulate, die weder den Anforderungen des modernen Zeitalters noch den nationalen Besonderheiten Chinas entsprechen«.⁵¹

Von Bergmann angeregt, lesen sich manche alten Texte neu; zurück bleibt ein Bedauern, dass seinerzeit ein Dialog nicht möglich war. So zum Beispiel zwischen Bergmann und Roland Felber (1935-2001), einem der wichtigsten Chinawissenschaftler der DDR. Felber leistete, als er 1975 in der Analyse der Politik Maos und der sich bereits heftig abzeichnenden Nachfolgekämpfe – Mao starb 1976 – nach Anzeichen für eine Sozialismusedwicklung fahndete, die nicht nur China wieder voranbringen, sondern auch der DDR eine Wiederannäherung ermöglichen würde, u.a. Bemerkenswertes

⁴⁹ Lev Deliusin, Deng Xiaoping and the Theory of Socialist Modernisation, in: *Far Eastern Affairs*, Nr. 4-5/1994, S. 18.

⁵⁰ Ebenda, S. 21.

⁵¹ Ebenda, S. 5.

im Aufspüren der Verbindungen zwischen den Mao-Zedong-Ideen und den historischen Momenten ihres Entstehens. So sei Maos Forderung nach einer »konkreten Anwendung des Marxismus auf China« und sein Aufruf, vom »wertvollen Erbe« von Konfuzius bis Sun Yatsen Besitz zu ergreifen, ebenso mit der 1938 von der KPCh verkündeten »Mobilisierung des nationalen Geistes« im antijapanischen Befreiungskrieg verbunden wie der Rekurs von Chen Boda – gemeinsam mit Liu Shaoqi Schöpfer des Begriffs »Mao-Zedong-Ideen« – auf das traditionelle Ideal der »Großen Gemeinschaft und Gleichheit«, in dem sich Chen zufolge zeige, »dass die Lehre vom Sozialismus und Kommunismus für China nicht etwas von außen Übernommenes darstelle, sondern in der eigenen historischen Tradition wurzele«. ⁵² In dieser Ansicht folge Chen – so Felber weiter – zwar unausgesprochen, doch unübersehbar dem bürgerlichen Reformer Liang Qichao, der schon 1925 behauptet habe, »dass der Geist des Sozialismus den Chinesen von jeher zu eigen« gewesen sei. ⁵³

Die »eigene Suppe« (Fairbank). Bergmann nähert sich ihr marxistisch und internationalistisch. Und schreitet dabei in den Fußstapfen seines Genossen aus der KPD (Opposition) Heinz Grzyb (1896-1941), der in den 1920er und 1930er Jahren unter dem Pseudonym Asiaticus aus China nach Deutschland berichtete. ⁵⁴ Mit Grzyb hat Bergmann nicht nur das Beobachten, Forschen und Schreiben gemein. Wie Grzyb ist Bergmann immer zugleich auch Lehrer, Anreger, Agitator im besten Sinne dieses Wortes. Grzybs »Studienkurs«, schreibt Ruth Weiss (1908-2006), vom Beginn der 1930er Jahre bis an ihr Lebensende in China lebende österreichische Kommunistin, über ihr Leben in Shanghai 1935, »machte uns Karl Marx' und Lenins Denkweise klar, daneben wurden auch Vergleiche mit der Wirklichkeit angestellt, durch politökonomische Studien, die in Marx' Worten (aus *Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien*) darlegten: ›Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftritt,

⁵² Roland Felber, Kontinuität und Wandel im Verhältnis des Maoismus zum Konfuzianismus. Über historische Voraussetzungen der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius in China, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 23 (1975), Nr. 6, S. 686f.

⁵³ Ebenda, S. 687 (Amn).

⁵⁴ Vgl. www.asiaticus.de.

nach den Kolonien wenden, wo sie nackt geht.⁵⁵ [...] In der marxistischen Studiengruppe zu hören, wie Karl Marx zu seiner Zeit China einschätzte; zu gleicher Zeit zu sehen, wie die chinesischen Werktätigen, oft schon im Kindesalter, ausgebeutet wurden, um für die besitzende Klasse – chinesisch genauso wie westlich zu fronen; zu lernen, wie ›Anleihen‹ an China, zur Zeit der Qing-Dynastie gewährt, nur den Zahlungen für Kriegsschädigungen an die Sieger dienten: da begriff man doch, dass solche Geschehnisse nicht ins Unendliche weitergehen konnten.⁵⁶ Heinz Grzyb, ein »hervorragender Kenner des fernen Ostens und Chinas« mit »engen Kontakten zur KP Chinas und zur chinesischen Volksbefreiungsarmee« – so erinnern sich die beiden deutsch-jüdischen Kommunisten und Shanghai-Emigranten Genia und Günter Nobel an die Zeit unmittelbar nach ihrer Ankunft in Shanghai 1939 – »fasste etwa 8 bis 10 Kommunisten als Kern zusammen« und »führte mit ihnen systematische Schulungen« durch, sodass »wir lernten«, die Situation »auf der Grundlage marxistisch-leninistischer Analyse einzuschätzen«.⁵⁷

Von Grzyb, von Asiaticus, erfahren deutsche Antifaschisten im Exil 1935 aus der in Prag, Paris und Zürich erscheinenden Zeitschrift *Die neue Weltbühne* von den unter der Führung der KPCh stehenden Sowjetgebieten in China und vom Langen Marsch. Grzyb schreibt: »Es stehen noch schwere Kämpfe bevor. In Sowjetchina haben Arbeiter und Bauern ihre revolutionäre Diktatur errichtet, um das Feudalsystem abzuschaffen, die demokratische Agrarrevolution durchzuführen, ganz China gegen die imperialistischen Eindringlinge zu vereinigen und dies alles allmählich mit dem Kampf um den Sozialismus zu verbinden.« Im Frühjahr 1935 ist dies alles in Gefahr. Noch kann niemand wissen, wie der Lange Marsch, der im Herbst 1934 als Fluchtbewegung vor den Truppen der Guomindang unter Tschiang Kaischek begonnen hat, enden wird. Aber Grzyb ist voller Op-

⁵⁵ Den genannten Artikel schrieb Marx im Juli 1853 für die *New-York Daily Tribune*. In den als Standard geltenden Marx-Engels-Werken (MEW) ist er abgedruckt in Bd. 9, S. 220-226. Die von Ruth Weiss zitierte Passage steht auf S. 225 und lautet am Ende ein wenig anders. Statt »auftritt« heißt es »auftreten«, und der Satz endet mit »[...] wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen«.

⁵⁶ Ruth Weiss, *Am Rande der Geschichte. Mein Leben in China*, Neuaufl. d. Ausgabe Osnabrück 1998, Melle 2005.

⁵⁷ Günter Nobel/Genia Nobel, *Als politische Emigranten in Shanghai*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 21 (1979), Nr. 6, S. 886.

timismus: »In diesem Augenblick werden die Fundamente für den großen, epochemachenden Neubau Chinas gelegt.«⁵⁸

Xi Jinping spricht 2012 bei seiner Amtsübernahme von der Notwendigkeit, bei der Gestaltung des »Sozialismus chinesischer Prägung« an der »Entwicklung, Fortsetzung und Erneuerung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen« festzuhalten, da andernfalls »unsere Wurzeln verloren [gingen]«. ⁵⁹ 2014 vertieft Politbüromitglied Liu Qibao diese Überlegungen. Die »marxistische Regierungspartei« müsse sich den Inhalt der Reden von Xi auf dem 18. Parteitag zu eigen machen, weil diese »die Weisheit der gesamten Partei« in sich einschließen und durchdrungen seien von »marxistischer Wahrheit«. ⁶⁰ Die Reden stellten nichts Abgeschlossenes dar, sondern »ein offenes, sich ständig weiter entwickelndes Theoriesystem«. ⁶¹ Die Partei müsse ihre Aneignung »verbinden mit dem Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, mit dem Studium der Theorien von Deng Xiaoping, mit der wichtigen Idee des Dreifachen Vertretens«⁶² und schließlich mit der »wissenschaftlichen Zukunftsprognose«. ⁶³

Nicht wenige im Westen meinen, solche Reden und Artikel mit einem Lächeln abtun zu können. Bergmann gehört nicht zu diesen. Er setzt damit Maßstäbe.

⁵⁸ Asiaticus (d.i. Heinz Grzyb), Die Roten in Szechuan, in: Die neue Weltbühne, Prag-Zürich-Paris, Nr. 24 v. 13 Juni 1935, S. 758.

⁵⁹ Xi Jinping, Implementing the Guiding Principles of the 18th National Congress of the CPC with a View to Upholding and Developing Socialism with Chinese Characteristics, in: Qiushi, Nr. 1/2013, S. 9.

⁶⁰ Liu Qibao, Studying and Implementing the Guiding Principles of Xi Jinping's Important Speeches, in: Qiushi, Nr. 4/2014, S. 29.

⁶¹ Ebenda, S. 30.

⁶² Das ist die auf Jiang Zemin 2003 zurückgehende Forderung, dass die Partei zu vertreten habe *erstens* die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, *zweitens* die Entwicklung fortschrittlicher Kultur und *drittens* die grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes.

⁶³ Liu Qibao, Studying and Implementing, S. 31.

Autorinnen und Autoren

Wolfram Adolphi, Dr. sc., geb. 1951, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (DIE LINKE), Berlin.

Alexander Amberger, Dr., geb. 1978, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des politischen Bildungsvereins »Helle Panke« e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Fritz Behrens, Prof. Dr., 1909-1980, war Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR.

Günter Benser, Prof. Dr., geb. 1931, war Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin.

Theodor Bergmann, Prof. Dr., geb. 1916, war Professor für International vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim.

Stefan Bollinger, Dr. sc., geb. 1954, ist Dozent in der Erwachsenenbildung und Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin.

Axel Fair-Schulz, Prof. Dr., geb. 1969, ist Associate Professor für Moderne Europäische Geschichte an der State University of New York at Potsdam (USA).

Henning Flaskamp, M. A., geb. 1984, ist Doktorand am Historischen Institut der Universität Potsdam.

Karl-Heinz Gräfe, Prof. Dr., geb. 1938, war Professor für Geschichte Russlands und der Sowjetunion an der Pädagogischen Hochschule und der Universität Dresden.

Wladislaw Hedeler, Dr., geb. 1953, ist Historiker und Übersetzer aus dem Russischen.

Mario Keßler, Prof. Dr., geb. 1955, arbeitet am Zentrum für Zeithistorische Forschung und unterrichtet Neueste Geschichte an der Universität Potsdam.

Alfred Kosing, Prof. Dr., geb. 1928, war Bereichsleiter am Institut für Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.

Thomas Kuczynski, Prof. Dr., geb. 1944, war Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Michael Löwy, Prof. Dr., geb. 1938, war Bereichsleiter am Centre national de la recherche scientifique, Paris.

Ma Jiahong, geb. 1989, ist Doktorandin (Comparative Politics) an der School of International Studies, Universität Beijing.

William A. Pelz, Prof. Dr., geb. 1952, ist Professor für Geschichte am Elgin Community College und Direktor des Institute of Working Class History in Chicago.

Helmut Peters, Prof. Dr., geb. 1930, war Forschungsbereichsleiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.

Jörg Roesler, Prof. Dr., geb. 1940, war Bereichsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Helga Schultz, Prof. Dr., geb. 1941, war Professorin für Sozialgeschichte der Neuzeit an der Viadrina-Universität, Frankfurt (Oder).

Alexander Vatlin, Prof. Dr., geb. 1962, unterrichtet Neue und Neueste Geschichte an der Lomonossow-Universität, Moskau.

Annette Vogt, Prof. Dr., geb. 1952, arbeitet am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und ist Honorarprofessorin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Michael Zeuske, Prof. Dr., geb. 1952, ist Professor für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte an der Universität zu Köln.

Zhang Guangming, Prof. Dr., geb. 1955, ist Direktor des Instituts für Weltsozialismus der School of International Studies, Universität Beijing.

VSA: Kritische Kommunisten

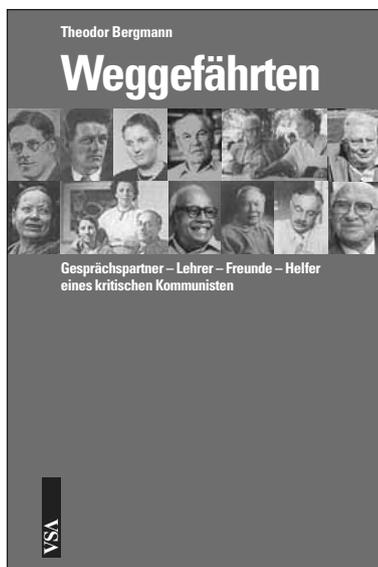


Theodor Bergmann
**Sozialisten · Zionisten ·
Kommunisten**
Die Familie Bergmann-Rosenzweig –
eine kämpferische Generation
im 20. Jahrhundert
104 Seiten | Hardcover | € 12.80
ISBN 978-3-89965-615-2

Theodor Bergmann berichtet über die Geschichte seiner Familie im 20. Jahrhundert und die Umbrüche, Krisen und Katastrophen, in denen diese Generation sich zurechtfinden und handeln musste.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirhhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Theodor Bergmann
Weggefährten
Gesprächspartner – Lehrer – Freunde
– Helfer eines kritischen Kommunisten
232 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-443-1

In seinem langen Leben, das nun schon mehr als neun Jahrzehnte währt, ist Theodor Bergmann vielen Menschen begegnet. Auf seinen unfreiwilligen Reisen als Emigrant hat Theodor Bergmann Hilfe gebraucht und erhalten, ohne die das Überleben in den durchlebten extrem unruhigen Zeiten gefährdet war. Bei seinen späteren Reisen nach 1948 ging es dann auch um »private« politische Neugier, um Suche nach früheren Genossen und Genossinnen und um fachliche und politische Forschungsarbeit.

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Aus Geschichte lernen



Theodor Bergmann
Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung
Irrwege – Kritik – Erneuerung
280 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-492-9

Fehlentwicklungen in der kommunistischen Bewegung werden analysiert, um aus ihnen zu lernen und Wiederholungen zukünftig zu vermeiden.



Theodor Bergmann
Der 100-jährige Krieg um Israel
Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt
88 Seiten | € 8.80
ISBN 978-3-89965-460-8

Theo Bergmann liefert eine internationalistische Positionierung zum Israel-Palästina-Konflikt. Die Debatte zum Nahostkonflikt wird gerade in der deutschen Linken höchst erbittert und mit vielen Emotionen geführt. Das führt nicht selten zu abstrusen Stellungnahmen: zu Israel-Fahnen schwenkenden Antideutschen auf der einen und zur Solidarisierung von Antiimperialisten mit islamistisch-fundamentalistischen »Befreiungsbewegungen« auf der anderen Seite.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de